Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1221

22. 11. 77

Sachgebiet 707

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1977/78 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat sein vierzehntes Jahresgutachten vor [2]).

2. Die enttäuschende wirtschaftliche Entwicklung dieses Jahres hat eine Kursänderung der Wirtschaftspolitik nötig gemacht. Der konjunkturelle Aufschwung war ins Stocken geraten. Die Erwartung schwand, daß das Jahr 1977 bei der Eindämmung der fast unverändert hohen Arbeitslosigkeit auch nur das Maß an Erfolg noch bringen werde, das die Zuversicht gestützt hätte, wir befänden uns weiterhin auf dem Rückweg zur Vollbeschäftigung. Anfang September 1977 hat der Sachverständigenrat daher der Bundesregierung eine Stellungnahme zur Konjunkturlage übermittelt [3]). Wir haben dargelegt, wie die akute Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und deren mittelfristige Ursachen, die wir nicht auf der Nachfrageseite sehen,

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

[3]) Anhang IV.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 821, Goethestraße 56,
5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Telefon (0 22 21) 36 35 51

zugleich zu bekämpfen wären. Zuvor schon hatte der Sachverständigenrat auf den Sitzungen im Rahmen der Konzertierten Aktion Gelegenheit, für die Dringlichkeit einer verstärkten wachstumspolitischen Initiative des Staates zu werben.

3. Regierung und Parlament haben inzwischen gehandelt. Unser Jahresgutachten kann dieses Mal besser als sonst berücksichtigen, welche für die Gesamtwirtschaft bedeutsamen Impulse von Entscheidungen des Staates voraussichtlich ausgehen werden. Die Impulse sind kräftig. Sie sind in der Hauptsache darauf ausgerichtet, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage anzuregen. Wir halten für wahrscheinlich, daß sie ausreichen, den konjunkturellen Aufschwung deutlich zu beschleunigen, wenngleich die Hoffnungen gedämpft bleiben müssen, solange sich die wirtschaftliche Lage in der Welt nicht ebenfalls merklich bessert. Diese Impulse stellen aber gleichsam eine Vorleistung des Staates dar. Damit aus der von öffentlichem Geld getragenen Nachfragestimulierung kein konjunkturelles Strohfeuer wird, das bald wieder verlischt, muß eine Kursänderung der Lohnpolitik hinzukommen.

Unser Gutachten durchzieht wie ein roter Faden das Bemühen, deutlich zu machen, daß eine anhaltende Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage keine selbständige Erscheinung ist, sondern letztlich in Fehlern auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft wurzelt. Selbst die Überspitzung trifft zu, und nicht nur für die Bundesrepublik: Was fehlt, ist nicht ein Mehr an Nachfrage, sondern ein Mehr an Produktion. Denn Mangel an Produktion heißt in einer Marktwirtschaft stets Mangel an rentablen Produktionsmöglichkeiten, deshalb Mangel an Einkommen und erst von daher Mangel an Nachfrage. Der Wunsch nach mehr Gütern ist ohnehin vorhanden. Daher erwächst aus unserer Analyse der Ursachen des Beschäftigungsproblems der Rat, in den kommenden Jahren konsequent den Weg zur Vollbeschäftigung durch wirtschaftliches Wachstum zu suchen, jedenfalls hierfür durch bessere Voraussetzungen den Spielraum zu schaffen, in Respekt vor den Wünschen der einzelnen und der Gesellschaft, in welche Richtung die Anstrengungen gehen sollen, aus denen dann im ganzen wirtschaftliches Wachstum sich ergibt.

Es ist also die Bedeutung des Kostenniveaus — und nicht nur die Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik ihre Entscheidungen schon getroffen hat —, warum die Lohnpolitik in den Mittelpunkt unseres diesjährigen Gutachtens gerückt ist. Gewiß, es gilt sehr vielfältige Aufgaben zu lösen, auch außerhalb der Lohnpolitik. Aber in der Lohnpolitik wird darüber entschieden, mit welchen Ansprüchen der weitaus größere Teil der Bevölkerung das Angebot zu arbeiten verbindet und so gleichzeitig darüber, wieviel Arbeit in der Volkswirtschaft lohnend einge-

---

Gemäß § 6 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 14 (42) — 600 06 — Gu 14/77 — vom 21. November 1977.

setzt werden kann, lohnend für diejenigen, die ihrerseits mit den Erträgen aus ihrer Arbeit die Produktion der anderen kaufen sollen. Besonders eingehend haben wir uns darum bemüht zu zeigen, daß eine Lohnpolitik, die durch zurückhaltende Tarifabschlüsse mehr Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten rentabel werden oder rentabel bleiben lassen will, nicht fürchten muß, zunächst einmal wegen ausfallender Kaufkraft ihre Erfolgschancen selbst zu zerstören.

Die wirtschaftlichen Aussichten für das kommende Jahr sind nicht düster, aber sie sind auch nicht gut genug, nicht für 1978 und nicht für die Zeit danach. Aber sie lassen sich verbessern.

4. Ein Mitglied des Sachverständigenrates hat sich dem Votum der Mehrheit für eine konsequente Verbesserung der Wachstumsbedingungen der Volkswirtschaft nicht ohne Einschränkung anschließen können. Er hat seine Meinung in einem Minderheitsvotum gemäß § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck gebracht.

5. Wie in den vergangenen Jahren legen wir unserer Darstellung der absehbaren Entwicklung, die zu unserem gesetzlichen Auftrag gehört, wiederum den Zeitraum eines Jahres zugrunde und geben die Vorausschau in der konzisen Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Hierzu hat in früheren Jahren auch die Bundesregierung den Sachverständigenrat gedrängt, weil viele Entscheidungen sowohl beim Staat als auch in der privaten Wirtschaft auf der Grundlage einer solchen Vorausschau getroffen werden müßten.

Über den Wert der Methode, Vorstellungen über die künftige wirtschaftliche Entwicklung durch das Zahlenwerk der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung quantitativen Ausdruck zu verleihen, mag man gleichwohl streiten. In jedem Falle wird man auf diesem Wege gezwungen, seine Vorstellungen konsistent zu formulieren. Die Buchhaltungsregeln der Gesamtrechnung legen innere Widersprüche schonungslos offen. Aber was widerspruchsfrei ist, muß deshalb noch nicht zutreffen. Die Ungewißheit bleibt. Auch wir haben zu beklagen, daß das Zahlenwerk einer Prognose, das nicht mehr sein kann als eine unter Unsicherheit abgegebene beste Setzung und in erster Linie als Grundlage für Überlegungen dienen soll, wie eine bessere Entwicklung wahrscheinlicher gemacht werden kann, in seinem Aussagewert und seinem Aussageanspruch so oft mißverstanden wird. Eine umfassende Analyse der gesamtwirtschaftlichen Lage und der Herausforderungen an Politik und Wirtschaft, die sie enthält, erscheint dann oftmals reduziert auf das, was zwei bis drei Zuwachsraten gesamtwirtschaftlicher Größen besagen — oder eben nicht besagen. Die Politiker wehren sich dagegen auf ihre Weise. Der Kern des Problems ist, daß wir über die Zukunft, über die Pläne der Menschen und das, was diese veranlaßt, ihre Pläne zu ändern, zu wenig wissen und zu wenig wissen können. Die beste Antwort ist daher eine Politik, die stetig und mittelfristig orientiert ist. Sie kon-

zentriert ihre Aufmerksamkeit auf die Grundzusammenhänge der Wirtschaft und setzt die Rahmenbedingungen so, daß die Menschen — auch jene in den öffentlichen Verwaltungen — selbst dann mit einer fairen Chance auf Erfolg handeln können, wenn die kurzfristigen Prognosen falsch sind. Der Sachverständigenrat hat immer seine Hauptaufgabe hier gesehen und nicht in der kurzfristigen Prognose.

6. Der Ausschuß für Wirtschaft des Deutschen Bundestages hat den Sachverständigenrat aus Anlaß der Anhörung zu Fragen der Energieversorgung um eine Stellungnahme gebeten. Der Vorsitzende des Sachverständigenrates hat dem Ausschuß am 5. Oktober 1977 eine schriftliche Stellungnahme übermittelt [4]).

7. Die Amtsperiode von Professor Dr. Gerhard Fels war am 28. Februar 1977 abgelaufen. Der Bundespräsident berief ihn für eine weitere Amtsperiode zum Mitglied des Sachverständigenrates.

8. Der Sachverständigenrat hatte in den vergangenen zwölf Monaten mehrfach Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen sowie mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle konjunktur- und währungspolitische Fragen zu erörtern. Aus gegebenem Anlaß führte der Rat Gespräche mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, vertreten durch Herrn Ministerialdirektor Tegtmeier.

Die Urteilsbildung des Rates erleichterten Berichte des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit und des Direktors des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Wie in früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gab dem Sachverständigenrat im Oktober 1977 Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch über wirtschaftspolitische Probleme der Europäischen Gemeinschaften.

Der Rat nahm an den Sitzungen der Konzertierten Aktion beim Bundesminister für Wirtschaft teil; er war zudem bei der Sozialpolitischen Gesprächsrunde des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vertreten.

9. Mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und Forschungsinstituten hat der Rat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Hinweise vermittelt haben.

Zur Frage staatlicher Regulierungen im konsumbezogenen Dienstleistungsbereich stellte ihm Dr. Gert Eichler aus Stutt-

---

[4]) Anhang V.

gart eine schriftliche Ausarbeitung zur Verfügung. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt, und die Lastenausgleichsbank, Bonn-Bad Godesberg, übermittelten dem Rat Erfahrungsberichte über Programme zur Förderung der Gründung und Erhaltung selbständiger Existenzen.

10. Professor Dr. Horst Albach, Bonn, stand dem Rat für ein Gespräch über die Bedeutung der steuerlichen Abschreibungsregelungen und der ertragsunabhängigen Steuern für die Investitionsentscheidung der Unternehmen zur Verfügung. Mit Professor Dr. Heinz Lampert, Augsburg, konnte der Rat Fragen aus dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik erörtern. Ein Gespräch über Probleme des Ausgabeverhaltens der Gemeinden führte der Rat mit Dr. Hans G. Schmitz, Nürnberg, und Professor Dr. Gerhard Seiler, Karlsruhe. Wiederum hat der Deutsche Industrie- und Handelstag durch kurzfristige Umfragen bei den Kammern dem Sachverständigenrat besonders aktuelle Informationen zukommen lassen.

11. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten haben uns Professor Dr. Manfred Feldsieper, Köln, Dr. Hans-Hagen Härtel, Düsseldorf, Professor Dr. Manfred Neumann, Nürnberg, und Dr. Carsten Thoroe, Kiel, geholfen. Wir fanden ferner wiederum wertvolle Unterstützung durch Diplom-Volkswirt Bernhard Filusch, Essen, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt der Dank des Rates.

12. Die volkswirtschaftliche und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben wie immer den Sachverständigenrat bei seinen statistischen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und ihm bei der Materialbeschaffung wertvolle Hilfe geleistet.

Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen und statistischem Material hat der Sachverständigenrat außerdem durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften erfahren.

Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Der weit über das Normale hinausgehende Einsatz vieler Angehöriger des Amtes, insbesondere der ständigen Mitarbeiter der Verbindungsstelle, hat die Arbeiten des Rates wesentlich erleichtert. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Rat ein besonderes Anliegen.

13. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem wissenschaftlichen Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an: Diplom-Volkswirt Heiner Flassbeck, Dr. Willy Friedmann, Diplom-Volkswirt Gerhard Kaufhold, Diplom-Wirtschaftsingenieur Wolfgang Sengebusch, Dr. Axel Siedenberg, Diplom-Volkswirt Ulrich Stiehler, Dr. Dieter Wermuth.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Hans J. Barth, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, 18. November 1977

G. Fels A. Gutowski G. Scherhorn K. Schmidt O. Sievert

Inhalt

Seite

Eine kürzere Fassung 1

Erstes Kapitel: Die Konjunkturlage 22

Teil A: Der internationale Rahmen 22

I. Verlangsamter Aufschwung 22
Größere konjunkturelle Differenzierung 23
Mäßige Expansion des Welthandels 26

II. Fortdauer von Arbeitslosigkeit und Inflation 29
Anhaltende Unterbeschäftigung 29
Grenzen staatlicher Beschäftigungspolitik 30
Ungenügende Fortschritte bei der Preisstabilisierung 30

III. Geringere außenwirtschaftliche Ungleichgewichte 32
Zahlungsbilanzprobleme etwas entschärft 33
Auch Ansätze mittelfristiger Anpassung 34
Zunehmender Protektionismus im internationalen Handel 45

IV. Größere Konvergenz der Wirtschaftspolitik in Europa 47
Anhaltende Expansion des Gemeinschaftshaushalts 48

Teil B: Die Binnenkonjunktur 1977 49

I. Überblick 49

II. Noch immer hohe Arbeitslosigkeit 51
Selbstverstärkungskräfte zu schwach 51
Wieder zunehmender Kostendruck 55
Fehlender Auftrieb für Produktion und Beschäftigung 59

III. Niveau und Struktur der Arbeitslosigkeit 65
Konjunkturelle und strukturelle Komponenten 65
Strukturelle Änderungen am Arbeitsmarkt 67
Arbeitsmarktpolitik 73

IV. Keine weitere Korrektur der Verteilung 75

V. Finanzpolitik: Konsolidierung im Vordergrund 84
Zurückhaltende Ausgabenpolitik 85
Unerwartet kräftige Zunahme des Steueraufkommens 88
Öffentliche Haushalte kaum noch expansiv 94
Sozialversicherungen: Hohes Defizit 99

Seite

VI. Geldpolitik: Spielraum für kräftiges Wachstum 101
Geldbasisexpansion wie angekündigt 102
Immer noch hohe Finanzierungsreserven 106
Ergiebiger Kapitalmarkt 111
Kräftige Aufwertung der D-Mark 112

Zweites Kapitel: Die voraussichtliche Entwicklung 114

I. Vorbemerkungen 114

II. Die voraussichtliche Entwicklung der Auslandskonjunktur 115

III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur 118

Drittes Kapitel: Die Ursachen des Beschäftigungsproblems 126

I. Die aktuelle Kontroverse 126
Konjunktureller Nachfragemangel? 127
Dauerhafter Nachfragemangel? 130

II. Ungelöste Angebotsprobleme 133
Veränderte außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen 133
Anpassungsschwierigkeiten im Strukturwandel 135
Zu hohe Löhne als Angebotsproblem 138
Warten auf niedrige Zinsen 142

III. Konsolidierung im Rückblick 146

IV. Mangel an Arbeitsplätzen 147

Viertes Kapitel: Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum 151

I. Worauf es ankommt 151
Zu den Zielen 152
Zur Grundlinie 155

II. Zwei Alternativen zum Status quo 157
Vollbeschäftigung durch Wachstum 158
Vollbeschäftigung durch mehr Staat und weniger Arbeit 162

III. Wirtschaftspolitik für 1978 und danach 164
Lohnpolitik 164
Agrarpreispolitik 168
Geldpolitik 169
Finanzpolitik 172
Wachstums- und Strukturpolitik 178

Seite

IV. Eine andere Meinung ... 186
Technischer Fortschritt und Nachfrageentwicklung ... 187
Bedarfswandel und Freizeitpräferenz ... 188
Verkürzung der Arbeitszeit ... 189
Aufgaben und Aussichten angemessenen Wachstums ... 190

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ... 197

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft ... 199

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates ... 200

IV. Stellungnahme zur wirtschaftlichen Lage ... 201

V. Stellungnahme zu Problemen der Energieversorgung ... 204

VI. Methodische Erläuterungen ... 213

VII. Statistischer Anhang ... 219

Sachregister ... 305

Verzeichnis der Schaubilder

		Seite
1	Industrieproduktion ausgewählter Länder	24
2	Gewogene Auf- und Abwertung ausgewählter Währungen	33
3	Konjunkturelle Nachfrageschwankungen	51
4	Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte	52
5	Investitionsgüternachfrage	54
6	Zur Gewinnentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe	57
7	Struktur der Verbraucherpreise auf mittlere Sicht	58
8	Zum Zusammenhang von industriellen Erzeugerpreisen und Verbraucherpreisen	58
9	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	59
10	Produktion und Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Verarbeitenden Industrie	62
11	Entwicklung der Erwerbstätigkeit	63
12	Bewegungen am Arbeitsmarkt	68
13	Arbeitslosenquoten für Männer und Frauen	71
14	Arbeitslose und offene Stellen	72
15	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und deren Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen	85
16	Struktur der öffentlichen Ausgaben	87
17	Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge	105
18	Zur Refinanzierungsstruktur der Kreditinstitute	106
19	Zentralbankgeldmenge im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt und zum Produktionspotential	107
20	Zur Entwicklung des Geldvolumens	108
21	Ausgewählte Zinssätze in der Bundesrepublik Deutschland	109
22	Netto-Absatz, Laufzeit und Emissionsrendite von Wertpapieren	110
23	Sozialprodukt und wichtige Komponenten	121
24	Bruttosozialprodukt und wichtige Verwendungskomponenten im Zyklenvergleich	128
25	Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie	129
26	Order-Capacity-Meßzahl und Reichweite der Auftragsbestände in der Industrie	130
27	Zur Außenhandelssituation der Bundesrepublik Deutschland	134
28.	Löhne und Beschäftigung	139
29	Zur künftigen Wirtschaftsentwicklung	161

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Reales Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	26
2	Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz ausgewählter Länder	27
3	Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern	29
4	Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern	31
5	Lohnkosten je Produkteinheit in ausgewählten Ländern	32
6	Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	35
7	Die Staatshaushalte in den EG-Ländern	44
8	Konsumentenkredite	53
9	Relative Streuung der Tarifabschlüsse im Produzierenden Gewerbe	56
10	Die Entwicklung am Arbeitsmarkt	64
11	Zur Arbeitslosigkeit in ausgewählten Gruppen	69
12	Zur Struktur der Arbeitslosigkeit	70
13	Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse	76
14	Zur Entwicklung der Reallohnposition	80
15	Zur Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung	81
16	Zur personellen Einkommensverteilung	82
17	Verteilung des Volkseinkommens	83
18	Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	86
19	Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern	89
20	Verteilung des Steueraufkommens auf Steuerarten	90
21	Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	91
22	Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	95
23	Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht	96
24	Gemeinsamer Haushalt der öffentlichen Hand in konjunktureller Sicht	100
25	Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	101
26	Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge	103
27	Netto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten	111
28	Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz	113
29	Die voraussehbare wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern	116
30	Einnahmen und Ausgaben des Staates	119
31	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	122
32	Eigenfinanzierte Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in der gewerblichen Wirtschaft	136
33	Neuerrichtete Industriebetriebe und deren Beschäftigte	137
34	Rechnerisches Arbeitsplatzpotential im Jahre 1981	149
35	Zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1978	159
36	Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1978 in konjunktureller Sicht	174
37	Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1978	175

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in den EG-Ländern	224
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in den EG-Ländern	225
3*	Bruttoinlandsprodukt in den EG-Ländern	226
4*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den EG-Ländern	227
5*	Verfügbares Nettovolkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den EG-Ländern	228
6*	Privater Verbrauch in den EG-Ländern	229
7*	Staatsverbrauch in den EG-Ländern	230
8*	Bruttoanlageinvestitionen in den EG-Ländern	231
9*	Außenhandel der EG-Länder	232
10*	Industrielle Produktion in den EG-Ländern	233
11*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	234
12*	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	236
13*	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	237
14*	Bruttowertschöpfung zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche	238
15*	Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	242
16*	Verteilung des Volkseinkommens	244
17*	Volkseinkommen und Produktivität	245
18*	Verwendung des Sozialprodukts	246
19*	Investitionen	250
20*	Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte	252
21*	Käufe der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszwecken	254
22*	Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt	255
23*	Vermögensbildung, Sachvermögensbildung, Finanzierungssalden	258
24*	Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften	260
25*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	262
26*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	263
27*	Konsolidierte Bilanz des Bankensystems (Geldvolumenrechnung)	264
28*	Zahlungsmittelbestände und Kredite	266
29*	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	267
30*	Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe	270
31*	Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	272
32*	Index der Produktion für das Produzierende Gewerbe	275
33*	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	276
34*	Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	278
35*	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	279
36*	Baugenehmigungen	280
37*	Auftragseingang und Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	281
38*	Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe	282
39*	Einzelhandelsumsatz	283
40*	Zahlungsbilanz	284
41*	Kapitalverkehr mit dem Ausland	286
42*	Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	288
43*	Ausfuhr und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik	289
44*	Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	290

		Seite
45*	Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	291
46*	Warenausfuhr nach Ländergruppen	292
47*	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	293
48*	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	294
49*	Index der Grundstoffpreise	295
50*	Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	296
51*	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	297
52*	Index der Ausfuhrpreise	298
53*	Index der Einfuhrpreise	299
54*	Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	300
55*	Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	301
56*	Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, alle privaten Haushalte	302
57*	Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, Zusatzdarstellung	303
58*	Löhne und Gehälter	304

Statistische Materialquellen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

Abkürzungen

AFG	=	Arbeitsförderungsgesetz
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BML	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EFTA	=	Europäische Freihandelsvereinigung
EG	=	Europäische Gemeinschaften
EGKS	=	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ERP	=	Marshallplan
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
Eur	=	Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften (= 0,88867088 Gramm Feingold)
FE	=	Forschung und Entwicklung
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Öffa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation ölexportierender Länder
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sonderziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

—	=	nichts
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
— oder ¦	=	der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
X	=	Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Der internationale Rahmen

Verlangsamter Aufschwung

1*. Für die westlichen Industrieländer war 1977 zwar ein Jahr weiterer konjunktureller Erholung, gleichzeitig aber auch ein Jahr der Enttäuschung. Das Tempo des Aufschwungs, das im Verlauf des Jahres 1976 deutlich nachgelassen hatte, blieb viel zu gering, als daß sich die Hoffnung auf einen Abbau der weltweiten Arbeitslosigkeit hätte erfüllen können. Mit der Verlangsamung des Nachfrageanstiegs nahmen die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in den westlichen Industrieländern deutlich ab.

Der Welthandel nahm nach der kräftigen Expansion zu Beginn des Aufschwungs in diesem Jahr nur noch um 5½ vH zu. Das Sozialprodukt der westlichen Industrieländer war um 4 vH, ohne die Vereinigten Staaten gerechnet um knapp 3 vH höher als im Vorjahr. Die Anzahl der Arbeitslosen blieb mit rund 15 Millionen nahezu unverändert. Die durchschnittliche Inflationsrate ist nur wenig gesunken (Ziffern 1 ff.).

2*. Zur Beurteilung der Lage muß man sich die weltwirtschaftlichen Kraftlinien vergegenwärtigen. Aufgetürmte Probleme der Vergangenheit ragen in die Gegenwart hinein. Die unvermeidlich gewordene Bekämpfung der Inflation hatte allenthalben die Investitionsneigung gedrückt und damit die Störung der Angebotsbedingungen in den Volkswirtschaften, namentlich beim Kostenniveau, auch in den Ländern offenbar werden lassen, in denen es besonders lange möglich gewesen war, solche Störungen durch Inkaufnahme ständig steigender Inflationsraten zu verschleiern. Die Erdölkrise hatte eine merkliche Änderung der internationalen Einkommensverteilung erzwungen, mit der gleichsam eine Erhöhung der Weltsparquote einherging. Doch während dies eigentlich möglichst rasch eine entsprechende Verbesserung der Investitionsbedingungen erfordert hätte, damit das zusätzliche Kapital ohne weltwirtschaftlichen Kontraktionsprozeß für zusätzliche Investitionen genutzt würde, kam es tatsächlich zunächst zu einer weiteren Verschlechterung — die Umverteilung ging in der ersten Runde großenteils zu Lasten der Unternehmen; denn den Arbeitnehmern gelang es zunächst, die Lasten der Rohstoffverteuerung durch zusätzliche Lohnsteigerungen von sich abzuwehren. Das ganze stand unter Rahmenbedingungen eines weltwirtschaftlichen Strukturwandels, in dem die Entwicklungsländer, auf das Recht des Freihandels pochend, mit kostengünstig produzierten Gütern auf einen noch kleinen, aber rasch zunehmenden Teil der Märkte drängen, die die alten Industrieländer für ihre angestammten halten, andererseits aber bei vielen Rohstoffen versuchen, außerhalb der Prinzipien des Freihandels das Verteilungsergebnis des Marktes durch neue internationale Marktordnungsregeln zu ihren Gunsten zu verändern.

3*. Nach der ersten Phase des Aufschwungs, der 1975 in den wichtigsten Industrieländern nahezu gleichzeitig eingesetzt und bis zum Sommer 1976 auch überall einen ähnlichen Verlauf genommen hatte, zeigt sich mehr und mehr, wie unterschiedlich die mittelfristigen Rahmenbedingungen für eine stetige Fortsetzung des Aufschwungs noch waren. Die konjunkturelle Differenzierung zwischen den Industrieländern nahm zu.

In der ersten Hälfte des Jahres 1977 haben sich in den Vereinigten Staaten Produktion und Beschäftigung nochmals kräftig ausgedehnt. Die durchgreifende Nachfragebelebung schwächte sich erst im Sommer 1977 ab, ohne daß man jedoch von einer Stockung sprechen kann. In Japan belebte sich die Konjunktur, die seit 1975 starke Impulse nur von der Auslandsnachfrage erhalten hatte, auch im Jahre 1977 noch nicht nachhaltig. In Westeuropa kam der Aufschwung noch langsamer voran.

In einigen Ländern — so in Schweden und in Österreich — wurde mit administrativen Maßnahmen versucht, die Nachfrage nach Arbeitskräften zu erhöhen. Diese Politik stieß rasch an außenwirtschaftliche Grenzen (Ziffern 21 f.). So ist die Zwischenbilanz dieses Aufschwungs, daß auch drei Jahre nach Beginn der Stabilisierungskrise ein erheblicher Teil des Angebots an Arbeit und Kapital in den westlichen Industrieländern noch immer ungenutzt ist. Die Ungeduld hierüber hat zugenommen. Und mit ihr wächst allenthalben das Drängen und die Bereitschaft, es nun doch wieder damit zu versuchen, ungelöste Probleme auf der Angebotsseite durch eine expansive Politik auf der Nachfrageseite zu überspielen.

4*. Die durchschnittliche Inflationsrate der westlichen Industrieländer ist 1977 im Vergleich zum Vorjahr nicht weiter zurückgegangen; im Jahresdurchschnitt betrug sie noch immer 8½ vH. Allerdings hatte das Jahr unter ungünstigen Vorzeichen begonnen, weil in einigen Ländern die kurzfristigen Auswirkungen der vorausgegangenen Verschlechterung der Wechselkurse noch nicht überwunden und zudem zahlreiche Rohstoffmärkte von einer neuen Preishausse erfaßt worden waren.

Der Nominallohnanstieg ging in den westlichen Industrieländern insgesamt weiter zurück. Hatte er 1976 noch 11½ vH ausgemacht, so betrug er 1977 knapp 10 vH — und dies, obwohl in wichtigen Ländern die Lohnsteigerungen nicht mehr geringer wurden. Allerdings flachte sich mit der geringeren Produktionssteigerung auch der Produktivitätsan-

stieg wieder ab. Die Lohnstückkosten stiegen daher ebenso rasch wie im Vorjahr, nämlich um 7½ vH. Die Zuwachsraten des inländischen Kostenniveaus in den Industrieländern näherten sich einander an (Ziffer 24).

5* Trotz des engen konjunkturellen Gleichschritts in der Europäischen Gemeinschaft konnten die Länder mit dem größten Stabilisierungsrückstand ihr außenwirtschaftliches Defizit beträchtlich vermindern. Wechselkursausschläge wie 1976 wiederholten sich in diesem Jahr nicht (Ziffern 25 ff.). Der französische Franken und die italienische Lira notierten stabiler. Seit der Jahreswende haben sich ihre Kurse nur wenig verändert. Das britische Pfund stand sogar unter einem gewissen Aufwertungsdruck. Mit erheblichen Devisenmarktinterventionen wurde verhindert, daß der Pfundkurs kräftiger stieg. Seit Jahresbeginn konnte er um 3 vH gewinnen. Das Bemühen der Vereinigten Staaten, trotz ihres konjunkturellen Vorlaufs mit Hilfe der Geldpolitik die Zinswende nach oben hinauszuzögern, schlug sich seit Jahresbeginn im Wechselkurs des Dollars, vor allem gegenüber der D-Mark und dem Yen, mehr und mehr nieder. Spekulationen über die Auswirkungen des unvermindert zunehmenden Leistungsbilanzdefizits der Vereinigten Staaten setzten den Kurs des Dollars in Japan und in der Bundesrepublik immer wieder unter Druck, zumal die Kapitalzuflüsse aus den OPEC-Ländern in die Vereinigten Staaten nicht mehr so rasch zunahmen. Von Jahresbeginn bis Oktober erreichte die Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar rund 10 vH, die Aufwertung der D-Mark rund 5 vH.

Europäische Gemeinschaft

6*. Das Jahr 1977 brachte in der Wirtschaftspolitik — nach den zunehmenden Divergenzen in den Jahren 1973 bis 1975 — wieder eine Annäherung zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Am raschesten kam allenthalben die Dämpfung der monetären Expansion in Gang (Ziffer 31). Zur Dämpfung des Lohnkostenanstiegs und zum Abbau der staatlichen Defizite bedurfte es größerer Anstrengungen als auf dem Feld der Geldpolitik. Die deutlichsten Erfolge hatte Großbritannien (Ziffer 32). In den letzten Monaten mehrten sich in den Ländern der Gemeinschaft die Anzeichen einer expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik für das Jahr 1978.

7*. Auf dem Konto der innergemeinschaftlichen Konvergenz muß allerdings auch eine wirtschaftspolitische Annäherung ganz anderer Art verbucht werden: Die direkten Eingriffe des Staates nehmen zu. Für die Einsparung von Energie werden administrative Regelungen gesucht. In die Investitions- und Beschäftigungspläne namentlich der Stahlindustrie und des Schiffbaus greift der Staat immer mehr ein. Mehr noch, unter dem Eindruck der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte des vorigen Jahres hat man allenthalben zu direkten Preis-, Lohn- und Einkommenskontrollen Zuflucht genommen. Faktisch war in der Europäischen Gemeinschaft — mit der einzigen Ausnahme der Bundesrepublik — die Tarifautonomie ausgesetzt.

Zunehmender Protektionismus im internationalen Handel

8*. Es waren nicht nur globale Maßnahmen zur Dämpfung des Nachfrageanstiegs und des Kostenauftriebs, mit denen die Wirtschaftspolitik in den Industrieländern den Zahlungsbilanzproblemen entgegenzuwirken versuchte. Auch die Neigung zu Handelsbeschränkungen nahm zu. Diese Tendenz hatte bereits 1974 eingesetzt; zunächst aber schien es sich um eine vorübergehende Nothilfe zu handeln, zu der eine Reihe von Ländern unter dem Druck der akuten Zahlungsbilanzprobleme nach der Ölpreiserhöhung und verstärkt noch unter dem Druck des sich anschließenden Beschäftigungseinbruchs Zuflucht genommen hatte. Allenthalben wurde beteuert, die gegenseitige Abhängigkeit sei zu eng, als daß einzelne Länder sich nationale Beschäftigungsvorteile auf Kosten der Handelspartner dauerhaft verschaffen könnten. Noch im Tiefpunkt der Rezession, im Mai 1975, war ein entsprechendes Bekenntnis von den Ländern der OECD abgelegt worden. Doch dieser Konsens geriet im Jahre 1977 erneut in Gefahr.

9*. Das Ausmaß, das der Protektionismus in der Welt inzwischen erreicht hat, läßt sich quantitativ nicht eindeutig bestimmen. Die Grenzen zwischen indirekten Maßnahmen zur Dämpfung des Einfuhranstiegs und direkten Einfuhrbeschränkungen sind fließend. Auch hat die Angst vor Vergeltungsmaßnahmen der Handelspartner immer subtilere Formen der Diskriminierung ausländischer Güter hervorgebracht. Beispiele dafür gab es in diesem Jahr genug. Technische Normen für einzelne Waren wurden so verändert, daß ausländischen Anbietern ein Nachteil entstehen mußte; Ursprungszeugnisse wurden strenger kontrolliert; für ohnehin genehmigungspflichtige Importe wurden weniger Genehmigungen erteilt; und in sogenannten „Anti-Dumping-Verfahren" wurde die Preiskalkulation ausländischer Anbieter gerichtlich überprüft. Am meisten ins Gewicht aber fiel die „konventionelle" Diskriminierung durch einseitige mengen- oder wertmäßige Einfuhrbeschränkungen, durch bilaterale „Selbstbeschränkungsabkommen" und durch die Belastung einzelner Importe mit „Sonderabgaben" (Ziffern 37 ff.).

10*. Nimmt man alle Handelsbeschränkungen zusammen, so legten die ungelösten Beschäftigungsprobleme in diesem Jahr eine erschreckende Neigung offen, aus kurzfristigen Motiven die Fortentwicklung der internationalen Arbeitsteilung und damit die Verbesserung des allgemeinen Wohlstandes zu behindern. Die um sich greifende politische Bereitschaft zur „Ordnung" der Märkte, zur „Organisierung" des Handels läßt neue Fehlentwicklungen befürchten, deren Bedeutung für die weltwirtschaftliche Entwicklung hoch veranschlagt werden muß.

Die Binnenkonjunktur 1977

11*. In der Bundesrepublik ist der Aufschwung 1977 ins Stocken geraten. Obwohl der Finanzierungsspielraum für eine ebenso kräftige Ausgabensteigerung wie im Vorjahr ausgereicht hätte, nahm die Nachfrage nur wenig zu. Besonders die Entwicklung der Binnennachfrage enttäuschte (Ziffern 64 ff.). Während die Verbraucher durchaus mehr auszugeben bereit waren, blieben die Unternehmen weiterhin zurückhaltender als in früheren Zyklen. Damit fehlte es an den Auftriebskräften, die sonst über mehr Investitionen, mehr Beschäftigung und mehr Einkommen den Aufschwung verstärkt und schließlich ganz getragen hatten. Hinzu kam, daß angesichts der abgeschwächten Expansion in wichtigen Partnerländern auch die Exporte weit schwächer als im Vorjahr stiegen (Ziffern 61 ff.). So blieb der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion mit 2½ vH geringer, als für eine Erhöhung des Beschäftigungsstandes notwendig gewesen wäre. Die Anzahl der Arbeitslosen unterschritt auch im Jahresdurchschnitt 1977 nicht die Millionengrenze (Ziffern 94 ff.). Die Preissteigerungen ließen weiter nach; auf der Verbraucherstufe ging der Geldwertschwund auf knapp 4 vH zurück (Ziffern 83 ff.).

12*. Eine befriedigende Annäherung an die gesamtwirtschaftlichen Ziele, insbesondere an einen hohen Beschäftigungsstand, hatte die Ausgangslage für 1977 zwar nicht erwarten lassen, doch wenigstens Schritte auf diese hin. Gewiß, die konjunkturelle Erholung, die 1976 zu verzeichnen gewesen war, hatte zum Teil noch auf den Nachwirkungen der finanzpolitischen Expansionsmaßnahmen und auf der kräftigen Belebung der Auslandsnachfrage beruht; zugleich hatten sich aber auch die Bedingungen für eine Festigung der privaten Nachfrage im Inland und für ein inflationsfreies Wachstum verbessert. Steigende Kapazitätsauslastung und zurückhaltende Lohnpolitik hatten die Produktivität und die Reallöhne wieder näher zueinander gebracht und eine deutliche Zunahme der Unternehmenserträge bei weiter rückläufigen Preissteigerungen erlaubt. Mit dem Umfang rentabler Produktion war zugleich der Anreiz größer geworden, wieder mehr zu investieren. Dieser wurde durch den Zinsrückgang noch verstärkt, der mit darauf zurückzuführen war, daß der Staat die Kreditmärkte weniger beanspruchte und daß von dem vorhandenen Geld weniger für die Finanzierung von Preissteigerungen benötigt wurde.

13*. Wie rasch und nachhaltig die Ausgabeneigung 1977 zunehmen würde, war allerdings ungewiß geblieben. Im Export drohten zudem neue Risiken; denn ungelöste Stabilisierungsprobleme hatten mehrere Nachbarländer zu einer Restriktionspolitik gezwungen, und die Neigung zu Handelsbeschränkungen war allgemein größer geworden.

Immerhin, die Nachfrage der inländischen Investoren und Konsumenten hatte nach der ausgeprägten Sommerpause in den Herbstmonaten 1976 spürbar angezogen. Blieb die Geldpolitik bei ihrem Kurs und wahrte die Lohnpolitik die 1976 gefundene Linie, so schien für das Jahr 1977 selbst bei Verminderung der konjunkturstützenden Impulse der Finanzpolitik ein Zuwachs von Nachfrage und Produktion erwartbar, der wenigstens einen weiteren Schritt beim Abbau der Arbeitslosigkeit erlaubte. Auch dann blieb indes zu befürchten, daß auf mittlere Sicht nicht alle Arbeitsuchenden einen Arbeitsplatz finden würden. Um dem vorzubeugen, ohne die erreichten Stabilisierungserfolge aufs Spiel zu setzen, war vor allem eine Verbesserung der wachstumspolitischen Rahmenbedingungen geboten.

14*. An Finanzierungsmitteln fehlte es auch 1977 nicht (Ziffern 172 ff.). Schon in den Jahren 1975 und 1976 hatte die Bundesbank Raum für einen kräftigen Aufschwung geschaffen, indem sie sich bei der Ausweitung der Zentralbankgeldmenge an den Produktionsmöglichkeiten und nicht an der aktuellen Nachfrage orientierte; ja die Bundesbank hatte es, zumal die Stabilisierung des Kosten- und Preisniveaus Fortschritte machte, in beiden Jahren sogar hingenommen, daß die tatsächliche Geldmengenexpansion noch etwas über die angestrebte hinausging. Die dabei entstandenen Finanzierungsreserven wurden eher vorsichtig in Abzug gebracht, als im Dezember 1976 die Zielmarke für die monetäre Expansion im Jahresdurchschnitt 1977 wie im Vorjahr auf 8 vH festgesetzt wurde. Bei dieser Zunahme der Zentralbankgeldmenge wäre 1977 ein Ausgabenanstieg von mehr als 10 vH finanzierbar gewesen. Bei der gegebenen Preisentwicklung hätte dies ohne Schwierigkeiten einen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 6 vH ermöglicht.

15*. Die Finanzpolitik war 1977 darauf angelegt, die Konsolidierung fortzusetzen, die bereits 1976 schneller als erwartet vorangekommen war (Ziffern 142 ff.). Nicht direkte Stützung der Nachfrage, sondern Förderung der wirtschaftlichen Selbstverstärkungskräfte durch Entlastung des Kapitalmarktes stand also im Vordergrund. Zwar wurden Maßnahmen zum Abbau des strukturellen Defizits der Rentenversicherung im wesentlichen auf 1978 vertagt; im Bereich von Bund, Ländern und Gemeinden wurde die Konsolidierung jedoch vorangetrieben. Während die Steuereinnahmen reichlicher flossen, als selbst unter der Annahme einer günstigeren Konjunkturentwicklung vor Jahresbeginn vorausgeschätzt worden war, folgte der Ausgabenanstieg den gekürzten Ansätzen der mittelfristigen Finanzpläne, zum Teil blieb er sogar dahinter zurück, vor allem bei den Gemeinden. Am stärksten wirkte sich die Ausgabenzurückhaltung auf die öffentlichen Investitionen aus (Ziffern 144 ff.). Um zu verhindern, daß deren Anteil an den Gesamtausgaben weiter sinkt, wurde im Frühjahr ein mehrjähriges Investitionsprogramm verabschiedet, aus dem 1977 noch Aufträge von reichlich 3 Mrd DM vergeben werden sollen. Im laufenden Jahr dürfte davon allerdings nicht mehr viel produktionswirksam werden. Die ursprüngliche Absicht, die Mehrwertsteuer so stark

zu erhöhen, daß die staatlichen Defizite trotz der angekündigten Verbesserungen des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte und der steuerlichen Entlastung der Unternehmen weiter vermindert worden wären, wurde zudem im Verlauf des Jahres aufgegeben. Die im Juli 1977 verabschiedeten Leistungs- und Steuerrechtsänderungen, die in der Mehrzahl Anfang 1978 in Kraft treten, bringen dem Staat nun in der Summe statt Mehreinnahmen sogar geringe Einnahmeausfälle.

Unter dem Eindruck der stockenden Konjunktur und der daraus erwachsenden Gefahr, daß enttäuschte Erwartungen bei Unternehmen wie privaten Haushalten neue Zurückhaltung hervorriefen, beschloß die Bundesregierung dann im September eine Änderung des bisherigen Kurses. Bei Inkaufnahme wieder sehr viel höherer Defizite soll die öffentliche Nachfrage verstärkt ausgeweitet und die private durch weitere Steuerentlastung gestützt werden. Mit Abschreibungserleichterungen, die den Staat mehr als bisher am unternehmerischen Investitionsrisiko beteiligen, sollen auch auf der Angebotsseite die Voraussetzungen für das künftige Wachstum verbessert werden (Ziffern 156 f.).

16*. Denn wie das Jahr über mehr und mehr deutlich wurde, war der weitere Zinsrückgang für die meisten Unternehmen kein hinreichender Grund, ihre Ausgaben im erwarteten Umfang zu steigern. Bereits kurz nach der Jahreswende war sichtbar geworden, daß die Nachfrage nach Investitionsgütern nicht hielt, was ihr beschleunigter Anstieg in der zweiten Jahreshälfte 1976 versprochen hatte. Offenbar waren die Investoren weniger als in früheren Zyklen bereit, auf künftige Gewinne zu setzen, sei es, daß ihnen die dauerhaften Absatzchancen auf den angestammten Märkten nach wie vor zu unsicher und die Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten oder die Durchsetzung neuer Produkte zu riskant erschienen, sei es, daß sie der künftigen Kostenentwicklung mißtrauten. Spielraum für eine Verbesserung der Erträge stellten die realen Lohnsteigerungen, die 1977 bereits wieder ebenso groß wie der Produktivitätsanstieg waren, in der Tat kaum noch in Aussicht, und verstärkte Preisanhebungen ließ der Wettbewerb, nicht zuletzt mit ausländischen Anbietern, angesichts der verhaltenen Nachfrage nur in den wenigsten Bereichen zu. Im Verlauf des Jahres wurden die Investitionspläne zum Teil zwar nach oben korrigiert; zu einer kumulativen Verstärkung der Investitionsneigung kam es aber nicht (Ziffern 68 ff.).

17*. Nach drei Jahren hoher Arbeitslosigkeit haben sich die Anzeichen dafür verdichtet, daß ein großer Teil der Unterbeschäftigung nicht schon durch eine bessere Auslastung des Produktionspotentials im Laufe eines konjunkturellen Aufschwungs zu beseitigen ist. Überdies tritt immer deutlicher zutage, daß sich die Arbeitslosigkeit in den vergangenen drei Jahren in ihrer Struktur gewandelt hat und daß sich die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit erhöht hat (Ziffern 103 ff.). Die Konzentration des Arbeitsplatzrisikos auf besonders benachteiligte Gruppen ist zum Hauptproblem der Arbeitsmarktpolitik geworden (Ziffern 111 ff.).

18*. Inzwischen mehren sich die Zeichen, daß die Stagnation, die in den Frühjahrs- und Sommermonaten vorherrschte, dem Ende zugeht. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich wieder etwas verbessert, und die Ausgabeneigung der Verbraucher hat weiter zugenommen. Gleichwohl lösten sich die Auftriebskräfte bis zuletzt eher ab, als daß sie sich, wie sonst im Aufschwung, wechselseitig verstärkten. Eine Zunahme des Expansionstempos, die eine deutliche Ausweitung des Beschäftigungsstandes erwarten ließe, ist bislang nicht erkennbar.

Die Ursachen des Beschäftigungsproblems

19*. Zwei Jahre nach der schwersten Rezession der Nachkriegszeit ist Vollbeschäftigung immer noch ein fernes Ziel. Im Laufe dieses Jahres ist die Aussicht, daß sich die Wirtschaft in absehbarer Zeit wenigstens allmählich diesem Ziel nähert, sogar geringer geworden. Die Furcht geht um, die Beschäftigungslage könne sich noch verschlechtern und die Ausbildungs- und Berufschancen der nachwachsenden Generation würden sich weiter vermindern. Das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes, das sich nach Überwindung der Rezession wieder gefestigt hatte, ist auf eine harte Probe gestellt.

Nachfrageschwäche als Problemursache?

20*. Von den möglichen Ursachen der Unterbeschäftigung sticht eine besonders ins Auge: Nachfrageschwäche. Die jüngste Konjunkturstockung scheint diejenigen zu bestätigen, die in einer konjunkturellen Nachfrageschwäche die Hauptursache des gegenwärtigen Beschäftigungsproblems sehen. Weit verbreitet ist die Auffassung, daß die Wirtschaftspolitik nach der Rezession für eine stärkere Nachfrageexpansion hätte sorgen müssen (Ziffern 244 ff.).

Der letzte Aufschwung unterscheidet sich von dem der Jahre 1968 und 1969 darin, daß das Muster des Konjunkturverlaufs diesmal grundlegend anders war. Insbesondere die für frühere Aufschwungsphasen typische Selbstverstärkung durch eine kräftige Investitionskonjunktur ist ausgeblieben. Dabei waren bis weit in das Jahr 1976 hinein von der konjunkturellen Nachfrageentwicklung her Bedingungen gegeben, die eine Selbstverstärkung der Auftriebskräfte hätten ermöglichen können. Statt dessen kam es 1977 zur Stockung. Dem Staat wird nunmehr zum Vorwurf gemacht, daß er in den Jahren 1976 und 1977, in denen das Tempo der Ausgabensteigerung verhalten, die Zunahme der Steuereingänge dagegen kräftig war, seine Defizite zu stark abgebaut habe (Ziffern 318 ff.).

21* Im nachhinein gesehen waren die Impulse der öffentlichen Haushalte weniger stark, als der konjunkturellen Entwicklung förderlich gewesen wäre. Eine konjunktur- und beschäftigungspolitische Würdigung der Finanzpolitik sollte aber nicht nur auf die Entwicklung der letzten beiden Jahre abstellen; denn 1975 waren vom Staat expansive Impulse von zuvor nicht gekannter Größenordnung ausgegangen, die dem Abgleiten in eine schwere Krise entgegenwirkten, deren Abbau aber mittelfristig anstand, um die Erwartungen der Privaten zu stabilisieren.

Im Jahre 1975 waren Grenzen für eine Konjunktursteuerung durch expansive Finanzpolitik sichtbar geworden. Die Finanzpolitik stand also unmittelbar nach der Rezession vor der Aufgabe, das sprunghaft angestiegene Defizit der öffentlichen Haushalte auf ein normales Maß zurückzuführen. Je mehr es ihr dabei gelang, Vertrauen für eine mittelfristig angelegte Konsolidierungsstrategie zu gewinnen, um so größer war ihr Spielraum, durch Nachfragestützung und wachstumsfördernde Maßnahmen dem Aufschwung voranzuhelfen. Den Konsolidierungsanstrengungen kam entgegen, daß die Steuereingänge überraschend stark zunahmen.

22*. Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bedeutete aber auch einen Abbau der hohen expansiven Impulse. Eine Politik der schnellen Konsolidierung mußte auf starke Selbstheilungskräfte des Marktes setzen. Für die Chance, die mittelfristig erforderliche Konsolidierung in einem Kraftakt zu bewältigen, mußte sie das Risiko eingehen, die Aufschwungskräfte zu wenig zu stärken und damit den Fortgang des Aufschwungs zu verzögern. Die Finanzpolitik der Jahre 1976 und 1977 ist dieses Risiko eingegangen; 1976 hat sie den expansiven Impuls drastisch verringert, in diesem Jahr hat sie ihn weiter abgebaut.

Daß der konjunkturelle Aufschwung schwächer ausfiel, als bis weit in das Jahr 1977 erwartet wurde, mußte der Politik der Konsolidierung Kritik einbringen. Bei der Kritik am Tempo der Konsolidierung sollte aber nicht übersehen werden, warum die Konsolidierung erforderlich geworden war und was sie zur Stabilisierung der Erwartungen auf mittlere Frist beigetragen hat. Sie war ein Versuch, das Vertrauen der Privaten, das in der inflationären Phase der früheren siebziger Jahre gelitten hatte, wiederzugewinnen und deren Zukunftserwartungen zu verbessern.

23*. Das Zögern der Unternehmen, mehr zu investieren, wird außer mit konjunktureller Nachfrageschwäche vielfach auch damit begründet, daß es heute unsicherer sei als früher, ob die Nachfrage neue Produktionsanlagen auch auf mittlere Sicht auslasten werde. Die Unternehmen warteten daher eine höhere Kapazitätsauslastung ab als in früheren Zyklen, bevor sie Erweiterungsinvestitionen vornehmen. Außer im Export werden erhöhte Risiken vor allem in der Entwicklung des privaten Verbrauchs gesehen, der größten Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Hier rühre die Unsicherheit, so wird argumentiert, zum einen aus einer verminderten Stetigkeit der Verbrauchernachfrage im Zyklus und zum anderen aus einem Näherrücken von Sättigungsgrenzen (Ziffern 249 ff.).

Die Verbrauchsausgaben, die nicht auf den Grundbedarf entfallen, weichen in der Tat heute im Zyklus stärker nach oben und nach unten von ihrer durchschnittlichen Zuwachsrate ab als früher. Das heißt jedoch nicht, daß sich der private Verbrauch im ganzen immer weniger stetig entwickelt. Denn die Ausgaben für den Grundbedarf weisen im Zeitverlauf abnehmende Schwankungen auf. Auch dies hängt mit dem gestiegenen Einkommensniveau zusammen.

24*. Die private Konsumneigung in der Bundesrepublik zeigt in der Tat seit längerem einen leicht sinkenden Trend, der jedoch noch keine Schlüsse auf generelle Sättigungstendenzen erlaubt. Aber selbst wenn die Konsumneigung in Zukunft stärker sinken sollte, brauchen daraus keine dauerhaften Beschäftigungsprobleme zu erwachsen. Wenn die Konsumneigung abnimmt, hat man eine geringere Vorliebe für Gegenwartsgüter zu konstatieren oder, was dasselbe ist, eine größere Vorliebe für Zukunftsgüter. Es wird mehr Geldkapital gebildet, das Anlage sucht, sei es in Form von inländischen Investitionen, sei es in Form von Kapitalexport.

25*. Plausibel ist die These einer säkularen Nachfrageschwäche allenfalls dann, wenn sie auf sich möglicherweise ändernde Präferenzen zwischen Einkommen und Freizeit abstellt. Sollten die Arbeitnehmer in Zukunft zugunsten von mehr Freizeit auf andernfalls erzielbare Einkommenssteigerungen verzichten wollen, würde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ebenso wie das gesamtwirtschaftliche Angebot langsamer zunehmen als bisher. Dieser Wunsch müßte sich in Tarifabschlüssen manifestieren und wäre zu respektieren. Ein Beschäftigungsproblem entsteht dabei nicht, sofern der Prozeß allmählich verläuft (Ziffern 261 ff.).

Ungelöste Angebotsprobleme

26*. Statt auf der Nachfrageseite kann man die primären Ursachen des Beschäftigungsproblems auch auf der Angebotsseite suchen. Der Satz „mehr Nachfrage schafft mehr Beschäftigung" ist in dieser Verengung sicher richtig, aber auch umkehrbar: „mehr Beschäftigung schafft mehr Nachfrage". Angebot und Nachfrage haben ihren gemeinsamen Ursprung in dem Willen der Menschen, zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse wirtschaftlich tätig zu werden. Die Arbeitsleistung und Güter, die ein einzelner anbietet, und die Waren und Dienstleistungen, die er nachfragt, sind notwendigerweise verschieden in einer arbeitsteiligen Wirtschaft. Es ist aber keineswegs zwingend, daß die Nachfrage dem Angebot vorauslaufen muß. Eine nur am Wirtschaftskreislauf orientierte Betrachtungsweise mag diesen Schluß nahelegen. Die dauerhaften Impulse für wirtschaftliche Tätigkeit müssen jedoch von der einzelwirtschaftlichen Basis ausgehen, von der un-

ternehmerischen Nutzung rentabel erscheinender Produktionschancen. Dabei wird Arbeit nachgefragt und Einkommen geschaffen, woraus dann Nachfrage nach Gütern entsteht. Im Zusammenspiel der Vielen schafft so das Angebot seine Nachfrage.

27*. Wenn nach der Rezession von 1975 trotz der kraftvollen Initialzündung von seiten des Staates und der Belebung der Export- und Verbrauchsnachfrage eine Selbstverstärkung des Aufschwungs ausblieb, so müssen die Ursachen dafür vorwiegend auf der Angebotsseite gesucht werden. Die Unternehmen haben zwar die Produktionsmöglichkeiten genutzt, die die Nachfragebelebung eröffnete, aber selbst nicht genügend dazu beigetragen, daß durch Investitionen weitere Nachfrage entsteht. Die Angebotsseite hat auf die primären Nachfrageimpulse nicht reagiert. Die Bedingungen dafür, daß ein in Wachstum und Struktur zu Vollbeschäftigung passendes Produktionspotential spontan entsteht, waren nicht gegeben. Das Stocken des Aufschwungs im Jahre 1977 läßt sich somit als Ergebnis der zu schwachen Eigendynamik deuten, die jüngste Nachfrageschwäche als Folge davon, daß die Investitionen fehlen, die mehr Beschäftigung, mehr Einkommen und damit auch mehr Nachfrage hätten entstehen lassen können. Zu den Ursachen, die auf der Angebotsseite die Investitionsbereitschaft beeinträchtigen, zählen vor allem Anpassungsschwierigkeiten im Strukturwandel, die nicht zuletzt auf veränderten außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beruhen, und ein zu hohes Lohnniveau (Ziffern 266 ff.).

Außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen

28*. Im Vergleich zum Konjunkturaufschwung von 1967 bis 1969 hat sich die außenwirtschaftliche Szene in zweierlei Hinsicht verändert. Einmal belasten die Nachwirkungen der Weltinflation und der Ölpreiserhöhungen immer noch die Zahlungsbilanzen wichtiger europäischer Partnerländer und der Entwicklungsländer. Die Stetigkeit in der Expansion des Welthandels ist dadurch bedroht. Zum anderen ist die Wechselkursillusion beseitigt worden. Die Aufwertungen seit 1969 sowie schließlich der Übergang zu flexiblen Wechselkursen haben eine Höherbewertung der D-Mark gebracht, die inländische Anbieter, vor allem in Bereichen, die mit Importen konkurrieren, einem verschärften Auslandswettbewerb ausgesetzt haben. Daraus sind zwar keine internationalen Wettbewerbsschwierigkeiten für die Volkswirtschaft im ganzen entstanden, aber strukturelle Anpassungsprobleme für viele Einzelbereiche. Die Flexibilität des Wechselkurses erlaubt es nicht mehr so wie früher, nationale Kostenvorteile ohne weiteres in höhere Gewinne und größere Marktanteile im Ausland umzusetzen.

Die Weltmarktposition der deutschen Wirtschaft ist zwar nach wie vor stark, der Rückgang des Marktanteils, der 1974 eintrat, ist aber seither nur zum Teil wieder ausgeglichen worden. Deutsche Waren hatten sich im Zuge der Wechselkursbewegung der siebziger Jahre gegenüber ausländischen Waren weit weniger verteuert, als gleichzeitig die Lohnkosten im Vergleich zum Ausland gestiegen sind. Die Exportwirtschaft war offenbar einer besonders starken Gewinnkompression ausgesetzt, die allem Anschein nach so weit ging, daß die Investitionsbereitschaft darunter gelitten hat. Die Arbeitsplätze, die in den vergangenen Jahren in der außenhandelsintensiven Industrie weggefallen sind, sind bisher weder hier noch an anderen Stellen neu geschaffen worden.

Strukturwandel

29*. Das Beschäftigungsproblem scheint zu einem nicht unerheblichen Teil darin seine Ursache zu haben, daß seit der Rezession ein Stau an Strukturwandel entstanden ist, der sich nur allmählich auflösen läßt. Durch veränderte außenwirtschaftliche Bedingungen, technischen Fortschritt und eine Verschiebung der Nachfragestruktur sind in den vergangenen Jahren Arbeitskräfte freigesetzt worden.

30*. Eine Hauptlinie des Strukturwandels der vergangenen Jahre verläuft zwischen Industrie und Dienstleistungsbereich. Die Industrie, die sich seit Beginn der siebziger Jahre einer veränderten außenwirtschaftlichen Wettbewerbssituation gegenübersieht, hat seit 1970 nahezu kontinuierlich die Beschäftigung abgebaut, am stärksten im Konjunkturabschwung 1974/75. Hinzu kam der Beschäftigungsrückgang in der Bauwirtschaft. Anders als in früheren Aufschwungsjahren ist die Industriebeschäftigung seit 1975 nicht mehr gestiegen. Der Dienstleistungssektor konnte nur bis 1973 den Beschäftigungsrückgang der übrigen Sektoren durch Mehreinstellungen ausgleichen. Dabei waren es neben dem Staat vor allem die privaten Dienstleistungsbranchen, die zusätzliche Arbeitskräfte benötigten. Dieser Bereich hat auch nach der Rezession zunehmend Arbeitsplätze bereitgestellt. Dennoch bleibt die Beschäftigungsexpansion hier hinter den Erwartungen zurück, die häufig an den tertiären Sektor geknüpft werden.

31*. Die Hoffnung, daß der Aufschwung die „Strukturprobleme" schnell zum Verschwinden bringen werde, hat sich nicht erfüllt. Eher scheint es so zu sein, daß die Anpassungsprobleme, die der Strukturwandel geschaffen hat, einer Selbstverstärkung der Auftriebskräfte im Wege standen. Unsicherheit herrscht bei vielen Unternehmen darüber, ob sich die Anstrengung lohne, neue Produktionsverfahren einzuführen oder mit neuen Produkten an den Markt zu gehen. Dabei wäre dies unter den heutigen Wettbewerbsverhältnissen besonders dringlich (Ziffern 273 ff.). Dafür, daß die unternehmerischen Risiken heute sehr hoch bewertet werden, ist die sinkende Anzahl der Unternehmensneugründungen ein Indiz. Zudem werden Strukturwandel und Neuinvestitionen durch immer zahlreichere Vorschriften erschwert, die bei der Erstellung oder Nutzung von Bauwerken und Produktionsanlagen zu beachten sind.

32*. Was das Investitionskalkül auch immer belasten mag, es gibt jeweils ein Lohnniveau, bei dem

keine Angebotsprobleme, die aus anderen Gründen bestehen mögen, so stark zu Buche schlagen, daß Vollbeschäftigung unmöglich würde. Die angebotspolitischen Möglichkeiten, die der Staat hat, reichen bei weitem nicht aus, die Lohnpolitik von der Hauptverantwortung für den Beschäftigungsgrad zu befreien. Welche Bedeutung die Löhne für die Beschäftigung haben, ist zur Kardinalfrage der Wirtschaftspolitik geworden. Niemand weiß auch nur nachträglich zu sagen, wie die Lohnentwicklung hätte aussehen müssen, die im Verlauf des Aufschwungs eine ausreichende Reaktion des gesamtwirtschaftlichen Angebots sichergestellt hätte. Diese Einräumung ändert jedoch nichts an der These, daß aus angebotsorientierter Sicht weniger Lohn mehr Beschäftigung gebracht hätte. Das ist freilich alles andere als unbestritten. Plausibler erscheint vielen die Gegenthese, daß mehr Lohn mehr Beschäftigung möglich macht, weil mehr Lohn mehr Kaufkraft schaffe.

Löhne und Beschäftigung

33*. Das Kaufkraftargument verlangt, daß das Beschäftigungsproblem mit höheren Lohnsteigerungen angegangen wird, als sie etwa in den letzten beiden Jahren vereinbart wurden. Denn der Kaufkraft- oder Nachfrageeffekt einer Lohnerhöhung schlage — zumindest kurzfristig — stärker zu Buche als deren Kosteneffekt. Um die Beschäftigung auch über die Massenkaufkraft zu erhöhen, sollten die Löhne nicht zaghaft angehoben werden. Diese These ist außerordentlich populär. Sie besitzt große Anschaulichkeit, die einem leicht nachvollziehbaren Kreislaufgedanken entspringt. Gleichwohl ist sie falsch (Ziffern 288 ff.).

34*. Wie eine zurückhaltende Lohnpolitik den Beschäftigungsgrad erhöhen kann, läßt sich allein durch kreislauftheoretische Überlegungen, die in der wirtschaftspolitischen Diskussion immer noch vorherrschen, nicht veranschaulichen. Wer Güter kaufen will und dafür zu arbeiten bereit ist, muß einen Arbeitsplatz haben. Den findet er in einer arbeitsteiligen Wirtschaft aber nur dann, wenn er nicht mehr an Lohn verlangt, als anderen das Ergebnis seiner Arbeit wert ist. Ein mehr als nur zeitweiliges Überangebot am Arbeitsmarkt muß also mit einem zu hohen Lohn zu tun haben. Es fehlt an Beschäftigung, an Einkommen, an Nachfrage. Der Nachfragemangel ist Ausfluß zu hoher Löhne, expansive Lohnpolitik kann ihn, so gesehen, nur vergrößern. Verfehlt wäre es, den Nachfragemangel als autonomes Problem zu sehen und dieses der staatlichen Konjunkturpolitik zur Lösung zuzuweisen. Natürlich kann der Staat mehr Nachfrage erzeugen. Das wäre aber ein Kurieren am Symptom, das nur dann zu mehr Beschäftigung führt, wenn die Mehrnachfrage Preissteigerungen zur Folge hat, die Löhne real sinken. Wenn dieser Weg in einem neuen Verteilungskampf endet, kommt es trotz der Inflation in aller Regel nicht zur Reallohnkorrektur. Und selbst wenn die reale Entwertung der Löhne von den Arbeitnehmern hingenommen würde, sprächen immer noch alle Gründe gegen diesen Weg, die für ein stabiles Preisniveau zu nennen sind. Eine zurückhaltende Lohnpolitik wäre auf jeden Fall der bessere, weil inflationsfreie Weg zu mehr Beschäftigung.

35*. Wie hat man sich konkret vorzustellen, daß eine Lohnpolitik, bei der das Kostenniveau sinkt oder langsamer als erwartet steigt, beschäftigungssteigernd wirkt? Wenn man zunächst einmal annimmt, daß das Preisniveau ebenso reagiert wie das Kostenniveau, also sinkt oder sich weniger erhöht als sonst, sind die Reallöhne so hoch wie ohne Lohnzurückhaltung. Die Korrektur des Reallohnniveaus ist mißglückt. Die Arbeitnehmer verfügen über die gleiche reale Kaufkraft wie zuvor, es werden jedoch die Einkommen aufgewertet, die weniger streng oder verzögert an Veränderungen des Preisniveaus gekoppelt sind, vor allem die Sozialeinkommen und die Vermögenseinkommen. Immerhin stammt mehr als die Hälfte der verfügbaren Einkommen nicht aus Löhnen und Gehältern. Die Kaufkraft insgesamt ist also real gesehen höher als sonst. Der Sozialversicherung und dem Staat fehlen auf der einen Seite Einnahmen, die ihnen bei unveränderter Nominallohnsteigerung zugefallen wären, auf der anderen Seite dürften als Folge der real gestiegenen Kaufkraft die Beschäftigung und damit das davon abhängige Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern zunehmen. Auf der Ausgabenseite spart der Staat bei der Besoldung seiner Bediensteten und kann im übrigen wegen der gesunkenen Preise, bei unveränderten Staatsausgaben, mehr kaufen.

36*. Erfahrungsgemäß führt eine Kostensenkung nicht in vollem Umfang zu einem Rückgang oder einem Minderanstieg des Preisniveaus. Insoweit kommt es zu einer Korrektur des Reallohnniveaus. Je weniger das Preisniveau sich anpaßt, um so geringer ist der reale Kaufkrafteffekt, um so mehr verbessern sich die Gewinnmargen. Beschäftigungsmöglichkeiten und Investitionsprojekte werden in größerem Umfang rentabel, insbesondere dann, wenn auch für die Zukunft auf eine zurückhaltende Lohnpolitik vertraut wird. Aber werden die Produktionschancen in einer Situation auch wahrgenommen, in der es an Nachfrage fehlt? Die Einkommen, die aus der Produktion zuwachsen könnten, entstehen ja erst mit der Produktion selbst.

37*. Soweit der Preisanstieg wegen Lohnzurückhaltung geringer ausfällt, entsteht jedoch durch den damit verbundenen Realwerteffekt mehr Kaufkraft, die von der Nachfrageseite her dazu beiträgt, daß die verbesserten Produktionsmöglichkeiten auch genutzt werden. Eine im ganzen positive Veränderung der Kaufkraft der privaten Haushalte schon als unmittelbare Rückwirkung der Kostensenkung ergibt sich allerdings nur, wenn die Senkung oder der Minderanstieg des Preisniveaus erheblich ist. Nur dann schlägt der Realwerteffekt bei den Teilen des verfügbaren Einkommens, die nicht aus Löhnen und Gehältern stammen, stärker zu Buche als die Minderung des Realeinkommens der Arbeitnehmer,

die aus der Minderlohnsteigerung resultiert. Dabei ist die Möglichkeit, daß mit der Senkung der Reallöhne die Gewinneinkommen entsprechend stärker zunehmen können, zunächst nicht zu berücksichtigen, da die Gewinne residuell bestimmt sind. Die Wahrscheinlichkeit, daß der Realwerteffekt die Reallohnminderung überwiegt, ist groß. Bei allen kostenorientiert gebildeten Preisen ist die Minderpreissteigerung unmittelbar gegeben. Bei allen anderen muß der Wettbewerb sie hervorbringen. Außerdem ist zu bedenken, daß sich im Prozeß der Anpassung an die niedrigeren Lohnkosten auch die anderen Kostenkomponenten vermindern. Die Kosten für Importgüter sinken, weil zum Anpassungsprozeß im Zweifel eine Korrektur beim Wechselkurs gehört. Das gleiche gilt für die Kapitalkosten, weil mit sinkender Inflationsrate die Zinsen sinken. Gewiß, dieser Anpassungsprozeß läuft nicht ohne Zeitbedarf ab. Aber er läßt erwarten, daß der reale Kaufkrafteffekt der Lohnsenkung über seinen Anfangswert hinaus noch kräftig zunimmt.

Worauf es letztlich ankommt: Schon bei einer Senkung oder einer Mindersteigerung des Preisniveaus, die gerade ausreicht, die reale Kaufkraft des verfügbaren Einkommens zu erhalten, kann sich die Verbesserung der Rentabilitätschancen, die den Unternehmen aus der Kostensenkung verbleibt, ohne jede temporäre Verunsicherung der Absatzerwartungen auswirken.

38*. Nur wenn die Senkung oder der Minderanstieg des Preisniveaus hinter diesem Maß zurückbleibt, ist es allein die Nachfrage nach Investitionsgütern, von der die Expansion kommen muß. In einer noch nicht von chronischer Stagnation bedrohten Wirtschaft sind Investitionschancen immer latent vorhanden. Man kann darauf setzen, daß sie genutzt werden. Nur unter ungünstigen konjunkturellen Bedingungen mag die Situation eintreten, daß trotz allgemein verbesserter Rentabilität ein Expansionsprozeß nur sehr langsam in Gang kommt, weil ein Investor auf den anderen wartet. Das ist dann der Grund für eine Initialzündung von seiten des Staates, deren Ratio darin liegt, daß sie im Vorgriff auf die Mehrnachfrage, die eine rentabel gewordene Mehrproduktion verheißt, diese Mehrproduktion schneller hervorlockt, als es die spontanen Kräfte des Marktes in dieser Situation zuwege brächten.

39*. Man mag den realen Kaufkrafteffekt, der von der Höherbewertung der unmittelbar mit der Inflationsrate variierenden Teile des Masseneinkommens ausgeht, für gering halten. Tatsächlich liefe er aber für einen Prozentpunkt, um den das Preisniveau sinkt oder weniger steigt, auf ein Mehr an realer Kaufkraft in Höhe von fast 4 Mrd DM bei den Nicht-Lohneinkommen hinaus.

40*. Die anfängliche Verbesserung der Gewinnmargen, die eine zurückhaltende Lohnpolitik ermöglicht hat, darf nicht ohne weiteres und jedenfalls nicht in vollem Umfang als dauerhafte Änderung der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmen gewertet werden. Erst der Wettbewerb, der ein zunehmendes Angebot auslöst und der in einer offenen Wirtschaft mit flexiblen Wechselkursen sehr scharf sein kann, entscheidet darüber, was den Unternehmen letzten Endes verbleibt. Erweist sich dennoch der Wettbewerb als zu schwach für Preissenkungen, so daß höhere Gewinne erzielt werden, als für Investitionen, die zu Vollbeschäftigung passen, nötig sind, kann sich die Lohnpolitik vorsichtig zurückholen, was sie zuviel zugestanden hat. Nur auf diese Weise kann das Lohnniveau herausgefunden werden, das Vollbeschäftigung möglich macht.

Warten auf niedrige Zinsen

41*. So wie die Löhne als Preis für die Arbeit, so bestimmen die Zinsen als Preis für das „Auf-Vorrat-legen" von Arbeit, für Investitionen im weitesten Sinne also, mit über die Menge der jeweils rentablen Beschäftigungsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft. Man könnte daher auch behaupten, daß in gewissen Grenzen ein Sinken der Zinsen eine an sich nötige Korrektur bei den Löhnen ersetzen kann, wenngleich dies für die Art der Produktion und der Produktionsverfahren nicht ohne Bedeutung wäre. Beiden gemeinsam ist aber ebenfalls, daß es außerordentlich schwer ist, sie nach Wunsch zu lenken.

42*. Aus einer ganzen Reihe von Gründen mag die Realzinssituation den Investoren nach wie vor als ungünstig erscheinen, nämlich

- weil die Ertragschancen der Investoren noch gedrückt sind,
- weil selbst bei wieder verbesserten Ertragsmöglichkeiten ein reichlich mit Kapital ausgestattetes Land wie die Bundesrepublik vermutlich nicht auf die Dauer einen Realzins von fast 3 vH bieten kann, jedenfalls nicht solange internationales Vertrauen für Kapitalzuflüsse aus dem Ausland sorgt, die gegebenenfalls den Wechselkurs der D-Mark nach oben drücken,
- weil, und das mag noch wichtiger sein, der Realzins, mit dem heute ein Investor in der Bundesrepublik zu kalkulieren hat, von der Erwartung weiter sinkender Inflationsraten bestimmt sein muß, der kalkulatorische Realzins also viel höher liegt, als der gegenwärtigen Differenz zwischen Kreditzins und Inflationsrate entspricht,
- weil die Investitionsrisiken gestiegen sein dürften, was, für sich genommen, nötig macht, daß die Überschüsse der erwarteten Kapitalerträge über die Kapitalkosten größer sein müssen als früher, wenn eine Investition lohnend erscheinen soll.

43*. Nun könnte man meinen — und viele meinen dies —, daß doch nichts einfacher wäre, als durch die Zentralbank in dem Maße zusätzliches Geld in die Wirtschaft geben zu lassen, wie es für einen ausreichend großen Zinsdruck nötig wäre. Das wäre ein Trugschluß.

Mehr Geld schaffen, ändert ja im Prinzip an den realen Bedingungen der Wirtschaft überhaupt nichts. Wenn Verunsicherung die Wirtschaft bedrückt, so kann mehr Geld sie nicht beseitigen. Im Gegenteil, es kann neue Inflationsfurcht hervorrufen und die Zurückhaltung der Geldkapitalanleger und der Investoren wegen der Angst, bei der Inflation letztlich zu verlieren, eher verstärken. Die Inflationserfahrung hat es anscheinend dahin gebracht, daß eine expansive, gegenüber der Gefahr der Geldentwertung gleichmütigere Geldpolitik auf dem Konto „Verunsicherung der Erwartungen" mehr verliert als sie auf dem Konto „zeitweilige Zinssenkung" gewinnt — immer vorausgesetzt, eine expansive Geldpolitik führt überhaupt eine Zinssenkung herbei, die bis in den Markt für langfristige Kredite hineinreicht.

Von der Geldseite her etwas zur Heilung mittelfristig angelegter Störungen bei den Angebotsbedingungen der Volkswirtschaft beitragen, heißt die langfristigen Zinserwartungen senken. Und dies wiederum verlangt, die langfristigen Inflationserwartungen und zugleich die langfristigen Erwartungen hinsichtlich des Realzinses zu senken. Dies ist eine überaus schwierige und offensichtlich auch langwierige Aufgabe. Und es ist selbstverständlich nicht allein eine Aufgabe der Geldpolitik.

44*. Die Bundesbank hat in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag geleistet, indem sie für ein Geldangebot sorgte, das auf den Finanzierungsbedarf einer Volkswirtschaft mit wachsendem und allmählich wieder voll auszulastendem Produktionspotential bei stetig abnehmender Inflationsrate ausgerichtet war.

Die Bundesbank kann als entscheidenden Erfolg buchen, daß es gelang, die Tendenz steigender Inflationsraten zu brechen und Jahr für Jahr den Anstieg des Preisniveaus zu verringern. Um mehrere volle Prozentpunkte sank im Gefolge dieser Politik das Zinsniveau. Aber es erwies sich dabei auch, daß die Geldpolitik die Ausnutzung der gebotenen Finanzierungsspielräume nicht in der Hand hat.

Mangel an Arbeitsplätzen

45*. Die ungelösten Angebotsprobleme finden ihren Niederschlag in einem Mangel an Arbeitsplätzen. Infolge des Lohndrucks und geänderter außenwirtschaftlicher Bedingungen sowie im Rahmen des Strukturwandels sind in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze weggefallen, ohne daß dafür in ausreichender Zahl neue entstanden sind. Um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, hätte es weit höherer Zuwächse bei den Investitionen bedurft, als in den letzten Jahren tatsächlich erreicht worden sind. Die Bundesrepublik hat daher ein Produktionspotential, das nicht mehr zu Vollbeschäftigung paßt.

Um eine Vorstellung davon zu gewinnen, welches Investitionsvolumen erforderlich ist, damit das Arbeitsplatzangebot entsteht, das bis 1981 Vollbeschäftigung wieder ermöglicht, haben wir mit Hilfe einer Modellrechnung mögliche Entwicklungen der Kapitalintensität und des Arbeitsplatzpotentials veranschaulicht und Annahmen hinsichtlich der Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials gemacht (Ziffern 326 ff.).

46*. Auch unter einer optimistischen Annahme, das heißt bei einem im Vergleich zur jüngeren Vergangenheit deutlich flacheren Anstieg der Kapitalintensität im Trend, werden demnach die Investitionen in den kommenden Jahren wesentlich rascher zunehmen müssen als in den letzten Jahren, damit sich das Defizit an Arbeitsplätzen nicht ständig vergrößert. Nimmt man an, daß die realen Anlageinvestitionen der Unternehmen bis 1981 um jährlich 9 vH steigen, so würden in jenem Jahr rund 300 000 Arbeitsplätze fehlen, nicht gerechnet, daß aus Gründen des Strukturwandels künftig möglicherweise mehr offene Stellen vorhanden sein müssen. Nur wenn man unterstellen dürfte, daß die Erwerbsbeteiligung in Zukunft deutlich niedriger sein wird, als wir dies in unserer Rechnung bereits angenommen haben, wäre der Mangel an Arbeitsplätzen bis dahin weitgehend behoben. Wenn dieses Ziel erst für das Jahr 1985 ins Auge gefaßt wird, müßten die Unternehmen etwa 8 vH jährlich mehr investieren. In beiden Fällen müssen die Zuwachsraten also erheblich über das hinausgehen, was in der Vergangenheit unter wesentlich günstigeren Bedingungen erreicht worden ist.

Worauf es ankommt

47*. Die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre hat eine Schlappe erlitten. Ausgerichtet darauf, die Inflation zu überwinden, im staatlichen ebensowohl wie im privaten Bereich der Wirtschaft die Verzerrungen zu beseitigen, die aus dem inflatorischen Übermaß an Ansprüchen entstanden waren, hat sie mit dem Konzept der mittelfristigen Orientierung in der Geldpolitik und der Finanzpolitik auf die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft gesetzt, hat diese Kräfte zu unterstützen, nicht zu ersetzen versucht. Der entscheidende Erfolg, das Ingangsetzen eines sich selbst tragenden, kräftigen, aber doch nicht wieder inflationsgefährdeten Aufschwungs, hat auf sich warten lassen.

48*. Obwohl die Aufgabe einer Initialzündung gegeben ist, kommt es doch weiterhin in erster Linie darauf an, die Anstrengungen zu verstärken, die sich auf eine Beseitigung der Ursachen für den Mangel an Eigendynamik richten. Bei der Doppelstrategie, die jetzt nötig geworden ist, hat also die Verbesserung der Angebotsbedingungen nach wie vor Vorrang. Sie ist es, die auf die Ursachen der Probleme, soweit diese nicht in der noch schwachen Weltkonjunktur wurzeln, zielt. Denn die Diagnose lautet: Die binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche ist von ihrem Ursprung her nur Reflex der gestörten Angebotsbedingungen. Daß sie sich inzwischen offensichtlich als Konjunkturfaktor verselbständigt hat, ändert daran nichts (Ziffern 335 ff.).

49*. Es ist nicht der Staat und seine Wirtschaftspolitik, sondern die Lohnpolitik, die damit in den Vordergrund rückt. Der Staat hat schon gehandelt. Er hat diesmal voll zugegriffen. Es grenzt an eine Kehrtwendung, was er nach den beiden Jahren einer Konsolidierung der Staatsfinanzen an Steuersenkungen beschlossen hat und nach den Vorstellungen der Bundesregierung zusätzlich ausgeben soll.

50*. Jede Strategie für die kommenden Jahre muß alle Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ernst nehmen — die Verletzung von Zielen bekämpfen, einer Gefährdung entgegenwirken und jedenfalls nicht selbst eine Gefährdung bei anderen Zielen schaffen.

— Derzeit ist das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes nicht nur am stärksten verletzt, sondern auch weiterhin am stärksten gefährdet. Die für 1978 vorhersehbare Entwicklung läßt nur eine geringfügige Verbesserung der Situation im Verlauf des Jahres erwarten.

— Es sind die mittelfristig ungelösten Beschäftigungsprobleme, die zugleich das derzeitige wirtschaftliche Wachstum, das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials also, als völlig unzureichend erscheinen lassen.

— Stabilität des Preisniveaus ist zwar noch nicht voll erreicht. Doch die Erfolge in der Inflationsbekämpfung sind befriedigend. Die Chance, den Stabilisierungsprozeß fortzusetzen, ist gut. Risiken liegen in der Versuchung, erneut auf die Chimäre zu setzen, man könne mehr Beschäftigung gegen etwas mehr Inflation eintauschen.

— Am wenigsten verletzt und gefährdet ist das Ziel eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Unter Bedingungen überwiegend beweglicher Wechselkurse wirft dieses Ziel keine Probleme auf, solange die Volkswirtschaft sich des Vertrauens ihrer außenwirtschaftlichen Partner sicher sein darf. Es sind eher andere außenwirtschaftliche Probleme, das Drängen der Partnerländer auf mehr Nachfrageexpansion, die Tendenz zum Protektionismus in der Welt, die Sorgen bereiten (Ziffern 37 ff.).

51*. Eine gute Wirtschaftspolitik zeichnet sich dadurch aus, daß sie auch dann richtig ist, wenn die kurzfristigen Prognosen falsch sind. Dies ist der wichtigste Grundgedanke einer mittelfristig orientierten Politik. Daß jetzt eine Doppelstrategie mit Akzent auf der Teilaufgabe, rasch für mehr Nachfrage zu sorgen, nötig geworden ist, bedeutet notwendigerweise erneut eine Entfernung von diesem Prinzip der mittelfristigen Orientierung, namentlich für die Finanzpolitik. Soll der Schaden, den die Kursänderung mit sich bringt, gering gehalten werden, so ist danach zu streben, möglichst viel von dem, was jetzt getan werden mußte, in einem Konzept für die mittelfristige Entwicklung einzufangen. Dies entspricht auch dem Zweck der Doppelstrategie. Sie soll nämlich auch in ihrem nachfrageorientierten Teil nicht in beliebigem Umfange ausgefallene private Nachfrage durch staatliche oder staatlich induzierte Nachfrage ersetzen; sie soll vielmehr gegenüber der Nachfrageexpansion, die sonst aus am Markt erzielten Einkommen resultiert, einen Vorlauf schaffen, der allmählich aufgeholt wird, nämlich in dem Maße, wie durch Beseitigung der Störungen bei den Angebotsbedingungen „fundierte" private Nachfrage zusätzlich entsteht. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß der große fiskalische Aufwand, den diese Politik erfordert, nicht vertan ist, der jetzt angetriebene Aufschwung also nicht wieder zum Stehen kommt, sobald die staatliche Stütze entfällt.

52*. Jede Strategie für die kommenden Jahre muß in der Instrumentierung auf die beiden Grundtatsachen Rücksicht nehmen, daß öffentliches Geld knapp bleibt, und daß der Verteilungskampf zwischen den sozialen Gruppen die Aktionsmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik außerordentlich einengt. Als Maßnahmen, die beiden Tatsachen Rechnung tragen und zugleich Wirksamkeit versprechen, kommen vor allem solche in Betracht, die auf eine Änderung der Risikoverteilung in der Wirtschaft hinauslaufen (Ziffern 437 ff.).

Status quo und Alternativen

Die voraussichtliche Entwicklung

53*. In der Bundesrepublik Deutschland haben sich mit den finanzpolitischen Beschlüssen vom Herbst 1977, die den privaten Haushalten und den Unternehmen beträchtliche Steuererleichterungen bringen und überdies eine kräftige Ausweitung der öffentlichen Ausgaben vorsehen, die Aussichten für die konjunkturelle Entwicklung verbessert. Die expansiven Impulse, die von den Steuersenkungen und der Ausgabensteigerung ausgehen, sind groß. Sie werden die ins Stocken geratene Konjunktur wieder anstoßen (Ziffern 193 ff.).

54*. Gleichwohl ist keineswegs sicher, daß der neue Anlauf in der Konjunkturpolitik mehr bewirkt als die verschiedenen Programme und Maßnahmen seit 1974 — also nicht nur ein „Strohfeuer" entfacht, das bald wieder verlischt, sondern eine nachhaltige Konjunkturbelebung, die eine grundlegende Besserung der Beschäftigungslage verspricht. Ungewiß ist vor allem, ob es zu der Selbstverstärkung der konjunkturellen Auftriebskräfte durch eine Investitionskonjunktur kommt, wie sie früher für Aufschwungsphasen typisch war.

Die Entscheidung hierüber liegt freilich nicht bei der Wirtschaftspolitik. Die staatlichen Stellen können der Konjunktur zwar Impulse geben, ob sich diese aber fortpflanzen und verstärken, hängt ab vom Verhalten der Investoren und Verbraucher, vor allem aber vom Verhalten der Tarifparteien. Die Chancen für einen sich selbst tragenden Auf-

schwung im Jahre 1978 sind nur dann hoch zu veranschlagen, wenn die Tarifparteien bei ihren Entscheidungen der Situation auf dem Arbeitsmarkt Rechnung tragen.

55*. Wir können nicht ausschließen, daß die Entwicklung auch im Jahre 1978 anders verläuft, als wir dies aus heutiger Sicht für wahrscheinlich halten, daß wir uns also bei der Einschätzung der für den Konjunkturverlauf bestimmenden Kräfte abermals irren. Diese Gefahr ist größer geworden, seit die konjunkturelle Entwicklung im Inland wie im Ausland nicht mehr nach alten Zyklenmustern zu verlaufen scheint, und die Wirtschaftspolitik häufiger in den Marktprozeß eingreift, ohne daß schon genügend Erfahrungen darüber vorliegen, wie in solchen Situationen bestimmte Maßnahmen auf das Verhalten der Investoren und Verbraucher einwirken. Gleichwohl: Jede rationale Entscheidung, die über den Tag hinausreicht, schließt eine Vorstellung über die Zukunft, also eine Prognose ein, und sei sie noch so unsicher.

56*. Nach unserer Schätzung werden im Jahre 1978 den Gebietskörperschaften 379½ Mrd DM (+ 5 vH) an Steuern, Gebühren und sonstigen Einnahmen zufließen. Dem stehen Ausgaben in Höhe von 429 Mrd DM (+ 8 vH) gegenüber. Das Finanzierungsdefizit wird sich daher beträchtlich erhöhen, und zwar von 35½ Mrd DM auf 49½ Mrd DM; es wird also wieder die gleiche Größenordnung erreichen wie 1976 (Ziffern 213 ff.). Dieses Defizit geht um 23 Mrd DM über das hinaus, was wir als konjunkturneutral betrachten (expansiver Impuls). Dabei sind konjunkturbedingte Steuerausfälle und eine als normal anzusehende Verschuldung des Staates in Rechnung gestellt.

57*. Die Frage, ob damit der erhoffte Durchbruch bei den Investitionen gelingt, vermögen wir dennoch nicht zu beantworten. Die Investitionsschwäche ist nach unserer Auffassung in erster Linie eine Folge zu hoher Kosten und Risiken. Aus der lohnpolitischen Diskussion, wie sie gegenwärtig in der Öffentlichkeit geführt wird, haben wir nicht den Eindruck gewonnen, daß überall die Bereitschaft vorhanden ist, 1978 verstärkt auf die positiven Beschäftigungswirkungen niedrigerer Tarifabschlüsse zu setzen.

58*. Um die Konjunktur in Schwung zu halten, bedarf es auch einer deutlichen Belebung der Auslandsnachfrage; sie zeichnet sich in den statistischen Daten allerdings noch nicht ab. In vielen westlichen Industrieländern war die konjunkturelle Erholung zuletzt merklich erlahmt, und die Arbeitslosigkeit begann wieder zu steigen. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung haben die meisten Regierungen jedoch — ähnlich wie in der Bundesrepublik — erneut konjunkturanregende Maßnahmen ergriffen. Das Problem der Zahlungsbilanzdefizite scheint weniger drückend als in den letzten Jahren. In der Weltkonjunktur werden 1978, so nehmen wir an, die Auftriebskräfte überwiegen (Ziffern 198 ff.). Die Entwicklung des Welthandels wird — anders als im Jahre 1977 — deutlich aufwärtsgerichtet sein. Die Aussichten für den deutschen Export sind deshalb alles in allem wieder etwas günstiger zu beurteilen als noch Mitte des Jahres 1977 unter dem Eindruck rückläufiger Auslandsbestellungen.

59*. Bei unserer Prognose sind wir davon ausgegangen, daß die Nachfrage aus dem Ausland im Einklang mit der Weltkonjunktur zunächst nur verhalten steigt, der Anstieg sich aber im Verlauf des Jahres 1978 merklich verstärkt. Für den Jahresdurchschnitt 1978 erwarten wir eine Zunahme des Exportvolumens (Waren und Dienste) von 5 vH nach 3 vH im Jahre 1977. Die vorsichtige Einschätzung der Exportkonjunktur kommt darin zum Ausdruck, daß die Zunahme der Ausfuhr nach unserer Prognose hinter der Zunahme des Welthandels (5½ vH) zurückbleibt.

60*. Bei der Prognose des privaten Verbrauchs sind wir davon ausgegangen, daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte mit rund 7 vH etwas stärker zunehmen wird als 1977 (6½ vH). Dennoch werden die Verbrauchsausgaben etwas schwächer steigen — für den Jahresdurchschnitt 1978 veranschlagen wir die Zuwachsrate auf 6½ vH nach 7½ vH im Jahre 1977 — da die Sparquote, die im Jahre 1977 durch die Verwendung größerer Beträge aus freigewordenen Spargeldern für den privaten Verbrauch gedrückt war, wieder höher sein wird.

61*. Zu den Annahmen unserer Prognose gehört, daß sich die in letzter Zeit zu beobachtende Verbesserung des Investitionsklimas fortsetzen und zu einem erneuten Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen führen wird. Dabei dürften nicht nur Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen nachgeholt, sondern auch Erweiterungsinvestitionen in Angriff genommen werden. Rechnung zu tragen ist aber auch den Faktoren, die nach wie vor die Investitionsneigung belasten. In der Prognose ist eine Zuwachsrate der realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 1978 von 4 vH eingesetzt. Diese Rate ist zwar niedriger, als die im Jahresdurchschnitt 1977 erreichte, hinter ihr steht aber eine deutlichere Aufwärtsbewegung im Jahresverlauf als 1977.

Bei den Bauinvestitionen werden 1978 jene Maßnahmen voll wirken, die im Laufe des Jahres 1977 zur Stützung der Baukonjunktur beschlossen worden sind. Hinzu kommt, daß ein weiterer Rückgang des Kapitalmarktzinses, wie er zu den Annahmen unserer Prognose paßt, mehr Investoren zum Baubeginn veranlassen wird, auch solche, die bislang in der Hoffnung auf noch billigeres Geld abwarten. Davon werden vor allem Wohnbauten und öffentliche Bauten begünstigt. Zurückhaltender schätzen wir die Entwicklung bei Wirtschaftsbauten ein. Die Zuwachsrate der realen Bauinvestitionen veranschlagen wir für den Jahresdurchschnitt 1978 auf 5½ vH, mehr als doppelt so hoch wie für den Jahresdurchschnitt 1977 (2½ vH). Nur geringe Impulse für die Konjunktur erwarten wir von den Lagerdispositionen der Unternehmen.

62*. Die Importe werden 1978 wieder deutlich stärker zunehmen als das Angebot aus inländischer Produktion. Dies gilt insbesondere für die Einfuhr von Fertigwaren, deren Marktanteil sich schon in den vergangenen Jahren beträchtlich erhöht hat. Bei Rohstoffen und Vorprodukten rechnen wir, wie erwähnt, wegen der geringen Anreize zum Lageraufbau nur mit einem schwachen Anstieg.

Insgesamt erwarten wir für den Jahresdurchschnitt 1978 einen Zuwachs des Importvolumens (Waren und Dienste) um 5 vH, nach 4½ vH im Jahre 1977.

63*. Bei der von uns erwarteten Entwicklung wird das Sozialprodukt im Jahresdurchschnitt 1978 um etwa 3½ vH höher sein als im Jahresdurchschnitt 1977. Die Zuwachsrate der Produktion ist damit nur wenig größer als die Wachstumsrate des Produktionspotentials, die wir auf 3 vH veranschlagen. Immerhin ist die Entwicklung im Laufe des Jahres günstiger, als es im Vorjahresvergleich zum Ausdruck kommt. Dies erklärt sich daraus, daß die konjunkturelle Expansion im Jahre 1977 sehr flach verlief, so daß der „Überhang" am Jahresende 1977, der die Veränderungsrate im Vorjahresvergleich erheblich mitbestimmt, diesmal sehr gering ist.

64*. Die Produktionsbelebung reicht voraussichtlich nicht aus, mehr Arbeitsplätze zu besetzen. Sie fällt in unserer Rechnung nicht stärker aus als der Anstieg des Produktionsergebnisses je Arbeitsstunde. Das bedeutet, daß 1978 keine nennenswerte Zunahme des Arbeitsvolumens und damit auch keine großen Fortschritte bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erwarten sind.

In unserer Prognose haben wir einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres 1978 angenommen; im Jahresdurchschnitt wird die Anzahl der Arbeitslosen allerdings die Millionengrenze noch immer nicht nennenswert unterschreiten.

65*. Bei der erwarteten Entwicklung von Löhnen, Zinsen, Einfuhrpreisen und Produktivität, die zusammen die Höhe des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus bestimmen, ergibt sich gegenüber 1977 eine Verringerung des Kostenanstiegs. Dies wird, soweit der Wettbewerb Preisanhebungen überhaupt zuläßt, den Preisanstieg weiter dämpfen.

Bei den Verbraucherpreisen wird die Entwicklung 1978 allerdings durch die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes beeinflußt: Rein rechnerisch bedeutet dies beim Preisindex für die Lebenshaltung einen Anstieg um 0,6 bis 0,7 Prozentpunkte. Es ist jedoch keineswegs ausgemacht, daß die Überwälzung der Mehrwertsteuer voll gelingt, was andererseits nicht ausschließt, daß da und dort die Steuererhöhung auch als Vorwand benutzt wird, zusätzliche Preisanhebungen vorzunehmen.

Aus unseren Annahmen ergibt sich trotz der Erhöhung der Mehrwertsteuer eine weitere Abschwächung im Preisanstieg. Für den Jahresverlauf (Jahresende 1978 gegen Jahresende 1977) rechnen wir mit einer Rate von rund 3½ vH, nach knapp 4 vH im Jahre 1977, ohne den rechnerischen Effekt der Mehrwertsteuererhöhung nur mit einer Rate von 3 vH.

66*. Bei der angenommenen Entwicklung von Kosten und Preisen bleibt wenig Raum für eine spürbare Erholung der Unternehmensgewinne. Das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dürfte nach unserer Schätzung um 8 vH und damit nur geringfügig stärker zunehmen als das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (7 vH). Die Gewinnmargen der Unternehmen werden sich dabei 1978 nicht einmal um soviel verbessern, wie sie sich 1977 wieder verschlechtert haben.

67*. Da sich bei den in der Prognose für das Jahr 1978 gesetzten Löhnen keine grundlegende Verbesserung der Beschäftigungslage abzeichnet, haben wir zwei Alternativen mit Lohnerhöhungen, die von denen in der Prognose abweichen, durchgerechnet. Dabei haben wir versucht, auch jene Perspektiven mit ins Bild zu rücken, die in der Verlaufsbeschreibung für ein einzelnes Kalenderjahr nicht hinreichend zum Ausdruck kommen.

Zwei Alternativen zum Status quo

68*. In der öffentlichen Diskussion besteht ein grundlegender Dissens darüber, mit welcher marktwirtschaftlichen Strategie die Beschäftigungsprobleme am besten zu lösen seien. Ein Weg ist, die Vollbeschäftigung durch mehr Wachstum möglich zu machen; ein anderer Weg wird darin gesehen, über eine dauerhafte Ausweitung der staatlichen Nachfrage und eine Beschränkung des Angebots an Arbeit die Vollbeschäftigung zu erreichen.

Hinter diesen beiden Alternativen stehen nicht nur unterschiedliche Auffassungen über die geeigneten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, sondern auch über die Ziele, die die Wirtschaftspolitik leiten sollen. Wir haben uns in diesem Gutachten ausführlich mit den Argumenten für den jeweiligen Standpunkt auseinandergesetzt. Um die Urteilsbildung in der Öffentlichkeit zu erleichtern, haben wir für beide Alternativen entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen formuliert, die wahrscheinlichen Wirkungen für das Jahr 1978 zu quantifizieren versucht und die Perspektiven gekennzeichnet, die sich daraus für die Jahre danach ergeben (Ziffern 352 ff.).

Vollbeschäftigung durch Wachstum (Alternative I)

69*. Eine Wirtschaftspolitik, die Vollbeschäftigung auf dem Wege über mehr Wachstum zu erreichen sucht, geht davon aus, daß die Menschen nach wie vor den Wunsch haben, mehr Einkommen zu erzielen, um ihren Wohlstand zu mehren. Der Bedarf an mehr und besseren Gütern soll nicht zu einem Verteilungskampf führen, in dem der eine nur gewinnen kann, was der andere verliert, sondern dadurch befriedigt werden, daß mehr Güter für alle bereit-

gestellt werden. Hohes Wachstum entschärft auch den Streit darüber, in welchem Umfang der individuelle Bedarf zurückstehen soll, damit der Staat genügend Ressourcen erhält, um den Bedarf an öffentlichen Gütern zu decken.

70*. Hauptkennzeichen dieser wirtschaftspolitischen Alternative zu unserer Status-quo-Prognose ist, daß die Festlegungen, mit denen die Wirtschaftspolitik in das Jahr 1978 hineingeht, auf der Angebotsseite fundiert werden (Ziffern 354 ff.).

Für 1978 unterscheidet sich diese wirtschaftspolitische Alternative von der Status-quo-Prognose durch folgende zentrale Annahmen:

— Die tariflichen Stundenverdienste werden 1978 nur um soviel erhöht, wie das Produktionsergebnis je Stunde steigen wird. Dies bedeutet Tariflohnsteigerungen von durchschnittlich 3 vH, einschließlich Nebenleistungen von 3½ vH.

— Der Staat fördert mit einem Teil der Mittel, die er als Folge des langsameren Anstiegs des Lohn- und Preisniveaus an anderer Stelle einspart und nicht zum Ausgleich des höheren Defizits der Rentenversicherung benötigt, im Rahmen der Wachstums- und Strukturpolitik über das bisher vorgesehene Maß hinaus Unternehmensneugründungen, Innovationen sowie Investitionen in kleinen und mittleren Unternehmen.

— Die Geldpolitik bleibt am Produktionspotential orientiert und stellt in gleichem Umfang Zentralbankgeld zur Verfügung, wie wir bei unserer Prognose angenommen haben.

71*. Die niedrigeren Lohnsätze bedeuten — für sich genommen —, daß den Arbeitnehmern weniger Nettolöhne ausgezahlt werden. Änderte sich weiter nichts, wären es rund 6 Mrd DM weniger als unter den Annahmen der Prognose. Das gesamte verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, in dem auch die Sozialeinkommen, die Vermögenseinkommen und die Gewinnentnahmen der Selbständigen enthalten sind, erhöhte sich dann um knapp 1 vH weniger. Dieser Unterschied verringert sich, wenn die Unternehmen dank der Verminderung des Lohnkostendrucks auf geplante Entlassungen verzichten oder Arbeitskräfte einstellen. Er verschwindet sogar ganz, wenn man den Realwert der Einkommen betrachtet.

72*. Bei nach wie vor scharfem Wettbewerb bedeuten niedrigere Lohnkosten auch niedrigere Preise. Der Rückgang der Inflationsrate macht nicht nur das Minus bei den Arbeitnehmereinkommen kleiner, er wertet auch die übrigen Einkommen der privaten Haushalte auf. Der Realwert des verfügbaren Einkommens insgesamt fällt nicht kleiner als in unserer Prognose aus, auch dann schon, wenn man die Zunahme der Beschäftigung außer acht läßt. Der Realwert der Geldvermögen, die die Haushalte für den Kauf von Gütern verwenden können, ist ohnedies größer.

73*. Es spricht viel dafür, daß sich aus dem Zusammenspiel von geringeren Lohnzuwächsen und niedrigeren Inflationsraten eine höhere Nachfrage der privaten Haushalte ergibt. Mehr Absatz wird auch jene Investoren, die erst das Signal einer nachhaltigen Belebung der Nachfrage abwarten wollen, veranlassen, die verbesserten Investitionsbedingungen zu nutzen. Was wir bereits 1978 an konjunktureller Dynamik erwarten, läßt sich an dem Anstieg vom ersten zum zweiten Halbjahr ablesen: die Ausrüstungsinvestitionen werden doppelt so stark steigen wie in unserer Prognose. Die inländische Produktion dürfte ihr Vorjahresniveau um 4½ vH übertreffen und damit um 1 vH größer sein als unter den Annahmen unserer Prognose. Der Anstieg des realen Sozialprodukts vom ersten zum zweiten Halbjahr beträgt auf Jahresrate hochgerechnet 6 vH (Ziffern 362 ff.).

74*. Im ganzen ergibt sich gegenüber der Status-quo-Prognose folgende Bilanz der angenommenen Lohnzurückhaltung:

— Der einzelne Arbeitnehmer erhält im Jahre 1978 im Durchschnitt 1,5 vH weniger Nettolohn. Da der Anstieg der Verbraucherpreise um 0,8 vH niedriger ist, verringert sich der Ausfall an Kaufkraft auf 0,7 vH.

— Die übrigen Einkommen der privaten Haushalte, deren Anteil am verfügbaren Einkommen über 50 vH ausmacht, erhöhen sich der Kaufkraft nach um 0,8 vH.

— Die höhere Produktion bringt auch mehr Beschäftigung und mehr Lohneinkommen, verringert allerdings das Arbeitslosengeld. Insgesamt fällt das reale verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um 0,5 vH größer aus. Der private Verbrauch ist um 0,8 vH höher, weil die Ausgabenquote steigt.

— Die Lohnstückkosten ermäßigen sich um 2 vH; auch die Importkosten und die Zinsen sind niedriger.

— Die Preise steigen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 1 vH weniger.

— Die Ertragslage der Unternehmen verbessert sich nicht nur infolge der Ausweitung der Gewinnmargen, sondern auch durch die Erhöhung des Absatzes.

— Der Staat spart durch den geringeren Lohn- und Preisanstieg Mittel ein, die er an anderer Stelle ausgeben kann. Die Steuereinnahmen bleiben nahezu konstant: Mindereinnahmen bei der Lohnsteuer werden durch Mehreinnahmen bei den Gewinnsteuern und den Verbrauchsteuern wettgemacht.

— Das Defizit der Rentenversicherung erhöht sich; bei unveränderten Ausgaben kommt es infolge der geringeren Lohnsteigerungen zu Einnahmeausfällen.

— Der Ausgabenüberschuß der Bundesanstalt für Arbeit vermindert sich, da die Einsparungen bei der Arbeitslosenunterstützung die Beitragsausfälle überwiegen.

75*. Für die Beurteilung des Weges „Vollbeschäftigung durch Wachstum" ist nicht nur bedeutsam, was das Jahr 1978 an zusätzlicher Produktion und zusätzlicher Beschäftigung bringt. Wichtiger ist, daß ein Pfad eingeschlagen wird, der mittelfristig zu Vollbeschäftigung zurückführen kann. Zieht man die Zunahme von Sozialprodukt und Investitionen über das Jahr 1978 hinaus bis 1981 aus, so könnte das Sozialprodukt jährlich um 5 vH zunehmen. Die treibende Kraft wären dabei die privaten Investitionen; es bestünde die berechtigte Hoffnung, daß die bestehende Arbeitsplatzlücke auf mittlere Sicht geschlossen wird. Dadurch wäre gewährleistet, daß bei steigender Nachfrage nicht nur die vorhandenen Kapazitätsreserven genutzt werden, sondern daß auch das Wachstum des Produktionspotentials von gegenwärtig nicht einmal 3 vH auf 4 vH angehoben wird. Der Aufbau neuer Kapazitäten, bevor die vorhandenen ausgeschöpft sind, machte eine inflationsfreie Expansion der Nachfrage möglich.

76*. Gelingt es in den nächsten Jahren, bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion eine Zuwachsrate von jährlich 5 vH zu erreichen, wird auch ein hoher Beschäftigungsstand wieder möglich. Bei einem mittelfristigen Anstieg der Arbeitsproduktivität von 4 vH bis 4½ vH, wie er von Mitte der sechziger Jahre bis heute zu beobachten war, würde sich die Anzahl der Erwerbstätigen um etwa 200 000 je Jahr erhöhen; stellt man in Rechnung, daß sich der Produktivitätsanstieg in den letzten Jahren verlangsamt hat, könnte die Zunahme der Beschäftigung auch höher ausfallen.

Vollbeschäftigung durch mehr Staat und weniger Arbeit (Alternative II)

77*. Den Weg zu Vollbeschäftigung über mehr Staat und weniger Arbeit suchen, heißt für viele, wenn auch nicht für alle, der Wirtschaftspolitik andere Ziele vorgeben. So halten nicht wenige die Versorgung der Bürger mit öffentlichen Gütern für so unbefriedigend, daß künftig ein größerer Teil des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials vom Staat beansprucht werden sollte. Auch wird die Auffassung vertreten, daß die Bürger auf ein an sich mögliches Einkommenswachstum verzichten sollten, weil sonst die Belastung der Menschen und ihrer Umwelt durch die Güterproduktion zu groß würde (Ziffern 358 ff.).

78*. Eine Wirtschaftspolitik, die von solchen Vorstellungen geprägt ist, wird tarifvertragliche Arbeitszeitverkürzung und expansive Haushaltspolitik als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit einsetzen.

Gegenüber der Status-quo-Prognose ist diese Alternative im Kern durch folgende abweichende Annahmen gekennzeichnet:

— Die tariflichen Stundenverdienste steigen 1978 um 7 vH, zuzüglich von Nebenleistungen um 7½ vH. Darin ist ein Ausgleich für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und des Jahresurlaubs um 2 vH enthalten.

— Der Staat erhöht seine Ausgaben um 6 Mrd DM mehr als bisher geplant. Ein Teil davon wird verwendet, um 50 000 Personen mehr als derzeit vorgesehen im Staatsdienst zu beschäftigen.

— Die Bundesbank befriedigt den Zentralbankgeldbedarf, der zur Finanzierung des höheren Kostenanstiegs nötig ist.

79*. Bei der Analyse der kurzfristigen Wirkungen dieses Weges ist abzuwägen, ob die staatliche und private Nachfrage ausreicht, das zwar verminderte, aber auch teurere Arbeitsangebot besser zu beschäftigen (Ziffern 375 ff.).

Die Verteuerung des Faktors Arbeit wird mit hoher Wahrscheinlichkeit die Investitionsneigung auch dann lähmen, wenn es den Unternehmen gelingt, ihre Gewinnmargen durch Preiserhöhungen zu halten. Die Unternehmen werden daher nicht nur Erweiterungsinvestitionen unterlassen, sondern zum Teil auch weiter zögern, ausgediente Anlagen zu ersetzen. Statt dessen werden sie dazu neigen, Geldvermögen zu bilden und im Ausland zu investieren. Rationalisierungsmaßnahmen werden weiterhin im Vordergrund stehen, zumal man auf diese Weise versuchen wird, die Verkürzung der Arbeitszeit aufzufangen.

80*. Die stärkere Anhebung der effektiven Stundenlöhne führt nicht zu einem entsprechenden Anstieg der Lohnsumme. Die Unternehmen werden nur einen Teil der Arbeitszeitverkürzung durch eine Vergrößerung der Belegschaft ausgleichen, selbst wenn man ihnen durch tarifliche und gesetzliche Regelungen den Ausweg zu mehr Überstunden verwehrt. Dies für sich genommen führt dazu, daß das verfügbare Lohneinkommen der Arbeitnehmer, die zusätzlich Beschäftigten eingerechnet, nominal um 1 vH, und das verfügbare Einkommen insgesamt um ½ vH höher als unter den Bedingungen unserer Prognose ist. Seiner Kaufkraft nach ist es wegen des stärkeren Geldwertschwunds niedriger; für die Haushalte mit nominal unveränderten Sozialeinkommen und Einkommen aus Geldvermögen ergeben sich Realeinkommenseinbußen, den Arbeitnehmern nimmt der kräftigere Preisanstieg mehr als das, was sie durch höhere Löhne an Kaufkraft gewinnen. Zudem sinkt die Kaufkraft der Geldvermögensbestände.

81*. Der private Verbrauch wird somit durch die Verringerung des Realeinkommens gedämpft. Im Vergleich zu unserer Prognose sind damit die Unternehmen nicht nur mit einem höheren Kostenniveau belastet, sondern sie haben auch einen geringeren Absatz. Anders als in der ersten Alternative, aber auch anders als in der Prognose, werden sich privater Verbrauch und Investitionen nicht wechselseitig verstärken. Der gegenüber der Prognose erhöhte finanzpolitische Impuls bietet zwar eine Stütze, verliert aber an Wirkung, weil ein Teil der von ihm ausgelösten Nachfrage von steigenden Inflationsraten aufgezehrt wird. Das reale Sozialprodukt wird nur um 2½ vH höher als 1977 sein, der Anstieg verlangsamt sich überdies im Verlauf des

Jahres. Gleichwohl nimmt die Anzahl der Beschäftigten zu, weil der Effekt der Arbeitszeitverkürzung zunächst noch den Verlust an Nachfrage und Produktion übersteigt.

82*. Wird dieser Weg über 1978 hinaus begangen, so ist zu befürchten, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr die Beschäftigungswirkungen einer schwachen Nachfrage auffängt. Es besteht die Gefahr, daß die Produktion eingeschränkt wird und der Ausfall von Verbrauchsnachfrage die ohnehin schon gedämpfte Investitionsneigung weiter schwächt. Die Expansion von Nachfrage und Produktion wird sich dann auch bei massiven Konjunkturprogrammen abschwächen, und ein Abgleiten in die Rezession ist nicht ausgeschlossen.

83*. Dies heißt nicht, daß eine Wirtschaftspolitik von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, die sich auf ein mittelfristiges Wachstum des Sozialprodukts von 2½ vH beschränken will und die in dem Ausmaß die Arbeitszeit verkürzt, in dem der Anstieg der Arbeitsproduktivität über diese Zuwachsrate hinausgeht. Eine Illusion ist es aber, daß auf diesem Weg die negativen Beschäftigungsfolgen dauerhaft überspielt werden können, die von einem überhöhten Kostenniveau ausgehen.

Denn: der Bedarf an Lohnzurückhaltung ist bei diesem Weg nicht kleiner als bei dem alternativen, der die Vollbeschäftigung durch Wachstum zu erreichen sucht. Zwar werden weniger Investitionen und damit weniger Gewinnanreize benötigt, um das angestrebte — geringere — Wachstum möglich zu machen. Der damit gewonnene Spielraum kann jedoch nicht sowohl von der Lohnpolitik als zugleich auch vom Staat genutzt werden, der, indem er seine dauerhafte Verschuldung vergrößert, private Investoren verdrängt. Sich widersprechende Ansprüche durch Inflation zu harmonisieren, das heißt die Löhne durch stärker steigende Preise zu entwerten, wäre, wie die Erfahrung gelehrt hat, nur scheinbar eine Hilfe und ist auch bei diesem Weg nicht gewollt.

84*. Eine Lohnpolitik und eine Wirtschaftspolitik, wie sie unserer Status-quo-Prognose zugrundeliegen, bewegen sich zwischen den beiden beschriebenen Alternativen. Für die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand ist damit wenig gewonnen. Am Jahresende 1978 werden Staat und Tarifvertragsparteien möglicherweise feststellen, daß für den Abbau der Arbeitslosigkeit ein weiteres Jahr vertan ist. Bei dem hohen Defizit hat der Staat dann aber kaum ein weiteres Mal die Möglichkeit, durch eine kräftige Ausweitung des finanzpolitischen Impulses der Konjunktur einen weiteren Anstoß zu geben.

Wirtschaftspolitik für 1978 und danach

85*. Die wichtigsten Probleme der einzelnen Bereiche der Wirtschaftspolitik werden eingehend erörtert (Ziffern 386 ff.). Dabei lassen wir uns in erster Linie von Fragen leiten, die eine Strategie der Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum aufwirft.

Lohnpolitik

86*. In einer ganzen Reihe von Industrieländern ist in den vergangenen Jahren eine Korrektur an der Entwicklung der Reallöhne erreicht worden, teilweise sogar eine Senkung der Reallöhne. In der Bundesrepublik, wo wegen der im Durchschnitt hohen Produktivität Spitzenlöhne gezahlt werden, schien es eine Zeitlang, als ob die mäßige Korrektur der Einkommensverteilung, die 1976 stattfand und an die sich die Hoffnung knüpfte, eine agressive Lohnpolitik werde sich vorläufig nicht wiederholen, auf der Kostenseite den Boden für eine kräftige Investitionskonjunktur bereitet hätte. Diese Vorstellung ist einer pessimistischeren Einschätzung der Situation gewichen.

87*. Die Gewerkschaften können darauf verweisen — und tun es auch —, daß die Löhne 1977 etwa in dem Maße gestiegen sind, wie es den vorherrschenden Vorstellungen derer entsprach, die sich zu Beginn der Lohnrunde in Prognosen, Zielprojektionen und Ratschlägen zur künftigen Lohnentwicklung geäußert hatten. Wenn jetzt im Zusammenhang mit der konjunkturellen Stockung abermals eine Verschlechterung der Ertragslage in der Wirtschaft entstanden sei, so könne dies keineswegs der Lohnpolitik 1977 angelastet werden.

Dem kann man nicht viel entgegenhalten. Nur, dies hilft bei der nächsten Lohnrunde nicht weiter. Wenn die Reallöhne falsch sind, also nicht zu mehr Beschäftigung passen, so würde sich daran nicht deshalb etwas ändern, weil die vorherrschende Meinung anders gelautet hat.

88*. Es muß ein Weg gefunden werden, in der Lohnpolitik zu einer Kursänderung zu kommen. Die Diskussion um den „optimalen Lohn", der dem Kaufkraftargument und dem Kostenargument gleichermaßen Rechnung tragen soll, führt nicht weiter.

89*. Wir haben zu zeigen versucht, daß Lohnzurückhaltung ein Weg ist, auf dem man, ohne hinsichtlich der realen Kaufkraft Sorgen haben zu müssen, auf die günstigen Wirkungen setzen kann, die ein niedrigeres Kostenniveau auf die Menge der rentablen Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten haben wird. Selbst wenn sich diese günstigen Wirkungen, auf die Investitionen insbesondere, stärker verzögern sollten, als wir annehmen, bleibt dieses Urteil richtig. Strenger: Den Weg der Lohnzurückhaltung zu gehen, halten wir auch dann für angezeigt, wenn es 1978 noch nicht zu der stärkeren Entlastung am Arbeitsmarkt kommen sollte, die wir unter den Annahmen der Alternative I vorausgeschätzt haben.

90*. Die lohnpolitische Vorwegnahme von Preissteigerungen, die für unvermeidlich gehalten werden, obwohl erst diese Vorwegnahme die Kosten-

steigerungen schafft, die dann durch Preissteigerungen eingeholt werden müssen, sollte aufhören. Die Inflationsbekämpfung ist weit genug gediehen, jetzt eine im strengen Sinne in bezug auf das Kostenniveau neutrale Lohnpolitik wieder zumutbar erscheinen zu lassen.

91*. Es ist zu respektieren, daß auch unter dem Regime einer autonomen nationalen Geldpolitik, wie es derzeit weitgehend gegeben ist, kurzfristig die Möglichkeiten gering sind, die Bedingungen für Preiserhöhungsspielräume der Wirtschaft national nach Belieben zu manipulieren. Internationales Vertrauen in die Stabilität der Deutschen Mark beschert uns einen Wechselkurs, bei dem zumindest die direkt oder indirekt vom Außenhandel abhängigen Bereiche ihre Preise kaum erhöhen können. Die Divergenz zwischen der jüngsten Entwicklung dieser Preise und der Preise für Binnenhandelsgüter deutet darauf hin, daß die Industrie aus Gründen des internationalen Wettbewerbs mit dem verbliebenen Kostendruck weniger gut fertig wird als die übrigen Bereiche der Wirtschaft. Die Wechselkursbewegung führt derzeit den Prozeß der Preisniveaustabilisierung an.

Es scheint besser, sich bei Entscheidungen, die das Kostenniveau berühren, darauf einzustellen, daß das so bleibt, als darauf zu vertrauen, die Wechselkursbewegung werde einem Fortgang im Kostenauftrieb schon rechtzeitig Rechnung tragen, also wieder größere Preiserhöhungsspielräume gewähren.

92*. Wohlgemerkt: Auch wir erwarten nicht, daß das Preisniveau 1978 dasselbe sein kann wie 1977. Schon bei Jahresende 1977 wird es um etwa 1,2 vH höher liegen als im Jahresdurchschnitt 1977 (Überhang). Außerdem werden vermutlich auch im Verlauf des Jahres 1978 mehr Preise steigen als sinken, sei es, weil Kostensteigerungen der Vergangenheit verzögert auf die Preise wirken, sei es, weil die Nachfrage in wichtigen Bereichen bisher nicht ausgereicht hat, „normale" Gewinnmargen am Markt durchzusetzen, und dies nachgeholt werden wird, wenn die Nachfrage weiter zunimmt. Nicht zuletzt ist die Mehrwertsteuererhöhung zum Jahresanfang in Rechnung zu stellen. Nicht alle Anbieter von Waren und Diensten werden zwar in der Lage sein, sie in den Preisen zu überwälzen, doch für den Regelfall muß eine Preisanhebung zunächst als unvermeidlich angenommen werden.

Alles dies sind jedoch keine Preissteigerungen aus allgemeiner Übernachfrage oder inflationsbewußtem Parallelverhalten aller (Inflationsgewöhnung). Sie geben daher keinen Grund her, in den Löhnen einen Ausgleich zu verlangen. Vielmehr würde ein Ausgleich die Entzerrung der Preis- und Einkommensrelationen verhindern oder seinerseits einen neuen Preisschub bewirken. Darin kann kein Sinn liegen.

Dies gilt namentlich hinsichtlich der Frage des Lohnausgleichs für die Preiswirkungen der erhöhten Mehrwertsteuer. Einen Lohnausgleich verlangen heißt verlangen, die zusätzliche Mehrwertsteuer solle aus den Gewinnen der Unternehmen getragen werden. Das ist mit der Steuererhöhung nicht nur nicht gemeint, sondern sicherlich auch nicht ohne negative Rückwirkungen auf die Beschäftigung durchzusetzen.

Da neben der Mehrwertsteuererhöhung zugleich Steuerrechtsänderungen in Kraft treten, die den Arbeitnehmern eine sehr viel größere Entlastung bringen, als die Mehrwertsteuer sie zusätzlich belastet, dürfte sich ein Streit um die endgültige Verteilung der Traglast aus der erhöhten Mehrwertsteuer wohl auch vermeiden lassen.

Kurz: Das Preisniveau wird im Durchschnitt des Jahres 1978 zwar höher sein als im Durchschnitt des Jahres 1977. Doch der Anstieg enthält keine Komponenten mehr, die für die Lohnpolitik relevant sein sollten.

93*. Man mag sogar fragen: Wenn Zurückhaltung in der Lohnpolitik beschäftigungspolitisch vorteilhaft ist, wenn ohnehin noch nicht alle Kostensteigerungen der Vergangenheit über Preis- oder Produktivitätssteigerungen verkraftet sind — warum die Löhne überhaupt erhöhen? In der Tat gibt es keinen von vornherein zwingenden Grund, dies zu tun.

Aus einer Reihe von Überlegungen heraus, die für das Prinzip der Allmählichkeit auch bei der Reallohnkorrektur sprechen, und weil wir eine neue mittelfristige Grundlinie der Lohnpolitik für noch wichtiger halten als eine Einmalkorrektur, empfehlen wir gleichwohl eine Lohnpause nicht. Das heißt nicht, wir hielten für ausreichend begründet, daß sie überwiegend schädlich sein müsse.

94*. Unter den gegenwärtig absehbaren Bedingungen und mit besonderem Respekt vor der Tatsache, daß die Tendenz zur Höherbewertung der Mark größere Preiserhöhungsspielräume vorläufig nicht eröffnen wird, raten wir für 1978 zu Lohnabschlüssen, die im strengen Sinne kostenniveauneutral sind. Sie sollten eher noch darunter liegen. Das heißt, die Tarifvereinbarungen wären angemessen, wenn sie im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt höchstens darauf hinausliefen, daß die Bruttoeinkommen je Beschäftigtenstunde — mit anderen Worten: die effektiven Stundenlöhne zuzüglich Lohnnebenkosten je Stunde — um soviel angehoben werden, wie voraussichtlich das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis je Erwerbstätigenstunde zunimmt. (Wegen des Lohnüberhangs am Jahresende 1977 wäre der Abstand zwischen dem Lohnniveau im Jahresdurchschnitt 1978 und dem Lohnniveau im Jahresdurchschnitt 1977 größer.)

Die Reallöhne würden weniger stark steigen als die Produktivität. Die Arbeitnehmer müßten — es sei noch einmal betont — gegen sich gelten lassen, daß auch bei im strengen Sinne produktivitätsorientierten Lohnerhöhungen das Preisniveau 1978 höher sein wird als 1977.

95*. Eine im strengen Sinne kostenniveauneutrale Lohnpolitik ist angezeigt, auch wenn Preisniveau-

konstanz noch fehlt, so lange Vollbeschäftigung nicht wieder erreicht ist und so lange die Geldpolitik alles dafür tut, daß eine Erhöhung des Preisniveaus auf das unter den Bedingungen einer solchen Lohnpolitik unvermeidliche Maß beschränkt bleibt. Zumindest für das Jahr 1978 ist sie ohne Einschränkung zumutbar; denn es gibt keinerlei Anzeichen für eine Übernachfrage, die einen zusätzlichen Preisschub bewirken würde.

96*. Auch über 1978 hinaus kann man sich mehr Zutrauen zu der wiedergewonnenen Stabilität vorstellen. Eine Kursänderung der Lohnpolitik könnte besonders wirkungsvoll sein, wenn sie die Möglichkeit nutzte, Lohntarifverträge für mehr als ein Jahr abzuschließen. Bei mehrjährigen Verträgen müßten Vereinbarungen über Stufenerhöhungen während der Laufzeit dafür sorgen, daß die Lohnentwicklung nicht zu unstetig wird.

97*. Die Ratio einer im strengen Sinne kostenniveauneutralen Lohnpolitik ist nicht, für höhere Gewinne zu sorgen. Ihre Ratio ist, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten rentabel werden zu lassen oder rentabel bleiben zu lassen. Dafür mögen in Teilbereichen höhere Gewinnmargen nötig sein, zumindest zeitweise. Um wieviel höhere, wissen wir nicht. Mit den Löhnen werden die Gewinne ja nicht fixiert. Über sie wird erst im Wettbewerb entschieden.

98*. Ein Bereich, in dem auf sehr direkte Weise ein Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung hergestellt werden könnte, ist der öffentliche Dienst. Eine besonders niedrige Steigerung der Verdienste würde es dem Staat erlauben, für dringliche Aufgaben, die der Konsolidierung der Staatsfinanzen wegen nicht genügend berücksichtigt worden sind, nunmehr zusätzliche Stellen zu schaffen.

Geldpolitik

99*. Der konjunkturelle Aufschwung ist nicht aus Mangel an Geld ins Stocken geraten. Die Gefahren von zuviel Geld heute liegen in zu hohen Preisen morgen. Was das Jahr 1977 angeht, so läßt sich kaum sagen, ob nicht die Nutzung des vorhandenen Geldes höher, die durchschnittliche Kassenhaltungsdauer bei den Unternehmen und privaten Haushalten also niedriger gewesen wäre, wenn die Bundesbank weniger Zentralbankgeld zur Verfügung gestellt hätte. So wie es war, sind wegen des schwachen konjunkturellen Aufschwungs noch einmal beträchtliche zusätzliche Finanzierungsreserven entstanden, die Ausnutzung des vorhandenen Geldes ist weiter gesunken. Solche Finanzierungsreserven wegen der möglichen Gefahr wieder steigender Preissteigerungsraten nicht zu groß werden zu lassen, entsprach dem Auftrag einer Politik, die Zentralbankgeldmenge trotz unbefriedigender Konjunkturlage nur allmählich wieder an den Stand heranzuführen, der zu dem Finanzierungsbedarf der Wirtschaft bei normaler Auslastung der Produktionskapazitäten paßt.

Bei einem etwa kräftig sich entfaltenden konjunkturellen Aufschwung ist die monetäre Expansion um so weniger beherrschbar, je größer die Finanzierungsreserven sind, die in einer ungewöhnlich hohen Kassenhaltung liegen. Auf jeden Fall halten wir für unabweisbar, die gegenwärtigen Finanzierungsreserven bei der Zielvorgabe der Geldpolitik für die Expansion der Zentralbankgeldmenge im Jahre 1978 stärker zu berücksichtigen (Ziffern 403 ff.).

100*. Dabei muß man sich zunächst über die Aufgabenstellung einer am Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials orientierten Geldpolitik klar sein. Sie soll für diejenige Zentralbankgeldmenge sorgen, die zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential paßt und in Übereinstimmung mit dessen Wachstum weiter zunimmt, wobei Preisniveauänderungen nur insoweit zu berücksichtigen sind, als sie noch unvermeidlich erscheinen.

101*. Das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials schätzen wir auf derzeit etwa 3 vH. Der Anstieg des Preisniveaus, gemessen am Preisindex für das Bruttosozialprodukt, wird selbst unter den günstigen Bedingungen, wie wir sie für eine erfolgversprechende Politik der Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum angenommen haben, noch knapp 2½ vH (im Vergleich der Jahresdurchschnitte) betragen.

Demnach hätte eine potentialorientierte Geldpolitik dafür zu sorgen, daß die Zentralbankgeldmenge im Jahresdurchschnitt 1978 um rund 5½ vH höher wäre als im Jahresdurchschnitt 1977. Wie erwähnt, räumen wir ein, daß Schätzunsicherheiten eine solche Herleitung belasten. Auch hier handelt es sich um eine Entscheidung, die der Zentralbankrat unter Unsicherheit zu treffen hätte. In Anbetracht der noch immer labilen konjunkturellen Lage wäre das Risiko, sich in kontraktiver Richtung zu irren, wohl besonders hoch zu bewerten. Aus diesem Grunde raten wir zu einer Zielvorgabe für die Expansion der Zentralbankgeldmenge in Höhe von 6 vH bis 7 vH.

Das mag wenig erscheinen angesichts des Tempos der monetären Expansion in den vergangenen Jahren. Doch das Einschwenken auf einen potentialorientierten Expansionspfad macht eine Tempoänderung nötig. Außerdem soll die Steigerungsrate des Preisniveaus weiter sinken.

102*. Wenn wir auch an anderer Stelle dieses Gutachtens dargelegt haben, daß und warum ein Fortgang der Zinssenkungstendenz am Kapitalmarkt in das Bild passen würde, das wir von der Zukunft haben, so ist damit doch nicht gemeint, daß die Bundesbank ihre Zielvorgabe für die Geldmengensteuerung daran ausrichten soll. Gleichwohl würde gerade eine nicht nachgiebige Geldpolitik, die eine weiter sinkende Inflationsrate glaubwürdig machte, vermutlich diese Wirkung haben, jedenfalls auf Dauer. Nicht auszuschließen ist, daß es vorüberge-

hend zu Irritationen kommt, wenn die Bundesbank ihre Beharrlichkeit zeigt.

103*. Wir haben in bezug auf einzelne aktuell etwa zu ergreifende Maßnahmen der Geldpolitik keinen Rat zu geben. Für die Gesamtheit der Maßnahmen der Bundesbank muß das Kriterium einer zielkonformen Expansion der Geldbasis maßgebend sein. Dies ist deren Hauptverantwortung, aus der sie nicht entlassen werden kann, welche Instrumente in welcher Kombination sie auch anwenden mag.

Währungspolitik

104*. Wie in den vergangenen Jahren muß man damit rechnen, daß sich die Tendenz einer Höherbewertung der D-Mark an den Devisenmärkten fortsetzt. Soweit diese Höherbewertung den verbliebenen internationalen Unterschieden im Inflationstempo entspricht, kann darin nichts Bedrohliches gesehen werden. Die Bedingungen für den internationalen Kapitalverkehr mögen es jedoch mit sich bringen, daß die Kursänderung wieder darüber hinausgeht. Mit dem Gegenteil rechnen wir kaum. Die Bundesbank hat sich solchen Tendenzen bisher nicht entgegengestemmt, sondern im Prinzip nur interveniert, wenn es um eine Glättung der Kursentwicklung ging, von den Interventionen zugunsten der Währungen des europäischen Währungsverbundes einmal abgesehen. Sie wird es auch künftig nicht anders halten können. Andernfalls müßte sie die Ziele ihrer Geldpolitik in Frage stellen. Das wäre ein zu hoher Preis.

Finanzpolitik

105*. Wenn auch der entscheidende Durchbruch zur Lösung der mittelfristigen Beschäftigungsprobleme von der Lohnpolitik kommen muß, kann der Staat doch wachstumspolitische und konjunkturpolitische Hilfestellung geben (Ziffern 418 ff.).

Die konjunkturellen Schwächetendenzen verlangen von der Finanzpolitik, daß diese ihr Augenmerk wieder stärker auf die kurzfristige Konjunkturstützung richtet, ohne aber ihre mittelfristige Orientierung aufzugeben. Solange die konjunkturelle Belebung kräftig war und man darauf setzen konnte, daß sie — unterstützt durch angebotsfördernde Maßnahmen — in einen sich selbst tragenden Aufschwung einmünden würde, stand die mittelfristige Aufgabe, zur Stabilisierung der Erwartungen die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, den konjunkturellen Erfordernissen nicht entgegen. Da die Gefahr drohte, daß sich die — aus ungelösten Problemen auf der Angebotsseite resultierende — konjunkturelle Nachfrageschwäche verselbständigt, muß die Finanzpolitik kurzfristig die schwachen Auftriebskräfte stützen und die Wachstumsimpulse stärken. Die Konsolidierung neu auftretender struktureller Defizite, als mittelfristige Aufgabe, sollte darüber jedoch nicht aufgegeben werden.

106*. Wir sind in unserer Prognose davon ausgegangen, daß die Ausgaben der Gebietskörperschaften 1978 um etwa 8 vH auf 429 Mrd DM ansteigen werden; hierin sind die Ausgaben für die Abwicklung der Konjunkturprogramme von 1975, des Programms für Zukunftsinvestitionen und auch die Kindergelderhöhung zum 1. Januar 1978 eingerechnet, nicht jedoch die Zahlung der in früheren Jahren gestundeten Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherung.

Die zahlreichen Steuerrechtsänderungen bringen den privaten Haushalten und Unternehmen insgesamt gesehen kräftige Steuererleichterungen. Wir schätzen das Steueraufkommen im nächsten Jahr auf 310 Mrd DM, das sind nur etwa 3 vH mehr als 1977. Dabei sind die Steuerausfälle aufgrund der Investitionszulage in beiden Jahren nicht berücksichtigt. Die Schätzung der Steuereinnahmen ist in diesem Jahr allerdings mit besonderen Vorbehalten zu versehen. Die Auswirkungen der zahlreichen Steuerrechtsänderungen lassen sich quantitativ nur schwer abschätzen; hier treten die Probleme der unzureichenden Datengrundlage für die Steuerschätzung besonders deutlich zutage. Die Steuerquote, also die Steuereinnahmen bezogen auf das Bruttosozialprodukt, geht nach unserer Schätzung — nach dem starken, teilweise durch Sonderfaktoren bedingten Anstieg in diesem Jahr — 1978 wieder deutlich zurück, von 25¼ vH auf 24¼ vH.

Bei einer solchen Entwicklung der Steuerquote, einem zu erwartenden Wachstum des Produktionspotentials von etwa 3 vH und einem konjunkturneutralen Anstieg des Preisniveaus von 2½ vH, wären nach unserem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts Ausgaben der Gebietskörperschaften in einer Größenordnung von 406 Mrd DM konjunkturneutral zu nennen. Die Differenz zu den von uns erwarteten Staatsausgaben, sie beträgt rund 23 Mrd DM, steht für den konjunkturellen Impuls, der von den Haushalten der Gebietskörperschaften voraussichtlich ausgehen wird (Tabellen 36 und 37).

107*. Das ist im Vergleich zu der Finanzpolitik der vergangenen Jahre eine dramatische Wende, und es will nicht ohne weiteres einleuchten, daß ein expansiver Impuls von dieser Größe eine sinnvolle Reaktion auf die forcierte Konsolidierung sein könnte. Die mittelfristige Orientierung der Finanzpolitik — so mag man einwenden — sei durch einen solchen Umschwung in Frage gestellt, und das bei den Privaten gerade zurückgewonnene Vertrauen werde damit aufs Spiel gesetzt.

Als Ansatzpunkt für die Würdigung der Größenordnung des expansiven Impulses, der 1978 wahrscheinlich von den öffentlichen Haushalten ausgehen wird, kann ein zeitlicher Vergleich dienen. Berücksichtigt man die unterschiedliche Größe des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, so ist der expansive Impuls außer im Rezessionsjahr 1975 und dem von exzessiver Haushaltsexpansion gekennzeichneten Jahr 1971 in keinem Jahr größer gewesen als 1978. Nimmt man hinzu, daß 1975 die konjunkturelle Lage viel schlechter war und daß die Erwartungen der Unternehmer und der Konsu-

menten 1978 zwar noch nicht gut, aber immerhin besser sein werden als damals, dann kann man für 1978 ohne Übertreibung von einem massiven Impuls sprechen.

Wir sehen keinen Anlaß, daß die Gebietskörperschaften gedrängt werden, eine noch expansivere Ausgabenpolitik zu betreiben (Ziffern 421 f.).

108*. Der Staat hat mit seinen Steuerbeschlüssen und mit seiner Ausgabenplanung einen neuen Anlauf genommen, die Nachfrageschwäche zu überwinden und den Fortgang der konjunkturellen Erholung wieder in Gang zu bringen.

Die Initialzündung kann den Mangel an Eigendynamik jedoch nicht überspielen, soweit dieser Mangel Reflex ungelöster Probleme auf der Angebotsseite ist. In der Hauptsache müssen die Anstrengungen darauf gerichtet bleiben, die Probleme an ihrem Ursprung anzugehen, und das heißt vor allem beim Kostenniveau und bei den Investitionsrisiken. Nur wenn es hier zu Fortschritten kommt, so daß die Initialzündung mehr als ein Strohfeuer bewirkt, ist der expansive Impuls auch in diesem Umfang gerechtfertigt. Überdies kann er desto eher als unbedenklich gelten, je mehr er von Maßnahmen ausgeht, die nicht nur auf eine bessere Auslastung des Produktionspotentials zielen, sondern auch dessen Wachstum fördern, so daß sie die spätere Konsolidierung gleichsam schon in sich tragen.

Wachstums- und Strukturpolitik

109*. Um Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum zu erreichen, sind auf mittlere Frist Zuwächse der realen Bruttoanlageinvestitionen in beträchtlicher Größenordnung erforderlich. Die Hoffnung, daß dies möglich sein wird, richtet sich zwar in erster Linie, aber nicht allein an die Lohnpolitik. Auch der Staat hat im Rahmen einer Angebotspolitik Möglichkeiten, das Investieren attraktiver zu machen und den Strukturwandel zu erleichtern (Ziffern 436 ff.).

110*. Unter mittelfristigen Gesichtspunkten besteht die wichtigste Aufgabe darin, die Reform des Steuersystems so voranzutreiben, daß die Abgabenlast weiter von investitionshemmenden zu investitionsfreundlichen Steuern hin verlagert wird, und solchen Staatsausgaben hohen Rang zuzuerkennen, die privaten Investitionen förderlich sind. Dabei sind drei Prinzipien zu beachten. Erstens müßte sichergestellt sein, daß tatsächlich ein Mehr an Wachstumsförderung herauskommt. Die finanzpolitische Förderung von privaten Investitionen darf deshalb nicht auf Kosten von anderen wachstumsfreundlichen Staatsausgaben oder von bestehenden wachstumsfreundlichen steuerlichen Regelungen gehen. Zweitens sollten die Maßnahmen so weit wie möglich global wirken, damit nicht staatliche Instanzen darüber entscheiden, welche Art von Investitionen besonders dringlich ist. Drittens sollte dort, wo alternative Wege zum gleichen Ziel führen, möglichst der mit dem geringsten fiskalischen Aufwand gewählt werden. Ein Weg, der diesen drei Prinzipien am ehesten entspricht, ist — wie wir wiederholt dargelegt haben — die verstärkte Beteiligung des Staates an den Risiken privater Investitionen.

111*. Es kommt nicht nur darauf an, die Bedingungen für Investitionen zu verbessern, die von der Rentabilitätsschwelle nicht weit entfernt sind. Es geht auch darum, die Bereiche der möglichen Investitionsprojekte zu erweitern, vor allem dann, wenn es Schwierigkeiten bereitet, den Strukturwandel reibungslos zu bewältigen. Durch Strukturwandel sind in den letzten Jahren in vielen Bereichen Arbeitsplätze weggefallen, ohne daß an anderer Stelle in ausreichendem Maße neue entstanden wären. Die Unternehmen scheinen das Risiko, durch die Entwicklung neuer Technologien und neuer Produkte Märkte zu erobern, sehr hoch einzuschätzen. Es müssen unter diesen Umständen nicht nur bereits existierende Wachstumsbereiche schneller expandieren, sondern durch Investitionen in Forschung und Entwicklung auch neue Wachstumsbereiche erschlossen werden. Und es sind die Bedingungen für Unternehmensneugründungen zu verbessern. Denn je mehr selbständige Entscheidungseinheiten es gibt, desto größer ist die Chance, daß genügend rentable Investitionsprojekte gefunden werden (Ziffern 445 ff.).

112*. Kleinen und mittleren Unternehmen kommt bei der Bewältigung des Strukturwandels und der Lösung der mittelfristigen Beschäftigungsprobleme eine große Bedeutung zu. Etwa zwei Drittel aller Arbeitnehmer sind dort beschäftigt. In diesen Unternehmen scheint ein erhebliches Potential für Neuerungen vorhanden zu sein; zugleich sind sie offenbar weniger als Großunternehmen in der Lage, das Neuerungsrisiko zu tragen. Ihre Möglichkeiten, den Staat am Risiko zu beteiligen, sind geringer als die der Großunternehmen. Während diese das Risiko auch horizontal verteilen können, weil sie Verluste in einem Produktionszweig gegen Gewinne aus einem anderen Zweig verrechnen können, haben Kleinunternehmen meist nur die Möglichkeit des zeitlichen Verlustausgleichs. Diese Unterschiede in der staatlichen Risikobeteiligung bei Kleinunternehmen und Großunternehmen könnten durch besondere Abschreibungserleichterungen für Klein- und Mittelbetriebe ausgeglichen werden. Erschwert wird die Anpassung der kleinen und mittleren Unternehmen durch einen Mangel an Risikokapital. Durch einen Ausbau der Gewährleistungen für kleine und mittlere Unternehmen könnte der Engpaß beim Risikokapital gemindert werden. Ebenso sollte die Benachteiligung von Klein- und Mittelbetrieben bei der Förderung von Forschung und Entwicklung beseitigt werden. Mehr Förderung für diese Unternehmen fordern, heißt Finanzierungserleichterungen für diese Unternehmen fordern, heißt aber nicht, sie mit Erhaltungssubventionen am Markt halten zu wollen. Unternehmen, die sich auf Dauer nicht aus eigener Kraft am Markt behaupten können, müssen ausscheiden.

113*. Strukturwandel läßt sich auch um so leichter bewältigen, je günstiger die Bedingungen für die Neugründung von Unternehmen sind. Der Wille zur Selbständigkeit hat allem Anschein nach erheblich nachgelassen. Im Laufe der siebziger Jahre sind immer weniger Betriebe neu errichtet worden. Gleichzeitig ist die Anzahl der Firmenzusammenbrüche sprunghaft gestiegen. Für einen dynamischen Wettbewerb ist es aber nicht nur wichtig, daß leistungsschwache Unternehmen ausscheiden, sondern auch, daß neue Unternehmen nachwachsen, gegen bereits bestehende Unternehmen konkurrieren und weniger leistungsstarke aus dem Markt drängen.

114*. Wegen der Bedeutung für die Mobilisierung unternehmerischer Qualitäten, für das Vorhandensein von Wahlmöglichkeiten zwischen selbständiger und unselbständiger Tätigkeit sowie für das Nachwachsen junger Unternehmen und für die Aufrechterhaltung eines dynamischen Wettbewerbs muß es Sorge bereiten, daß die Neugründungen von Betrieben ständig zurückgehen. Zwar fördert die öffentliche Hand seit langem Neugründungen von Unternehmen. Es scheint jedoch nicht ausgeschlossen, daß mit den Krediten, Zuschüssen und Bürgschaften, die der Staat direkt oder indirekt gewährt, den Erfordernissen jener, die ohne viel Kapital und Sicherheiten eine selbständige Existenz gründen wollen, nicht oder nicht ausreichend oder nicht auf die bestmögliche Weise Rechnung getragen wird. Eine Bestandsaufnahme, wie und mit welchem Erfolg die Programme des Staates genutzt werden, würde möglicherweise zeigen, daß auch eine Flurbereinigung nötig ist, um den Erfolg zu erhöhen.

Was jemand, der neu anfängt, braucht, ist die Aufstockung begrenzter Eigenmittel durch eigenkapitalähnliche Kredite, die später aus Gewinnen abgelöst werden, sowie langfristiges Fremdkapital, das ihm für einige Jahre zu wirtschaften erlaubt, ohne ständig in Finanzierungsnöten zu sein. Ein solcher Start ist sicher vielen potentiellen Unternehmen mit ausreichender Qualifikation ohne Hilfe des Staates nicht möglich.

115*. Der Staat kann die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand auch dadurch erleichtern, daß er Hemmnisse abbaut, die den Wettbewerb behindern und strukturellen Veränderungen im Wege stehen. Staatliche Auflagen und Kontrollvorschriften überfordern vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Administrative und rechtliche Unsicherheiten lasten auf dem Investitionskalkül. Reglementierungen, vor allem im Dienstleistungsbereich, erdrücken unternehmerische Impulse. Zugangsbeschränkungen, auch für die Berufsausbildung, verhindern in manchen Bereichen ein Angebot an Dienstleistungen, das der schon heute geltend gemachten Nachfrage gerecht würde. Privilegien für bestimmte Anbieter von Dienstleistungen, beispielsweise bei der Zuweisung von Flächen für Freizeitanlagen, behindern das Auftreten konkurrierender Anbieter selbst dort, wo dadurch zusätzliche Nachfrage aktiviert werden könnte und die Existenz der bisherigen Anbieter nicht gefährdet zu werden brauchte. Dienstleistungen, die vom Staat zu unter den Kosten liegenden Preisen angeboten werden, erschweren die Entwicklung eines privatwirtschaftlichen Angebots. Fähigkeit und Bereitschaft, für Dienstleistungen kostendeckende Preise zu zahlen, haben mit dem allgemeinen Wohlstand wesentlich stärker zugenommen als sich jetzt am Markt niederschlagen kann. Das Gewicht solcher die privaten Aktivitäten behindernden Regelungen ist im einzelnen nicht abzuschätzen. Mehr als der Einzelfall ist es aber auch die Summierung staatlicher Eingriffe, die eine Belastung für die private Wirtschaft im Ganzen schafft.

Alle diese Regelungen mögen zum Zeitpunkt ihrer Einführung wohlbegründet gewesen sein, doch ist zum einen fraglich, ob die damals angestrebten Ziele auch heute noch den gleichen Rang besitzen und zum anderen mag es Mittel geben, die das Wachstum und den Strukturwandel weniger stark hemmen.

116*. Die eingetretenen Fehlentwicklungen können sicher nicht von heute auf morgen korrigiert werden. Hier ist in jedem Fall auch mit massivem politischem Widerstand zu rechnen, so etwa wenn es darum geht, ein wohnungsbaufeindliches Mietrecht zu korrigieren, gesetzliche Regelungen über Ladenschlußzeiten zu liberalisieren oder wettbewerbsfeindliche Bestandteile in den Berufs- und Gebührenordnungen zu beseitigen. Trotz solcher Schwierigkeiten muß mit energischen Versuchen zum Abbau solcher Reglementierungen ernst gemacht werden. Auch dies ist Beschäftigungspolitik. Auch hier geht es um die Rahmenbedingungen dafür, daß die Wirtschaft wieder zu mehr Eigendynamik zurückfindet (Ziffer 458).

Eine andere Meinung

117*. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Gerhard Scherhorn, stimmt zwar mit der Mehrheit in dem Urteil über die Untauglichkeit des Versuches überein, die Volkswirtschaft auf dem Wege über „mehr Staat und weniger Arbeit" (Ziffern 77* ff.) zur Vollbeschäftigung zurückzuführen. Denn dies wäre nicht möglich, ohne andere Ziele nachhaltig zu verletzen, namentlich die Ziele der Stabilität und des angemessenen Wachstums; auch für die Verteilung des Wohlstands wären nachteilige Folgen zu erwarten.

Er teilt aber nicht die Hoffnung der Mehrheit des Sachverständigenrates, die Wirtschaftspolitik könnte bei weiterer Verbesserung der Angebotsbedingungen, wie sie in der Alternative „Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum" beschrieben ist (Ziffern 69* ff.), auf eine so kraftvolle Beschleunigung des Wachstums rechnen, daß in mittlerer Frist alle Arbeitsuchenden wieder Beschäftigung fänden, auch wenn das Tempo der Arbeitszeitverkürzung nicht wieder zunähme. Denn das würde der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage auf Jahre hinaus Zuwachsraten in einer Höhe abverlangen,

zu der es nach seiner Auffassung keine Rückkehr gibt.

Den Gegebenheiten und Präferenzen scheint ihm am ehesten ein mittlerer Wachstumspfad zu entsprechen, auf dem bei einer nur sehr langsamen Erhöhung der Staatsquote und bei einer mäßig über den Trend der letzten Jahre hinausgehenden Verkürzung der Arbeitszeit eine Angebotspolitik verfolgt wird, die den veränderten Problemen, für deren Lösung wir Wachstum brauchen, in einer Weise gerecht wird, daß die Entwicklung der Nachfrage sich bei mittleren Zuwachsraten stabilisieren kann (Ziffern 471 ff.).

ERSTES KAPITEL
Die Konjunkturlage

TEIL A
Der internationale Rahmen

I. Verlangsamter Aufschwung

1. Für die westlichen Industrieländer war 1977 zwar ein Jahr weiterer konjunktureller Erholung, gleichzeitig aber auch ein Jahr der Enttäuschung. Das Tempo des Aufschwungs, das im Verlauf des Jahres 1976 deutlich nachgelassen hatte, blieb viel zu gering, als daß sich die Hoffnung auf einen Abbau der weltweiten Arbeitslosigkeit hätte erfüllen können. Nur in den Vereinigten Staaten stieg die Beschäftigung weiter an. In Westeuropa und in Japan hingegen erforderte die Korrektur der vorangegangenen Fehlentwicklungen, die 1974/75, durch die Last der Ölpreiserhöhung verstärkt, in die tiefste Rezession seit vierzig Jahren geführt hatten, mehr Zeit, als von der Wirtschaftspolitik veranschlagt worden war. Die Arbeitslosigkeit blieb unverändert hoch.

Mit der Verlangsamung des Nachfrageanstiegs nahmen die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in den westlichen Industrieländern deutlich ab. Unsicher ist freilich, ob dies schon für dauerhaft genommen werden darf. Die durchschnittliche Inflationsrate ist nur wenig gesunken. Immerhin waren erste Ansätze zu einer Verringerung des internationalen Stabilitätsgefälles erkennbar. Trotz verminderten Kostenanstiegs setzte sich allerdings die Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen in den meisten Ländern nicht weiter fort; denn die Kapazitätsauslastung nahm kaum noch zu, so daß die Produktivitätszuwächse nicht mehr so hoch waren. Eine durchgreifende Belebung der privaten Investitionstätigkeit zeichnete sich noch immer nicht ab. Zudem ließen die expansiven Impulse der Finanzpolitik nach. Der Anstieg der Industrieproduktion, der im vergangenen Jahr noch 9 vH betragen hatte, verringerte sich auf 5 vH.

Der Welthandel nahm nach der kräftigen Expansion zu Beginn des Aufschwungs in diesem Jahr nur noch um 5½ vH zu. Das Sozialprodukt der westlichen Industrieländer war um 4 vH, ohne die Vereinigten Staaten gerechnet um knapp 3 vH höher als im Vorjahr. Die Anzahl der Arbeitslosen blieb mit rund 15 Millionen nahezu unverändert.

2. Zur Beurteilung der Lage muß man sich die weltwirtschaftlichen Kraftlinien vergegenwärtigen. Aufgetürmte Probleme der Vergangenheit ragen in die Gegenwart hinein. Die unvermeidlich gewordene Bekämpfung der Inflation hatte allenthalben die Investitionsneigung gedrückt und damit die Störung der Angebotsbedingungen in den Volkswirtschaften, namentlich beim Kostenniveau, auch in den Ländern offenbar werden lassen, in denen es besonders lange möglich gewesen war, solche Störungen durch Inkaufnahme ständig steigender Inflationsraten zu verschleiern. Die Erdölkrise hatte eine merkliche Änderung der internationalen Einkommensverteilung erzwungen, mit der gleichsam eine Erhöhung der Weltsparquote einherging. Doch während dies eigentlich möglichst rasch eine entsprechende Verbesserung der Investitionsbedingungen erfordert hätte, damit das zusätzliche Kapital ohne weltwirtschaftlichen Kontraktionsprozeß für zusätzliche Investitionen genutzt würde, kam es tatsächlich zunächst zu einer weiteren Verschlechterung — die Umverteilung ging in der ersten Runde großenteils zu Lasten der Unternehmen; denn den Arbeitnehmern gelang es zunächst, die Lasten der Rohstoffverteuerung durch zusätzliche Lohnsteigerungen von sich abzuwehren. Das ganze stand unter Rahmenbedingungen eines weltwirtschaftlichen Strukturwandels, in dem die Entwicklungsländer, auf das Recht des Freihandels pochend, mit kostengünstig produzierten Gütern auf einen noch kleinen, aber rasch zunehmenden Teil der Märkte drängen, die die alten Industrieländer für ihre angestammten halten, andererseits aber bei vielen Rohstoffen versuchen, außerhalb der Prinzipien des Freihandels das Verteilungsergebnis des Marktes durch neue internationale Marktordnungsregeln zu ihren Gunsten zu verändern.

Einige Länder hatten stabilisierungspolitisch einen Vorlauf — die Vereinigten Staaten in der Form, daß es ihnen frühzeitig gelang, Störungen in den Kosten-Ertrags-Verhältnissen der Wirtschaft zu beseitigen. Dieses Land ging in die Weltrezession schon mit vergleichsweise günstigen Angebotsbedingungen und wurde zum Vorreiter des neuen Aufschwungs. Japan konnte sich, was seine Exporte angeht, an die amerikanische Konjunktur anhängen, blieb jedoch bei der Lösung seiner binnenwirtschaftlichen Probleme zurück. Zum besonders retardierenden Moment wurden die Länder, deren ungelöste binnenwirtschaftliche Probleme sich in Zahlungsbilanzschwierigkeiten niederschlagen. Sie mußten sich trotz weiter zunehmender Arbeitslosigkeit zunächst ganz darauf konzentrieren, diese Probleme an ihrem Ursprung, vor allem beim Kosten-

niveau, anzugehen. Der Zwang, dies zu tun, konnte ihnen nicht erspart bleiben. Die Bundesrepublik war in einer mittleren Position. Bei der Stabilisierung des Preisniveaus weit vorn, hatte hier die Korrektur vergangener Fehler in der Kostenentwicklung nicht mit dem Tempo der Inflationsbekämpfung Schritt gehalten. Und während die Vereinigten Staaten Erleichterung dadurch bekamen, daß eine lang währende Überbewertung des Dollars beseitigt worden war, mußte die Bundesrepublik mit der Anpassungslast fertig werden, die sich aus der Korrektur einer Unterbewertung der D-Mark ergab und zusätzlich aus einem ständigen Aufwertungsdruck, der den Wechselkurs höher zu treiben tendiert, als den internationalen Unterschieden im Kostenauftrieb entspricht.

So ist die Zwischenbilanz dieses Aufschwungs, daß auch drei Jahre nach Beginn der Stabilisierungskrise ein erheblicher Teil des Angebots an Arbeit und Kapital in den westlichen Industrieländern noch immer ungenutzt ist. Die Ungeduld hierüber hat zugenommen. Und mit ihr wächst allenthalben das Drängen und die Bereitschaft, es nun doch wieder damit zu versuchen, ungelöste Probleme auf der Angebotsseite durch eine expansive Politik auf der Nachfrageseite zu überspielen.

Größere konjunkturelle Differenzierung

3. Nach der ersten Phase des Aufschwungs, die 1975 in den wichtigsten Industrieländern nahezu gleichzeitig eingesetzt und bis zum Sommer 1976 auch überall einen ähnlichen Verlauf genommen hatte, zeigte sich mehr und mehr, wie unterschiedlich die mittelfristigen Rahmenbedingungen für eine stetige Fortsetzung des Aufschwungs noch waren. Die konjunkturelle Differenzierung zwischen den Industrieländern nahm zu (Schaubild 1).

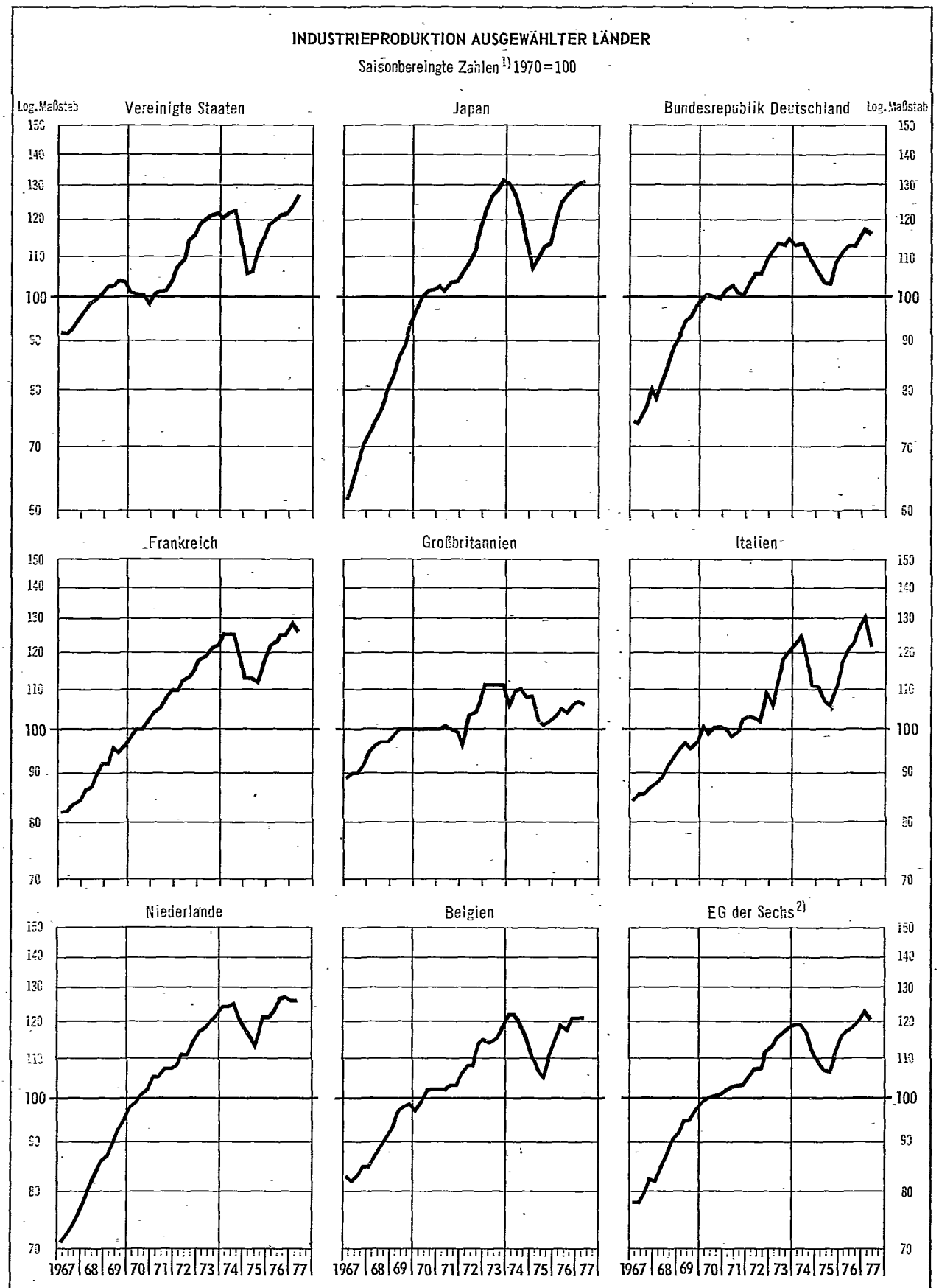
4. In den Vereinigten Staaten hatte die Anpassung am frühesten eingesetzt. Man muß dabei sehen, daß die Reallöhne schon vor der Rezession gesunken waren, von 1972 bis 1975 um 2½ vH. Die Ertragslage der Unternehmen hatte sich dauerhaft gebessert. Anders als in Westeuropa und in Japan war bis zu Beginn der Rezession die Investitionstätigkeit in der Industrie lebhaft geblieben, und der Beschäftigungsanstieg im Dienstleistungssektor beschleunigte sich noch. Mit der Korrektur des Reallohnniveaus nahm die Sparneigung der privaten Haushalte 1974 ab. Infolge des hohen Beschäftigtenanteils des Dienstleistungssektors wurde das gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsniveau von der anschließenden weltweiten Rezession in der Industrie weniger beeinträchtigt als anderswo. Die Zurückhaltung der Verbraucher war nur im ersten Halbjahr 1975 ausgeprägt. Danach ging der Rückgang der Spartätigkeit über die bloße Normalisierung der Ausgabeneigung der Verbraucher hinaus und machte in der Industrie eine so rasche Ausdehnung der Produktion möglich, daß der Aufschwung schon in seiner ersten Phase auf den Arbeitsmarkt übergriff. Die träge Entwicklung der Ausfuhr fiel demgegenüber nicht ins Gewicht. Obwohl von der zweiten Jahreshälfte 1975 an das Leistungsbilanzdefizit rapide stieg, wurde das Vertrauen in den Dollar davon längere Zeit kaum berührt. Die Kapitalzuflüsse aus dem Ausland nahmen weiter zu, und der Zinsrückgang setzte sich fort. Mehr und mehr griff die anhaltende Nachfragebelebung auf die private Investitionstätigkeit über.

5. In der ersten Hälfte des Jahres 1977 haben sich in den Vereinigten Staaten Produktion und Beschäftigung nochmals kräftig ausgedehnt. Nachdem schon im Laufe des Vorjahres der private Wohnungsbau ähnlichen Auftrieb erhalten hatte wie zuvor die Automobilindustrie, war es vom Herbst 1976 an zu einer Expansion der Nachfrage auf breiter Front gekommen. Zugleich hatte sich der Anstieg des Preisniveaus wieder verstärkt. Die durchgreifende Nachfragebelebung schwächte sich erst im Sommer 1977 ab, ohne daß man jedoch von einer Stockung sprechen kann. Zu diesem Zeitpunkt lagen die Industrieproduktion um 6½ vH und das Produktionsniveau im privaten Wohnungsbau gar um 25 vH über dem Vorjahresstand. Die gesamte Wirtschaft beschäftigte fast 4 vH mehr Personen als zwölf Monate zuvor, und die Auslastung der Sachkapazitäten entsprach wieder annähernd dem langjährigen Durchschnitt. Sieht man von den kurzfristigen Schwankungen der Lagerhaltung ab, so steigt die amerikanische Binnennachfrage nun seit mehr als zwei Jahren mit einer gleichbleibenden Zuwachsrate von fast 5 vH. Die Sparquote der privaten Haushalte lag in der ersten Jahreshälfte 1977 bei 4½ vH, um fünf Prozentpunkte niedriger als in der ersten Jahreshälfte 1975.

6. Die Angebotsbedingungen waren in den Vereinigten Staaten so günstig, daß sich die Ausgabeneigung der privaten Haushalte und die Investitionsneigung der Unternehmen wechselseitig verstärken konnten. Dies galt schon für das Jahr 1976, und zu Beginn des Jahres 1977 erlebten die Hersteller von Ausrüstungsgütern einen neuen Auftragsschub. Die Investitionen der Unternehmen — ohne den Wohnungsbau gerechnet — dürften in diesem Jahr real um rund 9 vH höher ausfallen als 1976. Zwar erreichte die Belebung der Investitionstätigkeit noch nicht das Tempo früherer Aufschwungsphasen, und bis zuletzt blieb der private Verbrauch die führende Auftriebskraft. Doch muß man den besonders tiefen Produktionseinbruch 1975 in Rechnung stellen. Nach einer gewissen Verzögerung wies die Investitionstätigkeit eine ähnliche Dynamik wie in vergleichbaren früheren Konjunkturphasen auf.

7. Der Kurs der amerikanischen Geldpolitik blieb 1977 im wesentlichen unverändert. Die Geldbasis wurde im Verlauf des Jahres wie auch schon 1976 um rund 8 vH ausgeweitet. Nur eine Zeitlang ging die monetäre Expansion deutlich darüber hinaus, weil die Zentralbank das Ende der Zinssenkungstendenz verzögern wollte. Bis zum Frühjahr aber setzte sich die Zinswende an den Märkten durch, und die Zentralbank wirkte dem Zinsanstieg nicht länger entgegen.

Schaubild 1



1) Quelle: OECD. – 2) Gebietsstand vor dem 1.1.1973; zusammengewogen mit den Anteilen am Bruttoinlandsprodukt 1970 (in jeweiligen Preisen und Wechselkursen).

SR 77 0705

Ebenso hielt die Finanzpolitik an ihrem maßvoll expansiven Kurs fest. Die gesamten Staatsausgaben, die im Vorjahr um rund 8½ vH gestiegen waren, nahmen 1977 um rund 9½ vH zu. Verstärkt steigenden Ausgaben des Zentralhaushalts stand eine Verlangsamung des Ausgabenanstiegs der übrigen Gebietskörperschaften gegenüber. Die in der Rezession gewährten allgemeinen Steuererleichterungen sowie die Investitionszulage für Unternehmen wurden bis 1978 verlängert; und Unternehmen, die ihre Beschäftigtenzahl erhöhten, erhielten einen befristeten Lohnkostenzuschuß. Zusätzliche Steuererleichterungen, wie sie zunächst angekündigt worden waren, blieben jedoch aus. Infolge des unerwartet hohen Aufkommens der Einkommensteuer konnte das gesamte öffentliche Defizit 1977 erheblich verringert werden. Es betrug noch rund 22½ Mrd Dollar gegenüber 44½ Mrd Dollar 1976. Auch das Defizit des Zentralhaushalts verminderte sich von knapp 59 Mrd Dollar auf schätzungsweise 48 Mrd Dollar. Unter Ausklammerung von konjunkturellen Schwankungen der Steuereinnahmen hat es sich gegenüber dem Vorjahr von 18 Mrd Dollar auf rund 9 Mrd Dollar halbiert. Allerdings sehen die Haushaltspläne des Bundes für das Haushaltsjahr 1978 bei verlangsamter Zunahme der Steuereinnahmen eine erneute Beschleunigung des Ausgabenanstiegs und damit eine kräftige Erhöhung des Defizits vor.

8. In Japan belebte sich die Konjunktur, die seit 1975 starke Impulse nur von der Auslandsnachfrage erhalten hatte, auch im Jahre 1977 noch nicht nachhaltig. Zwar schien sich zu Jahresbeginn die Investitionsneigung der Unternehmen zu festigen, und im Frühjahr nahm auch die Ausgabebereitschaft der Konsumenten — bis dahin der schwächste Nachfragefaktor — etwas zu. Doch setzten sich diese Auftriebstendenzen im Jahresverlauf nicht fort. Die Lieferungen an das Ausland — vor allem in die Vereinigten Staaten und in die Länder Südostasiens — blieben die wichtigste Stütze der japanischen Konjunktur. Im Sommer lag die Industrieproduktion um 3 vH, die Produktion von Ausrüstungsgütern um 8 vH höher als ein Jahr zuvor. Der Preisauftrieb hat spürbar nachgelassen.

Da der fortgesetzte Anstieg des Wechselkurses, obgleich er kurzfristig der japanischen Handelsbilanz neue Rekordüberschüsse brachte, die weiteren Exporterwartungen der Unternehmen dämpfte, sorgte die Regierung im Laufe des Jahres mehr und mehr für zusätzliche expansive Impulse. Schon in der ersten Jahreshälfte erhielt die Bauwirtschaft einen Schub öffentlicher Aufträge; zur Jahresmitte wurden zusätzliche Finanzierungshilfen für mittelständische Unternehmen sowie erneut Steuererleichterungen für die privaten Haushalte gewährt. Auch die Haushaltspläne für 1978 sind aufgestockt worden. Zudem ermäßigte die Zentralbank den Diskontsatz in mehreren Schritten um mehr als zwei Prozentpunkte; daraufhin gaben auch die langfristigen Zinsen, die bis zu Beginn des Jahres kaum unter das Niveau von 1975 gesunken waren, deutlich nach.

9. Das Sozialprodukt erhöhte sich 1977 in Japan um 5½ vH gegenüber 6,3 vH 1976 (Tabelle 1). Diese Zuwachsraten sind im internationalen Vergleich ungewöhnlich hoch. Nimmt man aber die Aufschwungsphasen der Vergangenheit als Maßstab, so bietet sich in Japan ein ähnlich unbefriedigendes Bild wie in Westeuropa. Während die Ausfuhr seit der konjunkturellen Wende eher stärker zugenommen hat als in vergleichbaren Phasen früherer Zyklen, fiel der Anstieg des privaten Verbrauchs und vor allem der privaten Investitionen erheblich niedriger aus.

Die Investitionen der privaten Unternehmen stiegen 1977 sogar langsamer als im Jahr zuvor; die Unterschiede zwischen den einzelnen Sektoren nahmen weiter zu. Während die Investitionen im Energie-, im Nachrichten- und im Verkehrsbereich abermals kräftig ausgeweitet wurden, gingen die Investitionen der verarbeitenden Industrie erheblich zurück, nachdem sie bereits 1976 das Niveau des Rezessionsjahres 1975 kaum übertroffen hatten. Wesentlich bestimmt ist diese Investitionsschwäche von der Anpassungskrise der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, deren Gewinne 1977 nur halb so hoch ausgefallen sind wie im Jahr des konjunkturellen Höchststandes 1973. Die Gewinnmargen sind sogar um zwei Drittel niedriger. Die Strategie der japanischen Stahlindustrie, ihre Exporte kräftig auszuweiten, stößt mehr und mehr auf den Widerstand der Handelspartner (Ziffer 41). Gebessert hat sich die Ertragslage lediglich in der Automobilindustrie sowie bei den Herstellern von elektrotechnischen Ausrüstungsgütern. Doch selbst in diesen exportintensiven Branchen, deren traditionelle Kostenvorteile im Zuge der Aufwertung des Yen nachhaltig beschnitten worden sind, blieben die Investitionen überwiegend auf verstärkte Rationalisierungsanstrengungen beschränkt.

10. In Westeuropa kam der Aufschwung noch langsamer voran. Die Zunahme des Sozialprodukts schwächte sich von 4½ vH im Jahre 1976 auf 2½ vH in diesem Jahr ab. Mitte 1977 übertraf das Produktionsniveau in der gesamten Industrie den Stand des Vorjahres lediglich um 2 vH. Seit Jahresbeginn stiegen Nachfrage und Produktion kaum noch weiter an. In Italien und in Schweden nahm die Kapazitätsauslastung sogar beträchtlich ab. Die Belebung der Investitionstätigkeit, die sich 1976 abgezeichnet hatte, war zu schwach geblieben, als daß sie dem Aufschwung einen neuen Anstoß hätte geben können. Zudem hatte in mehreren Ländern, deren Währungen 1976 unter starken Druck geraten waren, der Anstieg des Inflationstempos und des Zinsniveaus die konjunkturellen Aussichten spürbar verschlechtert. In Anbetracht der ungünstigen Beschäftigungsentwicklung nahm auch die Ausgabeneigung der Verbraucher kaum noch weiter zu. In Großbritannien, in Frankreich und in Italien gingen die Verbrauchsausgaben in der ersten Hälfte des Jahres 1977 real zurück. Vergleichsweise günstig entwickelte sich die Verbrauchernachfrage nur in den Niederlanden sowie in Österreich.

Eine durchgreifende Belebung der Investitionstätigkeit war nirgendwo zu erkennen. Allerdings war

das Bild, das die Umfragen bei den Unternehmen sowie die Bestellungen und die Produktionstätigkeit bei den Herstellern von Ausrüstungsgütern bot, nicht eindeutig. In den meisten Ländern sahen die Investitionspläne der Unternehmen geringfügige Steigerungen gegenüber 1976 vor. In Großbritannien zeichnete sich sogar eine deutliche Belebung der privaten Investitionstätigkeit ab. Im Laufe des Jahres aber wurden die Investitionspläne allenthalben gekürzt. Nachdem sich die Produktionserwartungen in den Investitionsgüterindustrien zu Beginn des Jahres gebessert hatten und auch im internationalen Handel eine lebhaftere Nachfrage nach elektrotechnischen Ausrüstungsgütern sichtbar geworden war, wurde im weiteren Verlauf des Jahres die Auftragslage von den Herstellern wieder ungünstiger beurteilt, so vor allem in Italien und in Frankreich. Zudem zeigten sich auch zwischen den einzelnen Branchen große Unterschiede. In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, insbesondere in der Stahlindustrie, verschlechterten sich die Erwartungen der Unternehmen zunehmend. In Bereichen hingegen, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit besser geworden war, wurden die Investitionspläne erheblich aufgestockt, so etwa in der französischen und in der italienischen Automobilindustrie sowie im britischen Maschinenbau.

Auch von den öffentlichen Investitionen gingen in den meisten Ländern keine zusätzlichen expansiven Impulse aus. In Großbritannien schränkte der Staat seine Investitionstätigkeit sogar erheblich ein. Die Bautätigkeit verharrte fast überall auf niedrigem Niveau. Nur in Belgien und in den Niederlanden trug die allmähliche Belebung des Wohnungsbaus weiterhin zur Stabilisierung der Binnenkonjunktur bei.

Mäßige Expansion des Welthandels

11. Der Welthandel nahm 1977 nur noch um 5½ vH gegenüber dem Vorjahr zu, im Jahre 1976 waren es 12½ vH gewesen. Diese Verlangsamung entsprach der unbefriedigenden Produktionsentwicklung in den meisten Industrieländern. Der internationale Handel war nicht mehr von den kurzfristigen Impulsen des Lageraufbaus, von der abrupten Steigerung der Einfuhr von Rohstoffen und Zwischenprodukten getragen; Ausrüstungsgüter gewannen an Gewicht. Die internationalen Ungleichgewichte nahmen nicht weiter zu. Die Finanzierung der Handelsströme war möglich, ohne daß die Kapitalmärkte oder die Devisenmärkte in große Unruhe gerieten.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Land	1960 bis 1972 [1]	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977 [2]
Bundesrepublik Deutschland	+ 4,5	+ 6,0	+ 3,2	+ 3,7	+ 4,9	+ 0,5	− 2,6	+ 5,6	+ 2½
Belgien	+ 4,9	+ 6,2	+ 3,7	+ 5,4	+ 5,3	+ 4,3	− 2,0	+ 3,0	+ 2½
Dänemark	+ 4,8	+ 3,3	+ 3,6	+ 5,0	+ 3,8	+ 1,8	− 1,1	+ 4,8	+ 1
Frankreich	+ 5,8	+ 5,9	+ 5,0	+ 5,5	+ 6,5	+ 3,9	+ 0,1	+ 5,2	+ 2½
Großbritannien	+ 3,1	+ 2,2	+ 1,6	+ 3,5	+ 5,2	− 0,2	− 1,7	+ 1,6	+ ½
Irland	+ 4,0	+ 2,7	+ 3,3	+ 4,0	+ 5,3	+ 1,0	+ 0,4	+ 3,2	+ 5
Italien	+ 5,5	+ 4,9	+ 1,4	+ 3,4	+ 6,3	+ 3,4	− 3,5	+ 5,6	+ 2
Niederlande	+ 5,2	+ 5,9	+ 4,3	+ 4,4	+ 4,2	+ 2,0	− 1,1	+ 4,4	+ 2½
EG der Neun [3]	+ 4,8	+ 5,1	+ 3,2	+ 4,2	+ 5,5	+ 1,9	− 1,7	+ 4,7	+ 2½
Vereinigte Staaten [4]	+ 4,1	− 0,5	+ 2,8	+ 6,1	+ 5,9	− 2,1	− 1,8	+ 6,0	+ 5
Japan [4]	+ 11,0	+ 10,5	+ 6,3	+ 9,4	+ 9,9	− 1,8	+ 2,4	+ 6,3	+ 5½
Österreich [4]	+ 5,1	+ 7,9	+ 5,2	+ 7,1	+ 5,8	+ 4,4	− 2,0	+ 5,2	+ 3½
Schweden	+ 4,2	+ 4,6	+ 0,3	+ 2,5	+ 3,1	+ 4,1	+ 0,6	+ 1,5	− 1½
Schweiz [4]	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,3	+ 5,8	+ 3,5	− 0,8	− 7,6	+ 0,5	+ 1½
Industrieländer insgesamt [3]	+ 5,3	+ 3,5	+ 3,5	+ 5,8	+ 6,2	− 0,3	− 1,2	+ 5,2	+ 4

[1] Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[2] Eigene Schätzung.
[3] Zusammengewogen mit den Anteilen am Bruttosozialprodukt/Bruttoinlandsprodukt zu Wechselkursen von 1975.
[4] Bruttosozialprodukt.
Quelle: OECD; für EG der Neun: Kommission der Europäischen Gemeinschaften; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

Tabelle 2

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz ausgewählter Länder

Mio US-Dollar

Land	1973	1974	1975	1976	1977 [1]
	Salden der Handelsbilanz				
Bundesrepublik Deutschland	+ 14 926	+ 21 893	+ 17 649	+ 16 622	+ 17 900
Belgien-Luxemburg	+ 1 224	+ 879	+ 548	+ 666	+ 300
Dänemark	− 1 135	− 1 788	− 1 274	− 2 822	− 2 900
Frankreich	+ 776	− 3 862	+ 1 507	− 4 749	− 2 400
Großbritannien	− 5 386	− 11 969	− 7 133	− 6 414	− 3 200
Irland	− 527	− 1 093	− 491	− 650	− 900
Italien	− 3 959	− 8 511	− 1 137	− 4 037	− 1 100
Niederlande	+ 1 084	+ 667	+ 1 036	+ 1 052	—
EG-Länder	+ 7 003	− 3 784	− 10 705	− 1 664	+ 7 100
Vereinigte Staaten	+ 914	− 5 363	+ 9 053	− 9 320	− 30 400
Kanada	+ 3 005	− 1 941	− 507	+ 1 377	+ 3 100
Japan	+ 3 686	+ 1 438	+ 5 030	+ 9 887	+ 17 200
Österreich	− 1 519	− 1 407	− 1 418	− 2 620	− 3 400
Schweden	+ 2 273	+ 607	+ 695	+ 448	+ 400
Schweiz	− 1 685	− 2 109	+ 98	+ 801	+ 400
OECD-Länder	+ 8 000	− 26 500	+ 5 500	− 18 309	− 24 000
OPEC-Länder [2]	+ 19 000	+ 78 500	+ 52 000	+ 63 000	+ 64 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) [3]	− 6 000	− 22 000	− 32 000	− 20 500	− 18 000
	Salden der Leistungsbilanz				
Bundesrepublik Deutschland	+ 4 301	+ 9 590	+ 3 859	+ 3 357	+ 3 500
Belgien-Luxemburg	+ 1 153	+ 911	+ 700	− 61	+ 500
Dänemark	− 472	− 987	− 508	− 1 907	− 1 800
Frankreich	− 691	− 5 942	− 2	− 6 097	− 3 250
Großbritannien	− 2 048	− 8 581	− 3 719	− 2 523	+ 300
Irland	− 224	− 679	− 66	− 250	− 500
Italien	− 2 510	− 8 039	− 530	− 2 813	+ 400
Niederlande	+ 2 343	+ 2 057	+ 1 662	+ 2 364	+ 600
EG-Länder	+ 1 852	− 11 670	+ 1 396	− 7 930	− 250
Vereinigte Staaten	+ 7 158	+ 2 603	+ 17 739	− 1 427	− 17 700
Kanada	+ 94	− 1 520	− 4 900	− 4 248	− 4 150
Japan	− 136	− 4 693	− 682	+ 3 680	+ 10 150
Österreich	− 329	− 457	− 335	− 1 510	− 2 250
Schweden	+ 1 215	− 933	− 1 627	− 2 412	− 3 000
Schweiz	+ 280	+ 171	+ 2 587	+ 3 497	+ 3 400
OECD-Länder	+ 3 000	− 33 000	− 6 500	− 26 500	− 31 000
OPEC-Länder [2]	+ 3 000	+ 62 000	+ 34 000	+ 42 000	+ 42 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) [3]	− 9 000	− 24 000	− 33 000	− 23 000	− 22 000

[1] Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.
[2] Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.
[3] Afrika ohne Republik Südafrika, Mittel- und Südamerika, Asien ohne Japan und Staatshandelsländer, Ozeanien.

Quelle: IMF, OECD

All dies war auch Niederschlag der größeren konjunkturellen Differenzierung zwischen den Industrieländern. Die stärksten Anstöße erhielt der Welthandel noch immer von der Einfuhr der Vereinigten Staaten. Auf der anderen Seite stiegen in zahlreichen europäischen Ländern, deren Zahlungsbilanz sich 1976 rasch verschlechtert hatte, die Importe kaum weiter an. In einigen Ländern nahmen sie im Verlauf des Jahres sogar ab (Ziffern 27 ff.). Die Einfuhr der Europäischen Gemeinschaft übertraf 1977 das Vorjahresniveau um rund 3½ vH, die Einfuhr der übrigen Industrieländer um rund 7 vH.

Die Preise im internationalen Handel sind wieder langsamer gestiegen. Während in der zweiten Jahreshälfte 1976 für Industrieerzeugnisse noch um 10 vH höhere Preise als zwölf Monate zuvor gezahlt wurden, ging der Anstieg des Preisniveaus danach bis auf 6 vH zurück, im Jahresdurchschnitt 1977 lag er allerdings noch bei 8 vH.

12. Die OPEC-Länder konnten 1977 nur wenig mehr Öl in die Industrieländer exportieren. Im Vorjahresvergleich betrug der Zuwachs der Menge nach 5 vH. Allerdings hatten sich die Abnehmer in den letzten Monaten des Jahres 1976 bemüht, ihren Rohölbedarf so weit wie möglich vor der zum 1. Januar 1977 angekündigten Preiserhöhung zu decken. Wegen der ungünstigen Absatzaussichten, die durch neue Ölquellen in der Nordsee und in Alaska noch zusätzlich beeinträchtigt wurden, fiel diese Preiserhöhung vergleichsweise niedrig aus. Der Rohölpreis lag 1977 nur um 7 vH über dem Durchschnitt des Vorjahres. Erstmals seit mehr als fünf Jahren verteuerte sich das Öl weniger als die Industriegüter.

Trotz dieser für die OPEC-Länder enttäuschenden Ausfuhrentwicklung beschleunigte sich der Anstieg ihrer Importe erneut. Gegenüber dem Vorjahr steigerten sie ihre Einfuhr aus den Industrieländern um 15 vH. Der Handelsbilanzüberschuß der OPEC-Länder, der 1976 wieder um 11 Mrd Dollar auf rund 63 Mrd Dollar gestiegen war, vergrößerte sich kaum (Tabelle 2). Einige Ölländer, so etwa Algerien und der Iran, mußten sich weiter verschulden. Noch weniger als im vorangegangenen Jahr reichten ihre Deviseneinnahmen, die hochgesteckten Entwicklungspläne zu finanzieren.

13. Von den Entwicklungsländern, die kein Öl exportieren, konnten einige ihre Devisenlage dadurch verbessern, daß sie arbeitsintensiv gefertigte Industriegüter verstärkt in den Industrieländern absetzten. Dies waren vor allem die Länder Südostasiens. In der ersten Jahreshälfte 1977 übertraf das Volumen ihrer Ausfuhr den Vorjahresstand real um fast 20 vH. Ihre Gütereinfuhr wies wieder Steigerungsraten von 15 vH auf, was vor allem dem Auslandsgeschäft japanischer Anbieter zugute kam.

14. Andere Länder aus der Gruppe der nicht-ölexportierenden Staaten waren dadurch begünstigt, daß im Herbst 1976 auf zahlreichen Rohstoffmärkten eine spektakuläre Preishausse eingesetzt hatte, die bis zum Frühjahr 1977 anhielt. Im wesentlichen war es die ursprünglich witterungsbedingte, dann aber künstlich verschärfte Verknappung von Kaffee und Kakao, die dieser Teuerungswelle zugrunde lag. Die Ausfuhrpreise für Kaffee und Kakao waren in der ersten Jahreshälfte um mehr als 150 vH höher als ein Jahr zuvor. Auch die Notierungen für Sojabohnen, Tee, Baumwolle und Zinn erreichten neue Rekordhöhen. Am sichtbarsten profitierten lateinamerikanische Länder. Die Rohstoffverteuerung minderte ihre Leistungsbilanzdefizite. Eine Belebung ihrer Einfuhr zeichnete sich auch 1977 noch nicht ab. Vorläufig mußte es ihnen weiter darum gehen, ihre hohe Auslandsverschuldung abzutragen.

15. Abermals verschlechtert hat sich die Lage der ärmsten Entwicklungsländer. Sie haben weiterhin unter der Last der Ölverteuerung von 1974 am schwersten zu tragen, denn ihre Möglichkeiten die Ausfuhr zu steigern, sind begrenzt. Im „Nord-Süd-Dialog" wurde unter anderem auch die Bereitstellung von 1 Mrd Dollar zugunsten dieser Länder beschlossen.

Nimmt man alle nicht-ölexportierenden Entwicklungsländer zusammen, so hat sich ihr Leistungsbilanzdefizit nur wenig vermindert. Es dürfte 1977 rund 21 Mrd Dollar betragen, gegenüber 23 Mrd Dollar im vergangenen Jahr.

16. Die Staatshandelsländer schränkten ihre Einfuhr abermals ein, wenn auch nicht mehr so deutlich wie im vergangenen Jahr. Um ein weiteres Anwachsen ihrer Auslandsverschuldung zu verhindern, verstärkten einige von ihnen auch ihre Exportanstrengungen, obwohl die ungünstige Weltkonjunktur nur geringe Erfolge möglich machte. Insgesamt verminderte sich das Handelsbilanzdefizit der Staatshandelsländer um rund 3 Mrd Dollar. Infolge der steigenden Zinslast fiel der Rückgang des Leistungsbilanzdefizits aber geringer aus. Es betrug 1977 schätzungsweise 11 Mrd Dollar.

17. Der Auftrieb der Rohstoffpreise ließ im Verlauf dieses Jahres wieder nach. Dennoch mußten die Industrieländer um rund 17 vH höhere Preise zahlen als 1976. Insgesamt stiegen die Einfuhrpreise der Industrieländer 1977 um 9 vH, ihre Ausfuhrpreise um 8 vH. Die Terms of Trade, das Verhältnis der Ausfuhrpreise zu den Einfuhrpreisen, verschlechterten sich somit für die Industrieländer abermals, wenn auch weniger als in der ersten Phase des Aufschwungs. Dies war der Grund dafür, daß sich das Handelsbilanzdefizit der Industrieländer weiter vergrößerte, obwohl diese, wie erwähnt, ihre Einfuhr der Menge nach nur mäßig ausweiteten und zugleich die Ausfuhr in die OPEC-Länder um 14 vH und die Ausfuhr in die Entwicklungsländer um 7 vH erhöhen konnten. Auch das Defizit der Leistungsbilanz, das 1976 um 20 Mrd Dollar gestiegen war, erhöhte sich 1977 erneut um 5 Mrd Dollar.

II. Fortdauer von Arbeitslosigkeit und Inflation

Anhaltende Unterbeschäftigung

18. In ihrer Gesamtheit sind die westlichen Industrieländer dem Ziel eines hohen Beschäftigungsniveaus 1977 kaum nähergekommen. Mit der zunehmenden konjunkturellen Differenzierung vergrößerten sich auch die Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung. Während in den Vereinigten Staaten die Beschäftigung um 3½ vH stieg, war sie in Westeuropa und in Japan leicht rückläufig. Gleichzeitig vergrößerte sich das Angebot an Arbeitskräften; in der Europäischen Gemeinschaft hatte dies demographische Gründe, in den Vereinigten Staaten lag es daran, daß die Erwerbsbeteiligung weiter zunahm. Im Ergebnis war daher in den Vereinigten Staaten die Arbeitslosenquote im Sommer 1977 mit 7 vH nur wenig niedriger als zwölf Monate zuvor; in der Europäischen Gemeinschaft erhöhte sie sich sogar von 5 vH auf 5½ vH. Am ungünstigsten entwickelte sich die Lage am Arbeitsmarkt in Frankreich, in Großbritannien, in Italien und in Dänemark (Tabelle 3).

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit hat sich 1977 weiter verschärft. Nur in der Bundesrepublik ging diese zurück. In den Vereinigten Staaten blieb sie unverändert hoch, und in den meisten europäischen Ländern nahm sie abermals zu, am deutlichsten in Italien und in Großbritannien. Auch gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen konnten diese Tendenz bislang nicht umkehren.

19. Ein anderes Bild bot Japan. In der Rezession stieg hier die Arbeitslosenquote nur auf 2 vH und blieb bis zur Mitte des Jahres 1977 nahezu unverändert. In Japan wird nämlich großen Teilen der Arbeitnehmerschaft seitens der Unternehmen die lebenslange Anstellung garantiert. Die soziale Sicherung der nicht auf solche Weise Privilegierten ist aber gering. Außerdem ist in Japan der Lohn sehr viel stärker vom Alter bestimmt als in anderen Ländern; ältere Arbeitnehmer sind also besonders teuer. Daher waren vornehmlich ältere Arbeitnehmer von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Tabelle 3

Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern [1])

vH

Land	1973	1974	1975	1976	1976			1977		
					1. Vj.[2])	2. Vj.[2])	September[2])	1. Vj.[2])	2. Vj.[2])	September[2])
Bundesrepublik Deutschland [3])	1,2	2,6	4,8	4,7	5,8	4,6	3,9	5,3	4,5	4,0
Belgien [3])[4])	3,6	4,0	6,7	8,6	8,6	8,2	8,4	7,1	6,9	8,4
Dänemark [5])	2,4	5,2	11,1	10,0	13,2	8,5	8,4	12,5	10,7	10,0 [a])
Frankreich [3])	2,3	2,9	4,9	5,9	5,7	4,9	5,6	6,1	5,7	6,9
Großbritannien [3])	2,7	2,7	4,4	5,8	5,7	5,6	6,2	6,0	5,9	6,8
Italien [3])	5,3	5,1	5,6	6,3	6,2	5,8	6,1	6,7	6,5	7,9
Niederlande [3])	2,7	3,6	5,2	5,5	5,6	4,7	5,0	5,6	4,8	5,3
Vereinigte Staaten [6])	4,9	5,6	8,5	7,7	8,5	7,4	7,4	8,2	6,9	6,6
Kanada [6])	5,6	5,4	7,1	7,2	7,9	7,0	6,5	9,0	8,0	7,5
Japan [6])	1,3	1,4	1,9	2,0	2,4	2,0	1,9	2,3	2,0	1,9 [b])
Österreich [3])	1,6	1,5	2,0	2,0	3,3	1,6	1,2	2,7	1,3	1,2
Schweden [6])	2,5	2,0	1,6	1,6	1,9	1,5	1,7	1,9	1,5	2,0

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen. Aus methodischen Gründen sind die Zahlen für die aufgeführten Länder untereinander nicht vergleichbar.
[2]) Nicht saisonbereinigt.
[3]) Anteil der registrierten Arbeitslosen an den abhängigen, in einigen Ländern auch allen Erwerbspersonen; für Belgien ab Januar 1977.
[4]) Anteil der Bezieher von Arbeitslosenunterstützung an den gegen Arbeitslosigkeit Versicherten; für Belgien bis einschließlich 1976.
[5]) Anteil der arbeitslosen Mitglieder der gewerkschaftlichen Unterstützungskassen an der Gesamtzahl der Mitglieder.
[6]) Anteil der durch Haushaltsstichproben ermittelten Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen.
[a]) August.
[b]) Juli.
Quelle für Grundzahlen: International Labour Office und EG (Frankreich und Italien); Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

Grenzen staatlicher Beschäftigungspolitik

20. In mehreren Ländern wurde mit administrativen Maßnahmen versucht, das Angebot an Arbeitskräften zu vermindern oder die Nachfrage nach Arbeitskräften zu erhöhen. Ein Beispiel für ersteres war die Schweiz, wo der Aufschwung noch langsamer als in den meisten anderen Ländern vorankam. Hier lag die Arbeitslosenquote bei nur 1 vH. Doch war schon seit Beginn der Rezession arbeitslosen Ausländern in aller Regel die Aufenthaltserlaubnis entzogen und die Einwanderung ausländischer Arbeitnehmer erheblichen Beschränkungen unterworfen worden. Zudem wird wegen des inzwischen zwar modifizierten, aber immer noch weitgehend privatrechtlichen Charakters der Arbeitslosenversicherung nur ein Teil der arbeitslosen Inländer in der amtlichen Statistik erfaßt.

21. Beispiele für eine künstliche Erhöhung der Nachfrage nach Arbeitskräften boten Schweden und Österreich. In beiden Ländern stieß diese Politik an außenwirtschaftliche Grenzen. In Schweden, wo die Arbeitslosenquote seit 1974 bei rund 2 vH liegt, wurde die Beschäftigung auf direktem und indirektem Wege subventioniert. Der Staat beteiligte sich nicht nur an den Lohnkosten, sondern auch an den Kosten der Lagerhaltung, wenn die Unternehmen auf Vorrat produzierten und damit Entlassungen vermieden. Allerdings war 1975 der weltweite Nachfrageeinbruch zu tief und der anschließende Aufschwung zu schwach, als daß sich dieses staatliche Verlustgeschäft gesamtwirtschaftlich hätte auszahlen können. Die Drosselung der Produktionstätigkeit war 1975 nur verzögert worden. Umgekehrt griff die anschließende Belebung des Exports in Anbetracht der hohen Produktivitätsreserven und der hohen Lagerbestände erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1976 auf die Binnennachfrage über, zu einer Zeit, als die Lieferungen ins Ausland kaum noch weiter zunahmen. Zudem verloren schwedische Anbieter sowohl im Inland wie im Ausland in zunehmendem Maße Marktanteile, nachdem sich der Lohnanstieg unter Vortäuschung einer staatlichen Beschäftigungsgarantie weiter beschleunigt hatte. Die Löhne in der Industrie waren 1975 um rund 15 vH und 1976 um rund 18 vH gestiegen. Vom Herbst 1976 an verschlechterte sich die außenwirtschaftliche Lage, und nach der Jahreswende sank mit der Ausfuhr auch wieder die Industrieproduktion. Der finanzielle Handlungsspielraum des Staates war erschöpft, die Subventionierung der Lagerhaltung mußte mehrfach gekürzt werden. Im Sommer 1977 lag die Industrieproduktion um 6 vH unter dem Vorjahresniveau. Trotz der Abwertung im Frühjahr ließ sich die Bindung der schwedischen Krone an die D-Mark nicht mehr lange verteidigen: Im August verließ Schweden den europäischen Währungsverbund.

22. In Österreich lag die Arbeitslosenquote 1977 bei 1½ vH. Seit 1975 hatte der Staat hier mit zahlreichen direkten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie mit einer expansiven Einstellungspolitik des gesamten öffentlichen Sektors den Beschäftigungsrückgang aufzufangen versucht; allerdings werden auch die Teilnehmer von Umschulungsprogrammen als „Beschäftigte im öffentlichen Dienst" gezählt. Eine wichtige beschäftigungspolitische Rolle spielten die Staatsbetriebe, auf die rund ein Viertel der industriellen Beschäftigung entfällt. Sie waren bereits 1975 angewiesen worden, ungeachtet des Produktionseinbruchs, der ebenso tief ausfiel wie in der Bundesrepublik, ihr Personal zu halten. In der privaten Industrie sank zwar die Beschäftigtenzahl 1975 trotz der Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit, die zum 1. Januar als letzter Schritt eines mehrjährigen Stufenplans in Kraft getreten war, um rund 7 vH und damit nicht weniger als im internationalen Durchschnitt. In der gesamten Industrie, also unter Einschluß der öffentlichen Unternehmen, lag das Beschäftigungsniveau im Tiefpunkt der Rezession hingegen nur um 4½ vH niedriger als ein Jahr zuvor. Auch im Verlauf des Aufschwungs blieben die hohen Produktivitätsreserven in den Staatsbetrieben offenbar ungenutzt; informelle Absprachen sorgten für eine Begrenzung der Überstunden.

Anders als in den meisten europäischen Ländern flachte sich der Anstieg der Verbrauchsausgaben infolge der günstigen Beschäftigungslage seither kaum ab. Dies kam insbesondere ausländischen Anbietern zugute, zum einen, weil zahlreiche dauerhafte Konsumgüter im Inland nicht hergestellt werden, zum anderen aber auch, weil die österreichischen Unternehmen infolge des hohen Lohnanstiegs und der engen währungspolitischen Bindung an die D-Mark an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hatten. Seit Beginn des Aufschwungs hat sich das Handelsbilanzdefizit verdoppelt. Im Laufe des Jahres 1977 geriet der österreichische Schilling unter Druck, und die Arbeitsmarktlage begann sich zu verschlechtern. Schließlich sah sich die Regierung zu einem drastischen wirtschaftspolitischen Kurswechsel genötigt. Die Zinsen wurden heraufgesetzt; die Regierung kündigte neue Steuererhöhungen sowie beträchtliche Ausgabenkürzungen an und verlangte schließlich von den Sozialpartnern einen zweijährigen Reallohnstopp. Überdies wird zum 1. Januar 1978 eine sogenannte Luxussteuer eingeführt, um die Einfuhr von Konsumgütern zu erschweren. Weitere den Handel beschränkende Maßnahmen stehen zur Diskussion.

Ungenügende Fortschritte bei der Preisstabilisierung

23. Die durchschnittliche Inflationsrate der westlichen Industrieländer ist 1977 im Vergleich zum Vorjahr nicht weiter zurückgegangen; im Jahresdurchschnitt betrug sie noch immer 8½ vH. Allerdings hatte das Jahr unter ungünstigen Vorzeichen begonnen, weil in einigen Ländern die kurzfristigen Auswirkungen der vorausgegangenen Verschlechterung der Wechselkurse noch nicht überwunden und zudem zahlreiche Rohstoffmärkte von einer neuen Preishausse erfaßt worden waren (Ziffer 14). So lagen die Einfuhrpreise der Industrieländer in den ersten Monaten des Jahres 1977 bereits um 7 vH über dem Durchschnitt des Vorjahres. Im

weiteren Verlauf stiegen sie dann nur noch wenig. Auch auf der Großhandels- und auf der Verbraucherstufe ließ der Preisauftrieb in den meisten Ländern im Laufe des Jahres nach. Die Nachfrageentwicklung erlaubte nicht, den Kostenanstieg voll zu überwälzen. Nur in den Vereinigten Staaten hat sich das Inflationstempo wieder beschleunigt; hier erhöhte sich die Teuerungsrate, die vor einem Jahr 5,8 vH betragen hatte, 1977 auf fast 7 vH (Tabelle 4).

24. Der Nominallohnanstieg ging in den westlichen Industrieländern insgesamt weiter zurück. Hatte er 1976 noch 11½ vH ausgemacht, so betrug er 1977 knapp 10 vH — und dies, obwohl in wichtigen Ländern die Lohnsteigerungen nicht mehr geringer wurden. Besonders deutlich verlangsamte sich der Lohnanstieg in Schweden und in Großbritannien.

Allerdings flachte sich mit der geringeren Produktionssteigerung auch der Produktivitätsanstieg wieder ab. Die Lohnstückkosten stiegen daher ebenso rasch wie im Vorjahr, nämlich um 7½ vH. Die Zuwachsraten des inländischen Kostenniveaus in den Industrieländern näherten sich einander an (Tabelle 5). Auf der einen Seite nämlich wurden die Unterschiede im Lohnanstieg kleiner, weil dieser in mehreren Ländern, in denen er in der Vergangenheit besonders hoch ausgefallen war, abnahm, in den Vereinigten Staaten und in Japan aber nicht weiter zurückging und in der Bundesrepublik sogar zunahm. Auf der anderen Seite blieben die Unterschiede im Produktivitätszuwachs gering. Die Ertragslage der Unternehmen hat sich in den meisten Ländern wieder verschlechtert, denn der Kostenanstieg konnte nicht voll überwälzt werden. Nur in Großbritannien, wo der Anstieg der Löhne am stärksten nachließ, und in den Vereinigten Staaten, wo die lebhafte Nachfrage die Ausweitung der Gewinnmargen durch höhere Preissteigerungen zuließ, konnte sich die Ertragslage weiter verbessern.

Tabelle 4

Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

Land	1960 bis 1969 [2])	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977 1. Hj.	Letzter Monatsstand
	vH									Monat
Bundesrepublik Deutschland	+ 2,6	+ 3,4	+ 5,3	+ 5,5	+ 6,9	+ 7,0	+ 6,0	+ 4,5	+ 3,9	+ 3,8 Okt
Belgien	+ 2,9	+ 4,0	+ 4,3	+ 5,5	+ 7,0	+ 12,7	+ 12,7	+ 9,2	+ 7,5	+ 6,5 Sep
Dänemark	+ 6,0	+ 6,4	+ 5,5	+ 6,9	+ 9,3	+ 15,4	+ 9,9	+ 9,0	+ 10,5	+ 10,1 Sep
Frankreich	+ 3,9	+ 5,3	+ 5,5	+ 5,9	+ 7,3	+ 13,7	+ 11,7	+ 9,6	+ 9,4	+ 9,6 Sep
Großbritannien	+ 3,8	+ 6,4	+ 9,5	+ 6,8	+ 9,4	+ 15,9	+ 24,3	+ 16,5	+ 17,0	+ 15,6 Sep
Irland	+ 4,4	+ 8,3	+ 8,9	+ 8,7	+ 11,3	+ 17,0	+ 20,9	+ 18,0	+ 15,3	+ 13,5 Aug
Italien	+ 3,8	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,6	+ 10,4	+ 19,1	+ 17,0	+ 16,8	+ 20,2	+ 18,9 Sep
Luxemburg	+ 2,3	+ 4,6	+ 4,7	+ 5,2	+ 6,1	+ 9,6	+ 10,7	+ 9,8	+ 7,7	+ 5,8 Sep
Niederlande	+ 4,2	+ 4,4	+ 7,5	+ 7,8	+ 8,0	+ 9,6	+ 10,2	+ 8,8	+ 7,2	+ 6,9 Aug
Vereinigte Staaten	+ 2,4	+ 5,9	+ 4,3	+ 3,3	+ 6,2	+ 11,0	+ 9,1	+ 5,8	+ 6,3	+ 6,6 Sep
Kanada	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,9	+ 4,8	+ 7,6	+ 10,9	+ 10,8	+ 7,5	+ 7,2	+ 8,4 Sep
Japan	+ 5,5	+ 7,8	+ 6,3	+ 4,9	+ 11,1	+ 24,5	+ 11,8	+ 9,3	+ 9,3	+ 8,5 Aug
Österreich	+ 3,5	+ 4,1	+ 4,7	+ 6,3	+ 7,5	+ 9,5	+ 8,5	+ 7,3	+ 6,0	+ 5,1 Sep
Schweden	+ 3,7	+ 7,0	+ 7,4	+ 6,5	+ 6,1	+ 13,8	+ 9,7	+ 10,2	+ 10,0	+ 13,4 Sep
Schweiz	+ 3,3	+ 3,5	+ 6,6	+ 6,7	+ 8,7	+ 9,8	+ 6,7	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,6 Sep

[1]) Aus Angaben in Landeswährung.
[2]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.

Quelle: OECD, SAEG; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

Tabelle 5

Lohnkosten je Produkteinheit [1]) in ausgewählten Ländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH [2])

Land	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977 a)
Bundesrepublik Deutschland [3])	+10,4	+ 8,9	+ 5,7	+ 7,9	+ 9,4	+ 6,9	+ 0,9	+ 4
Belgien	+ 5,6	+ 9,2	+ 8,7	+ 8,5	+15,2	+16,1	+11 a)	+ 8,5
Dänemark	+11,3	+ 9,2	+ 7,6	+12,4	+17,3	+15,5	+ 8 a)	+ 9
Frankreich	+ 6,8	+ 6,6	+ 6,4	+ 8,6	+15,4	+17,2	+10 a)	+ 7,5
Großbritannien	+ 9,3	+ 8,0	+ 9,0	+ 9,1	+20,1	+32,1	+12,3	+10
Irland	+13,1	+12,0	+10,0	+14,0	+17,4	+27,3	+13,5 a)	+ 9
Italien	+11,3	+12,8	+ 8,0	+13,8	+20,7	+26,0	+16,2	+20,5
Niederlande	+ 7,2	+ 9,8	+ 7,7	+10,8	+12,2	+14,0	+ 6,1	+ 6
Vereinigte Staaten	+ 6,9	+ 3,7	+ 4,1	+ 6,0	+11,4	+ 7,6	+ 5,1	+ 6
Japan	+ 9,0	+10,6	+ 6,5	+14,9	+26,5	+14,6	+ 6 a)	+ 7
Österreich	+ 1,4	+ 9,3	+ 6,5	+10,5	+11,0	+15,2	+ 4,8	+ 6,5
Schweden	+ 6,6	+ 8,6	+ 6,3	+ 4,3	+10,7	+19,2	+16,4	+11
Schweiz	+ 5,6	+11,5	+ 9,9	+10,5	+ 8,3	+10,6	+ 2 a)	+ 1

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.
[2]) Aus Angaben in Landeswährung.
[3]) Bundesrepublik Deutschland: Eigene Schätzung.
a) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.

Quelle: DIW

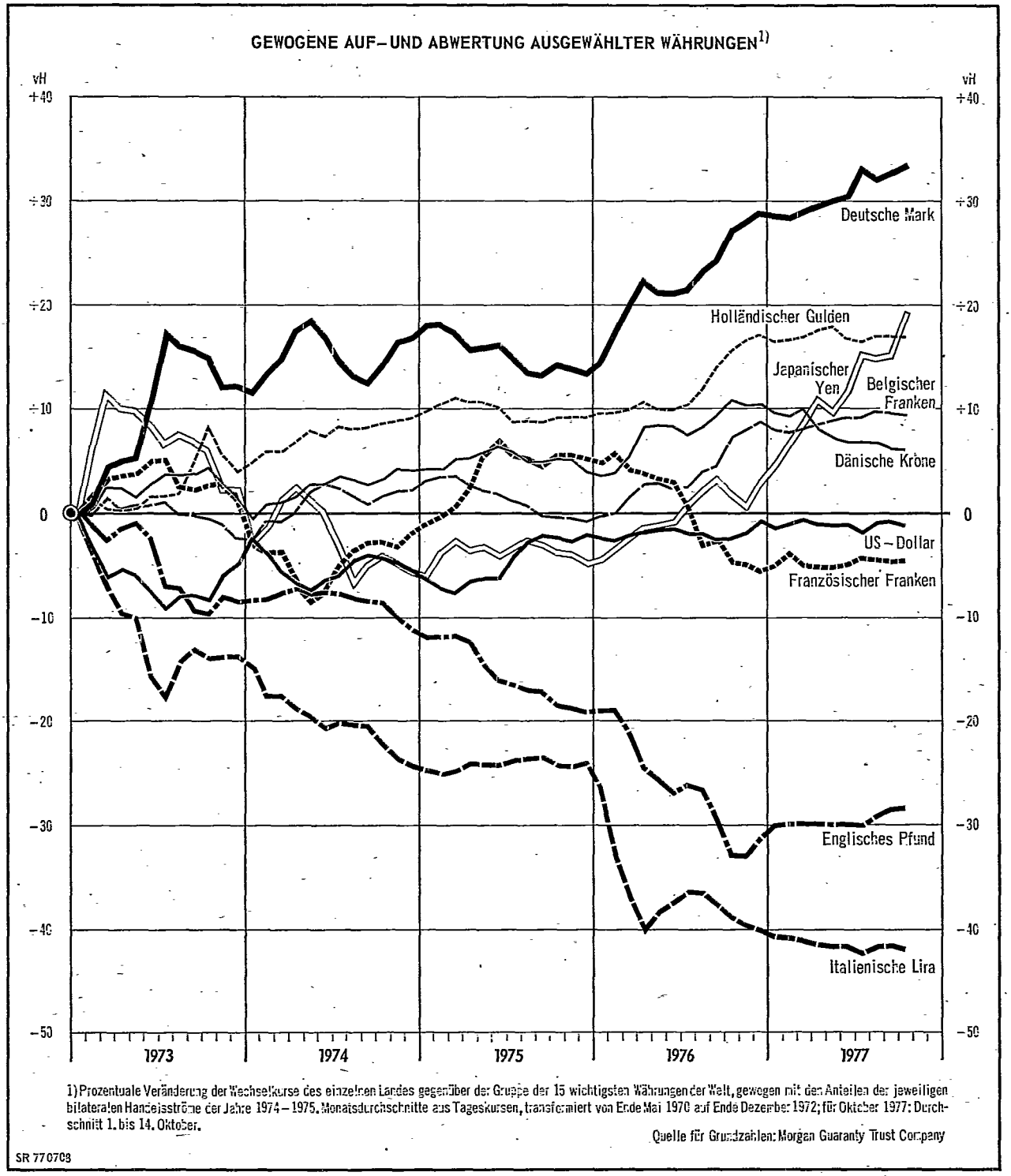
III. Geringere außenwirtschaftliche Ungleichgewichte

25. Die Verlangsamung des Aufschwungs war nicht zuletzt von den Zahlungsbilanzproblemen vieler Länder erzwungen worden, die im vergangenen Jahr nach der vorübergehenden Entlastung durch die Rezession wieder deutlich hervorgetreten waren. Diese Probleme entsprangen nicht einem kurzfristigen internationalen „Konjunkturgefälle", denn der Anstieg des Produktionsniveaus der einzelnen Länder verlief zu Beginn des Aufschwungs synchron. Ausschlaggebend waren vielmehr die Unterschiede zwischen den nationalen Inflationsraten und ihren inländischen Bestimmungsfaktoren, namentlich dem Lohnkostenanstieg und der monetären Expansion. Dieses in den Jahren vor der Rezession entstandene Stabilitätsgefälle war — zumindest in der Europäischen Gemeinschaft — noch immer nicht verringert worden. Die sprunghaften und nicht nur vorübergehenden Kursverluste einiger Währungen im vergangenen Jahr hatten in den betroffenen Ländern die Grenzen für Realeinkommenssteigerungen deutlich gemacht, was zu binnenwirtschaftlichen Anpassungen nötigte, die 1977 zunächst einmal den Aufschwung verlangsamten.

26. Wechselkursausschläge wie 1976 wiederholten sich in diesem Jahr nicht (Schaubild 2). Der französische Franken und die italienische Lira notierten stabiler. Seit der Jahreswende haben sich ihre Kurse nur wenig verändert. Im Durchschnitt des Jahres 1977 lagen sie aber noch um 5 vH beziehungsweise um 7 vH niedriger als 1976. Das britische Pfund stand sogar unter einem gewissen Aufwertungsdruck. Mit erheblichen Devisenmarktinterventionen wurde verhindert, daß der Pfundkurs kräftiger stieg. Seit Jahresbeginn konnte er um 3 vH gewinnen; im Jahresdurchschnitt 1977 lag er noch um 5 vH unter dem Jahresdurchschnitt von 1976. Im Oktober nahm der Aufwertungsdruck wegen großer Kapitalzuflüsse zu; daraufhin stellte die Bank von England die Interventionen am Devisenmarkt ein.

Für die Frage, inwieweit sich die Exporte in einzelnen Ländern stärker oder weniger stark verteuert haben als in den jeweils übrigen Industrieländern, muß für jedes Land neben dem Anstieg der Preise in inländischer Währung auch die Änderung der Wechselkurse berücksichtigt werden. Dann ergibt sich, daß die Unterschiede in der Verteuerung der Ausfuhr, die sich namentlich 1974 und 1975 aufgetan hatten, von den Wechselkurskorrekturen 1976 weitgehend ausgeglichen worden sind. Im Jahre

Schaubild 2



1977 haben sich neue, größere Unterschiede im allgemeinen nicht ergeben.

Zahlungsbilanzprobleme etwas entschärft

27. In jenen Ländern, in denen bis zu Beginn des Aufschwungs ein zunehmender Stabilisierungsrückstand hingenommen worden war, und die nun unter dem Druck der daraus entstandenen Zahlungsbilanzprobleme einem starken Anpassungszwang ausgesetzt waren, wurden die Beschäftigungsrisiken von der Importnachfrage der übrigen Industrieländer nur wenig gemildert. Die Erwartungen waren auf mehr gerichtet, zumal sie durch Erklärungen auf internationalen Wirtschaftskonferenzen gestützt

worden waren. Dazu paßte allein die Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Bei stetigem Anstieg der Binnennachfrage nahm das Volumen der amerikanischen Einfuhr mit einer Zuwachsrate von fast 20 vH im ersten Halbjahr 1977 unvermindert zu. Das Defizit der Handelsbilanz vergrößerte sich in einem ähnlichen Ausmaß wie schon im Vorjahr und erreichte 1977 einen Umfang von rund 30 Mrd Dollar. Demgegenüber flachte in Japan und in der Bundesrepublik die Zunahme der Importe deutlich ab, weil hier die Belebung der Investitionsnachfrage — nicht zuletzt wegen wieder größerer Unsicherheit in den Exporterwartungen — für eine durchgreifende Verstärkung der inländischen Auftriebskräfte noch nicht ausreichte (Ziffern 68 ff.). In der ersten Jahreshälfte übertraf in beiden Ländern die Einfuhrmenge den vergleichbaren Vorjahresstand nur noch um 6 vH.

28. Das Bemühen der Vereinigten Staaten, trotz ihres konjunkturellen Vorlaufs mit Hilfe der Geldpolitik die Zinswende nach oben hinauszuzögern, schlug sich seit Jahresbeginn im Wechselkurs des Dollars, vor allem gegenüber der D-Mark und dem Yen, mehr und mehr nieder. Zwar wurde im Laufe des Jahres die Zinsdifferenz wieder größer, weil die Zinsen in den Vereinigten Staaten stiegen, in der Bundesrepublik und noch mehr in Japan aber weiter sanken. Doch gleichzeitig haben die Unterschiede in den Preissteigerungsraten zugenommen. Noch in der Mitte des Jahres 1976 lag die Teuerungsrate auf der industriellen Erzeugerstufe in allen drei Ländern zwischen 4½ vH und 5½ vH. Inzwischen beschleunigte sich der Preisauftrieb in den Vereinigten Staaten auf 6½ vH, in Japan und in der Bundesrepublik aber ließ er weiter nach, was vom Anstieg des Wechselkurses selbst unterstützt wurde. Vom Frühjahr an stiegen in beiden Ländern die Industriepreise überhaupt nicht mehr; im Herbst waren sie kaum noch höher als ein Jahr zuvor. Spekulationen über die Auswirkungen des unvermindert zunehmenden Leistungsbilanzdefizits der Vereinigten Staaten setzten den Kurs des Dollars in Japan und in der Bundesrepublik immer wieder unter Druck, zumal die Kapitalzuflüsse aus den OPEC-Ländern in die Vereinigten Staaten nicht mehr so rasch zunahmen. Von Jahresbeginn bis Oktober erreichte die Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar rund 10 vH, die Aufwertung der D-Mark rund 5 vH.

29. Trotz des engen konjunkturellen Gleichschritts in der Europäischen Gemeinschaft konnten die Länder mit dem größten Stabilisierungsrückstand ihr außenwirtschaftliches Defizit beträchtlich vermindern. In Frankreich und in Italien nahm das Einfuhrvolumen kaum noch zu, und im Ausfuhrgeschäft konnten die Marktanteile vergrößert werden. Auch Großbritannien hatte Erfolge. Im zweiten Halbjahr 1977 zeichnete sich erstmals seit mehr als fünf Jahren wieder ein Überschuß in der Leistungsbilanz ab, nachdem die Erschließung der Erdölreserven in der Nordsee weit genug gediehen war, den Einfuhrbedarf allmählich zu mindern. Die Unternehmen der Industrie konnten im Auslandsgeschäft weitere Marktanteile zurückgewinnen, und der Devisenerlös aus dem Fremdenverkehr nahm unvermindert zu. Die dänische Handelsbilanz hat sich im Verlauf des Jahres ebenfalls gebessert, obgleich die Aufhebung vorübergehender Preiskontrollen im Frühjahr den Importüberschuß zeitweilig noch einmal vergrößerte. Klammert man die Bundesrepublik aus, so hat sich das Handelsbilanzdefizit der Länder der Europäischen Gemeinschaft von über 18 Mrd Dollar im vergangenen Jahr auf weniger als 11 Mrd Dollar im Jahre 1977 vermindert.

Auch Ansätze mittelfristiger Anpassung

30. Die zahlungsbilanzstarken Länder haben 1977 ihre Kredithilfen an die zahlungsbilanzschwachen Länder erneut ausgeweitet. Die kurzfristigen Kreditlinien, die sie Großbritannien und Italien im Jahr zuvor eingeräumt hatten, wurden von einem zweijährigen Währungsbeistand des Internationalen Währungsfonds abgelöst. Im Falle Großbritanniens betrug er 3,36 Mrd SZR, im Falle Italiens 450 Mio SZR. Weitere erhebliche internationale Finanzhilfen kamen hinzu.

Durch den Währungsbeistand wurde die Verabredung erreicht, daß Italien und Großbritannien, die beiden Länder mit dem größten Stabilisierungsrückstand, Handels- und Kapitalverkehrsbeschränkungen als „Instrumente der Anpassung" nicht anwenden würden. In Italien wurden sowohl die Importdepotpflicht als auch die Sondersteuer auf Devisenkäufe im März 1977 wieder aufgehoben. Die übrigen wirtschaftspolitischen Auflagen des Internationalen Währungsfonds konzentrierten sich auf die Verlangsamung der monetären Expansion, auf die Verminderung der staatlichen Defizite sowie auf die Dämpfung des Lohnkostenanstiegs.

31. Am raschesten kam allenthalben die Dämpfung der monetären Expansion in Gang. Frankreich und Großbritannien nahmen erstmals die Zuwachsrate der Geldmenge in ihren wirtschaftspolitischen Zielkatalog auf; die Ausdehnung der Geldmenge M2 — also Bargeld, Sichteinlagen und Termineinlagen — sollte im Jahre 1977 den angestrebten Zuwachs des nominalen Sozialprodukts nicht mehr überschreiten. Beide Länder hielten im bisherigen Jahresverlauf dieses Ziel ein. Auch die Expansion der Zentralbankgeldmenge — also das von der Notenbank zur Verfügung gestellte Geld — hat sich verlangsamt. Zur Jahresmitte übertraf die Geldbasis in Großbritannien den Stand des Vorjahres noch um knapp 10 vH, in Frankreich um rund 8 vH. Als besonders scharf erwies sich die monetäre Restriktion in Dänemark, wo im Frühjahr 1977 die Geldbasis nicht mehr größer war als zwölf Monate zuvor, nachdem sie in der ersten Phase des Aufschwungs noch um 12 vH zugenommen hatte. Der Anstieg der Geldmenge M2 ging im Vorjahresvergleich von über 25 vH im ersten Halbjahr 1976 bis zur Mitte des Jahres 1977 auf 9 vH zurück. Vergleichsweise hoch blieb das Tempo der monetären Expansion in Italien. Nachdem es in der Anfangsphase des Auf-

schwungs Raten über 25 vH erreicht hatte, übertraf die Geldbasis Mitte 1977 den Stand des Vorjahres aber nur noch um 16 vH. Die Geldmenge M2 war im Frühjahr noch um 22½ vH größer als zwölf Monate zuvor; im Verlauf nahm sie noch mit einer Jahresrate von 18 vH zu.

Dieser zum Teil durch internationale Auflagen bewirkte geldpolitische Kurs wurde insofern belohnt, als die Zinsen schon bald sinken konnten, so der Diskontsatz in Italien von 15 % auf 11½ %, der Zins der britischen Zentralbank gar von 15 % auf 5 %. So wie in der Vergangenheit die hohen Zinsen das Resultat steigender Inflationsraten und nicht etwa knappen Geldangebots gewesen waren, so spiegelten in diesem Jahr die allenthalben sinkenden Zinsen nicht eine beschleunigte monetäre Expansion, sondern die Dämpfung des inländischen Kosten- und Preisauftriebs wider. Allerdings war es nicht zuletzt die nur noch langsam zunehmende Kreditnachfrage, die die Kontrolle über das Geldangebot leicht machte.

32. Zur Dämpfung des Lohnkostenanstiegs und zum Abbau der staatlichen Defizite bedurfte es größerer Anstrengungen als auf dem Feld der Geldpolitik. Die deutlichsten Erfolge hatte Großbritannien. In der Ende 1976 begonnenen zweiten Phase des einkommenspolitischen „Sozialkontrakts" blieb die Erhöhung der Tariflöhne mit rund 5 vH abermals sehr viel niedriger als im Vorjahr. Zusätzliche betriebliche Lohnsteigerungen — wie sie das Abkommen ausdrücklich vorsah — sicherten den Arbeitnehmern zwar insgesamt einen Nominallohnanstieg von durchschnittlich 10 vH; die Reallöhne waren im Frühjahr 1977 aber um 7 vH niedriger als zwölf Monate zuvor. Der Anstieg der Lohnstückkosten in der Industrie, der 1976 im Vorjahresvergleich noch mehr als 12 vH ausgemacht hatte, verminderte sich 1977 auf 9 vH. Berücksichtigt man die Abwertung des Pfundes, so blieb er mit rund 4 vH deutlich unter dem internationalen Durchschnitt.

Das öffentliche Defizit verminderte sich in Großbritannien erheblich; es fiel 1977 mit 7½ Mrd Pfund um 1½ Mrd Pfund niedriger aus als im Vorjahr, obwohl die persönliche Einkommensteuer gesenkt wurde. Ohne die Einnahmenausfälle gerechnet, die aus der Unterauslastung des Produktionspotentials resultierten, ergäbe sich ein Überschuß von rund 2 Mrd Pfund.

Infolge der unerwartet hohen Realeinkommensverluste kündigten die Gewerkschaften das einkommenspolitische Abkommen mit der Regierung vorzeitig auf. Allerdings wurde damit auch ein Teil der angekündigten Steuersenkungen hinfällig, so daß sich der Abbau des öffentlichen Defizits — bei gegebenen Ausgabenplänen — beschleunigen wird. Folgt man den Projektionen der britischen Regierung, so brauchen die bisherigen Anpassungserfolge nicht gefährdet zu sein, wenn die nunmehr freien Lohnabschlüsse, die zum größten Teil in den ersten Monaten des Jahres 1978 anstehen, nicht nennenswert über 10 vH hinausgehen. Die Unsicherheit hierüber ist aber groß.

33. In Italien war die lohnpolitische Situation gänzlich anders. Ohnehin werden hier die Löhne weitgehend automatisch dem Preisanstieg angepaßt (scala mobile). Darüber hinaus brachten strukturelle Veränderungen dieser de-facto-Indexierung zugunsten der unteren und mittleren Lohngruppen eine ständige Reallohnerhöhung mit sich. Jährliche Tarifabschlüsse kamen hinzu. Im Jahre 1975 betrug der durchschnittliche Reallohnanstieg 10 vH, 1976 waren es 4½ vH und 1977 noch einmal 5 vH. Im Februar dieses Jahres wurden schließlich — als Teil der Auflagen des Internationalen Währungsfonds — mehrere Einschränkungen der scala mobile vorgenommen (Tabelle 6).

Tabelle 6

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1976	
2. Oktober	In dem Kommuniqué des Interimskomitees, das anläßlich der Jahrestagung des IWF in Manila herausgegeben wird, heißt es unter anderem, daß „unter den gegenwärtigen Umständen die Wiedererlangung eines vernünftigen Maßes an Preisstabilität als Grundlage dauerhaften wirtschaftlichen Wachstums und einer Verringerung der Arbeitslosigkeit unerläßlich sein wird. Dementsprechend ist das Komitee der Ansicht, daß in der Politik der Industrieländer derzeit der Dämpfung des Preis- und Kostenauftriebs Priorität eingeräumt werden sollte".
17. Dezember	Elf Mitgliedsländer der OPEC beschließen, den Ölpreis zum 1. Januar 1977 um 10 vH auf 12,70 $ pro barrel und zum 1. Juli 1977 um weitere 5 vH auf 13,30 $ zu erhöhen. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate erhöhen ihren Ölpreis lediglich zum 1. Januar 1977 um 5 vH.

noch Tabelle 6

Datum	
1977	
3. Januar	Der Exekutivausschuß des IWF stimmt dem Beistandskredit für Großbritannien zu, der innerhalb der nächsten 24 Monate Ziehungen bis zu einem Gegenwert von 3,36 Mrd SZR gestattet.
8. Februar	Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich veröffentlicht ein Kommuniqué, in dem es heißt, daß „die Gouverneure der betreffenden Zentralbanken ihre Verhandlungen über die mittelfristige Fazilität in Höhe von 3 Mrd Dollar zur Finanzierung offizieller Sterling-Guthaben jetzt abgeschlossen haben. Die Fazilität wird von heute an in Kraft treten". Beteiligt sind die Zentralbanken Österreichs, Belgiens, Kanadas, Dänemarks, der Bundesrepublik Deutschland, Japans, der Niederlande, Norwegens, Schwedens, der Schweiz und der Vereinigten Staaten.
25. April	Der IWF stimmt einem Währungsbeistand für Italien in Höhe von 450 Mio SZR bis zum 31. Dezember 1978 zu.
3. Juni	In dem Abschlußkommuniqué des „Nord-Süd-Dialogs" zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern wird ein Sonderprogramm zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer in Höhe von 1 Mrd Dollar sowie die Einrichtung eines „gemeinsamen Fonds" zur Stabilisierung der Rohstoffpreise angekündigt. Die Klärung der technischen Details steht allerdings noch aus.
6. August	Der Generaldirektor des IWF kündigt die Einrichtung einer zusätzlichen Kreditfazilität in Höhe von rund 10 Mrd Dollar an.
	Europäische Gemeinschaften
1976	
20. Oktober	In ihren Richtlinien für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer für 1977 empfiehlt die Kommission erstmals nationale Geldmengenziele. In der Regel beziehen sie sich auf M 2. Empfohlen werden — im Jahresverlauf — für Dänemark 11—12 vH, für Frankreich 12,5 vH, für Irland 16 vH, für Italien 18—19 vH, für die Niederlande 11 vH, für Großbritannien 12 vH, für Belgien 15 vH (Kreditvergabe an Private) und für die Bundesrepublik Deutschland 9—10 vH (Zentralbankgeldmenge).
22. November	Der Ministerrat nimmt die wirtschaftspolitischen Richtlinien der Kommission für 1977 an. Keine Zustimmung finden allerdings die darin vorgeschlagenen nationalen Geldmengenziele (vgl. 20. Oktober).
1977	
29. März	Der Ministerrat beschließt eine Abwertung der „grünen Lira" um 6,51 vH, des „grünen irischen Pfunds" um 6,25 vH und des „grünen französischen Franken" um 2,54 vH.
18. April	Der Rat der Finanzminister der EG stimmt der für 1977 angekündigten Wirtschaftspolitik der italienischen Regierung zu und ermächtigt die Kommission, auf dem internationalen Kapitalmarkt zwei Anleihen in Höhe von zusammen 500 Mio $ mit fünf- und siebenjähriger Laufzeit zugunsten Italiens aufzunehmen.
26. April	Der Ministerrat beschließt, das „grüne Pfund" um 2,9 vH abzuwerten und die „grüne D-Mark" um 2 vH aufzuwerten.
27. April	Der Ministerrat kommt überein, die Interventionspreise des europäischen Agrarmarktes für das Landwirtschaftsjahr 1977/78 um durchschnittlich 3,9 vH zu erhöhen.
9. Mai	Die Kommission beschließt zur Linderung der Beschäftigungskrise in der Stahlindustrie Mindest- oder Richtpreise für bestimmte Stahlerzeugnisse. Die zum 1. Januar eingeführte Marktaufteilung wird verlängert. Die Einfuhr von Stahlerzeugnissen wird einem Lizenzsystem unterworfen.
13. Juli	Die Kommission beschränkt die Einfuhr zahlreicher Textilerzeugnisse aus bestimmten Ländern. Danach dürfen die Einfuhren zwischen dem 1. August und dem 31. Dezember das Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes nicht übersteigen.
	Floating-Block
1976	
17. Oktober	Mit Wirkung vom 18. Oktober gelten in der europäischen „Währungsschlange" neue Interventionskurse. Die Deutsche Mark wird gegenüber dem holländischen Gulden und dem belgischen und dem luxemburgischen Franken um 2 vH, gegenüber der norwegischen und der schwedischen Krone um 3 vH und gegenüber der dänischen Krone um 6 vH aufgewertet.

noch Tabelle 6

Datum	
1977	
4. April	Innerhalb der europäischen „Währungsschlange" werden die dänische und norwegische Krone jeweils um 3 vH und die schwedische Krone um 6 vH gegenüber den übrigen Währungen des Wechselkursverbundes abgewertet. Am folgenden Tag wertet Finnland die Markka um 5,7 vH gegenüber einem Währungskorb ab.
29. August	Die schwedische Krone scheidet aus dem Währungsverbund aus und wird gegenüber den wichtigsten Handelspartnern Schwedens um 10 vH abgewertet. Gleichzeitig werden die dänische Krone und die norwegische Krone innerhalb des Währungsverbundes um 5 vH abgewertet.
	Belgien
1976	
4. Oktober	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für 1977 vor, in dem von einer Zunahme des BSP real um 3,4 vH (nominal um 14,2 vH) ausgegangen wird. Das Ausgabensoll übertrifft die Ansätze des Vorjahres insgesamt um 16 vH; dennoch fällt das gesamte Defizit niedriger aus als 1976.
24. Dezember	Der Anstieg der Mieten, Dividenden und der Gebühren der Freiberuflichen im Jahr 1977 wird gesetzlich auf 8,5 vH begrenzt.
1977	
23. Januar	Das Parlament stimmt einem Gesetz zu, demzufolge Unternehmen, die im Laufe des Jahres 1977 ihr Personal über den Stand des zweiten Vierteljahres 1976 hinaus erhöhen, sechs Monate lang von Sozialversicherungsbeiträgen für die Neueingestellten befreit sind.
13. Februar	Die Regierung legt ein Programm zur Verbesserung der Beschäftigungslage und zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen vor. Die Haushaltsausgaben 1977 werden jetzt mit 846,1 Mrd bfrs (also 10 Mrd bfrs mehr als im ursprünglichen Entwurf vom 4. Oktober 1976), die Haushaltseinnahmen 1977 mit 817,5 Mrd bfrs (also 19,2 Mrd bfrs weniger als in dem ursprünglichen Entwurf) veranschlagt. Gleichzeitig wird mit einer Zunahme des BSP real um 3,4 vH sowie nominal um 11,8 vH gerechnet. Das Maßnahmenpaket zugunsten der Beschäftigung sieht im wesentlichen die beliebige Abschreibung von Ausrüstungsgütern bis zu 110 vH des Anschaffungswertes, steuerliche Begünstigung von Eigenkapitalbildung sowie höhere Zinssubventionen für bestimmte Investitionen vor. Außerdem sollen 1977 zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von 166,6 Mrd bfrs getätigt werden. Die Schulpflicht wird in zwei Schritten um zwei Jahre verlängert. Um die finanzielle Belastung des Staatshaushaltes zu verringern, sollen Steuererhöhungen bereits 1977 15,6 Mrd bfrs an zusätzlichen Einnahmen bringen. Davon entfallen allein 14,2 Mrd bfrs auf Erhöhungen verschiedener Mehrwertsteuersätze.
24. Juni	Die Regierung legt einen Gesetzentwurf zur Förderung der privaten Investitionen vor. Danach können: (1) Unternehmen, die zwischen dem 1. März und dem 31. Dezember 1977 ihr Eigenkapital erhöhen, fünf Jahre lang bis zu 5 vH des zusätzlichen Eigenkapitals steuerlich absetzen, (2) Unternehmen, die im gleichen Zeitraum neue Ausrüstungsgüter kaufen oder bestellen, diese beliebig abschreiben sowie (3) ihre gesamten Neuinvestitionen, die den Durchschnitt der Jahre 1970 — 74 um mehr als ein Sechstel übertreffen, bis zu 110 vH abschreiben, allerdings nur bis zu einer Obergrenze von 40 vH des gesamten Investitionsvolumens.
31. Juli	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1978 vor. Darin wird ein Anstieg des BSP real um 3 vH und ein Anstieg des BSP nominal um 11,2 vH unterstellt. Das Haushaltsdefizit soll sich von 183 Mrd bfrs auf rund 149 Mrd bfrs vermindern.
	Dänemark
1976	
4. Dezember	Das Parlament beschließt ein Gesetz zur Einfrierung von Preisen und Mieten. Nur höhere Rohstoff- und Importkosten dürfen im Preis überwälzt werden. Diese Regelung gilt bis zum 1. März 1977, an dem eine gesetzliche Begrenzung des Lohnanstiegs auf jährlich 6 vH bis 1979 in Kraft treten soll.

noch Tabelle 6

Datum	
1977	
22. März	Arbeitgeber und Gewerkschaften einigen sich auf einen zweijährigen Tarifvertrag, der neben einem garantierten Teuerungsausgleich in Höhe von 4 vH eine jährliche Lohnerhöhung von 2 vH beinhaltet und damit die von der Regierung vorgegebene Lohnleitlinie von 6 vH einhält.
15. April	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das den Lohnanstieg in den beiden kommenden Jahren auf jährlich 6 vH begrenzt.
7. September	Das Parlament beschließt, die Mehrwertsteuer und andere Verbrauchsteuern zu erhöhen und einen Teil der zusätzlichen Einnahmen für beschäftigungspolitische Programme zu verwenden.
	Frankreich
1976	
22. September	Zur Linderung der Dürreschäden in der Landwirtschaft und zur Deckung des Defizits in der Sozialversicherung wird ein Nachtragshaushalt in Höhe von 9,4 Mrd ffrs aufgestellt. Die Mittel sollen durch höhere Straßengebühren und Mineralölsteuern sowie durch einmalige Zuschläge auf die Körperschaft- und Einkommensteuer aufgebracht werden, wobei die Steuerzuschläge zum Teil auch durch den Kauf staatlicher Anleihen mit fünfjähriger Laufzeit entrichtet werden können. Gleichzeitig wird bis zum Ende des Jahres ein allgemeiner Preisstopp auf der Einzelhandelsstufe verhängt. Zum 1. Januar 1977 wird der Standardsatz der Mehrwertsteuer von 20 vH auf 17,6 vH gesenkt. Die öffentlichen Tarife bleiben bis zum 1. April 1977 eingefroren und dürfen in den anschließenden neun Monate um nicht mehr als 6,5 vH steigen.
8. Dezember	Die Regierung beschließt selektive Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung von Jugendlichen, Angestellten und Freiberuflichen (Gründungsbeihilfen, Lohnkostensubventionen, Ausbildungsbeihilfen).
15. Dezember	Das Parlament stimmt dem Haushaltsentwurf 1977 zu. Es wird eine Stabilitätsabgabe von den Industrieunternehmen erhoben, jedoch nur dann, wenn der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise in den ersten fünf Monaten 1977 1,8 vH überschreiten sollte und nur solange, wie er nicht in irgendeinem Halbjahresabschnitt 2,5 vH unterschreitet.
1977	
23. März	Die Regierung beschließt einen Nachtragshaushalt für 1977 in Höhe von 19,9 Mrd ffrs. Im wesentlichen setzt er sich aus Subventionen für die verstaatlichte Industrie (5,1 Mrd), aus Zuschüssen an die Sozialversicherung und andere Transferzahlungen (4,7 Mrd), aus höheren Löhnen und Gehältern für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst (2,8 Mrd) und aus höheren Zinsaufwendungen (3,6 Mrd) zusammen. Da dem zusätzliche Steuereinnahmen nur in Höhe von 9,9 Mrd ffrs gegenüberstehen, wird sich der ursprünglich für 1977 geplante geringfügige Haushaltsüberschuß (0,25 Mrd ffrs) in ein Haushaltsdefizit von rund 10 Mrd ffrs verwandeln.
27. März	Die Regierung stellt 8 Mrd ffrs an öffentlichen Krediten für Anlageinvestitionen der privaten Wirtschaft bereit. Zum Teil werden damit bereits bestehende Programme zur Exportausdehnung und Energieeinsparung bis einschließlich 1978 verlängert, zum Teil werden aber auch arbeitsplatzschaffende Investitionen (in Gebieten mit besonderen Arbeitsmarktproblemen) gefördert. Die Kredite müssen spätestens bis zum 30. Juni 1977 beantragt und die Projekte bis zum 30. September 1977 begonnen werden.
19. April	Die Regierung legt ein vierjähriges Hilfsprogramm für die Stahlindustrie vor, mit dem die derzeitige Produktionskapazität erhalten werden soll. Das Programm hat einen Umfang von 12 Mrd ffrs.
26. April	Die Regierung beschließt neue steuerliche Anreize für Unternehmen, die ihre Beschäftigtenzahl erhöhen, sowie zusätzliche öffentliche Aufträge. Die Kosten in Höhe von 3,3 Mrd ffrs für das Jahr 1977 werden durch höhere Benzinsteuern und durch eine erhöhte steuerliche Belastung von Banken und Versicherungen gedeckt. Außerdem kündigt die Regierung zur Finanzierung des inzwischen auf 11,8 Mrd ffrs veranschlagten Haushaltsdefizits die Auflage einer fünfzehnjährigen Anleihe in Höhe von 6 Mrd ffrs in Europäischer Rechnungseinheit an, die später noch auf 8 Mrd ffrs aufgestockt wird.
13. Juni	Eine Übereinkunft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern eröffnet den Arbeitnehmern die Möglichkeit, schon mit 60 Jahren aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Bis zur regulären Altersgrenze werden 70 vH des letzten Gehalts gezahlt, danach der volle Rentensatz. Die Regelung gilt von Mitte 1977 bis März 1979. Finanziert werden soll diese Maßnahme von den Arbeitgebern, die jedoch ein Teil der aufgewandten Mittel von der Sozialversicherung zurückerstattet bekommen.

noch Tabelle 6

Datum	
1977	
23. Juni	Die Regierung trifft Maßnahmen gegen die „strukturelle Inflation": Preisempfehlungen auf der Einzelhandelsstufe werden weitgehend verboten, die steuerlichen Anreize (Abzugsfähigkeit von Umzugskosten u. ä. m.) zur Steigerung der regionalen Arbeitskräftemobilität werden verstärkt, und rohstoffsparende Investitionen erhalten die gleiche Förderung wie energiesparende Investitionen.
28. Juni	Die Regierung friert die Preise von Kaffee, Kakao sowie von bestimmten Textilerzeugnissen, die Einfuhrbeschränkungen unterliegen, auf unbegrenzte Zeit ein.
11. Juli	Die Regierung beschließt, die angekündigte Stabilitätsabgabe von Unternehmen vorerst nicht zu erheben (vgl. 15. Dezember 1976).
31. August	Die Bank von Frankreich senkt den Diskontsatz von 10½ % auf 9½ %. Außerdem stellt die Regierung zusätzliche Mittel für öffentliche Investitionen sowie zur Förderung privater Investitionen bereit und erhöht für Familien der unteren Einkommensgruppen bestimmte Kinderfreibeträge.
7. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1978 vor. Darin werden eine Zunahme des BSP real um 4½ vH und nominal um 12,6 vH sowie ein Anstieg des Verbraucherpreisniveaus im Verlauf des Jahres 1978 um 6½ vH unterstellt. Das Haushaltsdefizit soll von 12,9 Mrd ffrs auf 8,9 Mrd ffrs vermindert werden.
	Großbritannien
1976	
15. Dezember	In ihrem „letter of intent" an den IWF zur Erlangung eines zweijährigen Währungsbeistandes in Höhe von 3,360 Mrd SZR kündigt die britische Regierung an, den Finanzierungsbedarf des öffentlichen Sektors von 11,2 Mrd Pfund im Haushaltsjahr 1976/77 auf 8,7 Mrd Pfund in den Haushaltsjahren 1977/78 und 1978/79 zu verringern, so daß das Defizit — gemessen am BSP — von 9 vH auf 5 vH zurückgehen wird. Zum ganz überwiegenden Teil soll diese Konsolidierung durch Ausgabenkürzungen erreicht werden. Eventuelle zusätzliche Budgetspielräume sollen zur Senkung der direkten Steuern genutzt werden. Die inländische Kreditexpansion soll in den zwölf Monaten bis zum 20. April 1977 auf 9 Mrd Pfund und in den beiden folgenden Zwölfmonatsabschnitten auf 7,7 Mrd Pfund bzw. auf 6 Mrd Pfund begrenzt werden. Bei all dem wird unterstellt, daß das reale BSP 1977/78 um 2 vH und 1978/79 um 2½—3 vH zunimmt. Die Leistungsbilanz soll 1976/77 mit einem Defizit von 2 Mrd Pfund, 1977/78 mit einem Defizit von 1 Mrd Pfund und 1978/79 mit einem Überschuß von 2—3 Mrd Pfund abschließen.
1977	
29. März	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für 1977/78 vor und unterstellt dabei eine Zunahme des realen BSP um 1½ vH und einen Verbraucherpreisanstieg um 9½ vH. Die laufenden Ausgaben übersteigen das Vorjahressoll um 12,8 vH, die Investitionsausgaben bleiben unverändert. Die Steuersenkung in Höhe von 2,3 Mrd Pfund, die dem durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt einen Anstieg des verfügbaren Einkommens um 4½ vH einbringen würde, wird von einer Verlängerung des „social contract" zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften abhängig gemacht. Für diesen Fall würde sich dennoch der gesamte Finanzierungsbedarf des öffentlichen Sektors von 8,8 Mrd Pfund auf 8,5 Mrd Pfund vermindern und damit die vom IWF gesetzte Obergrenze (8,7 Mrd Pfund) unterschreiten. Die inländische Kreditexpansion wird auf 7,7 Mrd Pfund begrenzt, und die Zuwachsrate von M 3 soll zwischen 9 und 13 vH liegen.
24. April	Die Regierung erklärt, daß in der nächsten Phase der Einkommenspolitik die Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer um weniger als 10 vH steigen sollten, was die Tariflohnerhöhung auf 4 vH bis 5 vH begrenzen würde. (Zu dieser dritten Phase der Einkommenspolitik kommt es allerdings nicht.)
15. Juli	Nach der Aufkündigung des „Sozialkontrakts" durch die Gewerkschaften drängt die Regierung darauf, den Anstieg der Effektivlöhne im nächsten Jahr auf 10 vH zu begrenzen. Die Kontrolle von Dividenden und Gewinnmargen soll um ein Jahr verlängert werden. Außerdem legt die Regierung einen Maßnahmenkatalog vor, der unter anderem eine Senkung des Proportionalsteuersatzes von 35 vH auf 34 vH und eine Erhöhung der Freibeträge enthält. In Zukunft sollen die Freibeträge regelmäßig dem Anstieg der Verbraucherpreise angepaßt werden.
9. September	Die Bank von England senkt ihren Mindestausleihesatz von 7 % auf 6½ %.

noch Tabelle 6

Datum	
	Italien
1976	
1. Oktober	Die EG-Behörden genehmigen der italienischen Regierung die Verlängerung der Importdepotpflicht um weitere sechs Monate (bis zum 15. April 1977). Allerdings muß der Depotsatz von Monat zu Monat gesenkt werden.
8. Oktober	Die Regierung beschließt ein Sparprogramm, das der Wirtschaft 2 000 Mrd Lire an Kaufkraft entziehen soll. Vorgesehen sind vor allem Erhöhungen der öffentlichen Tarife, eine Erhöhung des Benzinpreises um 25 vH sowie Erhöhungen der Kraftfahrzeugsteuer und der Straßengebühren. Arbeitnehmer mit einem Jahreseinkommen von mehr als 8 Mio Lire (rund 22 000 DM) müssen den vierteljährlich gewährten Teuerungsausgleich gänzlich, solche mit einem Einkommen zwischen 6 Mio Lire und 8 Mio Lire zur Hälfte in Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit (und fünfjähriger Sperrfrist) anlegen.
10. November	Die Regierung kündigt weitere Maßnahmen an, die die staatlichen Einnahmen um weitere 2 000 Mrd Lire erhöhen sollen. Steuerzahler, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, müssen fortan 75 vH ihrer voraussichtlichen Steuerschuld jeweils im September des laufenden Jahres abgeführt haben. Außerdem werden weitere öffentliche Gebühren erhöht.
10. Dezember	Die Regierung erklärt, daß sie sich in den nächsten drei Jahren mit 1 600 Mrd Lire an einem Wohnungsbauprogramm in Höhe von insgesamt 3 600 Mrd Lire beteiligen wird.
21. Dezember	Das Parlament stimmt dem Haushaltsentwurf für 1977 zu. Das Ausgabensoll (einschließlich Schuldentilgung und der Defizite autonomer Parafisci) übertrifft die Ansätze des Vorjahres um rund 28 vH, das gesamte Defizit soll gegenüber 1976 unverändert bleiben. Der Entwurf wird allerdings in den ersten Monaten des Jahres 1977 revidiert werden, wenn sich die Einnahmeneffekte der jüngsten Steuererhöhungen und die Ausgabeneffekte einer geplanten Verminderung der Lohnkosten in der Industrie durch die Übernahme eines Teils der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber durch den Staat („Fiskalisierung") abschätzen lassen. Für den Haushaltsentwurf wurde eine Stagnation des realen BSP und ein Verbraucherpreisanstieg um 20 vH unterstellt.
1977	
20. Januar	Für die Zeit zwischen dem 1. Dezember 1976 und dem 31. Mai 1977 wird der Anteil des Einlagenzuwachses, den die Banken in bestimmten öffentlichen Anleihen investieren müssen, von 42 vH auf 30 vH herabgesetzt. Bis zu 5 vH des Einlagenzuwachses können in Anleihen zur Konsolidierung der Gemeindeschulden angelegt werden.
26. Januar	Eine Übereinkunft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern sieht vor, Alterszulagen und betriebliche Rentenleistungen aus dem System der Lohnindexierung auszuklammern, an sieben bisherigen Feiertagen normal zu arbeiten, die inner- und zwischenbetriebliche Mobilität zu erhöhen und Überstundenarbeit nicht länger zu begrenzen.
31. Januar	Die Regierung hebt die Indexierung von Alterszulagen und betrieblichen Pensionszahlungen auf und verbietet Abmachungen, die das System der Lohnindexierung ausdehnen.
8. Februar	Um den Anstieg der Arbeitskosten zu dämpfen, beschließt die Regierung, die Arbeitgeber von einem Teil ihrer Beiträge zur Sozialversicherung zu entlasten. In den Monaten Februar, März und April erhalten die Unternehmen einen monatlichen Zuschuß in Höhe von 14 000 Lire pro Beschäftigten, danach einen Zuschuß in Höhe von 24 500 Lire bis zum 31. Januar 1978. Die erwarteten Kosten dieser Maßnahme in Höhe von rund 1 400 Mrd Lire sollen mit einer Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 12 vH auf 14 vH sowie mit einer stärkeren steuerlichen Belastung von Mineralölprodukten finanziert werden. Der dadurch bedingte Anstieg der Lebenshaltungskosten um schätzungsweise 1,1 bis 1,2 Prozentpunkte bleibt in dem automatischen Teuerungsausgleich für die Lohnempfänger unberücksichtigt. Diese Regierungsvorlage bedarf noch der Zustimmung des Parlaments.
6. April	Das Parlament stimmt einer modifizierten Form der Gesetzesvorlage vom 8. Februar, der die Arbeitgeber von einem Teil ihrer Sozialversicherungsbeiträge entlastet hatte, zu. Anders als ursprünglich vorgesehen, werden Erhöhungen der Mehrwertsteuer nicht aus der Berechnung des Teuerungsausgleichs ausgeklammert, und betriebliche Tarifverträge, die im Teuerungsausgleich oder Lohnanstieg über den nationalen Durchschnitt hinausgehen, bleiben zulässig; andererseits werden Zeitungs-, Strom- und Nahverkehrspreise weitgehend aus dem Preisindex für die Lebenshaltung und damit aus dem Teuerungsausgleich ausgeklammert. Außerdem sollen zusätzliche Staatseinnahmen in Zukunft durch die Erhöhung direkter Steuern aufgebracht werden.

noch Tabelle 6

Datum	
1977	
14. April	In ihrem „letter of intent" an den IWF zum Antrag auf einen zwanzigmonatigen Währungsbeistand in Höhe von 450 Mio SZR verpflichtet sich die italienische Regierung, in den zwölf Monaten bis März 1978 einen Leistungsbilanzüberschuß von 500 Mrd Lire und im gesamten Jahr 1978 einen Überschuß von 1 000 Mrd Lire zu erreichen. In den kommenden zwölf Monaten wie auch im Verlauf des Jahres 1978 soll die inländische Kreditexpansion 30 000 Mrd Lire nicht überschreiten. Das Haushaltsdefizit soll von 15 000 Mrd Lire 1976 auf 13.000 Mrd Lire 1977 verringert werden. Der Prozeß der Kontrolle öffentlicher Ausgaben soll in den nächsten Jahren reformiert werden. Einstweilen gilt ein Plafond für die Staatsausgaben 1977 in Höhe von 55 350 Mrd Lire. Von 1978/79 an soll neben dem Haushalt der Zentralregierung auch ein jährlicher Haushaltsplan für den gesamten öffentlichen Sektor aufgestellt werden. Auch die Gemeinden sollen wieder eigene Steuern erheben und ihre Tarife selbständig festsetzen können. Darüber hinaus enthält der „letter of intent" auch die in den vergangenen sechs Monaten vereinbarten Modifikationen der Lohnindexierung (vgl. 8. Oktober 1976, 26. Januar, 31. Januar und 6. April 1977) sowie die mit einer Mehrwertsteuererhöhung finanzierte „Fiskalisierung" eines Teils der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber (vgl. 8. Februar und 6. April 1977).
27. August	Das Kabinett verabschiedet einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Doppelbesteuerung von Dividenden.
29. August	Die Bank von Italien senkt ihren Diskontsatz von 13 % auf 11½ %. Am 13. Juni 1977 war er bereits von 15 % auf 13 % gesenkt worden.
1976	**Japan**
12. November	Die Regierung gibt ein kurzfristiges Konjunkturprogramm in Höhe von 1 000 Mrd Yen bekannt, um bis zum Ende des Haushaltsjahres zum 31. März 1977 noch die geplante Wachstumsrate von 5,6 vH zu erreichen. Es sieht im wesentlichen die Beschleunigung der staatlichen Auftragsvergabe, die Beschleunigung öffentlicher Investitionsprojekte im Nachrichten-, Verkehrs- und Elektrizitätsbereich, zusätzliche zinsgünstige Wohnungsbaudarlehen und verstärkte Hilfe für Klein- und Mittelbetriebe durch öffentliche Aufträge und Darlehen vor. Die Regierung beschließt, die 1976 verhängte Begrenzung der Stahlexporte in die EG auf 1,4 Mio Tonnen für 1977 unverändert beizubehalten.
1977	
20. Januar	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1977/78 vor, in dem eine Zunahme des BSP real um 6,7 vH und ein Verbraucherpreisanstieg von 7,7 vH unterstellt wird. Der Staatsverbrauch übertrifft die Ansätze des Vorjahres um 17,3 vH; die Ausgaben für öffentliche Arbeiten sollen um 21,4 vH, die Ausgaben für Investitions- und Darlehensprogramme um 18,1 vH steigen.
19. April	Die Bank von Japan senkt den Diskontsatz von 6 % auf 5 %. Am 12. März war er bereits von 6½ % auf 6 % herabgesetzt worden.
5. September	Die Bank von Japan senkt den Diskontsatz von 5 % auf 4½ %.
6. September	Die Regierung legt einen expansiven Maßnahmenkatalog vor. Im wesentlichen setzt er sich aus einer Beschleunigung öffentlicher Ausgaben und aus verstärkter Förderung der Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie im Bereich des Kraftwerkbaus zusammen.
1977	**Kanada**
31. März	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1977/78 vor. Das Ausgabensoll übersteigt die Vorjahresansätze insgesamt um 5,7 vH, wobei von einer Zunahme des BSP real um 4 vH und um nominal 11 vH ausgegangen wird. Das Defizit soll sich von 4,5 Mrd kanadischen Dollar auf 5,7 Mrd Dollar vergrößern.
1976	**Niederlande**
21. September	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für 1977 vor. Darin werden eine Zunahme des BSP real um 4,6 vH (gegenüber 3,5 vH 1976) und ein Anstieg der Verbraucherpreise um 6,5 vH unterstellt. Das Ausgabensoll übersteigt die Ansätze des Vorjahres insgesamt um 11 vH. Der Finanzierungsbedarf soll mit rund 13 Mrd hfl unverändert bleiben. Das strukturelle Defizit wird für 1977 mit 9,1 Mrd hfl veranschlagt.

noch Tabelle 6

Datum	
1976	
	Ziel der Wirtschaftspolitik bleibt es, die Investitionstätigkeit durch staatliche Zuschüsse zu fördern und den Anstieg der Lohnkosten zu begrenzen, um die Arbeitslosigkeit von derzeit 230 000 bis 1980 auf rund 150 000 Personen zu senken.
1. November	Die Regierung legt einen Gesetzentwurf vor, der höhere Abschreibungen für Anlageinvestitionen und Schiffe rückwirkend vom 9. Juni 1976 an vorsieht, um einer Verzögerung der Investitionstätigkeit bis zum 1. April 1977, an dem das neue Investitionshilfegesetz in Kraft tritt, entgegenzuwirken.
6. November	Alle Arbeitnehmer erhalten in den beiden letzten Monaten des Jahres vom Staat einen einmaligen, steuerpflichtigen Zuschuß in Höhe von 60 Gulden.
5. Dezember	Die Regierung friert vorübergehend die Preise auf dem Stand vom 2. Dezember ein. Nur höhere Rohstoff- und Vorproduktkosten dürfen im Preis überwälzt werden. Diese Übergangsregelung soll solange in Kraft bleiben, bis Einigung über die Preispolitik 1977 erzielt worden ist.
8. Dezember	Die Regierung stellt 200 Mio hfl für öffentliche Arbeiten bereit.
1977	
17. Februar	Die Regierung legt einen Gesetzentwurf vor, demzufolge das jetzige System steuerlicher Investitionsanreize durch Zuschüsse in Höhe von 7 vH bis 15 vH der Investitionskosten ersetzt werden soll.
25. März	Die Niederländische Bank begrenzt die im Jahr 1977 zulässige Expansion der Kreditvergabe an Private auf 12 vH, nachdem die Kreditexpansion 1976 die inländische „Liquiditätsquote" (Relation zwischen M 2 und Sozialprodukt) in unerwünschtem Maße erhöht hatte.
	Österreich
1977	
7. Juni	Als Teil eines Stabilisierungsprogramms zur Dämpfung des Preisauftriebs und zur Verminderung des Leistungsbilanzdefizits kündigt die Regierung für das Jahr 1978 die Kürzung der Staatsausgaben um 3 Mrd Schilling sowie der öffentlichen Investitionen um 10 vH an.
8. Juni	Der Diskontsatz wird von 4 % auf 5½ % erhöht. Zuletzt war er am 10. Juni 1976 von 5 % auf 4 % gesenkt worden.
	Schweden
1976	
15. Dezember	Die Regierung beschließt, die Subventionierung der Lagerhaltung in der Industrie bis zum 30. Juni 1977 fortzusetzen. Allerdings werden nur noch 8 vH und nicht mehr wie bisher 10 vH der halbjährlichen unfreiwilligen Lagerinvestitionen finanziert. Bedingung bleibt, daß das Unternehmen seine Beschäftigtenzahl nicht verringert.
1977	
10. Januar	Die Regierung gibt ihren Haushaltsentwurf 1977/78 bekannt. Darin wird für 1977 eine Zunahme des BSP real um 1,7 vH und ein Verbraucherpreisanstieg um 6 bis 7 vH unterstellt. Das Ausgabensoll übersteigt die Haushaltsansätze des vergangenen Jahres um 13,4 vH.
1. Februar	Ein Beschäftigungsprogramm in Höhe von 1,5 Mrd skr tritt in Kraft. Es enthält unter anderem erhöhte Fortbildungsunterstützung für unbeschäftigte Arbeitskräfte, vorgezogene Aufträge des Staates und Zuschüsse für vorgezogene Ausgaben der Gemeinden sowie ein Sonderprogramm für die Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher.
8. März	Die Regierung verkündet weitere Maßnahmen zugunsten der Investitionstätigkeit und der Beschäftigung. Die staatlichen Bürgschaften für die Finanzierung privater Investitionen werden ausgeweitet. Die Lohnkosten von Arbeitskräften, die mit zusätzlichen Reparatur- und Wartungsarbeiten beschäftigt werden, können zu 75 vH subventioniert werden.
4. April	Im Zusammenhang mit der Abwertung der Krone verkündet die Regierung folgende Maßnahmen: (1) ein allgemeiner Preisstopp bis zum 1. Juni, an dem die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte erhöht wird; (2) eine fünfzehnprozentige Investitionsteuer auf „nicht wesentliche" Bauvorhaben, die zwischen dem 15. Mai 1977 und dem 1. Juli 1978 begonnen werden; (3) die Kürzung öffentlicher Ausgaben durch die Verschiebung öffentlicher Wohnungsbauprojekte und durch Verringerung der Kosten für Ausbildungs- und Lagerhaltungssubventionen.

noch Tabelle 6

1977	
4. Mai	Ein Nachtragshaushalt erhöht das Ausgabensoll im Haushaltsjahr 1977/78 von 125 Mrd skr auf 128,4 Mrd skr. Der Anstieg von Lohnkosten und Verbraucherpreisen wird für 1977 auf 10 vH geschätzt; das Leistungsbilanzdefizit dürfte sich von 10,5 Mrd skr auf 12,5 Mrd skr erhöhen.
29. August	Nach der Abwertung der Krone wird für die Zeit bis Ende Oktober ein Preisstopp verhängt, der später von allgemeinen Preiskontrollen abgelöst werden soll.
	Schweiz
1977	
14. Februar	Die Regierung legt einen neuen Finanzplan für die Jahre 1978—80 vor, in dem ein wieder ausgeglichener Staatshaushalt für 1979 angestrebt wird. Voraussetzung des Planes ist, daß der Einführung einer Mehrwertsteuer im Referendum am 12. Juni 1977 sowie zusätzlichen Ausgabenkürzungen in Höhe von 0,5 Mrd sfr 1978 und 0,6 Mrd sfr 1979 im Parlament zugestimmt wird. Die Regierung beabsichtigt den Ausgabenanstieg auf 4,6 vH im Jahre 1978, 3,9 vH im Jahre 1979 und 4,8 vH im Jahre 1980 zu begrenzen (im gleichen Zeitraum wird die Zunahme des nominalen BSP auf durchschnittlich 4 vH veranschlagt).
26. August	Die Regierung legt dem Parlament mehrere Maßnahmen vor, um das Defizit des Bundeshaushalts 1978 und rund 1 Mrd sfr auf 1,16 Mrd sfr zu vermindern.
	Spanien
1977	
12. Juli	Die Zentralbank gibt den Wechselkurs der Peseta frei.
	Vereinigte Staaten
1976	
22. November	Die Federal Reserve Bank von New York senkt den Diskontsatz von 5½ % auf 5¼ %.
1977	
27. Januar	Die neue Administration unterbreitet dem Kongreß ein zweijähriges Konjunkturprogramm in Höhe von 31,2 Mrd $. Zur Hälfte soll es noch im Haushaltsjahr 1977 (bis September) ausgabewirksam werden. Vorgesehen sind eine einmalige Steuerrückzahlung in Höhe von 50 $ pro Familienmitglied und eine dauerhafte Erhöhung des Steuerfreibetrages. Die Unternehmen können zwischen einer Investitionszulage in Höhe von 2 vH (zusätzlich zu der bereits gewährten in Höhe von 10 vH) und einer Zulage zu den Sozialversicherungsbeiträgen in Höhe von 4 vH wählen.
	Für zusätzliche Beschäftigung im öffentlichen Dienst, für öffentliche Arbeiten und für Zuschüsse an Gemeinden sollen rund 9 Mrd $ bereitgestellt werden.
3. Februar	Der Vorsitzende des Federal Reserve Board gibt vor dem Kongreß die neuesten Zielgrößen für die Zunahme der Geldmengen zwischen dem vierten Vierteljahr 1976 und dem vierten Vierteljahr 1977 bekannt. Danach sollen M 1 um 4½ vH bis 6 vH (unverändert), M 2 um 7 vH bis 10 vH (bisher 7½ vH bis 10 vH) und M 3 um 8½ vH bis 11½ vH (bisher 9 vH bis 11½ vH) zunehmen.
22. Februar	Der Präsident legt in Übereinstimmung mit dem Konjunkturprogramm vom 27. Januar 1977 die Revision des bisherigen Haushaltsentwurfes vor. Danach erhöhen sich die geplanten Ausgaben auf 417,4 Mrd $ im Haushalt 1976/77 (also 6,2 Mrd $ mehr als im ursprünglichen Entwurf) und auf 459,4 Mrd $ im Haushalt 1977/78 (19,4 Mrd $ mehr als im ursprünglichen Entwurf). Das veranschlagte Defizit beträgt jetzt 68 Mrd $ im laufenden Haushaltjahr (gegenüber 57,2 Mrd $ ursprünglich) bzw. 57,7 Mrd $ 1977/78 (gegenüber ursprünglich 47 Mrd $). Die neuen Haushaltsentwürfe gehen von einer Zunahme des realen BSP um jeweils 5,4 vH in den Jahren 1977 und 1978 sowie von einem Anstieg des Verbraucherpreisniveaus um 5,1 vH bzw. um 5,4 vH aus.
	Gleichzeitig wird mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit (derzeit 7½ vH) auf 7,1 vH im Durchschnitt dieses Jahres und auf 6,3 vH im Durchschnitt des Jahres 1978 gerechnet. Der gesamte Finanzierungsbedarf der Bundesregierung einschließlich von Parafisci wird im Haushaltsjahr 1976/77 auf 73 Mrd $ und 1977/78 auf 65,8 Mrd $ geschätzt.

noch Tabelle 6

1977	
14. April	Angesichts der Beschleunigung des konjunkturellen Aufschwungs zieht der Präsident seinen in dem Haushaltsentwurf enthaltenen Vorschlag einer Steuerrückzahlung in Höhe von 50 Dollar pro Familienmitglied sowie zusätzlicher Steuervergünstigungen für Unternehmen zurück (vgl. 27. Januar). Dies wird das planmäßige Defizit im laufenden Haushaltsjahr (Oktober 1976—September 1977) um 13 bis 14 Mrd $ verringern.
24. Mai	Gesetzliche Steuererleichterungen treten in Kraft. Sie enthalten im wesentlichen eine Erhöhung der Freibeträge, eine Verlängerung des vorübergehenden Abschlags von der Einkommensteuer in Höhe von 35 $ bis Ende 1978 sowie eine vorübergehende Steuersenkung für Unternehmen, die ihre Beschäftigtenzahl jährlich um mehr als 2 vH erhöhen.
31. August	Die Federal Reserve Bank von New York erhöht den Diskontsatz von 5¼ % auf 5¾ %.

Der Lohnanstieg, der zu Beginn des Jahres 1977 im Vorjahresvergleich noch 30 vH betragen hatte, ging im Laufe des Jahres auf weniger als 20 vH zurück, im Jahresdurchschnitt betrug die Steigerung noch 23 vH. Der Anstieg der Lohnstückkosten in der Industrie blieb deutlich darunter. Denn die Kapazitätsauslastung war höher als im Vorjahr, und dies förderte den Produktivitätsanstieg; außerdem wurden die Arbeitgeber von einem Teil der Sozialversicherungsbeiträge entlastet. Im Durchschnitt des Jahres übertrafen die Lohnstückkosten das Vorjahresniveau um rund 18 vH. Berücksichtigt man die Wechselkursänderungen der Lira, rechnet man also gleichsam in ausländischer Währung, so betrug der Anstieg der Lohnstückkosten 11 vH. Das Preisniveau dürfte 1977 im Jahresdurchschnitt noch einmal um 18 vH über dem Vorjahr liegen. Seit dem Frühjahr zeichnet sich jedoch eine Beruhigung ab. In der Zeit von Mai bis August ist das Verbraucherpreisniveau nur mit einer Jahresrate von 10 vH gestiegen.

Die Finanzpolitik stand ganz im Zeichen der Stabilisierungsmaßnahmen, die in den Wintermonaten unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds getroffen worden waren. Unter anderem wurden die Benzinsteuer, die Kraftfahrzeugsteuer sowie zahlreiche öffentliche Tarife drastisch heraufgesetzt und der Veranlagungstermin für die Einkommensteuer vorverlegt. So konnte 1977 das gesamte Finanzierungsdefizit des öffentlichen Sektors von 13½ vH auf 9½ vH des Sozialprodukts vermindert werden, obwohl die Ausgaben des Zentralhaushalts abermals um mehr als 30 vH stiegen (Tabelle 7).

Tabelle 7

Die Staatshaushalte [1]) in den EG-Ländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Bundesrepublik Deutschland [2])	Belgien	Dänemark	Frankreich	Großbritannien	Irland	Italien	Niederlande
				Ausgaben				
1973	+11,9	+13,3	+10,6	+11,0	+13,8	+22,5	+36,0	+18,2
1974	+13,3	+15,5	+23,0	+14,9	+34,6	+27,6	+17,3	+16,3
1975	+15,6	+25,2	+20,1	+26,7	+30,5	+35,5	+25,5	+23,0
1976	+ 5	+16	+11½	+12	+ 8	+17	+31½	+16
1977 [3])	+ 4½	+16	+11	+11	+13½	+19	+34	+11
				Einnahmen				
1973	+14,4	+17,1	+16,8	+11,6	+13,2	+19,7	+12,4	+18,1
1974	+ 6,8	+19,0	+10,0	+20,0	+24,0	+18,5	+27,5	+ 8,1
1975	+ 1,6	+19,3	+ 3,0	+ 3,4	+23,2	+21,9	+25,6	+13,0
1976	+10½	+13½	+18	+20	+18	+35	+32	+17½
1977 [3])	+ 9½	+15	+10	+13½	+13	+20½	+46½	+12

[1]) In der Abgrenzung der EG-Kommission; vorläufige Ist-Ergebnisse, ohne Kredite und Vorschüsse.
[2]) Bundeshaushalt.
[3]) Eigene Schätzung.

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften

34. Auch in Frankreich waren die Löhne bis 1976 in unvermindertem Tempo, nämlich um mehr als 15 vH gestiegen. Mit dem Stabilisierungsprogramm vom Herbst vorigen Jahres strebte die Regierung an, im Verlauf des Jahres 1977 die Preis- und Lohnsteigerungen auf 6½ vH zu begrenzen. Nachdem zu Jahresbeginn der dreimonatige Preisstopp aufgehoben und die Einzelhandelspreise sich an die Mehrwertsteuersenkung vom 1. Januar 1977 angepaßt hatten, beschleunigte sich der Preisauftrieb im Frühjahr wieder. Auf einzelnen Nahrungsmittelmärkten kam es zu einer neuen Teuerungswelle. Die Regierung korrigierte daraufhin ihre Vorgabe für den Preis- und Lohnanstieg auf 8½ vH. Dieses Ziel konnte — wenn auch mit Hilfe neuer Preiskontrollen — annähernd erreicht werden, obgleich im Jahresdurchschnitt der Lohnanstieg noch 12 vH und der Anstieg der Verbraucherpreise noch immer 9½ vH betrugen. Zusätzliche steuerliche Anreize zur Erhöhung der Investitionen und der Beschäftigung sowie Entlastungen für die unteren Einkommensgruppen vereitelten zwar den ursprünglich geplanten Ausgleich des Staatshaushalts; das Defizit verminderte sich dennoch von 20 Mrd Franken auf rund 16 Mrd Franken.

35. In Dänemark wurde die Lohnleitlinie der Regierung von den Sozialpartnern bislang befolgt. Der jährliche Lohnanstieg, der 1975 noch 20 vH betragen hatte, soll danach bis 1979 auf 6 vH begrenzt bleiben. Die kurzfristige Beschleunigung des Preisauftriebs, die im Frühjahr der Aufhebung vorübergehender Preiskontrollen folgte, machte diese Vorgabe allerdings wieder umstritten. Die dänische Krone mußte im April und im August um insgesamt 8 vH gegenüber der D-Mark und den Währungen der Benelux-Länder abgewertet werden. Die Staatsausgaben wurden wie im Vorjahr um rund 11 vH ausgeweitet. Da die Steuereinnahmen wegen des abgeschwächten Produktionswachstums bei weitem nicht mehr so rasch zunahmen wie 1976, stieg das Defizit der öffentlichen Haushalte wieder an.

36. Vergleichsweise niedrig blieben die Lohnerhöhungen 1977 auch in den Niederlanden; sie übertrafen den Stand des Vorjahres um 6 vH. In Belgien dürfte der Lohnanstieg im Jahresdurchschnitt noch 10 vH ausmachen; dabei wird unterstellt, daß es in der zweiten Jahreshälfte zu einer deutlichen Beruhigung gekommen ist. Der Preisanstieg ging sowohl in Belgien als auch in den Niederlanden von 9 vH auf 7½ vH zurück, obgleich indirekte Steuern heraufgesetzt wurden. In beiden Ländern blieben die öffentlichen Defizite unvermindert hoch. Dies war nicht nur Reflex der konjunkturellen Entwicklung, sondern auch Ergebnis vermehrter öffentlicher Investitionsausgaben und zusätzlicher Vermögensübertragungen zugunsten privater Investitionen.

In den Niederlanden haben sich die Aussichten für einen zweijährigen Reallohnstopp, wie ihn die Regierung von den Sozialpartnern verlangt, gebessert, nachdem die politischen Parteien über eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer weitgehend Einigung erzielen konnten. Nach diesem Modell sollen zunächst 10 vH der „Übergewinne" privater Großunternehmen an einen zentralen, von den Gewerkschaften verwalteten Fonds abgeführt werden. Als „Übergewinn" wird jener Teil des Nettogewinns definiert, der nach einer „normalen Eigenkapitalverzinsung" verbleibt, wobei diese Eigenkapitalrendite den Kapitalmarktzins um zwei Prozentpunkte übersteigen soll. Der zentrale Vermögensfonds kann die Mittel frei investieren. Die Gewinne aus diesen Investitionen sollen zum größeren Teil der Rentenversicherung, zu einem gewissen Teil aber auch den Arbeitnehmern zufließen, in deren Betrieben die „Übergewinne" erzielt wurden. Die endgültige Ausgestaltung steht noch aus.

Zunehmender Protektionismus im internationalen Handel

37. Es waren nicht nur globale Maßnahmen zur Dämpfung des Nachfrageanstiegs und des Kostenauftriebs, mit denen die Wirtschaftspolitik in den Industrieländern den Zahlungsbilanzproblemen entgegenzuwirken versuchte. Auch die Neigung zu Handelsbeschränkungen nahm zu. Diese Tendenz hatte bereits 1974 eingesetzt; zunächst aber schien es sich um eine vorübergehende Nothilfe zu handeln, zu der eine Reihe von Ländern unter dem Druck der akuten Zahlungsbilanzprobleme nach der Ölpreiserhöhung und verstärkt noch unter dem Druck des sich anschließenden Beschäftigungseinbruchs Zuflucht genommen hatte. Allenthalben wurde beteuert, die gegenseitige Abhängigkeit sei zu eng, als daß einzelne Länder sich nationale Beschäftigungsvorteile auf Kosten der Handelspartner dauerhaft verschaffen könnten. Noch im Tiefpunkt der Rezession, im Mai 1975, war ein entsprechendes Bekenntnis von den Ländern der OECD abgelegt worden. Doch dieser Konsens geriet im Jahre 1977 erneut in Gefahr.

38. Das Ausmaß, das der Protektionismus in der Welt inzwischen erreicht hat, läßt sich quantitativ nicht eindeutig bestimmen. Die Grenzen zwischen indirekten Maßnahmen zur Dämpfung des Einfuhranstiegs und direkten Einfuhrbeschränkungen sind fließend. Auch hat die Angst vor Vergeltungsmaßnahmen der Handelspartner immer subtilere Formen der Diskriminierung ausländischer Güter hervorgebracht. Beispiele dafür gab es in diesem Jahr genug. Technische Normen für einzelne Waren wurden so verändert, daß ausländischen Anbietern ein Nachteil entstehen mußte; Ursprungszeugnisse wurden strenger kontrolliert; für ohnehin genehmigungspflichtige Importe wurden weniger Genehmigungen erteilt; und in sogenannten „Anti-Dumping-Verfahren" wurde die Preiskalkulation ausländischer Anbieter gerichtlich überprüft. Am meisten ins Gewicht aber fiel die „konventionelle" Diskriminierung durch einseitige mengen- oder wertmäßige Einfuhrbeschränkungen, durch bilaterale „Selbstbeschränkungsabkommen" und durch die Belastung einzelner Importe mit „Sonderabgaben".

39. Es findet sich kein Land, das in den Jahren der Unterbeschäftigung auf zusätzliche Handelsbeschränkungen gänzlich verzichtet hätte. Die meisten protektionistischen Initiativen gingen von der Europäischen Gemeinschaft und von den Vereinigten Staaten aus. In der Mehrzahl der Fälle zielten sie auf Waren aus Japan und aus den südostasiatischen Ländern. Allerdings hat gerade Japan seine eigene Industrie in der Vergangenheit mehr als andere Länder vor ausländischer Konkurrenz abgeschirmt und wesentliche Teile des Außenhandels staatlich reglementiert. Bis heute ist hier die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, von Schuhen sowie von Lederwaren und Seideartikeln erheblichen Beschränkungen unterworfen, von verdeckten Formen der Einfuhrbehinderung ganz abgesehen.

40. Zu zusätzlichen Handelsbeschränkungen kam es in den Industrieländern vor allem zugunsten von

- Branchen, in denen die Sachkapazitäten wenig anpassungsfähig und unausgelastete Kapazitäten daher besonders kostspielig sind, wie der Stahlindustrie und dem Schiffbau;
- Branchen, in denen die Nachfrage seit 1975 zwar besonders kräftig zugenommen hat, in denen das internationale Stabilitätsgefälle aber zu erheblichen Verschiebungen der Weltmarktanteile geführt hat, wie bei den Herstellern von langlebigen Konsumgütern;
- Branchen, in denen die Industrieländer schon seit längerer Zeit Marktanteile an die Entwicklungsländer verlieren, wie der Textil-, der Bekleidungs- und der Schuhindustrie.

41. In der Stahlindustrie hat sich unter dem Druck der unausgelasteten Kapazitäten der internationale Wettbewerb in den letzten Jahren spürbar verschärft. Vor allem japanische Anbieter versuchten auf der Basis ihrer Kostenvorteile, aber ungeachtet der auch bei ihnen stark komprimierten Gewinnspannen, mit niedrigeren Preisen zusätzliche Marktanteile zu gewinnen, wohingegen die amerikanischen Unternehmen mit dem Preis auch ihre Gewinnspannen zu verbessern trachteten. Bereits im Frühjahr 1976 hatte die amerikanische Regierung schwere Eingriffe vorgenommen, denen zufolge die Einfuhr von Spezialstahl im Jahre 1977 um 14 vH niedriger als 1976 bleiben mußte. Mit Japan wurde dies noch in einem „Selbstbeschränkungsabkommen" bilateral vereinbart; die Anbieter der Europäischen Gemeinschaft, Schwedens und Kanadas wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften verabredete mit der japanischen Regierung informell eine Begrenzung der japanischen Stahlausfuhr in die Gemeinschaft auf das Niveau des Jahres 1976. In Einzelfällen wurden japanische Stahlerzeugnisse darüber hinaus mit Sonderzöllen belastet, so etwa in Großbritannien. Besonderes Aufsehen erregte der Fall japanischer Kugellager. Mit der Begründung, die Preise seien in Japan nicht kostendeckend, verhängte die EG einen 15prozentigen Sonderzoll, der allerdings nach der Zusage der japanischen Anbieter, die Preise entsprechend zu erhöhen, fürs erste wieder ausgesetzt ist.

42. Auch die japanischen Automobilhersteller, deren Marktanteile 1976 beträchtlich gestiegen waren, stießen im Ausland immer öfter auf dirigistische Barrieren. Drastische Maßnahmen ergriff Australien, ein überaus wichtiger Exportmarkt der japanischen Industrie. Nachdem 1976 die Einfuhr von Personen- und Lastkraftwagen mit hohen Sonderabgaben belastet worden war, wurde im zweiten Halbjahr 1977 schließlich die Stückzahl limitiert. Großbritannien und Frankreich drängten die japanischen Anbieter zu einem „freiwilligen Verzicht" auf weitere Steigerung der Marktanteile. So braucht es nicht zu verwundern, daß die Investitionen der japanischen Automobilindustrie bei weitem nicht in einem Maße zunahmen, wie es die aktuelle Beschäftigungs- und Gewinnlage nach den Erfahrungen der Vergangenheit hätte erwarten lassen.

Unsicherheiten im Export sah sich nicht nur die japanische Automobilindustrie ausgesetzt. Unter der amtlichen Bezeichnung „Luxussteuer" wurden importierte Personenkraftwagen in Spanien und in Portugal mit hohen Sonderabgaben belastet; auch in Österreich ist eine solche Maßnahme für 1978 vorgesehen.

Nicht viel anders erging es den japanischen Herstellern von elektrotechnischen Gebrauchsgütern. Einem „Selbstbeschränkungsabkommen" von 1976 zufolge durfte die Ausfuhr von Farbfernsehgeräten in die Vereinigten Staaten eine bestimmte Zuwachsrate nicht übersteigen. Darüber hinaus wurden 1977 bestimmte Artikel mit einer 25-prozentigen Sonderabgabe belastet, nachdem ein amerikanisches Gericht aufgrund der Klage eines amerikanischen Herstellers die Rückerstattung der japanischen Umsatzsteuer an die dortigen Exporteure als „Wettbewerbsverzerrung" klassifiziert hatte. Noch härter ging Australien vor, als es einseitig die Einfuhr japanischer Kühlschränke der Menge nach limitierte.

43. In keinem Bereich ist der internationale Handel so stark und so willkürlich reglementiert wie bei Textilien und Bekleidung. Im Jahre 1974 war durch das sogenannte Multifaserabkommen die internationale „Marktordnung" sogar auf synthetische Erzeugnisse ausgedehnt worden. Dennoch konnten die Entwicklungsländer in den letzten Jahren Marktanteile hinzugewinnen, denn gerade für ihre Ausfuhr gab es auch Erleichterungen. So wurden im Rahmen des Multifaserabkommens zahlreiche einseitige nationale Handelsbeschränkungen abgebaut oder gelockert; in mehreren Fällen bedeutete die Zusicherung, eine jährliche Zuwachsrate von mindestens 6 vH zuzulassen, eine Verbesserung. Überdies wurden in der Europäischen Gemeinschaft die tarifären Begünstigungen der Einfuhr aus Entwicklungsländern ausgeweitet und die nationalen Importplafonds gleichmäßiger verteilt. Doch als 1975 und 1976 vor allem die südostasiatischen Länder tatsächlich spürbare Exporterfolge erzielten, nahmen die Industrieländer dies nicht hin.

Eine Serie neuer Abwehrmaßnahmen war die Folge. Die Fronten zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern haben sich verhärtet. Einige Entwicklungsländer bestehen darauf, daß die Abnehmerländer die Textileinfuhr weiter liberalisieren. Es ist fraglich geworden, ob das in diesem Jahr auslaufende Abkommen erneuert wird. Die neuen bilateralen Abkommen, die gegenwärtig zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Lieferländern „ausgehandelt" werden, sollen zwar dem internationalen Mindestanspruch einer jährlichen Einfuhrsteigerung um 6 vH genügen; in der Regel aber sehen sie niedrigere Zuwachsraten als in der Vergangenheit und bei einigen „hochsensiblen" Waren überhaupt keinen Zuwachs mehr vor.

Schon 1975 und 1976 hatte die Europäische Gemeinschaft zahlreiche einseitige Maßnahmen gegen Lieferungen aus Korea, Spanien und Brasilien ergriffen. Im zweiten Halbjahr 1977 wurde die Einfuhr verschiedener Textilerzeugnisse aus Hongkong, Taiwan und Korea abermals mengenmäßig begrenzt mit der Begründung, andere Entwicklungsländer sollten stärker zum Zuge kommen. Frankreich, dessen Einfuhr von Textilerzeugnissen 1976 besonders kräftig gestiegen war, verschärfte in diesem Jahr die Vorschriften für die Ursprungszeugnisse, um die Umgehung von Handelsbeschränkungen zu erschweren.

Es war allerdings nicht nur die Europäische Gemeinschaft, die eine kräftige Ausweitung des internationalen Handels im Textilbereich behinderte. Die „Selbstbeschränkungsabkommen", die die Vereinigten Staaten mit Hongkong, Taiwan und Korea abschlossen, schreiben für die nächsten Jahre eine langsamere Steigerung der Einfuhr als in der Vergangenheit vor. Australien begrenzte die Einfuhr von Schuhen und erhob auf zahlreiche Textil- und Bekleidungsartikel zusätzliche Sonderzölle. Kanada limitierte die Einfuhr von Stickwaren und anderen Bekleidungsartikeln, und auch Japan dehnte die staatliche Kontrolle der Einfuhr von Seidenwaren aus.

44. Nimmt man alle Handelsbeschränkungen zusammen, so legten die ungelösten Beschäftigungsprobleme in diesem Jahr eine erschreckende Neigung offen, aus kurzfristigen Motiven die Fortentwicklung der internationalen Arbeitsteilung und damit die Verbesserung des allgemeinen Wohlstands zu behindern. Der Umfang des Warenverkehrs, der in jüngster Zeit zusätzlichen Handelsbeschränkungen unterworfen worden ist, erscheint nicht sehr groß. Man darf die Behinderung jedoch nicht an der tatsächlichen Einfuhr messen; denn es ist die andernfalls mögliche Entwicklung der Einfuhr, die verhindert wird. Die um sich greifende politische Bereitschaft zur „Ordnung" der Märkte, zur „Organisierung" des Handels läßt neue Fehlentwicklungen befürchten, deren Bedeutung für die weltwirtschaftliche Entwicklung hoch veranschlagt werden muß.

Strukturwandel in der Welt, insbesondere die Anpassung an die sich verändernden Produktionsbedingungen in den Entwicklungsländern, wird zu den Antriebskräften des weltwirtschaftlichen Wachstumsprozesses gehören müssen. Die Entwicklungsländer haben in diesem Jahr ein weiteres Mal erlebt, wie schnell die Industrieländer mit dirigistischen Abwehrmaßnahmen bei der Hand sind, wenn sie vom Strukturwandel kurzfristige Einkommens- und Beschäftigungsnachteile erwarten.

Für das weltweite wirtschaftliche Wachstum und gerade auch für die Beteiligung der Entwicklungsländer an diesem Wachstum wäre es fatal, wenn sich mehr und mehr protektionistische Allianzen bildeten, die nur vordergründig den Zielen der Beteiligten dienen. Bei den Rohstoffexporten hat man den Entwicklungsländern gewisse Hilfen zur Stabilisierung der Exporterlöse zugestanden; über weitere wird verhandelt. Die auf eine „Neue Weltwirtschaftsordnung" gerichteten Forderungen aber gehen weit darüber hinaus und müssen auch den Entwicklungsländern schließlich zum Nachteil gereichen. Die Industrieländer werden Zugeständnisse bei der weiteren Reglementierung von Rohstoffmärkten zum Anlaß nehmen, zugleich die eigenen Märkte verstärkt abzuschirmen. Wir halten nicht für wahrscheinlich, daß ein „geordneter" Rückzug der Industrieländer aus den Märkten, auf denen die Wettbewerbsfähigkeit der Entwicklungsländer rasch zunimmt, großes Tempo haben wird. Die Chance der Entwicklungsländer, außer Rohstoffen vermehrt auch andere Produkte zu verkaufen, liegt in der Anonymität des Anpassungszwangs auf möglichst unreglementierten Märkten, kurz: ihre Chance ist der Freihandel. Sie sollten den Industrieländern deshalb nicht zu viele Vorwände liefern, ihrerseits noch mehr auf Protektionismus umzuschalten und damit ihren Rückzug zu verlangsamen. Umgekehrt gilt, daß auch die Industrieländer nicht mit zunehmendem Protektionismus den Entwicklungsländern Anlaß geben sollten, forciert auf Marktordnungen für ihre Rohstoffe zu drängen.

IV. Größere Konvergenz der Wirtschaftspolitik in Europa

45. Das Stabilitätsgefälle in der Europäischen Gemeinschaft ist immer noch groß. Daß der Preisauftrieb das Jahr über nachließ, sagt angesichts der verhaltenen Nachfrageentwicklung wenig über dauerhafte Stabilisierungserfolge. Allerdings scheint die Dämpfung des Kostenauftriebs nicht nur kurzfristig bestimmt gewesen zu sein. In einigen Ländern wurde eine Mäßigung der Lohnsteigerungen für mehrere Jahre verabredet. Trotz der enttäuschenden Beschäftigungsentwicklung ging die stabilitätspolitische Orientierung in der Europäischen Gemeinschaft noch nicht verloren. Es besteht die Aussicht, daß der Anstieg des Preisniveaus im Verlauf des kommenden Jahres erstmals seit 1972 wieder in allen Mitgliedsländern unter 10 vH bleiben wird.

46. Die Leistungsbilanzdefizite habe sich vermindert. Die Ausfuhr Frankreichs, Italiens und Großbritanniens stieg stärker als die Ausfuhr anderer

Länder. Gewiß ging die Besserung noch nicht so weit, daß eine erneute Beschleunigung der Nachfrageexpansion das außenwirtschaftliche Gleichgewicht in diesen Ländern nicht wieder stärker gefährden müßte. Immerhin: die kräftigen Wechselkursänderungen des Jahres 1976 haben für den vorangegangenen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder einen gewissen Ausgleich geschaffen. Daß sich die Wechselkursbewegungen im Jahr 1977 in sehr viel engeren Grenzen hielten, mag man als Anzeichen einer Konsolidierung nehmen.

Die europäische Währungsschlange war allerdings neuen Spannungen ausgesetzt. Das Stabilitätsgefälle zwischen der Bundesrepublik, Belgien und den Niederlanden auf der einen Seite und den skandinavischen Ländern auf der anderen Seite hatte zugenommen. Vor allem die außenwirtschaftliche Situation Schwedens hatte sich erheblich verdüstert. Im April wurden die amtlichen Wechselkurse aller skandinavischen Länder korrigiert, im August wurden die norwegische Krone und die dänische Krone abermals abgewertet, Schweden schied aus dem Währungsverbund aus. Der europäische „Stabilitätsblock" ist also weiter geschrumpft; die im Verbund gebliebenen Länder haben indessen Stabilisierungsfortschritte zu verzeichnen.

47. Ob die Stabilisierung lediglich Reflex der konjunkturellen Stagnation ist oder ob sich darüber hinaus die Chancen für einen dauerhaften Abbau der Ungleichgewichte in der Europäischen Gemeinschaft verbessert haben, läßt sich am Ende des Jahres 1977 nicht mit Bestimmtheit sagen. Denn es hängt nicht zuletzt davon ab, ob sich in der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer größere Stetigkeit durchsetzen wird. Anzeichen dafür waren 1977 zu erkennen. Denn trotz der Enttäuschung über die steigende Arbeitslosigkeit wurde auf kräftige staatliche Nachfrageimpulse wie 1975 verzichtet, und auch eine beschleunigte Vermehrung des Geldangebots schien nicht in Frage zu kommen. In Belgien, in den Niederlanden und in Dänemark nahmen die öffentlichen Defizite zwar zu; dies war aber nur zu einem Teil die Folge zusätzlicher expansiver Maßnahmen. In den größeren Ländern der Gemeinschaft, namentlich in der Bundesrepublik, in Großbritannien und in Italien konnten die öffentlichen Defizite deutlich vermindert werden. Insoweit brachte das Jahr 1977 in der Wirtschaftspolitik — nach den zunehmenden Divergenzen in den Jahren 1973 bis 1975 — wieder eine Annäherung zwischen den Ländern der Gemeinschaft.

Die Maßnahmen und Sonderprogramme, die die einzelnen Regierungen 1977 beschlossen haben, ähneln sich. Zu den Maßnahmen, die mehreren Ländern gemeinsam sind, zählen:

— Eine Ausweitung oder Verlängerung der Abschreibungserleichterungen für private Investitionen sowie eine steuerliche Begünstigung von Eigenkapitalbildung (Frankreich, Belgien, Niederlande, Bundesrepublik),

— partielle Anpassungen der Einkommensteuer an den Preisauftrieb (Frankreich, Großbritannien, Belgien, Niederlande, Bundesrepublik),

— die Erhöhung von Verbrauchsteuern und von öffentlichen Tarifen (Frankreich, Italien, Großbritannien, Belgien, Bundesrepublik),

— eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (Niederlande, Dänemark, Italien, Bundesrepublik),

— Anreize für zusätzliche Beschäftigung in privaten Unternehmen durch eine befristete Subventionierung der Lohnkosten (Frankreich, Belgien, Niederlande, Großbritannien),

— spezielle Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und zur Vergrößerung des Angebots von Ausbildungsplätzen (Frankreich, Belgien, Italien, Großbritannien, Bundesrepublik),

— eine zeitweilige Option für ältere Arbeitnehmer, vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszuscheiden, ohne daß sie nach Erreichen der regulären Altersgrenze an Leistungsanspruch verlieren (Frankreich, Großbritannien).

In den letzten Monaten mehrten sich die Anzeichen einer expansiveren Ausrichtung der Finanzpolitik für das Jahr 1978. Dies gilt zuallererst für die Bundesrepublik; aber auch in Frankreich wurde ein Programm in Höhe von rund 5 Mrd Franken beschlossen, demzufolge zusätzliche Kredite zur Finanzierung öffentlicher und privater Investitionen bereitgestellt werden und kinderreiche Familien eine finanzielle Hilfe erhalten. In den meisten Ländern zielen die finanzpolitischen Maßnahmen auf eine verstärkte Förderung der Investitionen. Da deutliche Anzeichen für eine nachhaltige Belebung der Investitionstätigkeit bislang aber kaum zu erkennen sind, ist ungewiß, welche Anstoßwirkungen von der Finanzpolitik im kommenden Jahr tatsächlich ausgehen werden.

48. Auf dem Konto der innergemeinschaftlichen Konvergenz muß allerdings auch eine wirtschaftspolitische Annäherung ganz anderer Art verbucht werden: Die direkten Eingriffe des Staates nehmen zu. Die mehr oder weniger offenen Handelsbeschränkungen stehen nicht allein. Für die Einsparung von Energie werden administrative Regelungen gesucht. In die Investitions- und Beschäftigungspläne namentlich der Stahlindustrie und des Schiffbaus greift der Staat immer mehr ein. Mehr noch, unter dem Eindruck der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte des vorigen Jahres hat man allenthalben zu direkten Preis-, Lohn- und Einkommenskontrollen Zuflucht genommen. Faktisch war in der Europäischen Gemeinschaft — mit der einzigen Ausnahme der Bundesrepublik — die Tarifautonomie ausgesetzt.

Anhaltende Expansion des Gemeinschaftshaushalts

49. Die kräftige Ausweitung des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften setzte sich im Jahr 1977 fort. Die Ausgaben, die 1975 und 1976 um insgesamt 3,25 Mrd RE erhöht worden waren, stiegen

abermals um mehr als 1,1 Mrd RE auf 9,6 Mrd RE. Verpflichtungsermächtigungen, die zukünftige Haushalte mit 700 Mio RE belasten, kamen hinzu; diese betrafen den Sozialfonds sowie die strukturpolitischen Programme im Rahmen des Agrarfonds. Ein Teil der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfe wurde in den separaten Europäischen Entwicklungshilfefonds verlagert.

50. Nach wie vor beansprucht der Agrarfonds die meisten Mittel der Gemeinschaft, nämlich 7,26 Mrd RE und damit rund 75 vH des Gesamthaushalts. Die Aufwendungen für die Agrarmarktordnung, die im vorigen Jahr um rund 1,7 Mrd RE gestiegen waren, nahmen 1977 erneut um 1,2 Mrd RE zu. Allerdings hat sich die Belastung durch den Grenzausgleich vermindert, weil sich die Wechselkurse stabilisierten und in der Anpassung der „grünen Paritäten", die im Vorjahr den Kontakt zu den tatsächlichen Wechselkursen gänzlich verloren hätten, einige Fortschritte erzielt werden konnten. Seit den Unruhen am Devisenmarkt im Herbst 1976 wurden für den Agrarmarkt das irische Pfund um rund 20 vH, die Lira um 6½ vH, der französischen Franken um 2½ vH und das britische Pfund um 3 vH abgewertet, die D-Mark um 2 vH aufgewertet. Außerdem wurde der Grenzausgleich für Großbritannien limitiert. Schließlich fiel die Erhöhung der Agrarpreise für das Landwirtschaftsjahr 1977/78, in Europäischer Rechnungseinheit ausgedrückt, mit 3,9 vH deutlich niedriger aus als in den Jahren zuvor.

51. Der Haushaltsentwurf für 1978 sieht eine ähnliche Ausgabensteigerung vor wie in diesem Jahr. Überdurchschnittlich sollen vor allem die Sozialausgaben zunehmen. Auch Reformen der Haushaltsordnung stehen bevor. Es ist geplant, den Haushalt auf eine neue Europäische Rechnungseinheit umzustellen, die an die tatsächlichen Wechselkurse der beteiligten Währungen und nicht mehr — wie bisher — an deren Paritäten aus der Zeit fester Wechselkurse gekoppelt ist. Danach würde sich trotz einer geplanten Ausgabensteigerung um 18 vH der Finanzierungsbeitrag der Bundesrepublik zum Gemeinschaftshaushalt 1978 um rund 70 Mio DM auf rund 9 Mrd DM vermindern. Doch ist noch ungewiß, wann die Umstellung der Rechnungseinheit tatsächlich in Kraft treten wird. Auch über die direkte Beteiligung am Mehrwertsteueraufkommen, die bereits für 1975 vorgesehen war, konnte sich der Ministerrat nunmehr verständigen. Eine einheitliche Bemessungsgrundlage wurde festgelegt; die erforderliche Anpassung des nationalen Steuerrechts steht aber noch aus.

52. Die Gemeinschaft versucht, neue Aufgaben anzugehen — auch solche, die Investitionen erfordern. Darüber entbrannte die Diskussion über zusätzliche Finanzierungsquellen der Gemeinschaft aufs neue. Gefordert wird die Begebung eigener Anleihen durch die EG-Kommission, um die Abhängigkeit von den nationalen Haushalten zu verringern. Dies stieß wegen der Gefahr „unkontrollierter" Ausgabensteigerungen auf Widerstand. Konkurrierende Vorschläge zielen auf eine Aufstokkung des Kapitals der Europäischen Investitionsbank. Einigung konnte hierüber bislang nicht erzielt werden.

TEIL B

Die Binnenkonjunktur 1977

I. Überblick

53. In der Bundesrepublik ist der Aufschwung 1977 ins Stocken geraten. Obwohl der Finanzierungsspielraum für eine ebenso kräftige Ausgabensteigegerung wie im Vorjahr ausgereicht hätte, nahm die Nachfrage nur wenig zu. Besonders die Entwicklung der Binnennachfrage enttäuschte. Während die Verbraucher durchaus mehr auszugeben bereit waren, blieben die Unternehmen zurückhaltender als in früheren Zyklen. Damit fehlte es an den Auftriebskräften, die sonst über mehr Investitionen, mehr Beschäftigung und mehr Einkommen den Aufschwung verstärkt und schließlich ganz getragen hatten. Hinzu kam, daß angesichts der abgeschwächten Expansion in wichtigen Partnerländern auch die Exporte weit schwächer als im Vorjahr stiegen. So blieb der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion mit 2½ vH geringer, als für eine Erhöhung des Beschäftigungsstandes notwendig gewesen wäre. Die Anzahl der Arbeitslosen unterschritt auch im Jahresdurchschnitt 1977 nicht die Millionengrenze. Die Preissteigerungen ließen weiter nach; auf der Verbraucherstufe ging der Geldwertschwund auf knapp 4 vH zurück.

54. Eine befriedigende Annäherung an die gesamtwirtschaftlichen Ziele, insbesondere an einen hohen Beschäftigungsstand, hatte die Ausgangslage für 1977 zwar nicht erwarten lassen, doch wenigstens Schritte auf diese hin. Gewiß, die konjunkturelle Erholung, die 1976 zu verzeichnen gewesen war, hatte zum Teil noch auf den Nachwirkungen der finanzpolitischen Expansionsmaßnahmen und auf der kräftigen Belebung der Auslandsnachfrage beruht; zugleich hatten sich aber auch die Bedingungen für eine Festigung der privaten Nachfrage im Inland und für ein inflationsfreies Wachstum verbessert. Steigende Kapazitätsauslastung und zurückhaltende Lohnpolitik hatten die Produktivität und die Reallöhne wieder näher zueinander gebracht und eine deutliche Zunahme der Unternehmenserträge bei weiter rückläufigen Preissteigerungen erlaubt. Mit dem Umfang rentabler Produktion war zugleich der

Anreiz größer geworden, wieder mehr zu investieren. Dieser wurde durch den Zinsrückgang noch verstärkt, der mit darauf zurückzuführen war, daß der Staat die Kreditmärkte weniger beanspruchte und daß von dem vorhandenen Geld weniger für die Finanzierung von Preissteigerungen benötigt wurde. Gaben die Investoren ihre Zurückhaltung auf, war für steigende Nachfrage nicht nur bei den Investitionsgüterherstellern, sondern auch in der Breite der Wirtschaft gesorgt.

55. Wie rasch und nachhaltig die Ausgabeneignung 1977 zunehmen würde, war allerdings ungewiß geblieben. Im Export drohten zudem neue Risiken; denn ungelöste Stabilisierungsprobleme hatten mehrere Nachbarländer zu Restriktionsmaßnahmen gezwungen, und die Neigung zu Handelsbeschränkungen hatte allgemein zugenommen.

Immerhin, die Nachfrage der inländischen Investoren und Konsumenten hatte nach der ausgeprägten Sommerpause in den Herbstmonaten 1976 spürbar angezogen. Blieb die Geldpolitik bei ihrem Kurs und wahrte die Lohnpolitik die 1976 gefundene Linie, so schien für das Jahr 1977 selbst bei Verminderung der konjunkturstützenden Impulse der Finanzpolitik ein Zuwachs von Nachfrage und Produktion erwartbar, der wenigstens einen weiteren Schritt beim Abbau der Arbeitslosigkeit erlaubte. Auch dann blieb indes zu befürchten, daß auf mittlere Sicht nicht alle Arbeitsuchenden einen Arbeitsplatz finden würden. Um dem vorzubeugen, ohne die erreichten Stabilisierungserfolge aufs Spiel zu setzen, war vor allem eine Verbesserung der wachstumspolitischen Rahmenbedingungen geboten.

56. An Finanzierungsmitteln fehlte es auch 1977 nicht. Schon in den Jahren 1975 und 1976 hatte die Bundesbank Raum für einen kräftigen Aufschwung geschaffen, indem sie sich bei der Ausweitung der Zentralbankgeldmenge an den Produktionsmöglichkeiten und nicht an der aktuellen Nachfrage orientierte; ja, die Bundesbank hatte es, zumal die Stabilisierung des Kosten- und Preisniveaus Fortschritte machte, in beiden Jahren sogar hingenommen, daß die tatsächliche Geldmengenexpansion noch etwas über die angestrebte hinausging. Die dabei entstandenen Finanzierungsreserven wurden eher vorsichtig in Abzug gebracht, als im Dezember 1976 die Zielmarke für die monetäre Expansion im Jahresdurchschnitt 1977 wie im Vorjahr auf 8 vH festgesetzt wurde. Bei dieser Zunahme der Zentralbankgeldmenge wäre 1977 ein Ausgabenanstieg von mehr als 10 vH finanzierbar gewesen. Bei der gegebenen Preisentwicklung hätte dies ohne Schwierigkeiten einen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 6 vH ermöglicht.

57. Die Finanzpolitik war 1977 darauf angelegt, die Konsolidierung fortzusetzen, die bereits 1976 schneller als erwartet vorangekommen war. Nicht direkte Stützung der Nachfrage, sondern Förderung der wirtschaftlichen Selbstverstärkungskräfte durch Entlastung des Kapitalmarkts stand also im Vordergrund. Zwar wurden Maßnahmen zum Abbau des strukturellen Defizits der Rentenversicherung im wesentlichen auf 1978 vertagt; im Bereich von Bund, Ländern und Gemeinden wurde die Konsolidierung jedoch vorangetrieben. Während die Steuereinnahmen reichlicher flossen, als selbst unter der Annahme einer günstigeren Konjunkturentwicklung vor Jahresbeginn vorausgeschätzt worden war, folgte der Ausgabenanstieg den gekürzten Ansätzen der mittelfristigen Finanzpläne, zum Teil blieb er sogar dahinter zurück, vor allem bei den Gemeinden. Am stärksten wirkte sich die Ausgabenzurückhaltung auf die öffentlichen Investitionen aus. Um zu verhindern, daß deren Anteil an den Gesamtausgaben weiter sinkt, wurde im Frühjahr ein mehrjähriges Investitionsprogramm verabschiedet, aus dem 1977 noch Aufträge von reichlich 3 Mrd DM vergeben werden sollen. Im laufenden Jahr dürfte davon allerdings nicht mehr viel produktionswirksam werden. Die ursprüngliche Absicht, die Mehrwertsteuer so stark zu erhöhen, daß die staatlichen Defizite trotz der angekündigten Verbesserungen des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte und der steuerlichen Entlastung der Unternehmen weiter vermindert worden wären, wurde zudem im Verlauf des Jahres aufgegeben. Die im Juli 1977 verabschiedeten Leistungs- und Steuerrechtsänderungen, die in der Mehrzahl Anfang 1978 in Kraft treten, bringen dem Staat nun in der Summe statt Mehreinnahmen sogar geringe Einnahmeausfälle.

Unter dem Eindruck der stockenden Konjunktur und der daraus erwachsenden Gefahr, daß enttäuschte Erwartungen bei Unternehmen wie privaten Haushalten neue Zurückhaltung hervorriefen, beschloß die Bundesregierung dann im September eine Änderung des bisherigen Kurses. Bei Inkaufnahme wieder sehr viel höherer Defizite soll die öffentliche Nachfrage verstärkt ausgeweitet und die private durch weitere Steuerentlastung gestützt werden. Mit Abschreibungserleichterungen, die den Staat mehr als bisher am unternehmerischen Investitionsrisiko beteiligen, sollen auch auf der Angebotsseite die Voraussetzungen für das künftige Wachstum verbessert werden.

58. Denn wie das Jahr über mehr und mehr deutlich wurde, war der weitere Zinsrückgang für die meisten Unternehmen kein hinreichender Grund, ihre Ausgaben im erwarteten Umfang zu steigern. Bereits kurz nach der Jahreswende war sichtbar geworden, daß die Nachfrage nach Investitionsgütern nicht hielt, was ihr beschleunigter Anstieg in der zweiten Jahreshälfte 1976 versprochen hatte. Offenbar waren die Investoren weniger als in früheren Zyklen bereit, auf künftige Gewinne zu setzen, sei es, daß ihnen die dauerhaften Absatzchancen auf den angestammten Märkten nach wie vor zu unsicher und die Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten oder die Einführung neuer Produkte zu riskant erschienen, sei es, daß sie der künftigen Kostenentwicklung mißtrauten. Spielraum für eine Verbesserung der Erträge stellten die realen Lohnsteigerungen, die 1977 wieder ebenso groß wie der Produktivitätsanstieg waren, kaum noch in Aussicht, und verstärkte Preisanhebungen ließ der Wettbe-

werb, nicht zuletzt mit ausländischen Anbietern, angesichts der verhaltenen Nachfrage nur in den wenigsten Bereichen zu. Im Verlauf des Jahres wurden die Investitionspläne zwar zum Teil nach oben korrigiert; zu einer kumulativen Verstärkung der Investitionsneigung kam es aber nicht.

59. Die abwartende Haltung, die sich darin äußerte, kennzeichnete auch die übrigen Dispositionen der Unternehmen. Die Läger an Vorprodukten wurden weniger als sonst in Aufschwungsphasen aufgestockt, und statt für künftige Nachfrage auf Vorrat zu produzieren und so vorhandene Kapazitätsreserven zu nutzen, streckten die Unternehmen eher die vorhandenen Auftragsbestände. Dies minderte den Produktionsanstieg zusätzlich und — was bei der ohnehin zurückhaltenden Einstellungspolitik noch schwerer wog — auch die Beschäftigungschancen.

Damit fehlte zugleich ein weiteres Glied in der Wirkungskette eines sich selbst verstärkenden Aufschwungs — das Einkommen, das die privaten Haushalte aus einer höheren Beschäftigung hätten erzielen können. Das heißt nicht, daß der private Verbrauch die Konjunktur 1977 nicht gestützt hat; angesichts der gegebenen Ausgabeneigung der Haushalte wäre bei mehr Beschäftigung jedoch eine kräftigere Zunahme der Konsumnachfrage möglich gewesen.

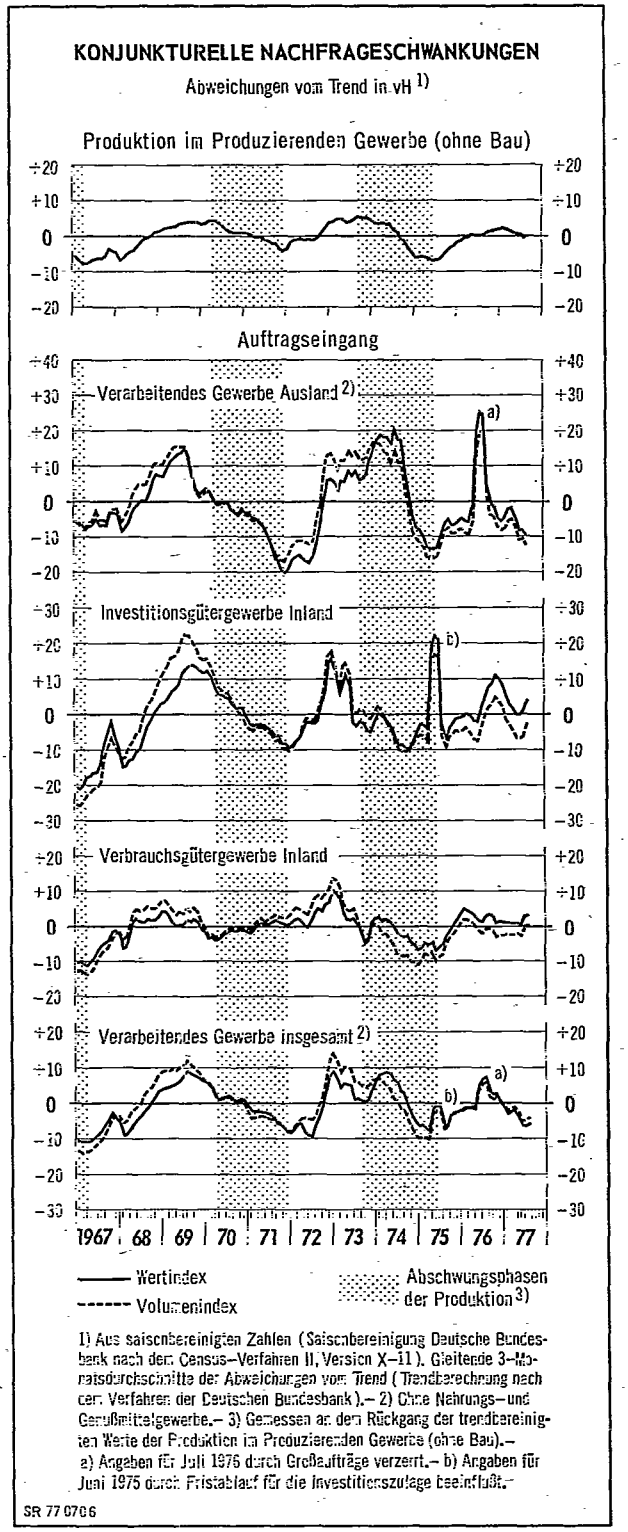
60. Inzwischen mehren sich die Zeichen, daß die Stagnation, die in den Frühjahrs- und Sommermonaten vorherrschte, dem Ende zugeht. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich wieder etwas verbessert, und die Ausgabeneigung der Verbraucher hat weiter zugenommen. Gleichwohl lösten sich die Auftriebskräfte bis zuletzt eher ab, als daß sie sich, wie sonst im Aufschwung, wechselseitig verstärkten. Eine Zunahme des Expansionstempos, die eine deutliche Ausweitung des Beschäftigungsstandes erwarten ließe, ist bislang nicht erkennbar.

II. Noch immer hohe Arbeitslosigkeit

Selbstverstärkungskräfte zu schwach

61. Von der Auslandsnachfrage gingen 1977 kaum noch expansive Impulse für Produktion und Beschäftigung im Inland aus (Schaubild 3). Der rasche Anstieg der Exportaufträge hatte sich schon in der zweiten Jahreshälfte 1976 abgeflacht; zuletzt war er sogar einem Rückgang gewichen, der auch Anfang 1977 noch anhielt. Zum Frühjahr hin wurde dann zwar deutlich, daß in den Industrieländern insgesamt die Aufschwungskräfte weiterhin überwogen und daß die heimischen Exporteure ihre Marktanteile zumeist behaupten konnten; nach einer zeitweiligen Belebung der Auslandsaufträge kam es im Sommer jedoch zu einem neuen Rückschlag. Auch danach blieben ausgeprägte Schwankungen vorherrschend. Insgesamt war im Jahresverlauf 1977 kein nennenswerter Anstieg der Bestellungen aus dem Ausland zu verzeichnen. Maßgeblich war dafür vor allem die gedämpfte Konjunkturentwicklung in den europäischen Nachbarländern, die zu den wichtigsten Handelspartnern zählen.

Schaubild 3



62. Am schwersten hatten es die Hersteller von Investitionsgütern, zusätzliche Auslandsaufträge zu gewinnen, da auch in vielen anderen Industrieländern die Investitionsneigung noch immer nicht groß war. Einen deutlichen, wenn auch nicht stetigen Anstieg der Nachfrage aus dem Ausland konnten dagegen im Jahresverlauf die Verbrauchsgüterindustrien und die Hersteller von Vorprodukten verzeichnen. Um mit ausländischen Anbietern konkurrieren zu können, mußten die meisten Exporteure allerdings Preiszugeständnisse machen; angesichts der weiteren Höherbewertung der D-Mark, die im gewogenen Durchschnitt gegenüber allen anderen Währungen von Ende Januar bis Anfang November 1977 knapp 6 vH ausmachte, konnten nur die wenigsten Unternehmen den Anstieg ihrer Kosten in den Ausfuhrpreisen voll in Rechnung stellen (Ziffer 272). Die Hersteller von Vorprodukten mußten sogar die D-Mark-Preise für ihre erfahrungsgemäß besonders leicht durch Konkurrenzerzeugnisse ersetzbaren Ausfuhrgüter senken. Viele Exporteure waren außerdem gezwungen, ihren ausländischen Abnehmern längere Zahlungsziele einzuräumen.

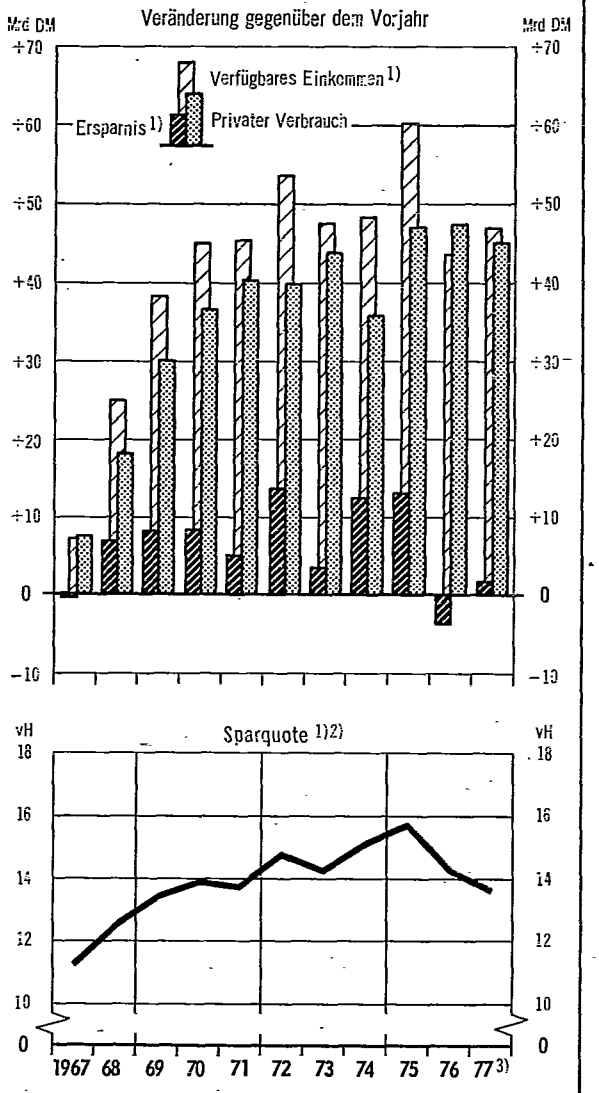
63. Der Zuwachs der Lieferungen an das Ausland ging 1977 etwas über den der Bestellungen hinaus, nachdem 1976 Aufträge in beträchtlichem Umfang unerledigt geblieben waren, schon weil ihre Ausführung, wie beispielsweise im Anlagenbau, vom Produktionsablauf her erhebliche Zeit beansprucht. Im Durchschnitt der ersten neun Monate dieses Jahres wurden so dem Volumen nach immerhin 5 vH mehr Waren exportiert als ein Jahr zuvor. Dies entsprach in etwa der Ausweitung des Welthandels. Dienstleistungsunternehmen — wie Gaststätten und Hotels, Planungsfirmen, Transportunternehmen oder auch Versicherungen — konnten dagegen im allgemeinen keine Steigerung ihres Geschäfts mit Auslandskunden gegenüber 1976 verbuchen. Nimmt man den Transithandel und den Lagerverkehr hinzu, so dürfte die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen 1977 insgesamt das vorjährige Volumen um 3 vH überschreiten.

64. Ein wesentlicher Grund für die nach wie vor unbefriedigende Arbeitsmarktlage wird außer im Export vielfach in der Entwicklung des privaten Verbrauchs gesehen. Nicht selten werden dabei jedoch die Wechselwirkungen zwischen Verbrauch und Beschäftigung außer acht gelassen. Denn so richtig es ist, daß eine höhere Verbrauchsnachfrage mehr Produktion und damit mehr Beschäftigung erfordert, so richtig ist es auch, daß mehr Beschäftigung das verfügbare Einkommen und meist auch die Ausgabeneigung der privaten Haushalte erhöht und damit zu größeren Verbrauchsausgaben führt. Was Ursache und was Wirkung ist, läßt sich also an der Entwicklung des privaten Verbrauchs nicht ohne weiteres ablesen.

65. Nach ihrem Anstieg im bisherigen Jahresverlauf zu schließen, dürften die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte 1977 um knapp 7 ½ vH höher sein als im letzten Jahr. Neben Reisen und der Anschaffung neuer Automobile, die nach wie vor im Vordergrund standen, galt das Interesse der Konsumenten nun auch verstärkt wieder Einrichtungsgütern, wie Möbeln und elektrotechnischen Geräten. Im ganzen war der Ausgabenzuwachs jedoch schwächer als im vorigen Jahr (Schaubild 4); obwohl der Geldwertschwund weiter nachließ, also ein geringerer Teil der Mehrausgaben auf Preissteigerungen entfiel, erhöhte sich auch die nachgefragte Gütermenge mit gut 3 vH im Jahresdurchschnitt etwas weniger als 1976. Zu fragen bleibt, woran diese Abschwächung lag.

Schaubild 4

VERFÜGBARES EINKOMMEN, VERBRAUCH UND ERSPARNIS DER PRIVATEN HAUSHALTE



1) Ohne nichtentnommene Gewinne. – 2) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. – 3) Eigene Schätzung.

SR 77 0703

66. An der Bereitschaft, Geld auszugeben, scheint es am wenigsten gefehlt zu haben. Die Ausgaben stiegen stärker als das verfügbare Einkommen, das 1977 gegenüber dem Vorjahr um 6 ½ vH zunehmen dürfte. Darin spiegelt sich nicht nur, daß die Haushalte im Durchschnitt einen weiter abnehmenden Teil ihres laufenden Einkommens sparten, sondern auch daß sie, durch den nochmaligen Zinsrückgang angeregt, in steigendem Maße bereit waren, sich zu verschulden (Tabelle 8). Zu beachten ist bei dem Vergleich der Entwicklung des Einkommens und der Verbrauchsausgaben aber auch, daß 1977 fast 25 Mrd DM mehr an vermögenswirksamen Geldanlagen frei wurden als 1976, von denen nach vorliegenden Schätzungen etwa ein Viertel, also rund 6 Mrd DM, für Konsumausgaben genutzt wurden. Ohne diese Mittel wäre der private Verbrauch vermutlich weniger gestiegen als das verfügbare Einkommen. Die statistisch gemessene Sparquote — der Anteil des verfügbaren Einkommens, der von diesem nach Abzug der Verbrauchsausgaben übrig bleibt — hätte dann nicht nur 13 ½ vH, und damit weniger als vor der Rezession betragen, sondern sie wäre höher und die Konsumquote wäre entsprechend niedriger gewesen. Konjunkturell gesehen hat sich die Ausgabeneigung also möglicherweise noch nicht völlig normalisiert. Da die Kaufbereitschaft erfahrungsgemäß mit der Sicherheit der Einkommenserwartung wächst, wäre sie bei günstigerer Beschäftigungsentwicklung wahrscheinlich größer gewesen.

Tabelle 8

Konsumentenkredite [1])

Monatsende	Bestand	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat	
	Mrd DM		vH
1972 März	37,04	+ 6,72	+22,2
Juni	39,84	+ 7,16	+21,9
September	41,89	+ 7,80	+22,9
Dezember	44,97	+ 8,99	+25,0
1973 März	46,44	+ 9,40	+25,4
Juni	48,88	+ 9,04	+22,7
September	49,14	+ 7,25	+17,3
Dezember	50,00	+ 5,03	+11,2
1974 März	48,90	+ 2,46	+ 5,3
Juni	49,93	+ 1,05	+ 2,1
September	50,01	+ 0,87	+ 1,8
Dezember	49,91	− 0,09	− 0,2
1975 März	49,73	+ 0,83	+ 1,7
Juni	51,31	+ 1,38	+ 2,8
September	53,33	+ 3,32	+ 6,6
Dezember	56,22	+ 6,31	+12,6
1976 März	58,05	+ 8,32	+16,7
Juni	62,54	+11,23	+21,9
September	65,52	+12,19	+22,9
Dezember	69,15	+12,93	+23,0
1977 März	69,75	+11,70	+20,2
Juni	74,79	+12,25	+19,6
September	78,09	+12,57	+19,2

[1]) Bankkredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen; ohne Kredite für den Wohnungsbau.

Quelle: Deutsche Bundesbank

67. Für einen stärkeren Anstieg der Verbrauchsausgaben hätte es bei der gegebenen Ausgabeneigung eines höheren Zuwachses beim verfügbaren Einkommen bedurft, das sich knapp zur Hälfte aus Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, zu gut einem Viertel aus Selbständigeneinkommen, Gewinnentnahmen und Vermögenseinkommen und zu rund einem Viertel aus Einkommensübertragungen zusammensetzt (Ziffer 141). Da einerseits die Rentenanpassung 1977 von den eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen noch unberührt blieb — die Steigerung der staatlichen Einkommensübertragungen war wiederum beträchtlich —, andererseits aber in diesem Jahr außer dem höheren Weihnachtsfreibetrag noch keine ins Gewicht fallenden Steuererleichterungen wirksam wurden, hätte ein stärkerer Anstieg des verfügbaren Einkommens insgesamt von den Markteinkommen ausgehen müssen. Das kann jedoch nicht als Beleg dafür gelten, daß die Lohnsätze 1977 zu wenig gestiegen wären. Höhere Lohnsteigerungen hätten die Produktion entsprechend verteuert und die Chancen für mehr Beschäftigung von der Kostenseite her beeinträchtigt. Gerade mehr Beschäftigung aber hätte den Haushalten insgesamt auch ein höheres Einkommen gebracht (Ziffer 241).

68. Daß sich die Beschäftigungslage nicht besserte, war vor allem auf die anhaltend schwache Investitionsneigung zurückzuführen. Hatte es im Herbst vorigen Jahres den Anschein, als würden die Unternehmen mehr rentable Investitionsmöglichkeiten sehen und zumindest die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern stärker ausweiten, so zeigte diese bereits im Verlauf des ersten Halbjahres 1977 wieder einen Rückgang. Trotz weiter nachgebender Zinsen sanken die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien bis zur Jahresmitte auf das Niveau von Anfang 1976. Inzwischen haben sie zwar wieder angezogen; im Durchschnitt der ersten neun Monate 1977 waren sie dem Volumen nach jedoch nur um 2 ½ vH höher als ein Jahr zuvor.

69. Zahlreiche Investoren schätzten ihre mittelfristigen Ertragschancen offenbar noch immer als zu gering ein. Nicht nur dort, wo die Nachfrage hinter den Erwartungen zurückgeblieben, sondern auch dort, wo sie in der zweiten Jahreshälfte 1976 weiter gestiegen war, schoben die Unternehmen Investitionsaufträge vielfach hinaus, um, wie es scheint, möglichst sicher zu gehen, daß die Nachfragebelebung auch anhielt. Die Skepsis in den mittelfristigen Absatzerwartungen, die sich darin äußerte, wird durch den Ifo-Konjunkturtest bestätigt. Danach wird

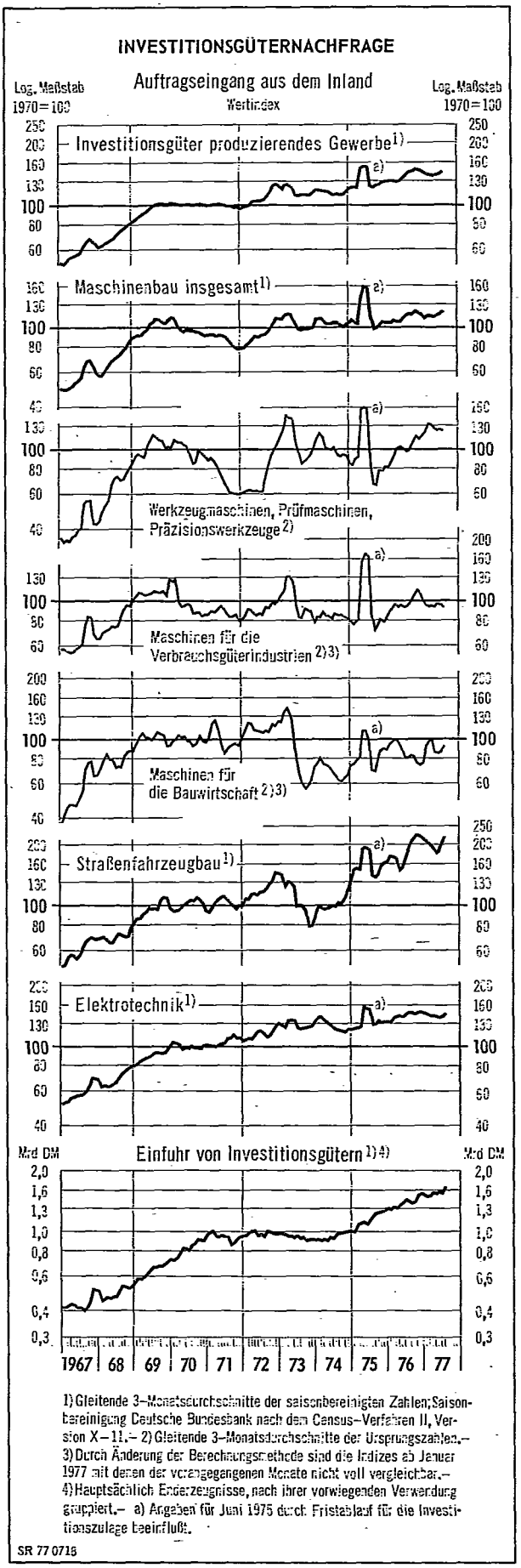
die künftige Geschäftsentwicklung heute erst bei einer deutlich größeren Reichweite der vorhandenen Auftragsbestände zuversichtlich beurteilt, als dies früher der Fall war. Hinzu kam, daß die Gewinnmargen nach nur einjähriger Erholung 1977 wieder unter Druck gerieten. Das heißt nicht, daß es den Unternehmen deswegen an Finanzierungsmitteln für mehr Investitionen gefehlt hätte; die Aussicht, die investierten Mittel später samt einem Gewinn zurückzuerhalten, der auf der Höhe des Investitionsrisikos ist, wurde dadurch jedoch ohne Zweifel gedämpft (Ziffern 83 f.).

70. Nach wie vor gilt dies vor allem für die Industrie, obwohl diese ihre Investitionspläne etwas aufgestockt hat. Wie der Auftragseingang beim Maschinenbau — dem wichtigsten Lieferanten von Ausrüstungen — zeigt, ist es bislang noch zu keiner durchgreifenden Belebung der Investitionsneigung gekommen (Schaubild 5). Ein deutlicher Anstieg war lediglich bei der Nachfrage nach Werkzeugmaschinen, Prüfmaschinen und Präzisionswerkzeugen zu verzeichnen, was nicht zuletzt mit vermehrten Investitionen der Automobilindustrie zu erklären sein dürfte. Die Hersteller von Verbrauchsgütern blieben mit Bestellungen neuer Maschinen weiterhin zurückhaltend. Das gleiche gilt für die Bauwirtschaft. Im Bergbau, der seine Investitionen nach der Ölkrise von 1974 bis 1976 fast verdoppelt hatte, ist für 1977 mit keiner großen Steigerung mehr zu rechnen, und in der Energiewirtschaft wurden zahlreiche Investitionsvorhaben, geplante wie bereits begonnene, durch langwierige Genehmigungsverfahren, Bürgereinsprüche und Gerichtsbeschlüsse verzögert oder blockiert.

Dem Ifo-Investitionstest zufolge steht für die meisten Unternehmen, zumindest in der Industrie, bei ihrer Investitionstätigkeit weiterhin das Ziel im Vordergrund, mit neuen Anlagen kostengünstiger zu produzieren. Für mehr und mehr Unternehmen wird es inzwischen dringender, Ersatz für abgenutzte Produktionsanlagen zu beschaffen. Das Ziel, vorhandene Kapazitäten zu erweitern, spielt dagegen noch immer eine untergeordnete Rolle.

71. Dies zeigt sich auch in der Nachfrage nach Betriebsgebäuden und Geschäftsbauten, die erfahrungsgemäß besonders stark vom Erweiterungsmotiv bestimmt wird. Die Baugenehmigungen nahmen im Jahresverlauf zwar wieder zu, nachdem sie im Anschluß an den Schub, den die Investitionszulage in der zweiten Jahreshälfte 1975 ausgelöst hatte, bis Ende 1976 auf das Rezessionsniveau zurückgefallen waren; in den ersten acht Monaten 1977 waren sie jedoch, an den veranschlagten Baukosten gemessen, um 15 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Die Auftragsvergabe fiel dagegen ebenso hoch aus wie vor Jahresfrist. Dies spricht dafür, daß der weitere Zinsrückgang, der bei Bauinvestitionen wegen deren langer Lebensdauer im allgemeinen stärker zu Buche schlägt als bei Ausrüstungsinvestitionen, nicht ohne Wirkung blieb.

Schaubild 5



1) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der saisonbereinigten Zahlen; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 2) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der Ursprungszahlen. – 3) Durch Änderung der Berechnungsmethode sind die Indizes ab Januar 1977 mit denen der vorangegangenen Monate nicht voll vergleichbar. – 4) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. – a) Angaben für Juni 1975 durch Fristablauf für die Investitionszulage beeinflußt.

SR 77 0715

72. Vor allem im Wohnungsbau machte sich anregend bemerkbar, daß Baugeld billiger zu haben ist. Sowohl die Baugenehmigungen als auch die Auftragsvergabe nahmen vom Spätherbst 1976 an wieder deutlich zu, nachdem auch hier dem Anstieg in der zweiten Jahreshälfte 1975 ein ausgeprägter Rückgang gefolgt war. Vielfach wurden nun auch Bauvorhaben in Angriff genommen, für die schon früher die Genehmigung eingeholt worden war. So übertrafen die neu vergebenen Aufträge von Januar bis August 1977 den entsprechenden Vorjahreswert um 17 vH.

Dabei zeigte sich allerdings erneut, daß der Mietwohnungsbau viel von seiner früheren Attraktivität eingebüßt hat. Obwohl die Halden leerstehender Wohnungen geschrumpft sind, zu denen der inflationsgetriebene Bauboom geführt hatte, belebte sich die Nachfrage in diesem Bereich weiterhin nur zögernd. Denn so kräftig der Rückgang der Hypothekenzinsen auch war, kostendeckende Mieten lassen sich zumeist nach wie vor nicht erzielen, und die Aussicht, daß dies über kurz oder lang durch die Wertsteigerung von Bauten wettgemacht werden könne, ist mit abnehmender Geldentwertung geschwunden. Im Eigenheimbau, wo häufig nicht die Rentabilität, sondern die Höhe der laufenden Belastung den Ausschlag für die Bauentscheidung gibt, erhöhte sich die Nachfrage dagegen deutlich.

73. Die öffentliche Baunachfrage stand 1977 im Zeichen der zurückhaltenden Haushaltspolitik des Bundes, der Länder und vor allem der Gemeinden. Im Hochbau, wo die Kommunen die wichtigsten öffentlichen Auftraggeber sind, kam der starke Rückgang der Nachfrage, der 1976 eingesetzt hatte, zwar zum Stillstand; bis weit ins Jahr hinein blieb die Auftragsvergabe jedoch auf einem Niveau, das um fast ein Drittel niedriger war als 1974/75, zur Zeit forcierter staatlicher Konjunkturstützung, und auch deutlich niedriger als in den Jahren davor. Im Tiefbau dagegen, der von den Expansionsprogrammen der Jahre 1974 und 1975 ebenso wie von den anschließenden Konsolidierungsmaßnahmen weniger beeinflußt worden war, übertraf der Umfang der öffentlichen Aufträge bei steigender Tendenz im Jahresverlauf den des entsprechenden Vorjahreszeitraums in den ersten acht Monaten 1977 um annähernd 8 vH.

74. Die Ausgaben für Investitionen — sie fallen in der Regel nicht schon bei der Vergabe der Aufträge, sondern erst dann an, wenn diese ausgeführt sind — dürften 1977 zusammengenommen um gut 7 vH höher sein als 1976. Der Zuwachs wäre geringer gewesen, hätte sich in den Ausgaben für Ausrüstungen nicht die lebhafte Ordertätigkeit in der zweiten Jahreshälfte 1976 ausgewirkt und wären die Ausgaben für Bauten nicht noch dadurch gestiegen, daß bis zur Jahresmitte zahlreiche gewerbliche Bauvorhaben abgeschlossen wurden, die in den letzten beiden Jahren aufgrund der Investitionszulage in Angriff genommen worden waren.

Nach Abzug der Preissteigerungen ergibt sich für 1977 eine Zunahme der Anlageinvestitionen um schätzungsweise 3 ½ vH. Im Unternehmenssektor fiel der Anstieg ohne den Wohnungsbau gerechnet mit 5 vH zwar etwas höher aus; gemessen am mittelfristigen Investitionsbedarf war er jedoch nach wie vor unzureichend (Ziffer 334).

75. Auch bei ihrer Vorratshaltung blieben die Unternehmen überwiegend zurückhaltend. Wie es scheint, rechneten sie trotz der niedrigeren Zinsen weniger als in früheren Konjunkturzyklen damit, aus einer vorsorglichen Aufstockung ihrer Läger später Vorteile ziehen zu können, die die Kosten der Vorratshaltung lohnten. Angesichts unsicherer Absatzaussichten und gedämpfter Preiserwartungen hielt sich 1977 nicht nur der Aufbau von Fertigwarenlägern in engen Grenzen, sondern es wurden auch nicht mehr so viele Vorprodukte über den produktionsnotwendigen Bedarf hinaus auf Lager genommen wie zu Beginn des Aufschwungs, als rasch anziehende Preise im Inland wie auf den ausländischen Rohstoffmärkten verstärkt zu Vorratskäufen angeregt hatten. Mit knapp 14 Mrd DM dürften die Vorratsinvestitionen insgesamt nur wenig höher sein als 1976.

76. Zu Unsicherheit in den Absatzerwartungen mag vielen Unternehmen auch die Sorge Anlaß gegeben haben, sie könnten bei den Kosten, zu denen sie produzieren, einen immer größeren Teil der Nachfrage an ausländische Anbieter verlieren. In den ersten neun Monaten 1977 wurden dem Werte wie dem Volumen nach reichlich 9 vH mehr Fertigwaren importiert als ein Jahr zuvor. Im Jahresverlauf hat sich der Anstieg allerdings abgeflacht, nicht zuletzt bei den Investitionsgütern, wo ausländische Anbieter 1976 ihre Marktstellung kräftig hatten ausbauen können. Einschließlich der Importe von Rohstoffen und Halbwaren sowie der Ausgaben für ausländische Dienstleistungen, die ebenfalls nicht mehr so rasch wie im Vorjahr stiegen, und zuzüglich des Transit- und des Lagerverkehrs dürfte der Anteil der Einfuhr an der Gesamtnachfrage 1977 etwas mehr als 20 vH betragen. Damit hat er sich nur geringfügig erhöht, nachdem die Zunahme in den beiden letzten Jahren über das Maß hinausgegangen war, das aufgrund der wachsenden Verflechtung der Märkte seit langem zu beobachten ist.

Stellt man die Werte der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen denen der Ausfuhr gegenüber, so zeigt sich zudem, daß der Saldo, der Außenbeitrag, 1977 zwar zurückgegangen ist, doch nicht besonders stark, nämlich um gut 5 Mrd DM auf annähernd 23 Mrd DM.

Wieder zunehmender Kostendruck

77. Außer der Unsicherheit über die künftigen Absatzchancen hielt angesichts begrenzter Preiserhöhungsspielräume wohl auch Skepsis hinsichtlich der weiteren Kostenentwicklung viele Unternehmen davon ab, mehr zu investieren. Die Ertragslage hatte sich 1976 zwar deutlich verbessert; ob dies ausreichende Renditen auch für die Zukunft versprach, mußte sich aber erst noch erweisen.

78. Die ersten Lohnabschlüsse des Jahres 1977 ließen erkennen, daß die Tarifvertragsparteien auf einen Fortgang des Aufschwungs setzten, der höhere Lohnsteigerungen als im Jahr davor zuließ, ohne daß dies den Kostendruck von der Lohnseite her wieder verschärfen würde. Als erste handelte die Gewerkschaft der metallverarbeitenden Industrie eine lineare Steigerung der Tariflöhne und -gehälter von 6,9 vH aus; rechnet man alle Vorbelastungen und Nebenvereinbarungen mit ein, so betrug die Erhöhung der Tarifverdienste rund 8 vH. Die günstige Gewinnlage in einzelnen Branchen dieses Tarifbereichs, namentlich in der Automobilindustrie, mag dabei den Widerstand der Arbeitgeber gegen die gewerkschaftlichen Forderungen geschwächt haben. Daß auch die Arbeitgeber in Branchen, die erst im weiteren Jahresverlauf Tarifverträge abschlossen, höheren Lohnsteigerungen als 1976 zustimmten, obwohl sich inzwischen abzuzeichnen begann, daß mit einer geringeren Zunahme der Produktivität zu rechnen war als im Vorjahr und Preiserhöhungen noch weniger durchzusetzen sein würden, mag auf den ersten Blick verwundern. Doch kommt darin, wie schon in den Lohnrunden der vorangegangenen Jahre, zum Ausdruck, daß es den Tarifparteien schwer fällt, sich von einem zu Beginn der Lohnrunde gesetzten Maßstab zu lösen. Nur die Tarifpartner im öffentlichen Dienst blieben 1977 etwas hinter der Orientierungsmarke zurück, die der Metallabschluß gesetzt hatte. Dies gilt auch, wenn man in Rechnung stellt, daß zu der linearen Erhöhung der Tarifverdienste um 5,3 vH ein Urlaubsgeld von 150 DM hinzukam. In zahlreichen anderen Tarifbereichen wurde neben den linearen Lohnsteigerungen eine Anhebung der vermögenswirksamen Leistungen oder eine Aufstockung der Gratifikationen vereinbart; für jeden vierten Arbeitnehmer wurde eine Verlängerung des tariflichen Jahresurlaubs beschlossen, jeder achte Arbeitnehmer erhielt mehr Urlaubsgeld. Nimmt man all dies zusammen, so lagen die Steigerungsraten der Tarifverdienste 1977 zwischen 6 vH und 8 vH und in der Mehrzahl bei 7 vH, verglichen mit 6 vH im Jahre 1976. Damit weist auch in diesem Jahr das Spektrum der Tarifabschlüsse, insbesondere bei den Tarifverdiensten der Arbeiter, nicht mehr die Streubreite auf wie in früheren Lohnrunden (Tabelle 9).

Tabelle 9

Relative Streuung [1]) der Tarifabschlüsse im Produzierenden Gewerbe [2])

vH

Jahr	Arbeiter	Angestellte
1960	17,0	28,9
1961	17,8	18,8
1962	15,0	10,9
1963	28,4	24,1
1964	19,8	20,7
1965	11,7	11,0
1966	29,7	22,6
1967	27,7	23,7
1968	21,5	19,4
1969	11,4	9,2
1970	13,5	23,2
1971	11,9	8,4
1972	23,4	35,1
1973	12,4	19,4
1974	9,7	7,2
1975	5,9	12,9
1976	8,6	9,4

[1]) Variationskoeffizient (durchschnittliche prozentuale Abweichung der Einzelabschlüsse vom Gesamtdurchschnitt im jeweiligen Jahr).
[2]) Ohne Elektrizitäts- und Gasversorgung, Ausbaugewerbe.

79. Zur Jahresmitte hin, als für fast alle beschäftigten Arbeitnehmer neue Lohn- und Gehaltstarifverträge abgeschlossen waren, wurde immer deutlicher, daß die vereinbarten Lohnsteigerungen nicht zu der tatsächlichen Entwicklung der Konjunktur paßten. Die Unternehmen waren daher bestrebt, einen weiteren Anstieg der Lohnkosten zu vermeiden. Nach wie vor blieben sie bemüht, mit möglichst wenig Arbeitskräften auszukommen. Übertarifliche Löhne wurden bei der Neueinstellung nur selten zugestanden, es sei denn, es galt besonders qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen. Im Jahresdurchschnitt übertrafen die effektiven Stundenlöhne ihr Vorjahresniveau um 7 ½ vH.

80. Die zu Jahresbeginn gehegten Befürchtungen, daß sich importierte Vorprodukte verstärkt verteuern würden, haben sich im Verlauf des Jahres 1977 nicht bestätigt. Dazu trug nicht nur die verhaltene Nachfrage im Inland wie im Ausland bei, sondern auch die weitere Höherbewertung der D-Mark. Die Einfuhrpreise für Rohstoffe und Halbwaren gaben vom Frühjahr an sogar spürbar nach und lagen im Jahresdurchschnitt etwas niedriger als 1976; damals waren sie allerdings stark gestiegen. Die Preise der Investitionsgüter aus ausländischer Produktion verharrten im großen und ganzen auf dem Stand des letzten Jahres. Importierte Verbrauchsgüter verteuerten sich zwar weiter, doch flachte sich der Preisanstieg das Jahr über etwas ab.

81. Kostenentlastend wirkte 1977 auch der nochmalige Rückgang der Zinsen. Mitte des Jahres 1976 hatte es den Anschein gehabt, als könnten die Unternehmen nicht mit einer weiteren Zinssenkung rechnen; teilweise waren die Zinssätze sogar wieder gestiegen. Diese Entwicklung kehrte sich jedoch bereits vor der Jahreswende wieder um. Im Herbst 1977 lagen die Zinsen für langfristige Kredite um mehr als einen Prozentpunkt unter dem vergleichbaren Stand des Vorjahres. Weniger deutlich war die Zinssenkung bei kurzfristigen Krediten (Ziffer 186).

82. Über eine bessere Auslastung der Kapazitäten die Produktivität zusätzlich zu steigern, war den meisten Unternehmen anders als im vorangegangenen Jahr wegen der schwachen Produktionsausweitung kaum möglich. Bei einem Anstieg der Arbeitseinkommen einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber je beschäftigten Arbeitnehmer von 7 ½ vH in der Industrie und von 6 ½ vH in der Gesamtwirtschaft, bedeutete dies, daß die Lohnkosten je Produkteinheit mit 4 ½ vH beziehungsweise knapp 4 vH gegenüber dem Vorjahr wieder spürbar zunahmen. Im Jahr 1976 hatten die Lohnstückkosten in der Industrie ihren Vorjahresstand um 2,4 vH unterschritten, und in der Gesamtwirtschaft waren sie nur um 0,9 vH höher gewesen als ein Jahr zuvor. Sowohl die Entwicklung der Kapitalkosten als auch die der Kosten für importierte Vorleistungen haben 1977 den Anstieg der gesamten Stückkosten gebremst. Im ganzen war die Entwicklung der Lohnkosten aber dominierend; in der Gesamtwirtschaft, vor allem in der Industrie, sind die Stückkosten wieder deutlich gestiegen.

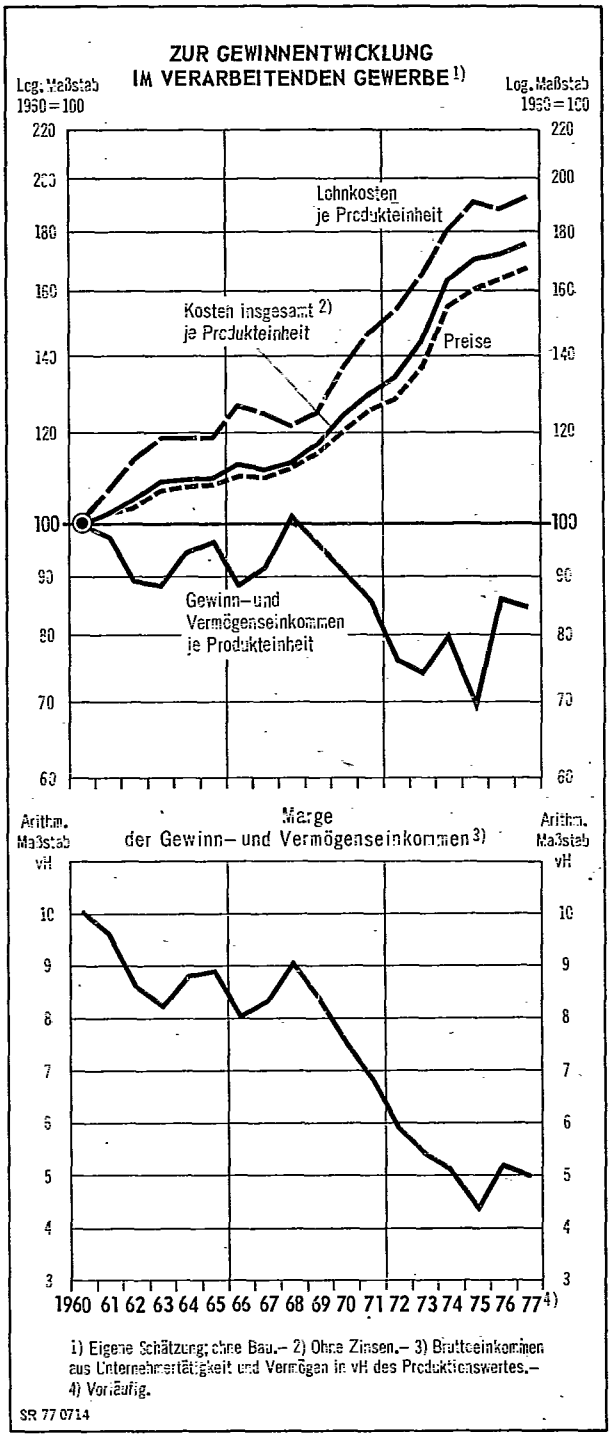
83. Die Gewinnmargen über höhere Preise auszuweiten, ließ die Marktlage nur in wenigen Wirtschaftszweigen zu. Die Preise für industrielle Erzeugnisse stiegen wesentlich langsamer als 1976; vom Frühling an blieben sie insgesamt sogar fast stabil. Stärker als im Vorjahr verteuerten sich lediglich die Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien; außer der zeitweiligen Preishausse bei Kaffee, Tee und Kakao trug dazu auch die Anhebung der Abgaben auf Tabak und Branntwein zu Jahresbeginn bei. Noch weniger als im Inlandsabsatz konnten die Unternehmen ihre Preise auf den Auslandsmärkten erhöhen. Wohl war in den Ländern der meisten Handelspartner der Preisanstieg immer noch kräftiger als in der Bundesrepublik; der Spielraum für eine Erhöhung der D-Mark-Preise wurde jedoch durch die Höherbewertung der Mark weitgehend beseitigt. Im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres 1977 lagen die Ausfuhrpreise für industrielle Erzeugnisse insgesamt um 1 ½ vH über ihrem entsprechenden Vorjahresniveau; im Inlandsabsatz betrug der Abstand 3 vH.

Außerhalb des verarbeitenden Gewerbes ließ der Preisauftrieb nicht in allen Branchen weiter nach. Die Unternehmen im Baugewerbe konnten, vor allem wenn sie im Wohnungsbau tätig waren, merklich höhere Preise durchsetzen. Dort übertraf der Preisanstieg mit 5 vH deutlich den des vergangenen Jahres. In der Landwirtschaft hielt demgegenüber die Tendenz sinkender Preise an. Ein größeres Angebot bei nahezu allen landwirtschaftlichen Produkten bewirkte, daß Agrarerzeugnisse in den ersten neun Monaten des Jahres 1977 im Durchschnitt um 3 vH billiger waren als ein Jahr zuvor.

84. Bei dieser Entwicklung der Erzeugerpreise und dem wieder einsetzenden Kostendruck dürften die Stückgewinne nur wenig gestiegen sein. Abschätzen läßt sich deren Entwicklung aktuell allerdings nur für das verarbeitende Gewerbe. Dort dürften sie sich 1977 im Vergleich zum Jahr 1976 nicht mehr verbessert haben. Die Gewinnmarge, der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am Umsatz, ist in diesem Bereich der Volkswirtschaft sogar eher wieder leicht gesunken (Schaubild 6).

Außerhalb des verarbeitenden Gewerbes haben sich die Gewinnmargen in der Vergangenheit durchaus nicht einheitlich entwickelt. In der Landwirtschaft, in der Energie- und Wasserwirtschaft sowie im Bergbau sind die Gewinnmargen bis zum Jahr 1975, für das die letzten amtlichen Grundzahlen vorliegen, im Trend ebenfalls gesunken. Im Dienstleistungsbe-

Schaubild 6



1) Eigene Schätzung; ohne Bau. – 2) Ohne Zinsen. – 3) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in vH des Produktionswertes. – 4) Vorläufig.

SR 77 0714

reich dagegen haben sie, von kleineren Schwankungen abgesehen, bis zuletzt weiter zugenommen. Zu beachten ist indes, daß die Werte für die Gewinnmargen der einzelnen Bereiche nicht ohne weiteres miteinander zu vergleichen sind. Dies gilt vor allem deshalb, weil die Gewinn- und Vermögenseinkommen, so wie sie statistisch abgegrenzt sind, auch das für die Arbeitsleistung von Selbständigen anzusetzende Entgelt einschließen. Gerade im Dienstleistungsbereich, wo viele Selbständige tätig sind, bestimmt dies die Entwicklung der Gewinnmarge stark mit.

85. Für das Urteil über das Ausmaß des Preisanstiegs schlechthin spielt in der Öffentlichkeit die Entwicklung der Verbraucherpreise nach wie vor die entscheidende Rolle. Auch auf der Verbraucherstufe hat der Preisauftrieb 1977 weiter nachgelassen, jedoch weniger stark als auf der Erzeugerstufe. Am deutlichsten war die Abschwächung des Preisanstiegs bei den Nahrungsmitteln und bei den Wohnungsmieten (Schaubild 7). Die Preise für Dienstleistungen stiegen etwa im selben Maße wie 1976; hier dürfte der wieder verstärkte Lohnkostendruck eine weitere Preisberuhigung verhindert haben. Industriell erzeugte Konsumgüter, die größte Gruppe im Warenkorb der privaten Haushalte, haben sich 1977 großenteils sogar stärker verteuert als im vorangegangenen Jahr. Im Jahresdurchschnitt 1977 waren die Verbraucherpreise insgesamt um 4 vH höher als 1976; von Januar bis Oktober 1977 sind sie mit einer Jahresrate von 3,6 vH gestiegen.

86. Der vergleichsweise langsame Rückgang des Preisauftriebs auf der Verbraucherstufe hat mancherorts Zweifel darüber aufkommen lassen, ob mit weiteren Stabilisierungsfortschritten gerechnet werden kann oder ob nicht eher zu befürchten ist, daß der Preisauftrieb bei einer Belebung der Nachfrage alsbald wieder zunimmt.

Daß die Preisberuhigung auf der industriellen Erzeugerstufe nicht sofort und nicht in vollem Umfang auf die Verbraucherstufe durchschlug, war jedoch zu erwarten. Auch in früheren Jahren war dies nicht anders (Schaubild 8). Wie der längerfristige Vergleich der Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise, insbesondere der Preise für Verbrauchsgüter, und der Verbraucherpreise zeigt, wirken sich Änderungen im Preisanstieg auf der Erzeugerstufe mit Verzögerung auf die Verbraucherpreise aus. Während die Erzeugerpreise 1977 insgesamt kaum mehr stiegen, wirkte auf der Verbraucherstufe noch der Preisschub nach, zu dem es auf der Erzeugerstufe in der ersten Jahreshälfte 1976 gekommen war. Außerdem muß bei der Beurteilung der Preisentwicklung im Jahr 1977 mit im Bild bleiben, daß sowohl bei den Erzeugerpreisen als auch bei den Verbraucherpreisen die merkliche Verteuerung einiger Genußmittel die konjunkturelle Beruhigung des Preiskli-

Schaubild 7

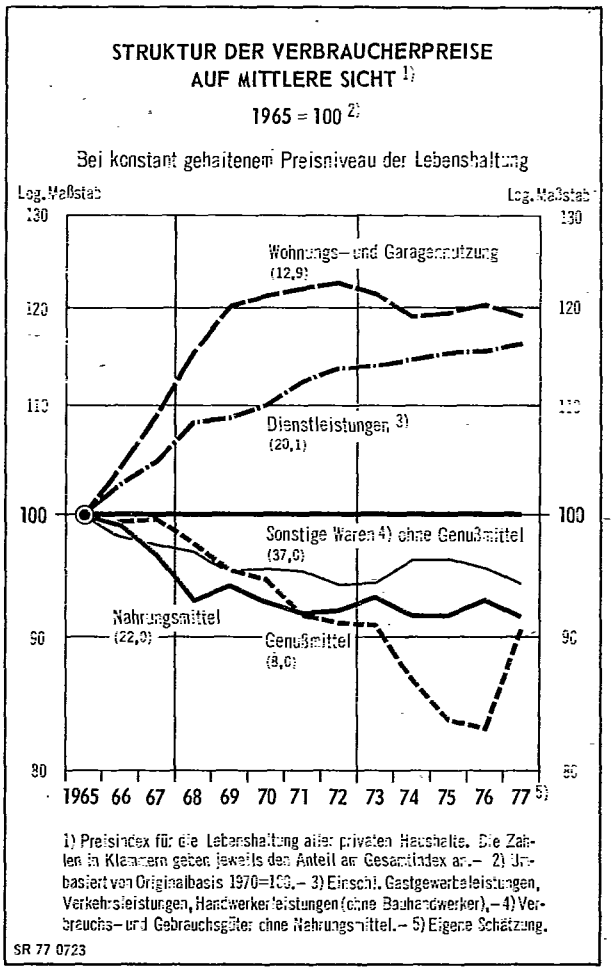
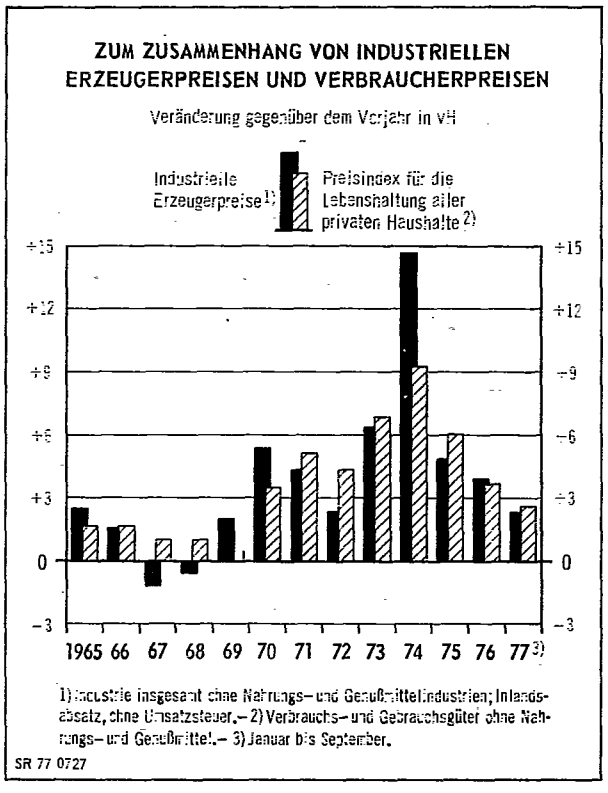


Schaubild 8



mas nicht deutlicher sichtbar werden läßt. Ohne die Preise für Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien gerechnet, betrug der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise in den ersten neun Monaten des Jahres 1977 statt 3 vH nur 2,3 vH; für die privaten Haushalte haben sich Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne die Nahrungs- und Genußmittel im gleichen Zeitraum nur um 2,6 vH verteuert, mit Nahrungs- und Genußmitteln um 3,9 vH. Auch die Preiserwartungen der Produzenten und des Handels deuten darauf hin, daß sich der Trend weiter abnehmender Preissteigerungsraten in den kommenden Monaten fortsetzen wird.

Fehlender Auftrieb für Produktion und Beschäftigung

Nur geringer Produktionsanstieg

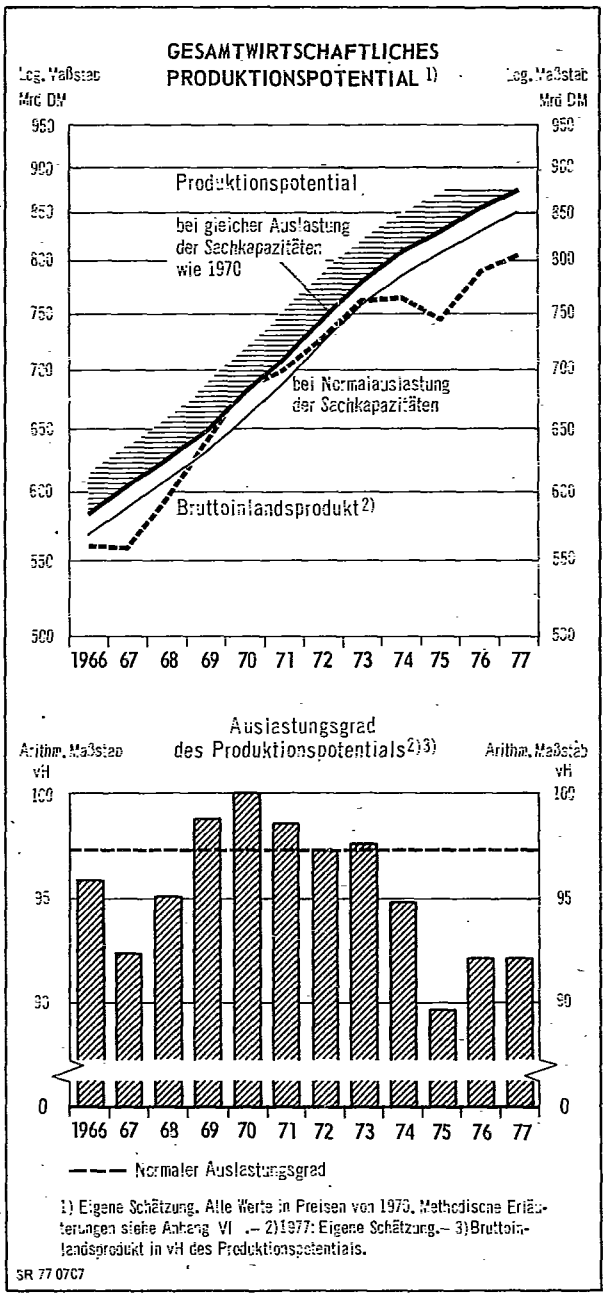
87. Da die konjunkturellen Selbstverstärkungskräfte ausblieben, nahm die Produktion, die in den letzten Monaten des Jahres 1976 kräftig ausgeweitet worden war, in den meisten Wirtschaftsbereichen 1977 nur wenig zu. Das reale Sozialprodukt dürfte lediglich um 2½ vH höher sein als im Vorjahr. Die Zunahme war damit nicht größer als das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials. Mit etwas über 92 vH blieb der Auslastungsgrad um fünf Prozentpunkte unter dem Wert, den man als mittelfristig normal betrachten kann (Schaubild 9).

88. Daß die vorhandenen Kapazitäten kurzfristig wesentlich mehr Produktion und Beschäftigung erlaubt hätten, besagt indes nicht, daß dies auch auf mittlere Sicht so wäre. Das Wachstum des Produktionspotentials, das abhängt von den Bruttoinvestitionen und deren Produktivität sowie von der Menge der ausscheidenden Anlagen, war mit 2½ vH etwa so hoch wie 1976; gegenüber den sechsziger Jahren hat sich die Wachstumsrate halbiert. Darin schlägt sich vor allem die anhaltende Investitionsschwäche nieder. Die Folge dieser Investitionsschwäche ist nicht nur, daß die Möglichkeiten kleiner geworden sind, bei Normalauslastung des Produktionspotentials den materiellen Wohlstand zu steigern, sondern auch, daß weniger Arbeitsplätze vorhanden sind; denn der Kapitalaufwand je Arbeitsplatz ist so stark gestiegen, daß es eines erheblich größeren Anstiegs der Investitionen bedurft hätte, um auch nur so viele Arbeitsplätze neu zu schaffen, wie zugleich wegfielen.

89. *Im Jahre 1977 wurden vom Statistischen Bundesamt für den Zeitraum 1960 bis 1976 umfassend revidierte Ergebnisse für die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgelegt. Eine solche Revision wird in größeren Zeitabständen vorgenommen; die letzte fand 1970 statt. Da sich die Angaben über Kapitalstock und Bruttoinlandsprodukt geändert haben, ergeben sich auch einige Änderungen — wenn auch nicht sehr große — in unserer Schätzung des Produktionspotentials und seiner Auslastung.*

Die Angaben über die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen sind gegenüber den früheren Ergebnissen erheblich korrigiert worden. Der Grund liegt in der Umstellung der Berechnungsmethode. Bisher stützte sich die Schätzung der Investitionen auf Angaben über die Produktion von Investitionsgütern, ergänzt um Unterlagen aus Absatzstatistiken und aus der Außenhandelsstatistik. Diese Methode erlaubte zwar eine Gliederung nach der Art der Investitionsgüter, jedoch keine Unterteilung der Investitionen nach Wirtschaftsbereichen. Die neue Berechnung beruht dagegen auf Angaben der Investoren selbst, so daß eine solche Unterteilung nunmehr möglich ist. Im Ergebnis liegen die Zahlen für die Ausrüstungsinvestitionen beträchtlich, die für die Bauinvestitionen des Unternehmenssektors (ohne Wohnungsvermietung) nur wenig unter den bisher ermittelten Zahlen. Das führte insgesamt dazu, daß der Kapitalstock des Unternehmenssektors, die wichtigste Komponente des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks, nach unten revidiert werden mußte. Auch die jährliche Zuwachsrate ist nach der

Schaubild 9



1) Eigene Schätzung. Alle Werte in Preisen von 1970. Methodische Erläuterungen siehe Anhang VI. — 2) 1977: Eigene Schätzung. — 3) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.

SR 77 0707

Revision im Durchschnitt geringer als vorher, wobei die Unterschiede zwischen alter und neuer Rechnung in den sechziger Jahren größer sind als in den siebziger Jahren.

Die Angaben über das reale Bruttoinlandsprodukt wurden ebenfalls nach unten korrigiert, wenn auch um deutlich weniger als die Angaben über den Kapitalstock. Hier ist die Korrektur vor allem Folge einer veränderten Buchung der unterstellten Bankgebühren, in geringerem Maße beruht sie auch auf neuem statistischem Ausgangsmaterial und verbesserten Berechnungsverfahren. Im Gegensatz zur früheren Rechnung entfallen in der neuen Rechnung die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen im privaten Verbrauch und im Staatsverbrauch. Diese hatten nach dem alten Verfahren 1960 einen Anteil am Bruttosozialprodukt von 0,6 vH, in den letzten Jahren sogar bis zu 1,4 vH. An den Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts hat sich nach der neuen Rechnung in den vergangenen siebzehn Jahren nur wenig verändert. Insgesamt sind sie etwas geringer als bisher.

Die Kapitalproduktivität, das Verhältnis aus Bruttoinlandsprodukt und Kapitalstock, nimmt nach der neuen Rechnung weniger ab als bisher angenommen: der Kapitalstock steigt deutlich langsamer, das Bruttoinlandsprodukt dagegen nur wenig langsamer als nach den früheren Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, das wir auf der Basis des Kapitalstocks und der Kapitalproduktivität schätzen, ist nach der revidierten Rechnung niedriger als nach der früheren, dasselbe gilt für die Zuwachsraten. Da die Angaben über das Bruttoinlandsprodukt ebenfalls nach unten revidiert wurden, ist der Auslastungsgrad des Produktionspotentials im längerfristigen Durchschnitt fast genauso hoch geblieben wie bisher (97¼ vH). Er liegt für die sechziger Jahre nach der revidierten Rechnung etwas niedriger und für die siebziger Jahre um etwa einen halben Prozentpunkt höher als nach der früheren Rechnung.

90. In der verarbeitenden Industrie wuchs das Produktionspotential nach Berechnungen des DIW 1977 sogar nur um rund 1 vH. In diesem Bereich waren die Nettoinvestitionen in den vergangenen Jahren noch stärker zurückgegangen als in der übrigen Wirtschaft. Von 1971 bis einschließlich 1975 hatten die Industrieunternehmen bei steigendem Ersatzbedarf ihre Bruttoinvestitionen um nicht weniger als 30 vH reduziert; deren Anteil an den Bruttoanlageinvestitionen der Volkswirtschaft — ohne den Wohnungsbau gerechnet — hat sich von 26,5 vH auf 20,4 vH vermindert. Auch die positiven Zuwachsraten, die in diesem und im letzten Jahr zu verzeichnen waren, änderten nichts an der Tatsache, daß die Industrieunternehmen weit zurückhaltender investierten als früher.

91. Die kräftigen Auftragseingänge in der zweiten Jahreshälfte 1976 hatten zunächst eine rasche Ausweitung der Produktion in der Industrie, die rund 40 vH der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung leistet, bewirkt. Als Ende des Winters aber deutlich wurde, daß die Anschlußaufträge nicht im erhofften Umfang eingingen, waren die Unternehmen bestrebt, ihre Produktion zu strecken. Im Verlauf des Jahres 1977 stellten sie monatlich nicht mehr her als um die Jahreswende; im Jahresdurchschnitt wurde 2½ vH mehr produziert als 1976 und nur 14 vH mehr als 1970, im Höhepunkt des vorletzten Konjunkturzyklus. Die meisten Verbrauchsgüterhersteller, sowie der Straßenfahrzeugbau und die Elektroindustrie weiteten 1977 ihre Fertigung noch aus, im Bergbau und in der Textilindustrie gab es dagegen Rückgänge; der Maschinenbau und die chemische Industrie stagnierten.

92. Die Ausdehnung der industriellen Produktion, so schwach sie ausfiel, führte 1977 angesichts des geringen Wachstums der Produktionsanlagen im Jahresdurchschnitt noch zu einem Anstieg der Kapazitätsauslastung. Im Verlauf des Jahres kam es jedoch — wenn man saisonale Einflüsse außer acht läßt — zu einem leichten Rückgang.

Nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung entspricht die Kapazitätsauslastung in der Industrie gegenwärtig nahezu dem mittelfristigen Durchschnittswert von 88 vH. Im Gegensatz dazu erreichte der Auslastungsgrad nach den Unternehmensbefragungen, die das Ifo-Institut durchführt, nur knapp 80 vH gegenüber 86 vH im Durchschnitt früherer Jahre. In der Vergangenheit, insbesondere nach der Rezession von 1967, waren die Aussagen der beiden Institute über die Beanspruchung der industriellen Kapazitäten nur wenig voneinander abgewichen. Der erhebliche Unterschied zwischen den beiden diesjährigen Ergebnissen dürfte im wesentlichen auf Unterschieden in der Erfassung der Produktionsanlagen beruhen. Das DIW berechnet den Kapitalstock aus den industriellen Bruttoinvestitionen und den Abgängen aus dem Anlagevermögen, die mit Hilfe von sogenannten Überlebensfunktionen geschätzt werden, denen langjährige Erfahrungswerte zugrunde liegen. Das Ifo-Institut stützt sich dagegen, wie erwähnt, auf Unternehmensbefragungen. Daß die Unternehmen ihre Sachkapazitäten höher einschätzen als das DIW sie berechnet, liegt offenbar vor allem daran, daß sie die Abgänge niedriger ansetzen; die Zugänge liegen fest und gehen im Prinzip in beide Rechnungen mit demselben Wert ein. Vermutlich nutzen viele Unternehmen vorhandene Anlagen heute länger, als es der früheren Erfahrung entspricht. Daß aufgrund vermehrter Konkurse gleichzeitig Produktionsanlagen vorzeitig ausfielen, die Abgänge aus dem Kapitalstock insoweit also zunahmen, wird dagegen weder bei der Befragung der am Markt verbliebenen Unternehmen, noch in der Rechnung des DIW erfaßt.

93. Das Bauvolumen war 1977, obwohl erneut mehr gebaut wurde als im vorigen Jahr, immer noch um 11 vH niedriger als 1972, dem Jahr, nach dem die rasche Verschlechterung der Baukonjunktur begann. Im Mietwohnungsbau beeinträchtigt das Auseinanderklaffen von Marktmieten und Kostenmieten nach wie vor die Baulust (Ziffer 72). Der Bau von Eigenheimen hat dagegen deutlich zugenommen; der Anteil der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern an der Gesamtzahl der neuen Wohnungen hat sich in den letzten Jahren beträchtlich erhöht und beträgt inzwischen 57 vH. Insgesamt dürften 1977 rund 400 000 Wohnungen fertiggestellt werden und damit etwa so viele wie 1976. Diese Zahl liegt um zwei Fünftel unter den

Ergebnissen, die während des Baubooms zu Beginn des Jahrzehnts erzielt wurden, und um rund ein Fünftel unter den Werten, die in den sechziger Jahren üblich waren. Das bedeutet allerdings nicht, daß im Hinblick auf einen mittelfristigen Bedarf gegenwärtig zu wenig Wohnungen gebaut würden. Außerdem hat die Modernisierung von Wohnbauten in den letzten Jahren wesentlich an Bedeutung gewonnen. Ablesen läßt sich diese Tendenz an der vergleichsweise kräftigen Expansion von Produktion und Umsatz im Ausbaugewerbe, an der lebhaften Nachfrage nach Fachkräften für die Gebäudeisolierung, nach Malern, Fliesenlegern und Estrichlegern sowie schließlich an den beträchtlichen Preiserhöhungen, die die Unternehmen des Ausbaugewerbes seit einiger Zeit durchsetzen können.

Am stärksten nahm 1977 die Bautätigkeit für gewerbliche Bauherren zu; diese drängten vielfach auf Abschluß der Bauarbeiten bis zur Jahresmitte, um noch in den Genuß der Investitionszulage zu kommen. In den folgenden Monaten kam es wieder zu einer gewissen Beruhigung. Für öffentliche Auftraggeber wurde in diesem Jahr noch einmal weniger gebaut als im Vorjahr, doch scheint sich seit dem Frühjahr eine Besserung eingestellt zu haben.

Insgesamt dürfte im Bauhauptgewerbe 1977 um 3 vH mehr produziert werden als 1976. Die Auslastung der Kapazitäten ist dabei außerordentlich gering geblieben.

Wenig Änderung in der Beschäftigung

94. Die mäßige Ausweitung der Produktion erforderte 1977 weder zusätzliche Arbeitskräfte, noch war es nötig, die Anzahl der im Durchschnitt geleisteten Stunden zu erhöhen; Beschäftigung und Arbeitsvolumen unterschritten ihren Vorjahresstand sogar leicht, denn die Produktivität, also die Produktion je Beschäftigten oder je Stunde, wurde um 3½ vH beziehungsweise 4 vH und damit etwas stärker als die Produktion gesteigert. In der Industrie dürfte das Produktionsergebnis je Beschäftigten seinen Vorjahresstand um 4½ vH übertreffen, je Stunde gerechnet aber um 5½ vH.

Im längerfristigen Trend hat die gesamtwirtschaftliche Produktion je Stunde jährlich um 5 vH zugenommen, je Beschäftigten gerechnet um 4½ vH. Daß je Kopf weniger zusätzlich produziert wurde als je Stunde, erklärt sich aus der stetigen Abnahme der durchschnittlichen Arbeitszeit; 1960 arbeiteten die Erwerbstätigen jährlich etwa 2 150 Stunden, 1977 waren es mit 1 840 Stunden 14½ vH weniger.

95. Der Trend der Produktivität hängt im wesentlichen davon ab, wie rasch der Einsatz von Maschinen und sonstigen Kapitalgütern pro Arbeitsplatz ausgeweitet wird und wie leistungsfähig die neuen Anlagen im Vergleich mit den ausgeschiedenen sind, nicht zu vergessen die Bedeutung, die bei alledem die Qualifikation der Arbeitskräfte hat. Besonders hohe Produktivitätsgewinne ergaben sich in der Aufbauphase der Wirtschaft nach dem Krieg und auch noch in den sechziger Jahren. Mit den abnehmenden Investitionsquoten hat sich der Trend der Produktivität in den beiden letzten Konjunkturzyklen allmählich abgeflacht. Die Abflachung hängt außerdem damit zusammen, daß der Beitrag des Dienstleistungssektors zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung in den vergangenen Jahren überproportional zugenommen hat. In diesem Bereich ist der Produktivitätszuwachs im allgemeinen deutlich geringer als in der übrigen Volkswirtschaft.

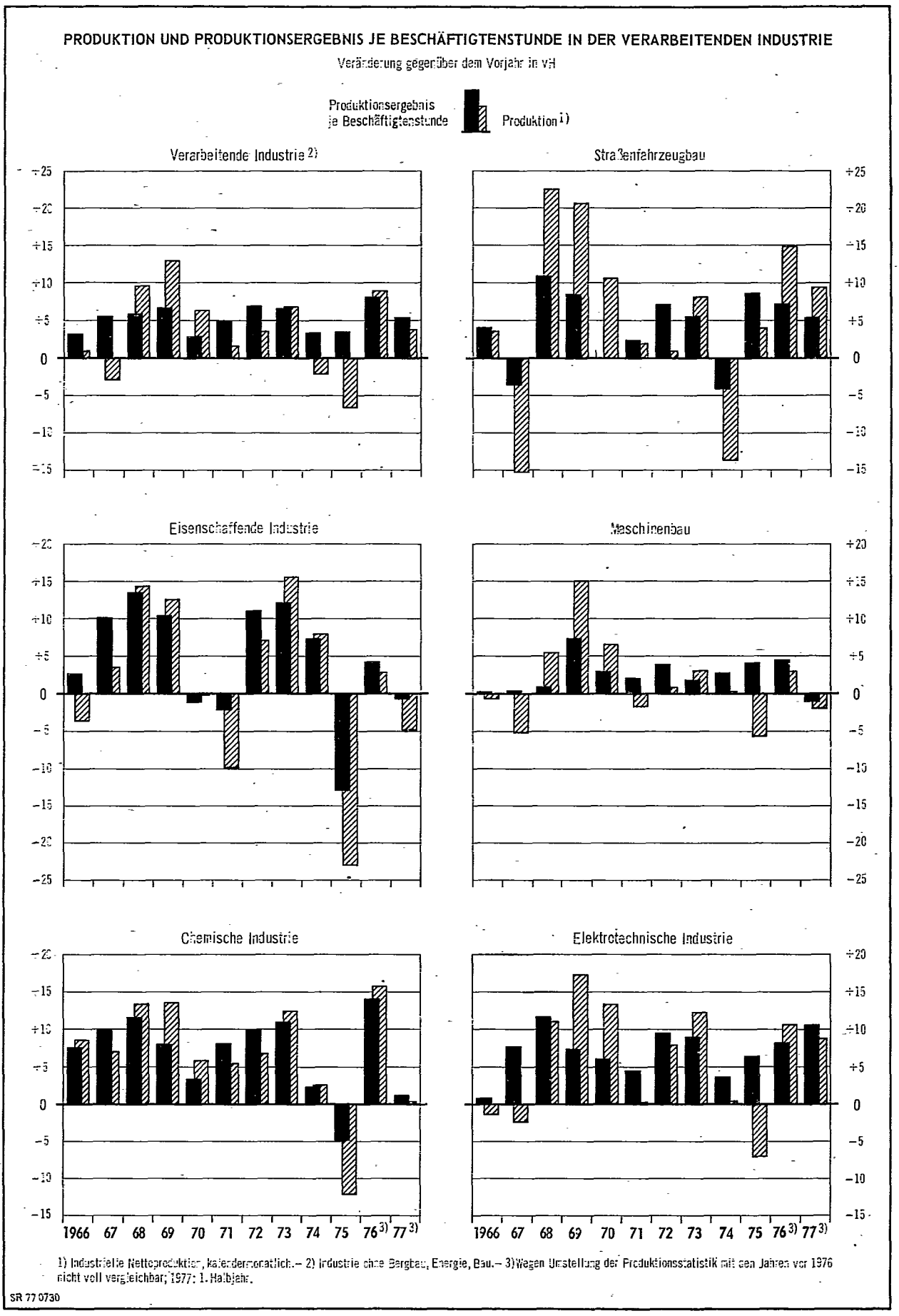
Im internationalen Vergleich sind allerdings sowohl die Investitionsquote als auch die Zuwachsraten der Produktivität noch sehr hoch; in den meisten anderen hochentwickelten Industrieländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten, wird ein geringerer Teil des Sozialprodukts für investive Zwecke verwendet.

96. Die Entwicklung des Produktionsergebnisses je Beschäftigten unterliegt ausgeprägten zyklischen Schwankungen, weil die durchschnittliche Anzahl der Stunden, die je Beschäftigten geleistet werden, im Konjunkturablauf schwankt. Überstunden und Kurzarbeit bilden die beiden Puffergrößen. Auch die Produktion je Arbeitsstunde weist konjunkturelle Ausschläge auf, wenn diese auch weniger ausgeprägt sind. Daran zeigt sich, daß die Unternehmen im Abschwung bestrebt sind, ihre Mitarbeiter zu halten, auch wenn sie diese nicht so effizient einsetzen können wie bei einem höheren Produktionsniveau; Leerlaufzeiten müssen hingenommen werden. Im Aufschwung können dann die so gebildeten Reserven genutzt werden, die Produktion für eine Weile ohne zusätzliche Arbeitsstunden zu steigern. Das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde steigt beschleunigt.

Die zyklischen Ausschläge, die die Arbeitsproduktivität in den einzelnen Wirtschaftszweigen aufweist, sind um so heftiger, je ausgeprägter die konjunkturellen Schwankungen der Produktion sind. Starke Schwankungen gab es etwa in der eisenschaffenden Industrie, in der chemischen Industrie und im Automobilbau; dort kamen während des Zeitraums von 1960 bis 1977 bei der Produktivität zweistellige Zuwachsraten im Aufschwung, aber auch absolute Rückgänge im Abschwung vor. Der Maschinenbau und die Elektroindustrie, die weniger Massengüter herstellen und die daher längere Fertigungszeiten bei ihren Aufträgen haben, sind dagegen Beispiele für eine vergleichsweise stetige Produktions- und Produktivitätsentwicklung (Schaubild 10).

97. Von 1973, dem letzten konjunkturellen Höhepunkt, bis heute ist die Anzahl der Erwerbstätigen um rund 6½ vH auf knapp 25 Millionen gesunken. Im Jahre 1977 waren im Durchschnitt noch einmal fast 90 000 Personen weniger erwerbstätig als im Jahr zuvor. Dieser Rückgang ergibt sich aus einer Zunahme der Anzahl der abhängig Beschäftigten um rund 40 000 und einer Abnahme der Anzahl der Selbständigen um etwa 130 000.

Schaubild 10



1) Industrielle Nettoproduktion, kalendermonatlich. – 2) Industrie ohne Bergbau, Energie, Bau. – 3) Wegen Umstellung der Produktionsstatistik mit den Jahren vor 1976 nicht voll vergleichbar; 1977: 1. Halbjahr.

SR 77 0730

Weiterhin rückläufig war die Beschäftigung in der Bauwirtschaft. Im Bauhauptgewerbe dürfte es gegenüber 1976 zu einem Rückgang der Beschäftigung um rund 5 vH gekommen sein; im Ausbaugewerbe war die Arbeitsmarktlage dagegen wesentlich günstiger. Die Unternehmen der Industrie verringerten ihren Personalbestand nochmals um etwa ½ vH; von 1973 bis 1976 hatten sie ihn um 11 vH abgebaut. Von Branche zu Branche waren 1977 erhebliche Unterschiede zu beobachten. In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien wurden weiterhin mehr Arbeitskräfte entlassen als eingestellt, da nur geringfügig mehr produziert wurde als 1976 und zudem noch beträchtliche Produktivitätsreserven vorhanden waren. Vergleichsweise günstig war die Beschäftigungsentwicklung in einigen Verbrauchsgüterindustrien und in Teilen der Investitionsgüterindustrien, etwa im Automobilbau und in der Elektrotechnik. Der Handel hatte keine Mühe, seinen mäßig gestiegenen Umsatz mit derselben Anzahl von Mitarbeitern wie 1976 zu bewältigen. Banken und Versicherungen, die von der Rezession verschont geblieben waren, vergrößerten dagegen ihren Personalbestand. Die Post und vor allem die Bundesbahn bauten ihn weiter stark ab. Die Gebietskörperschaften, die ihre Personalpolitik nach dem mittelfristigen Bedarf an öffentlichen Dienstleistungen ausrichten sollten, blieben, nachdem sie in Zeiten angespannten Arbeitsmarktes die Anzahl der bei ihnen Beschäftigten kräftig ausgeweitet hatten, 1977 bei ihrem restriktiven Einstellungsverhalten und erhöhten die Anzahl ihrer Bediensteten lediglich um etwa 1 vH (Schaubild 11).

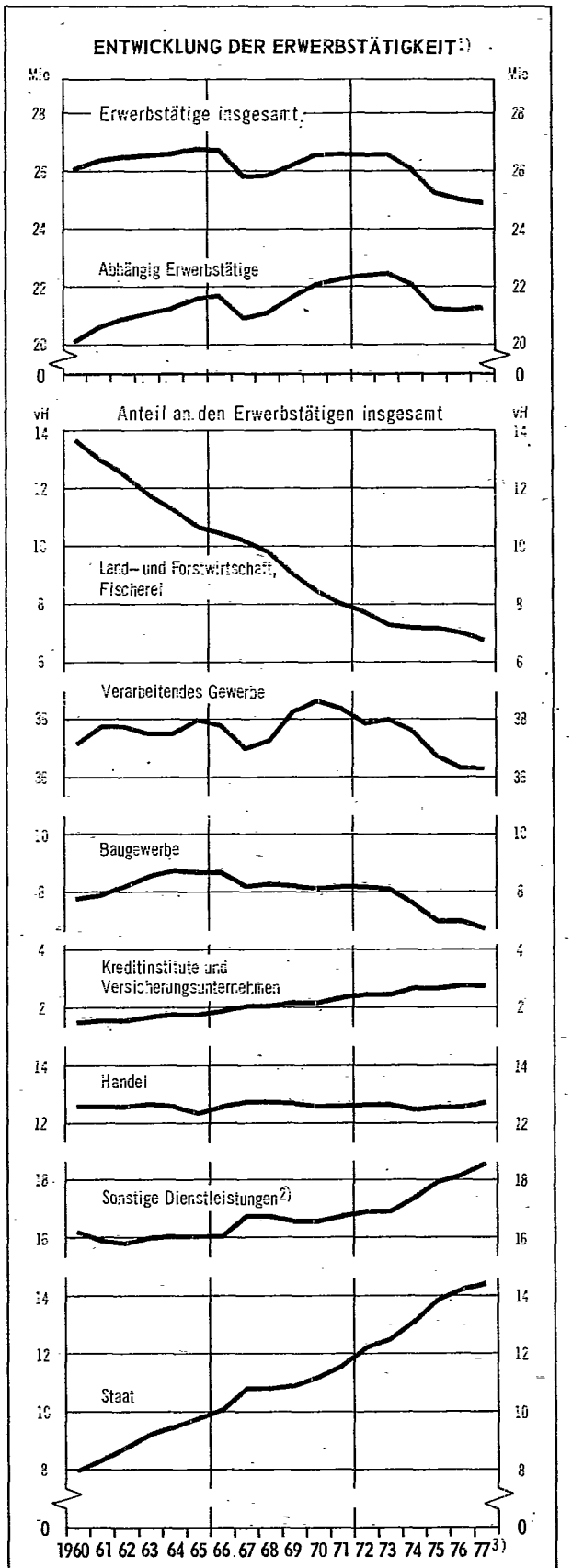
98. Das Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt zeigt sich auch an der niedrigen Zahl der Stellenangebote. Insgesamt wurden von Januar bis Oktober 1977 den Arbeitsämtern 1,9 Millionen Stellen als offen gemeldet, rund 5½ vH weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der durchschnittliche Bestand an gemeldeten offenen Stellen war 1977 nicht höher als in den beiden vorangegangenen Jahren, nämlich rund 235 000. Nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit werden zwar nur rund 40 vH der zu besetzenden Stellen den Arbeitsämtern gemeldet und durch diese vermittelt, so daß der tatsächliche Bestand an offenen Stellen möglicherweise erheblich höher ist als der registrierte; er dürfte 1977 jedoch ebensowenig zugenommen haben wie dieser, denn Anzeichen für einen Rückgang der Einschaltquote der Arbeitsämter liegen nicht vor.

Wie schwach die Auftriebskräfte 1977 waren, wird auch daraus ersichtlich, daß die Kurzarbeit im Jahresdurchschnitt kaum noch weiter zurückging und die Anzahl der geleisteten Überstunden nur mehr wenig stieg.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit kommt nicht voran

99. Das Angebot an Arbeitskräften, gemessen am Erwerbspersonenpotential, ging nach Rechnungen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1977 noch einmal um 70 000 und damit auf 26,6 Mio Personen zurück (Tabelle 10). Der

Schaubild 11



1) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort). – 2) Verkehr und Nachrichtenübermittlung, übrige Dienstleistungen und Wohnungsvermietung, private Haushalte einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. – 3) Eigene Schätzung.

SR 77 0724

Rückgang ergibt sich als Saldo aus einer Verminderung der Anzahl ausländischer Erwerbspersonen um rund 110 000 und einer Zunahme der deutschen Erwerbspersonen um 40 000. Daß diese Zunahme nicht kräftiger ausfiel, obwohl die deutsche Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter 1977 um rund eine Viertelmillion größer war als 1976 und obwohl in der Rechnung unterstellt ist, daß die Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen weiter steigt, beruht auf der fortgesetzten Verkürzung der Berufstätigkeit älterer Personen und auf der anhaltenden Verlängerung der Ausbildungsdauer. Weil geburtenstarke Jahrgänge nachrücken, wird die Anzahl der Personen, die erwerbstätig sind oder sein wollen, in den kommenden Jahren wesentlich rascher zunehmen, bis 1981 voraussichtlich um 400 000. Unterstellt ist dabei allerdings, daß das zehnte Schuljahr nicht rascher als geplant eingeführt und daß die flexible Altersgrenze nicht weiter gesenkt wird.

100. Obwohl die Anzahl der abhängig Beschäftigten leicht stieg und das Angebot an Arbeitskräften, das Erwerbspersonenpotential, noch etwas zurückging, waren 1977 im Jahresdurchschnitt wieder mehr als eine Million Personen arbeitslos gemeldet. Der allmähliche Abbau der Arbeitslosigkeit, der im Herbst 1975 und damit recht bald nach der konjunkturellen Wende eingesetzt hatte, kam um die Jahreswende 1976/77 zum Stillstand und wich, wenn man von saisonalen Einflüssen absieht, für mehr als ein halbes Jahr einem neuerlichen Anstieg. Auch nach der Umkehr dieser Tendenz war die Anzahl der Arbeitslosen in den Herbstmonaten größer als vor Jahresfrist.

Tabelle 10

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt [1]

Jahr	Erwerbspersonenpotential	Erwerbstätige			Arbeitslose	Stille Reserve [4]	Kurzarbeiter	Offene Stellen	Arbeitslosenquote [5]
		Abhängige		Selbständige [3]					
		zusammen	darunter Ausländer [2]						
	1 000								vH
1960	26 398	20 090	279	5 990	271	47	3	465	1,3
1961	26 622	20 580	507	5 861	181	—	3	552	0,9
1962	26 689	20 876	629	5 658	155	—	4	574	0,7
1963	26 782	21 113	773	5 483	186	—	11	555	0,9
1964	26 787	21 349	902	5 269	169	—	2	609	0,8
1965	26 916	21 639	1 119	5 130	147	—	1	649	0,7
1966	26 890	21 650	1 244	5 036	161	43	16	540	0,7
1967	26 540	20 921	1 014	4 896	459	264	143	302	2,1
1968	26 300	21 054	1 019	4 785	323	138	10	488	1,5
1969	26 419	21 636	1 366	4 604	179	—	1	747	0,8
1970	26 719	22 148	1 807	4 422	149	—	10	795	0,7
1971	26 914	22 328	2 128	4 311	185	90	86	648	0,8
1972	26 970	22 360	2 285	4 220	246	144	76	546	1,1
1973	27 071	22 500	2 425 [6]	4 148	273	150	44	572	1,2
1974	26 943	22 092	2 323 [6]	4 063	582	206	292	315	2,6
1975	26 820	21 329	2 061	3 937	1 074	480	773	236	4,8
1976	26 706	21 233	1 925	3 800	1 060	613	277	235	4,7
1977 [6]	26 635	21 272	1 848	3 677	1 030	656	250	235	4,6

[1] Abgrenzung nach dem Inlandskonzept.
[2] 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.
[3] Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.
[4] Erwerbspersonenpotential abzüglich Erwerbstätige und Arbeitslose.
[5] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + Arbeitslose); Berechnung nach dem Inländerkonzept.
[6] Eigene Schätzung.

Quelle: BA (ausgenommen Erwerbstätige und Arbeitslosenquote); Berechnung des Erwerbspersonenpotentials: IAB

101. Die Arbeitslosenzahlen vermitteln für sich genommen nur einen unzureichenden Eindruck vom tatsächlichen Ausmaß der Unterbeschäftigung. Nach Rechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gibt es in diesem Jahr 650 000 Personen, die zwar nicht als Arbeitslose registriert sind, die aber Arbeitsplätze annehmen würden, wenn es geeignete Stellen gäbe. Diese sogenannte stille Reserve ist eine nur unter erheblicher Unsicherheit zu schätzende Größe — sie ergibt sich als Differenz zwischen den statistisch erfaßten Erwerbstätigen und Arbeitslosen auf der einen Seite und dem geschätzten Erwerbspersonenpotential auf der anderen Seite; die Vorbehalte, die gegenüber der Berechnung des Erwerbspersonenpotentials geltend gemacht werden können, insbesondere gegen die Annahme, daß die potentielle Erwerbsbeteiligung der Frauen immer noch steigt, sind also gleichermaßen Vorbehalte gegenüber der Größe der stillen Reserve. Daß diese verdeckte Arbeitslosigkeit gleichwohl alles andere als unbedeutend ist, zeigt folgender Vergleich: Zwischen 1973 und 1976 war die Anzahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik um 1,62 Millionen zurückgegangen, die Anzahl der Arbeitslosen stieg in dieser Zeit aber „nur" um 790 000. Ein Teil der Differenz erklärt sich durch die gleichzeitige Rückwanderung von rund 300 000 Ausländern. Es verbleibt ein Rest von etwa 530 000 Personen. Unterstellt man, daß die Neigung zur Erwerbstätigkeit sich nicht anders als im längerfristigen Trend entwickelt hat, also weiter gesunken ist, dürfte die stille Reserve 1976 um rund 450 000 Personen größer sein als 1973. Wenn die Arbeitskräftenachfrage wieder steigt, werden diese zusammen mit Berufsanfängern, früheren Selbständigen und Arbeitslosen um die Stellenangebote konkurrieren, so daß die Arbeitslosigkeit nicht im selben Maße abnehmen wird wie die Beschäftigung zunimmt.

Die Unterbeschäftigung hatte 1977 — ähnlich wie in den beiden Jahren zuvor — einen Umfang von möglicherweise mehr als dem Anderthalbfachen der ausgewiesenen Arbeitslosigkeit. Die Kosten der durch die Inflation erzwungenen Stabilisierungskrise und der nachfolgenden tiefen Rezession bestehen vor allem darin, daß dieses große Potential so lange Zeit ungenutzt geblieben ist.

III. Niveau und Struktur der Arbeitslosigkeit

102. Nach drei Jahren hoher Arbeitslosigkeit haben sich die Anzeichen dafür verdichtet, daß ein großer Teil der Unterbeschäftigung nicht schon durch eine bessere Auslastung des Produktionspotentials im Laufe eines konjunkturellen Aufschwungs zu beseitigen ist. Überdies tritt immer deutlicher zutage, daß sich die Arbeitslosigkeit in den vergangenen drei Jahren in ihrer Struktur gewandelt hat und daß sich die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit erhöht hat. Die Konzentration des Arbeitsplatzrisikos auf besonders benachteiligte Gruppen ist zum Hauptproblem der Arbeitsmarktpolitik geworden. In Reaktion auf diese Herausforderung versucht man heute auch Einfluß auf die Nachfrage nach Arbeitskräften zu nehmen. Die Ausgaben, mit denen die Anpassung der Qualifkation der Arbeitskräfte an veränderte Anforderungen gefördert wird, sind hingegen erheblich zurückgegangen.

Konjunkturelle und strukturelle Komponenten

103. Nimmt man registrierte Arbeitslose und stille Reserve zusammen, waren 1977 über eineinhalb Millionen Personen ohne Arbeit. Ein erheblicher Teil dieser Unterbeschäftigung beruht sicher darauf, daß das Produktionspotential deutlich schwächer als im mittelfristigen Durchschnitt ausgelastet ist; wie groß dieser Teil ist, hat sich bisher nicht überzeugend beantworten lassen.

Eine Umfrage, die das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und das Münchner Ifo-Institut Anfang 1977 bei Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und der Bauwirtschaft durchführten, ergab, daß in diesen beiden Bereichen der Volkswirtschaft, die zusammen etwa 45 vH aller Erwerbstätigen beschäftigen, kurzfristig 950 000 neue Mitarbeiter benötigt würden, wenn sämtliche technischen Produktionsmöglichkeiten längerfristig voll ausgeschöpft werden könnten. Könnte man dieses Ergebnis als Indikator für die auslastungsbedingte Unterbeschäftigung in der Bundesrepublik nehmen, so wäre die gesamte Arbeitslosigkeit konjunkturell bestimmt. Man darf aber nicht davon ausgehen, daß alle Unternehmen gleichzeitig voll beschäftigt sein könnten. Selbst in Zeiten extremer Anspannung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten sind keineswegs alle Kapazitäten voll ausgelastet; nicht einmal im Boomjahr 1970 war das der Fall. Angesichts des Wandels der Nachfragestruktur muß außerdem wohl bezweifelt werden, ob die vorhandenen Anlagen in vollem Umfang zu der künftigen Nachfrage passen.

104. Um wieviel sich die Beschäftigung kurzfristig erhöhen ließe, könnte man auch auf folgende Weise abzuschätzen versuchen: Unterstellt man, daß es gelungen wäre, das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential 1977 wieder normal auszulasten, daß das Sozialprodukt also im Vorjahresvergleich nicht um 2 ½ vH, sondern um 8 ½ vH gestiegen wäre und daß der Anstieg des Produktionsergebnisses je Beschäftigten ähnlich wie 1969 etwa 6 ½ vH betragen hätte, so hätten rund 500 000 Personen mehr beschäftigt werden können. Dieser Teil der gegenwärtigen Unterbeschäftigung wäre der zu niedrigen Auslastung des Produktionspotentials zuzuschreiben. Freilich ist auch diese Rechnung mit großen Vorbehalten zu versehen, vor allem, weil die Produktivitätsreserven nur unter erheblicher Unsicherheit zu schätzen sind.

105. Ein Teil der Arbeitslosigkeit ist wohl auch auf Unterschiede zwischen den Merkmalen der angebotenen Arbeitsplätze und den Fähigkeiten und Wünschen der Stellensuchenden zurückzuführen (JG 76 Ziffern 106 ff.). Wenn in einzelnen Branchen die Beschäftigung nachhaltig zurückgeht und diese Bran-

chen zudem auf einige wenige Regionen konzentriert sind, so haben es die dort entlassenen Arbeitskräfte schwer, in ihrer näheren Umgebung neue Stellen zu finden. Auch soweit sie bereit und ohne unzumutbare Schwierigkeiten in der Lage sind, in andere Regionen abzuwandern, hätten es viele von ihnen wegen ihrer branchenspezifischen Qualifikation nicht leicht, einen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden.

Die jüngste Rezession hatte zwar im Gegensatz zu der von 1967 zunächst alle Branchen und Regionen ziemlich gleichmäßig erfaßt, so daß die Chancen der Arbeitsuchenden, innerhalb einer bestimmten Zeit einen Arbeitsplatz zu finden, im allgemeinen überall gleich schlecht waren. Seit 1976 ist die Beschäftigungslage jedoch regional und nach Branchen differenzierter geworden. Damit dürften die Unterschiede in den Merkmalen von Angebot und Nachfrage für die Erklärung der Arbeitslosigkeit an Bedeutung gewonnen haben. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist der Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit, der darauf zurückzuführen ist, von 1975 bis 1977 von rund 10 vH auf knapp 18 vH gestiegen.

106. In der öffentlichen Diskussion ist in letzter Zeit die Frage stark hervorgetreten, ob die Höhe der Arbeitslosigkeit nicht in beträchtlichem Maße auch auf ein verändertes Verhalten der Arbeitslosen selbst zurückgeführt werden muß. Dabei wird auf Unternehmen verwiesen, die offene Stellen nur schwer oder gar nicht besetzen können, weil die über das Arbeitsamt vermittelten Arbeitslosen die gebotenen Bedingungen nicht akzeptieren. Dies wird nicht zuletzt damit erklärt, daß die finanzielle Situation der Arbeitslosen heute besser sei als früher und damit die Möglichkeit zugenommen habe, sich mit der Arbeitssuche Zeit zu lassen. Aus der so verlängerten Dauer der individuellen Arbeitslosigkeit ergäbe sich gesamtwirtschaftlich eine erhöhte Arbeitslosenzahl.

Wenn offene Stellen nicht gleich besetzt werden, so wird dieser Argumentation entgegengehalten, mag das auch daran liegen, daß die Unternehmen angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit die Anforderungen an die Qualifikation heraufgesetzt oder auch die angebotenen Entgelte herabgesetzt haben, wodurch es den Stellensuchenden schwerer gemacht wird, sich der veränderten Arbeitsmarktlage anzupassen. Was sich an Anpassung tatsächlich vollzieht, ist gleichwohl nicht gering, zumal nach längerer Stellensuche.

Auch muß berücksichtigt werden, daß eine längere Arbeitslosigkeit nicht nur die Chance bietet, einen günstigen Arbeitsplatz zu finden, sondern daß sie auch Risiken enthält. Wer sich in Zeiten knappen Arbeitsplatzangebots als Arbeitsloser um eine Stelle bewirbt, hat gegenüber dem Arbeitgeber oft eine geschwächte Verhandlungsposition, die sich mit der Dauer der Arbeitslosigkeit noch verschlechtert. Zudem leidet die berufliche Qualifikation unter Umständen während der Zeit der Nichtbeschäftigung. Die sogenannte Wiedereingliederungsquote sinkt deshalb mit der Dauer der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus steigt im Zeitverlauf das Risiko, keinen Arbeitsplatz mehr zu finden, bevor der Anspruch auf Arbeitslosengeld verloren geht, und damit auch die Gefahr, auf Arbeitslosenhilfe, das eigene Vermögen oder die Unterstützung von Angehörigen zurückgreifen zu müssen.

107. *Die finanzielle Situation der meisten Arbeitslosen hat sich seit 1975 merklich verbessert. Bis Ende 1974 betrug das Arbeitslosengeld 62,5 vH, die Arbeitslosenhilfe 52,5 vH vom letzten Nettoentgelt aus abhängiger Beschäftigung. Dabei handelte es sich für die Mehrzahl jedoch um ein fiktives Nettoentgelt, weil die Abzüge vom Bruttoeinkommen für alle gleichermaßen nach den Sätzen der Steuerklasse I (Ledige) vorgenommen wurden, wodurch die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Arbeitslosenunterstützung vor allem bei verheirateten Arbeitnehmern mit Kindern deutlich unter das frühere Nettoeinkommen gedrückt wurde. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, gab es für die Ehepartner und die Kinder eine sogenannte Familienzulage von je 12 DM wöchentlich. Dies zusammen mit der Arbeitslosenunterstützung war jedoch in der Regel weniger als 62,5 vH beziehungsweise 52,5 vH des Nettoeinkommens vor der Arbeitslosigkeit.*

Vom 1. 1. 1975 wurden die Sätze auf 68 vH erhöht. Gleichzeitig entfiel die Familienzulage, und als Bemessungsgrundlage gilt seitdem das tatsächliche frühere Nettoeinkommen; die Regelungen über die Höchstgrenzen wurden beibehalten. Arbeitslose, die etwa in der Steuerklasse III (Verheiratete) waren, erhalten demnach eine deutlich höhere Arbeitslosenunterstützung als zuvor. Der Wegfall der Familienzulage wurde ausgeglichen durch die Erhöhung des Kindergeldes, die ebenfalls zum 1. 1. 1975 in Kraft trat. Insgesamt hat sich durch diese Änderungen der relative Abstand zwischen Arbeitslosenunterstützung und früherem Nettoeinkommen vermindert.

Was allerdings die Arbeitslosenhilfe anlangt, hat die Erhöhung von 52,5 vH auf 58 vH für eine vermutlich große Gruppe nur kompensiert, was seit dem Inkrafttreten des Arbeitsförderungsgesetzes von 1969 an Verschlechterung eingetreten war. Der Teil des Einkommens erwerbstätiger Familienangehöriger von Arbeitslosen, der bei der Bedürftigkeitsprüfung außer Ansatz bleibt, ist nämlich seit 1969 nicht verändert worden und unterlag damit ständig einer inflatorischen Entwertung. Mit dem Haushaltsstrukturgesetz von 1975 wurden zudem für Absolventen von allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen und für Hochschulabgänger die Möglichkeit abgeschafft, unmittelbar nach dem Ende der Ausbildung Arbeitslosenhilfe zu beziehen. Dies ist nur noch möglich, wenn sie innerhalb des letzten Jahres vor der Ausbildung mindestens ein halbes Jahr lang in entlohnter Beschäftigung gestanden haben. Erfüllen sie diese Voraussetzung nicht, sind sie nun also auf Sozialhilfe angewiesen.

108. Daß die finanzielle Situation der Arbeitslosen heute besser ist als früher, muß man in Rechnung stellen, wenn man abschätzen will, ob sich deren Verhalten tatsächlich in einer Weise verändert hat, die für die Zukunft eine längere durchnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit erwarten läßt. Die Verdoppelung der Dauer der Arbeitslosigkeit seit 1974 kann man in einer Zeit hohen gesamtwirtschaftlichen Überangebots von Arbeitskräften gewiß nicht ohne weiteres als Indiz für eine solche Verhaltensänderung nehmen. Ebensowenig läßt sich aber zur Zeit unter Hinweis auf die mit der Dauer der Arbeitslosigkeit abnehmende Eingliederungsquote das

Gegenteil ausreichend belegen. Für sich genommen räumt die finanzielle Besserstellung der Arbeitslosen diesen jedenfalls die Möglichkeit ein, länger mit gleicher Intensität wie früher nach einem passenden Arbeitsplatz zu suchen oder weniger intensiv und deshalb länger. Ersteres ist durchaus eine erwünschte Nebenwirkung der finanziellen Besserstellung; denn längeres intensives Suchen wird dazu führen, daß im ganzen die mit den angebotenen Arbeitsplätzen verbundenen Anforderungen besser zu den Qualifikationen derer passen, die diese Arbeitsplätze besetzen. Weniger intensives Suchen ist mit der sozialen Sicherung nicht gewollt, auch wenn es, solange es nicht überhand nimmt, von der Gesellschaft in Kauf genommen werden mag.

Wie stark die Sucharbeitslosigkeit in ihrer erwünschten und in ihrer tolerierbaren Erscheinungsform auf Dauer zu Buch schlägt und damit den Umfang der Arbeitslosigkeit erhöht, bei dem der angestrebte hohe Beschäftigungsstand als erreicht gelten kann, läßt sich gegenwärtig nicht verläßlich abschätzen, da sich auch die Unternehmen in dieser konjunkturellen Phase mit der Suche nach geeigneten Arbeitskräften für die Besetzung von Stellen Zeit lassen können. Hinreichende Sicherheit über den Teil der Arbeitslosigkeit, der auf einem veränderten Verhalten der Arbeitslosen bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz beruht, kann es erst geben, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften überwiegt. Es ist jedoch zu vermuten, daß sich die Sucharbeitslosigkeit nach 1969 erhöht hat.

109. Neben den erwähnten Gründen mag es noch andere, möglicherweise wichtigere Gründe geben, die dafür sprechen, daß es gegenwärtig und künftig mehr Arbeitslose gibt als früher, die länger nach einer Stelle suchen oder die gar nicht an der Aufnahme einer Tätigkeit interessiert sind:

— Die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Frauen dürfte die Fluktuation am Arbeitsmarkt und auch das Niveau der Arbeitslosigkeit erhöht haben. Frauen wechseln häufig zwischen Ganztags- und Halbtagstätigkeiten oder zwischen Beruf und Haushalt.

— Mit der Anzahl der Zweitverdiener hat vermutlich die Anzahl derer zugenommen, für die der Druck, aus finanziellen Gründen rasch einen neuen Arbeitsplatz annehmen zu müssen, vergleichsweise gering ist.

— Ältere Arbeitnehmer können seit 1973 mit der Vollendung ihres sechzigsten Lebensjahres vorgezogenes Altersruhegeld beziehen, wenn sie in den anderthalb Jahren vor ihrem Antrag mindestens 52 Wochen lang arbeitslos waren. Wollen sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, kann ihnen nicht daran gelegen sein, innerhalb jener Frist eine Arbeit anzunehmen.

— Der Anteil der Absolventen von höheren Schulen, Fachhochschulen und Universitäten nimmt zu. Arbeitsuchende mit höherem Bildungsabschluß brauchen erfahrungsgemäß länger als andere, ehe sie einen Arbeitsplatz gefunden haben, der ihren Vorstellungen entspricht.

110. Alles in allem dürfte die Arbeitslosigkeit, die der Unterauslastung des Produktionspotentials zugerechnet werden kann, zuzüglich der Arbeitslosigkeit, die ihre Ursache in einem veränderten Verhalten der Arbeitsuchenden hat, eine Höhe von mehr als einer halben Million haben. Das entspricht etwa einem Drittel der gesamten registrierten und nicht registrierten Arbeitslosen. Selbst wenn die Gesamtzahl von eineinhalb Millionen etwas überhöht ist, weil unter normalen Verhältnissen wohl nicht mehr so viele eine Arbeit aufnehmen würden, wie es unter den extrem günstigen Arbeitsmarktbedingungen in der Hochkonjunktur 1969/70 der Fall war, verbleibt doch ein erheblicher Mangel an Arbeitsplätzen (Ziffern 326 ff.).

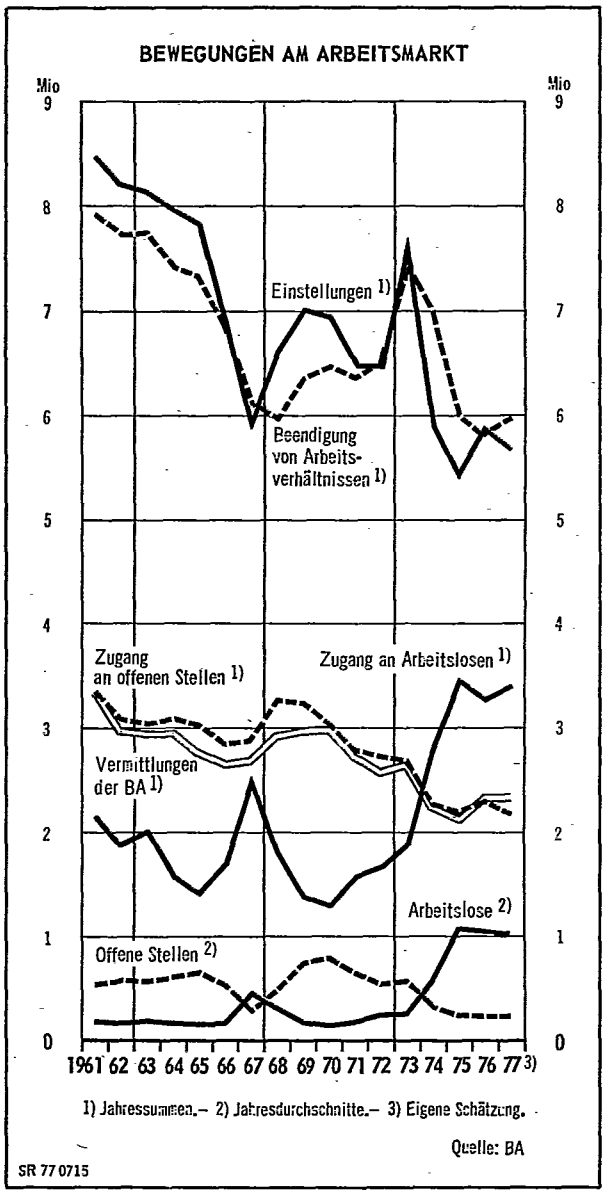
Strukturelle Änderungen am Arbeitsmarkt

111. Seit 1975 haben sich beträchtliche Wandlungen in der Struktur der Arbeitslosigkeit vollzogen. Daten über die Höhe der Arbeitslosigkeit vermitteln nur einen unvollkommenen Eindruck über diese Prozesse. Hinter einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von einer Million, wie sie nunmehr schon drei Jahre lang registriert wird, kann sich beispielsweise verbergen, daß eine Million Personen ein Jahr lang arbeitslos war oder vier Millionen drei Monate lang. Eine Besserung der Beschäftigungssituation kündigt sich zuerst in einer Abnahme der Zahl neu gemeldeter Arbeitsloser an; für die Frühphase eines Aufschwungs ist typisch, daß sich die Dauer der individuellen Arbeitslosigkeit noch verlängert, das Risiko arbeitslos zu werden, jedoch vermindert. An der Höhe der gesamtwirtschaftlichen Arbeitslosigkeit muß sich dadurch zunächst nicht viel ändern, da sich die beiden Faktoren für eine Weile kompensieren können. Eine solche Entwicklung war etwa 1976 zu beobachten, als die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Jahr davor um vier Wochen auf knapp 16 Wochen stieg, die Anzahl der im Jahresverlauf neu gemeldeten Arbeitslosen aber um 5 ½ vH auf 3 ¼ Millionen abnahm, so daß sich am sogenannten Bestand an Arbeitslosen von etwas über einer Million kaum etwas änderte. Ende 1976 kehrte sich dieser Prozeß allerdings wieder um und signalisierte damit frühzeitig die erneute konjunkturelle Abschwächung (Schaubild 12).

112. In den Jahren 1975 bis 1977 waren die Arbeitslosen im Durchschnitt rund 15 Wochen lang arbeitslos; das war mehr als doppelt so lang wie im Rezessionsjahr 1967. Auch hinter dieser Zahl verbirgt sich ein Wandel: Obgleich sich die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in jüngster Zeit nur wenig verändert hat, ist der Anteil der Arbeitslosen, die ein Jahr oder länger ohne Beschäftigung waren, deutlich gestiegen; für die übrigen hat sich die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit verkürzt.

Nach einer Stichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom September 1976 waren die damals befragten Arbeitslosen innerhalb der vorangegangenen zwölf Monate im Durch-

Schaubild 12



schnitt rund anderthalbmal, innerhalb der vorangegangenen drei Jahre knapp zweimal arbeitslos (Tabelle 11). Diese beiden Zahlen dürften in Wirklichkeit vermutlich höher sein, da der September stets ein Monat mit geringer saisonaler Arbeitslosigkeit ist. Durch die Wahl dieses Erhebungsmonats bleibt gerade der Teil der Erwerbstätigen aus dem Bild, für den Mehrfacharbeitslosigkeit typisch ist. Es ist daher nicht möglich, etwa für die Jahre von 1975 bis 1977 die rund zehn Millionen registrierten Fälle von Arbeitslosigkeit durch die Zahl zwei zu teilen und daraus zu folgern, daß etwa fünf Millionen verschiedene Personen in diesem Zeitraum mindestens einmal arbeitslos waren. Tatsächlich dürfte es sich um eine deutlich kleinere Gruppe handeln.

113. Die Fluktuation am Arbeitsmarkt ist wesentlich höher, als es die Daten über die Anzahl derer, die sich als Arbeitslose melden, vermuten lassen; nur in jedem zweiten Fall ist gegenwärtig ein Stellenwechsel mit Arbeitslosigkeit verbunden. Im Jahre 1977 wurden freiwillig oder unfreiwillig rund sechs Millionen Arbeitsverhältnisse beendet und fast ebenso viele neu begonnen. Die Chance der einzelnen, einen Arbeitsplatz zu finden, ist so gesehen also nicht gering. In den Jahren 1974 und 1975 hatten die Freisetzungen noch deutlich überwogen; erst seit 1976 halten ihnen die Neubesetzungen etwa die Waage. Im Vergleich zu 1965 oder 1973 hat sich die Zahl der Einstellungen um rund 2 Millionen pro Jahr vermindert. Angesichts des Rückgangs der Stellenangebote waren offenbar auch die Beschäftigten weniger bereit, ihren Arbeitsplatz zu wechseln.

114. Der Wettbewerb der Arbeitslosen und der Beschäftigten um die Arbeitsplätze hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Es gelingt den Arbeitsämtern rascher, neu gemeldete Stellen an geeignete Bewerber zu vermitteln. Zugleich aber hat die anhaltend ungünstige Relation von Arbeitsuchenden zu offenen Stellen einen Umschichtungsprozeß am Arbeitsmarkt bewirkt, in dessen Verlauf die besser qualifizierten Arbeitnehmer die weniger qualifizierten stärker als sonst verdrängen: Akademiker konkurrieren mit ehemaligen Fachhochschülern, diese mit Absolventen einer kaufmännischen oder gewerblichen Lehre und diese wiederum mit ungelernten Arbeitskräften um die vorhandenen Stellenangebote, und auf allen Stufen sind es die besser Befähigten und besser Motivierten, deren Vorsprung deutlicher als bei angespannter Arbeitsmarktlage zu Buche schlägt. Denn, wie erwähnt, haben nicht nur die Arbeitnehmer mehr Spielraum für eine längere Suchzeit, dies wegen der sozialen Sicherung; auch die Arbeitgeber können sich mehr Zeit lassen, müssen sich nicht mehr damit begnügen, eine Stelle überhaupt besetzen zu können, dies wegen der veränderten Arbeitsmarktlage.

Angesichts dieses Verdrängungsprozesses darf es nicht verwundern, daß in den Augen der Arbeitgeber immer weniger Arbeitslose für die Besetzung freier Arbeitsplätze geeignet erscheinen. Voreilig wäre jedoch der Schluß, man müsse sich schon aus diesem Grunde auf Dauer mit einem wesentlich höheren Niveau an Arbeitslosigkeit abfinden. Eine Normalisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Arbeitskräften würde allemal einen großen Teil auch derer in Arbeit bringen, die heute im Wettbewerb hintan bleiben oder sich selbst nicht vordrängen, sondern mit den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen eines Arbeitslosen eine Zeitlang ganz gut zurechtkommen und mangels ausreichender Nachfrage nach Arbeitskräften im ganzen auch von außen weniger als sonst gedrängt werden, eine freie Stelle anzunehmen.

115. Von den Arbeitslosen hatten im Mai 1977 über die Hälfte keine abgeschlossene Berufsausbildung, ein Fünftel suchte lediglich eine Teilzeitbeschäftigung, ein Viertel war gesundheitlich behindert, 6 vH waren Berufsanfänger, fast ein Achtel war älter als 55 Jahre, etwa die Hälfte waren Frauen. Für viele Arbeitslose treffen mehrere dieser Merkmale zu.

Tabelle 11

Zur Arbeitslosigkeit in ausgewählten Gruppen

September 1976

	Arbeitslosenquote	Von Arbeitslosigkeit betroffene Personen [1]	Häufigkeit [2]	Dauer [3]
			der Arbeitslosigkeit	
	vH		... mal im Jahr	Wochen
Insgesamt	3,9	9,8	1,54	13,5
Nach Geschlecht				
Männer	3,0	7,8	1,60	12,5
Frauen	5,5	12,7	1,47	15,0
Nach Altersgruppen				
unter 25	5,4	19,2	1,49	9,8
25 bis 55	3,4	7,5	1,59	14,9
über 55	5,2	6,3	1,48	29,2
Nach Berufsausbildung				
ohne Berufsausbildung (einschließlich Anlernung)	6,3	15,0	1,66	13,2
Lehre, Berufsfachschule, Fachschule	2,8	7,4	1,45	13,6
Fachhochschule, Hochschule	2,4	6,0	1,25	16,7
Nach Nationalität				
Deutsche	4,0	9,6	1,52	14,3
Ausländer	3,8	13,1	1,74	8,7
Nach Beschäftigungsverhältnis				
Angestellte	3,5	7,9	1,37	16,8
Arbeiter und „übrige"	4,3	11,0	1,66	12,3
Gewünschte Arbeitszeit				
Vollzeit	3,6	9,4	1,56	12,8
Teilzeit/Heimarbeit	9,8	16,5	1,42	21,7

[1] gibt an, wie viele unterschiedliche Personen (in vH der abhängigen Erwerbspersonen) innerhalb des vorangegangenen Jahres arbeitslos geworden sind.
[2] gibt an, wie oft die Arbeitslosen im Durchschnitt während des vorangegangenen Jahres arbeitslos waren.
[3] gibt an, wie lange die Arbeitslosen, die innerhalb des vergangenen Jahres ihre Arbeitslosigkeit beendet haben, im Durchschnitt arbeitslos waren.

Quelle: IAB

116. Im Mai 1977 lag der Anteil derer, die keine abgeschlossene Berufsausbildung besitzen, an den 21,6 Millionen abhängig Beschäftigten bei 33,5 vH, an den 946 000 Arbeitslosen dagegen bei 54 vH. Der Anteil der beruflich weniger qualifizierten Arbeitslosen an der Gesamtarbeitslosigkeit ist überdies nur deshalb nicht noch höher, weil ein besonders großer Teil der Ausländer, die seit Beginn der Unterbeschäftigung in ihre Heimatländer zurückgewandert sind, und der Frauen, die aus konjunkturellen Gründen ihre Erwerbstätigkeit vorübergehend aufgegeben haben, ohne sich arbeitslos zu melden, keine abgeschlossene Berufsausbildung hat. Würden diese Personen noch mit als Arbeitslose gezählt, so würde sich vermutlich zeigen, daß die Arbeitslosenquote der weniger qualifizierten Arbeitskräfte sehr viel stärker gestiegen ist als beobachtet und gegenwärtig nicht bei 7 vH, sondern deutlich über 10 vH läge.

117. Besonders hoch und der Tendenz nach steigend sind die Arbeitslosenquoten seit einiger Zeit in den unteren und in den oberen Altersgruppen, während sie bei den mittleren Jahrgängen deutlich niedriger sind und zudem allmählich zurückgehen (Tabelle 12).

Tabelle 12

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosenquoten in vH [1])

	1973	1974		1975		1976		1977	
	September	Mai	September	Mai	September	Mai	September	Mai	September
Insgesamt	1,0	2,0	2,4	4,4	4,4	4,2	3,9	4,2	4,0
Nach Geschlecht									
Männer	0,7	1,7	2,0	4,1	3,8	3,5	3,0	3,3	3,0
Frauen	1,4	2,8	3,2	5,0	5,5	5,4	5,5	5,7	5,7
Nach Nationalität									
Deutsche	.	.	2,4	4,1	4,2	4,1	4,0	4,1	4,0
Ausländer	0,6	.	2,8	6,9	5,6	4,7	3,8	4,4	4,1
Nach Landesarbeitsamtsbezirken									
Schleswig-Holstein-Hamburg	1,0	2,0	2,3	4,3	4,0	4,2	3,8	4,2	4,1
Niedersachsen-Bremen	1,4	2,6	2,9	5,3	4,9	4,9	4,6	5,2	4,9
Nordrhein-Westfalen	1,2	2,4	2,9	4,5	4,6	4,5	4,4	4,8	4,6
Hessen	0,9	1,9	2,4	4,4	4,3	4,0	3,8	3,6	3,5
Rheinland-Pfalz-Saarland	1,1	2,4	3,0	4,9	5,1	4,6	4,5	4,6	4,7
Baden-Württemberg	0,5	1,0	1,5	3,4	3,6	3,0	2,8	2,7	2,6
Nordbayern	0,8	1,7	2,2	5,0	5,1	4,8	4,5	4,2	4,3
Südbayern	0,8	1,8	2,3	4,3	4,0	3,6	3,5	3,3	3,3
Berlin (West)	0,8	1,7	1,7	3,7	3,3	3,7	3,0	4,1	3,9
Nach Beschäftigungsverhältnis									
Angestellte	0,7	1,5	1,8	2,7	3,2	3,3	3,5	3,4	...
Arbeiter und „übrige"	3,1	2,5	3,0	5,9	5,4	5,0	4,3	4,9	...
Nach Arbeitszeit									
Vollzeitarbeitslose	.	1,8	2,2	4,2	4,1	3,9	3,6	3,8	3,7
Teilzeitarbeitslose	.	5,5	6,1	9,3	9,8	10,1	10,2	11,4	11,1
Nach Berufsausbildung									
Ausbildung (Lehre)	0,7	1,3	1,7	3,1	3,1	3,2	3,0	3,1	...
Berufsfachschule, Fach- und Technikerschule	0,4	0,6	0,7	1,0	1,6	1,6	1,9	1,7	...
Fachhochschule	0,5	1,2	2,0	2,2	2,6	2,5	2,8	2,5	...
Hochschule	0,6	0,8	1,0	1,4	1,7	1,9	2,1	2,5	...
ohne abgeschlossene Berufsausbildung [2])	1,6	3,7	4,3	8,0	7,5	7,0	6,3	7,1	...
Nach Altersgruppen									
unter 20	1,1	2,0	3,6	4,6	6,2	3,8	4,6	4,1	...
20 bis unter 25	1,1	2,5	3,3	6,4	6,5	6,2	6,0	6,3	...
45 bis unter 50	0,8	1,7	1,9	3,5	3,3	3,3	2,9	3,1	...
55 bis unter 60	1,4	2,2	2,5	4,2	4,2	5,2	5,2	5,5	...

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen nach Mikrozensus-Ergebnissen.
[2]) Einschließlich Anlernlinge und Studienabbrecher.

Quelle: IAB

Für jüngere Personen zwischen 20 und 25 Jahren ist festzustellen, daß sie besonders häufig entlassen werden, aber nach vergleichsweise kurzer Zeit wieder einen neuen Arbeitsplatz finden; die hohe Arbeitslosigkeit ist bei ihnen also im wesentlichen Folge des häufigeren Stellenwechsels. Ihr überdurchschnittliches Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren, beruht zum Teil auf ihrem geringen Kündigungsschutz, zum Teil aber auch darauf, daß sie meist nur kürzere Zeit im jeweiligen Unternehmen beschäftigt und daher nicht so betriebsspezifisch qualifiziert sind wie die schon länger Beschäftigten. Jüngere Arbeitnehmer kündigen zudem offenbar auch besonders häufig von sich aus. Angesichts des Mangels an Stellenangeboten nehmen sie oft notgedrungen eine Arbeit an, die mit ihren längerfristigen Berufsvorstellungen kaum in Einklang ist und daher bei erster Gelegenheit wieder aufgegeben wird.

Berufsanfänger haben es schwerer als früher, eine Stelle zu finden; die Anzahl der Arbeitslosen ohne vorherige Berufstätigkeit ist in den letzten beiden Jahren kräftig gestiegen. Dabei handelt es sich vorwiegend um jüngere Personen ohne Berufsausbildung. Allerdings haben es auch Absolventen einer kaufmännischen Lehre, in der Mehrzahl Mädchen, schwer, eine Anfangsstelle zu finden.

Zunehmende Schwierigkeiten beim Eintritt in das Berufsleben haben seit einiger Zeit Akademiker. Einem starken Anstieg der Hochschulabsolventen steht eine deutlich abgeschwächte Nachfrage der privaten Wirtschaft, vor allem aber auch des Staates gegenüber. So war beispielsweise die Anzahl arbeitsloser Lehrer, die eine Anfangsstelle suchen, im Mai 1977 mit knapp 4 000 dreimal so hoch wie vor Jahresfrist. Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit unter Berufsanfängern mit abgeschlossener Hochschul- oder Fachhochschulausbildung in diesem Jahr um über 50 vH gestiegen; sie ist allerdings auch jetzt vergleichsweise niedrig.

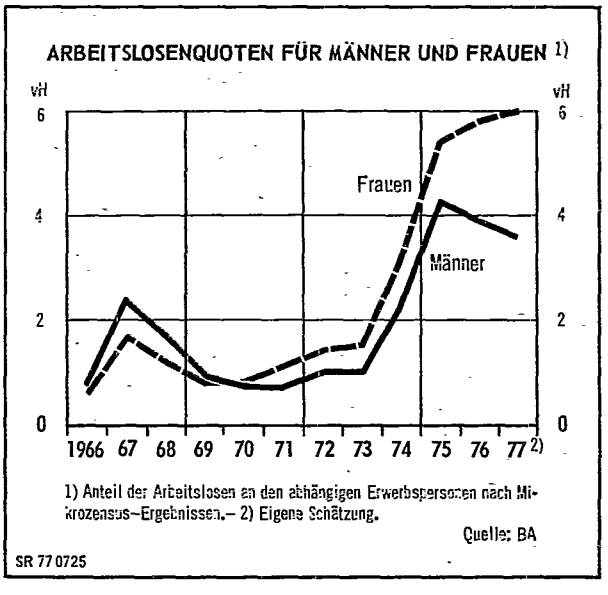
118. Für Jugendliche unter zwanzig Jahren haben sich die Beschäftigungschancen in jüngster Zeit leicht verbessert, und dies, obwohl die Anzahl der Schulabgänger 1976 und 1977 kräftig angestiegen ist. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen ist gegenwärtig nicht höher als die Arbeitslosenquote insgesamt, vor zwei Jahren lag sie noch erheblich darüber. Die Zahlen über die Jugendarbeitslosigkeit vermitteln allerdings ein zu günstiges Bild der tatsächlichen Lage. Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, werden nicht in der Arbeitslosenstatistik, sondern nur in der Berufsberatungsstatistik erfaßt, obwohl auch sie im Grunde ohne Arbeitsplatz sind. Hierbei handelte es sich Ende September 1977 um 27 000 Personen; würden diese zu den arbeitslosen Jugendlichen gerechnet, so wäre deren Anzahl um rund ein Viertel höher. Im internationalen Vergleich ist die Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik dennoch erstaunlich niedrig.

Die Fortschritte, die in letzter Zeit bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen sind, beruhen zum großen Teil darauf, daß die private Wirtschaft ihr Angebot an Lehrstellen seit 1976 merklich ausgeweitet hat. Mit Unterstützung des Bundes haben außerdem die Länder die Anzahl der überbetrieblichen Ausbildungsstätten vermehrt und zusätzliche Mittel für den Ausbau der Berufsfachschulen und für die beschleunigte Einführung des Berufsgrundbildungsjahres bereitgestellt. Das Angebot der Arbeitsämter an Berufsvorbereitungslehrgängen ist ebenfalls nennenswert erhöht worden. Im Jahre 1977 dürften knapp 40 000 Jugendliche an diesen Lehrgängen teilnehmen, das sind rund 25 000 mehr als 1974.

119. Für ältere Arbeitnehmer ist das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren, verhältnismäßig gering; ihr Kündigungsschutz ist gesetzlich und tarifvertraglich in den vergangenen zehn Jahren überdurchschnittlich verbessert worden. Probleme entstehen für sie vor allem dann, wenn Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit ganz oder teilweise einstellen. Sie finden nur schwer einen neuen Arbeitsplatz. Denn in Anbetracht der vergleichsweise kurzen Zeit, die ältere Personen noch berufstätig sein werden, erscheinen den Arbeitgebern vielfach die Kosten der Einstellung und Einarbeitung zu hoch. Zudem fällt es schwer, einmal eingestellte ältere Arbeitnehmer wieder zu entlassen. Je älter Arbeitslose sind, um so geringer ist daher ihre Chance, wieder beschäftigt zu werden. Der Anteil der 55- bis unter 60jährigen an den Arbeitslosen insgesamt betrug im Mai 1977 etwas mehr als 7½ vH, an denjenigen aber, die schon ein Jahr oder länger arbeitslos waren, betrug er 14 ½ vH.

120. Eines der auffälligsten Kennzeichen der gegenwärtigen Lage am Arbeitsmarkt ist die ungewöhnlich hohe Arbeitslosigkeit der Frauen (Schaubild 13). Ein großer Teil der Frauen ist dort tätig, wo die Arbeitsmarktsituation besonders ungünstig ist, nämlich im Dienstleistungssektor und in den Verkaufs- und Büroberufen. Außerdem gehören viele

Schaubild 13

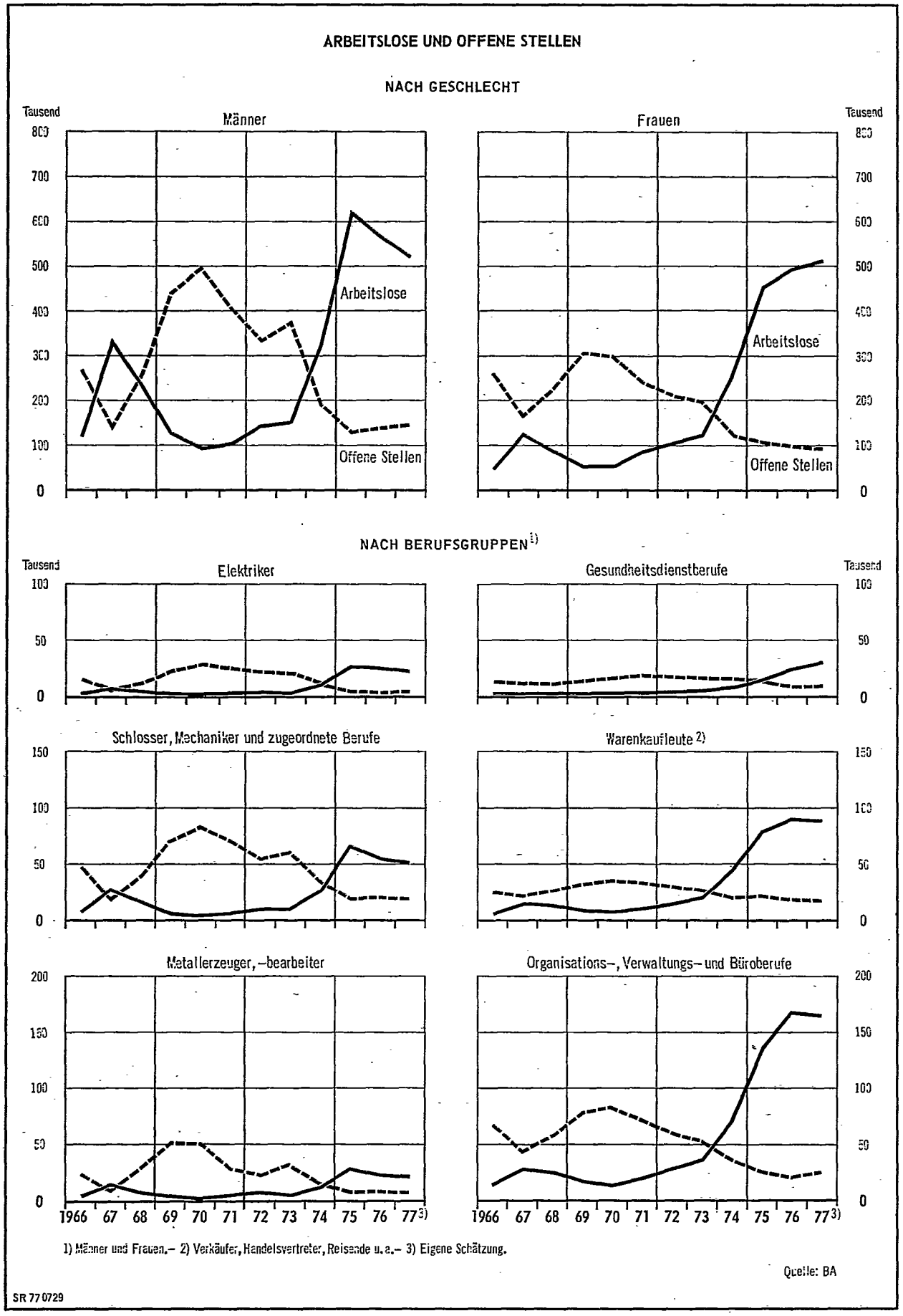


1) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen nach Mikrozensus-Ergebnissen. – 2) Eigene Schätzung.

Quelle: BA

SR 77 0725

Schaubild 14



1) Männer und Frauen. – 2) Verkäufer, Handelsvertreter, Reisende u. a. – 3) Eigene Schätzung.

Quelle: BA

SR 77 0729

Frauen zu der Gruppe der weniger qualifizierten Arbeitskräfte. Teilzeitstellen werden fast ausschließlich von Frauen gesucht. Und für die weiblichen Berufsanfänger werden im Verhältnis weniger Stellen angeboten als für die männlichen.

Im Jahre 1967, während der letzten größeren Rezession, waren die Beschäftigungschancen der Frauen vergleichsweise wenig beeinträchtigt worden. Damals stieg die Arbeitslosenquote der Frauen zwar auch stark an, sie lag aber deutlich unter der der Männer; die Anzahl der Stellenangebote für Frauen übertraf die Anzahl der arbeitslosen Frauen um ein Drittel (Schaubild 14). Der Abschwung beschränkte sich im wesentlichen auf die warenproduzierenden Bereiche der Volkswirtschaft. Die Unternehmen des Dienstleistungssektors und die Verwaltungsabteilungen der Industrie, wo Frauen vor allem beschäftigt sind, sahen daher nur wenig Anlaß, in großem Umfang Personal einzusparen, zumal die konjunkturelle Wende nicht lange auf sich warten ließ und der folgende Aufschwung sehr kräftig ausfiel. Eine hohe Arbeitslosenquote wiesen damals vor allem Arbeitskräfte mit produktionsnahen Berufen auf, in der Mehrzahl also Männer.

Die Arbeitslosenquote der Frauen war erstmals 1970 höher als die der Männer und übertraf diese in der Folgezeit immer mehr. Die Ursachen dafür, daß weibliches Personal schon vor Beginn der Rezession in zunehmendem Maße eingespart wurde, liegen zum großen Teil sicher in den Rationalisierungsfortschritten, die im Warenverkauf und in den Verwaltungen der Unternehmen erzielt wurden. Als der Konjunkturabschwung in voller Breite einsetzte, verstärkten sich die Tendenzen. Jetzt wurden allerdings auch Männer, vor allem Arbeiter, vermehrt entlassen. Während bei diesen aber mit dem beginnenden Aufschwung schon seit Mitte 1975 eine sichtbare Besserung der Situation zu verzeichnen war, verharrte die Anzahl der arbeitslosen Frauen auf dem einmal erreichten hohen Niveau, ja, sie stieg zuletzt sogar weiter. Denn anders als im verarbeitenden Gewerbe nahmen die Entlassungen in den meisten Dienstleistungsbereichen auch 1977 zu. Gegenwärtig sind etwa ebenso viele Frauen arbeitslos wie Männer, obwohl die Anzahl der männlichen Erwerbstätigen knapp 70 vH höher ist als die der weiblichen.

121. Besonders ungünstig entwickelte sich in den letzten Jahren der Markt für Teilzeitarbeit. Für Frauen, die eine Teilzeitbeschäftigung suchen, beträgt die Arbeitslosenquote gegenwärtig 13 vH; dies entspricht einer Zahl von 185 000 und damit einem Drittel aller arbeitslosen Frauen.

Das Angebot an Halbtagsstellen wurde in den sechziger Jahren außerordentlich ausgeweitet; der große Mangel an Arbeitskräften, der damals die Lage am Arbeitsmarkt bestimmte, führte nicht nur zu einer Zuwanderung von fast eineinhalb Millionen Ausländern, sondern zwang die Unternehmen auch, vermehrt solche Frauen einzustellen, die nicht in der Lage waren, den ganzen Tag über zu arbeiten. Die finanziellen Anreize waren entsprechend hoch. Von 1960 bis 1972 stieg der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen an der Gesamtzahl erwerbstätiger Frauen von 6 vH auf 21 vH.

Seitdem stagniert er. Stellenangebote sind rar geworden. Auf zehn arbeitslose Frauen, die halbtags arbeiten möchten, entfiel im Oktober 1977 nur eine offene Stelle. Für Frauen, die eine Ganztagsbeschäftigung anstreben, ist die Relation dagegen fünf zu eins. Bemerkenswert ist, daß über zwei Fünftel der arbeitslosen Frauen, die eine Teilzeitbeschäftigung suchen, vor der Arbeitslosigkeit ganztags beschäftigt war, daß aber nur wenige der zuvor halbtags Beschäftigten jetzt eine Vollzeitstelle suchen. Möglicherweise ist gerade die geringe Chance, in eine Teilzeitstelle vermittelt zu werden, für manche Frauen, die ohnehin aus familiären Gründen aus dem Erwerbsleben ausscheiden wollen, ein Anreiz, sich als Teilzeitarbeitslose registrieren zu lassen und damit die Leistungen der Arbeitslosenversicherung so weit es geht auszuschöpfen. Dies besagt nicht, daß nicht auf längere Sicht die Anzahl der teilzeitarbeitenden Frauen zunehmen kann.

Arbeitsmarktpolitik

122. Die Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik bestehen in der Hauptsache in der Zahlung von Arbeitslosenunterstützung, in der Förderung der beruflichen und regionalen Mobilität sowie darin, das Arbeitsangebot an die Struktur der Arbeitskräftenachfrage anzupassen. Die wichtigsten Aufgaben sind die Arbeitsvermittlung, die Arbeits- und Berufsberatung sowie die berufliche Umschulung und Fortbildung. Die Einwirkung auf das Arbeitsangebot, vor allem durch Förderung der Qualifikation, ist allerdings trotz guter Erfolge in jüngster Zeit eingeschränkt worden.

Im Verlauf der vergangenen Rezession wurde außerdem mit zusätzlich bereitgestellten Mitteln versucht, auch die Nachfrage nach Arbeitskräften zu beeinflussen. Dazu gehören die Zahlung von Kurzarbeitergeld, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und Lohnkostenzuschüsse.

123. Die Ausgaben für Kurzarbeitergeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz (§§ 63 bis 73) sind in der Rezession stark gestiegen. Im Jahre 1975 wurden 2,2 Mrd DM aufgewendet. Für 1977 sind rund 640 Mio DM veranschlagt. Unternehmen können diese Mittel beantragen, wenn sie andernfalls wegen vorübergehenden Auftragsmangels Mitarbeiter entlassen müßten. Wenn man davon ausgeht, daß die betriebsübliche Arbeitszeit bei Kurzarbeit im Mittel um 30 vH gesenkt wird und daß im Jahresdurchschnitt 1977 eine Viertelmillion Kurzarbeiter registriert wurden, so ist rein rechnerisch die Beschäftigung von 75 000 Personen aufrechterhalten worden. Mitnehmereffekte sind aber beim Kurzarbeitergeld nicht auszuschließen. Die Unternehmen haben vielfach gar nicht die Wahl, bei vorübergehenden Produktionseinschränkungen Personal zu entlassen. Die Kosten für Entlassungen und erneute Einstellungen sind hoch und auch die Kündigungsschutz-

gesetze erschweren eine rasche Anpassung des Personalbestands. Ohne die Möglichkeit zur Kurzarbeit müßten die Unternehmen größere Gewinneinbußen in Kauf nehmen. Die Arbeitsverwaltung berichtet auch von Fällen, in denen Unternehmen unmittelbar nach einer Periode der Kurzarbeit dazu übergegangen sind, Sonderschichten einzulegen.

124. Erhebliche Mittel setzt die Arbeitsmarktpolitik seit einiger Zeit ferner für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein (§§ 91 bis 96 AFG). Im Jahre 1977 steht dafür ein Betrag in Höhe von 755 Mio DM zur Verfügung. Mit diesem Geld soll für etwa 38 000 Personen Beschäftigung geschaffen werden. Gefördert werden Arbeiten, an denen ein öffentliches Interesse besteht und die sonst nicht, nicht in demselben Umfang oder erst zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt würden. Nach den Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes werden Maßnahmen bevorzugt, die die Voraussetzungen für eine dauerhafte Beschäftigung von Arbeitslosen schaffen und strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt verringern. Zielgruppen sind vor allem Landarbeiter und Arbeitskräfte mit Büro- und Verwaltungsberufen sowie neuerdings auch Arbeitskräfte mit sogenannten ambulanten sozialen Dienstleistungsberufen. Eingestellt werden besonders ältere Arbeitslose; Frauen und beruflich weniger qualifizierte Personen, auch Teilzeitarbeitskräfte sollen verstärkt beschäftigt werden. Durchgeführt werden die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen meist von Gemeinden, aber auch Unternehmen der Privatwirtschaft können sich um Mittel bewerben. Sie alle erhalten einen Zuschuß von mindestens 60 vH zu den Lohnkosten der Arbeitnehmer, die ihnen vom Arbeitsamt zugewiesen werden. Über die Förderungsfrist bestimmt die Bundesanstalt für Arbeit im Einzelfall.

Die starke Ausweitung der Ausgaben für diese Maßnahmen entspricht der Notwendigkeit, der Konzentration der Arbeitslosigkeit auf einzelne Problemgruppen entgegenzuwirken. Zwar sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weniger dazu geeignet, das Hauptproblem vieler Arbeitsloser, ihre ungenügende berufliche Qualifikation, zu beheben. Aber im Schwerpunkt sind diese Maßnahmen wohl ohnehin auf die Beschäftigung solcher Arbeitnehmer gerichtet, deren Fähigkeit zum Erwerb anderer und vor allem höherer Qualifikation aus diesem oder jenem Grund begrenzt ist.

125. An Gewicht gewonnen haben in jüngster Zeit auch Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber, die schwer vermittelbare Arbeitslose einstellen. Zwei Arten von Zuschüssen werden gewährt: Die sogenannten Eingliederungshilfen (§ 54 AFG) sollen dazu beitragen, die Wettbewerbsposition bestimmter Gruppen am Arbeitsmarkt zu stärken. Vor allem längerfristig Arbeitslosen soll die Rückkehr ins Erwerbsleben leichter gemacht werden, damit sich nicht allmählich ein harter Kern an Arbeitslosen bildet. Für 1977 sind 345 Mio DM vorgesehen, mit denen 86 000 Einstellungen gefördert werden können. Des weiteren können Einarbeitungszuschüsse gewährt werden (§ 49 AFG), die es den Unternehmen erleichtern sollen, umgeschulte Arbeitslose einzustellen. Hierfür stehen etwa 50 Mio DM zur Verfügung. Im ersten Fall wird den Unternehmen für zwei Jahre, im zweiten Fall für ein Jahr eine Subvention in Höhe von 60 vH des tariflichen oder ortsüblichen Arbeitsentgelts gezahlt.

126. Ein traditioneller Ausgangspunkt der Arbeitsmarktpolitik ist die Beobachtung, daß es zu jeder Zeit eine beträchtliche Anzahl von offenen Stellen gibt, die nur schwer zu besetzen sind. Für einige Berufe, etwa für Bergleute, Baufacharbeiter, Tischler und Köche besteht auch gegenwärtig noch ein vergleichsweise großer Bedarf; Arbeitskräfte mit anderen Berufen, vor allem Warenkaufleute und Büroangestellte, haben nur eine geringe Chance, einen passenden Arbeitsplatz zu finden. Zudem besteht auch ein regionales Gefälle in den Beschäftigungsmöglichkeiten. In den Arbeitsamtsbezirken Nordbayern, Rheinland-Pfalz/Saarland, Niedersachsen/Bremen kommt auf fünf Arbeitslose eine offene Stelle. In Baden-Württemberg, am anderen Ende der Skala, beträgt die Relation zwei zu eins; seit 1975 ist sie dort merklich kleiner geworden. Durch berufliche und regionale Mobilitätsförderung sollen die Arbeitslosen in die Lage versetzt werden, die vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten besser zu nutzen.

127. Für berufliche Fortbildung und Umschulung (§§ 41 bis 47 AFG) sind 1977 1,4 Mrd DM veranschlagt. Die Teilnahme an Weiterbildungskursen verbessert erfahrungsgemäß für Arbeitslose nicht nur die Chance, wieder eine neue Anstellung zu finden, sondern qualifiziert sie auch für eine höherwertige und damit konjunkturell stabilere Beschäftigung. Unter diesem Gesichtspunkt ist es bedenklich, daß diese Kurse seit 1976 immer weniger Zuspruch finden. Während sie 1975 noch von 131 000 arbeitslosen und nicht arbeitslosen Personen besucht wurden, dürften es 1977 nur noch 70 000 sein. Durch das Haushaltsstrukturgesetz vom Dezember 1975 wurde das Unterhaltsgeld für die Teilnehmer von generell 90 vH des früheren Nettoeinkommens auf 80 vH für die gesenkt, die zuvor arbeitslos oder unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht waren oder die keinen beruflichen Abschluß besaßen, und auf 58 vH für die übrigen, bei denen keine dieser drei Voraussetzungen erfüllt ist. Außerdem ist der Anspruch auf Unterhaltsgeld seitdem, wie das Arbeitslosengeld, von einer Anwartschaftszeit abhängig. Die Folge der veränderten Bedingungen war nicht nur, daß — wie dies wohl beabsichtigt war — die Anzahl jener Teilnehmer drastisch abnahm, die nicht zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes gehören, sondern auch daß die Anzahl der arbeitslosen und ungelernten Teilnehmer zurückging. Ohnehin ist es ein Dauerproblem der Arbeitsmarktpolitik, daß die Gruppe am unteren Ende der Qualifikationsskala eine besonders geringe Motivation für Anstrengungen zur Höherqualifikation aufweist.

128. Dem regionalen Arbeitsmarktausgleich dienen die Mobilitätshilfen, die nach dem Bundespro-

gramm vom November 1976 erheblich aufgestockt worden sind. Arbeitslose sind in der Regel eher bereit, ihren Beruf zu wechseln oder ihre Einkommensansprüche zu reduzieren als an einen anderen Wohnort zu ziehen. In besonderem Maße gilt das für verheiratete Frauen, die die Möglichkeit eines Umzugs meist gar nicht haben. Obwohl das Programm finanziell sehr großzügig bemessen ist (JG 76 Ziffer 94), wird es bislang nur wenig genutzt. In den Fällen, in denen Mittel für den Umzug und die Einrichtung einer Wohnung vergeben werden, dürfte es sich zudem nicht immer um Arbeitslose handeln, die nicht auch ohne diese Unterstützung umgezogen wären. Die Mobilitätszuschüsse sind vielfach wohl vor allem Einkommenshilfen für Arbeitslose. Die finanziellen Lasten, die mit dem Umzug an einen anderen Arbeitsort verbunden sind, werden durch solche Zuschüsse zum Teil erheblich gemildert.

129. Geringe Fortschritte hat die Arbeitsmarktpolitik bisher bei der Beschäftigung von Frauen erzielt, die eine Teilzeitarbeit suchen. Entgegen den Zielsetzungen des Arbeitsförderungsgesetzes (§ 2) und trotz wiederholter Absichtserklärungen der Regierung und gewisser Anstrengungen, das Angebot an Teilzeitstellen im öffentlichen Dienst, insbesondere auch solcher für qualifiziertere Arbeitskräfte, auszuweiten, hat sich die Arbeitslosigkeit von Frauen, die eine Teilzeitstelle suchen, in den vergangenen Jahren stark erhöht.

130. Wirksamer als die eigentlichen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik war bisher der Anwerbestopp für Arbeitskräfte aus Ländern außerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der im November 1973 eingeführt wurde, um die Integrationsprobleme zu verringern, die aus einer zu starken Zunahme der Ausländerbeschäftigung erwachsen, und der in Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit auf absehbare Zeit in Kraft bleiben dürfte. Diese Maßnahme trug wesentlich dazu bei, die Anzahl ausländischer Arbeitskräfte, nicht beschäftigte eingerechnet, innerhalb von vier Jahren um rund 400 000 Personen zu vermindern und so das Arbeitsangebot der schwachen Nachfrage anzunähern. Man kann dies jedoch auch als eine Rückverlagerung von Beschäftigungsproblemen in Länder sehen, die unter noch größerer Unterbeschäftigung leiden als die Bundesrepublik.

Es ist zweifelhaft, ob die Anzahl ausländischer Arbeitskräfte in den kommenden Jahren noch ebenso rasch vermindert werden kann wie bisher. In jüngster Zeit hat sich die Abwanderung bereits merklich verlangsamt. Wichtige Gründe dafür sind, daß sich die allgemeine Beschäftigungslage kaum weiter verschlechtert hat und daß mehr und mehr Kinder von Ausländern ins erwerbsfähige Alter kommen. Zudem scheint der Anwerbestopp nicht nur die Zuwanderung in die Bundesrepublik gebremst zu haben, sondern er hat wohl auch dazu geführt, daß Ausländer mehr als früher zögern abzuwandern, weil die Chance für eine spätere Rückkehr geringer geworden ist.

IV. Keine weitere Korrektur der Verteilung

131. Die Verteilung der Markteinkommen hat sich 1977 wieder leicht zugunsten der Arbeitnehmer verändert. Gewerkschaften wie Arbeitgeber hatten auf einen zügigen Fortgang des Aufschwungs gesetzt. Im nachhinein zeigte sich jedoch, daß beide Tarifvertragsparteien das Ausmaß der konjunkturellen Erholung überschätzt hatten. Wohl vermochten die Gewerkschaften respektable Lohnsteigerungen durchzusetzen; die Zahl derer, die ohne Arbeit sind, blieb aber fast unverändert hoch. Die Unternehmer konnten bei den gegebenen Kosten und den begrenzten Preiserhöhungsspielräumen ihren Absatz nicht noch einmal so stark wie im vorigen Jahr ausweiten; dafür war die Nachfrage zu schwach.

Der Anteil der staatlichen Einkommenszahlungen an den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte — das sind jene Einkommen, die nach Abzug aller Abgaben den Haushalten für Konsum und Sparen verbleiben — war 1977 etwa ebenso hoch wie im vorausgegangenen Jahr. Im gleichen Maße, wie diese Einkommenszahlungen zugenommen haben, hat sich auch die Belastung der Arbeitseinkommen, der verteilten Gewinne und der Vermögenseinkommen erhöht.

132. Als sich abzeichnete, daß die konjunkturelle Erholung nicht den Erwartungen entsprach, waren die für den Verlauf der Lohnrunde entscheidenden Abschlüsse schon getätigt (Tabelle 13). Zusätzliche freiwillige Lohnnebenleistungen wurden nun freilich kaum gewährt. Die Anzahl der geleisteten Überstunden nahm nur noch geringfügig zu. Daß die Erhöhung der effektiven Stundenlöhne mit 7½ vH den Anstieg der tariflichen Lohnsätze je Stunde trotzdem noch etwas übertraf (Ziffer 79), hängt überwiegend damit zusammen, daß zahlreiche tariflich vereinbarte Nebenleistungen nicht bei den Tariflöhnen, sondern nur bei den Effektivlöhnen erfaßt werden. Da die Unternehmen kaum neue Arbeitskräfte einstellten, die Anzahl der bezahlten Arbeitstage geringer war als im vergangenen Jahr und außerdem die Kurzarbeit nochmals leicht zunahm, ist die Summe aller in der Volkswirtschaft bezahlten Löhne und Gehälter im Jahre 1977 mit 7 vH etwas weniger gestiegen als der effektive Stundenlohn. Für den einzelnen Arbeitnehmer ergibt sich eine Zunahme seines Arbeitseinkommens um 6,8 vH; das war sogar etwas weniger als im Jahre 1976 (7 vH).

133. Inwieweit dem Anstieg der Reallöhne Produktivitätsfortschritte gegenüberstehen, läßt sich an der Reallohnposition der Arbeitnehmer ablesen. Im Jahre 1977 war wegen nur mäßig steigender Produktion das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen in der privaten Wirtschaft nur um 3 vH höher als im vorausgegangenen Jahr, in dem es noch um

Tabelle 13

Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse

Monat		
1976		
Dezember	Eisen- und Stahlindustrie — Nordrhein-Westfalen und Klöckner Hütte Bremen Begünstigte: 226 000	Die Tariflöhne und die Tarifgehälter werden zum 1. November 1976 um 6 vH angehoben. Der tarifliche Jahresurlaub wird ab dem 1. Januar 1977 für alle Altersstufen um einen Tag verlängert. Die Laufzeit der Urlaubsregelung beträgt drei Jahre. Die Ausbildungsvergütungen werden für das erste und zweite Ausbildungsjahr um 28 DM monatlich, für das dritte und vierte Ausbildungsjahr um 33 DM erhöht. Die bisherigen Bestimmungen über stahltypische Zuschläge werden verlängert und sind erstmals zum 31. Oktober 1977 kündbar. Die Laufzeit der Lohn- und Gehaltstarifverträge beträgt zwölf Monate. Die vermögenswirksamen Leistungen werden von monatlich 26 DM auf 39 DM zum 1. Januar 1977 und auf 52 DM zum 1. Januar 1980 erhöht.
	— Stahlwerk Peine Salzgitter Begünstigte: 22 500	Die Tariflöhne und Tarifgehälter werden zum 1. November 1976 um 6 vH erhöht. Der tarifliche Jahresurlaub wird ab dem 1. Januar 1977 für alle Altersstufen um einen Tag verlängert. Die Laufzeit der Urlaubsregelung beträgt drei Jahre. Die Ausbildungsvergütungen werden für alle Ausbildungsjahre um 32 DM erhöht. Die Laufzeit der Lohn- und Gehaltstarifverträge beträgt dreizehn Monate. Die vermögenswirksamen Leistungen werden von monatlich 26 DM auf 39 DM zum 1. Juli 1976 und auf 52 DM zum 1. Januar 1980 erhöht.
	— Saarland Begünstigte: 36 000	Die Tariflöhne und Tarifgehälter werden zum 16. November 1976 um 6 vH angehoben. Der tarifliche Jahresurlaub wird ab dem 1. Januar 1977 für alle Altersstufen um einen Tag verlängert. Die Laufzeit der Urlaubsregelung beträgt drei Jahre. Eine neue Urlaubsgeldregelung, die bis zum 31. Dezember 1977 läuft, wird vereinbart. Arbeitnehmer unter 26 Jahren erhalten 39 Prozent, Arbeitnehmer unter 31 Jahren 43 Prozent und Arbeitnehmer über 30 Jahren 48,5 Prozent eines Monatseinkommens als Urlaubsgeld. Die Ausbildungsvergütungen werden für das erste und zweite Ausbildungsjahr um 28 DM monatlich, für das dritte und vierte Ausbildungsjahr um 33 DM erhöht. Die Laufzeit der Lohn- und Gehaltstarifverträge beträgt 12½ Monate. Die vermögenswirksamen Leistungen werden von monatlich 26 DM auf 39 DM zum 1. Januar 1977 und auf 52 DM zum 1. Januar 1980 erhöht.
1977		
Januar	Sozialversicherung	Ab 1. Januar beträgt die Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten und die Arbeitslosenversicherung 3 400 DM (1976: 3 100 DM), für die knappschaftliche Rentenversicherung 4 200 DM. In der Krankenversicherung erhöht sich die Beitragsbemessungsgrenze von 2 325 DM auf 2 550 DM. Für das Jahr 1977 beträgt der Beitragssatz zu den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten 18 vH, zur knappschaftlichen Rentenversicherung 23,5 vH und zur Arbeitslosenversicherung 3 vH des Bruttoarbeitsentgeltes.
	Groß- und Außenhandel — Hessen Begünstigte: 90 000	Mit Wirkung vom 1. Februar 1977 werden die Tariflöhne und -gehälter um 6,95 vH heraufgesetzt. Ab 1. August 1977 werden die vermögenswirksamen Leistungen von 13 DM auf 26 DM monatlich angehoben. Die Laufzeit des Lohn- und Gehaltstarifvertrages beträgt zwölf Monate; der Vertrag über die vermögenswirksamen Leistungen kann erstmals zum 31. Januar 1979 gekündigt werden.
Januar/ Februar	Metallverarbeitende Industrie Begünstigte: 3 790 000	Die Tarifverdienste werden ab 1. Januar 1977, im Tarifgebiet Bayern und in den VW-Werken ab 1. Februar 1977, um 6,9 vH heraufgesetzt. Die Ausbildungsvergütungen werden ebenfalls um diesen Prozentsatz erhöht. Die Laufzeit der Tarifverträge beträgt zwölf Monate.

noch Tabelle 13

Monat		
1977		
Februar	Öffentlicher Dienst — Arbeiter und Angestellte Begünstigte: 1 950 000	Die Einigung der Tarifvertragsparteien sieht eine lineare Anhebung der Tariflöhne und -gehälter und der Ausbildungsvergütungen um 5,3 vH sowie ein einheitliches Urlaubsgeld von 150 DM (für Auszubildende 100 DM) ab 1. Februar 1977 vor. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge haben eine Laufzeit von dreizehn Monaten. Als Ausgleich für die längere Laufzeit wird ein sogenanntes Streckungsgeld in Höhe von 100 DM (für Auszubildende 30 DM) vereinbart. Die unteren Einkommensgruppen (bis BAT VII) erhalten einen zusätzlichen Urlaubstag (Arbeitnehmer über 30 Jahre) beziehungsweise zwei zusätzliche Urlaubstage (Arbeitnehmer unter 30 Jahre). Das Urlaubsgeldabkommen wird für die Dauer von zwei Jahren geschlossen. Der Vertrag über die vermögenswirksamen Leistungen wird bis zum 31. Dezember 1977 verlängert.
März	Bundesbahn und Bundespost — Arbeiter und Angestellte Begünstigte: 386 000	Rückwirkend zum 1. Februar 1977 werden die Löhne und Gehälter für die Arbeiter und Angestellten sowie die Ausbildungsbeihilfen um 5,3 vH erhöht. Außerdem wird ein Jahresurlaubsgeld von 150 DM (für Auszubildende 100 DM) und eine einmalige Zulage von 100 DM (für Auszubildende 30 DM) vereinbart. Der Jahresurlab wird für die Arbeiter und Angestellten bei Bundesbahn und Bundespost mit niedrigen und mittleren Einkommen um einen Tag beziehungsweise zwei Tage verlängert. Die Laufzeit der Lohn- und Gehaltstarifverträge beträgt dreizehn Monate.
	Gebietskörperschaften, Bundesbahn und Bundespost — Beamte Begünstigte: 1 500 000	Die Beamtenbezüge werden rückwirkend vom 1. Februar 1977 an um durchschnittlich 5,3 vH erhöht. Zudem wird ein Urlaubsgeld von 150 DM sowie eine einmalige Zulage von 100 DM bezahlt.
	Bankgewerbe Begünstigte: 309 000	Für die Angestellten im Bankgewerbe werden die Tarifgehälter vom 1. März 1977 an um 6,5 vH angehoben. Alle Angestellten über 32 Jahre erhalten einen zusätzlichen Urlaubstag. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt zwölf Monate.
	Industrie der Papier-, Pappe- und Kunststoffverarbeitung Begünstigte: 114 000	Die Tarifvertragsparteien beschließen, die Tariflöhne und -gehälter vom 1. Januar 1977 an für 12 Monate um 6,6 vH zu erhöhen. Für die unteren Lohngruppen wird eine zusätzliche Anhebung um 0,5 vH beziehungsweise 1,5 vH vereinbart.
	Genossenschaftlicher Groß- und Außenhandel — Hessen Begünstigte: 10 000	Vom 1. Mai 1977 an werden die Tariflöhne und -gehälter um 6,9 vH erhöht. Die Ausbildungsvergütungen werden um 30 DM angehoben. Die Verträge haben eine Laufzeit von zwölf Monaten. Die vermögenswirksamen Leistungen werden vom 1. Dezember 1977 von 13 DM auf 26 DM monatlich angehoben.
	Groß- und Außenhandel — Bayern Begünstigte: 180 000	Zum 1. März 1977 werden die Tariflöhne und -gehälter um 6,5 vH erhöht. Die Laufzeit der Tarifverträge beträgt zwölf Monate.
	— Nordrhein-Westfalen Begünstigte: 280 000	Rückwirkend zum 1. Februar 1977 werden die Tariflöhne und -gehälter um 6,4 vH heraufgesetzt. Diese Vereinbarung ist zum 31. Dezember 1977 kündbar. Ab dem 1. Januar 1977 tritt ein neuer Manteltarifvertrag in Kraft, der für 1977 eine Verlängerung des Urlaubes um zwei bis drei Tage und für 1978 um einen Tag vorsieht. Außerdem werden das Urlaubsgeld aufgestockt und für alle Beschäftigten vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 13 DM monatlich vereinbart. Diese Vereinbarungen sind zum 31. Dezember 1977 kündbar.
April	Einzelhandel — Bundesgebiet Begünstigte: 1 550 000	Die Tarifvertragsparteien vereinbaren, das Urlaubsgeld für das Jahr 1977 auf 550 DM, für das Jahr 1978 auf 600 DM und für 1979 auf 650 DM festzusetzen. Ab 1. Januar 1978 sollen alle Arbeitnehmer vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 13 DM erhalten.
	— Nordrhein-Westfalen Begünstigte: 380 000	Ab dem 1. Januar 1977 tritt ein neuer Manteltarifvertrag in Kraft. Danach erhalten alle Beschäftigten für die Jahre 1977 und 1978 je einen zusätzlichen Urlaubstag mehr. Die Vereinbarung ist zum 31. Dezember 1979 kündbar.
	Druckindustrie Begünstigte: 185 000	Die Tarifvertragsparteien beschließen, die Tariflöhne und -gehälter vom 1. April 1977 an um 6,6 vH zu erhöhen. Die Laufzeit der Verträge beträgt zwölf Monate.

noch Tabelle 13

Monat		
1977		
	Steinkohlenbergbau — Ruhrgebiet, Saarland, Aachener Revier, Ibbenbüren Begünstigte: 196 000	Vom 1. Mai 1977 an werden die Tariflöhne und -gehälter um 6,4 vH aufgestockt. Gleichzeitig werden die vermögenswirksamen Leistungen ab dem 1. Oktober 1977 von 13 DM auf 52 DM aufgestockt. Die Laufzeit der Lohn- und Gehaltstarifverträge beträgt zwölf Monate.
	Industrie der Steine und Erden — Rheinland-Pfalz Begünstigte: 10 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden zum 1. April 1977 um 6,5 vH erhöht. Die Laufzeit dieser Vereinbarung beträgt zwölf Monate. Außerdem werden die vermögenswirksamen Leistungen vom 1. Juli 1977 an von 26 DM auf 39 DM monatlich angehoben. Die Mindestlaufzeit dieser Vereinbarung endet am 31. März 1979.
	— Bayern Begünstigte: 31 000	Die Tarifparteien vereinbaren, vom 1. Mai 1977 an die Tariflöhne und -gehälter für die Dauer von zwölf Monaten um 6,5 vH zu erhöhen. Außerdem wird ab 1977 eine Jahressonderzahlung von 200 DM beschlossen.
	Chemische Industrie — Hessen Begünstigte: 89 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden vom 1. April 1977 an um 7,0 vH heraufgesetzt. Die Ausbildungsvergütungen werden ebenfalls um 7,0 vH erhöht. Die Tarifvereinbarung ist für die Dauer eines Jahres gültig.
	Baugewerbe Begünstigte: 862 000	Mit Wirkung vom 1. Mai 1977 werden die Löhne um 6,4 vH erhöht. Die Sonderzahlungen (Teil eines 13. Monatseinkommens) werden aufgestockt. Die Laufzeit dieser Vereinbarung beträgt zwölf Monate. Vom 1. Mai 1978 an werden die Lohnrelationen zugunsten der qualifizierten Baufacharbeiter stufenweise in drei Jahren verbessert.
	Privates Versicherungsgewerbe Begünstigte: 200 000	Ab 1. April 1977 werden die Tarifgehälter um 6,5 vH erhöht. Die Ausbildungsvergütungen werden für das erste Ausbildungsjahr auf 620 DM, für das zweite auf 690 DM und für das dritte Ausbildungsjahr auf 760 DM angehoben. Ein Teil der Sozialzulage (20 DM) wird nunmehr für alle Arbeitnehmer gewährt und in die Gehaltstabelle miteinbezogen. Die Arbeitnehmer zwischen dem 19. und 49. Lebensjahr erhalten einen Urlaubstag mehr. Die Laufzeit des Vertrages beträgt zwölf Monate.
Mai	Chemische Industrie — Nordrhein-Westfalen Begünstigte: 125 000	Rückwirkend vom 1. April 1977 an werden die Tariflöhne und -gehälter um 7 vH angehoben. Diese Vereinbarung gilt für die Dauer von zwölf Monaten.
	Textilindustrie — Bundesgebiet und Berlin (West), ohne Saarland	Die Tarifvertragsparteien beschließen, ab dem 1. Mai 1977 die Tariflöhne und -gehälter um durchschnittlich 6,8 vH zu erhöhen. Im Tarifbezirk Niedersachsen/Bremen tritt diese Vereinbarung erst zum 1. Juni 1977 in Kraft, in Berlin erst zum 1. Juli 1977. Der tarifliche Jahresurlaub beträgt in allen Tarifgebieten nunmehr 26 Tage. Die Laufzeit der Tarifverträge umfaßt zwölf Monate.
	Einzelhandel — Hessen Begünstigte: 124 000	Rückwirkend zum 1. März 1977 werden die tariflichen Löhne und Gehälter um durchschnittlich 6,5 vH erhöht. Die Ausbildungsvergütungen werden für das erste und zweite Ausbildungsjahr um 25 DM, für das dritte und vierte Ausbildungsjahr um 35 DM angehoben. Der Ortsklassenabschlag wird ab 1. Januar 1978 von vier Prozent auf drei Prozent gesenkt. Zusätzlich wird eine Anhebung des Urlaubsgeldes vereinbart.
	— Niedersachsen Begünstigte: 230 000	Rückwirkend zum 1. Mai 1977 werden die Tariflöhne und -gehälter um 6,7 vH erhöht. Außerdem wird das Urlaubsgeld aufgestockt.
	— Bremen Begünstigte: 26 000	Neben einer Erhöhung der Tarifverdienste um durchschnittlich 7,0 vH wird ein zusätzlicher Urlaubstag vereinbart. Der tarifliche Jahresurlaub beträgt nunmehr je nach Lebensalter zwischen 22 und 28 Werktagen.
	Bekleidungsindustrie Bundesgebiet ohne Niedersachsen, Bremen, Saarland und Berlin (West) Begünstigte: 206 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden in den einzelnen Tarifgebieten zum 1. Mai 1977 um 6,4 bis 6,8 vH erhöht. Die Verträge haben eine Laufzeit von zwölf Monaten. Außerdem wird für das Jahr 1977 eine Erhöhung der Jahressonderzahlung von 35 vH auf 40 vH eines Monatsverdienstes und eine Verlängerung des Jahresurlaubs um einen Tag auf 26 Tage vereinbart.
	Groß- und Außenhandel — Baden-Württemberg Begünstigte: 100 000	Mit Wirkung vom 1. April 1977 werden die Tariflöhne und -gehälter und die Ausbildungsvergütungen um 6,5 vH angehoben. Die Vereinbarung ist für zwölf Monate gültig.

noch Tabelle 13

Monat		
1977		
	— Niedersachsen/ Bremen Begünstigte: 118 000	Vom 1. Juni 1977 an werden die Tariflöhne und -gehälter um 6,5 vH erhöht. Die Laufzeit der Lohn- und Gehaltstarifverträge beträgt zwölf Monate. Mit Wirkung vom 1. Januar 1977 wird ein neuer Manteltarifvertrag in Kraft gesetzt, der neben einer Erhöhung des Jahresurlaubs und des Urlaubsgeldes eine Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen ab 1. August 1977 auf 26 DM und ab 1. August 1979 auf 39 DM monatlich vorsieht. Dieser Vertrag läuft bis zum 31. Dezember 1980.
	Einzelhandel — Baden-Württemberg Begünstigte: 200 000	Rückwirkend ab 1. April 1977 werden die Tariflöhne und -gehälter um 6,5 vH erhöht. Die Laufzeit des Vertrages beträgt ein Jahr. Daneben wird ein Manteltarifvertrag abgeschlossen. Danach wird ab dem 1. Januar 1977 der Jahresurlaub um einen Tag verlängert und das Urlaubsgeld in den Jahren 1977 bis 1979 um jeweils 50 DM angehoben. Der Vertrag kann nicht vor dem 31. Dezember 1979 gekündigt werden, mit Ausnahme der Urlaubszeitregelung, die bereits ein Jahr früher kündbar ist.
	— Bayern Begünstigte: 250 000	Die Tarifvertragsparteien vereinbaren eine Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 6,5 vH. Die Laufzeit der Verträge beträgt zwölf Monate.
	— Nordrhein-Westfalen Begünstigte: 380 000	Ab 1. April 1977 werden die tariflichen Löhne und Gehälter für die Dauer von zwölf Monaten um 6,5 vH erhöht.
	— Schleswig-Holstein/ Hamburg Begünstigte: 132 000	Zum 1. Mai 1977 werden im Tarifgebiet Hamburg und zum 1. Juni 1977 im Tarifgebiet Schleswig-Holstein die tariflichen Gehälter um durchschnittlich 6,8 vH, die Tariflöhne um 6,5 vH angehoben. Die Laufzeit der Verträge beträgt zwölf Monate.
Juni	Gesetzliche Rentenversicherung, Kriegsopferversorgung	Im zwanzigsten Rentenanpassungsgesetz wird festgelegt, daß die Altersrenten und die Kriegsopferrenten ab dem 1. Juli 1977 um 9,9 vH angehoben werden. Der nächste Rentenanpassungstermin wird auf den 1. Januar 1979 festgesetzt.
	Altershilfe für Landwirte	Die Altersgelder der Landwirte werden zum 1. Januar 1978 um 9,9 vH erhöht.
	Gesetzliche Unfallversicherung	Die Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung werden am 1. Januar 1978 um 7,4 vH steigen.
	Wohngeld	Mit der Novelle zum Wohngeldgesetz werden die Wohngeldleistungen erhöht. Nach Schätzungen der Bundesregierung wird dies zu einer Ausgabensteigerung von rund 700 Millionen DM führen. Im Jahre 1976 haben 1,7 Millionen Haushalte 1,6 Milliarden DM Wohngeld bezogen.
	Chemische Industrie — Bundesgebiet ohne Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Begünstigte: 343 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden um 7 vH erhöht. In den Tarifgebieten Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Saarland treten die Tariferhöhungen zum 1. Mai 1977 in Kraft, in dem Tarifgebiet Bayern zum 1. Juni 1977. Die Laufzeit der Verträge umfaßt zwölf Monate.
	— Rheinland-Pfalz Begünstigte: 82 000	Die Tariflöhne und -gehälter werden zum 1. Mai 1977 erhöht. Für den Übergangsmonat April 1977 wird ein einheitlicher Pauschalbetrag von 165 DM (175 DM für die Beschäftigten der BASF) gezahlt. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge sind zum 31. März 1978 kündbar.
Juli	Lohn- und Einkommensteuer, Kindergeld	Das Steueränderungsgesetz 1977 sieht eine Erhöhung des Kindergeldes sowie Änderungen des Lohn- und Einkommensteuergesetzes vor. Das Kindergeld wird ab 1. Januar 1978 für das zweite Kind von 70 DM auf 80 DM, für das dritte und jedes weitere Kind von 120 DM auf 150 DM angehoben. Die Höchstbeträge für die Vorsorgeaufwendungen werden ebenfalls zum 1. Januar 1978 für Alleinstehende von 1 800 DM auf 2 100 DM und für Verheiratete ohne Kinder von 3 600 DM auf 4 200 DM heraufgesetzt. Außerdem wird beschlossen, daß Arbeitslose bereits vor Ablauf der Festlegungsfristen ohne eine Schmälerung der Steuervergünstigung oder der Prämien über Spar- und Bausparguthaben verfügen können. Der Sparer muß mindestens ein Jahr arbeitslos gewesen sein. Schließlich wird für die Unterhaltsverpflichtungen von Kindern geschiedener oder dauernd getrennt lebender Eltern sowie nichtehelicher Kinder ein Pauschbetrag von 600 DM eingeführt.

noch Tabelle 13

1977		
November	Lohn- und Einkommensteuer	Der Weihnachtsfreibetrag für die Arbeitnehmer wird von bisher 100 DM auf 400 DM erhöht. Außerdem wird der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer für Ledige um 300 DM auf 3 300 DM und für Verheiratete um 600 DM auf 6 600 DM angehoben. Schließlich wird ein allgemeiner Tariffreibetrag eingeführt. Für ledige Arbeitnehmer beträgt dieser 510 DM, für verheiratete Arbeitnehmer 1 020 DM.
	Papierindustrie — Baden-Württemberg Begünstigte: 15 000	Rückwirkend vom 1. September 1977 werden die Tariflöhne und -gehälter um rund 6 vH erhöht. Die Ausbildungsvergütungen werden um 30 DM angehoben. Außerdem wird eine Verbesserung des 13. Monatseinkommens beschlossen.
	— Hessen Begünstigte: 20 000	Rückwirkend zum 1. September 1977 werden der Tarifecklohn um 5,9 vH und die Tarifgehälter um 5,95 vH erhöht. Außerdem wird das 13. Monatsgehalt angehoben.

Tabelle 14

Zur Entwicklung der Reallohnposition [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Realer Verteilungsspielraum				Reale Verteilung			Reallohnposition der Arbeitnehmer
	Produktivitätseffekt [2])	Terms-of-Trade-Effekt [3])	Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge [4])	insgesamt	Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (Inland)	Preisindex für die Lebenshaltung [5])	Reale Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1961	+4,0	+0,6	+0,0	+4,6	+10,5	+2,3	+ 8,0	+3,3
1962	+4,4	+0,3	−0,1	+4,9	+10,0	+3,0	+ 6,8	+1,9
1963	+3,0	−0,3	−0,8	+3,5	+ 6,0	+2,9	+ 3,0	−0,5
1964	+7,4	+0,1	+0,4	+7,1	+ 9,6	+2,3	+ 7,1	+0,0
1965	+5,4	−0,1	+0,3	+5,0	+ 8,9	+3,3	+ 5,4	+0,4
1966	+2,9	+0,0	−0,2	+3,1	+ 7,0	+3,5	+ 3,4	+0,3
1967	+3,6	+0,2	+0,6	+3,2	+ 3,1	+1,5	+ 1,6	−1,6
1968	+6,7	−0,2	+0,3	+6,2	+ 6,4	+1,2	+ 5,1	−1,0
1969	+6,7	+0,1	+0,7	+6,0	+ 9,1	+1,5	+ 7,5	+1,4
1970	+5,0	+0,8	+0,3	+5,5	+15,1	+3,4	+11,3	+5,5
1971	+3,3	+0,6	+0,9	+3,0	+11,0	+5,3	+ 5,4	+2,3
1972	+4,4	+0,4	+0,8	+4,0	+ 9,1	+5,2	+ 3,7	−0,3
1973	+5,0	−1,0	+0,5	+3,4	+11,9	+6,6	+ 5,0	+1,5
1974	+2,8	−1,4	+0,6	+0,8	+11,0	+7,0	+ 3,7	+3,0
1975	+1,1	+1,3	+0,8	+1,6	+ 7,1	+6,0	+ 1,0	−0,6
1976	+7,5	−0,7	+0,7	+6,0	+ 7,6	+4,5	+ 3,0	−2,9
1977 [6])	+3,0	−0,2	+0,0	+2,8	+ 7,0	+3,5	+ 3,4	+0,6

[1]) Gesamtwirtschaft ohne Staat. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang VI.
[2]) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen.
[3]) Gesamtwirtschaft.
[4]) Tatsächliche und unterstellte Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.
[5]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte abzüglich der darin enthaltenen Verbrauchsteuererhöhungen (Mehrwertsteuer; Steuer auf Branntwein, Mineralöl, Tabak); eigene Schätzung.
[6]) Eigene Schätzung.

7½ vH zugenommen hatte (Tabelle 14). Der damit gegebene Verteilungsspielraum wurde 1977 wiederum durch eine Verschlechterung der realen Austauschrelation im Außenhandel (Terms of Trade) um 0,2 vH beschnitten. Somit hätte das Realeinkommen der Arbeitnehmer um durchschnittlich 2,8 vH zunehmen können, ohne daß von den nominalen Lohnsteigerungen her das Kostenniveau stärker gestiegen wäre als das Preisniveau. Die Zunahme der Beiträge zur Sozialversicherung, die die Arbeitgeber zugunsten der Arbeitnehmer abführen, schmälerten diesen Spielraum für auszahlbare Löhne diesmal nur geringfügig; anders als im Jahr zuvor wurden nur die Beitragsbemessungsgrenzen, nicht aber die Beitragssätze in der Sozialversicherung angehoben. Da die Arbeitnehmer im privaten Sektor der Wirtschaft einen Anstieg des Reallohns um durchschnittlich 3,4 vH erzielten, war der Lohnanstieg höher, als es einer kostenniveauneutralen Lohnpolitik entsprochen hätte. Zu einer weiteren Korrektur der Verteilungsrelation ist es also — an der Reallohnposition gemessen — 1977 nicht mehr gekommen. Nur das Jahr 1976 hat bislang einen deutlichen Beitrag zur Entzerrung der Verteilungsrelationen gebracht (Ziffer 289).

134. *Sollen Veränderungen der Reallohnposition der Arbeitnehmer angemessen interpretiert werden können, so müssen nicht nur Veränderungen der Lohnkosten, sondern auch Veränderungen der Kapitalkosten berücksichtigt werden (JG 64 Ziffer 248). Bei der Berechnung der Reallohnposition wurde sonst unterstellt, daß sich die Kapitalkosten je Produkteinheit so entwickelt haben wie die Lohnstückkosten. Der mögliche Fehler, der dabei in Kauf zu nehmen ist, fällt dann ins Gewicht, wenn die Unternehmen ihre Anstrengungen forcieren, Arbeit durch Maschinen zu ersetzen, entweder als Reflex auf die starken Lohnsteigerungen der Vergangenheit, oder auch unabhängig davon, es sei denn, die Realzinsen sinken in entsprechendem Maße. In den letzten Jahren ist die Vermutung, daß es sich so verhält, kräftiger geworden. Die empirischen Grundlagen für eine derartige Schätzung sind jedoch nach wie vor unzureichend. Sie werden verstärkt durch die Tatsache, daß die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen jüngst revidiert worden sind; die für solch eine Schätzung nötigen Angaben über das Anlagevermögen in der privaten Wirtschaft liegen aber noch nicht in ausreichender Untergliederung vor. Rechnungen auf der Basis der nichtrevidierten Angaben deuten darauf hin, daß der Verteilungsspielraum, hätte man den Effekt der Kapitalkosten berücksichtigt, kleiner ist, als wir ihn ausgewiesen haben.*

135. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, die Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung also, haben mit rund 7 vH wieder stärker zugenommen als die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Diese waren nur um 2,8 vH höher als ein Jahr zuvor. Somit hat sich die Lohnquote, das ist der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, der Summe aller Markteinkommen, 1977 erhöht, nachdem sie 1976 erstmals seit 1968 zurückgegangen war (Tabelle 15). Dies gilt auch für die aussagekräftigere bereinigte Lohnquote, bei der die Einflüsse eliminiert sind, die von den Verschiebungen

Tabelle 15

Zur Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung

vH

Jahr	Lohnquote		Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen
	tatsächlich [1]	bereinigt [2]	
1960	60,4	60,4	77,2
1961	62,7	62,1	78,0
1962	64,1	62,8	78,8
1963	65,1	63,2	79,5
1964	64,8	62,3	80,3
1965	65,6	62,6	80,9
1966	66,6	63,3	81,2
1967	66,4	63,2	81,1
1968	64,8	61,3	81,6
1969	66,1	61,8	82,5
1970	67,8	62,7	83,4
1971	69,1	63,6	83,9
1972	69,5	63,8	84,2
1973	70,7	64,6	84,5
1974	72,6	66,3	84,5
1975	72,8	66,5	84,5
1976	71,2	64,8	84,9
1977 [3]	72,1	65,2	85,3

[1] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.
[2] Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.
[3] Eigene Schätzung.

der Anteile der Arbeitnehmer und der Selbständigen an den Erwerbstätigen im Zeitablauf ausgehen.

136. Der Anstieg der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gibt noch keinen Aufschluß über die Entwicklung der eigentlichen Unternehmensgewinne. Neben den Gewinnen sind in diesem Einkommensaggregat auch die Einkünfte der privaten Haushalte aus Geldvermögen, die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, die Arbeitseinkommen der Selbständigen sowie die Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen enthalten. Das vorhandene statistische Material gibt teilweise nur grobe Anhaltspunkte für die Veränderung dieser Einkommensarten. Die Entwicklung der eigentlichen Unternehmensgewinne muß also geschätzt werden. Ohne die Gewinn- und Vermögenseinkünfte des Staates gerechnet, dürften die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 1977 nicht um 2,8 vH, sondern um rund 4 vH zugenommen haben. Die Arbeitseinkommen der Selbständigen sind notwendigerweise eine fikti-

ve Größe. Anhaltspunkte, sie zu schätzen, lassen sich allenfalls aus der Entwicklung der Einkommen von abhängig Beschäftigten mit gleicher Qualifikation und Arbeitszeit gewinnen. Unterstellt sei, daß man auch für das Jahr 1977 bei dieser fiktiven Größe „Arbeitseinkommen der Selbständigen" in der gewerblichen Wirtschaft, in der Landwirtschaft und in der Gruppe freiberuflich Tätiger, wie Ärzte, Rechtsanwälte oder Architekten, eine höhere Zunahme anzusetzen habe, als sich bei den Arbeitseinkommen der abhängig Beschäftigten ergibt. Demgegenüber dürften die Einkommen aus Geldvermögen wohl unterdurchschnittlich zugenommen haben. Zwar erhöhten sich die Geldvermögen abermals kräftig, doch wurde dies durch den Rückgang der Zinssätze teilweise aufgewogen. Auch die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung werden 1977 trotz gesunkener Hypothekenzinsen, also niedrigerer Kosten, nur mäßig gestiegen sein, denn bei einer nur leichten Zunahme des Wohnungsbestandes hat sich der Anstieg der Wohnungsmieten weiter abgeschwächt. Nimmt man all dies zusammen, so kann sich der Rest, also der Betrag, der den Unternehmen als eigentlicher Gewinn verbleibt, 1977 nicht sehr viel anders entwickelt haben als die privaten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen insgesamt.

137. *Die Aufspaltung der Bruttoeinkommen in Einkommen aus unselbständiger Arbeit und in Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sagt nur wenig über die Verteilung der Markteinkommen auf die privaten Haushalte aus. Erstmalig hat das Statistische Bundesamt in diesem Jahr Daten zur personellen Einkommensverteilung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen veröffentlicht (Tabelle 16). Eine detallierte Zu-*

Tabelle 16

Zur personellen Einkommensverteilung

Bruttoeinkommen je Haushaltsmitglied nach Haushaltsgruppen

ANH = Arbeitnehmerhaushalte
NEH = Nichterwerbstätigenhaushalte
SH = Selbständigenhaushalte

Einkommensart	Einheit	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
		D-Mark										
Markteinkommen												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	ANH	4 506	4 755	5 129	5 567	5 973	5 996	6 392	7 115	8 271	9 265	10 114
	NEH	933	941	972	1 004	1 032	977	1 016	1 085	1 268	1 365	1 428
	SH	674	723	797	900	926	940	980	1 127	1 350	1 493	1 640
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [1]	ANH	220	235	252	307	347	353	396	438	528	577	665
	NEH	364	401	434	517	578	568	606	662	782	870	990
	SH	7 162	7 849	8 894	9 871	10 172	10 415	12 246	12 935	14 699	16 100	17 655
Sozialeinkommen [2]	ANH	392	417	437	472	515	556	580	614	655	701	769
	NEH	2 644	2 815	3 160	3 529	3 754	4 031	4 308	4 686	5 048	5 607	6 368
	SH	527	565	598	652	698	766	800	859	944	1 041	1 170
Gesamtes Einkommen [1]	ANH	5 119	5 408	5 818	6 347	6 835	6 905	7 367	8 166	9 454	10 544	11 548
	NEH	3 941	4 158	4 566	5 050	5 364	5 576	5 930	6 433	7 098	7 842	8 786
	SH	8 363	9 137	10 289	11 422	11 797	12 121	14 026	14 921	16 994	18 633	20 465
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH										
Markteinkommen												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	ANH	.	*5,5*	*7,9*	*8,5*	*7,3*	*0,4*	*6,6*	*11,3*	*16,2*	*12,0*	*9,2*
	NEH	.	*0,9*	*3,3*	*3,3*	*2,8*	*−5,3*	*4,0*	*6,8*	*16,9*	*7,6*	*4,6*
	SH	.	*7,3*	*10,2*	*12,9*	*2,9*	*1,5*	*4,3*	*15,0*	*19,8*	*10,6*	*9,8*
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [1]	ANH	.	*6,8*	*7,2*	*21,8*	*13,0*	*1,7*	*12,2*	*10,6*	*20,5*	*9,3*	*15,3*
	NEH	.	*10,2*	*8,2*	*19,1*	*11,8*	*−1,7*	*6,7*	*9,2*	*18,1*	*11,3*	*13,8*
	SH	.	*9,6*	*13,3*	*11,0*	*3,0*	*2,4*	*17,6*	*5,6*	*13,6*	*9,5*	*9,7*
Sozialeinkommen [2]	ANH	.	*6,4*	*4,8*	*8,0*	*9,1*	*8,0*	*4,3*	*5,9*	*6,7*	*7,0*	*9,7*
	NEH	.	*6,5*	*12,3*	*11,7*	*6,4*	*7,4*	*6,9*	*8,8*	*7,7*	*11,1*	*13,6*
	SH	.	*7,2*	*5,8*	*9,0*	*7,1*	*9,7*	*4,4*	*7,4*	*9,9*	*10,3*	*12,4*
Gesamtes Einkommen [1]	ANH	.	*5,6*	*7,6*	*9,1*	*7,7*	*1,0*	*6,7*	*10,8*	*15,8*	*11,5*	*9,5*
	NEH	.	*5,5*	*9,8*	*10,6*	*6,2*	*4,0*	*6,3*	*8,5*	*10,3*	*10,5*	*12,0*
	SH	.	*9,3*	*12,6*	*11,0*	*3,3*	*2,7*	*15,7*	*6,4*	*13,9*	*9,6*	*9,8*

[1] Ohne unterstellte Bankgebühren.
[2] Empfangene laufende Übertragungen.

rechnung der Markteinkommen auf einzelne Haushaltsgruppen läßt sich allerdings immer noch nicht vornehmen. Es werden nur Einkommensdurchschnitte für jeweils alle Arbeitnehmerhaushalte, alle Selbständigenhaushalte und alle Haushalte der nichterwerbstätigen Personen angegeben; auch Aussagen über die Schichtung der Einkommen sind noch nicht möglich.

138. *Innerhalb des Zeitraums, für den amtliche Angaben zur personellen Einkommensverteilung vorliegen, das sind die Jahre 1962 bis 1972, sind die Einkommen der Selbständigen am stärksten gestiegen. Je Haushaltsmitglied gerechnet, hat deren Gesamteinkommen in dieser Zeit jährlich im Durchschnitt um 9,3 vH, das der Arbeitnehmerhaushalte um 8,4 vH und das der Haushalte von Nichterwerbstätigen um 8,3 vH zugenommen. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben belief sich der durchschnittliche jährliche Zuwachs des verfügbaren Einkommens bei den Arbeitnehmerhaushalten auf 7,1 vH, bei den Selbständigenhaushalten war er dagegen mit 9,5 vH sogar geringfügig höher als der des Bruttoeinkommens. Dies dürfte zum einen damit zusammenhängen, daß die Grenzsteuerbelastung der Selbständigen wegen deren im allgemeinen vergleichsweise hohen Einkommen nicht mehr so weit über ihrer schon hohen durchschnittlichen Belastung liegt wie bei den Arbeitnehmereinkommen, die Zuwachsrate der Einkommensteuer also nicht mehr so stark über die Zuwachsrate des Einkommens hinausgeht. Zum anderen zählen Beiträge zur sozialen Sicherung, die aufgrund der Anhebung der Beitragssätze rascher als die Einkommen gestiegen sind, bei den Selbständigen insoweit nicht zu den Abgaben, als diese selbst dafür aufkommen; sie mindern also nicht deren verfügbare Einkommen, wie sie statistisch gemessen werden. Dasselbe gilt für die ebenfalls stark steigenden Ausgaben zur privaten Altersversorgung, die zwar von allen Haushaltsgruppen aus dem verfügbaren Einkommen bestritten werden, hauptsächlich aber bei Selbständigen vorkommen. Außerdem enthält die Gruppe der Selbständigen auch die Landwirte, die im allgemeinen weniger Steuern auf ihr Einkommen zu zahlen haben als die Arbeitnehmer.*

Eine andere Frage ist, wie sich die Unterschiede schon im Zuwachs der Bruttoeinkommen erklären, namentlich inwieweit diese auf Unterschiede in der Entwicklung des Entgelts für die Arbeit der Selbständigen und der Unselbständigen und inwieweit sie auf Unterschiede in der Entwicklung der Vermögenseinkommen — diese bestimmt durch die Entwicklung der Vermögen selbst und der Renditen — beruhen. Die verfügbaren statistischen Angaben erlauben vorläufig nicht, diese Fragen zu beantworten.

139. Wieder sind die Nettoeinkommen aller Erwerbstätigen zusammengenommen langsamer gestiegen als die Bruttoeinkommen (Tabelle 17). Die

Tabelle 17

Verteilung des Volkseinkommens

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus				Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen [3]	Empfangene laufende Übertragungen [4]	Verfügbares Einkommen [5]
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit und Vermögen				
		brutto [1]	netto [2]	brutto	netto	private Haushalte [6]		
1965—1970	+ 8,3	+ 9,0	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,8	+ 9,6	+ 7,6	+ 7,8
1971—1976 [7]	+ 8,2	+ 8,9	+ 6,6	+ 6,7	+ 6,1	+ 9,2	+ 14,8	+ 9,0
1965—1976 [7]	+ 8,5	+ 9,3	+ 7,2	+ 6,7	+ 6,8	+ 9,5	+ 11,1	+ 8,6
1970	+ 15,2	+ 18,1	+ 14,8	+ 9,5	+ 14,7	+ 10,1	+ 5,9	+ 11,8
1971	+ 10,9	+ 13,0	+ 10,6	+ 6,4	+ 5,9	+ 10,5	+ 10,9	+ 10,6
1972	+ 9,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 7,6	+ 7,9	+ 14,8	+ 13,1	+ 11,3
1973	+ 11,7	+ 13,5	+ 8,9	+ 7,5	+ 3,2	+ 7,4	+ 11,8	+ 9,0
1974	+ 7,1	+ 10,0	+ 7,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 4,3	+ 16,2	+ 8,4
1975 [8]	+ 3,9	+ 4,1	+ 3,6	+ 3,3	+ 5,8	+ 9,0	+ 26,6	+ 9,7
1976 [8]	+ 9,3	+ 7,1	+ 3,8	+ 15,4	+ 13,7	+ 11,0	+ 7,2	+ 6,4
1977 [9]	+ 5,8	+ 6,9	+ 6,0	+ 2,8	— 1,9	+ 5,6	+ 7,9	+ 6,5

[1] Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[2] Nettolohn- und -gehaltssumme (= Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer).
[3] Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4] Ohne Lohnsteuer auf Pensionen; abzüglich nichtzurechenbarer geleisteter laufender Übertragungen.
[5] Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[6] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[7] Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[8] Vorläufige Ergebnisse.
[9] Eigene Schätzung.

Belastung mit Steuern und Sozialabgaben hat 1977 also weiter zugenommen. Bei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit ist der Unterschied zwischen den Zuwachsraten deutlich geringer ausgefallen als im vergangenen Jahr; bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hat er sich dagegen deutlich vergrößert. Für die Arbeitnehmer erklärt sich das daraus, daß 1977 nur die Bemessungsgrenzen für die Sozialversicherungsbeiträge weiter erhöht worden sind, die Beitragssätze aber unverändert blieben; kräftig, wenn auch nicht so stark wie 1976, stieg die Belastung durch die Lohnsteuer. So kam es, daß die Zunahme der Einkommen der Arbeitnehmer nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben mit 6 vH nur wenig hinter dem Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zurückgeblieben ist. Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen waren 1977 sogar um 1,9 vH niedriger als 1976. Dies beruht auf den hohen Abschlußzahlungen an Gewinnsteuern für die Jahre 1974 und 1975, die erst in diesem Jahr fällig wurden, sowie auf den deutlich nach oben angepaßten Vorauszahlungen.

140. Das Ausmaß, in dem der Staat in die Verteilung der Markteinkommen eingreift, ist nicht nur an der Belastung mit Steuern und Abgaben, sondern auch an den Einkommensübertragungen des Staates abzulesen. Die öffentlichen Einkommensübertragungen vom Staat an die privaten Haushalte sind 1977 mit rund 8 vH fast ebenso stark gestiegen wie im Jahr zuvor, und zwar auf 211 Mrd DM. Die Renten wurden kräftig erhöht. Anders als in den vorangegangenen Jahren, als die Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit zum Anstieg der staatlichen Einkommensübertragungen maßgeblich beigetragen hatten, nahmen diesmal die arbeitsmarktpolitisch bedingten Transferzahlungen nur wenig zu. Weniger Unternehmen beantragten Kurzarbeit. Auch der für Arbeitslosenunterstützung aufgewendete Betrag nahm ab; zwar war die Anzahl der Arbeitslosen kaum kleiner als im Durchschnitt des Jahres 1976, doch ging die Anzahl der Bezieher von Arbeitslosengeld kräftig zurück. Die Anzahl der Empfänger von Arbeitslosenhilfe war etwa so hoch wie 1976. Die Einkommensübertragungen der Bundesanstalt für Arbeit an Arbeitslose und Kurzarbeiter blieben mit 8½ Mrd DM um gut 600 Millionen DM hinter dem Niveau des vorausgegangenen Jahres zurück. Aber auch sonstige Leistungen, sei es für die berufliche Fortbildung oder Umschulung, sei es zur Förderung der Arbeitsaufnahme für Ältere und Behinderte, waren mit rund 2 Mrd DM geringer als im Jahre 1976. Die Kürzung der Unterhaltsgelder für die Teilnehmer an Umschulungsprogrammen und Fortbildungskursen haben offenbar viele Arbeitnehmer davon abgehalten, sich umschulen zu lassen oder sich fortzubilden.

Somit war es vor allem die Anhebung der Renten für die 11,5 Millionen Rentner und die Aufbesserung der Kriegsopferbezüge für 2 Millionen Leistungsempfänger um 9,9 vH, die den weiteren Anstieg der staatlichen Einkommensübertragungen bewirkt hat. Erst im nächsten Jahr werden sich die Beschlüsse zur Rentenversicherung dämpfend auf die Zunahme der Sozialeinkommen auswirken.

141. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte — es setzt sich aus den Arbeitseinkommen der privaten Haushalte, den verteilten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und den Einkommensübertragungen des Staates zusammen, jeweils nach Abzug von direkten Steuern und Sozialabgaben — ist 1977 nahezu ebenso stark gestiegen wie im Jahr zuvor. Mit rund 772 Mrd DM war das Einkommen, das den Haushalten für Konsum und Sparen zur Verfügung steht, um 6½ vH höher als im Jahr 1976. Für rund ein Viertel des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte sorgte der Staat. Im Jahre 1971 hatte er ein Fünftel des Gesamteinkommens bereitgestellt; seitdem hat dieser Anteil stetig zugenommen (Schaubild 15).

V. Finanzpolitik: Konsolidierung im Vordergrund

142. Eine Trias von Aufgaben war der Finanzpolitik der Jahre 1976 und 1977 gestellt.

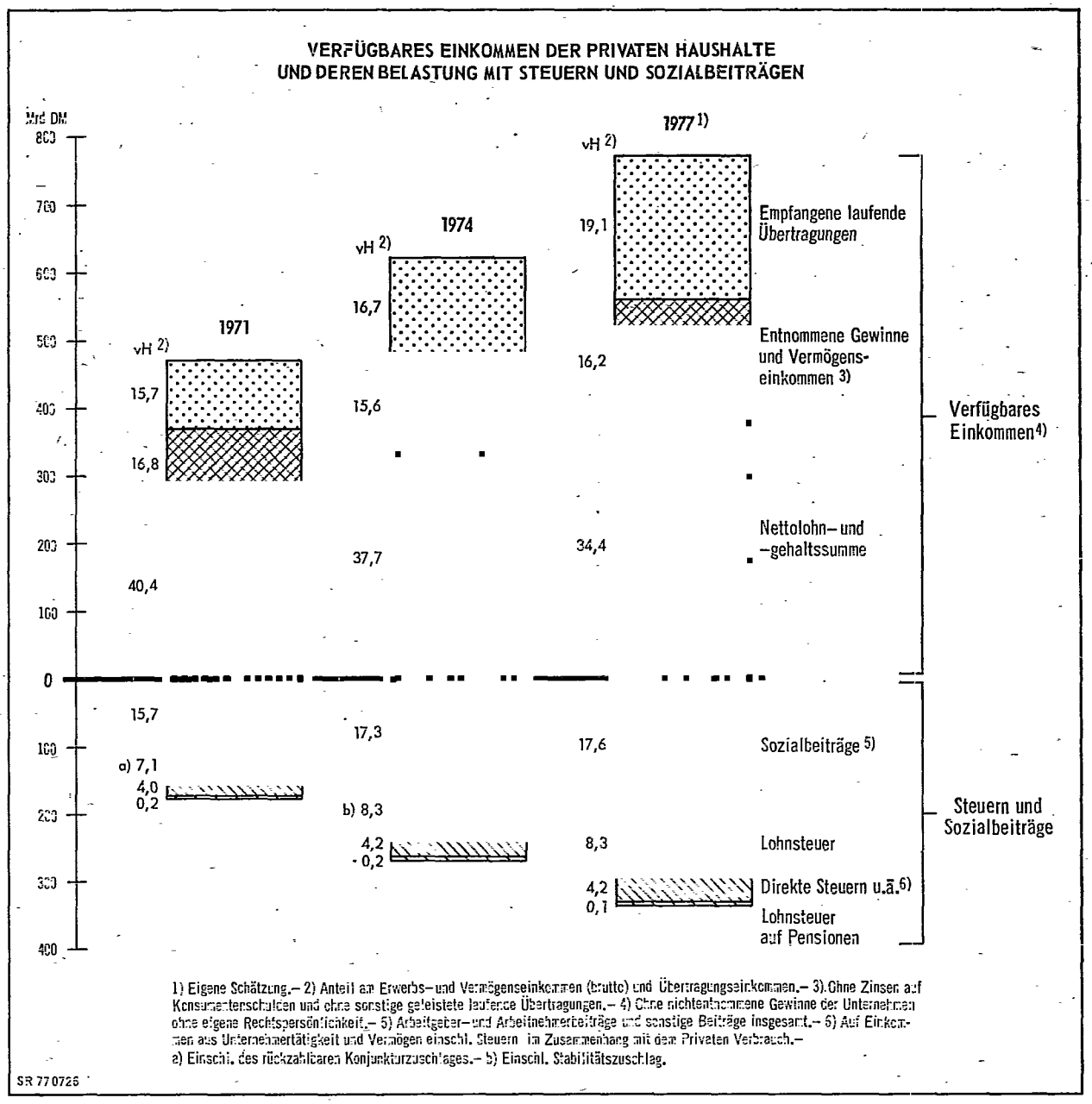
Mittelfristig bestand die Notwendigkeit, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, das heißt das strukturelle Defizit abzubauen. Der Konsolidierungsbedarf, der sich bis 1975 angesammelt hatte, mußte schrittweise über Kürzungen der Ausgabenexpansion und über Steuererhöhungen gedeckt werden. Ziel der Konsolidierung war die Rückgewinnung von Vertrauen in eine solide und den Privaten Raum gebende Finanzpolitik.

Kurzfristig waren zur Stützung der Nachfrage weiterhin expansive Impulse nötig. Da der Abbau des strukturellen Defizits aber zugleich eine Verminderung dieser Impulse bedeutete, kam es darauf an, das Tempo der Konsolidierung mit den konjunkturellen Erfordernissen in Einklang zu bringen. Die Konsolidierung sollte möglichst dann abgeschlossen sein, wenn Unternehmen und private Haushalte das Produktionspotential wieder normal beanspruchten.

Langfristig mußte die Finanzpolitik zugleich einen Beitrag zur Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums leisten. Dies konnte über den Abbau von Wachstumshemmnissen und durch wachstumsfördernde Maßnahmen geschehen.

143. Eine Finanzpolitik, die diese Ziele gleichzeitig verfolgen soll, steckt voller Risiken. Wird zuviel für die Expansion getan, besteht die Gefahr, daß der Staat den Privaten im Wege steht, wenn sich deren Ausgabeneigung verstärkt. Wird die Konsolidierung forciert, besteht die Gefahr, daß die Konjunktur zu wenig gestützt wird. Überdies ist in beiden Fällen Übereinstimmung mit den wachstumspolitischen Erfordernissen keineswegs selbstverständlich; dazu bedarf es vielmehr besonderer Maßnahmen, auch solcher, die unter Umständen mit den anderen Zielen in Konflikt geraten.

Schaubild 15



1) Eigene Schätzung.– 2) Anteil am Erwerbs- und Vermögenseinkommen (brutto) und Übertragungseinkommen.– 3) Ohne Zinsen auf Konsumentenschulden und ohne sonstige geleistete laufende Übertragungen.– 4) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.– 5) Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge und sonstige Beiträge insgesamt.– 6) Auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen einschl. Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch.–
a) Einschl. des rückzahlbaren Konjunkturzuschlages.– b) Einschl. Stabilitätszuschlag.

SR 770726

Zurückhaltende Ausgabenpolitik

144. Schon 1976 hatten die öffentlichen Haushalte ihre Ausgaben lediglich um 3,7 vH gegenüber dem allerdings hohen Stand des Vorjahres ausgeweitet; zu der geringen Expansion hatte neben zurückhaltenden Haushaltsansätzen auch wesentlich beigetragen, daß im Haushaltsvollzug etwa 5 Mrd DM weniger ausgegeben wurden, als nach den Haushaltsplänen zu erwarten gewesen war.

Für das Jahr 1977 ist damit zu rechnen, daß die öffentlichen Ausgaben abermals weniger zunehmen, als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential — unvermeidliche Preissteigerungen eingerechnet — wächst. Bezieht man die Abwicklung der Konjunkturprogramme des Jahres 1975 in das Ausgabevolumen ein, so erwarten wir in diesem Jahr eine Steigerung der Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts um 5,4 vH auf gut 397 Mrd DM (Tabelle 18). Dabei gehen wir davon aus, daß wiederum ein Teil der Ausgabenansätze nicht voll ausgeschöpft werden wird. Dies ist jedenfalls nach den bisherigen Ergebnissen der Finanzstatistik zu erwarten, die für Bund und Länder bis Ende September, für die Gemeinden bis Ende Juni vorliegen.

Tabelle 18

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte [1])

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1974	1975 [2])	1976 [2])	1977 [3])	1975 [2])	1976 [2])	1977 [3])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
Eigenfinanzierte Ausgaben (ohne Schuldentilgung) [4]) [5])	318,2	363,6	376,9	397,3	+ 14,3 a)	+ 3,7	+ 5,4
Laufende Rechnung	246,7	286,0	303,0	321,6	+ 15,9 a)	+ 5,9	+ 6,1
davon:							
Personalausgaben	108,7	117,7	124,3	132,2	+ 8,3 a)	+ 5,6	+ 6,4
Sachaufwand [6])	49,5	51,8	54,8	57,6	+ 4,6	+ 5,8	+ 5,1
Laufende Übertragungen [5])	76,1	102,0	106,2	111,4	+ 34,0 a)	+ 4,1	+ 4,9
Zinszahlungen	12,4	14,4	17,8	20,4	+ 16,1	+ 23,6	+ 14,6
Kapitalrechnung	72,0	76,1	73,1	74,6	+ 5,7	− 3,9	+ 2,1
davon:							
Sachinvestitionen	46,1	46,1	44,0	43,9	0,0	− 4,6	− 0,2
Vermögensübertragungen	17,2	18,3	19,3	20,5	+ 6,4	+ 5,5	+ 6,2
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	8,7	11,7	9,9	10,2	+ 34,5	− 15,4	+ 3,0
Saldo im Verrechnungsverkehr [7])	− 0,5	+ 1,6	− 0,9	+ 1,1	.	.	.
Eigene Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel) [4])	290,2	295,7	333,3	365,8	+ 1,9 a)	+ 12,7	+ 9,8
Laufende Rechnung	280,2	285,3	321,9	354,1	+ 1,8	+ 12,8	+ 10,0
darunter: Steuern [8])	239,6	242,3	272,1	301,7	+ 1,1 a)	+ 12,3	+ 10,9
Kapitalrechnung	10,0	10,3	11,4	11,7	+ 3,0	+ 10,7	+ 2,6
Saldo der durchlaufenden Mittel	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	..	.	.	.
Nettofinanzierungssaldo	−27,9	−68,0	−43,6	−31,5	.	.	.
Nachrichtlich:							
Nettofinanzierungssaldo einschließlich Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	−27,9	−68,1	−47,8	−35,4	.	.	.

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Offe, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände und EG-Anteile; Ist-Werte.
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse).
[5]) Einschließlich gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung (1974:0,7 Mrd DM, 1975: 2,5 Mrd DM).
[6]) Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
[7]) Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.
[8]) Ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer und ohne Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974.
a) Nicht bereinigt um die buchmäßigen Auswirkungen der Kindergeldreform.

Quelle: BMF

145. Die öffentlichen Ausgaben für Sachinvestitionen waren 1977 wie schon in den vorangegangenen Jahren keine Stütze geschweige denn ein Antrieb für die wirtschaftliche Entwicklung. Im Jahre 1975 hatten sie 46 Mrd DM betragen, nicht mehr als 1974. Im Jahre 1976 waren sie trotz der Konjunkturprogramme um über 2 Mrd DM zurückgegangen und 1977 ist wiederum mit Stagnation, also mit Ausgaben von knapp 44 Mrd DM zu rechnen. Der Grund für diese Entwicklung liegt wohl darin, daß diese Ausgaben weniger als die meisten anderen Ausgaben gesetzlich festgelegt sind und damit am ehesten gekürzt oder doch verschoben werden, wenn eine Verminderung der Ausgabenexpansion angestrebt wird.

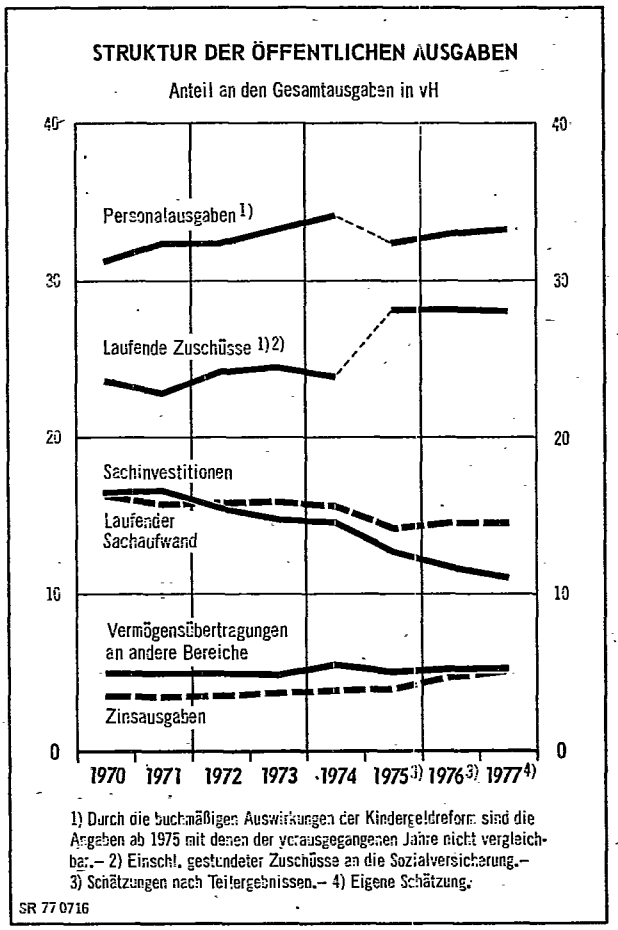
Wäre ein solches Zurückbleiben der öffentlichen Investitionen hinter der Entwicklung der anderen Ausgabearten mittelfristig angelegt, so wären die kurzfristigen Anpassungslasten als unvermeidbar anzusehen gewesen, die der Staat in der Rezession mit einem solchen Verhalten seinen Lieferanten insbesondere in der Bauindustrie auferlegte. Aber schon mit den Haushaltsplänen für 1978 und mit dem Programm für Zukunftsinvestitionen wird eine Niveaukorrektur der öffentlichen Investitionen vorgenommen. Daraus darf man wohl folgern, daß ein derart starkes Zurückbleiben der Investitionsausgaben hinter der Entwicklung des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen (bei paralleler Entwicklung beider Größen beispielsweise seit 1974 hätte die öffentliche Hand 1977 rund 10 Mrd DM mehr für Investitionen ausgegeben) noch nicht den Erfordernissen entsprach, die an die Infrastruktur gestellt werden.

146. Wie in der Investitionspolitik, so vollzog sich auch in der Personalpolitik eine Wende. In den Jahren 1969 bis 1973, bei angespanntem Arbeitsmarkt also, war die Zahl der bei den Gebietskörperschaften ganztägig Beschäftigten im Durchschnitt um 3,2 vH angestiegen, 1974 und 1975 betrug diese Zuwachsrate immer noch etwa 2 ½ vH, 1976 sank sie, bei über einer Million Arbeitslosen, auf 1 vH, und 1977 ist mit einer ähnlichen Entwicklung wie 1976 zu rechnen.

Die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst fielen 1977 zwar etwas niedriger aus als in der Privatwirtschaft (Ziffer 78); ein größerer Abstand wäre aber als Ausgleich für die Sicherheit des Arbeitsplatzes wohl zumutbar und wegen möglicher Signalwirkungen für die Tarifabschlüsse im privaten Bereich auch hilfreich gewesen. Außerdem wäre dadurch der haushaltspolitische Spielraum für eine Verstetigung der Einstellungspolitik größer geworden.

147. Der Rückgang bei den Investitionen und bei den Einstellungen spiegelt auch wider, daß wesentliche Teile der geringen Mehrausgaben durch die Zunahme der laufenden Übertragungen und der Zinsausgaben absorbiert wurden. Bei diesen Ausgabearten war ein Beitrag zur Konsolidierung weniger möglich. Fast die Hälfte der Ausgabensteigerung seit 1975 entfällt auf diese beiden Bereiche (15 ½ Mrd DM), obwohl sie 1975 nur einen Anteil von

Schaubild 16



32 vH an den Gesamtausgaben hatten. Die Zinsausgaben sind seit 1974 infolge der hohen Neuverschuldung um 8 Mrd DM (+ 64½ vH) angestiegen und haben in diesem Jahr einen Anteil von 5,1 vH an den Gesamtausgaben erreicht (Schaubild 16).

148. Die Veränderung der Haushaltsstruktur zu Lasten der investiven Ausgaben war in den vergangenen Jahren auch in den mehrjährigen Finanzplänen der Gebietskörperschaften fortgeschrieben worden. Um diese Entwicklung zu mildern, verabschiedete die Bundesregierung im März 1977 ein mehrjähriges Investitionsprogramm zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge („Programm für Zukunftsinvestitionen"). Es sieht in Abstimmung mit den Ländern zusätzliche investive Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von insgesamt 13,8 Mrd DM für die Jahre 1977 bis 1981 vor; darin sind auch Zuschüsse enthalten, mit denen private Investitionen in Höhe von 2,2 Mrd DM angeregt werden sollen; insgesamt ist also ein Investitionsvolumen von 16 Mrd DM vorgesehen.

Die Anstoßwirkungen dieses Programms waren bis zum Herbst nur gering, weil zunächst Koordinierungsprobleme zwischen den Gebietskörperschaften zu lösen waren; der Bund trägt zwar den größten Teil der Kosten der öffentlichen Hand (insgesamt fast 60 vH), organisatorisch sind die Maßnahmen aber im wesentlichen von den Ländern und beson-

ders von den Gemeinden abzuwickeln. Bis zum Jahresende ist mit einer Auftragsvergabe von reichlich 3 Mrd DM zu rechnen. Das Programm kann als ein erster Schritt weg von der Stagnation der Ausgaben für Sachinvestitionen angesehen werden, falls es, wie angestrebt, zusätzlich zu den „normalen" Investitionen durchgeführt wird.

149. Beim Bund werden 1977 die Ausgaben mit 171-½ Mrd DM voraussichtlich nur um 4 ½ vH höher sein als im Jahr zuvor, während die Länder mit einem Ausgabevolumen von gut 163 Mrd DM das Vorjahresniveau um etwa 5,7 vH übertreffen werden. Die größte Unsicherheit besteht hinsichtlich der Entwicklung der kommunalen Haushalte; wir rechnen damit, daß die Gemeinden in diesem Jahr 110 ½ Mrd DM ausgeben, das sind 4 ½ vH mehr als im vorangegangenen Jahr.

Bei der Interpretation der kommunalen Finanzdaten ist in diesem Jahr allerdings zu beachten, daß in drei Bundesländern die kommunalen Krankenhäuser finanzstatistisch nicht mehr erfaßt werden, so daß bei dem Vergleich mit dem Vorjahr zu niedrige Zuwachsraten ausgewiesen werden. Verläßliche Informationen über den Umstellungseffekt liegen derzeit nicht vor; wir schätzen, daß bei Einrechnung der Ausgaben dieser Krankenhäuser die Zuwachsrate mehr als 5½ vH betragen würde.

150. Die Gemeinden hatten bereits 1976 ihre Ausgabenexpansion stark eingeschränkt und lediglich 3,7 vH mehr als 1975 ausgegeben. Daß es so wenig war, beruhte vor allem darauf, daß die Sachinvestitionen absolut abnahmen, und zwar um 2,9 vH auf 28,8 Mrd DM. Im Jahr 1977 setzte sich diese Entwicklung zunächst noch verstärkt fort. Die Sachinvestitionen gingen im ersten Halbjahr noch einmal um 5,8 vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zurück, die Ausgaben für Baumaßnahmen sogar um 9,7 vH. Da die Gemeinden etwa zwei Drittel der Sachinvestitionen der Gebietskörperschaften bestreiten, schlug diese Entwicklung der kommunalen Investitionstätigkeit deutlich auf den Umfang der Investitionen der Gebietskörperschaften insgesamt durch. Allerdings vergaben die Gemeinden vom zweiten Vierteljahr an wieder erheblich mehr Aufträge an den Tiefbau; daher rechnen wir damit, daß sich im weiteren Jahresverlauf die kommunalen Investitionen gegenüber dem Vorjahr nicht weiter abgeschwächt haben. Aufs ganze Jahr gesehen werden die Kommunen dann mit gut 28 Mrd DM etwa 2 ½ vH weniger für Sachinvestitionen ausgeben als im Jahr zuvor.

Insgesamt verhielten sich die Kommunen in den beiden vergangenen Jahren wie private Investoren. Einzelwirtschaftliches Verhalten lag für sie nahe; denn auch bei den Gemeinden herrschte Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche und insbesondere finanzielle Entwicklung, und auch bei ihnen verzögerten vielfältige Auflagen und Vorschriften zahlreiche Investitionsvorhaben. Im Gegensatz zu den Unternehmen aber fehlte es vielen Kommunen, zumindest als sie ihre Haushalte für 1976 planten, an einer Grundvoraussetzung zum Investieren, am Geld. Als dann im Laufe der Jahre 1976 und 1977 die Steuereinnahmen verstärkt stiegen, haben die Gemeinden zunächst weniger Kredite aufgenommen und die zusätzlichen Mittel nicht zum Investieren genutzt. Hierzu mag beigetragen haben, daß in der Rezession die für Verzinsung und Tilgung zusätzlicher Schulden verfügbaren Mittel („freie Spitze") stark geschrumpft waren und daß die Kämmerer angesichts der labilen konjunkturellen Lage und der anhaltenden Diskussion über Steuersenkungen bei ihren Einnahmeschätzungen zurückhaltend verfuhren. Angesichts der allgemeinen Neigung zum Konsolidieren scheinen aber auch einige Kämmerer die Möglichkeit zu einer gründlichen „Entschlackung" der Gemeindehaushalte wahrgenommen zu haben; anders als in den Jahren der Prosperität stießen sie dabei kaum auf den Widerstand der Stadt- und Gemeinderäte.

Unerwartet kräftige Zunahme des Steueraufkommens

151. Trotz verhaltener Konjunktur flossen die Steuern 1977 reichlicher als vorher angenommen. Zu Beginn des Jahres war noch schwer abzuschätzen gewesen, wie stark das Steueraufkommen steigen würde. Besondere Unsicherheit herrschte hinsichtlich der Auswirkungen der Körperschaftsteuerreform sowie in bezug auf die Höhe der Abschlußzahlungen an Körperschaftsteuer, Einkommensteuer und Gewerbesteuer für 1975. Erschwerend kam hinzu, daß die neue Abgabenordnung und die Neuorganisation der Finanzämter in ihrer Wirkung auf die Schnelligkeit des Steuereinzugs schwer abzusehen waren. Da man die Einflüsse all dieser Sonderfaktoren zunächst vorsichtig veranschlagt hatte, mußten die Steuerschätzungen für 1977 seit dem Ende des Vorjahres wiederholt nach oben korrigiert werden — und dies, obwohl das nominale Bruttosozialprodukt mit 6,2 vH langsamer als ursprünglich erwartet anstieg. Wir rechnen für 1977 mit einem Gesamtsteueraufkommen von knapp 298 Mrd DM. Ohne Abzug der konjunkturbedingten Investitionszulage von etwa 4 Mrd DM wären es gut 301 ½ Mrd DM (Tabelle 19). Die volkswirtschaftliche Steuerquote ist damit auf etwa 25 ¼ vH angestiegen und hat so einen neuen Höchststand erreicht. Allerdings ist zu beachten, daß wegen der Ersetzung der Kinderfreibeträge durch Kindergeld zum 1. Januar 1975 die Steuerquoten vor und nach diesem Termin nicht ohne weiteres vergleichbar sind; berücksichtigt man diesen Effekt, so beträgt die Steuerquote noch mehr als 24 ½ vH.

152. *Die Fehlschätzungen des Steueraufkommens haben starke Zweifel an der Güte der Steuerschätzungen entstehen lassen. Während die Steuereinnahmen in den Jahren 1974 und 1975 beträchtlich hinter den Schätzergebnissen zurückgeblieben waren, gingen sie 1976 und 1977 weit über das hinaus, was man bei der Haushaltsplanung erwartet hatte.*

Ein Teil dieser Differenzen kann zwar damit erklärt werden, daß die konjunkturelle Entwicklung anders verlief, als den Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entsprach, die den Steuerschätzungen jeweils vorgegeben waren. Ein beträchtlicher Teil der Abweichungen beruhte aber auch auf einer Fehleinschätzung der Dynamik des Steuersystems.

Tabelle 19

Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern [1])

Steuerart	1974	1975	1976	1977 [2])	1975	1976	1977 [2])	1976	1977 [3])	
	Mrd DM				Veränderung in vH [4])			Mrd DM		Veränderung in vH [4])
	Jahr							Januar bis September		
Gesamtsteueraufkommen	239,6 [a])	242,2	267,9	297,8	+1,1	+10,6	+11,2	.	.	.
Lohnsteuer	72,0	71,2	80,6	90,0	−1,1 [b])	+13,2	+11,7	55,1	62,8	+14,1
Veranlagte Einkommensteuer	26,8	28,0	30,9	35,3	+4,5 [b])	+10,2	+14,2	21,5	25,4	+17,8
Körperschaftsteuer	10,4	10,1	11,8	16,8	−3,4	+17,8	+42,4	7,6	11,6	+53,3
Steuern vom Umsatz	51,2	54,1	58,5	62,4	+5,7	+ 8,1	+ 6,7	46,2	43,4	+ 6,5
Mineralölsteuer	16,1	17,1	18,1	19,1	+6,7	+ 5,8	+ 5,5	12,1	12,8	+ 6,5
								Januar bis Juni		
Gewerbesteuer [5])	18,8	17,9	20,1	22,8	−4,7	+12,4	+13,4	8,3	9,9	+19,3
Nachrichtlich:										
Bereinigtes Gesamtsteueraufkommen [6])	239,6 [a])	242,3	272,1	301,7	+1,1	+12,3	+10,9	.	.	.

[1]) Kassenmäßige Einnahmen ohne konjunkturpolitische Sondersteuern aber einschließlich Verrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.
[4]) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.
[5]) Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital.
[6]) Ohne Verrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974.
a) Ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer (1974: 2,6 Mrd DM).
b) Nicht bereinigt um die buchmäßigen Auswirkungen der Kindergeldreform.

Quelle: BMF

Soweit eine Fehlschätzung des Steueraufkommens auf einer Fehlprognose der konjunkturellen Entwicklung beruht, ist sie weniger bedenklich. Eine potentialorientierte oder eine antizyklische Finanzpolitik richtet ihre Ausgabenplanung nicht an den konjunkturell wechselnden Steuereinnahmen aus. Steuermehreinnahmen oder Steuermindereinnahmen aufgrund einer unerwartet starken oder schwachen Nachfrage der Privaten verändern dann nur den staatlichen Kreditbedarf.

Schwerer als diese Fehlschätzung aufgrund einer falschen Prognose der konjunkturellen Entwicklung wiegt die Fehleinschätzung der Dynamik des Steuersystems. Eine Fehleinschätzung der mittelfristigen Entwicklung der Steuerquote — diese steht für den Teil der Ansprüche an das Produktionspotential, die der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben durch die Steuererhebung für sich frei macht — führt zu Fehlentscheidungen der Finanzpolitik. Wird diese — um konjunkturelle Einflüsse bereinigte — Steuerquote unterschätzt, drängt der Staat die Ansprüche der Privaten stärker zurück, als es zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich wäre, oder er vermindert seine Ausgabenexpansion über das erforderliche Maß hinaus; wird die Steuerquote überschätzt, gilt das Umgekehrte.

Wie groß die Bedeutung der Fehleinschätzung der Dynamik des Steuersystems bei der Haushaltsplanung der vergangenen Jahre war, läßt sich gegenwärtig nur schwer beurteilen. Nach der Rezession wurden die Perspektiven für die Einnahmenentwicklung zunächst zu düster gezeichnet. Bei der offiziellen Steuerschätzung im August 1975 etwa war die Steuerquote — vor Abzug der Investitionszulage des Konjunkturprogramms von 1974 — für die Jahre 1976 und 1977 noch auf jeweils 22,8 vH geschätzt worden; bereinigt um die Ansätze für die später beschlossenen Steuerrechtsänderungen hätte dem für 1977 eine Steuerquote von 23,0 vH entsprochen. Tatsächlich lag die Steuerquote 1976 bei 24,2 vH, und 1977 wird sie, nach dem bisherigen Verlauf der Steuereingänge zu urteilen, etwa 25¼ vH betragen. Einem Prozentpunkt der Steuerquote entspricht in diesem Jahr ein Betrag von fast 13 Mrd DM.

Gewiß ist der unerwartet starke Anstieg in der Steuerquote zum Teil durch konjunkturelle und durch irreguläre Schwankungen infolge von Steuerrechtsänderungen bestimmt gewesen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß vor allem die Dynamik des Steuersystems unterschätzt wurde. Aus diesem Grunde wurde die Konsolidierungsaufgabe, vor die sich der Staat gestellt sah, beträchtlich überzeichnet (Ziffer 320).

Vor so gravierenden Fehleinschätzungen des Steueraufkommens muß sich die Finanzpolitik besser schützen.

Derartige Schätzfehler sind aber solange unvermeidlich, wie die Grundlagen der Steuerschätzung nicht entscheidend verbessert werden. Dies gilt vor allem für die Veranlagungssteuern. Die Ergebnisse der amtlichen Statistiken über die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer kommen zeitlich so spät, daß ihr Aussagewert für die Steuerschätzung, auch wegen zwischenzeitlich eingetretener Steuerrechtsänderungen, gering ist. Es fehlen zeitnahe, zuverlässige Informationen über die Höhe der steuerpflichtigen Einkommen, die Anzahl der Steuerpflichtigen, den Stand der Veranlagungsarbeiten, die Anpassung von Vorauszahlungen sowie über die Aufteilung der aktuellen Steuereingänge in Vorauszahlungen, Anpassungen von Vorauszahlungen und Abschlußzahlungen. Die Hoffnung auf eine Verbesserung der Schätzgrundlagen durch Einführung der Datenverarbeitung in der Finanzverwaltung hat sich bisher nicht erfüllt.

153. In welchem Ausmaß sich Veränderungen der Steuerquote im Gefolge wirtschaftlicher Expansionsvorgänge vollziehen, hängt von der Struktur des Steuersystems und von Sonderentwicklungen bei einzelnen Steuern ab. Grundsätzlich schlagen sich Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität wegen der Progression stärker im Aufkommen von einkommensbezogenen Steuern als im Aufkommen der umsatzbezogenen oder gar der mengenbezogenen Steuern nieder. Diese Unterschiede bewirken freilich auch, daß sich das Schwergewicht des Steuersystems im Verlauf des wirtschaftlichen Wachstums und auch infolge von Inflation bei unverändertem Steuerrecht zugunsten der einkommensbezogenen Steuern verschiebt. So war es auch 1977, wie die Zunahme des Anteils der einkommens- und vermögensbezogenen Steuern auf rund 62 vH des Gesamtsteueraufkommens zeigt (Tabelle 20). Da die einkommensbezogenen Steuern aber gleichzeitig auch jene Steuern sind, die den Anreiz zum Arbeiten und zum Investieren tendenziell am meisten beeinträchtigen, sprechen nicht zuletzt wachstumspolitische Gründe dafür, diese Entwicklung von Zeit zu Zeit zu korrigieren.

154. Die Gewinnsteuern (die Körperschaftsteuer, die Einkommensteuer der Veranlagten und die Gewerbesteuer) trugen 1977 kräftig zum Steigen des Steueraufkommens bei. Es zeigte sich, daß die Vorauszahlungen für diese Steuern im Jahr 1975 zu stark nach unten angepaßt worden waren, so daß nun nach der Veranlagung hohe Abschlußzahlungen fällig wurden. Diese Steuereingänge sind wirtschaftlich eigentlich dem Jahr 1975 zuzurechnen; sie führten 1977 in den Unternehmen lediglich zu einer Verringerung der Liquidität, die seit langem absehbar war. Die gesamtwirtschaftlich unerwartet hohen Steuereingänge waren also zumindest teilweise im Kalkül der Steuerpflichtigen längst berücksichtigt und haben daher 1977 wohl kaum noch Einflüsse auf die unternehmerischen Entscheidungen gehabt. Dies

Tabelle 20

Verteilung des Steueraufkommens auf Steuerarten

Anteil am Gesamtsteueraufkommen in vH

Steuerart	1966	1968	1970	1972	1974	1975	1976	1977 [1]
Einkommens- und vermögensbezogene Steuern [2]	54,4	55,1	53,3	55,6	60,0	58,7	60,3	62,1
davon Steuern vom:								
Einkommen [2]	39,4	40,3	40,7	43,1	47,5	46,3	48,0	49,5
Vermögensbesitz [3]	5,1	5,2	4,7	3,8	3,5	3,7	3,7	3,8
Gewerbebetrieb [4]	9,9	9,6	7,9	8,7	9,0	8,6	8,6	8,8
Mengenbezogene Steuern [5]	20,9	22,0	19,9	18,7	17,2	17,5	16,5	15,9
darunter:								
Mineralölsteuer	7,1	8,1	7,5	7,2	6,7	7,1	6,7	6,3
Kraftfahrzeugsteuer	2,5	2,6	2,5	2,4	2,2	2,2	2,1	2,0
Tabaksteuer	4,4	4,9	4,2	4,0	3,7	3,7	3,4	3,4
Umsatzbezogene Steuern [6]	23,4	21,5	25,4	24,3	21,8	22,8	22,0	21,1
Sonstige Steuern [7]	1,3	1,4	1,4	1,3	1,0	1,1	1,3	0,9

[1] Eigene Schätzung.
[2] Ohne Stabilitätszuschlag und vor Abzug der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974.
[3] Vermögensteuer, Grundsteuer, Feuerschutzsteuer, Vermögensabgabe, Hypothekengewinnabgabe und Kreditgewinnabgabe.
[4] Gewerbesteuer, Lohnsummensteuer, Schankerlaubnissteuer.
[5] Steuern vom Verbrauch und Aufwand, Zölle.
[6] Steuern vom Umsatz, Versicherungsteuer; ohne Investitionsteuer.
[7] Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Wechselsteuer.

Quelle: BMF

gilt um so mehr, als viele Unternehmen in den vergangenen beiden Jahren, weil sie wenig investierten, Geldvermögen angesammelt hatten. Den Unternehmen fiel es deswegen offensichtlich auch leicht, erhöhte Vorauszahlungen an Gewinnsteuern hinzunehmen.

155. Das Aufkommen an Körperschaftsteuer stieg zusätzlich an, weil die Gewinne der Unternehmen aufgrund der Reform des Körperschaftsteuerrechts seit 1977 mit erhöhten Steuersätzen belastet werden, so daß die Vorauszahlungen grundsätzlich nach oben anzupassen waren. Da aber die Steuerzahlungen der Unternehmen, soweit sie auf Ausschüttungen entfallen, bei der Einkommensteuer der Anteilseigner anrechenbar sind, wird ab 1978 das Aufkommen dort entsprechend niedriger sein. So erscheint die Körperschaftsteuerreform, die eigentlich für die Besteuerten eine Entlastung mit sich bringt, da die Ausschüttungen nicht mehr doppelt besteuert werden, vom aktuellen Steueraufkommen her fälschlicherweise zunächst als eine Mehrbelastung.

In der Einkommensteuer und vor allem in ihrer bedeutsamsten Teilsteuer, der Lohnsteuer, schlugen sich 1977 die Wirkungen der progressiven Besteuerung besonders stark nieder. Obwohl zu erwarten ist, daß die Bemessungsgrundlage der Lohnsteuer in diesem Jahr nur um etwa 7 vH steigen wird, war vor der Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages mit einem kassenmäßigen Steuermehraufkommen von 13½ vH zu rechnen.

Die Erhöhung der Branntweinabgaben und der Tabaksteuer zum Jahresbeginn 1977 brachte in diesem Jahr nur einen geringen Mehrertrag, nämlich weniger als 1 Mrd DM; gleichwohl dient die Erhöhung dem Ausbalancieren der Struktur des Steuersystems. Denn ohne wiederkehrende Anhebung derartiger, im wesentlichen auf die Menge bezogener Steuern würden diese in ihrem Aufkommen mit der Zeit zur Bedeutungslosigkeit herabsinken, wie dies schon heute für zahlreiche Verbrauchsteuern festzustellen ist.

156. Das Jahr 1977 war ein Jahr großer Bewegung in der Steuerpolitik. Vom Jahr davor wurde die Diskussion über Umfang und Zeitpunkt einer Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Konsolidierung der Staatsfinanzen übernommen. Außerdem stand die Reform des Einkommensteuertarifs auf der Tagesordnung. Schließlich gewannen seit Mitte des Jahres angesichts der konjunkturellen Schwäche bei gleichzeitig hohen Steuereingängen die Stimmen an Gewicht, die aus konjunkturpolitischen Gründen Steuersenkungen forderten. So bestand das Jahr hindurch ein steuerpolitisches Klima, das vor allem für die Investoren Ungewißheit brachte und deren Aktivitäten eher dämpfte.

157. Zunächst legte die Bundesregierung Anfang März einen Gesetzentwurf vor, durch den, rückwirkend zum Jahresbeginn, die Steuervergünstigung des § 7 b Einkommensteuergesetz auf Altbauten ausgedehnt werden sollte; außerdem war vorgesehen, den Erwerb von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie von Eigentumswohnungen innerhalb bestimmter Wertgrenzen von der Grunderwerbsteuer zu befreien. Gleichzeitig begann die Auseinandersetzung um das „Steueränderungsgesetz 1977", wobei die Mehrwertsteuererhöhung besonders umstritten war. Schließlich wurde der Regelsatz der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1978 nicht — wie es ursprünglich vorgesehen war — um zwei Prozentpunkte erhöht, sondern lediglich um einen Prozentpunkt; der ermäßigte Steuersatz wurde um einen halben Prozentpunkt nach oben angepaßt. Außerdem wurden Entlastungen bei der Gewerbesteuer vorgenommen, die Vermögensteuer wurde gesenkt, das Kindergeld wurde ab dem zweiten Kind erhöht und die Möglichkeiten zum Abzug von Sonderausgaben im Rahmen der Einkommensteuer erweitert. Zusammen mit der Ausweitung des § 7 b und den Befreiungen von der Grunderwerbsteuer, die zum 1. Januar 1977 in Kraft traten, bringt dieses Paket von Maßnahmen nach den Schätzungen der Bundesregierung einen Enlastungseffekt von etwa 1 Mrd DM für das Jahr 1978 (Tabelle 21).

Tabelle 21

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1976	
10. November	Die Bundesregierung verabschiedet ein arbeitsmarktpolitisches Programm. Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Berufsbildungsmaßnahmen für Jugendliche, Mobilitätshilfen, Umzugs- und Einrichtungsbeihilfen sowie für Eingliederungsmaßnahmen und arbeitsfördernde Maßnahmen für Schwerbehinderte werden Bundesmittel in Höhe von 430 Mio DM bereitgestellt.
15. bis 17. Dezember	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" veranschlagt die Steuereinnahmen für 1976 auf 265,9 Mrd DM, das sind 9,8 vH mehr als im Vorjahr. Für 1977 erwartet er eine Zunahme der Steuereinnahmen von 10,6 vH.

noch Tabelle 21

Datum	
1977	
1. Januar	Die neue Abgabenordnung tritt in Kraft.
1. Januar	Die Reform der Körperschaftsteuer tritt in Kraft. Durch sie wird die Doppelbelastung ausgeschütteter Gewinne mit Körperschaftsteuer und Einkommensteuer beseitigt.
1. Januar	Für Aufwendungen für die Berufsausbildung ihrer Kinder können Lohnsteuerpflichtige und Einkommensteuerpflichtige Ausbildungsfreibeträge in Anspruch nehmen.
1. Januar	Die Erhöhung der Tabaksteuer um 18 vH und der Branntweinabgaben um 20 vH tritt in Kraft.
13. Januar	Nach den ersten vorläufigen Ergebnissen schließt der Bundeshaushalt 1976 mit Ausgaben in Höhe von 162 Mrd DM, das sind etwa 2 Mrd DM weniger als im Haushaltsplan vorgesehen. Die Nettokreditaufnahme des Bundes ist mit 26 Mrd DM etwa 6½ Mrd DM niedriger als geplant.
28. Januar	Die Bundesregierung beschließt den Haushaltsentwurf 1977 und den Finanzplan bis 1980. Das geplante Haushaltsvolumen 1977 ist mit 171,8 Mrd DM etwa 4½ vH höher als die Ausgaben des Bundes im Vorjahr (einschließlich der Ausgaben für die Konjunkturprogramme). Für 1978 ist ein Ausgabenzuwachs von 7,5 vH vorgesehen, für 1979 und 1980 ein Zuwachs von je 6,0 vH. Die Nettokreditaufnahme soll in den Jahren 1977 bis 1980 von 22,8 Mrd DM auf 15,5 Mrd DM abgebaut werden.
Februar	Die Länder sehen in ihren Haushaltsentwürfen Ausgaben in Höhe von 161 Mrd DM vor, etwa 5 vH mehr als sie 1976 ausgegeben haben (einschließlich der Ausgaben für die Konjunkturprogramme). Die Nettokreditaufnahme der Länder ist auf 14 Mrd DM veranschlagt.
2. März	Die Bundesregierung beschließt einen Gesetzentwurf zur Ausweitung der Abschreibungsbegünstigungen des § 7 b Einkommensteuergesetz und der Befreiung von der Grunderwerbsteuer. Diese Regelungen sollen rückwirkend ab 1. Januar 1977 gelten.
11. März	Zur Konsolidierung der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen legt die Bundesregierung Gesetzentwürfe vor.
23. März	Die Bundesregierung beschließt ein „Programm für Zukunftsinvestitionen". Es sieht Investitionsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von 13,8 Mrd DM bis einschließlich 1981 vor. Im Jahre 1977 sollen im Rahmen dieses Programms Aufträge von 3½ Mrd DM vergeben werden. Die Ausgabenansätze sollen in die Haushaltspläne der Gebietskörperschaften übernommen werden. Für öffentliche Investitionen im Verkehrswesen sind 3,7 Mrd DM, in der Energieversorgung 1,3 Mrd DM, in der Wasserwirtschaft 4,1 Mrd DM, für eine bessere Wohnumwelt 4,1 Mrd DM und für die Berufsbildung 0,6 Mrd DM vorgesehen. Teilweise sollen durch diese Mittel private Investitionen in Höhe von 2,2 Mrd DM angeregt werden.
23. März	Die Bundesregierung beschließt den Entwurf eines „Steueränderungsgesetzes 1977", das zum 1. Januar 1978 wirksam werden soll. Wesentliche Maßnahmen: — Erhöhung der Umsatzsteuer auf 13 vH bzw. 6,5 vH. — Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind auf 80 DM, für alle weiteren Kinder auf 150 DM. — Verschiedene Maßnahmen innerhalb der Einkommensteuer. Schwerpunkt: Erhöhung der Sonderausgaben-Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen. — Einführung beziehungsweise Erhöhung von Freibeträgen in der Gewerbesteuer. — Senkung der Vermögensteuer — für natürliche Personen von 0,7 vH auf 0,5 vH, — für juristische Personen von 1,0 vH auf 0,7 vH.
23./24. Mai	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" veranschlagt für 1977 unter der Annahme einer Steigerung des Bruttosozialprodukts um 8,4 vH Steuereinnahmen von 297,9 Mrd DM; das bedeutet eine Zunahme gegenüber 1976 von 11,1 vH.
25. Mai	Das Bundesverfassungsgericht stellt fest, daß die Verausgabung von 2 Mrd DM überplanmäßiger und außerplanmäßiger Ausgaben Ende 1973 eine Verletzung des Art. 110 Grundgesetz darstellte.
25. Mai	Die Bundesregierung beschließt ein Paket von Maßnahmen zur Stützung der Bauwirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Schwerpunkte sind: — Fortsetzung und Ausweitung des wohnungsbaupolitischen Regionalprogramms. — Zusätzlich 0,6 Mrd DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. — 1 600 zusätzliche Planstellen der Bundesanstalt für Arbeit für Vermittler und Berufsberater.

noch Tabelle 21

Datum	
1977	
27. Mai	Der Bundestag beschließt das Gesetz über steuerliche Begünstigungen bei der Herstellung oder Anschaffung bestimmter Wohngebäude. Wesentlicher Inhalt: Ausdehnung des § 7 b Einkommensteuergesetz auf Altbau-Erwerb und Fortfall der Grunderwerbsteuer bis zu gewissen Höchstgrenzen. Inkrafttreten am 1. Januar 1977.
16. Juni	Der Bundestag beschließt das „Steueränderungsgesetz 1977", dem der Bundesrat am 15. Juli zustimmt. Änderung gegenüber dem Regierungsentwurf: Die Umsatzsteuer wird ab 1. Januar 1978 lediglich um 1 bzw. ½ Prozentpunkt auf 12 vH bzw. 6 vH angehoben.
24. Juni	Der Bundestag verabschiedet den Bundeshaushalt 1977 mit einem Haushaltsvolumen von 171,3 Mrd DM (6 vH mehr als im Vorjahr) und mit einem Finanzierungsdefizit von 21,1 Mrd DM (Vorjahr 25,9 Mrd DM).
28. Juni	Bund und Länder beschließen Verwaltungsvereinbarungen über Finanzhilfen des Bundes an Länder und Gemeinden im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen.
1. Juli	Das „Sozialpaket" tritt in Kraft. Wesentlicher Inhalt: — Leistungskürzungen der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung. — Kürzung der Zahlungen der Rentenversicherungsträger an die Krankenversicherungen für die Krankenversicherung der Rentner. — Zahlung von Beiträgen der Bundesanstalt für Arbeit für die Rentenversicherung der Arbeitslosen ab 1979. — Abbau der Mindestrücklage der Rentenversicherung. — Verschiebung der Rentenerhöhung vom 1. Juli 1978 auf den 1. Januar 1979. — Aktualisierung der Rentenanpassungen.
1. Juli	Bund und Länder einigen sich auf eine Beibehaltung des Umsatzsteuer-Verteilungsschlüssels von 69 : 31 für 1977. Im kommenden Jahr soll das Verhältnis auf 67,5 : 32,5 geändert werden. In beiden Jahren gewährt der Bund den leistungsschwachen Ländern Ergänzungszuweisungen in Höhe von 1,5 vH des Umsatzsteueraufkommens.
7. Juli	Der Finanzplanungsrat berät den Vollzug der Haushalte 1977 sowie des Programms für Zukunftsinvestitionen. Außerdem findet eine erste Aussprache über die Gestaltung der Haushalte für 1978 statt.
15. Juli	Das Gesetz zur Erhöhung des Wohngeldes zum 1. Januar 1978 wird verabschiedet.
17. Juli	Der Bundesfinanzminister kündigt eine Senkung der Einkommensteuer für 1980 an. In der Folgezeit ergibt sich im Zusammenhang mit der negativen Arbeitsmarktentwicklung eine andauernde öffentliche Diskussion über mittel- und kurzfristige finanzpolitische Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft.
22.—24. August	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" erwartet für 1977 insgesamt ein Steueraufkommen von 299,8 Mrd DM, also 11,8 vH mehr als im Vorjahr. Für 1978 veranschlagt er unter der Voraussetzung einer Zunahme des Bruttosozialprodukts von 8,2 vH ein Aufkommen von 325 Mrd DM, das sind 8,4 vH mehr als 1977.
1. September	Der Finanzplanungsrat berät über den Vollzug der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahre 1977 sowie über die Haushaltspläne für 1978.
13. September	Die Fraktionen von SPD und FDP bringen den Entwurf eines Gesetzes zur Steuerentlastung und Investitionsförderung im Bundestag ein.
30. September	Die Bundesregierung legt den Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 1978 vor. Mit 188,6 Mrd DM liegt das geplante Haushaltsvolumen um 10,1 vH über dem Ansatz für 1977. Darin sind 1,45 Mrd DM Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherungsträger enthalten, die dem Bund 1974 und 1975 gestundet worden waren. Der Finanzierungssaldo beträgt 27,8 Mrd DM. Gleichzeitig wird der Finanzplan des Bundes für die Jahre 1977 bis 1981 vorgelegt. In den Jahren 1979 bis 1981 sollen die Ausgaben um jeweils 6 vH ansteigen. Der Finanzierungssaldo soll bis 1981 auf 25 Mrd DM zurückgeführt werden.

noch Tabelle 21

Datum	
1977	
27. Oktober	Der Bundestag beschließt das Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung. Es enthält in seiner endgültigen Fassung im wesentlichen folgende Maßnahmen: — Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages für Arbeitnehmer von bisher 100 DM auf 400 DM noch für 1977. — Verbesserung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter auf das Zweieinhalbfache der linearen Abschreibungssätze, höchstens 25 vH, sowie Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für Wirtschaftsbauten und den frei finanzierten Mietwohnungsbau ab 1. September 1977. — Erhöhung des Grundfreibetrages bei der Lohn- und Einkommensteuer von 3 000 DM auf 3 300 DM für Ledige bzw. von 6 000 DM auf 6 600 DM für Verheiratete ab 1978. — Einführung eines allgemeinen Tariffreibetrages bei der Lohn- und Einkommensteuer von 510 DM für Ledige bzw. 1 020 DM für Verheiratete ab 1978. Steuerausfälle durch dieses Gesetz im Jahre 1977 etwa 1,7 Mrd DM, im Jahre 1978 etwa 10,3 Mrd DM.

Bereits wenige Tage nach der Verabschiedung dieser Gesetze begann Mitte Juli eine intensive Diskussion über Notwendigkeit, Art und Umfang von steuerlichen Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur. Zwei Monate später legte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vor, der über eine Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages und durch eine Ausweitung der degressiven Abschreibung ab 1. September noch im laufenden Jahr steuerliche Entlastungen in Höhe von etwa 1,7 Mrd DM bringen sollte.

Diese schon für 1977 vorgesehenen Maßnahmen waren kaum umstritten; Uneinigkeit bestand zunächst über die ebenfalls im Gesetzentwurf vorgesehenen steuerlichen Entlastungen im Rahmen der Einkommensteuer, die ab 1978 Geltung erlangen sollten. Ende Oktober einigte man sich dann im Vermittlungsausschuß darauf, neben einer Erhöhung des Grundfreibetrages, die für alle Steuerzahler eine absolut gleich hohe Entlastung bringt, einen zusätzlichen Tariffreibetrag einzuführen, dessen Entlastungswirkung mit steigendem Einkommen nach Maßgabe des Progressionstarifs zunimmt. Anfang November trat dieses Gesetz in Kraft.

158. Gemäß ihren Anteilen am Aufkommen der einzelnen Steuern waren die Gebietskörperschaften in unterschiedlichem Maß an den zusätzlichen Erträgen der 1977 reichlich fließenden Steuern beteiligt; die Steuereingänge der Länder werden mit 12½ vH voraussichtlich stärker als die des Bundes (+ 9½ vH) und die der Kommunen (+ 10 vH) ansteigen. Die Gemeinden partizipieren über den Finanzausgleich zwar auch am höheren Ländersteueraufkommen. Dies geschieht aber nur dann ohne große Verzögerung, wenn die zusätzlichen Steuereinnahmen bei der Verabschiedung der Finanzausgleichsgesetze auch richtig vorausgesehen und nicht zunächst unterschätzt werden, wie es in den letzten beiden Jahren der Fall war.

159. Weil die Ausgaben nur mäßig stiegen und die Steuerquellen kräftig sprudelten, sank das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften von 47,8 Mrd DM im Vorjahr auf 35½ Mrd DM im Jahre 1977. Es auf dem Kapitalmarkt zu decken, bereitete wie schon im Jahr zuvor keine besonderen Probleme (Ziffer 189). Die Finanzierung mit Hilfe früher bei der Bundesbank stillgelegter Konjunkturausgleichsrücklagen spielte nur noch eine unbedeutende Rolle, da nach Auflösung der letzten Rücklagen in Höhe von 200 Mio DM diese Möglichkeit der Finanzierung erschöpft war.

Öffentliche Haushalte kaum noch expansiv

160. Das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften ist von 1976 auf 1977 um rund 12½ Mrd DM zurückgegangen; aber es beträgt immer noch 35½ Mrd DM. Das Urteil darüber ist unterschiedlich. Die einen sehen im Rückgang des Defizits einen begrüßenswerten Schritt in Richtung Konsolidierung der Haushalte, während andere darin bereits eine restriktive Politik der öffentlichen Hand erblicken. Wieder andere befürchten, der Staat könne durch seine immer noch hohe Kreditaufnahme die Kreditmärkte zu stark belasten und zu wenig Raum für die Finanzierung privater Aktivitäten, insbesondere privater Investitionen lassen. Bei manchen werden auch noch Inflationsängste wachgehalten.

161. Eine kritische Würdigung des Umfangs der staatlichen Neuverschuldung muß diese im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Lage sehen (Tabelle 22). Wir gehen davon aus, daß die öffentliche Kreditaufnahme insoweit als unproblematisch angesehen werden kann, als die Privaten daran gewöhnt sind, daß der Staat stets einen Teil seiner Ausgaben kreditär finanziert. Bei diesem Teil der Verschuldung handelt es sich freilich nicht um einen absolut festliegenden Betrag, sondern wir nehmen an, daß er im gleichen Maße wie das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential ansteigen kann, ohne daß von daher Störungen des Wirtschaftsablaufs zu erwarten sind. Insoweit sind von kreditfinanzierten Ausgaben auch keine expansiven

Tabelle 22

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte

Mrd DM

	1966	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos								
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme [1]	−6,8	− 9,9	−11,1	−12,4	−13,7	−15,1	−16,4	−17,3
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen [2]	−1,7	+ 2,6	+ 0,4	+ 1,2	− 6,2	−19,8	−14,5	−16,1
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen [3]	.	+ 6,7	+ 4,8	+ 4,4	+ 4,2	+ 4,8	− 2,0	+ 0,2
(d) Änderungen im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen" [4]	.	+ 3,4	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,3	− 1,0	+ 2,0	+ 1,6
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo [5] (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	−8,5	+ 2,9	− 4,1	− 5,3	−14,4	−31,0	−30,9	−31,5
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo ohne konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	−8,5	−15,6	−14,3	−11,3	−27,9	−68,0	−43,6	−31,5
IIa. Tatsächlicher Finanzierungssaldo einschließlich konjunkturpolitischer Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	−8,5	−11,9	−20,0	− 9,5	−25,3	−68,1	−47,8	−35,4
I. ⁄ II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: −)	.	+18,5	+10,2	+ 6,0	+13,5	+37,0	+12,7	0,0
I. ⁄ IIa. Konjunktureller Impuls unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	.	+14,8	+15,9	+ 4,2	+10,9	+37,1	+16,9	+ 3,9

[1] Errechnet aus dem Finanzierungssaldo des Basisjahres, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen 1966, und mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben. Die Größe (a) stellt eine Zusammenfassung der in Tabelle 23 des JG 73 ausgewiesenen konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme und der Änderungen im Deckungsbeitrag dieser Komponente dar. Methodische Erläuterungen siehe Anhang VI.

[2] Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (97,25 vH) zuzurechnen ist. Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote auslastungsbedingt von der „konjunkturneutralen" Vollbeschäftigungsquote abweichen kann.

[3] Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote inflationsbedingt von der „konjunkturneutralen" abweichen kann.

[4] Errechnet als Abweichung der tatsächlichen „Sonstigen Einnahmen" von dem Betrag, der zur Deckung eines gegenüber dem Basisjahr 1966 unveränderten Anteils der konjunkturneutralen Staatsausgaben erforderlich gewesen wäre.

[5] Abweichung in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 23

Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht [1])

Mrd DM

	1966	1971	1972	1973	1974	1975 [2])	1976 [2])	1977 [3])
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen [4])	508,9	765,1	848,8	941,2	1 041,5	1 148,4	1 217,8	1 294,0
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr [5])	508,9	735,3	828,1	922,8	1 023,2	1 125,5	1 226,5	1 293,0
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966	145,8	210,7	237,3	264,4	293,1	322,5	351,4	370,5
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials [6])	494,9	715,0	805,3	897,4	995,0	1 094,6	1 192,8	1 257,5
(5) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966	114,4	165,3	186,2	207,5	230,1	253,1	275,8	290,7
(6) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr [7])	114,4	163,0	191,8	219,3	241,6	257,2	288,5	317,6
(6 a) nachrichtlich: tatsächliche Steuereinnahmen ohne konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	112,7	172,3	197,0	224,8	239,6	242,3	272,1	301,7
(6 b) nachrichtlich: konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	.	+ 3,7	− 5,7	+ 1,8	÷ 2,6	− 0,1	− 4,2	− 3,9
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) ⁄ (5)	.	− 2,4	÷ 5,6	÷11,8	+11,5	+ 4,2	÷12,7	÷26,9
(8) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) ÷ (7)	145,8	208,3	242,8	276,2	304,7	326,6	364,2	397,3
(9) Tatsächliche Staatsausgaben [8])	145,8	226,8	253,0	282,2	318,2	363,6	376,9	397,3
(10) Konjunktureller Impuls [9]) (9) ⁄ (8)	.	+18,5	÷10,2	+ 6,0	÷13,5	+37,0	÷12,7	0,0
(10 a) nachrichtlich: Konjunktureller Impuls unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern und der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (10) ⁄ (6 b)	.	÷14,8	+15,9	+ 4,2	÷10,9	+37,1	+16,9	÷ 3,9
(11) Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen [10])	.	+10,0	÷ 4,2	+ 0,8	÷ 8,3	+30,4	+15,3	− 0,3
(12) Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	.	+ 6,9	− 8,3	− 4,1	÷ 7,5	÷23,4	−24,2	−12,8

Fußnoten siehe Seite 97.

noch Tabelle 23

	1966	1971	1972	1973	1974	1975 [2]	1976 [2]	1977 [3]
	vH							
Zum Vorjahresvergleich								
Steigerungsrate								
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (9) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+ 4,8	+ 15,5	+ 11,6	+ 11,5	+ 12,8	+ 14,3	+ 3,7	+ 5,4
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (8) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (9)	.	+ 6,1	+ 7,1	+ 9,2	+ 8,0	+ 2,6	+ 0,2	+ 5,4
Bestimmungsfaktoren von (b) [11]								
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1970	.	+ 4,7	+ 5,1	+ 4,5	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,6
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	.	+ 3,5	+ 3,0	+ 4,0	+ 5,0	+ 5,0	+ 4,0	+ 3,5
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (13) von der des jeweiligen Vorjahres	.	+ 0,5	+ 3,6	+ 2,2	− 0,5	− 2,7	+ 2,3	+ 3,6
(f) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (17) von der konjunkturneutralen (14) im jeweiligen Vorjahr [12]	.	− 2,5	− 4,6	− 1,6	− 0,2	− 2,6	− 9,1	− 4,2
(13) Volkswirtschaftliche Steuerquote: (6)/(4) · 100	23,12	22,79	23,82	24,43	24,28	23,50	24,19	25,26
(14) Konjunkturneutrale Staatsquote: (8)/(2) · 100	28,65	28,33	29,33	29,93	29,78	29,02	29,69	30,73
(15) Beanspruchte Staatsquote: (9)/(2) · 100	28,65	30,85	30,55	30,58	31,10	32,30	30,73	30,73
(16) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2) (15) ⁄ (14)	.	+ 2,52	+ 1,23	+ 0,65	+ 1,32	+ 3,29	+ 1,04	0,00
(17) Realisierte Staatsquote: (9)/(1) · 100	28,65	29,64	29,81	29,98	30,55	31,66	30,95	30,70

[1] Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Ötfa, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen und EG-Anteile. — Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang VI. Differenzen in den Summen durch Rundung.
[2] Schätzung nach Teilergebnissen.
[3] Eigene Schätzung.
[4] Produktionspotential in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[5] Produktionspotential in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.
[6] Normalauslastungsgrad (97,25 vH); zur Definition siehe Anhang VI.
[7] Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe dazu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturneutralen Ausgabenspielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralem" Preisanstieg ergäbe.
[8] Eigenfinanzierte Ausgaben.
[9] Expansiv: +; kontraktiv: —.
[10] Gleichbedeutend mit dem konjunkturellen Impuls auf der Basis der tatsächlichen Preissteigerungen (siehe Anhang VI).
[11] (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (f). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (f) (siehe hierzu Anhang VI).
[12] Dies entspricht den Komponenten (f) und (g) in Tabelle 18 des JG 71, die aus Vereinfachungsgründen zusammengefaßt worden sind.

Impulse zu erwarten. In Orientierung an dem Verschuldungsverhalten der sechziger Jahre, repräsentiert durch das Jahr 1966 als Basis, schätzen wir diesen Teil der Kreditaufnahme auf derzeit etwa 17 Mrd DM.

Ein weiterer Teil der gegenwärtigen Verschuldung ergibt sich daraus, daß die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten derzeit weniger als normal ausgelastet sind, daß also die Steuereingänge trotz des kräftigen Anstiegs nur deshalb nicht ihr „normales" Ausmaß erreichen, weil die Einkommen und Umsätze nicht den Einkommen und Umsätzen bei normaler Auslastung des Produktionspotentials entsprechen. Wenn der Staat die hierdurch bedingten Steuerausfälle (in diesem Jahr etwa 16 Mrd DM) nicht durch Kredite ersetzen würde, müßte er seine Ausgaben in diesem Umfang vermindern, seine Ansprüche an das Produktionspotential also in einem Zeitpunkt reduzieren, in dem auch die Privaten das Produktionspotential nicht in normalem Maße beanspruchen — die Finanzpolitik wäre also restriktiv.

Dem Umstand, daß in einem bestimmten Jahr die tatsächlichen Steuereingänge niedriger sind, als sie es bei Normalauslastung des Produktionspotentials gewesen wären, versuchen wir dadurch Rechnung zu tragen, daß wir die Steuerquote des jeweiligen Jahres auf ein Bruttosozialprodukt beziehen, wie es sich bei Normalauslastung ergeben hätte (Vollbeschäftigungssteuereinnahmen). Dieses grobe Verfahren ist nicht unproblematisch; namentlich in Jahren, in denen die Steuereingänge durch Sonderfaktoren beeinflußt sind, werden die Vollbeschäftigungssteuereinnahmen entweder zu hoch oder zu niedrig ausgewiesen. Im Jahre 1977 dürften die Vollbeschäftigungssteuereinnahmen wegen solcher Sonderfaktoren eher zu hoch ausgewiesen sein, die auslastungsbedingten Steuermindereinnahmen also vermutlich überhöht in unsere Rechnung eingehen (Ziffern 152 ff.).

Unter Berücksichtigung weiterer, quantitativ wenig bedeutsamer Effekte rechnen wir insgesamt damit, daß die Teile der öffentlichen Verschuldung, von denen keine expansiven Impulse zu erwarten sind, zusammen etwa 31 ½ Mrd DM ausmachen. Der Unterschied zwischen diesem „konjunkturneutralen Saldo" und dem tatsächlichen Finanzierungssaldo steht für den konjunkturellen Impuls, den wir den öffentlichen Haushalten zuschreiben (Anhang VI). In diesem Jahr ergibt sich allerdings aus unserer Rechnung kein Unterschied mehr zwischen den beiden Größen. Bezieht man die Steuerausfälle aufgrund der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 mit in die Rechnung ein, so beträgt der Impuls noch etwa 4 Mrd DM.

162. Zu dem gleichen Ergebnis kommt man durch eine Gegenüberstellung der tatsächlichen Staatsausgaben mit demjenigen Haushaltsvolumen, das nach unserem Konzept als konjunkturneutral bezeichnet werden kann (Tabelle 23). Dabei gehen wir davon aus, daß von der Summe der Staatsausgaben dann keine konjunkturellen Impulse zu erwarten sind, wenn sie gegenüber einem Vergleichsjahr mit konjunkturneutralem Haushalt — in unserer Rechnung tionspotentials direkt oder indirekt in Anspruch 1966 — einen unveränderten Anteil des Produknehmen, es sei denn, einer höheren oder niedrigeren Staatsquote steht eine entsprechend veränderte Steuerquote gegenüber.

163. Bei einer Bewertung des konjunkturellen Impulses darf nicht übersehen werden, daß diese Maßzahl auf Kassenvorgänge abstellt und darin unberücksichtigt bleibt, welchen Zeitpunkten die Aktivitäten zuzuordnen sind, die diesen Zahlungen zugrunde liegen. Dies gilt insbesondere für die Steuerausfälle aufgrund der Investitionszulage. Die entsprechenden privaten Investitionen sind überwiegend bereits vor 1977 getätigt worden; soweit ergeben sich im laufenden Jahr nur noch bereits eingeplante Liquiditätseffekte bei den Investoren.

Umgekehrt gehen von den Aufträgen im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen, soweit sie noch in diesem Jahr vergeben werden (reichlich 3 Mrd DM), expansive Wirkungen aus, die nicht erfaßt werden. Die Erweiterung der Abschreibung auf Altbauten und die Grunderwerbsteuerbefreiung für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie für Eigentumswohnungen können ebenfalls in diese Richtung gewirkt haben, ohne daß es in diesem Jahr zu entsprechenden Vorgängen in den öffentlichen Kassen gekommen ist. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die hohen Gewinnsteuerzahlungen der Unternehmen dort teilweise nur die Liquidität vermindern, weil die Abschlußzahlungen wirtschaftlich dem Jahr 1975 zuzurechnen sind. Schließlich erscheinen die Auswirkungen der Körperschaftsteuerreform zunächst als Erhöhung der Steuerbelastung, im wirtschaftlichen Kalkül überwiegt sicherlich der Entlastungseffekt, der daraus resultiert, daß die Ausschüttungen nun nicht mehr doppelt belastet werden.

Eine Analyse der Impulse, die von der Finanzpolitik im laufenden Jahr auf den privaten Sektor eingewirkt haben, muß darüber hinaus auch die Signalwirkungen ins Bild rücken, die keinen finanziellen Niederschlag gefunden haben. Hierzu zählen insbesondere mögliche Einflüsse auf die Erwartungen von Konsumenten und Investoren, die von den Steuerentlastungsmaßnahmen sowie von der Kindergelderhöhung ausgehen, die großenteils erst Anfang 1978 in Kraft treten.

Insgesamt gesehen scheint der konjunkturelle Impuls, wie er sich aus unseren Berechnungen ergibt, die expansiven Wirkungen der Finanzpolitik in diesem Jahr zu niedrig auszuweisen.

164. *Die Höhe des konjunkturellen Impulses, den wir für die Haushalte der Gebietskörperschaften berechnen, ist von der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch das Statistische Bundesamt, die unter anderem eine Änderung der Preisbasis von 1962 auf 1970 brachte, nicht unberührt geblieben. Durch die Neubewertung des Anlagevermögens (mit Auswirkungen auf den Umfang des Produktionspotentials) und des Bruttosozialprodukts der letzten Jahre ergibt sich rechnerisch eine Niveauverschiebung der konjunkturellen Impulse der siebziger Jahre um durchschnittlich knapp 3 Mrd DM nach oben. Für das laufende Jahr würde sich also auf der Basis der nicht revidierten Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein kontraktiver Impuls erge-*

ben. Da wir aber davon ausgehen müssen, daß die Angaben der Volkswirtschaitlichen Gesamtrechnungen aui der Preisbasis 1970 aussagekräitiger sind als die Angaben aui der Preisbasis 1962, halten wir die neuen Ergebnisse iür zutreiiender.

165. *Kritik hat auch erneut gefunden, daß der Sachverständigenrat seinen Urteilen über die konjunkturellen Impulse der öiientlichen Haushalte nach wie vor ein Verschuldungsverhalten des Staates zugrunde legt, als normal gleichsam, wie es iür die sechziger Jahre kennzeichnend war (in unseren Rechnungen repräsentiert durch das Jahr 1966). Wir haben jedoch immer eingeräumt, daß die Wirtschait durchaus an unterschiedliche Piade der „Normalverschuldung" des Staates gewöhnt werden kann und daß in den siebziger Jahren möglicherweise eine Gewöhnung an ein höheres Niveau der Normalverschuldung des Staates stattgefunden hat. Sicher ist dies angesichts der negativen Reaktionen der Privaten aui die übermäßig expansive Finanzpolitik der inilatorischen Phase allerdings keineswegs (JG 75 Ziifern 70 i.). Zu bedenken ist überdies, daß der Staat sich nach dem Beginn der Konsolidierungspolitik Mitte der siebziger Jahre erst einmal wieder eine mitteliristige Orientierung suchen mußte, an die die Wirtschait dann durch eine möglichst stetige Politik zu gewöhnen ist. In den Konsolidierungsanstrengungen der letzten beiden Jahre war durchaus eine Rückkehr zum Verschuldungsverhalten der sechziger Jahre angelegt — selbstverständlich immer unter Berücksichtigung der inilations- und wachstumsbedingten Veränderung aller Größen, die inzwischen eingetreten ist. Wie es weitergehen wird, erscheint noch ungewiß. Aus diesen Gründen haben wir es iür ialsch gehalten, eine Revision unserer Entscheidung hinsichtlich der mitteliristigen Bezugsgrößen unseres Urteils über das öiientliche Finanzgebaren jetzt vorzunehmen. Das Bild der zeitlichen Entwicklung der konjunkturellen Impulse der öiientlichen Haushalte und damit das Urteil darüber, inwieweit die Veränderungen der konjunkturellen Impulse in konjunkturgerechter Weise mit den Veränderungen der konjunkturellen Lage korrespondieren, ist von der Basisjahrentscheidung (die lediglich das Niveau der errechneten konjunkturellen Impulse bestimmt) ohnehin iast unabhängig.*

166. Sieht man von den erwähnten Sonderfaktoren ab, so unterscheidet sich der konjunkturelle Impuls, so wie wir ihn berechnen, deutlich von den expansiven Impulsen, die wir den öffentlichen Haushalten der beiden vorangegangenen Jahre zuschreiben. Gegenüber 1976 ging er nochmals um 13 Mrd DM zurück, nachdem er im Vorjahr bereits um über 20 Mrd DM gesunken war. Da sich aber der wirtschaftliche Aufschwung 1977 entgegen den Erwartungen nicht weiter fortsetzte, hat dies der Finanzpolitik viel Kritik eingetragen. Es ist ihr vorgeworfen worden, sie habe restriktiv gewirkt. Allerdings ist der bloße Abbau eines expansiven Impulses in den öffentlichen Haushalten nach unserem Verständnis keine restriktive Finanzpolitik. Solange das staatliche Defizit über das hinausgeht, was mittelfristig einer „normalen" Verschuldung zuzüglich konjunkturbedingter Steuerausfälle entspricht, bezeichnen wir die Finanzpolitik als expansiv. Auch 1977 war das, berücksichtigt man die erwähnten Sonderfaktoren, noch der Fall. Eine andere Frage ist, ob die öffentlichen Haushalte ausreichend expansiv waren. Dies kann aber nur aufgrund einer abgewogenen Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile beurteilt werden, die mit der Konsolidierung verbunden waren (Ziffern 319 ff.). Schließlich erscheint es notwendig, in einer umfassenderen Sicht auch die finanziellen Transaktionen der Sozialversicherungen mit in die Analyse einzubeziehen.

Sozialversicherungen: Hohes Defizit

167. Den Sozialversicherungen ist zwar keine stabilitätspolitische Verantwortung übertragen worden, wie dies für die Gebietskörperschaften in den Paragraphen 1 und 16 des Stabilitätsgesetzes geschehen ist. Aber aufgrund der Einnahme- und Ausgaberegelungen gehen auch von ihnen Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Lage aus. Und da diese Impulse durch Entscheidungen des Bundes wesentlich mitbestimmt werden, erscheint es notwendig, sie dem Staatssektor zuzuordnen und sie nicht, wie es hinsichtlich der Finanzierungssalden privater Versicherungsunternehmen geschieht, als Vorgänge im privaten Sektor zu betrachten (JG 70 Ziffern 354 ff.).

168. Während die Gebietskörperschaften 1977 die Konsolidierungsbemühungen konsequent fortsetzten, stieg das durch Bevölkerungsaufbau und Finanzierungssystem bedingte Defizit bei der Rentenversicherung weiter an. Bei der Bundesanstalt für Arbeit entstand nur noch ein konjunkturell bedingter Fehlbetrag von weniger als eine Milliarde D-Mark, nachdem der Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung im vergangenen Jahr um einen Prozentpunkt angehoben worden war. Bei den gesetzlichen Krankenversicherungen, deren Beitragssätze im vorigen Jahr ebenfalls, und zwar im Durchschnitt um 0,8 Prozentpunkte heraufgesetzt worden waren, stellte sich sogar wieder ein Überschuß ein, der allerdings geringer als 1976 ausfiel.

Faßt man die Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen zusammen, so zeigt sich, daß der konjunkturelle Impuls, den wir dem gemeinsamen Haushalt der öffentlichen Hand zuschreiben, weniger stark als derjenige der Gebietskörperschaften zurückgegangen ist. Gegenüber dem Vorjahr verminderte er sich um 6½ Mrd DM (Tabelle 24). Der Anstieg des nichtkonjunkturellen Teils des Defizits der Rentenversicherung sowie die Verringerung des Überschusses der Krankenversicherung kompensierten also teilweise die Abnahme des Impulses bei den Gebietskörperschaften, die — vernachlässigt man die erwähnten Sonderfaktoren — 13 Mrd DM betragen hat.

169. Das Defizit der Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten stieg auf knapp 10 Mrd DM, obwohl die Mitte 1977 wirksam gewordene Kürzung der Zahlungen, die diese für die gesetzliche Krankenversicherung der Rentner zu entrichten haben, eine Entlastung um 3 Mrd DM brachte. Die Kürzung war ein Teil des „Sozialpakets", das Mitte 1977 beschlossen wurde. Sie hatte eine Änderung des Finanzausgleichs zwischen den Sozialversicherungen zur Folge, nicht aber einen Konsolidierungseffekt. Die Krankenversicherungsträger konnten diese zusätzliche Last zunächst auffangen, da sie im Laufe des Jahres 1976 ihre Beitragssätze stärker angehoben hatten, als von den sinkenden Ausgaben-

Tabelle 24

Gemeinsamer Haushalt der öffentlichen Hand in konjunktureller Sicht [1])

Mrd DM

	1966	1973	1974	1975 [2])	1976 [2])	1977 [3])
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen [4])	508,9	941,2	1 041,5	1 148,4	1 217,8	1 294,0
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr	508,9	922,8	1 023,2	1 125,5	1 226,5	1 293,0
(3) Ausgaben bei gleicher Ausgabenquote wie im Basisjahr 1966	186,1	337,5	374,2	411,6	448,5	472,9
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials	494,9	897,4	995,0	1 094,6	1 192,8	1 257,5
(5) Vollbeschäftigungseinnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bei gleicher Steuer- und Beitragsquote wie im Basisjahr 1966	157,5	285,6	316,6	348,3	379,6	400,1
(6) Vollbeschäftigungseinnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bei gleicher Steuer- und Beitragsquote wie im jeweiligen Jahr [5])	157,5	321,4	358,5	391,8	440,1	480,4
(6a) nachrichtlich: tatsächliche Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen [5])	155,1	329,5	355,6	369,1	415,0	456,4
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuer- und Beitragsquote (6) ./. (5)	.	+ 35,8	+ 41,9	+ 43,5	+ 60,5	+ 80,3
(8) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7)	186,1	373,3	416,1	455,1	509,1	553,2
(9) Tatsächliche Staatsausgaben	186,1	372,3	428,1	488,9	517,6	555,3
(10) Konjunktureller Impuls (9) ./. (8)	.	— 1,0	+ 12,0	+ 33,8	+ 8,5	+ 2,1
(11) Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	.	— 8,5	+ 13,0	+ 21,8	— 25,2	— 6,4

[1]) Gebietskörperschaften (siehe Tabelle 23), gesetzliche Rentenversicherung, gesetzliche Krankenversicherung, Arbeitsförderung, Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und Altershilfe für Landwirte. Differenzen in den Summen durch Rundung.
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Zur Erläuterung der Begriffe siehe Tabelle 23.
[5]) Ohne konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 und ohne Nachentrichtungsbeiträge (1973: 1 Mrd DM; 1974: 1,2 Mrd DM; 1975: 1,9 Mrd DM; 1976: 2,6 Mrd DM; 1977: 1,3 Mrd DM).

Quelle: BMF und BMA

zuwächsen her notwendig gewesen wäre; allerdings wird wegen der gekürzten Zahlungen der Rentenversicherungen in den kommenden Jahren die Beitragssteigerung wohl höher als sonst notwendig ausfallen. Außerdem werden die Rentenversicherungen dadurch erheblich entlastet, daß die Bundesanstalt für Arbeit verpflichtet worden ist, ab Juli 1978 Rentenversicherungsbeiträge für die Arbeitslosen zu entrichten.

Die Kostenverlagerungen führen im Ergebnis dazu, daß der „Rentenberg" insoweit über höhere Beiträge von Versicherten gedeckt wird. Auf die verteilungspolitische Problematik, die darin steckt, daß die Mitglieder der einzelnen Sozialversicherungsgemeinschaften nicht identisch sind, haben wir bereits im letzten Jahresgutachten hingewiesen (JG 76 Ziffer 437). Aber auch den Rentnern selbst wurde ein Teil der Last des Sozialpakets auferlegt, allerdings — abgesehen von kleineren Leistungskürzungen — nicht sofort: Die nächste Rentenerhöhung ist um ein halbes Jahr auf den 1. 1. 1979 verschoben worden. Außerdem soll die Erhöhung nicht nach der bisherigen Rentenformel, sondern zeitnäher vorgenommen werden; dies führt dazu, daß das Jahr 1974 mit seiner hohen Steigerung der Bruttojahresarbeitsentgelte (11,4 vH) durch das Jahr 1977 (etwa 7 vH) bei der Bemessung des Anpassungssatzes ersetzt wird. Alles in allem erwartet die Bundesregierung bei der Rentenversicherung für die Jahre 1977 bis 1980 aus dem Sozialpaket eine Entlastung von mehr als 60 Mrd DM.

170. Ob die zusätzliche Belastung der gesetzlichen Krankenversicherungen, die sich aus der Kürzung der Beiträge für die Krankenversicherung der Rentner ergibt, durch die entsprechenden Maßnahmen des Kostendämpfungsgesetzes kompensiert werden kann, läßt sich derzeit kaum beurteilen. Sieht man von den Leistungskürzungen ab, die in ihrer Gesamtheit nicht sehr bedeutsam sind, so wird viel davon abhängen, ob es mit den im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen — wie vom Gesetzgeber erwartet — gelingt, die Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser zu verbessern, die Verordnungsweise der Ärzte zu objektivieren und die Einkommensteigerung der Ärzte zu begrenzen. Die Vorschriften des Kostendämpfungsgesetzes sind ein Versuch, der gesetzlichen Krankenversicherung mehr Einfluß als bisher auf die Kostenentwicklung der durch sie finanzierten Leistungen zu verschaffen.

171. Mit der Verabschiedung des Sozialpakets Mitte des Jahres wurde nur ein vorläufiger Schlußpunkt hinter die langanhaltenden Diskussionen über Reform und Finanzierung des Sozialleistungssystems gesetzt. Bereits im Herbst sah sich die Bundesregierung gezwungen, für das kommende Jahr zusätzliche Finanzierungshilfen an die Rentenversicherung in Höhe von 2,7 Mrd DM in den Haushaltsplan aufzunehmen. Der Bund wird im kommenden Jahr einen Teil der Zuschüsse, die ihm 1975 längerfristig gestundet worden waren, in Höhe von 1,25 Mrd DM vorzeitig leisten. Außerdem wird er 1978 der Bundesanstalt für Arbeit die Zahlungen erstatten, die diese gemäß der erwähnten neuen Verpflichtung als Beiträge für die Arbeitslosen an die Rentenversicherungen zu entrichten hat, pauschal in Höhe von 1,45 Mrd DM; indirekt ist dies ein zusätzlicher Zuschuß an die Rentenversicherung.

Daß diese finanziellen Entlastungsmaßnahmen für die Rentenversicherung bald nach Verabschiedung des Sozialpakets nötig wurden, macht offenbar, daß die Vorausschätzungen der finanziellen Entwicklung der Rentenversicherung auf gesamtwirtschaftlichen Annahmen fußen, die mit hohem Risiko behaftet sind. Dies gilt vor allem in bezug auf die Annahmen über den Beschäftigungsstand und mehr noch im Hinblick auf die Entwicklung der Löhne und Gehälter; diese hat entscheidenden Einfluß auf das durchschnittliche Rentenniveau und damit auf den Finanzierungsbedarf der Rentenversicherung (Ziffern 426 ff.).

VI. Geldpolitik: Spielraum für kräftiges Wachstum

172. Die Geldpolitik hat einer stärkeren Belebung der gesamtwirtschaftlichen Ausgabeneigung ausreichend Raum gegeben; sie blieb dabei zugleich auf einen weiteren Rückgang der Inflationsrate ausgerichtet. Das hatte die Bundesbank, wie in den vergangenen Jahren, bereits im voraus deutlich gemacht, indem sie noch einmal eine Zunahme der Zentralbankgeldmenge im Durchschnitt des Jahres 1977 um 8 vH ankündigte (Tabelle 25). Dem hätte eine Expansion der bereinigten Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrats (Geldbasis) um 8½ vH entsprochen. Selbst bei sehr zurückhaltender Einschätzung der Finanzierungsreserven, die in den Jahren geringer Ausgabeneigung und vergleichsweise reichlicher Geldversorgung angesammelt worden waren, hätte dies zur Finanzierung einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben von deutlich mehr als 8 vH ausgereicht.

Tabelle 25

Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1976	
16. Dezember	Die Bundesbank beschließt, die Geldpolitik 1977 so zu führen, daß der Preisanstieg weiter eingedämmt wird und das reale Sozialprodukt kräftig wachsen kann. Mit dieser Zielsetzung hält die Bundesbank eine Zunahme der Zentralbankgeldmenge um 8 vH im Jahresdurchschnitt 1977 gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1976 für vereinbar. Dem entspricht eine Zunahme der Zentralbankgeldmenge um 6 vH bis 7 vH im Jahresverlauf.
1977	
3. Februar	Die Bundesbank beschließt, das System von Mindestreserveklassen ab 1. März 1977 durch ein neues Progressionsstaffelverfahren zu ersetzen. Gleichzeitig wird die Differenzierung der Reservesätze nach Bank- und Nebenplätzen eingeschränkt. Durch die Umstellungen des Berechnungsverfahrens für Mindestreserven werden insgesamt etwa 1 Mrd DM frei.
18. Februar	Die Verkaufszinssätze für Unverzinsliche Schatzanweisungen (U-Schätze) des nicht vor Fälligkeit rückgebbaren Typs werden mit Wirkung vom 21. Februar 1977 um 0,1 Prozentpunkte gesenkt.
3. März	Die Rediskontkontingente werden um 2,5 Mrd DM erhöht.

noch Tabelle 25

Datum	
1977	
10. März	Die Bundesbank bietet den Kreditinstituten an, Handelswechsel mit der Vereinbarung des Rückkaufs nach 20 Tagen zum Zinssatz von 4 % anzukaufen (Wechselpensionsgeschäfte).
17. März	Die Verkaufszinssätze für U-Schätze des nicht vor Fälligkeit rückgebbaren Typs werden mit Wirkung vom 21. März 1977 noch einmal um 0,1 Prozentpunkte gesenkt.
5. April	Mit Wirkung vom 7. April 1977 werden die Verkaufszinssätze für U-Schätze des nicht vor Fälligkeit rückgebbaren Typs nochmals gesenkt, und zwar um 0,25 Prozentpunkte.
13. April	Die Bundesbank beschränkt die Laufzeit ihrer Wechselpensionsgeschäfte auf 10 Tage.
18. Mai	Die Mindestreservesätze werden mit Wirkung vom 1. Juni um 5 vH gesenkt; dadurch wird Zentralbankgeld im Betrag von 2,3 Mrd DM freigegeben. Ebenfalls mit Wirkung vom 1. Juni werden die Rediskontkontingente der Kreditinstitute um 2,5 Mrd DM erhöht. Das bisherige Angebot der Bundesbank, von den Kreditinstituten Wechsel mit Vereinbarung des Rückkaufs nach zehn Tagen anzukaufen, erlischt am 31. Mai.
28. Juni	Die Verkaufszinssätze für nicht vor Fälligkeit rückgebbare U-Schätze werden mit Wirkung vom 1. Juli um 0,25 Prozentpunkte gesenkt.
6. Juli	Die Bundesbank eröffnet den Kreditinstituten wieder die Möglichkeit zu Wechselpensionsgeschäften, und zwar zu einem Zinssatz von 4 %.
14. Juli	Der Zentralbankrat beschließt, ab 15. Juli den Lombardsatz um einen halben Prozentpunkt auf 4 % zu senken. Gleichzeitig wird der Zinssatz für Wechselpensionsgeschäfte von 4 % auf 3¾ % zurückgenommen.
27. Juli	Der Zinssatz für Wechselpensionsgeschäfte wird von 3¾ % auf 3½ % gesenkt.
25. August	Die Bundesbank senkt die Mindestreservesätze ab 1. September um 10 vH; sie gibt damit rund 4½ Mrd DM frei. Außerdem werden die Rediskontkontingente der Kreditinstitute um rund 2 Mrd DM erhöht.
26. August	Die Zinssätze für nicht vor Fälligkeit rückgebbare U-Schätze werden, nach Laufzeiten differenziert um 0,15 bis 0,35 Prozentpunkte gesenkt.
6. September	Die Bundesbank stellt die Wechselpensionsgeschäfte ein.
23. September	Die Bundesbank nimmt die Wechselpensionsgeschäfte über eine Laufzeit von zehn Tagen zum Zinssatz von 3,5 % wieder auf.
3. November	Die Wechselpensionsgeschäfte werden wieder eingestellt.

Geldbasisexpansion wie angekündigt

173. Im ganzen gesehen entsprach die Politik der Bundesbank der angekündigten Linie: Im Durchschnitt der ersten zehn Monate dieses Jahres übertraf die Geldbasis ihren entsprechenden Vorjahresstand um 8,6 vH (Tabelle 26). Im Ergebnis wird der ungenutzte Finanzierungsspielraum der Wirtschaft in diesem Jahr noch einmal zunehmen, da die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben hinter den Zielvorstellungen zurückgeblieben sind.

Erneut hat sich damit die Erfahrung bestätigt, daß die Geldpolitik grundsätzlich nur für den monetären Ausgabenspielraum sorgen kann, der zu mehr Produktion und mehr Beschäftigung paßt; inwieweit er genutzt wird, hat sie indessen nicht unmittelbar in der Hand.

174. *Im Widerspruch zur Diagnose einer im ganzen zielkonformen Geldpolitik steht — auf den ersten Blick — die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge im Sinne der Bundesbank: Im Durchschnitt der ersten zehn Monate dieses Jahres übertraf die Zentralbankgeldmenge im Sinne der Bundesbank ihren entsprechenden Vorjahresstand um 8,9 vH, also um etwa einen Prozentpunkt mehr als angekündigt. Der Widerspruch löst sich auf, wenn man berücksichtigt, daß die Bundesbank eine andere Definition der Zentralbankgeldmenge verwendet. Außer dem im Umlauf befindlichen Bargeld zählt die Bundesbank nämlich Zentralbankguthaben der Banken nur insoweit zur „Zentralbankgeldmenge", als sie Mindestreserven auf die Inlandsverbindlichkeiten der Banken darstellen; Mindestreserven auf Auslandsverbindlichkeiten sowie Überschußreserven hingegen zählt sie nicht dazu. Nur wenn die Verwendungsstruktur des insgesamt von der Bundesbank bereitgestellten Zentralbankgeldes unverändert bleibt, kann die Expansionsrate der so definierten „Zentralbankgeldmenge" als allein vom geldpolitischen Handeln der Notenbank bestimmt interpretiert werden. Diese Voraussetzung war 1977 nicht erfüllt. Zusammen mit dem deutlich verminderten Kapitalimport der Banken verringerte sich in diesem Jahr auch deren Bedarf an Zentralbankgeld zur Erfüllung der Mindest-*

Tabelle 26

Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge [1]

Zeitraum	Entstehung (+), bzw. Vernichtung (−) von Zentralbankgeld durch Änderung der					Zusammen	Bereinigte Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) [6]		
	Währungsreserven [2]	Refinanzierungskredite an Banken [3]	Kreditgewährung an den Staat [4]	Wertpapierbestände der Bundesbank	Sonstigen [5]		Ursprungswerte	saisonbereinigt [7]	Veränderung der Ursprungswerte in vH [8]
	Bestand in Mrd DM								
Durchschnitt 1975	82,03	8,03	− 3,26	2,79	7,08	96,67	95,41	×	+ 8,4
Jahresende 1975	79,20	7,71	− 1,05	7,96	8,14	101,96	104,49	100,65	+10,4
Durchschnitt 1976	91,32	11,12	− 2,96	5,65	− 0,44	104,69	104,58	×	+ 9,6
Jahresende 1976	93,00	19,74	+ 3,09	1,34	− 3,01	114,16	112,51	108,57	+ 7,7
Durchschnitt Jan—Okt 1977 [9]	85,77	19,06	+ 1,95	0,90	+ 3,39	111,07	112,35	112,74	+ 8,6
	Veränderung gegen Vormonat in Mio DM								
1976 Januar	+ 100	− 180	− 808	− 14	−1 172	−2 074	−2 180,1	+ 738	+10,9
Februar	+1 000	−1 470	−1 178	− 156	− 309	−2 113	−2 069,1	+ 186	+10,5
März	+5 000	− 233	−3 125	− 807	− 611	+ 224	+ 193,0	+ 76	+ 8,1
April	+2 600	−1 343	+ 420	− 450	+ 566	+1 793	+1 816,9	+1 143	+11,3
Mai	−1 900	+ 816	+3 496	− 110	− 550	+1 752	− 197,0	− 214	+ 9,1
Juni	−1 200	+4 593	+ 81	− 96	+ 96	+3 474	+1 277,9	+ 681	+ 9,7
Juli	− 400	+5 958	− 905	− 95	−1 910	+2 648	+2 579,8	+ 979	+10,1
August	+1 700	−1 577	− 640	− 73	+ 157	− 433	− 338,0	+ 763	+ 9,1
September	+2 000	+2 011	−3 222	− 745	+ 210	+ 254	+ 323,6	+1 025	+ 9,5
Oktober	+3 100	−2 225	+2 433	− 806	−1 399	+1 103	+1 078,5	+1 438	+10,5
November	−2 300	+ 58	+5 329	−2 544	+ 61	+ 604	+ 594,1	+ 882	+ 9,2
Dezember	−1 400	+5 618	+2 252	− 720	+ 784	+4 966	+4 943,1	− 80	+ 7,7
1977 Januar	+ 400	−3 529	+ 299	− 99	+ 904	−2 025	−2 120,7	+ 655	+ 7,9
Februar	− 600	−1 572	+ 479	− 122	− 85	−1 900	−1 852,5	+ 992	+ 8,3
März	+ 900	+4 411	−4 671	− 107	−1 206	− 673	+ 425,3	+ 125	+ 8,5
April	− 500	+2 149	− 430	− 122	− 286	+ 811	+ 788,8	+ 316	+ 7,3
Mai	−1 200	−3 687	+5 947	− 38	+ 90	+1 112	+1 105,8	+ 923	+ 8,6
Juni	+ 500	− 40	−1 678	− 20	+ 241	− 997	+1 304,1	+1 150	+ 8,5
Juli	+1 000	+5 523	− 659	− 14	−2 424	+3 426	+3 434,9	+1 098	+ 9,1
August	+ 700	+ 254	+ 117	− 79	− 946	+ 46	+ 38,5	+1 689	+ 9,5
September	−1 300	−4 287	−1 150	− 14	+2 127	−4 624	+ 222,6	+ 777	+ 9,4
Oktober [9]	+1 600	+ 352	− 973	− 23	−1 004	− 48	− 42,8	+ 716	+ 8,3

[1] In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken.
[2] Veränderung der Auslandsforderungen der Bundesbank unter Berücksichtigung des Ausgleichspostens zu anderen als transaktionsbedingten Veränderungen der Währungsreserven (hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Währungsreserven aufgrund von Paritätsänderungen). Jahresdurchschnitte und Jahresendstände ohne Berücksichtigung der Neubewertung der Währungsreserven.
[3] Saldiert mit dem Bestand an Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren im Besitz der Banken.
[4] Kredite und Forderungen der Bundesbank an öffentliche Haushalte abzüglich Einlagen (einschließlich Sondereinlagen) öffentlicher Haushalte.
[5] Unter anderem Einlagen von Nichtbanken bei der Bundesbank.
[6] Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen; Anhang VI.
[7] Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X — 11.
[8] Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.
[9] Vorläufige Ergebnisse.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

reserveanforderungen auf ihre Auslandsverbindlichkeiten: Im Durchschnitt der ersten zehn Monate übertrafen die Mindestreserven auf Auslandsverbindlichkeiten — bereinigt um den entlastenden Effekt der in diesem Jahr beschlossenen Mindestreservesatzsenkungen — ihren entsprechenden Vorjahresstand um nur 1,6 vH. Die Expansion der „Zentralbankgeldmenge" im Sinne der Bundesbank überzeichnete den Kurs der Geldpolitik in dem Maße, in dem Zentralbankguthaben von Banken nun vermehrt zur Erfüllung der Mindestreserveanforderungen auf Inlandsverbindlichkeiten verwendet wurden.

Wir messen die Geldpolitik an dem weiter definierten Geldbasiskonzept (JG 74 Ziffer 382).

175. Der Sinn einer vorangekündigten Geldmengenexpansion liegt in der beabsichtigten Lenkung und Koordination der Erwartungen hinsichtlich künftiger Preise und Zinsen. Geldpolitischen Zielvorgaben, die Erwartungen auf Stabilitätsfortschritte und damit auf Zinssenkung mobilisieren, muß die angekündigte Geldpolitik im Prinzip ohne Rücksicht auf die Entwicklung der Nachfrage folgen. Nur so kann sich die Neigung von privaten Haushalten und Unternehmen, vermehrt Geldvermögen zu bilden, anstatt das Geld für den Kauf von Konsumgütern und Sachkapital auszugeben, in einem entsprechenden Zinsrückgang niederschlagen, der seinerseits die lähmende Wirkung, die von ungünstigen Einkommens- und Gewinnerwartungen ausgeht, überspielt und so Güterkäufe, vor allem Investitionen, lohnender werden läßt als die Geldvermögensbildung. Eine am Wachstum des Produktionspotentials orientierte Ausweitung des Zentralbankgeldangebots soll die passende Zinsentwicklung gleichsam von selbst hervorbringen.

176. Einer stetigen Geldmengensteuerung, die auch kurzfristig von den Zielvorstellungen der Bundesbank und nicht von den kurzfristigen Schwankungen der monetären Nachfrage bestimmt wird, stehen nicht nur Hindernisse im Wege, die man für unvermeidlich halten müßte. Im Jahre 1976 etwa zeigte sich deutlich, daß die Zusagen auf Refinanzierungskredite an Banken, die die Bundesbank im Jahr davor gegeben hatte, im Vergleich mit dem angestrebten Anstieg der Zentralbankgeldmenge zu groß bemessen waren. Erschwerend war damals hinzugekommen, daß die Bundesbank im Spätsommer 1976 in beträchtlichem Umfange Devisen hatte ankaufen müssen, bevor ihr mit dem Realignment der Wechselkurse im europäischen Währungsverbund vom Oktober 1976 Entlastung verschafft wurde. Unter diesen Bedingungen hatte die Bundesbank in den Herbstmonaten des vergangenen Jahres eine besonders kräftige monetäre Expansion zugelassen: Von September bis November 1976 nahm die bereinigte Zentralbankgeldmenge mit einer Jahresrate von 13,3 vH zu.

Im Verlauf dieses Jahres war ein deutlicher Rückgang des Tempos der Geldbasisexpansion notwendig, sollte das für 1977 angekündigte Geldmengenziel realisiert werden (Schaubild 17). Bereits gegen Ende des vergangenen Jahres begann die Bundesbank, die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge durch Devisenabgaben und Offenmarktverkäufe von Wertpapieren deutlich zu bremsen. Auf Widerstand stieß die Geldpolitik am Markt dabei freilich nicht, da die Expansion der monetären Nachfrage um die Jahreswende 1976/77 ohnehin nachließ. Im Verlauf der ersten vier Monate 1977 ist die bereinigte Zentralbankgeldmenge nur mit einer Jahresrate von 4½ vH angestiegen, obwohl mit der Reform des Mindestreservesystems zum 1. März rund 1 Mrd DM Mindestreserven freigegeben und die Rediskontkontingente am 3. März um 2,5 Mrd DM erhöht wurden.

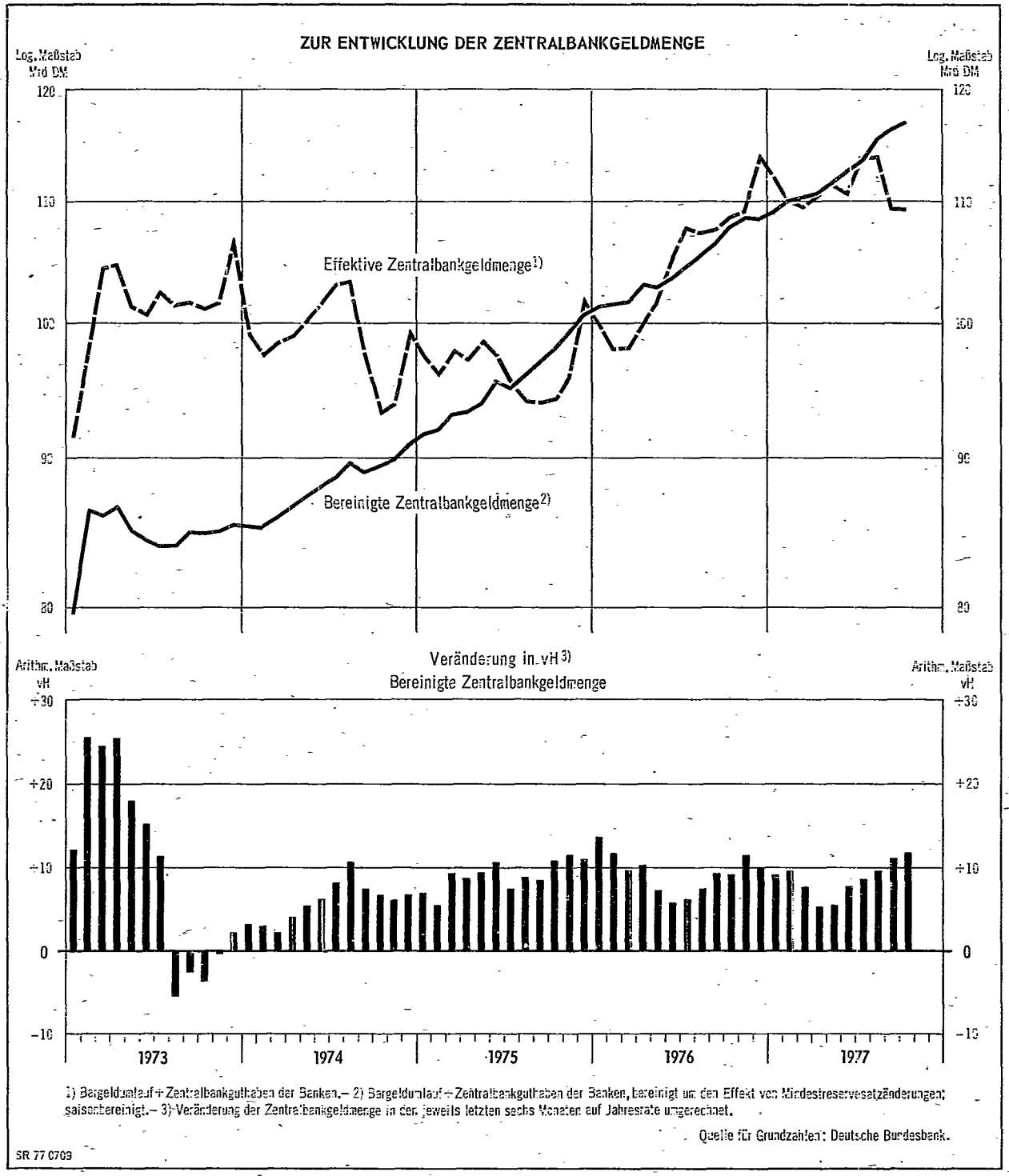
Erst nachdem die Nachfrage inländischer Unternehmen und Privatpersonen nach Bankkrediten von April an wieder lebhafter wurde, beschleunigte sich auch die Expansion der Geldbasis. Im Verlauf der Monate Mai bis Oktober nahm die bereinigte Zentralbankgeldmenge mit einer Jahresrate von 11,8 vH zu.

Ständig genau auf dem Pfad der Zielvorgabe kann die Bundesbank die Expansion der Zentralbankgeldmenge sicherlich nicht halten, zumindest nicht die Zentralbankgeldmenge, wie die Bundesbank sie abgrenzt (ohne Überschußreserven). Andererseits kann man Schwankungen über das Jahr, wie sie sich aufgrund der kurzfristig passiven Rolle der Bundesbank ergeben, auch nicht von vornherein unproblematisch finden. Überdies: Ergibt sich beispielsweise gegen Ende eines Jahres eine deutliche Überschreitung der Zielvorgabe, so hat das, wie sich etwa 1976 zeigte, Rückwirkungen auf die Zielvorgabe für das nächste Jahr. Damit der Spielraum für eine weitere Expansion nicht zu gering wird, sieht sich die Bundesbank gedrängt, eine höhere Zuwachsrate im Jahresdurchschnitt als neues Ziel zu setzen, als sie es ohne solche Abweichungen vermutlich täte und tun sollte. Nach Möglichkeiten, den Zügel zu kürzen, an dem die Bundesbank die monetäre Expansion führt, sollte daher weiter gesucht werden.

177. Bei der Wahl des Weges, auf dem die Notenbank Geld bereitstellt, hat sich die Bundesbank zugunsten der herkömmlichen Instrumente der Geldpolitik entschieden, die an der Liquiditätslage der Banken ansetzen. Ja, mehr noch als in den vergangenen Jahren konzentrierten sich die Maßnahmen der Geldpolitik 1977 auf die Instrumente der Refinanzierungspolitik und der Mindestreservepolitik. Im Konzept einer Geldmengensteuerung hat die häufige Variation von Mindestreservesätzen eigentlich keinen Platz, weil sie die Rentabilität von Kreditketten, die über Banken laufen, gegenüber anderen begünstigt oder benachteiligt, anstatt global zu wirken (JG 74 Ziffer 384 und JG 76 Ziffer 413). Auch spricht wenig dafür, das Geld, das zur Finanzierung einer Ausgabenexpansion bereitgestellt wird, die die jeweils verfügbaren Produktionskapazitäten dauerhaft auslasten soll, also in der Sache dauerhaft zu geben ist, in der Form besonders kurzfristig bereitzustellen, wie beispielsweise durch die nicht mehr als drei Monate laufenden Rediskontkredite der Bundesbank an Banken oder gar noch kürzerfristig, wie durch Wechselpensionsgeschäfte oder Lombardkredite.

178. *Zentralbankgeld durch Käufe am offenen Markt schaffen, ist ein Weg, solche Nachteile zu vermeiden. Zudem kann die Geldpolitik dabei flexibler reagieren als mit Instrumenten, die — wie Änderungen der Mindest-*

Schaubild 17



1) Bargeldumlauf + Zentralbankguthaben der Banken. – 2) Bargeldumlauf + Zentralbankguthaben der Banken, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen; saisonbereinigt. – 3) Veränderung der Zentralbankgeldmenge in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank.

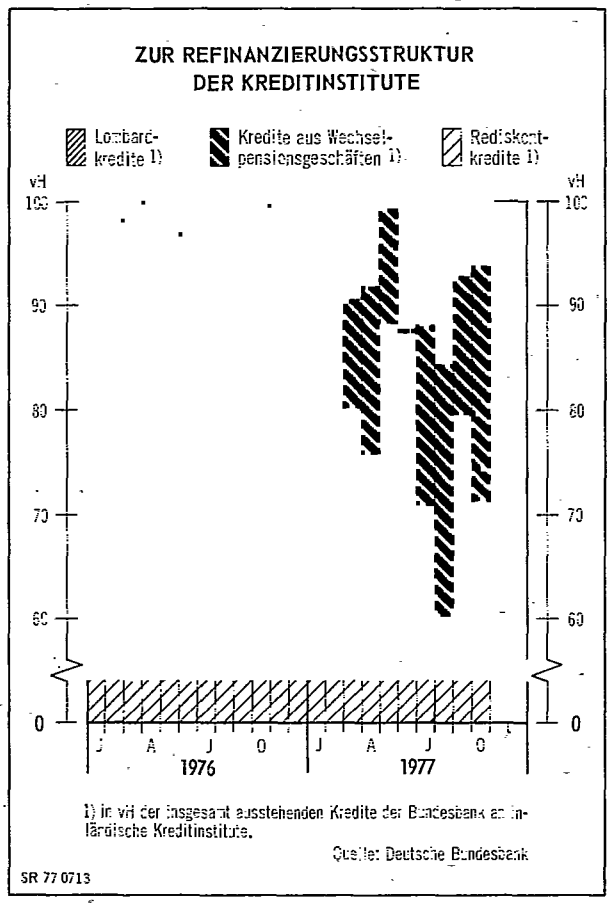
reservesätze — schon ihrer Art wegen oder wegen unerwünschter Signalwirkungen nicht für eine kurzfristig straffere Führung der monetären Expansion geeignet sind. Im Jahre 1977 gab es kaum Gründe, das Zentralbankgeld, das entsprechend der Zielvorgabe anzubieten war, nicht über Offenmarktkäufe zu schaffen — außer der Tatsache, daß die Bundesbank, die Öffentlichkeit und die Märkte hierauf nicht vorbereitet waren. An diesem Umstand wird sich jedoch kaum etwas ändern, wenn nicht einmal ein Anfang in dieser Richtung gemacht wird (Ziffer 415).

Auch gegen den Kauf langfristiger Staatsschuldtitel bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Immer vorausgesetzt, es werde eine stetige Expansion der Zentralbankgeldmenge betrieben, macht es keinen ins Gewicht fallenden Unterschied, ob der Schuldner von Finanzaktiva, die die Bundesbank am Kapitalmarkt ankauft, eine öffentliche Stelle oder ein privates Unternehmen ist. In beiden Fällen geht es gleichsam um eine Erhöhung des Mittelaufkommens am Markt für langfristige Titel, nicht um eine Begünstigung bestimmter Schuldner.

179. Tatsächlich war es 1977 der Notenbankkredit kürzester Fristigkeit, der dominierte. Sei es in Anbetracht einer erwarteten Diskontsatzsenkung, sei es um ihre Liquiditätsreserven zu schonen, sei es weil sie hier die größere Flexibilität geboten bekamen, bevorzugten die Banken diese Form der Geldbeschaffung, auch wenn solche Kredite, wie der Lombardkredit, nur zu einem höheren Jahreszinssatz als der Rediskontkredit von der Bundesbank vergeben wurden (Schaubild 18).

Dem kam die Bundesbank noch mit dem Angebot entgegen, von den Kreditinstituten Wechsel mit vereinbartem Rückkauf nach zehn Tagen anzukaufen (zeitweise auch mit vereinbartem Rückkauf nach zwanzig Tagen), wie dies zuletzt im Herbst 1975 praktiziert worden war. Die Abneigung der Banken, in den Rediskontkredit zu gehen, wurde besonders deutlich, als die Bundesbank diese Wechselpensionsgeschäfte zum 1. Juni 1977 einstellte und gleichzeitig — neben der Freigabe von 2,3 Mrd DM Zentralbankgeld im Wege einer Senkung der Mindestreservesätze — die Rückgriffsmöglichkeiten der Kreditinstitute auf Zentralbankgeld zum Diskontsatz, die Rediskontkontingente der Kreditinstitute,um 2,5 Mrd DM erhöhte. Dieser Betrag entsprach der durchschnittlichen Verschuldung der Banken in den drei Vormonaten im Rahmen von Wechselpensionsgeschäften. Anstatt nun auslaufende 10-Tages-Kredite durch Rediskontkredite zu ersetzen, nahmen die Banken im Juni vermehrt den Lombardkredit in Anspruch. So erhöhten sich die freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute, die bis zum Anfang dieses Jahres auf 5½ Mrd DM abgeschmolzen und im Verlauf der ersten fünf Monate im wesentlichen unverändert geblieben waren, im Juni um mehr als 2½ Mrd DM auf 8,3 Mrd DM. Daraufhin eröffnete die Bundesbank den Kreditinstituten Anfang Juli wieder die Möglichkeit zu Wechselpensionsgeschäften. Mitte Juli verminderte sie den Abstand zwischen Lombardsatz und Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt und nahm gleichzeitig den Zinssatz für Wechselpensionsgeschäfte von 4 % auf 3¾ % zurück. Seit Ende Juli schließt die Bundesbank Geschäfte über Wechsel mit Rücknahmevereinbarung zum Diskontsatz (3½ %) ab.

Schaubild 18



180. Dem Bemühen der Banken, den Rediskontkredit wenn möglich zu meiden, ist die Bundesbank im August noch einmal entgegengekommen, indem sie den Zentralbankgeldbedarf der Banken im Wege einer Mindestreservesatzsenkung mit Wirkung vom 1. September um rund 4½ Mrd DM minderte. Die gleichzeitige Erhöhung der Rediskontkontingente um 2 Mrd DM hat wiederum nur die freien Liquiditätsreserven der Banken erhöht. Verstärkt in Anspruch genommen haben diese den Rediskontkredit auch dann nicht, als die Bundesbank Anfang September die 10-Tage-Wechselpensionsgeschäfte einstellte, um die Nachfrage der Banken auf normale Rediskontkredite zu lenken. Zwei Wochen später hat sie unter dem Eindruck der hohen Lombardverschuldung der Banken das Wechselpensionsgeschäft zum Diskontsatz für einige Zeit wiederaufgenommen.

181. Mit ihrer Politik, die Bankenliquidität zu schonen beziehungsweise auszuweiten, den Zins für den Rediskontkredit jedoch unverändert zu lassen, setzte die Bundesbank darauf, daß von der Bankenliquidität Anlagedruck und Druck auf die Zinsen ausgehen würde. Möglich wäre auch gewesen, die Bankenliquidität nicht zu schonen oder auszuweiten und statt dessen den Diskontsatz zu senken. Es ist nicht auszuschließen, daß dies bei gleicher Entwicklung der Zentralbankgeldmenge niedrigere Zinsen bewirkt hätte.

Immer noch hohe Finanzierungsreserven

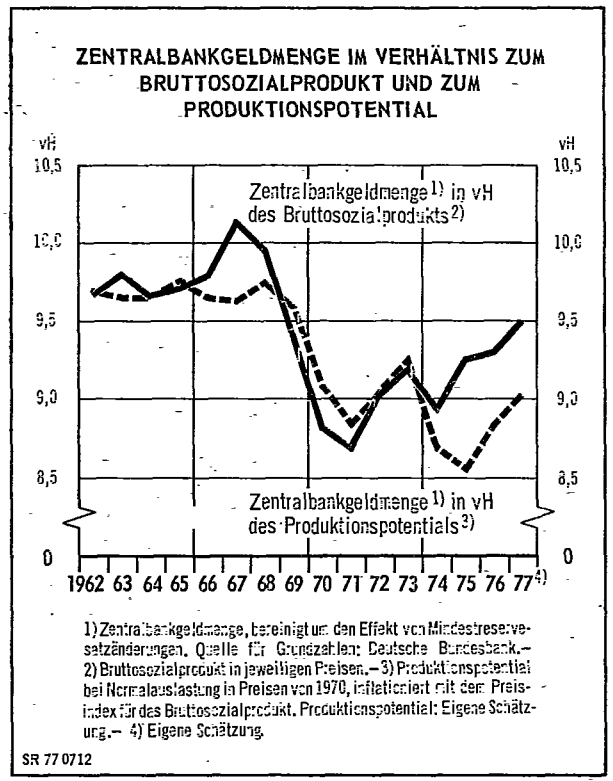
182. Der von der Geldpolitik vorgegebene monetäre Ausgabenspielraum war auch diesmal nicht die entscheidende Beschränkung in den Ausgabeplänen der Haushalte und in den Investitionsplänen der Unternehmen. Zusammen mit den bereits 1976 vorhandenen Finanzierungsreserven, die bei einer „Normalisierung" der Umlaufsgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge mobilisiert werden, hätte die angestrebte Expansion der Zentralbankgeldmenge 1977 einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben zu finanzieren erlaubt, der bei den gegebenen Preisen die Produktionskapazitäten wieder normal ausgelastet haben würde.

183. *Unsere Einschätzung des Abgabenvolumens, das bei normaler Auslastung des gegebenen monetären Rahmens finanzierbar ist, liegt die Entwicklung der bereinigten Zentralbankgeldmenge in Relation zum gesamtwirtschaftlichen Ausgabenvolumen, also des Kehrwerts der Umlaufsgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge, in den letzten fünfzehn Jahren zugrunde (Schaubild 19). Bis 1969 stellen wir keine nennenswerte Veränderung des Verhältnisses zwischen Zentralbankgeldmenge und Produktionspotential fest. Anders gewendet: Für Ausgaben, die bei den jeweiligen Preisen zu einer Normalauslastung des Produktionspotentials paßten, war, je Ausgabeneinheit gerechnet, eine unveränderte Menge an Zentralbankgeld vorhanden. Der Anstieg der Relation zwischen Zentralbankgeldmenge und tatsächlichen gesamtwirtschaftlichen Ausgaben im Jahre 1967 ist konjunkturell zu erklären; das gleiche gilt für den Rückgang dieser Größe im Jahre 1969.*

Die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge in Relation zu den gesamtwirtschaftlichen Ausgaben seit dieser Zeit hat die Relevanz dieser Beobachtung für die siebziger Jahre allerdings gründlich in Frage gestellt. Nicht allein konjunkturbedingt ist der relative Bedarf an Zentralbankgeld seit Ende der sechziger Jahre deutlich zurückgegangen. Zentralbankgeldsparende Änderungen der Zahlungsgewohnheiten, wie sie in der Zunahme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zum Ausdruck kommen, erklären die beobachtete Entwicklung sicher zum Teil. Ohne Zweifel ist dies auch im Zusammenhang mit dem gegen Ende der sechziger Jahre gestiegenen inflatorischen Druck zu sehen, der bei zunächst vergleichsweise knappem Zentralbankgeldangebot Rationalisierungsanstrengungen im Zahlungsverkehr provozierte, die andernfalls möglicherweise auf einen längeren Zeitraum verteilt worden wären. Schnell steigende Zinsen ließen eine rationellere Ausschöpfung des vorgegebenen Finanzierungsspielraums immer lohnender werden. Dies wurde dadurch begünstigt, daß die Zinssätze der Banken seit dem 1. April 1967 nicht mehr durch Zinsverordnungen reglementiert werden. Sie konnten nun die Aufgabe erfüllen, die ihnen zukommt, nämlich das Geld dorthin zu lenken, wo es am dringlichsten gebraucht wird. Die Reaktion auf die Zinsfreigabe ist in den deutlichen Strukturverschiebungen im Einlagevolumen der Banken gegen Ende der sechziger Jahre zu erkennen.

Es gibt keine Anhaltspunkte, die eine Revision der beobachteten Rationalisierung im Zahlungsverkehr erwarten ließen. Mit einem neuerlichen Anstieg des Zentralbankgeldbedarfs bei normaler Auslastung der Produktionskapazitäten oder — anders ausgedrückt — mit einem Rückgang der „normalen" Umlaufsgeschwindigkeit auf das Niveau in den sechziger Jahren ist nicht zu rechnen.

Schaubild 19

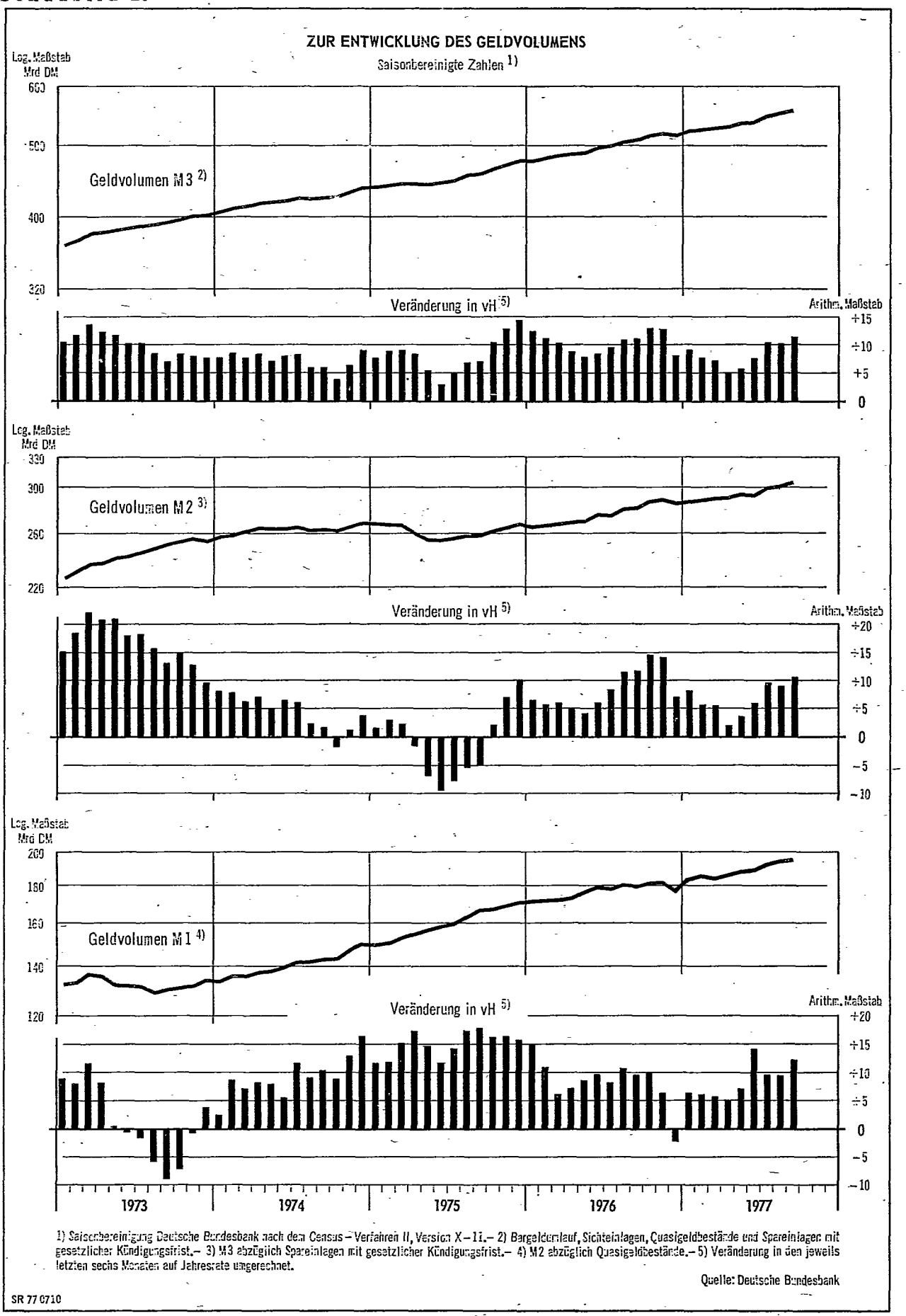


184. *Abgesehen von konjunkturell bedingten Schwankungen und abgesehen von den Folgen jener Sonderfaktoren der späten sechziger Jahre, läßt die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge in Relation zum gesamtwirtschaftlichen Ausgabenvolumen weder einen Anstieg noch eine Abnahme im Trend erkennen. Nach der Anpassung der Finanzmärkte an die Zinsfreigabe, also gerechnet ab 1970, ergibt sich ein durchschnittlicher Zentralbankgeldbestand von rund 9 vH des nominalen Bruttosozialprodukts bei Normalauslastung des Produktionspotentials. Nimmt man den Durchschnitt als Ausdruck des normalen Zentralbankgeldbedarfs der Wirtschaft, dann paßt derzeit der Bestand an Zentralbankgeld zum Finanzierungsbedarf bei Normalauslastung des Produktionspotentials. Anders ausgedrückt: Die vorhandene Zentralbankgeldmenge hätte 1977 ein Ausgabenvolumen zu finanzieren erlaubt, das bei den herrschenden Preisen zu einer Normalauslastung des Produktionspotentials paßte. Das Ausmaß, in dem die Relation zwischen Zentralbankgeldmenge und tatsächlichem Bruttosozialprodukt den Durchschnittswert von 9 vH überschreitet, zeigt die ungenützten Finanzierungsreserven an, also den Teil des bereitgestellten Zentralbankgeldes, der bei einer Normalisierung der Kassenhaltung zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben verfügbar wäre.*

185. Die noch einmal verringerte Ausnutzung der gegebenen Spielräume für die monetäre Expansion kommt in einer weiteren Zunahme der mittleren Kassenhaltungsdauer zum Ausdruck. Im bisherigen Jahresverlauf nahm die Geldmenge M1 (Bargeld und Sichteinlagen) mit einer Jahresrate von rund 11 vH zu, also deutlich stärker als die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben gestiegen sind. Hierzu paßt der kräftige Rückgang im Expansionstempo der Geldmenge M2 — die außer Bargeld und Sichteinlagen noch Termingelder mit Befristung bis unter vier Jahren einschließt —, der vom Ende des vergangenen Jahres bis zum Mai 1977 zu verzeichnen war (Schaubild 20). Gleichzeitig hatten die Banken die Habenzinsen allmählich zurückgenommen. Angesichts der schwachen Kreditnachfrage und des im Vergleich dazu reichlichen Mittelaufkommens gab es für sie keinen Grund, um Termineinlagen zu werben. Im Zuge des allgemeinen Anstiegs des monetären Expansionstempos im zweiten Vierteljahr 1977 hat sich diese Entwicklung im weiteren Jahresverlauf nicht mehr fortgesetzt.

Die Expansion der Geldmenge in der Abgrenzung M3, zu der auch die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist rechnen, ist im Zusammenhang mit der großen Anzahl von prämienbegünstigten Sparverträgen zu sehen, deren Bindungsfrist in diesem Jahr abgelaufen ist. Im Januar und Juli ist deshalb

Schaubild 20



1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.– 2) Bargeldumlauf, Sichteinlagen, Quasigeldbestände und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.– 3) M3 abzüglich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.– 4) M2 abzüglich Quasigeldbestände.– 5) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

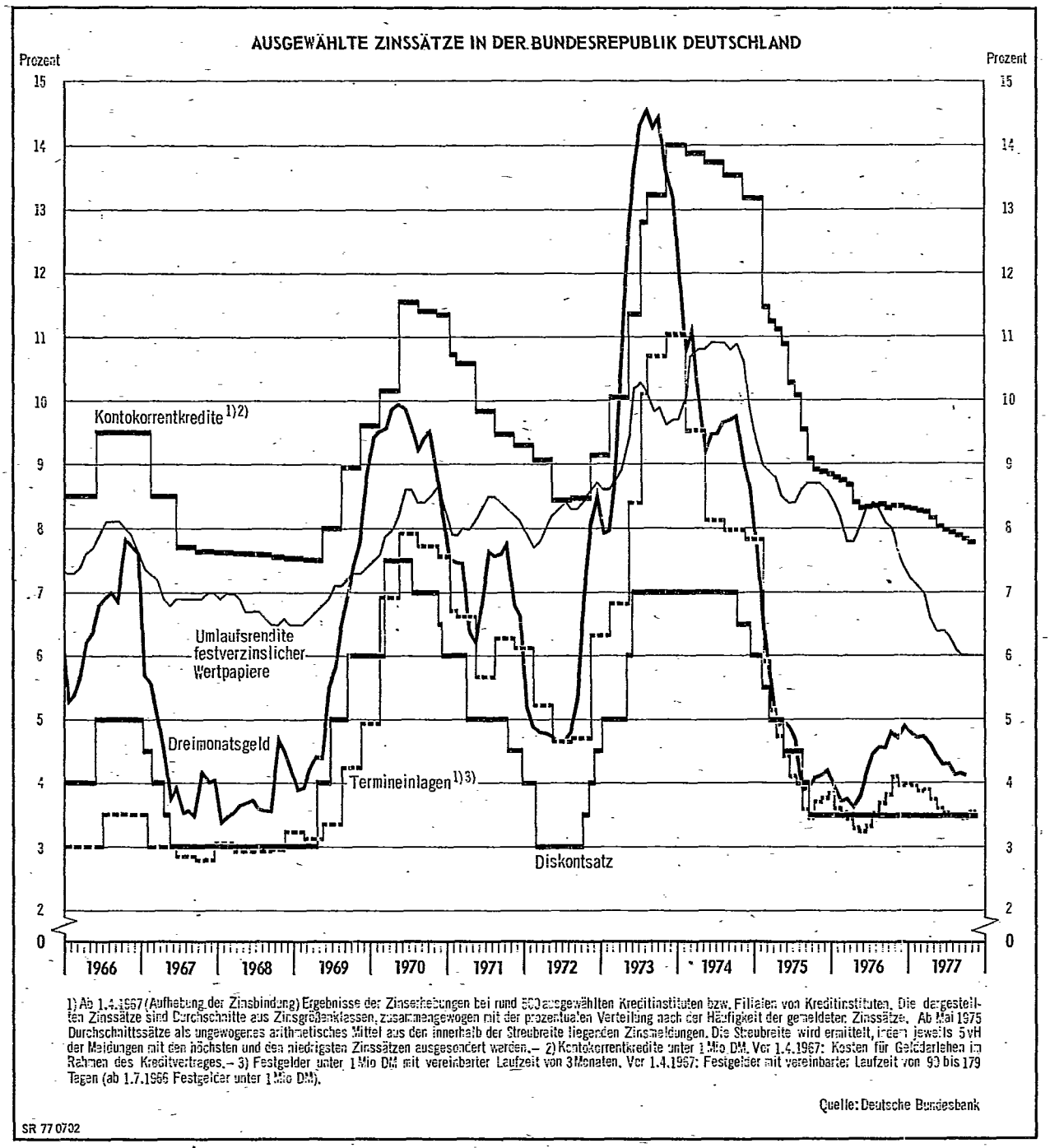
Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 77 0710

die Summe der Guthaben auf Sparkonten mit gesetzlicher Kündigungsfrist, auf die die freigewordenen Beträge zu einem großen Teil umgebucht wurden, und damit auch die Geldmenge M3 sprunghaft angestiegen. Im Durchschnitt der ersten neun Monate dieses Jahres blieb die Zunahme der Geldmenge M3 mit einer Jahresrate von 10,5 vH dennoch unter der entsprechenden Expansionsrate von M1.

186. Der im Herbst vergangenen Jahres wieder in Gang gekommene Zinssenkungsprozeß hat sich im Verlauf dieses Jahres weiter fortgesetzt. Im Oktober 1977 lag die durchschnittliche Rendite im Umlauf befindlicher festverzinslicher Wertpapiere bei 6,0 %, im Juli 1976 hatte sie noch 8,4 % betragen. Der Rückgang der Geldmarktzinsen fiel demgegenüber bescheiden aus; der leichte Anstieg dieser Zinssätze, der mit der kräftigen Expansion der Kreditnachfrage im zweiten Halbjahr 1976 einhergegangen war, wurde im bisherigen Jahresverlauf noch nicht einmal voll kompensiert (Schaubild 21).

Schaubild 21



1) Ab 1.4.1967 (Aufhebung der Zinsbindung) Ergebnisse der Zinserhebungen bei rund 500 ausgewählten Kreditinstituten bzw. Filialen von Kreditinstituten. Die dargestellten Zinssätze sind Durchschnitte aus Zinsgrößenklassen, zusammengewogen mit der prozentualen Verteilung nach der Häufigkeit der gemeldeten Zinssätze. Ab Mai 1975 Durchschnittssätze als ungewogenes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen. Die Streubreite wird ermittelt, indem jeweils 5 vH der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. – 2) Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM. Vor 1.4.1967: Kosten für Geldarlehen im Rahmen des Kreditvertrages. – 3) Festgelder unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von 3 Monaten. Vor 1.4.1967: Festgelder mit vereinbarter Laufzeit von 90 bis 179 Tagen (ab 1.7.1966 Festgelder unter 1 Mio DM).

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 77 0732

187. Die Spanne zwischen den Zinssätzen für Bankkredite und Bankeinlagen stand weiter unter Druck. Nach der Erhöhung der Geldmarktsätze zogen im zweiten Halbjahr 1976 auch die Bankzinssätze für Drei-Monats-Termingelder in ungefähr gleichem Ausmaß an, während die Zinssätze für Kontokorrentkredite, die allerdings teilweise den Charakter längerfristiger Kreditversprechen haben und deshalb auch in ihrer Konkurrenzbeziehung mit längerfristigen Kreditarten gesehen werden müssen, in diesem Zeitraum im wesentlichen konstant blieben. Nachdem der Zinssatz für Spargelder mit gesetzlicher Kündigungsfrist im April dieses Jahres von durchschnittlich 3,5 % auf 3 % gesenkt wurde und die Habenzinsen für Termineinlagen ebenso wie die Geldmarktsätze wieder abbröckelten, sind die Zinsen für Kontokorrentkredite zurückgegangen. Die Ermäßigung des Lombardsatzes von 4,5 % auf 4 % und des Zinssatzes für Wechselpensionsgeschäfte von 4 % auf 3,5 % haben den weiteren Rückgang der Sollzinsen der Banken begünstigt. Im Oktober wurden für Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM im Durchschnitt 7,79 % berechnet.

188. Die private Verschuldungsbereitschaft schwächte sich um die Jahreswende 1976/77 deutlich ab, nachdem sie im Verlauf der Herbstmonate 1976 so kräftig angestiegen war, daß trotz der drastisch eingeschränkten Kreditaufnahme öffentlicher Haushalte die Kreditnachfrage insgesamt nicht zurückgegangen war. Im Verlauf des letzten Vierteljahres 1976 nahmen die Kredite der Banken an inländische Unternehmen und Privatpersonen noch mit einer Jahresrate von 10 vH zu; demgegenüber betrug die entsprechende Zuwachsrate im ersten Vierteljahr 1977 nur 6½ vH. Seit April dieses Jahres hat sich die Kreditexpansion wieder belebt. In den ersten neun Monaten 1977 ist die private Kreditnachfrage mit einer Jahresrate von 8,6 vH fast ebenso stark gestiegen wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

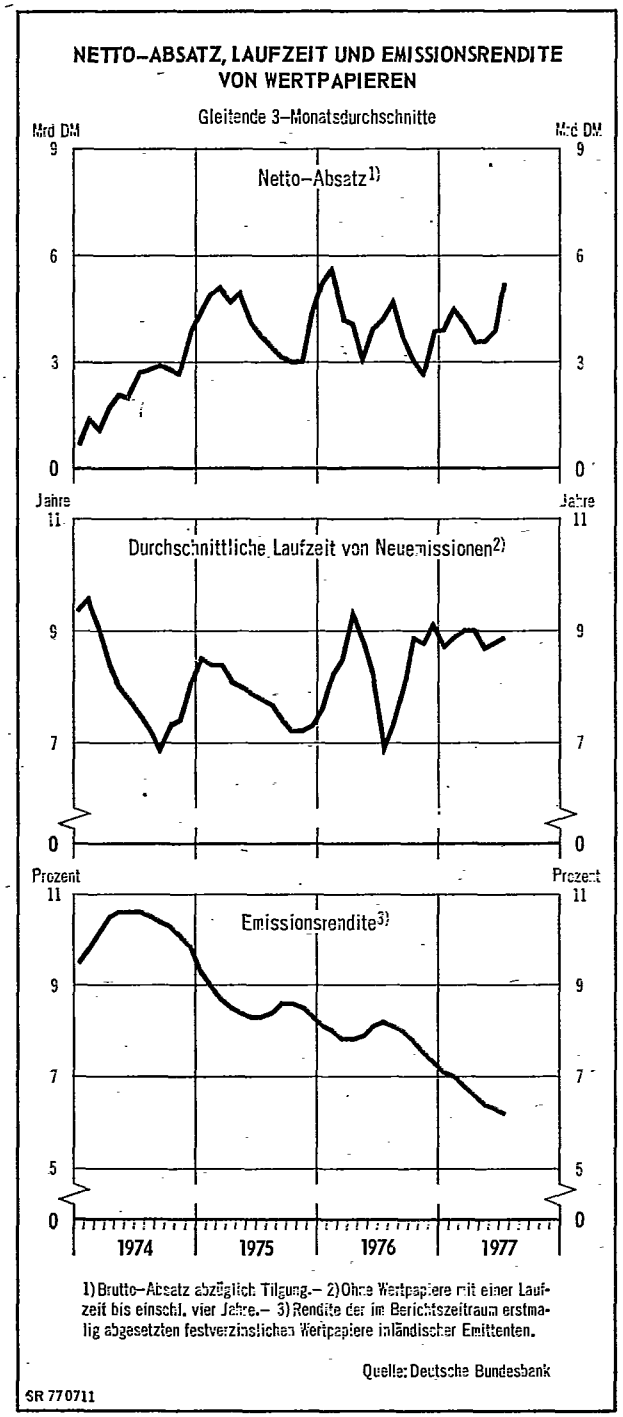
Die Zurückhaltung öffentlicher Schuldner war allerdings so groß, daß die Kreditinstitute ihr gesamtes Aktivgeschäft im Inland in den ersten neun Monaten dieses Jahres nur um 53,2 Mrd DM ausweiten konnten, das sind 8,8 Mrd DM weniger als im vergangenen Jahr.

Die Expansion der privaten Kreditnachfrage steht nicht im Widerspruch zu der geringen Ausgabeneigung der privaten Haushalte und Unternehmen. Sie ist zum Teil geradezu Reflex der Ausgabenschwäche. Was der eine weniger ausgibt, fehlt dem anderen an Einnahmen und erhöht dessen Kreditbedarf (wenn auch nicht in gleichem Umfang).

Im Unterschied zum vergangenen Herbst waren es diesmal vor allem längerfristige Mittel, die bei den Banken nachgefragt wurden. Ein beträchtlicher Teil davon entfiel wohl auf Umschuldung. Dafür spricht, daß die Nachfrage von Unternehmen und Privatpersonen nach kurzfristigen Bankkrediten seit dem Frühjahr kaum noch zugenommen hat. So absorbiert die finanzielle Konsolidierung alter Investitionsprojekte einen Teil des Aufkommens an langfristigen Mitteln, was den Druck auf die langfristigen Zinsen mindert und damit der Verbesserung der Konditionen für neue Investitionsprojekte entgegenwirkt.

Ein wieder wichtiger werdender Teil der längerfristig aufgenommenen Mittel entfällt auf Kredite zur Finanzierung des privaten Wohnungsbaus, die sich seit dem Sommer des vergangenen Jahres, parallel zur Renditeentwicklung an den Kapitalmärkten, merklich verbilligt haben. Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke kosteten im Oktober 1977 im Durchschnitt 6,63 %; ein Jahr zuvor betrug der entsprechende Zinssatz noch 7,74 %.

Schaubild 22



Ergiebiger Kapitalmarkt

189. Auch am Kapitalmarkt kam es nicht zu Verklemmungen (Schaubild 22). Bei sinkenden Zinsen konnten in den ersten neun Monaten dieses Jahres inländische festverzinsliche Wertpapiere im Nominalwert von 37,4 Mrd DM ohne nennenswerte Schwierigkeiten abgesetzt werden. Das Mittelaufkommen war damit fast so hoch wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum (Tabelle 27). Drei Viertel davon dienten wieder der Finanzierung öffentlicher Ausgaben. Als ein besonders beliebtes Finanzierungsinstrument hat sich dabei der Bundesschatzbrief erwiesen. Die Nachfrage nach diesem Papier stieg vor den vom Finanzministerium jeweils rechtzeitig angekündigten Renditesenkungen sprunghaft an. Von Jahresbeginn bis Ende September 1977 wurden netto für 6 Mrd DM Bundesschatzbriefe verkauft. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum war der Absatz nicht halb so hoch.

Die hohe Aufnahmebereitschaft des Rentenmarkts, der gleichzeitige Rückgang der Kapitalmarktzinsen auf ein Niveau, das sogar in den sechziger Jahren kaum unterschritten worden war, und die Normali-

Tabelle 27

Nettc-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten [1]

Mio DM Nominalwert

Zeitraum	Insgesamt	Industrieobligationen [2]	Bankschuldverschreibungen [3]		Anleihen der öffentlichen Hand	Kapitalmarktbeanspruchung durch inländische öffentliche Stellen [4]	Nachrichtlich: Veränderung des Aktienumlaufs
			zusammen	darunter Kommunalobligationen			
1973	26 825	−525	23 005	4 563	4 365	8 928	2 823
1974	26 655	−370	20 989	9 266	6 033	15 299	3 611
1975	48 924	−166	35 621	23 969	13 471	37 440	5.352
1976	48 361	−545	32 023	21 419	16 883	38 302	2.696
1976 1. Vj.	17 103	−183	14 680	10 001	2 607	12 608	726
2. Vj.	8 862	−131	5 561	3 143	3 433	6 576	294
3. Vj.	14 460	− 76	8 289	5 062	6 246	11 308	1 065
4. Vj.	7 936	−155	3 493	3 213	4 597	7 810	611
1977 1. Vj.	13 575	− 49	9 498	5 415	4 125	9 540	612
2. Vj.	10 894	− 28	5 083	3 170	5 840	9 010	573
3. Vj.	12 894	−178	7 598	4 055	5 473	9 528	1 307
1977 Jan	6 030	− 79	4 606	3 014	1 503	4 517	121
Feb	3 423	96	1 752	652	1 575	2 227	249
Mär	4 122	− 66	3 140	1 749	1 047	2 796	242
Apr	4 792	− 57	2 210	1 412	2 640	4 052	208
Mai	1 794	114	1 493	787	187	974	71
Jun	4 308	− 85	1 380	971	3 013	3 984	294
Jul	5 633	− 40	4 328	1 897	1 345	3 242	433
Aug	5 623	− 48	2 518	1 802	3 152	4 954	394
Sep	1 638	− 90	752	356	976	1 332	480

[1] Bruttoabsatz abzüglich Tilgung. Negatives Vorzeichen: Tilgung übersteigt den im Berichtszeitraum neu abgesetzten Betrag.
[2] Einschließlich Wandelschuldverschreibungen industrieller Emittenten.
[3] Ohne Bank-Namensschuldverschreibungen.
[4] Kommunalobligationen und Anleihen der öffentlichen Hand.

Quelle: Deutsche Bundesbank

sierung der Anleihelaufzeiten sind Ausdruck des mittlerweile wieder gefestigten Vertrauens der Anleger in den dauerhaften Erfolg der stabilitätspolitischen Anstrengungen der vergangenen Jahre. Die Attraktivität des Kontensparens hat dementsprechend weiter abgenommen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres nahmen die gesamten Spareinlagen nur um rund 4 Mrd DM zu. Vor zwei Jahren betrug das Mittelaufkommen auf Sparkonten in den ersten neun Monaten 38 Mrd DM. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß in diesem Jahr größere Beträge an prämienbegünstigten Sparguthaben freigeworden sind (9 Mrd DM am Jahresanfang, 15 Mrd DM im Juli 1977), von denen ein Teil für Konsumausgaben verwendet wurde. Gleichwohl bleibt die Tendenz zur Normalisierung des Anlageverhaltens unverkennbar.

190. Die Entwicklung der Aktienkurse mag Hoffnung begründen, daß das reichliche Geldangebot, für das die Geldpolitik gesorgt hat, allmählich durchwirkt. Der Rückgang der Aktienkurse war im Herbst vergangenen Jahres zum Stillstand gekommen. Zu einem merklichen Anstieg kam es im Frühjahr. Doch setzte sich diese Aufwärtsbewegung zunächst nicht weiter fort. Inzwischen scheint die Labilität der Ertragserwartungen, die sich möglicherweise darin spiegelte, jedoch mehr Optimismus Platz zu machen. Seit August sind die Aktienkurse wieder kräftig angestiegen. Im Oktober 1977 waren sie um 10 vH höher als vor Jahresfrist.

191. Hemmend für einen sich verstärkenden Anlagedruck am Markt für langfristige Mittel waren die günstigen Bedingungen für den Kapitalexport. Obwohl die Zinsen im Ausland seit der Jahreswende 1976/77 auf breiter Front zurückgingen, blieb die Attraktivität von Kapitalanlagen im Ausland angesichts der kräftigen Zinssenkung an den inländischen Kapitalmärkten groß. Im längerfristigen Kreditgeschäft zwischen Inländern und Ausländern haben die Kapitalexporte weit stärker zugenommen als die Kapitalimporte; im kurzfristigen Kapitalverkehr gilt demgegenüber seit einiger Zeit das Umgekehrte (Tabelle 28).

Kräftige Aufwertung der D-Mark

192. An den Devisenmärkten schlugen sich die kräftigen Zinssteigerungen in den währungsschwachen Ländern nach der Höherbewertung der D-Mark im Rahmen der Neufestsetzung der Wechselkurse innerhalb des europäischen Währungsverbunds zunächst in einem verminderten Aufwertungsdruck auf die D-Mark nieder. Erst im Verlauf des Frühjahrs verstärkte sich die Aufwertung der D-Mark wieder. Hohe Kapitalexporte hielten die Höherbewertung der D-Mark im ersten Halbjahr 1977 insgesamt jedoch in Grenzen. Vom Jahresende 1976 bis Ende Juni 1977 ist der (gewogene) Außenwert der D-Mark nur um 1,6 vH gestiegen. Im vorangegangenen Halbjahr hatte der Satz 7,7 vH betragen, nach 7,4 vH im ersten Halbjahr 1976.

Trotz der außergewöhnlich hohen Aufwertung, die die D-Mark gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik und insbesondere auch gegenüber dem Dollar im Verlauf des vergangenen Jahres erfahren hatte, bestimmten im Juli wieder, beeinflußt durch Vorhersagen des amerikanischen Finanzministers, Aufwertungserwartungen für die D-Mark die Lage am Devisenmarkt. Um den Aufwertungsdruck zu mildern, der von den kurzfristigen Devisenzuflüssen im Juli ausging, hat die Bundesbank in beträchtlichem Umfang Devisen angekauft. In dem Maße, in dem die Spekulationswelle im August abebbte, gab die Bundesbank die vorher angekauften Fremdwährungsbestände wieder an den Markt, so daß die Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank, die sich schon im ersten Halbjahr 1977 etwas vermindert hatten, auch im dritten Vierteljahr 1977 noch einmal geringfügig abnahmen. Ende September 1977 war der Außenwert der D-Mark im Durchschnitt um 3,5 vH — gegenüber dem Dollar um 2,4 vH — höher als am Jahresende 1976. Von Ende September an hat sich der Aufwertungsdruck auf die D-Mark nochmals deutlich verstärkt (Schaubild 2). Mißtrauen gegenüber dem Dollar, das mit dem kräftig zunehmenden Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten wieder aufkam, führte im Oktober zu einer Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar um 2,4 vH. In dieser Zeit kaufte die Bundesbank Devisen im Wert von 2,5 Mrd DM.

Im Durchschnitt der ersten zehn Monate dieses Jahres lag der gewogene Außenwert der D-Mark um 9,1 vH über seinem entsprechenden Vorjahresstand. Damit ergibt sich für 1977 auch real, das heißt unter Berücksichtigung der Differenz zwischen dem Anstieg der Außenhandelspreise des Auslandes und der Bundesrepublik, eine Aufwertung der D-Mark, allerdings nur eine geringe, da die Exporteure der veränderten Wechselkurssituation offensichtlich bei den Preisen Rechnung trugen (Schaubild 27). Kräftiger fällt die reale Höherbewertung der D-Mark aus, wenn man dem (nominalen) Aufwertungssatz nicht die Differenz zwischen den Preissteigerungsraten im Ausland und in der Bundesrepublik gegenüberstellt, sondern sie mit dem Abstand der Steigerungsrate der Lohnstückkosten im Ausland und im Inland vergleicht. Die so gemessene reale Aufwertung der D-Mark dürfte in diesem Jahr rund 4 vH betragen.

Tabelle 28

Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz

Salden in Mio DM

Zeitraum	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz [5]			Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen [6]	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank [7]	Devisenbilanz [8]
	insgesamt [1]	Handelsbilanz [2]	Dienstleistungsbilanz [3]	Übertragungsbilanz [4]	insgesamt	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr			
1965	— 6 223	+ 1 203	— 1 049	— 6 377	+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	+2 798	—	— 1 283
1966	+ 488	+ 7 958	— 1 175	— 6 295	— 599	— 342	— 257	+2 063	—	+ 1 952
1967	+10 006	+16 862	— 434	— 6 422	—11 848	+ 2 930	— 8 918	+1 702	—	— 140
1968	+11 856	+18 372	+ 796	— 7 312	— 6 125	—11 201	+ 5 076	+1 278	—	+ 7 009
1969	+ 7 498	+15 584	+ 664	— 8 750	—18 679	—23 040	+ 4 361	+ 919	— 4 099	—14 361
1970	+ 3 183	+15 670	— 2 728	— 9 759	+15 113	— 934	+16 047	+3 616	+ 738	+22 650
1971	+ 3 082	+15 892	— 1 314	—11 497	+10 616	+ 6 293	+ 4 323	+2 661	— 5 369	+10 989
1972	+ 2 474	+20 278	— 3 795	—14 009	+12 015	+15 551	— 3 536	+1 201	— 496	+15 194
1973	+11 496	+32 979	— 5 641	—15 842	+13 227	+12 950	+ 277	+1 705	—10 279	+16 149
1974	+25 130	+50 846	— 9 363	—16 353	—24 835	— 5 782	—19 053	—2 200	— 7 231	— 9 137
1975	+ 9 378	+37 276	—10 409	—17 489	—12 194	—16 831	+ 4 637	+ 597	+ 5 480	+ 3 260
1976	+ 8 455	+34 469	— 8 229	—17 785	+ 766	— 317	+ 1 083	— 431	— 7 489	+ 1 301
1976 1. Vj.	+ 3 460	+ 8 626	— 1 245	— 3 921	+ 6 683	— 855	+ 7 538	— 362	—	+ 9 781
2. Vj.	+ 2 067	+ 7 600	— 968	— 4 565	— 5 832	— 38	— 5 793	+ 184	—	— 3 581
3. Vj.	— 1 320	+ 8 453	— 5 048	— 4 725	+ 4 903	+ 2 628	+ 2 275	— 119	—	+ 3 464
4. Vj.	+ 4 248	+ 9 790	— 968	— 4 574	— 4 988	— 2 052	— 2 936	— 134	— 7 489	— 8 362
1977 1. Vj.	+ 1 982	+ 8 912	— 3 088	— 3 843	— 3 558	— 1 441	— 2 117	+2 173	—	+ 596
2. Vj.	+ 3 417	+ 9 450	— 1 551	— 4 482	— 5 313	— 6 700	+ 1 387	+ 488	—	— 1 408
3. Vj.	— 4 981	+ 7 947	— 7 643	— 5 285	+ 5 482	— 3 054	+ 8 356	— 569	—	— 68

[1] Einschließlich der hier nicht gesondert ausgewiesenen Ergänzungen zum Warenverkehr.
[2] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[3] Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Fracht- und Versicherungskosten.
[4] Insbesondere: Öffentliche Leistungen an internationale Organisationen, Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte, Unterstützungszahlungen, Renten und Pensionen (Eigene Leistungen: —).
[5] Kapitalexport: —.
[6] Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).
[7] Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Hauptsächlich Zuteilungen von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Auslandsposition der Bundesbank auf Grund von Paritätsänderungen.
[8] Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).

Quelle: Deutsche Bundesbank

ZWEITES KAPITEL

Die voraussichtliche Entwicklung

I. Vorbemerkungen

193. Entsprechend seinem gesetzlichen Auftrag hat der Sachverständigenrat nicht nur die jeweilige wirtschaftliche Lage, sondern auch die absehbare Entwicklung darzustellen. Die Aufgabe der Prognose ist es, vor allem Fehlentwicklungen sichtbar und die Probleme deutlich zu machen, die aus einer Entwicklung resultieren, wie wir sie bei dem gegebenen Kurs der Wirtschaftspolitik und unter bestimmten Annahmen über das Verhalten der Tarifparteien, der Investoren und Verbraucher sowie über den Verlauf der Auslandskonjunktur für wahrscheinlich halten. Wie jede Wahrscheinlichkeitsaussage schließt sie die Möglichkeit des Irrtums ein.

194. Die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1977 hat unsere Prognose vom vergangenen Jahr nicht bestätigt. Der Aufschwung hat sich nicht beschleunigt, sondern er geriet nach der Jahreswende 1976/77 ins Stocken; das reale Sozialprodukt hat nur um 2½ vH zugenommen, statt um 4½ vH, wie es unserer Prognose entsprochen hätte. Gewiß gab es Gründe für die Fehlprognose, auch Gründe, die wir nicht zu vertreten haben — etwa wenn 1977 die öffentlichen Stellen deutlich weniger ausgegeben haben, als nach den Haushaltsplänen zu erwarten war. Das erklärt aber nicht alles. Wir müssen einräumen, daß wir die Dynamik der Aufwärtsentwicklung überschätzt haben. Die Selbstheilungskräfte des Marktes waren schwächer und die retardierenden Einflüsse, die einer breiten Entfaltung des Aufschwungs vor allem auf der Angebotsseite noch im Wege standen, stärker als erwartet.

195. Die geringe Treffsicherheit von Konjunkturprognosen hat erneut eine Diskussion darüber entfacht, was solche Prognosen leisten können und was sie nicht leisten können. Der Sachverständigenrat hat sich hierzu mehrfach geäußert (JG 64 Ziffer 217 und JG 75 Ziffern 234 ff.). Dabei hat er nie einen Zweifel daran gelassen, daß er die Möglichkeiten der Konjunkturprognose, wie überhaupt jeder Prognose im sozialwissenschaftlichen Bereich, nicht sehr hoch veranschlagt. Prognosen beruhen auf Informationen über die Vergangenheit, im günstigsten Fall auf Informationen über Pläne für die Zukunft, Pläne, die sich ändern können. Wir können nicht ausschließen, daß die Entwicklung auch im Jahre 1978 anders verläuft, als wir dies aus heutiger Sicht für wahrscheinlich halten, daß wir uns also bei der Einschätzung der für den Konjunkturverlauf bestimmenden Kräfte abermals irren. Diese Gefahr ist größer geworden, seit die konjunkturelle Entwicklung im Inland wie im Ausland nicht mehr nach alten Zyklenmustern zu verlaufen scheint, und die Wirtschaftspolitik häufiger in den Marktprozeß eingreift, ohne daß schon genügend Erfahrungen darüber vorliegen, wie in solchen Situationen bestimmte Maßnahmen auf das Verhalten der Investoren und Verbraucher einwirken.

Gleichwohl: Jede rationale Entscheidung, die über den Tag hinausreicht, schließt eine Vorstellung über die Zukunft, also eine Prognose ein, und sei sie noch so unsicher.

196. Bei der Prognose für das Jahr 1978 gehen wir davon aus, daß die staatlichen Stellen ihre Entscheidungen weitgehend getroffen haben. Danach bleibt der Kurs der Wirtschaftspolitik vorrangig darauf gerichtet, die konjunkturelle Erholung und den Abbau der Arbeitslosigkeit zu fördern, ohne daß das Ziel der Stabilisierung aus dem Auge verloren wird. Im einzelnen liegen dem folgende Annahmen zugrunde:

— Die Finanzpolitik orientiert sich beim Haushaltsvollzug an den Ausgabenplänen, wie sie bei der Abfassung der Prognose bekannt waren. Für den Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften bedeutet dies eine Steigerung der Ausgaben um 8 vH. Insgesamt geht von den öffentlichen Haushalten ein expansiver Impuls aus, für den ein Betrag von 23 Mrd DM steht (Ziffern 418 ff.).

— Die Geldpolitik stellt soviel Zentralbankgeld bereit, wie zur Finanzierung einer gesamtwirtschaftlichen Nachfrage notwendig ist, die — bei weiter rückläufiger Inflationsrate — zu einem normalen Auslastungsgrad des Produktionspotentials paßt (Ziffern 403 ff.).

— Die Währungspolitik überläßt die Entwicklung des Wechselkurses der D-Mark dem Markt — von Interventionen zur Kursglättung abgesehen. Das heißt, daß sie sich einer Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark an den Devisenmärkten nicht entgegenstellt, auch wenn diese stärker ausfallen sollte, als es den Unterschieden in der Kosten- und Preisentwicklung im Inland und Ausland entspricht.

197. Bevor wir die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur beschreiben, behandeln wir den Verlauf der Auslandskonjunktur, soweit diese für die Einschätzung des deutschen Exports von Bedeutung ist.

II. Die voraussichtliche Entwicklung der Auslandskonjunktur

198. Die Weltkonjunktur bietet im Herbst 1977 ein keineswegs befriedigendes Bild. Produktion und Nachfrage steigen in vielen Ländern nur langsam, und die Arbeitslosigkeit ist unvermindert hoch. Mit einer raschen, durchgreifenden Wende ist fürs erste kaum zu rechnen. Noch immer scheint es vor allem den Investoren an Vertrauen zu fehlen. Nur in den Vereinigten Staaten und auch in Großbritannien spricht aus den Investitionsplänen der Unternehmen eine gewisse Zuversicht.

199. Andererseits hat sich der Rückgang von Nachfrage und Produktion, wie er sich im Frühjahr in manchen Ländern abzeichnete, nach der Jahresmitte nicht fortgesetzt, und in den Vereinigten Staaten ist der Aufschwung, anders als im Sommer befürchtet, nicht ins Stocken geraten. In den Ländern, die unter dem Zwang akuter Zahlungsbilanzprobleme zu verstärkten Stabilisierungsanstrengungen gezwungen waren, scheinen die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten weniger drückend zu sein, wenn auch das internationale Stabilitätsgefälle — namentlich in Westeuropa — immer noch groß ist. Verschiedentlich wurde die wirtschaftspolitische Restriktion etwas gelockert. In den Ländern, die größere Stabilisierungserfolge aufweisen, ist die Wirtschaftspolitik bereits wieder auf Expansion gerichtet, insbesondere in den Vereinigten Staaten, in Japan und in der Bundesrepublik, die zusammen die Weltkonjunktur stark bestimmen. Im ganzen dürfte dies nach und nach zu einer Verstärkung der konjunkturellen Auftriebskräfte führen, vor allem in Westeuropa.

200. Wir erwarten daher, daß der Welthandel im Laufe des Jahres 1978 rascher zunehmen wird als in diesem Jahr. Namentlich die westeuropäischen Länder werden ihre Einfuhr im Zuge der Nachfragebelebung merklich erhöhen. Dabei wird besonders die Einfuhr von Rohstoffen und Zwischenprodukten wieder steigen, weil die Ausweitung der Produktion eine Aufstockung der Läger erfordert. Die höheren Erlöse aus Rohstoffexporten werden auch die Entwicklungsländer in die Lage versetzen, wieder mehr zu importieren. Dies gilt besonders für die meisten lateinamerikanischen Länder, die ihre außenwirtschaftlichen Defizite schon in diesem Jahr vermindern konnten. Dämpfend wirkt sich hier allerdings aus, daß 1978 auf viele Länder hohe Rückzahlungsverpflichtungen zukommen werden. Die Importe der Vereinigten Staaten werden hingegen deutlich langsamer steigen als im Jahre 1977; dies wird freilich vor allem die Öleinfuhr und weniger die Einfuhr von Fertigwaren betreffen. Die Belebung des Welthandels wird im Vorjahresvergleich aber nicht voll sichtbar werden. Da zur Jahreswende 1977/78 das Welthandelsvolumen kaum größer sein dürfte als im Durchschnitt des Jahres 1977 (geringer Überhang), ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 1978 mit 5½ vH nur die gleiche Zuwachsrate wie 1977 (Tabelle 29).

201. In Anbetracht der in fast allen Ländern verhaltenen Nachfrageentwicklung rechnen wir nicht mit einer Verschärfung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Sicher ist dies freilich nicht. Zu den Risiken unserer Prognose gehört nicht nur, daß es zu einer Aufweichung der stabilitätspolitischen Disziplin kommt, was die Währungen der zahlungsbilanzschwachen Länder abermals unter Druck setzen müßte. Zu den Risiken gehört auch, daß ein höheres Defizit in der amerikanischen Leistungsbilanz, mit dem wir für 1978 rechnen, neue Unruhe an den Devisenmärkten auslösen kann. Zwar sind die Investitionsbedingungen in den Vereinigten Staaten gegenwärtig weitaus günstiger als in den meisten Ländern; und die Kapitalrückflüsse aus Entwicklungsländern dürften im kommenden Jahr kräftig zunehmen. Ungewiß ist allerdings, in welchem Maße die amerikanische Geldpolitik einem Zinsanstieg entgegenwirken wird, wie er sich bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung abzeichnet. Eine weitere Schwächung der Position des Dollars könnte das gesamte internationale Wechselkursgefüge wieder in Bewegung bringen.

202. Ein weiteres Risiko liegt darin, daß die Ölpreise sehr kräftig angehoben werden können. Verläßliche Anhaltspunkte darüber, ob es dazu kommt, gibt es nicht. Die jüngste Dollarschwäche könnte ein ungünstiges Vorzeichen sein, denn auch in den vergangenen Jahren haben die OPEC-Länder den Kaufkraftverlust ihrer Exporterlöse meist durch eine entsprechende Preiserhöhung wettzumachen versucht. Käme es dazu, müßte dies zwar nicht in allen Ländern den Kostenauftrieb verstärken, wohl aber den Abbau der Inflationserwartungen in der Welt erschweren. In der Prognose haben wir angenommen, daß die Ölpreise — in Dollar gerechnet — nicht stärker steigen werden als in diesem Jahr.

203. Im Bewußtsein dieser Risiken, aber auch in der Erwartung, daß es 1978 nicht zu gravierenden Störungen in der Weltwirtschaft kommen wird, scheint uns eine allmähliche Besserung der konjunkturellen Lage am wahrscheinlichsten. In den Vereinigten Staaten wird sich der Aufschwung zwar abflachen, aber kräftig bleiben, in Westeuropa wird die Konjunktur sich langsam erholen; und in Japan wird sich die konjunkturelle Expansion im bisherigen Tempo, wenn auch ohne neuen Schwung, fortsetzen. Insgesamt dürfte das Sozialprodukt der westlichen Industrieländer 1978 ebenso wie in diesem Jahr um knapp 4 vH zunehmen. Aussichten auf einen Abbau der Arbeitslosigkeit bestehen dabei freilich kaum, wohl aber Aussichten auf eine Dämpfung des Preisauftriebs.

204. Für die Vereinigten Staaten bleiben die konjunkturellen Aussichten günstig. Nachfrage, Produktion und Beschäftigung sind im Verlauf des Jahres 1977 weiter gestiegen, insbesondere hat sich die Investitionsneigung spürbar belebt. Obwohl man nach dem Muster früherer Zyklen erwarten könnte, daß sich 1978 das Tempo des Aufschwungs deutlich verlangsamt — bisher war eine solche Verlangsamung meist drei Jahre nach dem unteren

Tabelle 29

Die voraussehbare wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern

Land	Anteil am Bruttosozialprodukt der OECD-Länder [1]	Anteil am Export der Bundesrepublik	Bruttosozialprodukt (real) [2]		Wareneinfuhr (Volumen) [2]		Verbraucherpreise [2]	
	1976		1977	1978	1977	1978	1977	1978
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
Bundesrepublik Deutschland	10,4	7	2½	3½	5	5½	4	3½
Belgien	1,6	7,9	2½	3	4½	5	7½	6
Dänemark	0,9	2,6	1	1½	0	1½	10	8
Frankreich	8,0	13,1	2½	3	2	5	9½	8½
Großbritannien	5,0	4,7	½	2½	4½	3½	16	11
Irland	0,2	0,3	5	4½	11	10	14	10
Italien	3,8	7,4	2	1½	1	3	18½	13
Niederlande	2,0	9,7	2½	3	2½	4	7½	6
EG [3]	31,9	45,7	2½	3	4	5	9½	8
Vereinigte Staaten	39,1	5,6	5	4½	14	9	6½	7
Japan	12,8	1,1	5½	5½	5½	8	8½	7
Kanada	4,4	0,8	2	2½	3½	4	7½	8
Österreich	0,9	4,9	3½	2	7	2½	5½	5
Schweden	1,7	3,5	−1½	0	−2	0	11	9
Schweiz	1,3	4,5	1½	2	8	8	1	1
Insgesamt [3]	92,1	73,8	4	4	5½	5½	8½	7½

[1] In Preisen und Wechselkursen von 1976; Quelle: OECD.
[2] Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.
[3] Bruttosozialprodukt und Preise zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttosozialprodukt der OECD-Länder des Jahres 1976; Einfuhr zusammengewogen mit den Anteilen an der Wareneinfuhr der OECD-Länder insgesamt im Durchschnitt der Jahre 1973 bis 1975.

Wendepunkt zu beobachten —, meinen wir nicht, daß es auch dieses Mal so kommen muß. Anders als früher in einer vergleichbaren Konjunktursituation wird die Finanzpolitik einen eher expansiven Kurs verfolgen. Der Haushaltsentwurf des Bundes sieht, obwohl die Steuereinnahmen nicht mehr so stark zunehmen werden, eine kräftigere Ausgabenexpansion als in diesem Jahr vor, und auch bei den übrigen Gebietskörperschaften, deren Finanzlage sich erheblich verbessert hat, könnten die Ausgaben wieder rascher steigen.

Für den Bereich der verarbeitenden Industrie lassen die Planungen der Unternehmen eine beschleunigte Ausdehnung der Investitionen erwarten. Hierfür spricht auch, daß nur noch geringe Produktionsreserven vorhanden und daß die Kosten-Erlös-Relationen günstig sind. In anderen Bereichen wird sich der Anstieg der Investitionen hingegen verlangsamen. Dies gilt zuallererst für den Wohnungsbau, wo Nachfrage und Produktion nur noch wenig zunehmen werden, vor allem dann, wenn die Zinsen weiter steigen.

Der private Verbrauch wird — auch bei unvermindertem Anstieg des verfügbaren Einkommens — vermutlich nicht mehr so rasch zunehmen wie bisher, weil die Ausgabeneigung der Verbraucher allmählich nachläßt. Aufgrund der günstigeren Beschäftigungsaussichten und aufgrund des geringen Reallohnanstiegs dürfte aber die Sparquote 1978 niedriger bleiben, als es dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Im ganzen rechnen wir für 1978 mit einer etwas geringeren Zunahme des Sozialpro-

dukts der Vereinigten Staaten als in diesem Jahr; sie dürfte rund 4½ vH betragen nach 5 vH im Jahre 1977.

205. In Japan gibt es bislang keine Anzeichen dafür, daß sich der Nachfrageanstieg stark beschleunigen wird. Die Regierung ist daher in letzter Zeit mehr und mehr zu einer expansiven Wirtschaftspolitik übergegangen. Sie hat Maßnahmen zur Stützung der Bauwirtschaft ergriffen und die Kaufkraft der Verbraucher durch steuerliche Entlastungen gestärkt. Zudem sind die Zinsen so niedrig wie seit langem nicht mehr. Gleichwohl wird nicht angenommen, daß dies der privaten Investitionstätigkeit rasch neuen Schwung gibt, zumal sich die Ertragslage 1977 nicht weiter verbessert hat. Die Investitionsplanungen der Industrie lassen eine Erhöhung jedenfalls nicht erkennen. Es wird aber erwartet, daß die mehrfach aufgestockten Finanzierungshilfen zugunsten mittelständischer Unternehmen erste Wirkungen zeigen. Von der Investitionstätigkeit im Bereich der Energieversorgung gehen weiterhin kräftige Impulse aus. Die Exporte werden wahrscheinlich langsamer steigen als bisher, zumal der Yen unter starkem Aufwertungsdruck bleiben dürfte und die Exporteure unter der Drohung neuer Handelsbeschränkungen stehen. Insgesamt rechnen wir für das Jahr 1978 mit etwa der gleichen Zuwachsrate des Sozialprodukts wie in diesem Jahre (5½ vH).

206. In Großbritannien haben sich die Chancen für einen Aufschwung verbessert. Ob sie genutzt werden, hängt entscheidend von den erstmals seit 1975 wieder freien Lohnvereinbarungen ab. In der Industrie deutet sich eine spürbare Belebung der privaten Investitionstätigkeit an; zudem werden die öffentlichen Investitionen nicht mehr so stark zurückgehen wie bisher. Kommt es nicht zu Lohnsteigerungen, die nennenswert über 10 vH hinausgehen so könnte der Preisauftrieb weiter nachlassen, zumal dann auch der Kurs des Pfundes eher nach oben als nach unten tendieren dürfte. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird infolge steuerlicher Erleichterungen vermutlich auch dann erheblich rascher steigen als 1977, wenn sich die Lohnabschlüsse nicht allzu weit von denen der vergangenen zwei Jahre entfernen. Schon von daher ist eine Belebung der Verbrauchsnachfrage zu erwarten. Überdies dürften sich Fortschritte bei der Eindämmung der Inflation auch auf die Ausgabeneigung der Verbraucher günstig auswirken. Für 1978 rechnen wir mit einem Anstieg des Sozialprodukts von 2½ vH, was im Vergleich zu den vergangenen Jahren eine deutliche Erholung bedeuten würde.

207. Erhebliche Unsicherheit über die konjunkturelle Entwicklung besteht in Frankreich. Immerhin scheinen sich die Schwächetendenzen, die in den Frühjahrsmonaten überwogen hatten, nach der Jahresmitte nicht fortgesetzt zu haben. Die Verbrauchsnachfrage hat wieder angezogen. Die Investitionen dürften von der verstärkten öffentlichen Förderung, aber auch vom Auslandsgeschäft Anstöße erhalten. Insgesamt setzen wir für das Jahr 1978 mit 3 vH eine geringfügig höhere Zuwachsrate des Sozialprodukts an als 1977.

208. In Italien wird 1978 der Aufschwung kaum Fortschritte machen. Wegen des hohen Tempos der Inflation und der noch nicht dauerhaft gelösten Zahlungsbilanzprobleme ist der Handlungsspielraum der Regierung für konjunkturanregende Maßnahmen sehr eng begrenzt. Immerhin dürfte aber der Kosten- und Preisauftrieb im Laufe des kommenden Jahres merklich nachlassen, vor allem weil die Lohnindexierung eingeschränkt wurde. Dies gibt dem Staat die Möglichkeit, die Restriktion allmählich zu lockern. Bis dahin wird der Export die wichtigste Stütze für Produktion und Beschäftigung bleiben. Danach könnten sich Verbrauch und Investitionen erholen. Die Zuwachsrate des Sozialprodukts dürfte im Vorjahresvergleich wegen der zunächst nur schwachen Produktionsbelebung mit 1½ vH allerdings niedriger ausfallen als 1977.

209. Auch in den kleineren westeuropäischen Ländern wird sich die konjunkturelle Lage insgesamt nur zögernd verbessern. Für Dänemark und für Schweden bleiben die Aussichten ungünstig. In beiden Ländern wird die Binnenkonjunktur vermutlich überhaupt nicht vorankommen, wegen der besseren Exportchancen für 1978 werden die Zuwachsraten des Sozialprodukts gleichwohl geringfügig höher ausfallen als 1977. In Österreich wird sich der Aufschwung voraussichtlich verlangsamen. Die Regierung versucht mit Hilfe von Steuererhöhungen die Verbrauchsnachfrage kurz zu halten, weil andernfalls der Druck auf den Schilling und damit die Gefahr eines neuen Inflationsschubs zunähme. Zur Verringerung der öffentlichen Defizite sollen überdies die Staatsausgaben gesenkt werden. Verbesserte Aussichten bestehen hingegen für die Niederlande. Hier nimmt die Verbrauchsnachfrage weiterhin stetig zu. Sobald größere Klarheit über den Kurs der Wirtschaftspolitik herrscht, könnte auch die private Investitionstätigkeit, die sich schon in der zweiten Jahreshälfte 1976 vorübergehend belebt hatte, wieder neuen Auftrieb erhalten. Ebenso kann in Belgien für 1978 mit einer etwas höheren Zuwachsrate des Sozialprodukts als 1977 gerechnet werden, weil die Regierung sowohl eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen als auch verstärkte steuerliche Anreize zugunsten privater Investitionen plant.

210. Aus den Annahmen über die Entwicklung in den einzelnen Ländern im Verlauf des Jahres 1978 ergibt sich für die Europäische Gemeinschaft ein stärkerer Anstieg des Sozialprodukts als in diesem Jahr. Die Zuwachsrate im Vorjahresvergleich wird jedoch mit 3 vH nur wenig höher sein als 1977 (2½ vH).

211. Der Preisauftrieb in den westlichen Industrieländern wird sich 1978 zwar weiter abschwächen, aber immer noch stark bleiben. Eine allmähliche Dämpfung des Inflationstempos ist vor allem aufgrund der Dämpfung des Kostenauftriebs zu erwar-

ten. Ansätze in dieser Richtung waren bereits 1977 zu erkennen, und mehrere Faktoren sprechen dafür, daß sich diese Tendenz 1978 fortsetzen und mehr und mehr auch auf der Verbraucherstufe bemerkbar machen wird. Günstiger entwickeln sich derzeit die Rohstoffkosten. Auf den Märkten für industrielle Rohstoffe dürften die Preise vorerst eher noch sinken, zumal hohe Lagerbestände auf den Markt drücken. Ähnliches gilt auch für die Preise von Nahrungsmitteln und Genußmitteln. Die Preise für industrielle Rohstoffe könnten allerdings mit fortschreitender konjunktureller Erholung wieder anziehen. Ausschlaggebend für das Preisniveau dürfte indes sein, daß sich der Lohnanstieg allen Anzeichen nach 1978 abermals verlangsamen wird. Dies gilt insbesondere für Schweden, Dänemark, Österreich, die Niederlande, Belgien und Italien. Versuche, durch höhere Preissteigerungen die Gewinnmargen zu verbessern, dürften angesichts der verhaltenen Nachfrageentwicklung und des scharfen Wettbewerbs nur wenig Aussicht auf Erfolg haben. Eine Ausnahme bilden die Vereinigten Staaten. Hier scheint eine Verminderung der Inflationsrate wenig wahrscheinlich, zumal sich der Anstieg der Lohnstückkosten in der Industrie infolge der nur noch geringen Produktivitätsreserven eher beschleunigen wird.

Für die westlichen Industrieländer insgesamt erwarten wir eine Verminderung der durchschnittlichen Inflationsrate von 8½ vH im Jahre 1977 auf 7½ vH im Jahre 1978. Dabei wird sich die Spannweite zwischen den Inflationsraten der einzelnen Länder etwas verringern.

212. Die Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern wird 1978 nicht niedriger sein als in diesem Jahr. In den Vereinigten Staaten nimmt zwar das Angebot an Arbeitskräften nicht mehr so rasch zu wie in den letzten Jahren, so daß — bei weiterhin steigender Beschäftigung — die Arbeitslosenquote vermutlich geringfügig sinken wird. In den westeuropäischen Ländern dürfte die Arbeitslosigkeit jedoch unverändert hoch bleiben, in den skandinavischen Ländern und in Italien sogar steigen.

III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

213. In der Bundesrepublik Deutschland haben sich mit den finanzpolitischen Beschlüssen vom Herbst 1977, die den privaten Haushalten und den Unternehmen beträchtliche Steuererleichterungen bringen und überdies eine kräftige Ausweitung der öffentlichen Ausgaben vorsehen, die Aussichten für die konjunkturelle Entwicklung verbessert. Die expansiven Impulse, die von den Steuersenkungen und der Ausgabensteigerung ausgehen, sind groß. Sie werden die ins Stocken geratene Konjunktur wieder anstoßen.

214. Gleichwohl ist keineswegs sicher, daß der neue Anlauf in der Konjunkturpolitik mehr bewirkt als die verschiedenen Programme und Maßnahmen seit 1974 — also nicht nur ein „Strohfeuer" entfacht, das bald wieder verlischt, sondern eine nachhaltige Konjunkturbelebung, die eine grundlegende Besserung der Beschäftigungslage verspricht. Ungewiß ist vor allem, ob es zu der Selbstverstärkung der konjunkturellen Auftriebskräfte durch eine Investitionskonjunktur kommt, wie sie früher für Aufschwungsphasen typisch war.

Die Entscheidung hierüber liegt freilich nicht bei der Wirtschaftspolitik. Die staatlichen Stellen können der Konjunktur zwar Impulse geben, ob sich diese aber fortpflanzen und verstärken, hängt ab vom Verhalten der Investoren und Verbraucher, vor allem aber vom Verhalten der Tarifparteien. Die Chancen für einen sich selbst tragenden Aufschwung im Jahre 1978 sind nur dann hoch zu veranschlagen, wenn die Tarifparteien bei ihren Entscheidungen der Situation auf dem Arbeitsmarkt Rechnung tragen.

215. Die Lohnerhöhungen für das nächste Jahr zu prognostizieren, ist aus zwei Gründen problematisch. Zum einen sind bisher kaum konkrete Forderungen der Arbeitnehmer und Angebote der Arbeitgeber bekannt, aus denen sich Anhaltspunkte für die künftigen Abschlüsse gewinnen ließen. Zum anderen werden Prognosewerte häufig als Richtgrößen oder gar als Empfehlungen ausgelegt, obwohl sie ausdrücklich als Setzung für das Rechenwerk der Prognose gekennzeichnet sind. Der Sachverständigenrat möchte die lohnpolitischen Entscheidungen nicht durch Zahlen beeinflussen, die nicht mit denen identisch sind, die zu seinen Vorstellungen über situationsgerechte Lohnerhöhungen passen. Zur Durchrechnung der Prognose müssen aber Annahmen über die Löhne getroffen werden. Diese Setzung hat lediglich die Aufgabe, Entwicklungstendenzen sichtbar zu machen, die sich bei bestimmten Lohnabschlüssen ergeben, wie sie bei Abgabe der Prognose in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Da sich bei den in der Prognose für das Jahr 1978 gesetzten Löhnen keine grundlegende Verbesserung der Beschäftigungslage abzeichnet, haben wir zwei Alternativen mit Lohnerhöhungen, die von denen in der Prognose abweichen, durchgerechnet. Die Vorstellungen, die diesen Alternativen zugrunde liegen, und die Erwartungen, die wir damit verknüpfen, sind an anderer Stelle ausführlich dargelegt (Ziffern 352 ff.). Dabei haben wir versucht, auch jene Perspektiven mit ins Bild zu rücken, die in der Verlaufsbeschreibung für ein einzelnes Kalenderjahr nicht hinreichend zum Ausdruck kommen.

216. Wie stark der Impuls sein wird, der von den öffentlichen Haushalten ausgeht, haben wir an anderer Stelle zu werten versucht (Ziffern 421 ff.). Nach unserer Schätzung werden im Jahre 1978 den Gebietskörperschaften 379½ Mrd DM (+ 5 vH) an Steuern, Gebühren und sonstigen Einnahmen zufließen. Dem stehen Ausgaben in Höhe von 429 Mrd DM (+ 8 vH) gegenüber. Das Finanzierungsdefizit wird sich daher beträchtlich erhöhen, und

zwar von -35½ Mrd DM auf 49½ Mrd DM; es wird also wieder die gleiche Größenordnung erreichen wie 1976 (Tabelle 30).

Dieses Defizit geht um 23 Mrd DM über das hinaus, was wir als konjunkturneutral betrachten (expansiver Impuls). Dabei sind konjunkturbedingte Steuerausfälle und eine als normal anzusehende Verschuldung des Staates in Rechnung gestellt.

217. Die Frage, ob damit der erhoffte Durchbruch bei den Investitionen gelingt, vermögen wir dennoch nicht zu beantworten. Zwar werden die Unternehmen durch die steuerlichen Maßnahmen entlastet, außerdem werden viele ihre Absatzchancen durch die zu erwartende Mehrnachfrage des Staates und der privaten Haushalte erhöht sehen. Bei den Investitionsentscheidungen kommt es aber nicht allein auf die aktuellen Gewinne an, sondern mehr noch auf die Gewinnerwartungen. Viele Unternehmen werden jedenfalls erst dann wieder mehr investieren, wenn sie sich dauerhafte Chancen für eine rentable Produktion ausrechnen. Solange ihre Bedenken nicht ausgeräumt sind, Arbeitnehmer und Staat könnten bei nächster Gelegenheit versuchen, die bisher zustandegekommene Korrektur der Ein-

Tabelle 30

Einnahmen und Ausgaben des Staates [1])

Schätzung für das Jahr 1977 und Prognose für das Jahr 1978

	1976	1977	1978
	Mrd DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Einnahmen insgesamt	487,7	+ 8½	+ 4½
Steuern	282,0	+ 10½	+ 3
Sozialbeiträge	172,6	+ 7	+ 7½
Sonstige laufende Einnahmen	19,5	+ 3	+ 12
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	13,5	− 7½	− 4
Ausgaben insgesamt	529,5	+ 6½	+ 6½
Staatsverbrauch	228,6	+ 5½	+ 6½
Einkommensübertragungen	214,9	+ 8	+ 7½
Private Haushalte	181,1	+ 8	+ 6
Unternehmen und übrige Welt	33,7	+ 9	+ 15½
Zinsen	17,5	+ 14½	+ 12½
Vermögensübertragungen	28,5	+ 5	− 10½
Investitionen	40,0	+ 3½	+ 11
		Mrd DM	
Finanzierungssaldo [2])	−41,8	−36	−48
Sozialversicherung	+ 0,6	− 5½	− 3½
Gebietskörperschaften	−42,4	−30½	−44½
Nachrichtlich:			
Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik Einnahmen [3])	329,1	362	379½
Steuern [3])	267,9	298	309½
Sonstige Einnahmen	61,2	64	70
Ausgaben	376,9	397½	429
Finanzierungssaldo [2])	−47,8	−35½	−49½

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (einschließlich Sozialversicherung).
[2]) Überschuß: +; Defizit: −.
[3]) Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 von den Einnahmen abgesetzt (1976: 4,2 Mrd DM; 1977: 3,9 Mrd DM; 1978: 0,4 Mrd DM).

kommensverteilung wieder rückgängig zu machen, werden sie anstehende Investitionsentscheidungen auch weiter hinauszögern. Derzeit scheint allerdings das Konsolidierungsproblem die Investitionsneigung weit weniger zu belasten als die Sorge über den Ausgang der nächsten Lohnrunde.

218. Aus der lohnpolitischen Diskussion, wie sie gegenwärtig in der Öffentlichkeit geführt wird, haben wir nicht den Eindruck gewonnen, daß überall die Bereitschaft vorhanden ist, 1978 verstärkt auf die positiven Beschäftigungswirkungen niedrigerer Tarifabschlüsse zu setzen. Auch die zuletzt vereinbarten Lohnerhöhungen in einigen kleineren Bereichen orientierten sich an den zu hohen Abschlüssen vom Beginn des Jahres 1977.

Bei der Durchrechnung unserer Prognose sind wir daher von der Annahme ausgegangen, daß die tariflichen Stundenverdienste im Durchschnitt um 5 vH angehoben werden. Hinzu kommen tarifvertraglich und frei vereinbarte Nebenleistungen, wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie vermögenswirksame Leistungen oder Anhebungen einzelner Lohngruppen; für den Teil, der auf neuen Vereinbarungen beruht, haben wir ½ vH angesetzt.

219. Die Investitionsschwäche ist nach unserer Auffassung in erster Linie eine Folge zu hoher Kosten und Risiken. Die ungünstigen Angebotsbedingungen standen 1977 der Ausweitung der Beschäftigung im Wege und hemmten so den Anstieg der Einkommen. So nahm die Nachfrage weniger zu, als es unter günstigeren Bedingungen hätte der Fall sein können. Die Unsicherheit über die Nachfrageentwicklung wiederum wirkte dämpfend auf die Investitionsneigung zurück. Durch die finanzpolitischen Maßnahmen wird die Nachfrage Auftrieb erhalten, vor allem dann, wenn die privaten Haushalte das Mehreinkommen bald ausgeben, das ihnen die Steuererleichterung beläßt, und das ihnen die Erhöhung des Kindergeldes bringt.

Im Jahre 1977 hat sich der private Verbrauch als Konjunkturstütze erwiesen. Die Ausgaben privater Haushalte nahmen deutlich stärker zu als die verfügbaren Einkommen, was als Indiz dafür gelten kann, daß der — überwiegend durch die Rezession bedingte — Attentismus der Verbraucher großenteils überwunden ist.

Bei der Einschätzung der Verbrauchskonjunktur im Jahre 1978 sind allerdings einige Sonderfaktoren zu beachten:

— Dämpfend auf die Zunahme der Verbrauchsausgaben wird sich auswirken, daß die sonst zur Jahresmitte fällige Erhöhung der Sozialversicherungsrenten auf den 1. Januar 1979 hinausgeschoben wurde. Überdies wird der Impuls, der von der Freigabe vermögenswirksam angelegter Spargelder ausgeht, schwächer sein, weil die Beträge, die 1978 zur Disposition stehen, merklich geringer sind als die im Jahre 1977 (18 Mrd DM nach 25 Mrd DM).

— Dem steht jedoch entgegen, daß die steuerliche Entlastung den privaten Haushalten Mehreinkommen in der Größenordnung von 9 Mrd DM bringen wird. Die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer werden daher auch bei niedrigeren Steigerungsraten der Bruttolöhne stärker zunehmen als 1977. Hinzu kommt die Erhöhung des Kindergeldes um insgesamt fast 2 Mrd DM.

220. Bei der Prognose des privaten Verbrauchs sind wir davon ausgegangen, daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte mit rund 7 vH etwas stärker zunehmen wird als 1977 (6½ vH). Dennoch werden die Verbrauchsausgaben etwas schwächer steigen — für den Jahresdurchschnitt 1978 veranschlagen wir die Zuwachsrate auf 6½ vH nach 7½ vH im Jahre 1977 —, da die Sparquote, die im Jahre 1977 durch die Verwendung größerer Beträge aus freigewordenen Spargeldern für den privaten Verbrauch gedrückt war, wieder höher sein wird.

Für die erneute Abschwächung des privaten Verbrauchs spricht auch, daß ein großer Teil des in der Rezession aufgestauten Ersatzbedarfs inzwischen gedeckt zu sein scheint. Insbesondere dürfte die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen, die seit dem Frühjahr 1975 die Verbrauchskonjunktur maßgeblich bestimmt hat, im nächsten Jahr — wenn überhaupt — nur noch wenig expandieren.

221. Um die Konjunktur in Schwung zu halten, bedarf es auch einer deutlichen Belebung der Auslandsnachfrage; sie zeichnet sich in den statistischen Daten allerdings noch nicht ab. In vielen westlichen Industrieländern war die konjunkturelle Erholung zuletzt merklich erlahmt, und die Arbeitslosigkeit begann wieder zu steigen. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung haben die meisten Regierungen jedoch — ähnlich wie in der Bundesrepublik — erneut konjunkturanregende Maßnahmen ergriffen. Das Problem der Zahlungsbilanzdefizite scheint weniger drückend als in den letzten Jahren. In der Weltkonjunktur werden 1978, so nehmen wir an, die Auftriebskräfte überwiegen. Die Entwicklung des Welthandels wird — anders als im Jahre 1977 — deutlich aufwärtsgerichtet sein (Ziffer 200). Die Aussichten für den deutschen Export sind deshalb alles in allem wieder etwas günstiger zu beurteilen als noch Mitte des Jahres 1977 unter dem Eindruck rückläufiger Auslandsbestellungen.

Vorteile dürften deutsche Unternehmen nicht nur daraus ziehen, daß sich die Expansion in den westeuropäischen Nachbarländern, die zu den wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik gehören, wohl wieder beschleunigen wird, sondern auch daraus, daß sich im Gefolge einer Belebung der Investitionskonjunktur in vielen Ländern die Nachfrage zugunsten von Ausrüstungsgütern verschiebt, die einen hohen Rang im deutschen Exportsortiment einnehmen.

222. Gleichwohl gilt es aber auch, allzu optimistischen Erwartungen entgegenzutreten. Der Wettbewerb auf den Exportmärkten ist schärfer geworden,

und deutsche Unternehmen haben, wie sich 1977 gezeigt hat, nur noch begrenzte Möglichkeiten, Kostensteigerungen weiterzugeben. Hieran wird sich in absehbarer Zeit wenig ändern; es gehört vielmehr zu den Annahmen der Prognose, daß die Devisenmärkte die D-Mark etwas höher bewerten könnten, als es den Unterschieden in der Kosten- und Preisentwicklung im Inland und Ausland entspricht.

223. Bei unserer Prognose sind wir davon ausgegangen, daß die Nachfrage aus dem Ausland im Einklang mit der Weltkonjunktur zunächst nur verhalten steigt, der Anstieg sich aber im Verlauf des Jahres 1978 merklich verstärkt. Für den Jahresdurchschnitt 1978 erwarten wir eine Zunahme des Exportvolumens (Waren und Dienste) von 5 vH nach 3 vH im Jahre 1977. Die vorsichtige Einschätzung der Exportkonjunktur kommt darin zum Ausdruck, daß die Zunahme der Ausfuhr nach unserer Prognose hinter der Zunahme des Welthandels (5½ vH) zurückbleibt (Tabelle 31).

224. Beides, die Verbesserung der Erträge und die Verbesserung der Absatzlage, wird den durch Unsicherheit geprägten Attentismus der Investoren verringern. Dennoch haben wir Zweifel, ob sich die mittelfristigen Absatz- und Ertragserwartungen der Unternehmen schon genügend verbessert haben, um einen sich selbst tragenden Investitionsaufschwung in Gang zu bringen, der auch über das Jahr 1978 hinausreicht. In den bisher bekannten Investitionsplanungen der Unternehmen zeichnet sich nur ein verhaltener Anstieg ab. Nach den Ergebnissen des Ifo-Investitionstests vom Spätsommer 1977, die allerdings den Stand der Planungen vor den jüngsten steuerpolitischen Beschlüssen wiedergeben und daher mit Vorbehalt zu interpretieren sind, wollen die verarbeitende Industrie, der Bergbau und die Bauwirtschaft, auf die zusammen knapp ein Drittel der gewerblichen Anlageinvestitionen entfällt, ihre Investitionsausgaben 1978 um 8 vH erhöhen. Nach Abzug von Preissteigerungen liefe dies auf eine Ausweitung des Investitionsvolumens um nur 4 vH hinaus. Diese Zunahme entspräche der des Jahres 1977. Auch in den meisten Bereichen außerhalb der Industrie, von denen einige, wie die Energiewirtschaft und der Handel, die Konjunktur in den letzten Jahren gestützt haben, zeichnen sich ebenfalls nur bescheidene Zuwachsraten ab: bei der Energieversorgung, weil derzeit viele investitionsreife Projekte blockiert werden, beim Handel, weil offenbar Überkapazitäten bestehen. Nur in wenigen Bereichen sind die Planungen auf eine deutliche Verstärkung der Investitionstätigkeit gerichtet; hierzu gehören neben dem Fahrzeugbau, die Bundespost und einige andere Dienstleistungsbereiche. Da inzwischen die steuerpolitischen Maßnahmen beschlossen sind, wird man davon ausgehen dürfen, daß die Planungen etwas nach oben revidiert werden; dies war selbst im Jahre 1977 der Fall, obwohl die Konjunktur hinter den Erwartungen zurückblieb (Schaubild 23).

Schaubild 23

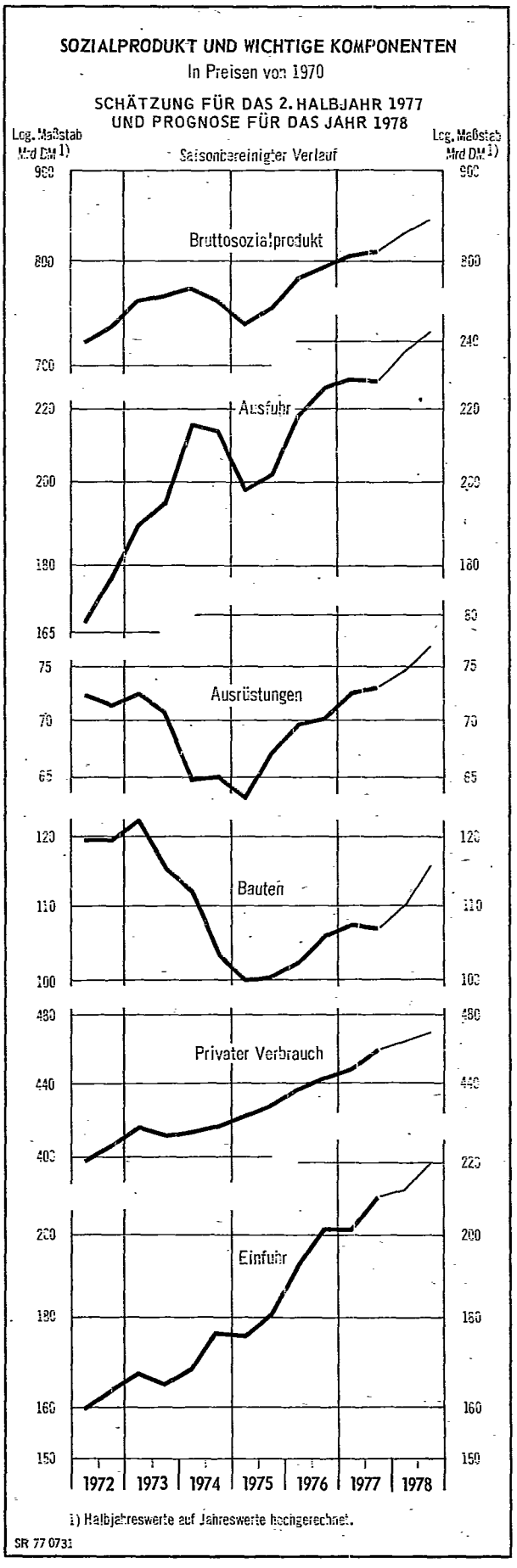


Tabelle 31

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1977

Absolute Werte

	Einheit	1976	1977	1978	1977		1978	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	621,9	667,0	711,5	315,9	351,0	340,0	371,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	228,6	241,5	257,5	110,8	131,0	119,5	138,5
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd DM	232,9	249,5	272,0	115,7	134,0	123,5	149,0
Ausrüstungen	Mrd DM	91,4	98,5	106,0	46,4	52,5	49,0	57,0
Bauten	Mrd DM	141,5	151,0	166,0	69,3	81,5	74,0	92,0
Vorratsveränderungen	Mrd DM	+13,4	+13,5	+14,0	+ 9,6	+4,0	+ 8,5	+ 5,5
Außenbeitrag	Mrd DM	+28,1	+22,5	+23,5	+13,5	+9,0	+11,5	+12,0
Ausfuhr	Mrd DM	310,4	324,5	346,0	159,2	165,5	166,0	180,0
Einfuhr	Mrd DM	282,3	302,0	322,5	145,7	156,5	154,5	168,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 124,9	1 194,5	1 279,0	565,6	629,0	603,0	676,0
In Preisen von 1970:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	439,4	453,5	466,5	217,0	236,5	225,0	241,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	141,6	143,5	148,0	68,7	75,0	71,5	76,5
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd DM	173,7	179,5	188,5	84,1	95,5	86,0	102,5
Ausrüstungen	Mrd DM	69,8	73,0	76,0	34,4	38,5	35,5	40,5
Bauten	Mrd DM	103,9	106,5	113,0	49,6	57,0	51,0	62,0
Ausfuhr	Mrd DM	222,1	228,5	240,0	112,4	116,5	116,0	124,0
Einfuhr	Mrd DM	197,1	206,0	216,5	99,3	107,0	105,0	111,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	789,1	809,0	837,0	389,5	419,5	400,0	437,0
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1970 = 100	141,6	147,0	152,5	145,6	148,5	151,0	153,5
Bruttosozialprodukt	1970 = 100	142,6	147,5	153,0	145,2	150,0	150,5	155,0
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1 000	25 033	24 950	24 950	24 867	25 030	24 765	25 135
Arbeitszeit	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970	Mrd DM	787,8	808,0	835,5	389,7	418,5	400,0	435,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	625,1	668,5	715,0	320,3	348,0	341,5	373,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	252,3	259,5	279,5	116,6	143,0	123,5	156,0
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	Mrd DM	877,3	928,0	994,5	436,9	491,0	465,0	529,5
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit [2]	Mrd DM	359,8	381,5	409,0	186,0	195,5	199,0	210,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	198,5	195,0	221,5	85,1	110,0	97,0	124,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [3]	Mrd DM	725,5	772,5	828,5	367,3	405,0	395,0	433,0

[1] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
[2] Nettolohn- und -gehaltssumme.

Tabelle 31

schaftlichen Gesamtrechnungen

und Vorausschau auf das Jahr 1978

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1976	1977	1978	1977		1978	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 8,2	+ 7½	+ 6½	+ 6,5	+ 8	+ 7½	+ 5½
Staatsverbrauch	+ 5,8	+ 5½	+ 6½	+ 4,7	+ 6½	+ 7½	+ 6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 8,5	+ 7	+ 9	+ 8,6	+ 6	+ 6½	+ 11
Ausrüstungen	+ 11,1	+ 8	+ 7½	+ 8,3	+ 8	+ 6	+ 9
Bauten	+ 7,0	+ 6½	+ 10	+ 8,8	+ 5	+ 7	+ 12½
Vorratsveränderungen	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+ 14,1	+ 4½	+ 6½	+ 7,0	+ 2½	+ 4½	+ 9
Einfuhr	+ 16,3	+ 7	+ 7	+ 8,5	+ 5½	+ 6	+ 7½
Bruttosozialprodukt	+ 9,1	+ 6	+ 7	+ 6,5	+ 6	+ 6½	+ 7½
In Preisen von 1970:							
Privater Verbrauch	+ 3,6	+ 3	+ 3	+ 2,5	+ 4	+ 4	+ 2
Staatsverbrauch	+ 2,4	+ 1½	+ 3	+ 0,0	+ 3	+ 4	+ 2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,0	+ 3½	+ 5	+ 4,6	+ 2	+ 2½	+ 7
Ausrüstungen	+ 7,2	+ 4½	+ 4	+ 4,3	+ 4½	+ 2½	+ 5½
Bauten	+ 3,7	+ 2½	+ 5½	+ 4,8	+ 1	+ 2½	+ 8½
Ausfuhr	+ 11,1	+ 3	+ 5	+ 4,9	+ 1	+ 3	+ 6½
Einfuhr	+ 10,6	+ 4½	+ 5	+ 4,7	+ 4½	+ 5½	+ 4½
Bruttosozialprodukt	+ 5,7	+ 2½	+ 3½	+ 3,0	+ 2	+ 2½	+ 4
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 4,4	+ 4	+ 3½	+ 3,9	+ 4	+ 3½	+ 3½
Bruttosozialprodukt	+ 3,2	+ 3½	+ 3½	+ 3,4	+ 4	+ 4	+ 3
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	− 0,9	− ½	± 0	− 0,2	− ½	− ½	+ ½
Arbeitszeit [1]	+ 1,2	− ½	+ 0	− 0,4	− ½	+ ½	− 0
Arbeitsvolumen	+ 0,3	− 1	+ 0	− 0,6	− 1	+ 0	+ 0
Produktivität	+ 5,3	+ 3½	+ 3½	+ 3,8	+ 3	+ 2½	+ 4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970	+ 5,6	+ 2½	+ 3½	+ 3,2	+ 2	+ 2½	+ 4
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 7,1	+ 7	+ 7	+ 7,5	+ 6½	+ 6½	+ 7½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 15,4	+ 3	+ 8	+ 2,7	+ 3	+ 6	+ 9
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	+ 9,3	+ 6	+ 7	+ 6,2	+ 5½	+ 6½	+ 8
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit [2]	+ 3,8	+ 6	+ 7½	+ 5,9	+ 6	+ 7	+ 7½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 13,7	+ 2	+ 13½	+ 4,3	+ 0	+ 13½	+ 13½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [3]	+ 6,4	+ 6½	+ 7	+ 6,6	+ 6½	+ 7½	+ 7

[3] Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

225. Zu den Annahmen unserer Prognose gehört, daß sich die in letzter Zeit zu beobachtende Verbesserung des Investitionsklimas fortsetzen und zu einem erneuten Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen führen wird. Dabei dürften nicht nur Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen nachgeholt, sondern auch Erweiterungsinvestitionen in Angriff genommen werden. Nicht zu übersehen sind aber auch diejenigen Faktoren, die nach wie vor die Investitionsneigung belasten. Daher sind wir bei der Durchrechnung der Prognose nur von einer im Vergleich zu den Aufschwungsphasen früherer Zyklen verhaltenen Belebung der Investitionstätigkeit ausgegangen. In der Prognose ist dafür eine Zuwachsrate der realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 1978 von 4 vH eingesetzt. Diese Rate ist zwar niedriger, als die im Jahresdurchschnitt 1977 erreichte, hinter ihr steht aber eine deutlichere Aufwärtsbewegung im Jahresverlauf als 1977.

226. Bei den Bauinvestitionen werden 1978 jene Maßnahmen voll wirken, die im Laufe des Jahres 1977 zur Stützung der Baukonjunktur beschlossen worden sind: Die Wiederzulassung der degressiven Abschreibung, die Ausweitung des § 7 b EStG auf Altbauten, das Programm für Zukunftsinvestitionen, die Fortführung des Regionalprogramms im sozialen Wohnungsbau und staatliche Zuschüsse für Sanierung und Modernisierung. Hinzu kommt, daß ein weiterer Rückgang des Kapitalmarktzinses, wie er zu den Annahmen unserer Prognose paßt, mehr Investoren zum Baubeginn veranlassen wird, auch solche, die bislang in der Hoffnung auf noch billigeres Geld abwarten. Davon werden vor allem Wohnbauten und öffentliche Bauten begünstigt. Die Aufträge für derartige Bauvorhaben steigen bereits kräftig. Obwohl Verzögerungen bei der Vergabe von Aufträgen aus den verschiedenen Programmen vor allem auf seiten öffentlicher Auftraggeber in Rechnung gestellt werden müssen, zeichnet sich für 1978 ein weiterer Anstieg der Nachfrage ab.

Zurückhaltender schätzen wir die Entwicklung bei Wirtschaftsbauten ein. Die Produktion in diesem Bereich hat bis tief in das Jahr 1977 hinein von den Auswirkungen der Investitionszulage gezehrt. Die weitere Entwicklung dürfte vorerst noch verhalten bleiben, da der Prozeß der Kapazitätserweiterung nur zögernd in Gang kommt.

Die Zuwachsrate der realen Bauinvestitionen veranschlagen wir für den Jahresdurchschnitt 1978 auf 5½ vH, mehr als doppelt so hoch wie für den Jahresdurchschnitt 1977 (2½ vH).

227. Nur geringe Impulse für die Konjunktur erwarten wir von den Lagerdispositionen der Unternehmen. Industrie und Handel beurteilen die Fertigwarenläger zur Zeit eher als etwas zu groß. Der Zuwachs an Nachfrage, der von einer Aufstockung der Läger ausgeht, dürfte sich in der gleichen Größenordnung halten wie 1977. Dabei unterstellen wir, daß die Vorräte an Rohstoffen bei zunächst noch nachgebenden Weltmarktpreisen und in Erwartung weiterer Kursgewinne für die D-Mark knapp gehalten werden.

228. Die Importe werden 1978 wieder deutlich stärker zunehmen als das Angebot aus inländischer Produktion. Dies gilt insbesondere für die Einfuhr von Fertigwaren, deren Marktanteil sich schon in den vergangenen Jahren beträchtlich erhöht hat. Bei Rohstoffen und Vorprodukten rechnen wir, wie erwähnt, wegen der geringen Anreize zum Lageraufbau nur mit einem schwachen Anstieg.

Insgesamt erwarten wir für den Jahresdurchschnitt 1978 einen Zuwachs des Importvolumens (Waren und Dienste) um 5 vH, nach 4½ vH im Jahre 1977.

229. Bestätigt die Entwicklung der einzelnen Nachfragekomponenten unsere Annahmen, wird sich die Struktur der Endnachfrage nur wenig zugunsten der investiven und zu Lasten der konsumtiven Ausgaben verschieben. Die Investitionsquote, also der Anteil der Anlageinvestitionen am Sozialprodukt, steigt nach unserer Rechnung 1978 lediglich von 22,2 vH auf 22,5 vH. Das Investitionsvolumen bleibt erneut weit hinter dem zurück, was erforderlich wäre, um genügend neue Arbeitsplätze zu schaffen und alte Arbeitsplätze wettbewerbsfähig zu halten.

230. Bei der von uns erwarteten Entwicklung wird das Sozialprodukt im Jahresdurchschnitt 1978 um etwa 3½ vH höher sein als im Jahresdurchschnitt 1977. Die Zuwachsrate der Produktion ist damit nur wenig größer als die Wachstumsrate des Produktionspotentials, die wir auf 3 vH veranschlagen; gemessen an der immer noch beträchtlichen Unterauslastung ist also die Verbesserung im Auslastungsgrad, wiederum von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt betrachtet, äußerst bescheiden. Immerhin ist die Entwicklung im Laufe des Jahres günstiger, als es im Vorjahresvergleich zum Ausdruck kommt. Dies erklärt sich daraus, daß die konjunkturelle Expansion im Jahre 1977 sehr flach verlief, so daß der „Überhang" am Jahresende 1977, der die Veränderungsrate im Vorjahresvergleich erheblich mitbestimmt, diesmal sehr gering ist.

231. Die Produktionsbelebung reicht voraussichtlich nicht aus, mehr Arbeitsplätze zu besetzen. Nach unserer Rechnung ist sie nicht stärker, als der Anstieg des Produktionsergebnisses je Arbeitsstunde. Das bedeutet, daß 1978 keine nennenswerte Zunahme des Arbeitsvolumens und damit auch keine großen Fortschritte bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erwarten sind.

232. Eine Prognose über die Entwicklung der Arbeitslosenzahl läßt sich allerdings aus der Veränderung der Beschäftigung nicht ohne weiteres ableiten. Die Anzahl der Arbeitslosen kann auch bei konstanter Beschäftigtenzahl zurückgehen, weil Arbeitsuchende in die „stille Reserve" abwandern oder weil sie einen Anspruch auf vorzeitigen Bezug von Altersruhegeld geltend machen oder weil arbeitslose Ausländer in ihre Heimatländer zurückkehren. Die Arbeitslosenzahl kann bei konstanter Zahl der Beschäftigten aber auch steigen, etwa wenn Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlieren

und diese Arbeitsplätze mit Kräften besetzt werden, die bisher nicht bei den Arbeitsämtern als Arbeitslose gemeldet waren.

Überdies sind in den Wintermonaten, vor allem in den Außenberufen, regelmäßig einige hunderttausend Arbeitnehmer aus Witterungsgründen vorübergehend ohne Arbeit. Diese saisonale Komponente der Arbeitslosigkeit, die das Jahresergebnis mitbeeinflußt, läßt sich nicht genau vorausbestimmen.

In unserer Prognose haben wir einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres 1978 angenommen; im Jahresdurchschnitt wird die Anzahl der Arbeitslosen allerdings die Millionengrenze noch immer nicht nennenswert unterschreiten.

233. Recht hoffnungsvoll kann man 1978 im Hinblick auf die weitere Senkung der Inflationsrate sein. Bei der erwarteten Entwicklung von Löhnen, Zinsen, Einfuhrpreisen und Produktivität, die zusammen die Höhe des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus bestimmen, ergibt sich gegenüber 1977 eine Verringerung des Kostenanstiegs. Dies wird, soweit der Wettbewerb Preisanhebungen überhaupt zuläßt, den Preisanstieg weiter dämpfen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre stützen die Erwartung, daß sich bei einer stabilisierungskonformen Geldpolitik und bei flexiblen Wechselkursen eine abwärts gerichtete Tendenz in den Preissteigerungsraten nicht wieder umkehren muß, sobald sich die Konjunktur erholt. Dies läßt weitere Erfolge bei der Inflationsbekämpfung auch für die Zeit nach 1978 erwarten — immer vorausgesetzt, die Stabilisierungserfolge werden nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

234. Bei den Verbraucherpreisen wird die Entwicklung 1978 allerdings durch die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 11 vH auf 12 vH und von 5½ vH auf 6 vH beeinflußt: Rein rechnerisch bedeutet dies beim Preisindex für die Lebenshaltung einen Anstieg um 0,6 bis 0,7 Prozentpunkte. Es ist jedoch keineswegs ausgemacht, daß die Überwälzung der Mehrwertsteuer voll gelingt, was andererseits nicht ausschließt, daß da und dort die Steuererhöhung auch als Vorwand benutzt wird, zusätzliche Preisanhebungen vorzunehmen.

Aus unseren Annahmen ergibt sich trotz der Erhöhung der Mehrwertsteuer eine weitere Abschwächung im Preisanstieg. Für den Jahresverlauf (Jahresende 1978 gegen Jahresende 1977) rechnen wir mit einer Rate von rund 3½ vH, nach knapp 4 vH im Jahre 1977, ohne den rechnerischen Effekt der Mehrwertsteuererhöhung nur mit einer Rate von 3 vH.

Unsere Einschätzung wird dadurch gestützt, daß die Preise für inländische Verbrauchsgüter auf der Erzeugerstufe seit einiger Zeit kaum noch steigen und die für importierte Verbrauchsgüter stabil sind. Bei dem scharfen Wettbewerb im Einzelhandel wird diese Entwicklung über kurz oder lang auch auf der Verbraucherstufe sichtbar werden.

235. Bei der angenommenen Entwicklung von Kosten und Preisen bleibt wenig Raum für eine spürbare Erholung der Unternehmensgewinne. Das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dürfte nach unserer Schätzung um 8 vH und damit nur geringfügig stärker zunehmen als das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (7 vH). Die Gewinnmargen der Unternehmen werden sich dabei 1978 nicht einmal um soviel verbessern, wie sie sich 1977 wieder verschlechtert haben.

Das Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, das 1977 gesunken ist, wird deutlich stärker zunehmen (13½ vH) als das Bruttoeinkommen. Dies ist nicht allein das Ergebnis von Steuersenkungen, die 1978 zu geringeren Steuerzahlungen führen, sondern hängt auch damit zusammen, daß die Steuerzahlungen der Unternehmen im Jahre 1977, wie erwähnt (Ziffern 154 f.), durch Sonderfaktoren überhöht waren (Basiseffekt). Auch beim Einkommen aus unselbständiger Arbeit führt die jüngste Steuersenkung für sich genommen zu einer spürbaren Entlastung; sie kommt jedoch wegen der Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs in der Zuwachsrate des Nettoeinkommens nur zum Teil zum Ausdruck. Immerhin steigt 1978 das Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit mit 7½ vH etwas rascher als das Bruttoeinkommen, während es in der Regel deutlich dahinter zurückbleibt.

DRITTES KAPITEL

Die Ursachen des Beschäftigungsproblems

I. Die aktuelle Kontroverse

236. Zwei Jahre nach der schwersten Rezession der Nachkriegszeit ist Vollbeschäftigung immer noch ein fernes Ziel. Im Laufe dieses Jahres ist die Aussicht, daß sich die Wirtschaft in absehbarer Zeit wenigstens allmählich diesem Ziel nähert, sogar geringer geworden. Die Furcht geht um, die Beschäftigungslage könne sich noch verschlechtern und die Ausbildungs- und Berufschancen der nachwachsenden Generation werde sich weiter vermindern. Das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes, das sich nach Überwindung der Rezession wieder gefestigt hatte, ist auf eine harte Probe gestellt.

237. Im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Diskussion gibt es Anzeichen von Resignation. So wird die Aussagekraft der Arbeitsmarktstatistik in Frage gestellt, insbesondere mit der Vermutung, daß ein größerer Teil der ausgewiesenen Arbeitslosigkeit „unecht" sei. Wir haben diese Argumente geprüft (Ziffern 106 ff.). Einzuräumen ist, daß die Informationen über die Situation am Arbeitsmarkt nicht immer ein eindeutiges Bild ergeben. Doch sollte die Diskussion darüber nicht den Blick dafür verstellen, daß Arbeitslosigkeit nach wie vor ein Übel ist, das die meisten der Betroffenen existentiell berührt und für die Solidargemeinschaft der Versicherten und für den Staat hohe Lasten mit sich bringt. Arbeitslos zu sein mag — wie so vieles — heute erträglicher sein als früher. Nicht wegzudiskutieren ist jedoch, daß für den weit überwiegenden Teil der Arbeitslosen und für andere, die möglicherweise einem Erwerb nachgehen wollen, gegenwärtig keine Beschäftigungschancen vorhanden sind. Unterbeschäftigung trifft nicht nur diejenigen, die gerade ohne Arbeitsplatz sind. Sie setzt auch einen großen Kreis von Beschäftigten latent dem Risiko der Arbeitslosigkeit aus. Das kann nicht als Normalzustand angesehen werden.

238. Will man das Übel beseitigen, muß man seine Ursache kennen. Von den möglichen Ursachen sticht eine besonders ins Auge: Nachfrageschwäche. Weit verbreitet ist die Auffassung, daß die Wirtschaftspolitik nach der Rezession für eine stärkere Nachfrageexpansion hätte sorgen müssen. In der gegenwärtigen Phase der konjunkturellen Stokkung scheinen die Indizien für diese Sicht stark zu sein. Hätte der Staat, so lautet der konkrete Vorwurf, seine Defizite nicht so schnell abgebaut, wäre das Produktionspotential heute besser ausgelastet und damit ein größerer Anreiz für Investitionen vorhanden. Wenig streitig dürfte sein, daß mehr Nachfrage mehr Beschäftigung schaffen kann und auch anderen Ländern manche Sorgen abnähme. Die entscheidenden Fragen sind jedoch, ob die primären Nachfrageimpulse wirklich unangemessen schwach waren, ob ein Mehr an Nachfrage überhaupt zur Disposition des Staates gestanden hätte und ob dieses Mehr jene Selbstverstärkungskräfte freigesetzt hätte, die allein einen Aufschwung auf Dauer tragen können.

239. Eine radikalere Version der Nachfragethese lautet, daß die gegenwärtige Unterbeschäftigung durch einen krisenbedingten Nachfragemangel verursacht sei, der aus der Instabilität resultiere, die von Natur aus ein Makel des marktwirtschaftlichen Systems sei. Die Unterauslastung der Kapazitäten sei zugleich der Grund dafür, daß der Nachfragemangel nicht durch spontane Auftriebskräfte beseitigt werden könne. Denn ein Unternehmer, der Überkapazitäten habe, erhöhe seine Investitionen nicht; zu einem sich selbst tragenden Aufschwung komme es unter diesen Umständen nicht. Das Ungleichgewicht habe viel eher die Tendenz, größer zu werden, weil die Investitionen gekürzt würden. Solange sich an den Produktionsverhältnissen nichts ändere, könne der Teufelskreis rückläufiger Investitionen und weiter sinkender Kapazitätsauslastung nur durch massive staatliche Nachfragestützung durchbrochen werden, wenn auch um den Preis erneuter Inflation. Die These findet ihre theoretische Stütze in gesamtwirtschaftlichen Modellen, in denen Preise, Löhne und Zinsen als marktwirtschaftliche Steuerungsgrößen nicht vorkommen, ebensowenig die Bedingungen einer offenen Volkswirtschaft.

240. Das Beschäftigungsproblem wird häufig nicht nur mit einer konjunkturellen Nachfrageschwäche, sondern auch mit strukturellen Nachfrageproblemen in Verbindung gebracht. Die Unternehmen hielten sich mit Investitionen stärker zurück als früher, weil die Verbrauchsnachfrage im Zyklus stärker schwanke und Sättigungsgrenzen näherrückten. Damit im Zusammenhang steht das Argument, daß der zu beobachtende Anstieg der Arbeitsproduktivität nicht auf Dauer mit einem gleich starken Nachfragezuwachs einhergehen könne, so daß bei unveränderter Arbeitszeit Unterbeschäftigung entstehen müsse. Schon in der Vergangenheit habe sich eine „Schere" zwischen Produktivitäts- und Nachfrageentwicklung geöffnet. Vor diesem Hintergrund werden gelegentlich die starken Investitionszuwächse der späten sechziger und frühen siebziger Jahre als Überinvestitionen angesehen. Als Gründe für den Nachfragemangel werden Sättigungstendenzen und eine zunehmende Vorliebe für Freizeit genannt. Aus dieser Sicht wird eine Therapie empfohlen, die das Arbeitsangebot durch Ar-

beitszeitverkürzung an ein langsamer expandierendes Nachfragevolumen anpaßt und die den Strukturwandel fördert, insbesondere in Richtung auf arbeitsintensivere Produktionszweige und Technologien, damit der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität verlangsamt wird. Um die Angemessenheit einer solchen Therapie beurteilen zu können, muß zunächst einmal geprüft werden, ob ein trendmäßiges Auseinanderklaffen von Produktivitäts- und Nachfrageentwicklung tatsächlich als Erklärungsansatz für die gegenwärtigen Beschäftigungsprobleme taugt.

241. Statt auf der Nachfrageseite kann man die primären Ursachen des Beschäftigungsproblems auch auf der Angebotsseite suchen. Der Satz „mehr Nachfrage schafft mehr Beschäftigung" ist in dieser Verengung sicher richtig, aber auch umkehrbar: „mehr Beschäftigung schafft mehr Nachfrage". Angebot und Nachfrage haben ihren gemeinsamen Ursprung in dem Willen der Menschen, zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse wirtschaftlich tätig zu werden. Die Arbeitsleistungen und Güter, die ein einzelner anbietet, und die Waren und Dienstleistungen, die er nachfragt, sind notwendigerweise verschieden in einer arbeitsteiligen Wirtschaft. Es ist aber keineswegs zwingend, daß die Nachfrage dem Angebot vorauslaufen muß. Eine nur am Wirtschaftskreislauf orientierte Betrachtungsweise mag diesen Schluß nahelegen. Die dauerhaften Impulse für wirtschaftliche Tätigkeit müssen jedoch von der einzelwirtschaftlichen Basis ausgehen, von der unternehmerischen Nutzung rentabel erscheinender Produktionschancen. Dabei wird Arbeit nachgefragt und Einkommen geschaffen, woraus dann Nachfrage nach Gütern entsteht. Im Zusammenspiel der Vielen schafft so das Angebot seine Nachfrage.

242. Gegenwärtig ist nicht für jeden, der zu arbeiten wünscht, ein Platz am Markt. Weil nicht genügend Angebot rentabel erscheint, mangelt es auch an Einkommen und an wirksamer Nachfrage. Als autonome Ursache des Beschäftigungsproblems kommt die Angebotsseite insbesondere dann ins Spiel, wenn Investitionsrisiken, Anpassungshemmnisse im Strukturwandel und hohe Produktionskosten das Ertragskalkül so stark belasten, daß zu viele darauf verzichten, ihre Produktionsanlagen zu erweitern und zusätzliche zu schaffen. Neue Güter werden am Markt nicht angeboten, neue Unternehmen nicht gegründet und aus all diesen Gründen kann der Strukturwandel nicht bewältigt werden. Für diejenigen, die arbeitslos sind, ins Erwerbsalter kommen oder durch strukturelle und technische Änderungen freigesetzt werden, entstehen dann nicht in dem erforderlichen Umfang neue Arbeitsplätze. Auch als Folge solcher Angebotsprobleme kann Nachfrageschwäche entstehen. Eine Nachfrageausweitung durch den Staat ist vor dem Hintergrund dieser Diagnose jedoch keine Therapie, die eine grundlegende Besserung der Beschäftigungslage verspricht, jedenfalls so lange nicht, wie die Angebotsprobleme ungelöst bleiben.

243. Der Gedanke einer staatlichen Initialzündung zur schnellen Überwindung einer konjunkturellen Nachfrageschwäche ist mit einer angebotsorientierten Betrachtungsweise durchaus vereinbar, nicht aber die Vorstellung, daß Nachfragemangel die eigentliche Ursache des Beschäftigungsproblems sei und der Staat es in der Hand habe, ein vollbeschäftigungskonformes Nachfragevolumen bereitzustellen. Solche Erklärungs- und Therapieansätze sind jedoch in der Diskussion. Sie sollen geprüft werden, bevor wir unseren eigenen Standpunkt zu begründen versuchen. Der Weg zu einem höheren Beschäftigungsstand kann nur geräumt werden, wenn allgemein einsichtig ist, was ihn versperrt.

Konjunktureller Nachfragemangel?

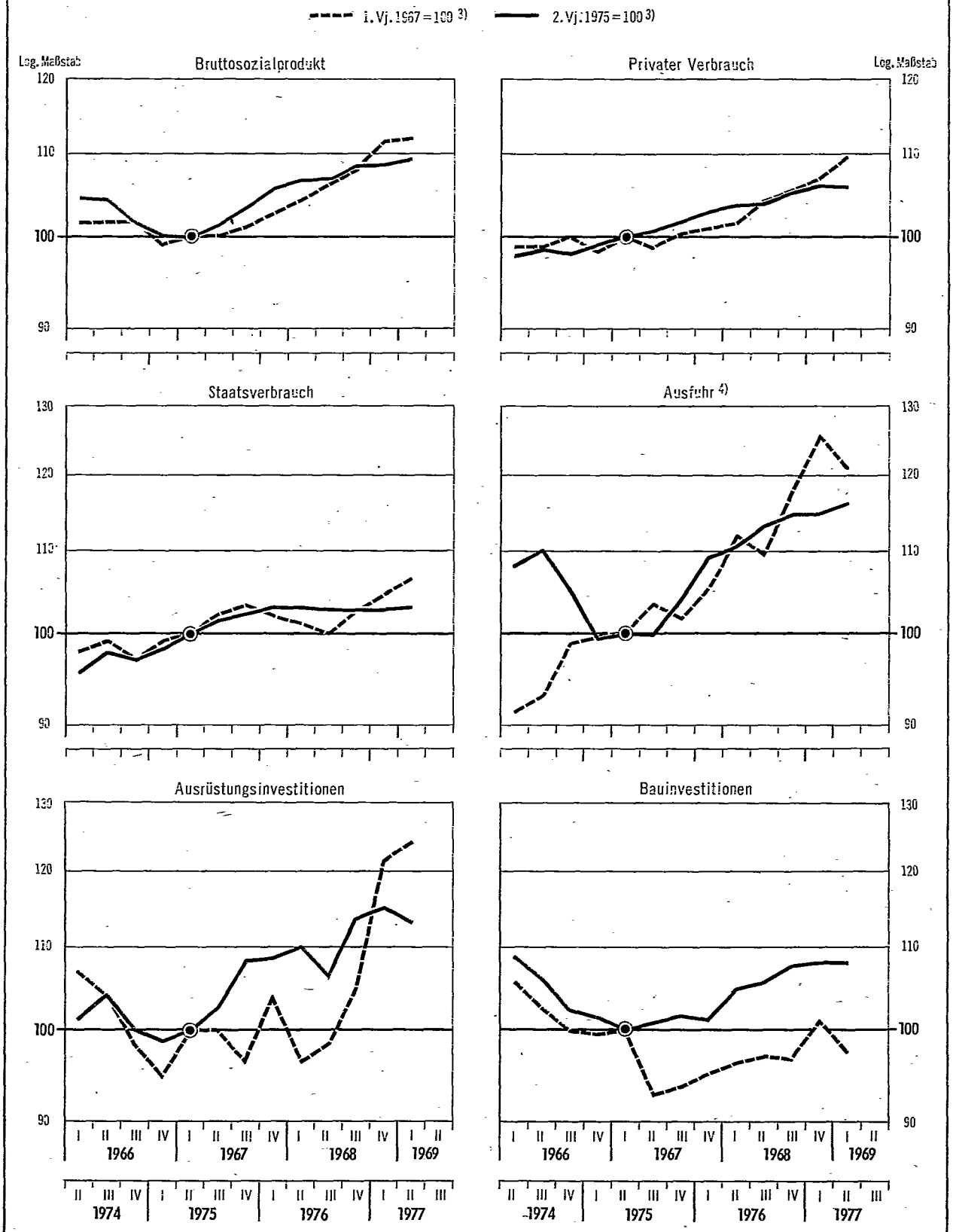
244. Die jüngste Konjunkturstockung scheint diejenigen zu bestätigen, die in einer konjunkturellen Nachfrageschwäche die Hauptursache des gegenwärtigen Beschäftigungsproblems sehen. Sie würden beklagen, daß der Staat es versäumt habe, nach der Rezession von 1975 für eine kraftvollere Nachfrageexpansion zu sorgen. Zwar erwartete kaum jemand, daß eine Fortsetzung des Aufschwungs mit einem Produktionsanstieg von 4 vH bis 5 vH im Jahre 1977 einen Durchbruch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gebracht hätte. Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion in dieser Größenordnung sind aber nach einer so tiefen Rezession wie der von 1975 keineswegs spektakulär. In den Jahren 1968 und 1969, den beiden Folgejahren der Rezession von 1966/67, die weniger scharf ausgefallen war als die von 1975, hatte das reale Sozialprodukt sogar um 6,5 vH beziehungsweise um 7,9 vH zugenommen. Ein deutliches Mehr an Nachfrage hätte man sich also durchaus vorstellen können.

245. Außer in dem geringeren Tempo unterscheidet sich der letzte Aufschwung von dem der Jahre 1968 und 1969 darin, daß das Muster des Konjunkturverlaufs diesmal grundlegend anders war. Insbesondere die für frühere Aufschwungsphasen typische Selbstverstärkung durch eine kräftige Investitionskonjunktur ist ausgeblieben. Dabei waren die Vorbedingungen für eine Investitionskonjunktur von der Veränderung der Exportnachfrage und der Konsumnachfrage her nicht weniger günstig (Schaubild 24). Die Ausfuhr hatte in den ersten 15 Monaten des Aufschwungs 1975/76 etwa ebenso stark, der private Verbrauch sogar stärker zugenommen als in der gleichen Phase des Aufschwungs 1967/68. Die Bauinvestitionen zeigten nach dem konjunkturellen Tiefpunkt von 1975 einen fast kontinuierlichen Anstieg, während sie im Anschluß an den Tiefpunkt von 1967 erst noch einmal abrupt zurückgegangen waren. Bis zum Herbst 1976 war auch der Staatsverbrauch stärker gestiegen als in der vergleichbaren Phase des früheren Aufschwungs. Sogar die Ausrüstungsinvestitionen hatten sich nach der Rezession von 1975 zunächst viel kräftiger erholt als nach der Rezession von

Schaubild 24

BRUTTOSOZIALPRODUKT UND WICHTIGE VERWENDUNGSKOMPONENTEN IM ZYKLENVERGLEICH [1]

Saisonbereinigte Zahlen [2]



1) Aus Angaben in Preisen von 1970. – 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11; Kalenderunregelmäßigkeiten nicht ausgeschaltet. – 3) Konjunktureller Tiefpunkt, gemessen an der Trendabweichung der Industrieproduktion. – 4) Waren und Dienstleistungen.

SR 77 0721

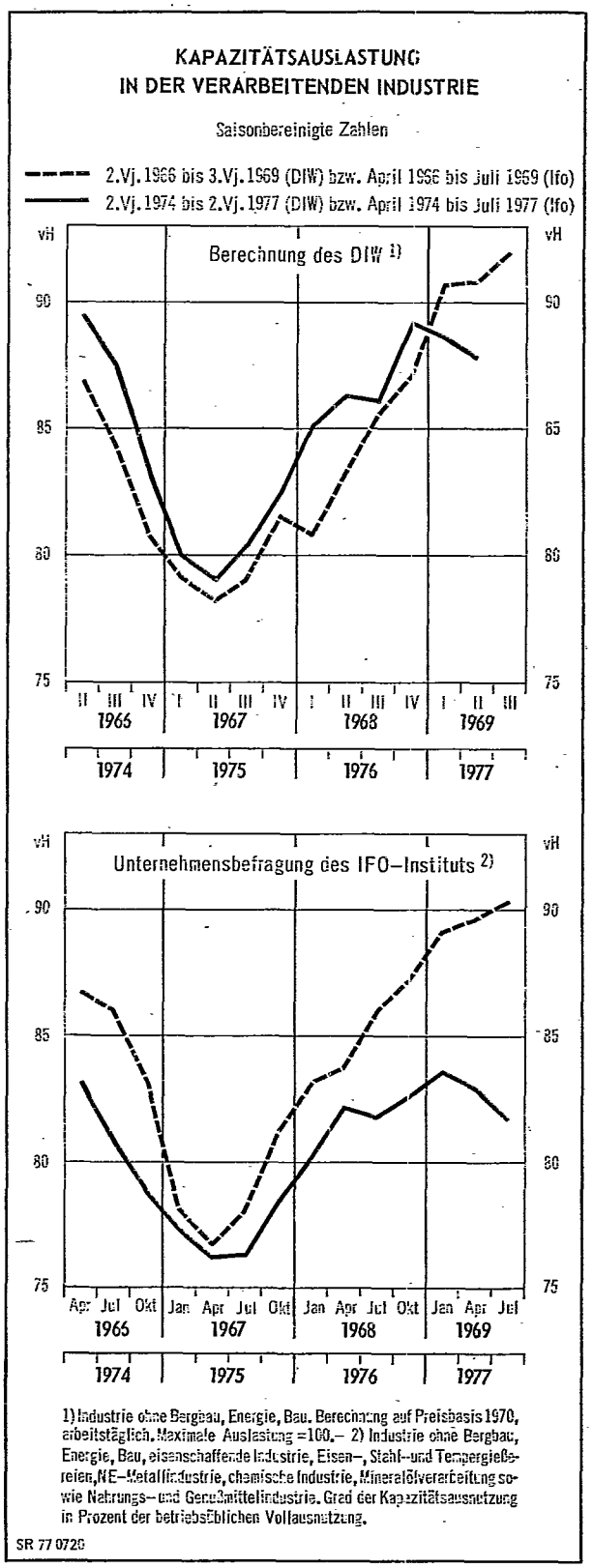
1966/67, wozu nicht zuletzt die 1975 gewährte Investitionsprämie beigetragen haben mag. Von der Nachfrageseite war alles auf einen kräftigen Aufschwung nach 1975 angelegt. Im Gegensatz zu den Jahren 1967 und 1968, in denen der expansive Impuls der öffentlichen Haushalte gleich Null gewesen war, waren vom Staat massive expansive Impulse — rein rechnerisch in der Größenordnung von über 30 Mrd DM — ausgegangen. Trotz der kräftigen Nachfragestützung zeigte der Aufschwung schon 1976 Schwächetendenzen.

246. Einzuräumen ist, daß bei einem Vergleich der beiden Aufschwungsphasen außer der Veränderung der Nachfrage auch im Bild sein muß, daß die Kapazitätsauslastung 1975 niedriger war als 1967. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials lag 1975 mit 90 vH um gut 2½ Prozentpunkte unter dem von 1967. Der letzte Abschwung hatte die Wirtschaft in größerer Breite getroffen und die einzelnen Bereiche meist auch stärker.

In der Industrie, die von allen Bereichen das Zyklenmuster am stärksten prägt, war jedoch die Kapazitätsauslastung diesmal im konjunkturellen Tiefpunkt und in der Anfangsphase des Aufschwungs nicht niedriger als in den Jahren 1967/68 (Schaubild 25). Damals hatte die Investitionskonjunktur etwa Mitte 1968 begonnen, zu einer Zeit, in der die industriellen Anlagen noch längst nicht voll ausgelastet waren. Die Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie waren zur Jahresmitte 1976 zumindest nicht weniger beansprucht als zur Jahresmitte 1968. Die Berechnungen des DIW weisen für 1976 sogar eine deutlich höhere Auslastung der Produktionsanlagen aus als für 1968. Die Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts zeigen, daß die Unternehmen ihre Kapazitätsauslastung zur Mitte des Jahres 1976 nicht wesentlich niedriger eingeschätzt haben als Mitte 1968. Die Order-Capacity-Meßzahl, die das Verhältnis des Auftragseingangs zur Kapazität mißt, hatte zur Jahresmitte 1976 einen höheren Wert erreicht als zur Jahresmitte 1968 (Schaubild 26). Ebenso war die Reichweite der Auftragsbestände 1976 nicht kürzer als 1968. Überdies zeichnete sich im Jahre 1976 ein enormer Ersatzbedarf für Anlagen ab, die in den vorausgegangenen Jahren der Investitionsschwäche länger als üblich genutzt worden waren. Es gibt also starke Anhaltspunkte dafür, daß sich die Investitionstätigkeit zur Jahresmitte 1976 hätte beschleunigen müssen.

247. Daß es anders kam, muß vor dem Hintergrund einer Weltkonjunktur gesehen werden, die sich nach der Rezession zunächst kräftig erholt hatte, im Verlauf des Jahres 1976 aber schon Schwächetendenzen zeigte und im Jahre 1977 dann merklich abkühlte. Das Welthandelsvolumen war 1976 noch um 12½ vH, 1977 nur noch um 5½ vH gestiegen. Der Aufschwung, der 1967 begonnen hatte, war dagegen über die Frühphase hinaus von einer nahezu ungebrochenen Expansion der Weltnachfrage getragen worden. Die weltwirtschaftlichen Bedingungen haben sich inzwischen verändert. Weltinflation und Ölkrise hatten Ungleichgewichte geschaffen, die nur zum Teil abgebaut werden konnten. Im Herbst 1976 bereits waren wichtige Länder gezwungen, den Aufschwung abzubremsen.

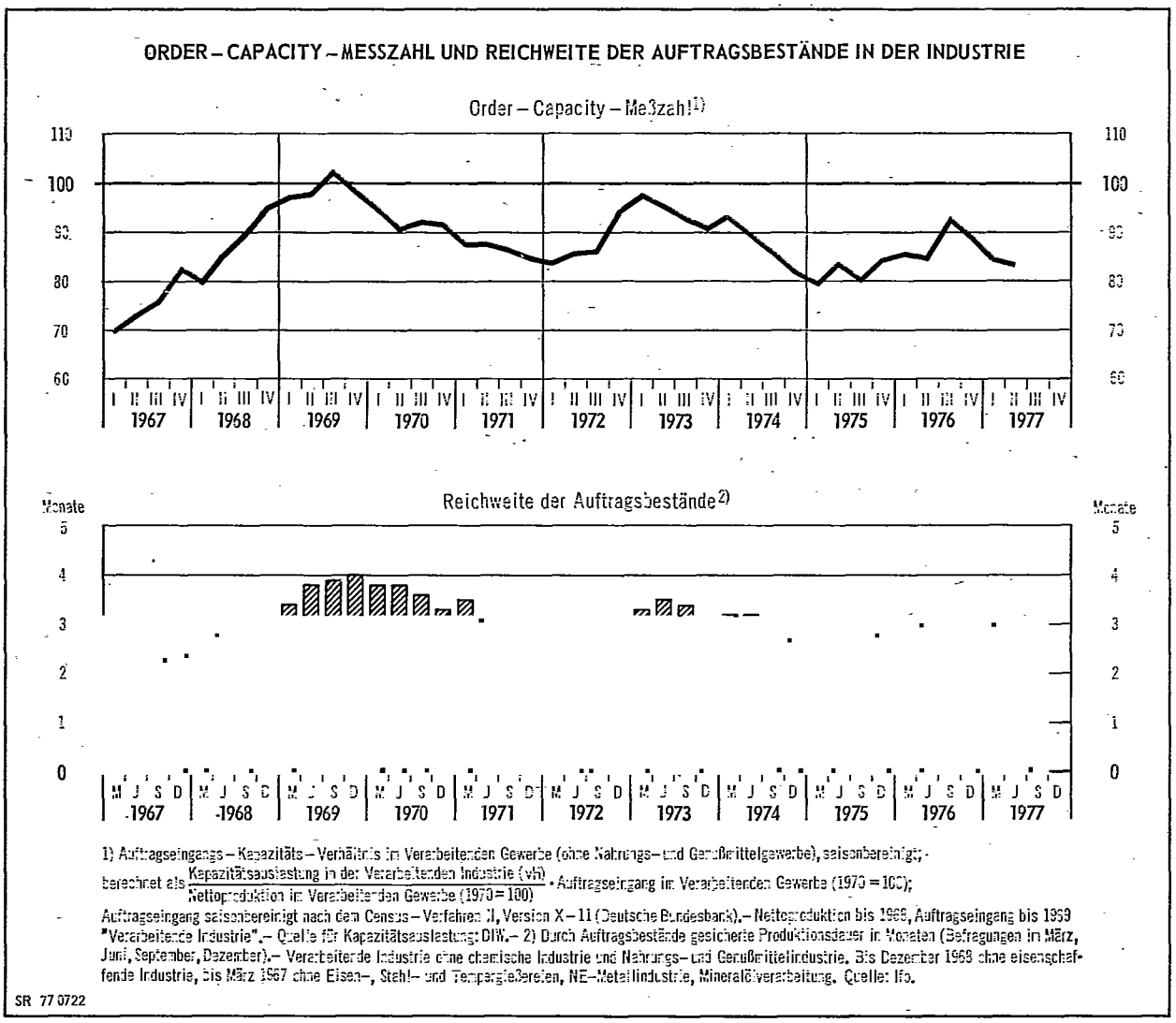
Schaubild 25



1) Industrie ohne Bergbau, Energie, Bau. Berechnung auf Preisbasis 1970, arbeitstäglich. Maximale Auslastung =100.– 2) Industrie ohne Bergbau, Energie, Bau, eisenschaffende Industrie, Eisen–, Stahl– und Tempergießereien, NE–Metallindustrie, chemische Industrie, Mineralölverarbeitung sowie Nahrungs– und Genußmittelindustrie. Grad der Kapazitätsausnutzung in Prozent der betriebsüblichen Vollausnutzung.

SR 77 0726

Schaubild 26



1) Auftragseingangs – Kapazitäts – Verhältnis im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe), saisonbereinigt; berechnet als $\frac{\text{Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie (vh)}}{\text{Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe (1970 = 100)}} \cdot$ Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (1970 = 100); Auftragseingang saisonbereinigt nach dem Census – Verfahren II, Version X – 11 (Deutsche Bundesbank). – Nettoproduktion bis 1968, Auftragseingang bis 1969 "Verarbeitende Industrie". – Quelle für Kapazitätsauslastung: DIW. – 2) Durch Auftragsbestände gesicherte Produktionsdauer in Monaten (Befragungen im März, Juni, September, Dezember). – Verarbeitende Industrie ohne chemische Industrie und Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Bis Dezember 1968 ohne eisenschaffende Industrie, bis März 1967 ohne Eisen-, Stahl- und Tempergießereien, NE-Metallindustrie, Mineralölverarbeitung. Quelle: Ifo.

SR 77 0722

248. Zumindest bis weit in das Jahr 1976 hinein waren von der konjunkturellen Nachfrageentwicklung her Bedingungen gegeben, die eine Selbstverstärkung der Auftriebskräfte hätten ermöglichen können. Die Nachfrage nach Investitionsgütern und Exporten folgte jedoch nicht dem Muster des früheren Zyklus. Die Entwicklung nach 1975 läßt zumindest Zweifel an der These aufkommen, daß ein kräftiger Nachfrageimpuls allein einen sich selbst tragenden Aufschwung einleiten kann. Zu fragen bleibt, woran es liegen könnte, daß der Konjunkturverlauf nach der Rezession von 1975 ein anderer war.

Dauerhafter Nachfragemangel?

249. Das Zögern der Unternehmen, mehr zu investieren, wird außer mit konjunktureller Nachfrageschwäche vielfach auch damit begründet, daß es heute unsicherer sei als früher, ob die Nachfrage ausreichen werde, neue Produktionsanlagen auf mittlere Sicht auszulasten. Die Unternehmen warteten daher eine höhere Kapazitätsauslastung ab als in früheren Zyklen, bevor sie Erweiterungsinvestitionen vornehmen. Außer im Export werden erhöhte Risiken vor allem in der Entwicklung des privaten Verbrauchs gesehen, der größten Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Hier rühre die Unsicherheit, so wird argumentiert, zum einen aus einer verminderten Stetigkeit der Verbrauchernachfrage im Zyklus und zum anderen aus einem Näherrücken von Sättigungsgrenzen. Zum Beleg dafür wird darauf verwiesen, daß ein immer größerer Teil des Einkommens nicht mehr für lebensnotwendige Ausgaben gebraucht werde und daß die Zuwachsraten des privaten Verbrauchs über die Zyklen hinweg abnehmen.

250. Nimmt man die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel, für Kleidung und Schuhe sowie für Wohnungsmieten, Elektrizität, Gas und Brennstoffe als Ausdruck für den Grundbedarf, was zweifellos nur eine grobe Annäherung ist, so zeigt sich, daß

deren Anteil am verfügbaren Einkommen im Laufe der Zeit tatsächlich erheblich gesunken ist. Von 1 385 DM, die den Haushalten pro Kopf im Jahre 1950 an Einkommen zur Verfügung standen, wurden fast 66 vH, 909 DM, für die genannte Gütergruppe ausgegeben; im Jahre 1960 waren es noch gut 55 vH, 1976 dagegen nur mehr 47 vH, nämlich 5 500 DM von 11 800 DM Einkommen. Mit dem Ansteigen des verbleibenden Restes könnte die aktuelle Ausgabeneigung zunehmend an Bedeutung für die Entwicklung des privaten Verbrauchs gewonnen haben.

251. Die Ausgaben, die nicht auf den Grundbedarf entfallen, weichen in der Tat heute im Zyklus stärker nach oben und nach unten von ihrer durchschnittlichen Zuwachsrate ab als früher; seit den sechziger Jahren schwanken sie konjunkturell auch stärker als die gesamten Verbrauchsausgaben.

Das heißt jedoch nicht, daß sich der private Verbrauch im ganzen immer weniger stetig entwickelt. Denn die Ausgaben für Essen, Trinken, Bekleidung und Wohnen weisen im Zeitverlauf abnehmende Schwankungen auf. Auch dies hängt mit dem gestiegenen Einkommensniveau zusammen. Je höher dieses ist, um so weniger brauchen sich die Haushalte bei ihren Ausgaben für den Grundbedarf einzuschränken, wenn ihr Einkommen zeitweilig einmal weniger steigt oder sogar sinkt.

252. Im Trend hat sich sowohl die Zuwachsrate des privaten Verbrauchs als auch die des verfügbaren Einkommens verringert, sieht man von der inflatorischen Überzeichnung in der ersten Hälfte der siebziger Jahre ab. Gleichzeitig hat die Sparquote zugenommen. Nur wenig spricht dafür, daß dies ein Zeichen von Bedarfssättigung ist. Viel spricht dafür, daß der Anstieg der Sparquote im ganzen Ausdruck der Tatsache ist, daß mehr und mehr Haushalte fähig wurden, die staatlichen Anreize zur Vermögensbildung voll zu nutzen und auch auf die Anschaffung von Gütern hin zu sparen, die sie sich zuvor nicht leisten konnten, so vor allem ein eigenes Haus.

253. Eindeutiger scheinen auf den ersten Blick die Wirkungen, die von der Bevölkerungsentwicklung auf den privaten Verbrauch ausgehen. Während das Wachstum der Bevölkerungszahl in den fünfziger Jahren durchschnittlich noch 1,2 Prozentpunkte und in den sechziger Jahren 0,9 Prozentpunkte zum jährlichen Anstieg der Verbrauchsausgaben beitrug, wird dieser seit 1975 durch den Bevölkerungsrückgang gedämpft. Inwieweit sich darin außer den jüngsten konjunkturellen Einflüssen — der Abwanderung ausländischer Arbeitnehmer — auch der seit längerem zu verzeichnende Rückgang der Geburtenzahlen niederschlägt, läßt sich allerdings nicht mit Sicherheit sagen. So gewiß ist, daß weniger Kinder den Grundbedarf eines Haushalts vermindern, so wenig steht damit doch fest, daß insgesamt weniger ausgegeben wird, wenn sich das Haushaltseinkommen auf weniger Köpfe verteilt. Auf mittlere Sicht ist überdies zu beachten, daß die Zahl der Jugendlichen, die ins Erwerbsleben eintreten und damit ihre eigenen Konsumentscheidungen zu treffen beginnen, noch zunimmt.

254. Vertreter der These eines dauerhaften Nachfragemangels verweisen auch darauf, daß seit geraumer Zeit die gesamtwirtschaftliche Produktivität im Trend stärker ansteige als die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Es könne auch für die Zukunft kaum erwartet werden, daß die Nachfrage so zunehme, wie es notwendig wäre, wenn die Produktionsmöglichkeiten ausgeschöpft werden sollen, die die Fortschritte der Arbeitsproduktivität eröffneten. Bei unveränderter Arbeitszeit resultiere aus dieser „Schere" ein permanenter Druck auf die Beschäftigung, der besonders ausgeprägt sei, wenn er durch konjunkturelle Nachfrageschwäche verstärkt werde.

255. Eine „Schere" zwischen der trendmäßigen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, gemessen am Produktionsergebnis je Arbeitsstunde, und der trendmäßigen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, gemessen am Produktionsergebnis selbst, hat sich seit Mitte der sechziger Jahre tatsächlich geöffnet. Bis in die frühen siebziger Jahre war diese „Schere" jedoch vorwiegend Reflex der Arbeitszeitverkürzung, danach bringt sie vorwiegend zum Ausdruck, daß die Beschäftigung zurückgegangen ist — nicht mehr und nicht weniger. Das Phänomen des Beschäftigungsrückgangs gilt es aber gerade zu erklären. Und ein Erklärungsansatz ist noch nicht dadurch gewonnen, daß das, was erklärt werden soll, die Beschäftigung, in die beiden Komponenten Produktion und Produktivität zerlegt wird. Gleichwohl ist zu prüfen, ob nicht eine Ursache des Beschäftigungsrückgangs in einer zu geringen Dynamik der Konsumnachfrage zu suchen ist. Dadurch könnten auch den Investitionen Grenzen gesetzt sein. Ebenso mag man der Frage nachgehen, ob nicht der schnelle Anstieg der Produktivität Beschäftigungsprobleme schafft.

256. Wie gezeigt, weist die private Konsumneigung in der Tat seit längerem in der Bundesrepublik einen leicht sinkenden Trend auf, der jedoch noch keine Schlüsse auf generelle Sättigungstendenzen erlaubt. Aber selbst wenn die Konsumneigung in Zukunft stärker sinken sollte, brauchen daraus keine dauerhaften Beschäftigungsprobleme zu erwachsen. Wenn die Konsumneigung abnimmt, hat man eine geringere Vorliebe für Gegenwartsgüter zu konstatieren oder, was dasselbe ist, eine größere Vorliebe für Zukunftsgüter. Es wird mehr Geldkapital gebildet, das Anlage sucht, sei es in Form von inländischen Investitionen, sei es in Form von Kapitalexport. Wechselkurs und Zins werden sinken, Export und Investitionen steigen. Es mag sein, daß Investoren auch bei steigenden Exporten und sinkenden Zinsen durch einen Rückgang der Konsumnachfrage verunsichert werden. Es kann die Gefahr von Friktionen entstehen. Dann liegt es an der Wirtschaftspolitik und an denen, die für die Lohnkosten verantwortlich sind dafür zu sorgen, daß der Übergang zu dem neuen Gleichgewicht möglichst reibungslos verläuft.

257. Der Anstieg der Arbeitsproduktivität wird heute ebenfalls aus beschäftigungspolitischen Gründen problematisiert. Dabei ist er die Basis aller Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands. Viele staatliche Förderprogramme waren und sind auf Produktivitätssteigerung ausgerichtet. In der Vergangenheit ging der Produktivitätsanstieg einher mit einem steilen und stetigen Anstieg des Kapitaleinsatzes pro Beschäftigten.

Den Unternehmen erschien es offenbar vorteilhaft, Arbeitskräfte mehr und mehr durch Kapitalgüter zu ersetzen, um so dem Druck der Lohnkosten wenigstens teilweise ausweichen zu können. Dieser arbeitssparende Prozeß mag, etwa durch ein überhöhtes Lohnniveau, forciert worden sein. Eine auf einen höheren Beschäftigungsgrad bedachte Lohnpolitik kann hier für Abhilfe sorgen, das heißt, darauf hinwirken, daß der Rationalisierungsdruck von der Kostenseite her gemindert wird. Das Argument, daß die Unternehmen durch Lohndruck zur Produktivitätssteigerung angehalten werden müßten, das früher einmal von den Gewerkschaften vertreten worden ist, kann unter den heutigen Arbeitsmarktverhältnissen jedenfalls keine Überzeugungskraft mehr beanspruchen. Darüber hinaus dürfte der Strukturwandel von der Industrie zum Dienstleistungssektor einen langsameren Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität zur Folge haben.

258. Ein großer Teil des technischen Fortschritts wird unabhängig vom Lohnkostendruck hervorgebracht. Dieser autonome technische Fortschritt ist häufig arbeitssparend. Die so freigesetzten Arbeitskräfte finden in der gleichen Branche oder in gleichen Berufen oft keinen neuen Arbeitsplatz. Das heißt jedoch nicht, daß sie auf Dauer arbeitslos bleiben müssen. Denn mit dem zusätzlichen Einkommen, das der technische Fortschritt schafft, indem er die Arbeitsproduktivität steigert, entsteht auch zusätzliche Nachfrage, die neue Beschäftigungsmöglichkeiten an anderer Stelle eröffnet. Dieser technologisch verursachte Strukturwandel ist der Preis für den allgemeinen Einkommensanstieg.

259. Technischer Fortschritt kann auch kapitalsparend sein. Beschäftigungsprobleme können daraus nicht entstehen. Im Gegenteil: Bei vermindertem Kapitaleinsatz kann mit der gleichen Anzahl von Arbeitskräften die gleiche Produktmenge hergestellt werden. Die Preise dieser Erzeugnisse werden im Wettbewerb sinken. Je mehr von diesen bei nachgebenden Preisen zusätzlich nachgefragt werden, desto mehr zusätzliche Arbeitsplätze entstehen in eben diesen Bereichen. Auch wenn die Nachfrage auf Preissenkungen nur wenig reagiert, entstehen neue Arbeitsplätze, allerdings in anderen Wirtschaftsbereichen, weil das Kapital nun reichlicher ist und mit den Zinsen die Kapitalkosten sinken.

260. Für die nächsten Jahre ist durchaus anzunehmen, daß die durchschnittliche Kapitalintensität aufgrund einer langsameren Lohnentwicklung und möglicherweise auch eines kapitalsparenden technischen Fortschritts nicht mehr so schnell zunehmen wird wie bisher. Wenn für alle Arbeitsuchenden ein Arbeitsplatz geschaffen werden soll, werden dennoch in weit größerem Umfang als bisher Investitionen nötig sein (Ziffer 334). Diese Investitionsgüter müssen produziert werden. Engpässe in den Investitionsgüterindustrien gibt es gegenwärtig nicht, sie könnten bei stark zunehmender Investitionstätigkeit durch Rückgriff auf ausländisches Angebot leicht ausgeweitet werden. Und wenn wegen einer sinkenden Konsumneigung weniger Personen für die Produktion von Konsumgütern beansprucht werden, stehen sie für eine steigende Investitionsgüterproduktion zur Verfügung. Steigende Kapitalkosten pro Arbeitsplatz und abnehmende Konsumneigung sind also nicht nur miteinander vereinbar, sie bedingen einander.

261. Plausibel ist die These einer säkularen Nachfrageschwäche allenfalls dann, wenn sie auf sich möglicherweise ändernde Präferenzen zwischen Einkommen und Freizeit abstellt. Sollten die Arbeitnehmer in Zukunft zugunsten von mehr Freizeit auf andernfalls erzielbare Einkommenssteigerungen verzichten wollen, würde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ebenso wie das gesamtwirtschaftliche Angebot langsamer zunehmen als bisher. Dieser Wunsch müßte sich in Tarifabschlüssen manifestieren und wäre zu respektieren. Ein Beschäftigungsproblem entsteht dabei nicht.

262. Man könnte versucht sein, einen Teil des gegenwärtigen Beschäftigungsproblems als Folge einer dauerhaften Nachfragemüdigkeit zu deuten, die nur deshalb mit Arbeitslosigkeit einhergeht, weil der korrespondierende Wunsch nach mehr Freizeit noch nicht realisiert ist. Der private Verbrauch, bei dem eine solche Entwicklung sich am ehesten zeigen müßte, wies jedoch weder vor noch nach der Rezession von 1975 ausgeprägte Schwächetendenzen auf. Bislang zeigen auch die Tarifverhandlungen, daß der Wunsch nach mehr Einkommen eindeutig das Ergebnis dominiert.

263. Gleichwohl ist nicht ausgeschlossen, daß sich die individuellen Wertvorstellungen in Zukunft stärker als bisher zugunsten von mehr Freizeit verschieben. Ein Trend zu mehr Freizeit bei zunehmendem Einkommen besteht ohnehin. Dies könnte, so ist oft zu hören, beschäftigungspolitisch genutzt werden, indem man die für später gewünschte zusätzliche Freizeit in die Gegenwart vorzieht und damit den Arbeitsmarkt entlastet. Der Anstieg des Lohnes je Beschäftigten müßte dann entsprechend geringer ausfallen als der Anstieg des Stundenentgeltes. Selbst wenn man diese Lösung als noch mit den individuellen Wünschen vereinbar akzeptiert, so bestehen doch erhebliche Zweifel hinsichtlich des unmittelbaren, aber auch des mittelfristigen beschäftigungspolitischen Erfolges. Jüngste Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts haben ergeben, daß etwa eine Arbeitszeitverkürzung in der Industrie — sei es durch Einschränkung der Wochenarbeitszeit um 2 Stunden, sei es durch eine Verlängerung des Jahresurlaubs um mehrere Tage — einen zusätzlichen Arbeitskräftebedarf hervorrufen wür-

de, der rund der Hälfte dessen entspricht, was an Arbeitszeit durch deren Verkürzung ausfällt. Bei den Verwaltungsberufen würden zudem weit weniger zusätzliche Kräfte eingestellt als in Berufen des Produktionsbereiches. Kurzfristig wäre den Umfragen zufolge der Beschäftigungserfolg noch weit geringer zu veranschlagen, weil die Unternehmen vermutlich versuchen würden, den Ausfall an regulärer Arbeitszeit so weit wie möglich durch Überstunden und durch Rationalisierung — diese auch auf längere Sicht — wieder wettzumachen. Viele Unternehmen berichten, daß sie die Stellen für qualifizierte Arbeiten wegen des Mangels an Fachkräften gar nicht besetzen könnten, auch wenn sie es wollten. In anderen Wirtschaftszweigen als der Industrie, in denen ebenfalls Unternehmen befragt wurden, ist das Bild im Prinzip nicht anders. Möglicherweise muß deshalb die Produktion eingeschränkt werden und es kann auch sein, daß Produktionsmöglichkeiten, die besonders qualifizierte Arbeitskräfte erfordern, ungenutzt bleiben.

264. Einen höheren Beschäftigungseffekt, vor allem unmittelbar, verspräche die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze. Sie würde vermutlich von vielen, möglicherweise von der Hälfte aller Arbeitnehmer im entsprechenden Alter in Anspruch genommen. Die Unternehmen würden durch das Ausscheiden älterer Arbeitskräfte freiwerdende Stellen großenteils neu besetzen, wenn auch oft nicht die gleichen, sondern solche Stellen, die durch das Nachrücken von darauf schon vorbereiteten jüngeren Arbeitnehmern vakant geworden sind. Die Knappheit von Fachkräften spielt deshalb hier eine untergeordnete Rolle. Zu berücksichtigen ist freilich, daß die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze mit erheblichen Lasten für die Gesamtheit verbunden ist.

265. Alles in allem brächte die Verkürzung der Arbeitszeit einen weit geringeren Anstieg der Beschäftigung, als sich manche von ihr zu versprechen scheinen. Dann muß aber die Frage geprüft werden, ob sich der Preis dafür lohnt, den jene bezahlen, die mehr Freizeit zugeteilt bekommen, als sie eigentlich wollen, und denen daher ein zusätzliches Einkommen entgeht, das sie vermutlich deshalb der Freizeit noch vorziehen, weil sie dafür eine gute Verwendung haben, nämlich die Entfaltung von Nachfrage.

II. Ungelöste Angebotsprobleme

266. Wenn nach der Rezession von 1975 trotz der kraftvollen Initialzündung von seiten des Staates und der Belebung der Export- und Verbrauchsnachfrage eine Selbstverstärkung des Aufschwungs ausblieb, so müssen die Ursachen dafür vorwiegend auf der Angebotsseite gesucht werden. Die Unternehmen haben zwar die Produktionsmöglichkeiten genutzt, die die Nachfragebelebung eröffnete, aber selbst nicht genügend dazu beigetragen, daß durch Investitionen weitere Nachfrage entsteht. Die Angebotsseite hat auf die primären Nachfrageimpulse nicht reagiert. Die Bedingungen dafür, daß ein in Wachstum und Struktur zu Vollbeschäftigung passendes Produktionspotential spontan entsteht, waren nicht gegeben. Das Stocken des Aufschwungs im Jahre 1977 läßt sich somit als Ergebnis der zu schwachen Eigendynamik deuten, die jüngste Nachfrageschwäche als Folge davon, daß die Investitionen fehlen, die mehr Beschäftigung, mehr Einkommen und damit auch mehr Nachfrage hätten entstehen lassen können. Zu dieser auf der Angebotsseite verursachten Nachfrageschwäche sind dämpfende Einflüsse vom Ausland und vom Staat hinzugekommen, so daß wieder einmal staatliche Expansionsmaßnahmen ergriffen werden mußten.

267. Zu den Ursachen, die auf der Angebotsseite die Investitionsbereitschaft beeinträchtigen, zählen vor allem Anpassungsschwierigkeiten im Strukturwandel, die nicht zuletzt auf veränderten außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beruhen, und ein zu hohes Lohnniveau. Die drei Ursachen sind nicht völlig unabhängig voneinander. Dennoch lassen sich die wichtigsten Angebotsprobleme darum gruppieren. Daneben ist zu prüfen, ob und inwieweit die Geldpolitik und die Finanzpolitik zur Investitionsschwäche beigetragen haben.

Veränderte außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen

268. Im Vergleich zum Konjunkturaufschwung von 1967 bis 1969 hat sich die außenwirtschaftliche Szene in zweierlei Hinsicht verändert. Einmal belasten die Nachwirkungen der Weltinflation und der Ölpreiserhöhungen immer noch die Zahlungsbilanzen wichtiger europäischer Partnerländer und der Entwicklungsländer. Die Stetigkeit in der Expansion des Welthandels ist dadurch bedroht, sei es, daß zahlungsbilanzschwache Länder Restriktionsmaßnahmen schon in einem sehr frühen Stadium des Aufschwungs einleiten müssen, sei es, daß der Protektionismus um sich greift. Zum anderen ist die Wechselkursillusion beseitigt worden. Die Aufwertungen seit 1969 sowie schließlich der Übergang zu flexiblen Wechselkursen haben eine Höherbewertung der D-Mark gebracht, die inländische Anbieter, vor allem in Bereichen, die mit Importen konkurrieren, einem verschärften Auslandswettbewerb ausgesetzt haben. Daraus sind zwar keine internationalen Wettbewerbsschwierigkeiten für die Volkswirtschaft im ganzen entstanden, aber strukturelle Anpassungsprobleme für viele Einzelbereiche. Die Flexibilität des Wechselkurses erlaubt es nicht mehr so wie früher, nationale Kostenvorteile ohne weiteres in höhere Gewinne und größere Marktanteile im Ausland umzusetzen. Bei festen Wechselkursen bestand diese Chance zumindest vorübergehend. Heute kommt es nicht mehr zu außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten wie damals, eine rasche Zunahme der Industriebeschäftigung über mehr Exporte ist aber auch nicht mehr so leicht möglich. Erst wenn der Strukturwandel innerhalb der Industrie und zwischen der Industrie und dem Dienstleistungssektor in genügendem Um-

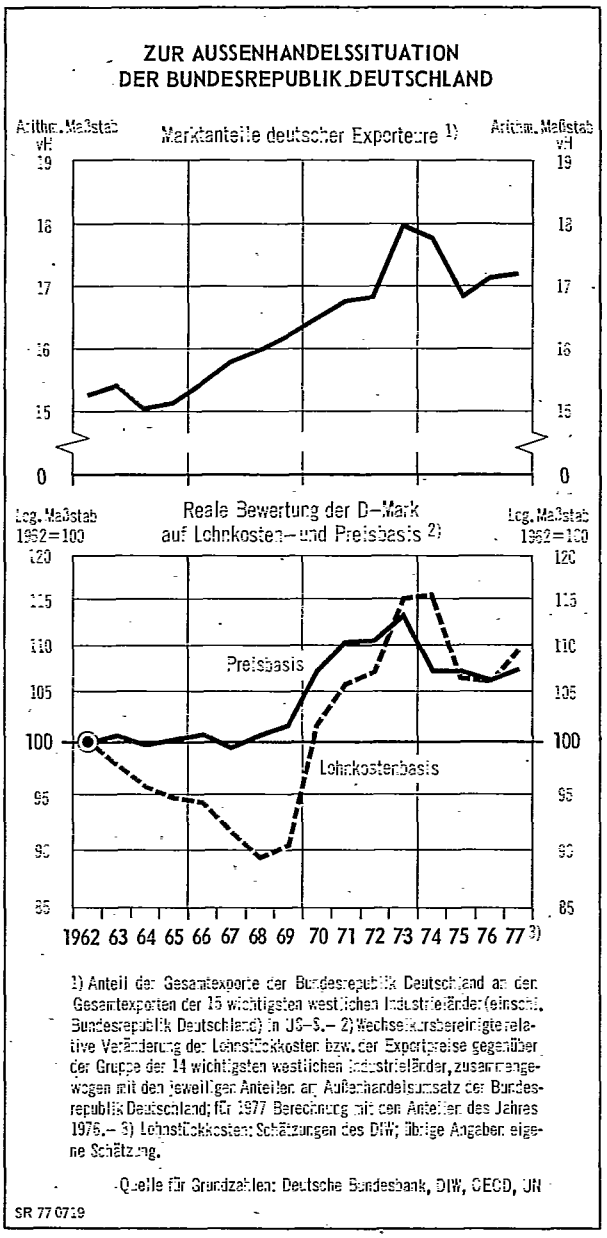
fang neue Beschäftigungschancen eröffnet hat, kann man sagen, daß sich die deutsche Wirtschaft an veränderte Wechselkursbedingungen angepaßt hat.

269. Die Inflationsbeschleunigung in den frühen siebziger Jahren und die sich daran anschließende Verteuerung von Erdöl und anderen Rohstoffen hat der Weltwirtschaft Anpassungslasten bisher nicht gekannten Ausmaßes auferlegt. Zum einen verschärfte der damit in Gang gekommene internationale Verteilungskampf die inflationären Tendenzen, die zum Teil selbst Ausdruck nationaler Auseinandersetzungen um die Einkommensverteilung waren. Zum anderen war die Nachfrage nach Öl, trotz drastischer Preiserhöhung, nur wenig zurückgegangen. Daraus ergab sich für diejenigen Industrieländer, die ohnehin hoch verschuldet waren, die Notwendigkeit, kurzfristig inländische Nachfrage und damit Importe zurückzudrängen, wenn eine entsprechende Steigerung der Exporte nicht möglich war. Ähnliches galt für viele Entwicklungsländer. Die Flexibilität der Wechselkurse sowie die Restriktionspolitik, die die meisten Länder 1974 einleiteten, haben die Zahlungsbilanzdefizite einigermaßen in Grenzen gehalten. Der Aufschwung, der in allen Ländern 1975 einsetzte, stieß in wichtigen westeuropäischen Ländern jedoch bald wieder an außenwirtschaftliche Grenzen. Bereits 1976 mußten restriktive Maßnahmen ergriffen werden, die zur jüngsten Verlangsamung der Weltkonjunktur wesentlich beigetragen haben. Dadurch wurde zwar etwas Spielraum für eine neue Expansion gewonnen, eine dauerhafte Gesundung der Weltwirtschaft ist aber nicht in Sicht.

270. Selbst ein kräftigeres Wachstum in den zahlungsbilanzstarken Ländern verspricht auf die Dauer keine Lösung des weltwirtschaftlichen Anpassungsproblems. Gerade in den zahlungsbilanzschwachen Ländern kommt es darauf an, daß mehr Investitionen rentabel werden. Wo die Investitionschancen günstig sind, sammelt sich das Kapital. Dort kann auch das Kapital Anlage finden, das die Erdölländer durch die Ölpreiserhöhungen an sich gezogen haben. Die Standortbedingungen können letztlich nur über das Kostenniveau verbessert werden. Länder, in denen die Investitionschancen günstig sind, haben Kredit und können sich Leistungsbilanzdefizite leisten. Unter diesen Gesichtspunkten ist schwer vorstellbar, daß die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte allein durch mehr Expansion in den zahlungsbilanzstarken Ländern beseitigt werden können. Die zahlungsbilanzschwachen Länder können sich höchstens kurzfristig davon Entlastung versprechen. Günstigenfalls könnte das die Lösung der Angebotsprobleme erleichtern, die sie längerfristig an ihrem Ursprung angehen müssen. Solange die Weltwirtschaft auf diesem Felde keine Fortschritte macht, bleibt der Export für die Investoren in der Bundesrepublik mit erhöhten Risiken behaftet.

271. Die reale Höherbewertung der D-Mark hat strukturelle Anpassungen notwendig werden lassen,

Schaubild 27



die mit Risiken und Kosten verbunden sind. Die Weltmarktposition der deutschen Wirtschaft ist zwar nach wie vor stark, der Rückgang des Marktanteils, der 1975 eintrat, ist aber seither nur zum Teil wieder ausgeglichen worden (Schaubild 27). Deutsche Waren hatten sich im Zuge der Wechselkursbewegung der siebziger Jahre gegenüber ausländischen Waren weit weniger verteuert, als gleichzeitig die Lohnkosten im Vergleich zum Ausland gestiegen sind (JG 76 Ziffern 153 ff.). Die Exportwirtschaft war offenbar einer besonders starken Gewinnkompression ausgesetzt, die allem Anschein nach so weit ging, daß die Investitionsbereitschaft darunter gelitten hat. Die Arbeitsplätze, die in den vergangenen Jahren in der außenhandelsintensiven Industrie weggefallen sind, sind bisher weder hier noch an anderer Stelle neu geschaffen worden.

272. Die Gewinnsituation der Exportwirtschaft läßt sich bei beweglichem Wechselkurs anscheinend nicht so leicht korrigieren, wie das bei festen Wechselkursen der Fall war. Zwar ist es der Bundesrepublik im Anschluß an die Rezession von 1975 viel besser als anderen Industrieländern gelungen, den Anstieg des Kostenniveaus zu dämpfen. Gleichzeitig stieg aber der Kurs der D-Mark kräftig an. Den Möglichkeiten, über höhere DM-Preise im Export die Erträge zu verbessern oder die Marktanteile zu vergrößern, waren dadurch Grenzen gesetzt, die es 1968 und 1969 noch nicht gab. Diese Grenzen dürften ein wichtiger Grund dafür sein, daß die Exportkonjunktur von 1975/76 nicht in eine Investitionskonjunktur einmündete.

Anpassungsschwierigkeiten im Strukturwandel

273. Das Beschäftigungsproblem scheint zu einem nicht unerheblichen Teil darin seine Ursache zu haben, daß seit der Rezession ein Stau an Strukturwandel entstanden ist, der sich nur allmählich auflösen läßt. In seinem letzten Jahresgutachten hatte der Sachverständigenrat dargelegt, warum der Strukturwandel unter den Bedingungen, wie sie seit der Rezession gegeben sind, nicht beschäftigungsneutral verläuft (JG 76 Ziffern 289 ff.). Es gibt keine Anzeichen dafür, daß inzwischen der Stau kleiner geworden ist. Erweiterungsinvestitionen hat es 1977 nur in geringem Umfang gegeben. Eine Wende bei den Neugründungen von Unternehmen zeigt sich nicht. Auch die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Unternehmen lassen eine neue Dynamik nicht erkennen.

274. Durch veränderte außenwirtschaftliche Bedingungen, technischen Fortschritt und eine Verschiebung der Nachfragestruktur sind in den vergangenen Jahren Arbeitskräfte freigesetzt worden. Die Produktionsmöglichkeiten und Arbeitsplätze, die verlorengegangen sind, müssen an anderer Stelle neu geschaffen werden. Für die Unternehmen im ganzen bedeutet dies, daß sie sich mehr als bisher auf unbekannte Märkte vorwagen müssen. Das ist mit besonderen Risiken verbunden, aber auch mit höheren Kosten für Forschung, Entwicklung, Umschulung der Arbeitskräfte und Markterschließung. Bei dem Lohn- und Entwicklungsniveau, das die Bundesrepublik inzwischen erreicht hat, dürfte das Investitionskalkül dadurch stark belastet werden.

275. Eine Hauptlinie des Strukturwandels der vergangenen Jahre verläuft zwischen Industrie und Dienstleistungsbereich. Die Industrie, die sich seit Beginn der siebziger Jahre einer veränderten außenwirtschaftlichen Wettbewerbssituation gegenübersieht, hat seit 1970 nahezu kontinuierlich die Beschäftigung abgebaut, am stärksten im Konjunkturabschwung 1974/75. Hinzu kam der Beschäftigungsrückgang in der Bauwirtschaft. Anders als in früheren Aufschwungsjahren ist die Industriebeschäftigung seit 1975 nicht mehr gestiegen. Der Dienstleistungssektor konnte nur bis 1973 den Beschäftigungsrückgang der übrigen Sektoren durch Mehreinstellungen ausgleichen. Dabei waren es neben dem Staat vor allem die privaten Dienstleistungsbranchen, die zusätzliche Arbeitskräfte benötigten. Dieser Bereich hat auch nach der Rezession zunehmend Arbeitsplätze bereitgestellt. Dennoch bleibt die Beschäftigungsexpansion hier hinter den Erwartungen zurück, die häufig an den tertiären Sektor geknüpft werden. Das mag damit zusammenhängen, daß vielfältige Regulierungen einer spontanen Dynamik gerade in diesem Bereich im Wege stehen. Preisfixierungen, Mengenkontingentierungen, Konzessionszwänge, Marktregelung und Betriebsmonopole verhindern, daß sich private Initiative frei entfalten kann und Angebot in Umfang und Struktur an den Markt gelangt, wie der Verbraucher das wünscht.

276. Viele Unternehmen haben Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre Investitionen vorgenommen, die sich als wettbewerbsunfähig erwiesen, nachdem das Kostenniveau stark gestiegen war, die weltwirtschaftliche Szene sich verändert hatte, der Wechselkurs sich nach oben anpassen konnte und die Inflation gebrochen war. Es hat offenbar Fehlinvestitionen gegeben, die in manchen Bereichen noch heute in Form von Überkapazitäten auf den Markt drücken, nicht nur in der Wohnungswirtschaft, sondern auch in außenhandelsabhängigen Industriebranchen. In den brachliegenden Kapazitäten wird gelegentlich ein Indiz dafür gesehen, daß der Investitionsboom von 1968 bis 1971 generell zu Überinvestitionen geführt hat. Im ganzen hat seither jedoch nicht nur die Produktion zugenommen, sondern auch die Produktionskapazitäten sind weiter gewachsen. Es gibt sicherlich nicht nur Bereiche, die unter anderen Bedingungen weniger, sondern auch Bereiche, die dann mehr investiert hätten. Die Arbeitsplätze, die dort hätten geschaffen werden können, fehlen jetzt.

277. Die Hoffnung, daß der Aufschwung die „Strukturprobleme" schnell zum Verschwinden bringen werde, hat sich nicht erfüllt. Eher scheint es so zu sein, daß die Anpassungsprobleme, die der Strukturwandel geschaffen hat, einer Selbstverstärkung der Auftriebskräfte im Wege standen. Wichtige Branchen, wie die Stahlindustrie, der Schiffbau, die chemische Industrie oder der Maschinenbau, haben so gut wie nicht oder nur vorübergehend am Aufschwung teilgenommen. Andere Branchen, wie die Automobilindustrie, haben den Aufschwung getragen, möchten sich aber offenbar aus der Unsicherheit über ihre eigenen künftigen Marktchancen und die Gefahren, die sie in der gespaltenen Konjunktur gesehen haben, nicht zu großen Erweiterungsinvestitionen entschließen. Der Aufschwung konnte sich auf breiter Front nicht durchsetzen.

278. Unsicherheit herrscht bei vielen Unternehmen darüber, ob sich die Anstrengung lohne, neue Produktionsverfahren einzuführen oder mit neuen Produkten an den Markt zu gehen. Dabei wäre dies unter den heutigen Wettbewerbsverhältnissen be-

sonders dringlich. Industriebranchen wie der Maschinenbau oder die elektrotechnische Industrie sind in den letzten Jahren einem schärfer werdenden Wettbewerb mit ausländischen Konkurrenten ausgesetzt, die sich erfolgreich bemüht hatten, ihre Produkte in Qualität und Technik auf die Höhe des inländischen Angebots zu bringen. Andere Branchen, die vorwiegend arbeitsintensive und standardisierte Produkte herstellen, sehen sich einer unvermindert scharfen Konkurrenz aus Niedrig-Lohn-Ländern gegenüber. Für viele Unternehmen bedeutet dies, daß sie ihr Produktionsprogramm umgestalten müssen. Das beansprucht Zeit, aber auch mehr Investitionen für Neuerungen.

279. Von den Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Unternehmen her gesehen, scheinen die Bedingungen für eine beschleunigte Einführung von Neuerungen und Umstellungen wenig günstig. Nach dem sehr schnellen Anstieg der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in der gewerblichen Wirtschaft in den sechziger Jahren haben diese Anfang der siebziger Jahre nur noch verhalten zugenommen, in realer Betrachtung, also ohne Preissteigerungen gerechnet, sind sie sogar zurückgegangen (Tabelle 32).

280. Um dem Rückgang der Ausgaben der Unternehmen für Forschung und Entwicklung in der gewerblichen Wirtschaft entgegenzuwirken, stockte der Staat seine direkten und indirekten Hilfen kräftig auf. Verglichen mit dem Jahre 1971 stellte er den Unternehmen 1975 den doppelten Betrag an Fördermitteln zur Verfügung. Diese vergab er vor allem dort, wo es galt, direkt Forschungsvorhaben finanziell zu unterstützen. In realer Betrachtung, also ohne Preissteigerung gerechnet, reichte dies jedoch nicht aus, den Rückgang der Aufwendungen wieder voll wettzumachen. Nur in geringem, aber zunehmendem Maße nahmen kleinere und mittlere Unternehmen die Finanzierungshilfen des Staates in Anspruch. Nach wie vor sind es Großunternehmen, die die meisten Aufwendungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich tätigen. Nach einer Studie des Stifterverbandes der Deutschen Wissenschaft aus dem Jahre 1973 entfielen auf Unternehmen mit weniger als 1 000 Beschäftigten nur 5,7 vH der gesamten Personalaufwendungen für Forschung und Entwicklung und 5,5 vH der gesamten Sachaufwendungen. In der obersten Größenklasse, die Unternehmen mit mehr als 10 000 Beschäftigten umfaßt, wurden 66,3 vH aller Personalaufwendungen und 73,5 vH aller Sachaufwendungen vorgenommen.

Tabelle 32

Eigenfinanzierte Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in der gewerblichen Wirtschaft

Jahr	Aufwendungen			
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962 [1]	
	Mio DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in vH [2]	Mio DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in vH [2]
1962	2 150	.	2 150	.
1963	2 670	*24*	2 590	*20 1/2*
1964	3 279	*23*	3 096	*19 1/2*
1965	4 060	*24*	3 703	*19 1/2*
1966	4 500 a)	*11*	3 951 a)	*7*
1967	4 807	*7*	4 177	*6*
1968	5 454 a)	*13 1/2*	4 669 a)	*12*
1969	6 399	*17*	5 292	*13*
1970	7 610 a)	*19*	5 875 a)	*11*
1971	8 735	*15*	6 251	*6*
1972	9 180 a)	*5*	6 203 a)	*— 1*
1973	9 624	*5*	6 147	*— 1*
1974	10 000 a)	*3*	5 974 a)	*— 3*
1975	10 500 a)	*5*	5 801 a)	— 3
1976	10 900 a)	*4*	5 840 a)	*+ 1/2*

[1]) Deflationiert mit dem Preisindex für das Bruttosozialprodukt.
[2]) Auf halbe Prozentpunkte gerundet.
a) Vom Stifterverband geschätzt.

Quelle: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

281. Dafür, daß die unternehmerischen Risiken heute sehr hoch bewertet werden, ist die sinkende Anzahl der Unternehmensneugründungen ein Indiz. Genauere Angaben darüber gibt es nur für den Bereich der Industrie (Tabelle 33). Dort hatte die Anzahl der neuerrichteten Industriebetriebe und damit die Anzahl neugeschaffener Arbeitsplätze in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Untersuchungen der Industrie- und Handelskammern deuten zudem darauf hin, daß die Chancen der neugegründeten Unternehmen, im Markte zu bleiben, in den letzten Jahren nicht hoch waren.

Tabelle 33

Neuerrichtete Industriebetriebe und deren Beschäftigte

Anzahl

Zeitraum	Betriebe [1])	Beschäftigte
1968/1969	1 165	64 861
1970/1971	1 006	55 447
1972/1973	552	26 563
1974/1975	306	14 883

[1]) Stamm- und Zweigbetriebe.

Quelle: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung

282. Strukturwandel und Neuinvestitionen werden durch immer zahlreichere Vorschriften erschwert, die bei der Erstellung oder Nutzung von Bauwerken und Produktionsanlagen zu beachten sind. Die Fülle von Auflagen ist für die Investoren immer schwerer zu überschauen. Hinzu kommt, daß Bürger häufiger als früher Investitionsvorhaben, durch die sie sich beeinträchtigt fühlen, zu verhindern suchen. Zusammengenommen führt dieses zu komplizierten und langwierigen Genehmigungs- und Gerichtsverfahren. Das Volumen der aus diesen Gründen verzögerten oder schließlich sogar nicht zustande gekommenen Investitionen hat anscheinend einen auch für die Gesamtwirtschaft erheblichen Umfang angenommen. Angaben über Art und Umfang betroffener Projekte liegen jedoch nur vereinzelt vor. Einigermaßen verläßlich können weder der Wert dieser Investitionen noch die Beschäftigungswirkungen beziffert werden. Für Projekte, deren Verzögerung bekannt ist, wird ein Investitionsvolumen von 25 Mrd DM genannt, das wegen der Verzögerungen vor allem beim Kraftwerksbau und im Verkehrsbereich im Jahre 1977 und in den Jahren danach ausfallen soll. Das ist eine aufsehenerregende Größenordnung, und ein Investitionsstau solchen Umfangs paßt sicher nicht in die gegenwärtige konjunkturelle Lage. Andererseits sollte dieser Investitionsstau aber auch nicht dazu herhalten, von den anderen Investitionshemmnissen abzulenken.

Für die Investoren kommt es auf überschaubare Investitionsbedingungen an. Dazu gehören auch die Übersichtlichkeit der vom Staat erteilten Auflagen, die Zuverlässigkeit behördlicher Zusagen und die Einheitlichkeit der Rechtsprechung. In diesem Sinne könnte der Staat dazu beitragen, Investitionshemmnisse abzubauen und Investitionsentscheidungen zu erleichtern. So wichtig öffentliche Interessen und Beweggründe von betroffenen Bürgern auch sind, die volkswirtschaftlichen Kosten der Investitionsunsicherheit, die durch unübersehbare Vorschriften und Einspruchsmöglichkeiten entstanden ist, bleiben allzu häufig außer Betracht.

283. Die Strukturpolitik steht im Spannungsverhältnis zwischen Löhnen und Beschäftigung. Der Strukturwandel wirft nur dann keine gravierenden Beschäftigungsprobleme auf, wenn die Kosten, insbesondere die Löhne, flexibel genug sind, daß die Risiken abgedeckt und die Friktionen überwunden werden, die mit ihm verbunden sind. Soweit der Staat wirksame Möglichkeiten sieht, den Strukturwandel zu fördern, kann er die Lohnpolitik entlasten. Dieser Gedanke lag dem Konzept einer zukunftsorientierten Strukturpolitik zugrunde, das wir im letzten Jahresgutachten (JG 76 Ziffern 311 ff.) erörtert haben. In Betracht gezogen wurden global wirkende Maßnahmen, durch die sich der Staat an den Risiken und Kosten des Strukturwandels beteiligt. Dazu äußern wir uns in diesem Gutachten erneut (Ziffern 436 ff.). Das Konzept sah auch Maßnahmen zur Förderung der beruflichen und räumlichen Mobilität der Arbeitnehmer vor, die insbesondere deshalb wichtig sind, weil die Qualifikationsanforderungen an den neu zu schaffenden Arbeitsplätzen aller Voraussicht nach höher sein werden und wohl auch sein müssen, als sie an den Arbeitsplätzen waren, die im Strukturwandel weggefallen sind. Viele von denen, die gegenwärtig arbeitslos sind, werden selbst kaum in der Lage sein, die neu zu schaffenden Arbeitsplätze zu besetzen. Um so wichtiger ist es, daß anderen der berufliche Aufstieg erleichtert wird, damit schließlich auch Arbeitsplätze für die häufig weniger qualifizierten Arbeitslosen frei werden.

284. Die Erwartungen, die in der Öffentlichkeit an die Strukturpolitik geknüpft werden, gehen weiter. In einer vorausschauenden Strukturpolitik wird von vielen Seiten ein Mittel gesehen, das geeignet wäre, den Strukturwandel gezielt zu fördern, um dadurch vorbeugend Arbeitslosigkeit in den Bereichen zu vermeiden, die aus strukturellen Gründen wettbewerbsunfähig werden. Eine gezielte Förderung des Strukturwandels müßte sich, wenn sie den Marktkräften nicht zuwider laufen soll, an einem prognostisch einigermaßen gesicherten Zukunftsbild der Wirtschaftsstruktur orientieren. Man müßte wissen, und zwar in großer Detaillierung, welche Bereiche in Zukunft das Wachstum tragen werden. Wissen darüber ist begehrt. Doch es gibt mehr Fragen, als Antworten vorauszusehen sind. Prognosen der sektoralen Wirtschaftsentwicklung sind mit sehr großer Unsicherheit behaftet, insbesondere für ein Land, dem aufgrund seines Entwicklungsni-

veaus im Rahmen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung auf vielen Gebieten eine Pionierrolle zufällt. Herauszufinden, welche Güter und Produktionsverfahren in Zukunft eine Marktchance haben, ist zuvorderst Aufgabe der Unternehmer. Das Risiko, das mit diesem Suchprozeß verbunden ist, kann der Staat ihnen durch vorausschauende Strukturpolitik nicht abnehmen. Die Gefahr ist gleich groß, daß er sie in die Irre leitete.

285. Das besagt noch nicht, daß keine Strukturanalysen erstellt werden sollen. Gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen können daraus resultieren, daß der Strukturwandel nicht reibungslos verläuft. Auch sind öffentliche Stellen wie private Unternehmen häufig darauf angewiesen, selbst unvollkommenes Wissen zu nutzen, um Entscheidungen treffen zu können, die weit in die Zukunft hineinragen, beispielsweise Entscheidungen über öffentliche Infrastrukturinvestitionen, in der Regionalplanung oder über langfristige private Investitionen. Es steht jedem eigenverantwortlichen Entscheidungsträger frei, sich Strukturprognosen anzuvertrauen, die das vorhandene Wissen in systematischer Form zusammentragen; das Risiko liegt bei ihm.

286. Anders zu beurteilen ist es jedoch, wenn der Staat auf eine sektorale Prognose eine nach Wirtschaftsbereichen differenzierte Strukturpolitik gründet, die mit gezielten Anreizen die Wirtschaftsstruktur vorausschauend anstrebt, die in der Prognose als wahrscheinlich dargestellt wird. Irrt sich der Staat mit der Prognose, entwickeln sich die Märkte also anders als vorausgesehen, so bedeutet sein Handeln einen folgenschweren Eingriff in die Dispositionsfreiheit von Investoren und Konsumenten. Nicht viel besser aber ist das Urteil, wenn der Irrtum nicht offenkundig wird, weil er notfalls große Finanzmittel einzusetzen bereit ist, um wahr zu machen, was er prognostiziert hat. Es gibt zwar vielfältige Eingriffe des Staates in die sektorale Wirtschaftsstruktur, vorwiegend in Form von offenen und verdeckten Erhaltungssubventionen, die in sektoralen Krisensituationen eingeführt und dann zur Dauereinrichtung geworden sind. Sie sind jedoch eher ein Schönheitsfehler der Marktwirtschaft als ein Vorbild für die Strukturpolitik. Sie sollten nicht als Vorwand dazu dienen, das Mißbrauchspotential auf diesem Gebiet noch weiter zu vergrößern.

287. Eine sektoral orientierte Strukturpolitik wäre selbst dann problematisch, wenn die Prognoseunsicherheit geringer wäre. Der Staat ist so stark durch Verteilungsrücksichten eingeengt, daß eine vorausschauende Strukturpolitik leicht zu einer konservierenden Strukturpolitik werden könnte. Anpassungsentscheidungen, die im politischen Raum getroffen werden müssen, sind viel stärker dem Drängen der Interessengruppen ausgesetzt als Entscheidungen, die der Markt erzwingt. Ist erst einmal etabliert, daß der Staat im weitesten Sinne auch für die sektorale Wirtschaftsstruktur zuständig ist, so brauchten Unternehmer und Arbeitnehmer in strukturschwachen Bereichen bei den Entscheidungen über Investitionen, Preise und Löhne die negativen Folgen nicht mehr in Rechnung zu stellen. Sie könnten darauf setzen, daß die staatliche Strukturpolitik notfalls für die Schäden aufkommt, die aus ihren Fehlern erwachsen.

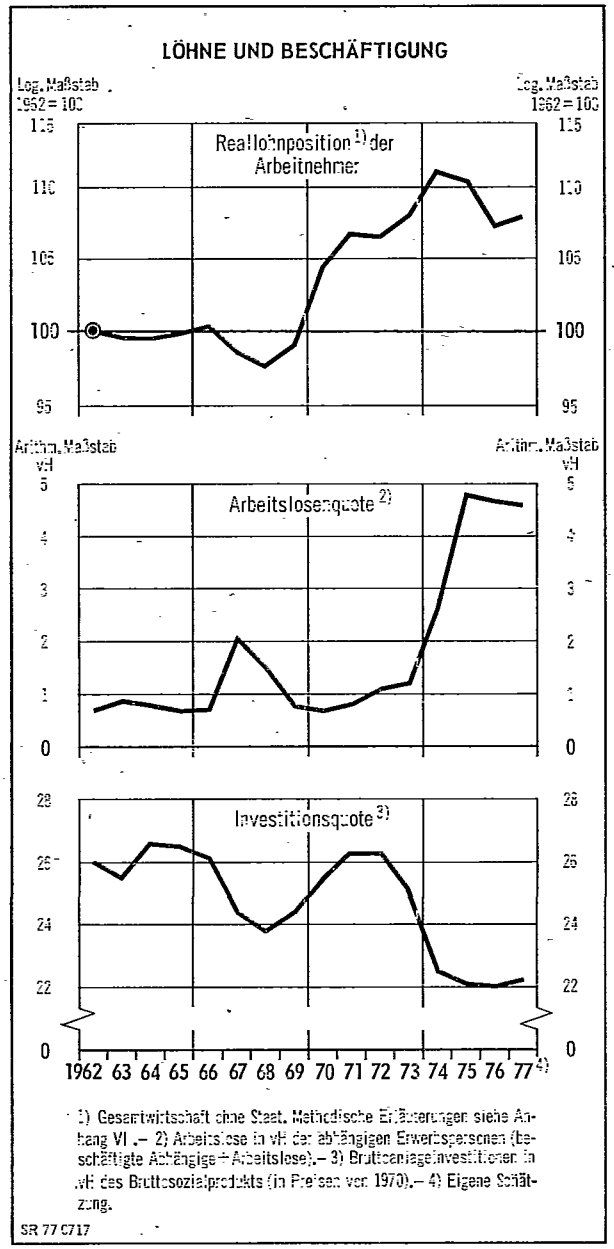
Zu hohe Löhne als Angebotsproblem

288. Die Löhne sind in der Gesamtwirtschaft der weitaus wichtigste Kostenfaktor. Was das Investitionskalkül auch immer belasten mag, es gibt jeweils ein Lohnniveau, bei dem keine Angebotsprobleme, die aus anderen Gründen bestehen mögen, so stark zu Buche schlagen, daß Vollbeschäftigung unmöglich würde. Auf andere Mittel, die das Investitionskalkül entlasten können, wie eine angebotsorientierte Wachstums- und Strukturpolitik, wäre man dann weniger angewiesen. Soweit jedoch Grenzen der Anpassungsfähigkeit bei den Löhnen vorhanden sind und respektiert werden, muß auf diese Mittel zurückgegriffen werden. Aber die angebotspolitischen Möglichkeiten, die der Staat hat, reichen bei weitem nicht aus, womöglich die Lohnpolitik von der Hauptverantwortung für den Beschäftigungsgrad zu befreien; dies wäre auch nicht die Rollenverteilung, die künftige Fehlentwicklungen unwahrscheinlich werden ließe.

289. Welche Bedeutung die Löhne für die Beschäftigung haben, ist zur Kardinalfrage der Wirtschaftspolitik geworden. Das richtige Lohnniveau kann nur am Markt herausgefunden werden. Niemand weiß auch nur nachträglich zu sagen, wie die Lohnentwicklung hätte aussehen müssen, die im Verlauf des jüngsten Aufschwungs eine ausreichende Reaktion des gesamtwirtschaftlichen Angebots sichergestellt hätte. Diese Einräumung ändert jedoch nichts an der These, daß aus angebotsorientierter Sicht weniger Lohn mehr Beschäftigung gebracht hätte. Bei niedrigeren Kosten wäre ein größeres Produktionsvolumen rentabel gewesen. Das ist freilich alles andere als eine unbestrittene These. Plausibler erscheint vielen die Gegenthese, daß mehr Lohn mehr Beschäftigung möglich macht, weil mehr Lohn mehr Kaufkraft schaffe. Verbreitet ist auch die Vorstellung, zwischen Kosten- und Kaufkrafteffekt einer Lohnerhöhung müsse abgewogen werden, so daß es ein Optimum zu finden gelte.

290. Das Niveau der Reallöhne lag vor dem Aufschwung von 1975 nicht nur absolut, sondern auch im Vergleich zur Produktivität erheblich höher als vor dem Aufschwung von 1967/68. So war die Reallohnposition der Arbeitnehmer, die das Verhältnis von Reallohn zum verteilbaren Produktionsergebnis je Erwerbstätigen mißt, im Jahre 1974 um 12 vH höher als im Jahre 1966 (Schaubild 28). In der ersten Aufschwungsphase, in der erfahrungsgemäß der Lohndruck noch schwach ist und die Produktivität auslastungsbedingt kräftig steigt, verändert sich die Reallohnposition im allgemeinen zu Lasten der Arbeitnehmer. Sie ging 1967 und 1968 um zusammen 2 vH und 1975 und 1976 um zusammen knapp 3 vH zurück. Darin kommt die konjunkturel-

Schaubild 28



le Entzerrung der Verteilungsrelationen zum Ausdruck. Die Niveauverschiebung in der Reallohnposition, die sich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre herausgebildet hatte, ist dadurch jedoch kaum berührt worden. Im Jahre 1976 — und auch 1977 — war die Reallohnposition immer noch um 10 vH bis 11 vH höher als 1968. Die Lohnpolitik der Jahre 1976 und 1977 war daher dem Konjunkturverlauf zwar angemessen; zu einer darüber hinausgehenden Änderung der mittelfristigen Verteilungsposition ist es jedoch nicht gekommen. In welcher Größenordnung ein mittelfristiger Korrekturbedarf besteht, müßte am Markt herausgefunden werden. Denn in Änderungen der Reallohnposition spiegeln sich auch Änderungen der Knappheitsverhältnisse von Arbeit und Kapital; eine Erhöhung der Reallohnposition, die hierauf beruht, ist beschäftigungspolitisch unbedenklich. Größere Investitionsrisiken und höhere Kosten des Strukturwandels müßten sich dagegen in niedrigeren Reallöhnen niederschlagen.

Ein mittelfristiger Korrekturbedarf scheint zu bestehen. Der Anstieg der Reallohnposition ging immerhin mit einem Rückgang der Investitionsquote seit 1973 und des Beschäftigungsgrades seit 1974 einher. Im Aufschwung, der 1975 einsetzte, ist anders als in früheren Aufschwungsphasen weder die Arbeitslosenquote nennenswert gesunken noch ist die Investitionsquote wieder gestiegen. Die Fehlentwicklungen haben sich als ebenso dauerhaft erwiesen wie die mittelfristige Änderung der Reallohnposition.

291. Von den Lohnkosten her waren somit die Bedingungen für einen kraftvollen Aufschwung 1975/76 eindeutig ungünstiger als 1967/68, von den primären Nachfrageimpulsen dagegen eher günstiger, wenngleich die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung 1975 niedriger war als 1967 (Ziffern 244 ff.). In Anbetracht der Schwäche des jüngsten Aufschwungs kann man daraus schließen, daß der Kostenaspekt allem Anschein nach viel schwerer wiegt als der Nachfrageaspekt, zumal andere Angebotsprobleme hinzukommen. Wenn wirklich die primären Nachfrageimpulse ausschlaggebend gewesen wären, hätte der letzte Aufschwung sogar kraftvoller ausfallen müssen als der von 1967/68.

292. Das Kaufkraftargument verlangt, daß das Beschäftigungsproblem mit höheren Lohnsteigerungen angegangen wird, als sie etwa in den letzten beiden Jahren vereinbart wurden. Denn der Kaufkraft- oder Nachfrageeffekt einer Lohnerhöhung schlage — zumindest kurzfristig — stärker zu Buche als deren Kosteneffekt. Um die Beschäftigung auch über die Massenkaufkraft zu erhöhen, sollten die Löhne nicht zu zaghaft angehoben werden. Diese These ist außerordentlich populär. Sie besitzt große Anschaulichkeit, die einem leicht nachvollziehbaren Kreislaufdenken entspringt. Gleichwohl ist sie falsch.

293. Damit ein Lohnanstieg überhaupt im realen Sinne nachfragewirksam wird, muß sichergestellt sein, daß die damit verbundene Einkommenssteigerung nicht gleich in zusätzlichen Preissteigerungen verpufft. In dem Maße, in dem solche Preissteigerungen eintreten, steigt die reale Kaufkraft der Lohnempfänger nicht, dagegen wird die der Empfänger von Vermögens- und Übertragungseinkommen, die überhaupt nicht, nicht vollständig oder nicht unmittelbar an die erhöhte Inflationsrate angepaßt werden, real vermindert. Das Ergebnis kann schon auf kurze Sicht sein: mehr Inflation und weniger reale Nachfrage nach Konsumgütern. Unterstellt man einmal zugunsten des Kaufkraftarguments, daß die Geldpolitik und der Wettbewerb den Preisanstieg weitgehend verhindern, dann werden die realen Einkommen je Beschäftigten tatsächlich steigen, ohne daß die Einkommen anderer in größerem Umfang entwertet werden. Es gibt aufgrund der nicht überwälzten Kostensteigerungen aber Er-

tragsschmälerungen. Arbeitsplätze werden unrentabel, Investitionen nicht vorgenommen, Kapital sucht Anlage im Ausland. Die Beschäftigung ist niedriger als sonst. Ob in Anbetracht der so verursachten Produktions- und Beschäftigungseinbußen überhaupt insgesamt mehr Nachfrage an den Markt kommt, ist mehr als unsicher. Wenn nicht schon der kurzfristige Kaufkrafteffekt einer kräftigen Lohnerhöhung durch Preissteigerungen aufgehoben wird, auf die Dauer wird die mittelfristige Beschäftigungswirkung auf jeden Fall negativ sein.

294. Gegen eine auf mehr Kaufkraft zielende Lohnpolitik läßt sich außerdem ins Feld führen, daß sie den Unterschied zwischen den Bruttoeinkommenssteigerungen und dem, was daraus kurzfristig tatsächlich nachfragewirksam wird, häufig übersieht. Eine Erhöhung des Bruttolohns um 100 DM bedeutet für ein Unternehmen wegen der Sozialbeiträge der Arbeitgeber eine Kostensteigerung um etwa 117 DM, sonstige Lohnnebenkosten nicht einmal gerechnet. Ausgezahlt wird dem Arbeitnehmer von den 100 DM zusätzlichem Bruttolohn nur der Betrag, der nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben der Arbeitnehmer verbleibt. Bei einem Arbeitnehmerhaushalt mit vier Personen und mittlerem Einkommen erhält der Staat 22 DM als Steuereinnahme, etwa 17 DM entfallen auf die Sozialabgaben; von den 61 DM, die verbleiben, werden etwa 10 DM normalerweise gespart, und 10 DM der restlichen Nachfrage entfallen auf importierte Güter. Den Unternehmen fließen also unmittelbar nur etwa 41 DM als zusätzliche Nachfrage zu. Der Rest wird nur indirekt und stark verzögert ausgabewirksam, etwa wenn der Staat die zusätzlichen Einnahmen für zusätzliche Ausgaben verwendet, die Sozialversicherungen nach Jahren ihre Leistungen erhöhen, das Ausland als Reaktion auf seine zusätzlichen Exporte mehr aus dem Inland importiert. Was überhaupt nicht ausgegeben wird, erhöht die volkswirtschaftliche Ersparnis. Daß dies auch zu mehr Investitionen führt, ist nicht zu erwarten. Im Gegenteil, das Mehr an Bruttolohn, an Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung und an sonstigen Lohnnebenkosten belastet das Kostenniveau sofort und auf Dauer. Werden die Kosten nicht voll überwälzt, so werden die Erträge geringer. Von niedrigeren Erträgen werden niedrigere Steuern gezahlt; entsprechend weniger steigen die Einnahmen des Staates, die Anlaß zu Mehrausgaben werden könnten (steigt das Preisniveau gar nicht, oder nur etwas, so wird der Staat sogar per Saldo weniger Einnahmen haben, denn die Steuern auf die Unternehmenserträge sind im Durchschnitt erheblich höher als die auf die Löhne). Je mehr die Kostensteigerungen in den Preisen überwälzt werden, desto mehr wird der verbliebene Kaufkrafteffekt entwertet. Entwertet werden auch alle Sozialeinkommen und Einkommen aus Geldvermögen, soweit sie nicht automatisch mit der Inflation zunehmen.

295. Aus dem Zusammenspiel der Faktoren ergibt sich, daß schon ein mäßiger Anstieg des Preisniveaus verhindern würde, daß auch nur kurzfristig aus einer zusätzlichen Lohnerhöhung zusätzliche Kaufkraft erwächst. Deshalb führt auch das Argument, es gelte in der Lohnpolitik einen Mittelweg zwischen Kosteneffekt und Kaufkrafteffekt zu finden, in die Irre. All dies besagt selbstverständlich nicht, daß jede Lohnerhöhung zu einer Minderung der realen Kaufkraft führen würde. Soweit Lohnerhöhungen durch Produktivitätssteigerungen gedeckt sind, muß das Preisniveau nicht steigen. Sie werden die Beschäftigung allerdings auch nicht erhöhen. Auch solche Lohnerhöhungen sind daher nur dann unproblematisch, wenn es keine Arbeitslosigkeit gibt.

296. Eine subtilere Variante des Kaufkraftarguments besagt nun, daß im Falle unterausgelasteter Kapazitäten eine expansive Lohnpolitik weder mit Kosten- noch mit Preissteigerungen einherzugehen braucht. Die Lohnerhöhung führte nämlich — wenn auch nicht in vollem Umfang — zu zusätzlichen Ausgaben, die eine bessere Auslastung der Kapazitäten ermöglichten. Auslastungsbedingt stiege die Produktivität, so daß einem Kostenauftrieb von daher entgegengewirkt werde. Dem ist entgegenzuhalten: Selbst wenn die Unterauslastung durch eine konjunkturelle Nachfrageschwäche verursacht ist, im übrigen aber das Verhältnis von Reallohn und Produktivität Vollbeschäftigung erlaubt, ist es doch fraglich, ob eine expansive Lohnpolitik ein gangbarer Weg ist. Schon die hohen Abzugsposten vom Bruttolohn sprechen dagegen, außerdem die Erfahrung, daß in vielen Bereichen wegen der Lohnerhöhung alsbald die Preise heraufgesetzt werden. Ist überdies die Diagnose falsch, passen also die Reallöhne nicht zu Vollbeschäftigung, dann wird durch eine expansive Lohnpolitik sogar die konjunkturell übliche Entzerrung der Verteilungsrelation verhindert, von der Korrektur mittelfristiger Fehlentwicklungen ganz zu schweigen.

297. Wie eine zurückhaltende Lohnpolitik den Beschäftigungsgrad erhöhen kann, läßt sich allein durch kreislauftheoretische Überlegungen, die in der wirtschaftspolitischen Diskussion immer noch vorherrschen, nicht veranschaulichen. Wer Güter kaufen will und dafür zu arbeiten bereit ist, muß einen Arbeitsplatz haben. Den findet er in einer arbeitsteiligen Wirtschaft aber nur dann, wenn er nicht mehr an Lohn verlangt, als anderen das Ergebnis seiner Arbeit wert ist. Ein mehr als nur zeitweiliges Überangebot am Arbeitsmarkt muß also mit einem zu hohen Lohn zu tun haben. Es fehlt an Beschäftigung, an Einkommen, an Nachfrage. Der Nachfragemangel ist Ausfluß zu hoher Löhne; expansive Lohnpolitik kann ihn, so gesehen, nur vergrößern. Verfehlt wäre es, den Nachfragemangel als autonomes Problem zu sehen und dieses der staatlichen Konjunkturpolitik zur Lösung zuzuweisen. Natürlich kann der Staat mehr Nachfrage erzeugen. Das wäre aber ein Kurieren am Symptom, das nur dann zu mehr Beschäftigung führt, wenn die Mehrnachfrage Preissteigerungen zur Folge hat, die die Löhne real senken. Wenn dieser Weg in einem neuen Verteilungskampf endet, kommt es trotz der Inflation in aller Regel nicht zur Reallohnkorrektur. Und selbst wenn die reale Entwertung der

Löhne von den Arbeitnehmern hingenommen würde, sprächen immer noch alle Gründe, die für ein stabiles Preisniveau zu nennen sind, gegen diesen Weg. Eine zurückhaltende Lohnpolitik wäre auf jeden Fall der bessere, weil inflationsfreie Weg zu mehr Beschäftigung.

298. Wie hat man sich konkret vorzustellen, daß eine Lohnpolitik, bei der das Kostenniveau sinkt oder langsamer als erwartet steigt, beschäftigungssteigernd wirkt? Wenn man zunächst einmal annimmt, daß das Preisniveau ebenso reagiert wie das Kostenniveau, also sinkt oder sich weniger erhöht als sonst, sind die Reallöhne so hoch wie ohne Lohnzurückhaltung. Die Korrektur des Reallohnniveaus ist mißglückt. Die Arbeitnehmer verfügen über die gleiche reale Kaufkraft wie zuvor, es werden jedoch die Einkommen aufgewertet, die weniger streng oder verzögert an Veränderungen des Preisniveaus gekoppelt sind, vor allem die Vermögenseinkommen und Sozialeinkommen. Immerhin stammt mehr als die Hälfte der verfügbaren Einkommen nicht aus Löhnen und Gehältern. Die Kaufkraft insgesamt ist also real gesehen höher als sonst. Der Sozialversicherung und dem Staat fehlen auf der einen Seite Einnahmen, die ihnen bei unveränderter Nominallohnsteigerung zugefallen wären, auf der anderen Seite dürften als Folge der real gestiegenen Kaufkraft die Beschäftigung und damit das davon abhängige Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern zunehmen. Auf der Ausgabenseite spart der Staat bei der Besoldung seiner Bediensteten und kann im übrigen wegen der gesunkenen Preise, bei unveränderten Staatsausgaben, mehr kaufen.

299. Erfahrungsgemäß führt eine Kostensenkung nicht in vollem Umfang zu einem Rückgang oder einem Minderanstieg des Preisniveaus. Insoweit kommt es zu einer Korrektur des Reallohnniveaus. Je weniger das Preisniveau sich anpaßt, um so geringer ist der reale Kaufkrafteffekt, um so mehr verbessern sich die Gewinnmargen. Beschäftigungsmöglichkeiten und Investitionsprojekte werden in größerem Umfang rentabel, insbesondere dann, wenn auch für die Zukunft auf eine zurückhaltende Lohnpolitik vertraut wird. Aber werden die Produktionschancen in einer Situation auch wahrgenommen, in der es an Nachfrage fehlt? Die Einkommen, die aus der Produktion zuwachsen könnten, entstehen ja erst mit der Produktion selbst.

300. Soweit der Preisanstieg wegen Lohnzurückhaltung geringer ausfällt, entsteht jedoch durch den damit verbundenen Realwerteffekt mehr Kaufkraft, die von der Nachfrageseite her dazu beiträgt, daß die verbesserten Produktionsmöglichkeiten auch genutzt werden. Eine im ganzen positive Veränderung der Kaufkraft der privaten Haushalte schon als unmittelbare Rückwirkung der Kostensenkung ergibt sich allerdings nur, wenn die Senkung oder der Minderanstieg des Preisniveaus erheblich ist. Nur dann schlägt der Realwerteffekt bei den Teilen des verfügbaren Einkommens, die nicht aus Löhnen und Gehältern stammen, stärker zu Buche als die Minderung des Realeinkommens der Arbeitnehmer, die aus der Minderlohnsteigerung resultiert. Dabei ist die Möglichkeit, daß mit der Senkung der Reallöhne die Gewinneinkommen entsprechend stärker zunehmen können, zunächst nicht zu berücksichtigen, da die Gewinne residuell bestimmt sind. Die Wahrscheinlichkeit, daß der Realwerteffekt die Reallohnminderung überwiegt, ist groß. Bei allen kostenorientiert gebildeten Preisen ist die Minderpreissteigerung unmittelbar gegeben. Bei allen anderen muß der Wettbewerb sie hervorbringen. Außerdem ist zu bedenken, daß sich im Prozeß der Anpassung an die niedrigeren Lohnkosten auch die anderen Kostenkomponenten vermindern. Die Kosten für Importgüter sinken, weil zum Anpassungsprozeß im Zweifel eine Korrektur beim Wechselkurs gehört. Das gleiche gilt für die Kapitalkosten, weil mit sinkender Inflationsrate die Zinsen sinken. Gewiß, dieser Anpassungsprozeß läuft nicht ohne Zeitbedarf ab. Aber er läßt erwarten, daß der reale Kaufkrafteffekt der Lohnsenkung über seinen Anfangswert hinaus noch kräftig zunimmt.

Worauf es letztlich ankommt: Schon bei einer Senkung oder einer Mindersteigerung des Preisniveaus, die gerade ausreicht, die reale Kaufkraft des verfügbaren Einkommens zu erhalten, kann sich die Verbesserung der Rentabilitätschancen, die den Unternehmen aus der Kostensenkung verbleibt, ohne jede temporäre Verunsicherung der Absatzerwartungen auswirken.

301. Nur wenn die Senkung oder der Minderanstieg des Preisniveaus hinter diesem Maß zurückbleibt, ist es allein die Nachfrage nach Investitionsgütern, von der die Expansion kommen muß. In einer noch nicht von chronischer Stagnation bedrohten Wirtschaft sind Investitionschancen latent immer vorhanden. Man kann darauf setzen, daß sie genutzt werden. Nur unter ungünstigen konjunkturellen Bedingungen mag die Situation eintreten, daß trotz allgemein verbesserter Rentabilität ein Expansionsprozeß nur sehr langsam in Gang kommt, weil ein Investor auf den anderen wartet. Das ist dann der Grund für eine Initialzündung von seiten des Staates, deren Ratio darin liegt, daß sie im Vorgriff auf die Mehrnachfrage, die eine rentabel gewordene Mehrproduktion verheißt, diese Mehrproduktion schneller hervorlockt, als es die spontanen Kräfte des Marktes in dieser Situation zuwege brächten.

302. Man mag den realen Kaufkrafteffekt, der von der Höherbewertung der unmittelbar mit der Inflationsrate variierenden Teile des Masseneinkommens ausgeht, für gering halten. Tatsächlich liefe er aber für einen Prozentpunkt, um den das Preisniveau sinkt oder weniger steigt, auf ein Mehr an realer Kaufkraft in Höhe von fast 4 Mrd DM bei den Nichtlohneinkommen hinaus. Dieser Realwerteffekt ist gesamtwirtschaftlich gesehen jedoch kein echter Einkommenszuwachs. Es muß irgendwo Gegenbuchungen geben, bei den Beitragspflichtigen der Sozialversicherung, eventuell bei den Steuerzahlern oder bei denen, die sich im Vertrauen auf

einen Fortgang der Inflation verschuldet haben. Doch dürfte die Gegenrechnung nicht gleich aufgemacht oder bemerkt werden, so daß man zunächst einmal auf einen positiven Nachfrageeffekt vertrauen kann, der Produktion und Beschäftigung steigen läßt und es später leichter macht, die Gegenrechnung zu begleichen. Im übrigen beruht auch die Hoffnung, daß expansive Konjunkturpolitik wirksam ist, auf der Idee, daß die Gegenbuchungen von denen, die mehr Steuern oder höhere Zinsen zahlen müssen oder durch beschleunigte Inflation zur Finanzierung herangezogen werden, erst zu einem Zeitpunkt vorgenommen werden, in dem die Expansionseffekte schon wirksam geworden sind. Anders als dort gibt es bei der Lohnzurückhaltung jedoch einen auf Dauer tragenden Effekt über die Angebotsseite, nämlich die Senkung des Kostenniveaus.

303. Die anfängliche Verbesserung der Gewinnmargen, die eine zurückhaltende Lohnpolitik ermöglicht hat, darf nicht ohne weiteres und jedenfalls nicht in vollem Umfang als dauerhafte Änderung der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmen gewertet werden. Es handelt sich um den Primäreffekt, der allzu häufig isoliert gesehen wird. Erst der Wettbewerb, der ein zunehmendes Angebot auslöst und der in einer offenen Wirtschaft mit flexiblen Wechselkursen sehr scharf sein kann, entscheidet darüber, was den Unternehmen letzten Endes verbleibt. Erweist sich dennoch der Wettbewerb als zu schwach für Preissenkungen, so daß höhere Gewinne erzielt werden, als für Investitionen, die zu Vollbeschäftigung passen, nötig sind, kann sich die Lohnpolitik vorsichtig zurückholen, was sie zuviel zugestanden hat. Nur auf diese Weise kann das Lohnniveau herausgefunden werden, das Vollbeschäftigung möglich macht.

304. Gelegentlich wird darauf verwiesen, daß die Lohnkosten im Einstellungskalkül aber auch bei den Investitionsentscheidungen der Unternehmen nur eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielen, die Absatzchancen seien es, die hier den Ausschlag geben. Einmal ist aus einzelwirtschaftlicher Sicht kaum eine andere Einschätzung zu erwarten. Oft wird ein einfacher Zusammenhang übersehen: Fragt man Unternehmen nach ihren Absatzerwartungen, so gehen diese bei ihrer Antwort von den von ihnen zu fordernden Preisen aus. Diese Preise sind aber gerade in erheblichem Maße von den Kosten, also auch von den Löhnen bestimmt. Bei niedrigeren Preisen würden sie möglicherweise mit einem weit größeren Absatz rechnen. Also würden von manchen die Absatzchancen nur deshalb als schlecht bezeichnet, weil die Kosten zu hoch sind. Zudem hat ein einzelner Unternehmer häufig nur die Löhne im Auge, die er selbst zahlen muß. Die Löhne, die im Preis von Vorleistungen und Investitionsgütern enthalten sind, werden leicht übersehen. Ferner haben viele Unternehmen kostenungünstige Produktion eingestellt oder sind wegen zu hoher Kosten aus dem Markt ausgeschieden; letztere werden nicht mehr befragt. Was an Einkommen weggefallen ist, vermindert jetzt die Absatzchancen.

Schließlich können sich Unternehmen Absatzchancen auch selbst schaffen, durch Neuerungen im weitesten Sinne, die freilich mit erhöhten Risiken behaftet sind. Je mehr solche Pionierunternehmer es gibt, desto größer sind auch Absatzchancen der Unternehmen, die selbst keine Innovationen hervorbringen.

305. Skepsis gegenüber den Beschäftigungswirkungen einer zurückhaltenden Lohnpolitik wird mitunter auch dadurch begründet, daß der bewegliche Wechselkurs im internationalen Wettbewerb keine nationalen Kostenvorteile mehr entstehen ließe. Die Entwicklung in den beiden letzten Jahren, in denen die Lohnkosten in der Bundesrepublik weit weniger stiegen als in den meisten Partnerländern, mag diese These anschaulich werden lassen: Der Kostenvorteil, den die Bundesrepublik dadurch erlangte, ist durch Aufwertungen mehr als ausgeglichen worden. Wäre — wie in den sechziger Jahren — der Wechselkurs festgehalten worden, hätten diese Kostenvorteile die Basis eines Exportbooms bilden können, der schließlich auch die Beschäftigung hätte steigen lassen. Die Wechselkurse sind jedoch heute nicht mehr fixiert, nicht zuletzt wegen der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, die aus den damaligen Kostendivergenzen entstanden waren. Die Möglichkeiten, die Beschäftigung kurzfristig über den Außenhandel zu erhöhen, sind damit geringer als früher.

306. Aber auch in einem System flexibler Wechselkurse besteht die Chance, durch lohnpolitische Zurückhaltung die Beschäftigung auf Dauer zu erhöhen. Verfolgt ein Land bei beweglichem Wechselkurs die Strategie der lohnpolitischen Zurückhaltung, so erhöht es die Rentabilität der inländischen Produktion. Das gelingt freilich nur, wenn die Geldpolitik an dem einmal gesetzten Ziel festhält, das heißt, die Geldmengenexpansion nicht deshalb drosselt, weil die Kosten weniger steigen. Das inländische Preisniveau ist dann auf mittlere Sicht durch die vorher festgelegte Geldpolitik bestimmt, der Wechselkurs nivelliert in der Tendenz Preisniveauunterschiede zwischen dem Inland und dem Ausland. Kurzfristig mag es jedoch Abweichungen geben. Die erhöhte Rentabilität im Inland läßt hier mehr Produktionsmöglichkeiten und Investitionen rentabel erscheinen. An der Nutzung solcher Chancen beteiligt sich auch ausländisches Kapital. Die Kapitalzuflüsse bewirken eine Aufwertungstendenz. Die Beschäftigung ist gleichwohl höher als sonst. Denn es war die Nutzung zusätzlicher Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten, die den Zufluß hervorgerufen hat. Der Erfolg der lohnpolitischen Strategie braucht durch die Flexibilität der Wechselkurse also nicht in Frage gestellt zu werden, wenngleich die kurzfristigen Beschäftigungswirkungen geringer sind als bei fixierten Wechselkursen.

Warten auf niedrige Zinsen

307. So wie die Löhne als Preis für Arbeit, so bestimmen die Zinsen als Preis für das „Auf-Vorrat-

legen" von Arbeit, für Investitionen im weitesten Sinne also, mit über die Menge der jeweils rentablen Beschäftigungsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft. Man könnte daher auch behaupten, daß in gewissen Grenzen ein Sinken der Zinsen eine an sich nötige Korrektur bei den Löhnen ersetzen kann, wenngleich dies für die Art der Produktion und der Produktionsverfahren nicht ohne Bedeutung wäre. Beiden gemeinsam ist aber ebenfalls, daß es außerordentlich schwer ist, sie nach Wunsch zu lenken.

308. An und für sich ist Lenkung auch nicht erforderlich. Das Vertrauen auf die Anpassungsfähigkeit des Marktsystems beruht, was den Beitrag der Zinsen angeht, letztlich auf der Erwartung, daß bei unzureichender gesamtwirtschaftlicher Ausgabeneigung das Überschußangebot an Geld, das damit gegeben wäre, so lange auf die Zinsen drückt, bis so viele zusätzliche Ausgaben rentabel werden, wie für eine Rückkehr zu dem angestrebten Volumen an Produktion und Beschäftigung nötig sind. Eine am Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials orientierte, auf stetige Expansion der Geldversorgung abzielende Geldpolitik setzt im Prinzip hierauf. Der Mechanismus funktioniert allerdings nicht so gut, vor allem nicht so rasch, wie man es sich wünschen möchte. Es gibt Grenzen für die Bereitschaft der Menschen, Geld, das sie haben, entweder selbst auszugeben oder zu einem für andere ausreichend niedrigen Zins für längere Zeit zu verleihen, so daß diese es ausgeben. Auch kann der Bedarf an Zinssenkung sehr groß sein, wollte man auf diese Weise ein schweres gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht überwinden.

309. Die Entwicklung der Erträge aus Investitionen und die Entwicklung der Geldzinsen in den vergangenen zehn Jahren stützen die Vorstellung, daß man sich von einer Senkung der Zinsen den Hauptausweg aus den gegenwärtigen Problemen nicht versprechen darf, daß allerdings auch von hier noch Hilfe kommen kann, wenn anderswo Störungen beseitigt werden. Denn — auch das veranschaulicht die Erfahrung, läßt man sich vom Vordergrund des Geschehens nicht allzu sehr fesseln — die Zinsen sind sehr viel weniger „bestimmend" als vielmehr „bestimmt" durch die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen, die sich in den Zinsen nur niederschlagen.

Zu Beginn der inflatorischen Zeit, Ende der sechziger Jahre, waren die Erträge aus Investitionen von einer boomartigen Nachfragesituation begünstigt. Die Hochkonjunktur hielt lange an und leitete die Periode ständig steigender Inflationsraten ein, so daß die Erwartung fortdauernder Preissteigerungen Eingang ins Investitionskalkül finden mußte. Anfang der siebziger Jahre hatte aber auch der steile Anstieg der Lohnkosten begonnen. Hinzu trat dann die fortgesetzte Aufwertung der D-Mark; sie stoppte zwar nicht alsbald den Anstieg der Inflationsrate, hielt diese jedoch unterhalb der Rate der Kostensteigerung. Die Investitionserträge waren schon auf der Talfahrt, als 1973 die energische Stabilisierungspolitik begann, die sie weiter drückte. Gleichwohl kam es erst im Jahre 1974, und dies trotz beispielloser Rohstoffverteuerung, zum Höhepunkt der Lohnsteigerungen, während zugleich die Wirtschaftspolitik den Trend steigender Inflationsraten umzukehren vermochte. Die weltweite Rezession brachte schließlich den Tiefpunkt der Erträge und Ertragserwartungen. Endlich — 1975 — reagierte die Lohnpolitik auf die vollkommen veränderten Bedingungen. Aber erst der neue konjunkturelle Aufschwung im Verein mit der Lohnrunde 1976 brachte Entlastung. Diese war erheblich, aber anscheinend doch nicht durchschlagend genug und großenteils nur vorübergehender Art. Geldpolitik und internationale Höherbewertung der Mark vertrieben Preissteigerungsmöglichkeiten immer mehr aus dem Investitionskalkül. Zugleich geriet der konjunkturelle Aufschwung ins Stocken.

Die Entwicklung der Zinsen als der eigentlichen Kosten des Investierens paßte nicht immer gut zu dieser Entwicklung der Ertragsmöglichkeiten. In der ersten Phase war die Geldpolitik nicht in der Lage, das Geld knapp genug zu halten, um die konjunkturelle Übersteigerung und die anschließende Beschleunigung des Geldwertverfalls zu verhindern. Während der Inflationsbeschleunigung stiegen die Zinsen zwar an, der Anstieg blieb jedoch bis 1973 deutlich hinter der Zunahme der Inflationsrate zurück: der Realzins sank stark. Hier glich die Zinsentwicklung also die lohnkostenbedingte Ertragsverschlechterung bei den Investoren teilweise aus. Doch dies konnte nicht von Dauer sein. Durch die Stabilisierungspolitik ab 1973 wurden die Anleger von Geldvermögen wieder in ihre Rechte eingesetzt. Die Zinsen stiegen steil an. Für Geldvermögen konnte eine Realrendite erzielt werden wie seit den frühen sechziger Jahren nicht mehr. Dadurch gerieten die Investoren vollends mit dem Rücken an die Wand. Hatten zuvor die Geldvermögensbesitzer noch die Last der Umverteilung, die sich zugunsten der Arbeitnehmer vollzog, mittragen müssen, jetzt waren es die Unternehmer allein. Sie lernten, soweit sie es nicht schon wußten, daß sie jetzt vielfach, wenn überhaupt, nur noch inflationsbedingte Scheingewinne hatten, die zudem besteuert werden. Mit der abnehmenden Inflationsrate begannen dann schließlich die Zinsen wieder zu sinken, aber eben die Erträge aus den Preissteigerungen auch. Im Laufe der Zeit ist eine beträchtliche Zinssenkung zustande gekommen, doch sie geht nicht sehr stark über die Dämpfung des Preisauftriebs hinaus, namentlich nicht, wenn man an die Industrie denkt. Die reale Kostenentlastung der Unternehmen von der Zinsseite her hat sich also in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten. (Anders zu sehen ist die Bedeutung der Zinssenkungen für den Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen; Ziffer 72).

310. Aus einer ganzen Reihe von Gründen mag die Realzinssituation den Investoren nach wie vor als ungünstig erscheinen, nämlich

— weil die Ertragschancen der Investoren noch gedrückt sind,

— weil selbst bei wieder verbesserten Ertragsmöglichkeiten ein reichlich mit Kapital ausgestatte-

tes Land wie die Bundesrepublik vermutlich nicht auf die Dauer einen Realzins von fast 3 vH bieten kann, jedenfalls nicht solange internationales Vertrauen für Kapitalzuflüsse aus dem Ausland sorgt, die gegebenenfalls den Wechselkurs der D-Mark nach oben drücken,

— weil, und das mag noch wichtiger sein, der Realzins, mit dem heute ein Investor in der Bundesrepublik zu kalkulieren hat, von der Erwartung weiter sinkender Inflationsraten bestimmt sein muß, der kalkulatorische Realzins also viel höher liegt, als der gegenwärtigen Differenz zwischen Kreditzins und Inflationsrate entspricht,

— weil die Investitionsrisiken gestiegen sein dürften, was, für sich genommen, nötig macht, daß die Überschüsse der erwarteten Kapitalerträge über die Kapitalkosten größer sein müssen als früher, wenn eine Investition lohnend erscheinen soll.

311. So wie die Dinge liegen, darf es daher nicht verwundern, wenn in den vergangenen Jahren festgestellt wurde, daß in vielen Unternehmen die Rendite potentieller Investitionsprojekte nicht ankam gegen die Rendite einer sich bietenden Geldvermögensanlage, zumal die Unterschiede im Risiko zu berücksichtigen sind. Erwirtschaftete Erträge und Mittel aus Abschreibungen sind offensichtlich in nicht wenigen Fällen zunächst am Kapitalmarkt angelegt worden. Dies besagt selbstverständlich nicht, daß die Investitionsrendite in der Bundesrepublik überwiegend unter die Geldvermögensrendite gefallen wäre. Das wäre auch unmöglich. Denn die Zinsen, die am Kapitalmarkt oder von Banken gezahlt werden, müssen immer von jemandem, der am anderen Ende einer mehr oder weniger langen Kreditkette sitzt, erwirtschaftet werden. Insofern sagt das jeweilige Niveau der Rendite für Geldvermögen schon etwas aus über die Erträge, die bei den Sachinvestitionen erzielt werden — aber eben, und darauf kommt es an, nur über die Erträge bei denjenigen Sachinvestitionen, die realisiert werden, und das sind derzeit sehr viel weniger, als für eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung nötig wären.

312. Immerhin, es stellt sich die Frage, wo das Geld verbleibt, von dem man erwartet, daß es anlagesuchend auf die Zinsen drückt, bis so viele zusätzliche investive Ausgaben rentabel geworden sind, wie unseren Zielvorstellungen entsprechen. Nun, alle Haushalte und Unternehmen, die aus Unsicherheit über ihre künftige wirtschaftliche Situation oder aus Unsicherheit über die künftige Zinsentwicklung — die Zinsen könnten ja wieder steigen — mehr Geld behalten oder ihr Geld kürzerfristig anlegen, als sie es sonst täten, „verschwenden" Geld, das die Zentralbank entsprechend dem von ihr geschätzten „Normalbedarf" der Wirtschaft zur Verfügung gestellt hat. Es bleibt zu viel passives Geld in den Kassen der Haushalte, der Unternehmen und auch in den Mindestreserveguthaben der Banken hängen (als Ausdruck der unzureichenden Neigung zur längerfristigen Geldanlage). Das vorhandene Geld wird weniger häufig für Ausgaben genutzt, es sinkt das, was wir die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes nennen.

313. Nun könnte man meinen — und viele meinen dies —, daß doch nichts einfacher wäre, als durch die Zentralbank in dem Maße zusätzliches Geld in die Wirtschaft geben zu lassen, wie es für einen ausreichend großen Zinsdruck nötig wäre. Das wäre jedoch ein Trugschluß.

Mehr Geld schaffen, ändert ja im Prinzip an den realen Bedingungen der Wirtschaft überhaupt nichts. Wenn Verunsicherung die Wirtschaft bedrückt, so kann mehr Geld sie nicht beseitigen. Im Gegenteil, es kann neue Inflationsfurcht hervorrufen und die Zurückhaltung der Geldkapitalanleger und der Investoren wegen der Angst, bei der Inflation letztlich zu verlieren, eher verstärken. Mehr Geld und mehr Inflation können nur helfen, wenn man auf diese Weise den Menschen, bevor sie ausweichen können, etwas wegnehmen kann, um es zugleich anderen, auf deren positive Reaktionen man hofft, zukommen zu lassen, und wenn diese an einen dauerhaften Vorteil glauben. Die Inflationserfahrung hat es aber anscheinend dahin gebracht, daß eine expansive, gegenüber der Gefahr der Geldentwertung gleichmütigere Geldpolitik auf dem Konto „Verunsicherung der Erwartungen" mehr verliert als sie auf dem Konto „zeitweilige Zinssenkung" gewinnt — immer vorausgesetzt, eine expansive Geldpolitik führt überhaupt eine Zinssenkung herbei, die bis in den Markt für langfristige Kredite hineinreicht.

Auf dem Markt für kurzfristige Kredite kann man den Einfluß von Kursänderungen der Geldpolitik sicherlich eine Zeitlang als beherrschend ansehen. Bis auf eine Phase stark expansiver Geldpolitik, die zunächst Zinssenkungen bewirkt, ein inflationsbedingter allgemeiner Zinsanstieg folgt, vergeht Zeit — wieviel, das hängt nicht zuletzt von der Sensibilität der Wirtschaft in bezug auf neue Inflationsgefahren ab. Auf dem Markt für langfristige Kredite aber ist nicht einmal der positive Anfangseffekt ganz sicher. Im Prinzip wirken wegen des Verbunds zwischen den Kreditmärkten Zinssenkungen am Geldmarkt zwar bis auf den Kapitalmarkt durch, aber erstens selbst unter günstigen Bedingungen nur abgeschwächt entsprechend der Frist, für die eine gegenwärtige Zinssenkung für dauerhaft genommen wird, und zweitens auch dies mit dem Vorbehalt, daß nicht gerade die heutige Zinssenkung, wird sie durch eine expansive Geldpolitik erzwungen, als Vorläufer einer später eher stärkeren, inflationsbedingten Zinssteigerung angesehen wird. Immer muß ja eine auf Zinssenkungen abzielende Geldpolitik darauf gefaßt sein, daß sie, was den Kapitalmarkt angeht, bei der Laufzeit neuer Wertpapiere teilweise verliert, was sie beim Zinssatz gewinnt. Unter den ungünstigen Bedingungen wiedererwachender Inflationserwartungen kann ihr ein plötzlicher Attentismus der potentiellen Anleger am Kapitalmarkt sogar umgehend eine Zinssteigerung eintragen, wie es in den vergangenen Jahren tatsächlich mehr als einmal geschehen ist.

Kurz: Die Geldpolitik hat nur scheinbar die Herrschaft über die dauerhafte Zinsentwicklung, vor allem am Markt für langfristige Kredite, auf den es für eine Beeinflussung der Investitionsbedingungen vor allem ankäme. Von der Geldseite her etwas zur Heilung mittelfristig angelegter Störungen bei den Angebotsbedingungen der Volkswirtschaft beitragen, heißt die langfristigen Zinserwartungen senken. Und dies wiederum verlangt, die langfristigen Inflationserwartungen und zugleich die langfristigen Erwartungen hinsichtlich des Realzinses zu senken, den die Volkswirtschaft im Zusammenhang mit der Produktivität ihrer Investitionen auf Dauer bieten kann und den sie bei freiem internationalem Kapitalverkehr je nach der internationalen Einschätzung ihrer wirtschaftlichen Stabilität bieten muß. Nur wenn dies gelingt, kann von den Kapitalkosten her erwartet werden, daß die Menge der Investitionsprojekte zunimmt, für die die erwarteten Erträge über die erwarteten Kosten hinausgehen, und daß nicht zunehmender Export langfristigen Kapitals eine solche Gesundung untergräbt. Dies ist eine überaus schwierige und offensichtlich auch langwierige Aufgabe. Und es ist selbstverständlich nicht allein eine Aufgabe der Geldpolitik. Geld läßt sich nicht kommandieren, welchen Weg es zu nehmen hat. Und oftmals nimmt es gerade deshalb einen anderen Weg, weil man es zu stark drängt, den gewünschten Weg zu gehen.

314. Die Bundesbank hat in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag geleistet, indem sie für ein Geldangebot sorgte, das auf den Finanzierungsbedarf einer Volkswirtschaft mit wachsendem und allmählich wieder voll auszulastendem Produktionspotential bei stetig abnehmender Inflationsrate ausgerichtet war. Es wurde eine Expansion der Zentralbankgeldmenge zugelassen, bei der zunehmend Finanzierungsreserven nur dadurch entstanden, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential nicht voll ausschöpfte. Insoweit sorgte die Geldpolitik konjunkturell für einen Anlagedruck bei Banken und sonstigen Kapitalanlegern, behielt aber gleichwohl die Führung bei der Dämpfung der allgemeinen Inflationserwartungen.

Die Bundesbank kann als entscheidenden Erfolg buchen, daß es gelang, die Tendenz steigender Inflationsraten zu brechen und Jahr für Jahr den Anstieg des Preisniveaus zu verringern. Um mehrere volle Prozentpunkte sank im Gefolge dieser Politik das Zinsniveau. Aber es erwies sich dabei auch, daß die Geldpolitik die Ausnutzung der gebotenen Finanzierungsspielräume nicht in der Hand hat.

315. Es stellt sich daher weiterhin die Frage, ob die Möglichkeiten der Geldpolitik damit erschöpft sind. Wir haben selbst immer betont und bleiben dabei, daß Geldmengenpolitik im Prinzip keine Zinspolitik sein kann und sein soll. Nicht auszuschließen ist aber, daß im Rahmen der Geldmengenpolitik doch etwas getan werden kann, was schneller zu den Zinsen führt, bei denen ein gegebenes Geldangebot besser genutzt wird — ohne also den Pfad der Mengensteuerung zu verlassen. Wäre es möglich, das Geldmengenziel einzuhalten und doch die Maßnahmen der Geldpolitik so zu wählen, daß sich die Zinssenkung beschleunigte, so hätte eine solche Politik — anders als eine expansive Geldmengenpolitik — nicht die Gefahr gegen sich, auf mittlere Sicht mehr zu verlieren, als sie kurzfristig gewänne.

316. *Das mag schwierig sein. Doch wie wir schon in unserem letzten Jahresgutachten dargelegt haben, meinen wir, daß der Entscheidungsspielraum der Bundesbank in bezug auf die Frage, in welcher Form eine bestimmte Menge Zentralbankgeld zur Verfügung gestellt werden soll, mehr in diesem Sinne genutzt werden könnte und genutzt werden sollte. Die Bundesbank hat auch 1977 wieder ihre Vorliebe bewiesen, das zusätzliche Zentralbankgeld, das zum Erreichen ihres Mengenziels paßte, durch die Freigabe von Mindestreserven der Banken und durch extrem kurzfristige Zentralbankkredite zur Verfügung zu stellen. Beides verändert unmittelbar Liquidität und Rentabilität der Banken und dürfte mittelbar auch bis auf den Kapitalmarkt durchwirken. Die gleiche Menge Zentralbankgeld ist jedoch wertvoller, wenn sie von vornherein langfristig gegeben wird, nämlich im Offenmarktgeschäft mit langfristigen Titeln. Das Eintreten in langfristige Kredite könnte einen wesentlich deutlicheren Einfluß auf den langfristigen Zins haben, als er sich aus der gegenwärtigen Politik ergibt. Man mag dies auch so sehen: Nur im Vordergrund geht es um Zinsen. Worauf es eigentlich ankommt, ist Anlagebereitschaft — in ihr kommt zugleich Risikobereitschaft zum Ausdruck —, und als Folge von mehr Anlagebereitschaft erwarten wir, vermittelt durch einen sinkenden Zins, auf der anderen Seite des Marktes mehr Ausgabebereitschaft. Der Kauf langfristiger Titel brächte mehr Anlagebereitschaft unmittelbar an den Markt.*

Wohlgemerkt, wir treten nicht ein für eine Zinsführerschaft der Bundesbank am Kapitalmarkt. Welches der „richtige" Kapitalmarktzins ist, kann im Grunde auch die Bundesbank nicht wissen. Und sie kann sich vor allem nicht zutrauen, mit den wenigen Milliarden, die sie jährlich einzusetzen hätte, die vielen Milliarden, die am Kapitalmarkt aufkommen, ohne weiteres ins Schlepptau zu nehmen. Wird ein Zinsdruck, den sie erzeugt, von den übrigen Anlegern als künstlich empfunden, so können die vielen Milliarden auch in die Gegenrichtung drängen — Attentismus. Überdies muß die Bundesbank eine Situation vermeiden, in der ihr Zinssteigerungen und Kursverluste am Kapitalmarkt als Folge einer forcierten Offenmarktpolitik vorgehalten werden, die die Zinsen zu stark gedrückt habe; dies müßte das Vertrauen in die Bundesbank schädigen. Für ein ständiges Offenmarktgeschäft mit langfristigen Titeln müßte daher eine Technik entwickelt werden, die solche Nachteile vermeidet.

Mit Geschick betrieben und konsequent eingebunden in das Konzept der Geldmengensteuerung halten wir die Risiken einer solchen Politik für beherrschbar. Und gegenwärtig brauchte sich die Bundesbank nicht von den genannten Bedenken entscheidend leiten zu lassen, jedenfalls dann nicht, wenn sie sich zutraut, die Politik einer allmählichen Senkung der Inflationsrate fortzuführen. Denn in dieser Lage dürfte es kaum ernsthafte Zweifel geben, daß auf die Dauer die Kapitalmarktzinsen weiter sinken werden.

317. Dabei lassen wir uns, es sei wiederholt, nicht von der Vorstellung leiten, ein rasches Sinken der Zinsen könne oder dürfe an die Stelle einer Lösung der übrigen mittelfristigen Probleme des Kostenniveaus, der Investitionsrisiken und des Strukturwandels treten. Ein solcher Versuch würde keinen dau-

erhaften Erfolg versprechen. Die Zinsen werden auch weiterhin Erfolge an anderer Stelle, namentlich Erfolge in der Überwindung inflatorischer Kräfte außerhalb der Geldsphäre, eher konstatieren müssen, als ihnen voraneilen. Sie brauchten ihnen aber möglicherweise auch nicht allzu zögerlich zu folgen.

Einzuräumen ist: Vertrauen läßt sich nur allmählich erneuern. Es bleibt hinter einer aktuellen Verbesserung der Situation zurück, solange, was heute ist, nicht schon für dauernd genommen wird.

Die Allmählichkeit des Zinssenkungsprozesses zeigt dies an. Aber es ist eben auch gerade diese Langsamkeit, die die Befreiung der Volkswirtschaft aus den Verzerrungen der vergangenen Jahre so sehr zu einer Geduldsprobe macht, daß die Sorge wächst, es würden aus Ungeduld neue, weniger vernünftige Experimente versucht, als mit der gegegenwärtigen Strategie der Geldpolitik vereinbar wären.

III. Konsolidierung im Rückblick

318. Der Staat sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, nach 1975 durch eine restriktive Finanzpolitik die Beschäftigungsprobleme verschärft zu haben. Zum Beleg dieser These wird auf den starken Abbau der staatlichen Defizite in den Jahren 1976 und 1977 verwiesen, in denen das Tempo der Ausgabensteigerung verhalten, die Zunahme der Steuereingänge dagegen kräftig war (Ziffern 166 ff.). Damit hat er, so wird beklagt, die konjunkturelle Schwäche im Jahre 1977 mitverursacht.

Die Konsolidierungsanstrengungen des Staates haben in den letzten beiden Jahren die expansiven Impulse der Finanzpolitik stark zurückgehen lassen. Gleichwohl dürften im Jahre 1977 — berücksichtigt man die vielen Sonderfaktoren, die den konjunkturellen Impuls in diesem Jahr der Tendenz nach unterzeichnen — noch expansive Impulse von der Finanzpolitik ausgegangen sein, wenn auch nur schwache (Ziffern 163 ff.). Im nachhinein gesehen waren diese Impulse weniger stark, als der konjunkturellen Entwicklung förderlich gewesen wäre. Eine konjunktur- und beschäftigungspolitische Würdigung der Finanzpolitik sollte indes nicht nur auf die Entwicklung der letzten beiden Jahre abstellen; denn 1975 waren vom Staat expansive Impulse von zuvor nicht gekannter Größenordnung ausgegangen, die dem Abgleiten in eine schwere Krise entgegenwirkten, deren Abbau aber mittelfristig anstand, um die Erwartungen der Privaten zu stabilisieren.

319. Im Jahre 1975 waren Grenzen für eine Konjunktursteuerung durch expansive Finanzpolitik sichtbar geworden. Zum einen schien der Vorrat an öffentlichen Projekten, die kurzfristig hätten in Angriff genommen werden können, weitgehend erschöpft, zum anderen beeinträchtigte die Labilität der Erwartungen die Wirksamkeit zusätzlicher Staatsausgaben. Private Haushalte und Unternehmen, die in dem hochschießenden Staatsdefizit ein Indiz für eine sich immer weiter ausbreitende Staatstätigkeit sahen, fürchteten um den Spielraum für eigene Aktivitäten in der Zukunft. Zudem nährte dieses Defizit die Inflationsfurcht. Die Finanzpolitik stand also unmittelbar nach der Rezession vor der Aufgabe, das sprunghaft angestiegene Defizit der öffentlichen Haushalte auf ein normales Maß zurückzuführen. Je mehr es ihr dabei gelang, Vertrauen für eine mittelfristig angelegte Konsolidierungsstrategie zu gewinnen, um so größer war ihr Spielraum, durch Nachfragestützung und wachstumsfördernde Maßnahmen dem Aufschwung voranzuhelfen; dies war der Inhalt einer Politik der Konsolidierung und Expansion zugleich (JG 75 Ziffern 423 ff.).

320. Den Konsolidierungsanstrengungen kam entgegen, daß die Steuereingänge überraschend stark zunahmen. Zum Teil war das Reflex der zunächst kräftigen konjunkturellen Belebung in der ersten Hälfte des Jahres 1976. Zum Teil war aber auch die mittelfristige Entwicklung der Steuereinnahmen zu pessimistisch eingeschätzt, der Konsolidierungsbedarf also überschätzt worden (Ziffer 150). Mit dem überraschenden Anstieg der Steuereinnahmen erledigte sich ein Teil der Konsolidierung von selbst. Das Defizit der öffentlichen Hand ging von 68 Mrd DM im Jahre 1975 auf 35 Mrd DM im Jahre 1977 zurück; der Kapitalmarkt wurde dadurch entlastet.

321. Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bedeutete aber auch einen Abbau der hohen expansiven Impulse. Eine Politik der schnellen Konsolidierung mußte auf starke Selbstheilungskräfte des Marktes setzen. Für die Chance, die mittelfristig erforderliche Konsolidierung in einem Kraftakt zu bewältigen, mußte sie das Risiko eingehen, die Aufschwungskräfte zu wenig zu stärken und damit den Fortgang des Aufschwungs zu verzögern. Die Finanzpolitik der Jahre 1976 und 1977 ist dieses Risiko eingegangen; 1976 hat sie den expansiven Impuls drastisch verringert, in diesem Jahr hat sie ihn weiter abgebaut (Ziffern 160 ff.). Da der konjunkturelle Aufschwung recht kräftig eingesetzt hatte, stand das Bemühen um Konsolidierung zunächst im Einklang mit den konjunkturellen Erfordernissen. Der Staat nahm seine Ansprüche an das Produktionspotential zurück. Damit war Raum gegeben für private Investitionen und Konsum. Die Investitionsneigung erwies sich aber als zu schwach. Der Aufschwung verlor bereits seit der zweiten Hälfte des Jahres 1976 deutlich an Kraft.

Daß der konjunkturelle Aufschwung schwächer ausfiel, als bis weit in das Jahr 1977 erwartet wurde, mußte der Politik der Konsolidierung Kritik einbringen. Im nachhinein zeigte sich, daß das Maß an Konsolidierung zu groß war für einen so moderaten Aufschwung.

Bei der Kritik am Tempo der Konsolidierung sollte aber nicht übersehen werden, warum die Konsoli-

dierung erforderlich geworden war und was sie zur Stabilisierung der Erwartungen auf mittlere Frist beigetragen hat. Sie war ein Versuch, das Vertrauen der Privaten, das in der inflationären Phase der früheren siebziger Jahre gelitten hatte, wiederzugewinnen und deren Zukunftserwartungen zu verbessern. Die Befürchtungen jener wurden gedämpft, bei denen durch die hohe Staatsverschuldung Inflationsängste wachgehalten worden waren. Kurzfristig wurde den Privaten bei der von der Bundesbank vorgegebenen Geldpolitik ein größerer Finanzierungsspielraum eingeräumt. Mittelfristig wurde die Sorge der Privaten gemildert, daß der Staat ihren Aktivitäten im Wege stünde, wenn sich die wirtschaftliche Lage wieder normalisierte.

322. Von Anfang an hatte man nicht darauf setzen können, daß die Finanzpolitik sich der konjunkturellen Entwicklung kurzfristig anpassen kann. Dafür fehlt es ihr an Flexibilität. Zeit vergeht, bevor eine veränderte Lage als solche erkannt wird. Wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen geplant, von den Entscheidungsgremien verabschiedet und von der Verwaltung ausgeführt werden. Hätte man bei der Konsolidierung weniger Risiko im Hinblick auf die mögliche Gefährdung der konjunkturellen Entwicklung eingehen wollen, dann hätte man bei der kurzfristigen Durchsetzung der Konsolidierung behutsamer vorgehen, dafür aber in den mittelfristigen Festlegungen entschiedener sein müssen.

323. Zweifel an der Stärke der Selbstheilungskräfte des Marktes hätten vor allem auch dafür gesprochen, mehr für die Verbesserung der Investitionsneigung zu unternehmen. Der Sachverständigenrat hat in seinem letzten Jahresgutachten dafür geworben, daß sich der Staat mehr am Risiko von Investitionen und Innovationen und an den Kosten des Strukturwandels beteiligen sollte. Der Staat hat diesen Weg nur zögernd beschritten.

324. Was der Staat zur Verbesserung der Investitionsbedingungen und damit zum Abbau der mittelfristigen Beschäftigungsprobleme durch Änderung des Steuerrechts seit 1975 nach und nach getan hat, ist dabei nicht wenig. Neben der Fortsetzung der Steuerreform, die die Doppelbelastung ausgeschütteter Gewinne von Kapitalgesellschaften beseitigte, wurde 1976 ein Verlustrücktrag eingeführt, in diesem Jahr wurde ein Abbau der Belastung durch die Gewerbesteuer und durch die Vermögensteuer, eine Erhöhung der Sätze für die degressive Abschreibung für Ausrüstungen sowie die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für Wirtschaftsbauten und den freifinanzierten Mietwohnungsbau beschlossen (Ziffer 157). Daß sich die Diskussion um diese Steuererleichterungen lange hinzog, stand aber einem kurzfristigen Umschlagen der Erwartungen entgegen.

325. Mit dem Programm für Zukunftsinvestitionen, das zu Beginn des Jahres 1977 eingeleitet wurde, soll künftigen Engpässen in der öffentlichen Infrastruktur vorgebeugt werden. Es bildet ein Gegengewicht zu den Kürzungen der Investitionspläne, die die Gebietskörperschaften in ihren mittelfristigen Finanzplanungen vorgenommen hatten. Wachstumsfördernd in dem Sinne, daß es zur Schaffung neuer Arbeitsplätze — und nicht nur zur Besetzung schon vorhandener — beiträgt, ist das Programm kaum. Nur ein geringer Teil der Projekte dürfte die Rentabilität privater Investitionen direkt verbessern oder im öffentlichen Bereich unmittelbar arbeitsplatzschaffend sein. Erst im September 1977 hat die Bundesregierung gleichzeitig mit dem inzwischen geänderten und verabschiedeten Gesetzentwurf zur Steuerentlastung und Investitionsförderung eine Verdoppelung der Zulage für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen sowie eine Aufstockung der Mittel zur Förderung von Unternehmensgründungen beschlossen.

IV. Mangel an Arbeitsplätzen

326. Die ungelösten Angebotsprobleme finden ihren Niederschlag in einem Mangel an Arbeitsplätzen. Infolge des Lohndrucks und geänderter außenwirtschaftlicher Bedingungen sowie im Rahmen des Strukturwandels sind in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze weggefallen, ohne daß dafür in ausreichender Zahl neue entstanden sind. Um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, hätte es weit höherer Zuwächse bei den Investitionen bedurft, als in den letzten Jahren tatsächlich erreicht worden sind. Die Bundesrepublik hat daher ein Produktionspotential, das nicht mehr zu Vollbeschäftigung paßt.

327. Wie viele Arbeitsplätze gegenwärtig fehlen und wie viele darüber hinaus geschaffen werden müssen, um die geburtenstarken Jahrgänge in den Erwerbsprozeß eingliedern zu können, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. An anderer Stelle haben wir aufgezeigt, daß derzeit mehr als eine und eine halbe Million Menschen ohne einen Arbeitsplatz sind; davon sind nur zwei Drittel, also rund eine Million, bei den Arbeitsämtern als Arbeitslose gemeldet (Ziffern 101 ff.). Wir unterstellen, daß gegenwärtig etwa 500 000 Arbeitsplätze wegen der geringen Kapazitätsauslastung nicht besetzt sind. Das ist die konjunkturelle Komponente der Unterbeschäftigung, von der wir annehmen, daß sie bei einem kräftigen Konjunkturaufschwung wieder verschwindet. Es bleiben nach dieser Rechnung etwa eine Million Personen, für die gegenwärtig keine Arbeitsplätze vorhanden sind.

Ein Teil dieser Arbeitslosigkeit ist insofern „unecht", als es sich dabei um eine sogenannte Such- oder Friktionsarbeitslosigkeit handelt. Selbst in der Zeit des Arbeitskräftemangels, also bis Anfang der siebziger Jahre, sank die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt nicht unter 150 000. Die Such- oder Friktionsarbeitslosigkeit dürfte inzwischen höher anzusetzen sein als in der Vergangenheit. Der Bedarf an Arbeitsplätzen wird davon freilich nicht im gleichen Umfang vermindert. Denn wegen des Strukturwandels, der es vielen Arbeitslosen erschwert, rasch den passenden Arbeitsplatz zu fin-

den, ist auch eine größere Anzahl offener Stellen notwendig, wenn größere Friktionen auf dem Arbeitsmarkt vermieden werden sollen.

328. Die Größe des erforderlichen Arbeitsplatzpotentials, also die Anzahl der Arbeitsplätze, die benötigt werden, wenn Vollbeschäftigung herrschen soll, läßt sich rechnerisch ableiten aus der Höhe des Kapitalstocks und der durchschnittlichen Kapitalausstattung je Arbeitsplatz (Kapitalintensität). Bei einem gegebenen Anstieg der Kapitalintensität muß der Kapitalstock mit einer bestimmten Rate wachsen, damit die Anzahl der Arbeitsplätze mit der Anzahl der Personen, die arbeiten wollen (Erwerbspersonenpotential), übereinstimmt (JG 76 Anhang VIII).

Sowohl die Schätzung des Arbeitsplatzpotentials als auch die des Erwerbspersonenpotentials ist allerdings mit erheblichen statistischen und methodischen Unsicherheiten behaftet:

— Die Höhe des Kapitalstocks errechnet sich in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus den jährlichen Zugängen durch Bruttoinvestitionen und den jährlichen Abgängen an Anlagen aufgrund von technischem Verschleiß. Problematisch ist dabei vor allem die Ermittlung der Abgänge, die in der amtlichen Statistik anhand von schematischen Überlebensfunktionen für einzelne Anlagegüter vorgenommen wird. Dabei bleibt unberücksichtigt, wenn Anlagen vorzeitig verschrottet oder wirtschaftlich entwertet werden, aber auch wenn sie länger als üblich im Produktionsprozeß genutzt werden.

— Der trendmäßige Anstieg der Kapitalintensität, wie er in der Vergangenheit zu beobachten war, ist nicht nur eine vom autonomen technischen Fortschritt, sondern auch von den wirtschaftlichen Umständen bestimmte Größe. Er dürfte auf mittlere Sicht auch abhängen von der Entwicklung der relativen Preise für Arbeit und Kapital. Denn steigen die Löhne langsamer als das Entgelt für das eingesetzte Kapital, lohnt es sich weniger, von arbeitsintensiven auf kapitalintensive Fertigungen überzugehen.

— Die Schätzung des Erwerbspersonenpotentials basiert nicht nur auf Annahmen über die Entwicklung der Wohnbevölkerung, sondern auch über die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung. Vor allem die Entwicklung der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten unterliegt vielen Einflußfaktoren, die nur schwer abzugreifen sind, wie zum Beispiel Veränderungen in der Ausbildungsdauer; sie hängt überdies auch von der wirtschaftlichen Situation und insbesondere von der Lage auf dem Arbeitsmarkt ab. Außerdem wird das Erwerbspersonenpotential nicht nur durch die Erwerbsbeteiligung der Inländer, sondern auch durch Zu- und Abwanderungen von Ausländern bestimmt.

Will man den gegenwärtigen und künftigen Bedarf an Arbeitsplätzen abschätzen, so tut man gut, die Schätzrisiken im Auge zu behalten, wie sie insbesondere aus dem hypothetischen Charakter einzelner Größen resultieren.

329. Im vergangenen Jahr hatten wir mit Hilfe einer Modellrechnung veranschaulicht, daß in den Jahren 1973 bis 1976 als Folge der Investitionsschwäche im Unternehmenssektor etwa 800 000 Arbeitsplätze verlorengegangen sein könnten (JG 76 Ziffer 95). Es konnte jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß tatsächlich mehr Arbeitsplätze verlorengegangen sind, als es unsere Rechnung zeigte. Denn diese weist nur solche Arbeitsplätze aus, die wegen der Investitionsschwäche nicht entstanden sind, nicht aber auch solche, die zwar in den Grunddaten noch enthalten sind, aber infolge von Konkursen, Betriebsstillegungen, Produktionsverlagerungen ins Ausland oder aus anderen Gründen inzwischen nicht mehr rentabel genutzt werden können. Andererseits ist aber auch möglich, daß die Anzahl der vorhandenen Arbeitsplätze unterschätzt wurde, weil in Zeiten der Investitionsschwäche Anlagen länger genutzt werden als üblich. In diesem Falle stünden bei einem Aufschwung mehr Arbeitsplätze zur Verfügung, wenngleich nur so lange, wie es den Unternehmen rentabel erscheint, veraltete Produktionsanlagen mit teuren Arbeitskräften zu besetzen. Welcher der beiden Faktoren letztlich stärker ins Gewicht fällt, vermögen wir nicht zu sagen. Man kann jedoch annehmen, daß über die normale Lebensdauer hinaus genutzte Anlagen nur vorübergehend als Kapazitätsreserven gehalten werden und daß sie früher oder später ersetzt werden müssen.

330. Unsicher ist auch, wie sich der Investitionsaufwand für neu zu schaffende Arbeitsplätze und für die Modernisierung alter Arbeitsplätze entwikkeln wird, ob sich also der Anstieg der Kapitalintensität im bisherigen Tempo fortsetzt. Seit Beginn der sechziger Jahre war der trendmäßige Anstieg der Kapitalintensität maßgeblich dadurch beeinflußt, daß Arbeitskräfte immer knapper wurden, und daß die Unternehmen versuchten, dem Druck steigender Lohnkosten durch einen verstärkten Kapitaleinsatz auszuweichen. Der technische Fortschritt in den sechziger und frühen siebziger Jahren war arbeitssparend und kapitalabsorbierend. Es gibt Grund zu der Annahme, daß das Überangebot an Arbeitskräften und ein verändertes Klima in der Lohnpolitik künftig den Zwang zur Einsparung von Arbeitskräften vermindern wird, auch wenn die derzeitige Rationalisierungswelle, wie sie vor allem in weiten Bereichen des arbeitsintensiven Dienstleistungssektors zu beobachten ist, den gegenteiligen Schluß nahelegen könnte. Überdies sind auf technologischem Gebiet Entwicklungen im Gange, die wie in der Mikroelektronik häufig auf eine Senkung der Investitionsaufwendungen je Arbeitsplatz hinauslaufen. Diese Entwicklung könnte dazu beitragen, daß die Kapitalintensität langsamer steigt als bisher. Andererseits könnten zusätzliche Maßnahmen zur Energieeinsparung und zum Schutz der Umwelt sowie eine forcierte Politik der Arbeitszeitverkürzung den Anstieg der Kapitalintensität beschleunigen. Es ist kaum möglich, die unterschiedlichen Effekte gegeneinander aufzurechnen.

331. Schließlich kann man fragen, ob sich auf mittlere Frist die Erwerbsbeteiligung tatsächlich so entwickeln wird, wie es die bloße Fortschreibung von Vergangenheitstrends anzeigt, in denen sich maßgeblich die Zeit der Arbeitskräfteknappheit widerspiegelt. Es ist nicht auszuschließen, daß sich auch andere Verhaltensweisen in bezug auf die Erwerbsbeteiligung herausgebildet haben.

332. Mit Hilfe von Modellrechnungen haben wir uns eine Vorstellung davon zu verschaffen versucht, wie viele Arbeitsplätze geschaffen werden müßten, und welche Zuwachsraten bei den Investitionen möglicherweise erforderlich wären, wenn bis 1981 eine einigermaßen befriedigende Beschäftigungssituation möglich sein soll.

Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, auf die wir uns bei den Rechnungen stützen, wird das deutsche Erwerbspersonenpotential von gegenwärtig 24,6 Mio Personen auf 25,0 Mio Personen, also um 400 000 Personen zunehmen. Ergänzt werden müssen diese Zahlen um eine Schätzung der Entwicklung der Ausländerbeschäftigung. Wir haben aufgrund von Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft angenommen, daß sich die Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte bis 1981 um 550 000 Personen verringert; 1981 wären dann noch etwa 1,5 Mio ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Diese Zahl ist vermutlich eine Untergrenze, denn in letzter Zeit hat sich die Abwanderung von Ausländern merklich verlangsamt. Nimmt man außerdem an, daß sich die Anzahl der Selbständigen um 300 000 auf 3,4 Millionen verringert, daß ein Teil der stillen Reserve nicht auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung tritt — wofür wir eine Anzahl von 250 000 Personen ansetzen —, und daß die Such- und Friktionsarbeitslosigkeit mit 250 000 etwas höher ist als in der Vergangenheit, so ergibt sich nach der Modellrechnung bis 1981 ein Bedarf von 22,6 Mio Arbeitsplätzen für abhängig Beschäftigte, davon 18,0 Mio im Unternehmenssektor. Dabei ist unterstellt, daß sich die Anzahl der Beschäftigten in den übrigen Sektoren insgesamt — also beim Staat, bei den privaten Haushalten und Organisationen ohne Erwerbscharakter und im Bereich der Wohnungsvermietung — jährlich um 1½ vH bis 2 vH erhöht; diese Zuwachsrate ist etwas größer als in der jüngsten Vergangenheit, aber deutlich niedriger als im Durchschnitt der letzten fünfzehn Jahre, weil nicht damit gerechnet wird, daß der Staat, der wichtigste Arbeitgeber außerhalb des Unternehmenssektors, seinen Personalbestand auch nur annähernd so stark wie in den sechziger und den frühen siebziger Jahren ausweiten wird.

333. Um eine Vorstellung davon zu gewinnen, welches Investitionsvolumen erforderlich ist, damit bis 1981 das Arbeitsplatzangebot entsteht, das zu Vollbeschäftigung paßt, muß man hinsichtlich der Entwicklung der Kapitalintensität bestimmte Annahmen machen. Bei unseren Rechnungen, denen alternative Trends zugrunde lagen, zeigte sich, daß die Ergebnisse sehr sensibel sind im Hinblick auf Veränderungen in den Stützbereichen für die Trendberechnung (Tabelle 34). Wir halten es für plausibel, den Anstieg des Trends der Kapitalintensität, der sich aus den Werten der Jahre 1950 bis 1974 ergibt, für die Jahre nach 1977 zu unterstellen. In diesem Trend mischen sich die Ergebnisse zweier unterschiedlicher Wachstumsphasen: Die Zeit der fünfziger Jahre, als Arbeitskräfte reichlich und die Lohnkosten relativ niedrig waren, und die Zeit der sechziger und frühen siebziger Jahre, die von Arbeitskräfteknappheit und zunehmendem Lohnkostendruck gekennzeichnet waren. Ein solcher gemittelter Trend könnte für die nächsten Jahre charakteristisch sein, falls die Entwicklung der Löhne der Lage auf dem Arbeitsmarkt Rechnung trägt und sich dadurch wieder eine Tendenz zu einer langsameren Zunahme der Kapitalintensität durchsetzt.

334. Auch unter dieser optimistischen Annahme, das heißt bei einem im Vergleich zur jüngeren Vergangenheit deutlich flacheren Anstieg der Kapitalintensität im Trend, werden die Investitionen in

Tabelle 34

Rechnerisches Arbeitsplatzpotential im Jahre 1981 [1])

Trend der Jahre	Jährliche Zuwachsrate der Kapitalintensität im Trend [2])	Arbeitsplatzpotential bei Zunahme der realen Bruttoanlageinvestitionen je Jahr um ... vH			
		3	6	9	12
	vH	1 000			
1950/74	*4,7*	17 165	17 415	17 676	17 950
1950/76	*4,9*	17 035	17 283	17 542	17 814
1960/77	*5,7*	16 493	16 733	16 984	17 248
1964/73	*5,3*	16 758	17 002	17 256	17 524

[1]) Eigene Schätzung; Unternehmenssektor (ohne Wohnungsvermietung), abhängig Beschäftigte.
[2]) Zunahme der potentiellen Kapitalintensität während des Zeitraums 1977/81 wie im Trend der angegebenen Zeiträume.

den kommenden Jahren wesentlich rascher zunehmen müssen als in den letzten Jahren, damit sich das Defizit an Arbeitsplätzen nicht ständig vergrößert. Nimmt man an, daß die realen Anlageinvestitionen der Unternehmen bis 1981 um jährlich 9 vH steigen, so würden in jenem Jahr rund 300 000 Arbeitsplätze fehlen, nicht gerechnet, daß aus Gründen des Strukturwandels künftig möglicherweise mehr offene Stellen vorhanden sein müssen. Nur wenn man unterstellen dürfte, daß die Erwerbsbeteiligung in Zukunft deutlich niedriger sein wird, als wir dies in unserer Rechnung bereits angenommen haben, wäre der Mangel an Arbeitsplätzen bis dahin weitgehend behoben. Wenn dieses Ziel erst für das Jahr 1985 ins Auge gefaßt wird, müßten die Unternehmen etwa 8 vH jährlich mehr investieren. In beiden Fällen müssen die Zuwachsraten also erheblich über das hinausgehen, was in der Vergangenheit unter wesentlich günstigeren Bedingungen erreicht worden ist.

VIERTES KAPITEL

Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum

I. Worauf es ankommt

335. Die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre hat eine Schlappe erlitten. Ausgerichtet darauf, die Inflation zu überwinden, im staatlichen ebensowohl wie im privaten Bereich der Wirtschaft die Verzerrungen zu beseitigen, die aus dem inflatorischen Übermaß an Ansprüchen entstanden waren, hat sie mit dem Konzept der mittelfristigen Orientierung in der Geldpolitik und der Finanzpolitik auf die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft gesetzt. hat diese Kräfte zu unterstützen, nicht zu ersetzen versucht. Der entscheidende Erfolg, das Ingangsetzen eines sich selbst tragenden, kräftigen, aber doch nicht wieder inflationsgefährdeten Aufschwungs, hat auf sich warten lassen. Das Konzept, das diese Schlappe erlitten hat, ist im Prinzip auch das Konzept, für das der Sachverständigenrat geworben hat. Zwar sind wir schon vor einem Jahr für eine Entlastung der marktwirtschaftlichen Selbstheilungskräfte durch eine möglichst umfassende wachstumspolitische Initiative eingetreten, doch wir müssen einräumen, daß auch wir die Stärke der retardierenden Momente, die vom Ausland, aber auch immer noch vom Inland her wirksam waren, unterschätzt haben. An anderer Stelle dieses Gutachtens haben wir dargelegt, inwieweit die mittelfristigen Probleme, die vor allem auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft — im Kostenniveau, in den Investitionsrisiken, in den Schwierigkeiten des Strukturwandels — ihren Ursprung haben, anscheinend noch ungelöst sind. Daß es zu dem Konzept der mittelfristigen Orientierung der Wirtschaftspolitik eine marktwirtschaftliche Alternative, die mehr als nur vorübergehenden Erfolg verheißen könnte, nicht gibt, ist dadurch nicht widerlegt. Doch die Erfolgsverzögerung macht eine vorübergehende Kursänderung nötig, wie sie die Wirtschaftspolitik inzwischen vollzogen hat.

336. Dabei ist jedoch zu bedenken: Es gehört zu den wichtigsten Erfahrungen der vergangenen Jahre, daß die Konjunkturpolitik zwar in begrenztem Umfang Fehlentwicklungen korrigieren kann, daß sie jedoch das wirtschaftliche Grundgeschehen mit ihren Mitteln nicht im Griff hat. Ist die latente Eigendynamik der Wirtschaft groß — wie etwa 1967/68 —, so reichen mäßig starke Impulse aus, einen kräftigen Aufschwung in Gang zu setzen, ja die Gefahr einer konjunkturellen Übersteigerung wird dann rasch wieder zum Problem der Wirtschaftspolitik. Dies ist heute offensichtlich anders. Es wäre aber ein Mißverständnis, hoffte man, den akuten Mangel an Eigendynamik, sei er nun außenwirtschaftlich oder binnenwirtschaftlich begründet, durch den Einsatz notfalls beliebig großer Finanzmittel des Staates dauerhaft überspielen zu können. Dies wäre die falsche Konsequenz aus der Enttäuschung der vergangenen achtzehn Monate. Obwohl die Aufgabe einer Initialzündung gegeben ist, kommt es doch weiterhin in erster Linie darauf an, die Anstrengungen zu verstärken, die sich auf eine Beseitigung der Ursachen für den Mangel an Eigendynamik richten.

337. Bei der Doppelstrategie, die jetzt nötig geworden ist, hat also die Verbesserung der Angebotsbedingungen nach wie vor Vorrang. Sie ist es, die auf die Ursachen der Probleme, soweit diese nicht in der noch schwachen Weltkonjunktur wurzeln, zielt. Denn die Diagnose lautet: Die binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche ist von ihrem Ursprung her nur Reflex der gestörten Angebotsbedingungen. Daß sie sich inzwischen offensichtlich als Konjunkturfaktor verselbständigt hat, ändert daran nichts.

Diese Einsicht geht gegenwärtig in dem allgemeinen Einvernehmen darüber, daß jetzt eine Politik der Nachfrageexpansion angezeigt ist, weithin verloren. Die Politik der letzten Jahre war von dem Bewußtsein getragen, daß allenthalben, im staatlichen wie im privaten Bereich, eine Einschränkung der Ansprüche unumgänglich geworden war. Dies ist nicht plötzlich deshalb falsch geworden, weil wir beobachten, daß im ganzen die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft nicht voll ausgeschöpft werden. In einem marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftssystem können die Produktionsmöglichkeiten nur dann voll genutzt werden, wenn die Ansprüche der einzelnen und des Staates die Grenzen nicht überschreiten, an denen soviel Arbeitsplätze, wie man zu Vollbeschäftigung braucht, noch rentabel sind. Es wäre eine schlimme Folge der jüngsten konjunkturellen Stockung, wenn das gewachsene Bewußtsein, daß es sich so verhält, abermals verdrängt würde durch die Vorstellung, man müsse nur die Lücke, die sich zwischen rentabler Produktion und technisch möglicher Produktion gegenwärtig auftut, durch künstlich geschaffene zusätzliche Ansprüche füllen, damit mehr Beschäftigung dauerhaft möglich wird. Dies ist nur ganz kurzfristig richtig, und insoweit es richtig ist, beruht es auf einer hilfreichen Illusion, einer Illusion zudem, die in den Jahren der Inflation schon einmal höchst brüchig geworden war. Es ist die Illusion, daß der Staat etwas zu verschenken habe, für das niemand zu bezahlen braucht. Man kann diese Illusion nutzen und muß es gelegentlich wohl auch. Aber es bleibt grundsätzlich ein Weg, der gesundes wirtschaftliches Denken korrumpiert. In der Doppelstrategie liegt daher eine Spannung, die selbst den aufgeklärten Bürger über-

fordern und die Autorität des Staates in bedrückender Weise strapazieren muß, eine Spannung, die der Bürger als offensichtlichen Widerspruch erlebt, wenn der Staat die Steuern zugleich erhöht und senkt, wenn er alle seine Gliederungen aufruft, wo immer möglich zu sparen und sogleich danach darauf drängt, mit Eile nach neuen Ausgabemöglichkeiten zu suchen. Wir halten das für eine ungewöhnliche Belastung für das Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Es mag auf dem Reißbrett einer virtuosen Konjunktursteuerung als der beste Weg erscheinen, der Handlungsfähigkeit des Staates dürfte es nicht gut tun.

Trotzdem haben auch wir, wenngleich mit großem Zögern, zu diesem Weg geraten. Aber wenn jene Spannung noch in erträglichen Grenzen gehalten werden soll, muß ein Weg gefunden werden, auf dem durch die Beseitigung von mittelfristigen Problemen auf der Angebotsseite möglichst rasch dauerhafte Entlastung bei dem Problem der Nachfrageschwäche zu erhoffen ist.

338. Es ist nicht der Staat und seine Wirtschaftspolitik, sondern die Lohnpolitik, die damit in den Vordergrund rückt. Der Staat hat schon gehandelt. Er hat diesmal voll zugegriffen. Es grenzt an eine Kehrtwendung, was er nach den beiden Jahren einer Konsolidierung der Staatsfinanzen an Steuersenkungen beschlossen hat und nach den Vorstellungen der Bundesregierung zusätzlich ausgeben soll.

339. In unserer Vorausschau auf die wirtschaftliche Entwicklung des kommenden Jahres haben wir dargelegt, daß und warum wir auch unter den veränderten Bedingungen für 1978 nicht mit einer so deutlichen Wende zum Besseren rechnen, wie es eine einigermaßen befriedigende Annäherung an die zentralen Ziele der Wirtschaftspolitik erfordern würde. Wir wissen, daß es auch anders kommen kann. Und in diesem Jahr spricht vielleicht vieles dafür, daß das, was tatsächlich geschieht, eher besser als schlechter sein wird, als jene Entwicklung, die wir für am wahrscheinlichsten halten. Aber das ist zu ungewiß. Die vielfältigen Ansätze für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und auch der konjunkturellen Situation umzusetzen in eine Erwartung über die kurzfristige Reaktion der Investoren hierauf ist im Grunde eine unerfüllbare Prognoseaufgabe — zumal die Lohnrunde noch aussteht. Gerade bei der für den weiteren Konjunkturverlauf entscheidenden Größe der Investitionen sollte also kein falscher Eindruck von Prognosesicherheit entstehen. Größerer Zuversicht im ganzen steht außerdem entgegen, daß die Bedingungen für eine wirklich kräftige Ausfuhrsteigerung nicht gut sind.

Auf der anderen Seite ist noch einmal hervorzuheben, daß das Bild der Zuwachsraten im Vergleich der Jahresdurchschnitte den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung, wie wir ihn für das kommende Jahr sehen, verzeichnet. Das Niveau der Wirtschaftstätigkeit, auf dem wir das Jahr 1977 verlassen werden, liegt so wenig über dem durchschnittlichen Niveau des Jahres 1977, daß sich hinter dem bescheidenen Produktionszuwachs, den wir für 1978 beim Vergleich der Jahresdurchschnitte auszuweisen haben, ein deutlich beschleunigter Produktionsanstieg im Verlauf des Jahres verbirgt.

Wenn wir trotzdem noch wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf sehen und vor allem eine außerordentliche Änderung des Kurses der Lohnpolitik für nötig halten, so aus zwei Gründen: Zum einen weil wir den Fortgang des Aufschwungs über 1978 hinaus nicht für ausreichend gesichert halten, solange nicht die nachfrageseitigen staatlichen Impulse, die früher oder später aufhören werden, durch weitere Verbesserungen der Angebotsbedingungen fundiert sind. Zum anderen weil auch für 1978 das Mindestziel nicht aufgegeben werden kann und wohl nicht aufgegeben werden muß, das darin besteht, jedes Jahr wenigstens einen deutlich sichtbaren Schritt in Richtung eines höheren Beschäftigungsstandes zu tun.

Zu den Zielen

340. Jede Strategie für die kommenden Jahre muß alle Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ernst nehmen — die Verletzung von Zielen bekämpfen, einer Gefährdung entgegenwirken und jedenfalls nicht selbst eine Gefährdung bei anderen Zielen schaffen.

- Derzeit ist das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes nicht nur am stärksten verletzt, sondern auch weiterhin am stärksten gefährdet. Die für 1978 vorhersehbare Entwicklung läßt nur eine geringfügige Verbesserung der Situation im Verlauf des Jahres erwarten.
- Es sind die mittelfristig ungelösten Beschäftigungsprobleme, die zugleich das derzeitige wirtschaftliche Wachstum, das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials also, als völlig unzureichend erscheinen lassen.
- Stabilität des Preisniveaus ist zwar noch nicht voll erreicht. Doch die Erfolge in der Inflationsbekämpfung sind befriedigend. Die Chance, den Stabilisierungsprozeß fortzusetzen, ist gut. Risiken liegen in der Versuchung, erneut auf die Chimäre zu setzen, man könne mehr Beschäftigung gegen etwas mehr Inflation eintauschen.
- Am wenigsten verletzt und gefährdet ist das Ziel eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Unter Bedingungen überwiegend beweglicher Wechselkurse wirft dieses Ziel keine Probleme auf, solange die Volkswirtschaft sich des Vertrauens ihrer außenwirtschaftlichen Partner sicher sein darf. Es sind eher andere außenwirtschaftliche Probleme, das Drängen der Partnerländer auf mehr Nachfrageexpansion, die Tendenz zum Protektionismus in der Welt, die Sorgen bereiten.

341. Das am stärksten verletzte und gefährdete wirtschaftspolitische Ziel wird im Zeichen des

„Rechts auf Arbeit" diskutiert. Wir erörtern die Frage nicht unter juristischen Gesichtspunkten.

Es sollte nicht streitig sein, daß das Recht auf Arbeit im Sinne des Rechts auf wirtschaftliche Betätigungsfreiheit das elementare wirtschaftliche Freiheitsrecht des Menschen ist. So gesehen ist es identisch mit den Garantien, die dieses Recht gewährleisten. Und dies ist sein eigentlicher Inhalt. Von den Chancen her, dieses Recht nutzen zu können, ist es auf vielfältige Weise begrenzt. Zunächst in selbstverständlicher Weise: Recht auf Arbeit heißt nicht Recht auf einen bestimmten Arbeitsplatz, nicht Recht auf einen Arbeitsplatz mit einem bestimmten Einkommen an einem bestimmten Ort mit einem bestimmten Arbeitsinhalt zu einer bestimmten Arbeitszeit. Aber auch in nicht selbstverständlicher Weise: Die Chancen, das Recht auf Arbeit nutzen zu können, werden beeinträchtigt durch Organisationsfehler oder akute Störungen des arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses, die es mit sich bringen können, daß Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage unnötige und unzumutbare Differenzen aufweisen. Eine Garantie, solche Störungen zu vermeiden oder zu kompensieren, kann es gleichwohl nicht geben. Noch bedeutsamer, weil das Recht auf wirtschaftliche Betätigungsfreiheit selbst berührend, sind alle Regelungen — gesetzlicher oder sonstwie kollektiver Art — durch die Arbeitsbedingungen, Arbeitsentgelt, Arbeitszeit, Möglichkeiten zur Beendigung eines Arbeitsverhältnisses in der Form von Mindestbedingungen zwingend vorentschieden werden. Alle solche Regelungen können wohlbegründet sein. Sie können gleichwohl das Recht auf Arbeit beeinträchtigen. Und bekanntlich sind es nicht nur Hindernisse, für die der Staat Verantwortung trägt, vielmehr handelt es sich in erster Linie um Regelungen, die auf der Basis der Tarifautonomie in kollektiven Verhandlungen am Arbeitsmarkt getroffen werden. Ein verletztes oder von den Arbeitschancen her beeinträchtigtes Recht auf Arbeit kann also keinesfalls einfach gegen den Staat geltend gemacht werden. Außerhalb der allgemeinen Rahmenbedingungen, unter denen die Menschen ihre Erwerbschancen suchen müssen, ist der Staat vielmehr nur subsidiär verantwortlich. Man kann ihn zu Hilfe rufen. Aber man kann nicht ein bestimmtes Lohnniveau vorgeben, und dann vom Staat verlangen, er solle dafür sorgen, daß so viele Arbeitsplätze angeboten werden, wie bei diesem Lohnniveau nachgefragt werden. Hauptadressat des Rechts auf Arbeit sind die Tarifvertragsparteien. Sie regeln die wichtigsten Konditionen, die vor den individuellen Ansprüchen und Leistungsangeboten die Chancen der Arbeitssuche bestimmen.

342. Recht auf Arbeit kann auch nicht heißen, daß Lohnpolitik und Wirtschaftspolitik ihre Aufgabe erst erfüllt hätten, wenn nahezu allen jeweils Arbeitsuchenden umgehend eine Stelle verschafft wird. Die Grenze zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Arbeitslosigkeit ist fließend. Mit welchem Anspruch hinsichtlich der Art der Arbeit und deren Vergütung der einzelne auf Arbeitsuche geht, ist seine Sache. Und das System der sozialen Sicherung hat den Spielraum wesentlich vergrößert, bei dieser Arbeitsuche ohne den Druck akuter Not zu handeln. Das ist ja nicht zuletzt sein Sinn. Aber es mußte damit zugleich Ausmaß und durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit erhöhen. Es wäre ein Mißverständnis, wollte man die größere Neigung, den hier gebotenen Schutz zu nutzen, von vornherein als Neigung zum Mißbrauch disqualifizieren. Die Einladung zum Mißbrauch ist sicherlich auch gegeben. Wie bedeutend vermeidbare Fehler des Systems der sozialen Sicherung in dieser Hinsicht sind, läßt sich allerdings noch immer nicht abschätzen (Ziffer 106 ff.). In gewissen Grenzen ist auch hier die Möglichkeit des Mißbrauchs der Preis der zusätzlich gewonnenen Freiheit. Worauf es in diesem Zusammenhang ankommt: Wer ein dichtes Netz der sozialen Sicherung für Arbeitslose will, der muß einen möglicherweise nennenswerten Teil der Arbeitslosigkeit gleichsam als gewollt akzeptieren, als bloßen Reflex eines geänderten Verhaltens unter veränderten Bedingungen. Dies einräumen heißt ja nicht leugnen, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit viel höher ist, als sich auf solche Weise erklären läßt.

Sehen muß man außerdem, daß auch die Gewerkschaften, die mit dem Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung konfrontiert sind, unter veränderten Bedingungen handeln, wenn die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit an Gewicht verlieren.

343. Zum Recht auf wirtschaftliche Betätigungsfreiheit gehört im Prinzip das Recht auf eine Arbeitsdauer, die den individuellen Wünschen entspricht. Und auch dieses Recht ist — wiederum nicht ohne gute Gründe — durch kollektive Regelungen beschränkt. Eine Entscheidung für Arbeitszeitverkürzung aus beschäftigungspolitischen Gründen entgegen den Wünschen der Arbeitnehmer könnte jedenfalls nicht allein im Zeichen des Rechts auf Arbeit derer, die arbeitslos sind, gesehen werden. Es handelte sich allemal um eine auf Abwägung beruhende Entscheidung zu Lasten des Rechts auf Arbeit der einen und zugunsten der Chance auf Arbeit der anderen.

344. Mit der Entscheidung über die Arbeitszeit, die die Menschen treffen oder die man ihnen auferlegt, wird über den Pfad des Wachstums vorentschieden, den die Wirtschaft gehen kann und den sie gehen muß. Denn das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes erfordert bei unveränderter Arbeitszeit, daß die Voraussetzungen für sehr viel mehr rentable Produktionsmöglichkeiten geschaffen werden können und müssen, als wenn die Menschen einen Teil der Wohlstandssteigerung, die durch eine weitere Zunahme des Produktionsergebnisses je Arbeitsstunde möglich wird, in der Form von mehr Freizeit haben wollen oder hinnehmen müssen.

Bei unseren Überlegungen zur Frage eines angemessenen wirtschaftlichen Wachstums gehen wir davon aus, daß das Verlangen nach mehr Freizeit, derzeit vor allem in der Form eines längeren Urlaubs, anhalten wird. Es scheint in der jüngsten Vergangenheit allerdings, sieht man von dem Drän-

gen ab, aus akuten beschäftigungspolitischen Gründen die Arbeitszeit zu verkürzen, auch nicht stärker geworden zu sein. Darauf müßte sich die Wachstumspolitik einstellen.

Doch nicht nur aus diesem Grunde. Weitere Gründe sprechen für äußerste Vorsicht bei der Frage, ob man vor den Schwierigkeiten kapitulieren darf, die einer Lösung des Beschäftigungsproblems entgegenstehen, wenn man auf eine zusätzliche Arbeitszeitverkürzung verzichtet. In einer Stellungnahme, die dem Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages aus Anlaß der Anhörung zu Fragen der Energieversorgung vom Vorsitzenden des Sachverständigenrates übermittelt worden ist, wird hierauf ausführlicher eingegangen (Anhang V zu Frage I).

345. Was die Wahrung des Geldwertes anbelangt, so haben die vergangenen Jahre das Vertrauen gestärkt, daß ein anhaltender konjunktureller Aufschwung auch bei weiterer Annäherung an ein stabiles Preisniveau möglich ist. Dies muß das Ziel bleiben. Selbst wenn man geneigt wäre, ihm vorläufig einen minderen Rang einzuräumen — man ist hier nicht völlig frei. Es ist zu respektieren, daß auch unter dem Regime einer autonomen nationalen Geldpolitik, wie es derzeit weitgehend gegeben ist, kurzfristig die Möglichkeiten gering sind, die Bedingungen für Preiserhöhungsspielräume der Wirtschaft national nach Belieben zu manipulieren. Internationales Vertrauen in die Stabilität der Deutschen Mark beschert uns einen Wechselkurs, bei dem zumindest die direkt oder indirekt vom Außenhandel abhängigen Bereiche ihre Preise kaum erhöhen können. Die Divergenz zwischen der jüngsten Entwicklung dieser Preise und der Preise für Binnenhandelsgüter deutet darauf hin, daß die Industrie aus Gründen des internationalen Wettbewerbs mit dem verbliebenen Kostendruck weniger gut fertig wird als die übrigen Bereiche der Wirtschaft. Die Wechselkursbewegung führt derzeit den Prozeß der Preisniveaustabilisierung an.

Es scheint besser, sich bei Entscheidungen, die das Kostenniveau berühren, darauf einzustellen, daß das so bleibt, als darauf zu vertrauen, die Wechselkursbewegung werde einem Fortgang im Kostenauftrieb schon rechtzeitig Rechnung tragen, also wieder größere Preiserhöhungsspielräume gewähren. Sicherlich könnte eine Kursänderung in der Stabilitätspolitik, namentlich eine expansive Geldpolitik, eine Änderung in der Wechselkursentwicklung einleiten, jedoch möglicherweise auch dies erst mit Verzögerung, es sei denn, man legte es bewußt darauf an, das Vertrauen in die Stabilität der Mark zu brechen, was niemand wollen kann.

Umgekehrt ist allerdings auch ungewiß, ob man mit einer Abschwächung des Kostenauftriebs die Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark überhaupt erfolgreich unterlaufen kann. Denkbar ist auch, daß gerade ein solcher Versuch den Aufwertungsdruck weiter verstärkte. Doch darauf kann man sich wohl kaum im vorhinein einstellen.

346. Jede Strategie für die kommenden Jahre muß sich gegenüber der Forderung rechtfertigen, daß die Bundesrepublik internationale Verpflichtungen hat, nach Kräften zur Gesundung der Wirtschaft ihrer Partnerländer beizutragen. Die Partner drängen auf einen beschleunigten Aufschwung in der Bundesrepublik, von dem sie sich eine Verstärkung des Importsogs und eine Schwächung des Exportdrucks seitens der Bundesrepublik erhoffen. Das Ziel ist nicht streitig. Streitig ist der Weg. Die Bundesrepublik kann sich sowohl von ihrer außenwirtschaftlichen Position als auch vom Inflationsklima her einen kräftigen und anhaltenden Aufschwung leisten. Selbst wenn sich daraus eine Passivierung der deutschen Leistungsbilanz ergäbe, wäre dies völlig unbedenklich. Doch die Bundesrepublik muß einen Weg finden, auf dem sie zur internationalen Problemlösung dadurch beiträgt, daß sie ihre eigenen mittelfristigen Probleme, so gering diese in der internationalen Diskussion erscheinen mögen, löst. Denn nur dann kann sie anderen nachhaltig helfen.

Ein konjunkturelles Strohfeuer nützte wenig. Eine Initialzündung wird zwar allenthalben gewünscht. Und die Partnerländer wünschen sie sich in der vergleichsweise soliden Form von mehr Auslandsnachfrage. Aber weniger noch als für die Bundesrepublik kommt es für die stabilitätsschwächeren Länder in erster Linie auf eine Initialzündung an. Die Bundesrepublik hat auch von daher überhaupt keinen Anlaß, auf das international teilweise wiedererwachende Kreislaufdenken mit der Illusion einer beliebigen Manipulierbarkeit gesamtwirtschaftlicher Nachfragegrößen einzugehen und die Lehren der inflatorischen Jahre zu vergessen. Am Ursprung der internationalen Probleme stehen — wie bei uns — nicht zu geringe Ansprüche der Menschen, sondern zu hohe. Daß dann gleichwohl die gesamtwirtschaftlichen Produktivkräfte nicht ausgeschöpft werden, also im ganzen zu wenig Ansprüche zum Zuge kommen, ist nichts anderes als die marktwirtschaftliche Sanktion für zu hohe Ansprüche im einzelnen.

347. Der Bundesrepublik ist eine nicht unbedeutende Rolle im Nord-Süd-Dialog zugefallen. Sie hat aus der Vergangenheit heraus am ehesten die Möglichkeit, aus dieser Rolle weiterhin die Rolle eines Verteidigers des freien Welthandels zu machen. Das Drängen der Entwicklungsländer auf die angestammten Märkte der Industrieländer wird von vielen als eine auf lange Sicht wohlstandsbedrohende Forderung angesehen. Dies kann sie jedoch nur in den Köpfen derer sein, die die Menge der in der Welt benötigten Güter und Dienste für irgendwie vorgegeben halten, woraus dann folgt, daß ein neuer Wettbewerber den alten die Arbeit wegnimmt, wenn er am Markt erfolgreich ist. Bei dieser Betrachtungsweise werden die Dinge jedoch auf den Kopf gestellt. Rückt man sie wieder zurecht, so wird sichtbar, daß das Angebot billiger Waren aus dem sich industrialisierenden Teil der dritten Welt die alten Industrieländer im Grunde reicher macht. Der Verbraucher notiert es. Doch die alten Anbieter solcher Waren, einschließlich ihrer Arbeitnehmer, wehren sich. Das Leitmotiv sollte hingegen sein: Das Angebot annehmen und im Strukturwan-

del für neue Beschäftigung sorgen. Das ist der Weg, der alle reicher macht. Arbeit gibt es genug in der Welt. Selbstverständlich ist einzuräumen, daß es hier gravierende Tempoprobleme der Anpassung gibt. Doch über dem Problem des optimalen Tempos sollte man die Hauptsache nicht vergessen.

Obwohl marktwirtschaftlich denkende Ökonomen die Dinge wohl durchweg so sehen, scheint die Entwicklung in der Welt zunächst einmal den Weg gegen mehr Freihandel zu nehmen, ja auf mehr Protektionismus zu drängen. Das ist ein kostenreicher Umweg. Die Bundesrepublik mag es nicht in der Hand haben, ihn zu verhindern. Aber ihre Interessen, vor allem ihre langfristigen Interessen, sind insoweit vollständig in Koalition mit den Interessen der Entwicklungsländer, wenn sie sich diesen Tendenzen entgegenstemmt, sich also weiterhin zum Anwalt einer freien Weltwirtschaft macht. Glaubwürdig wird sie das allerdings nur tun können, wenn sie selbst die Anpassungsaufgaben zu Lasten alter Industriezweige, die dabei in schwere Bedrängnis geraten können, rascher hinnimmt. Auch dies verstärkt das Erfordernis, die Bedingungen für mehr neue Produktion und Beschäftigung energisch zu verbessern.

Zur Grundlinie

348. Eine gute Wirtschaftspolitik zeichnet sich dadurch aus, daß sie auch dann richtig ist, wenn die kurzfristigen Prognosen falsch sind. Dies ist der wichtigste Grundgedanke einer mittelfristig orientierten Politik. Daß jetzt eine Doppelstrategie mit Akzent auf der Teilaufgabe, rasch für mehr Nachfrage zu sorgen, nötig geworden ist, bedeutet notwendigerweise erneut eine Entfernung von diesem Prinzip der mittelfristigen Orientierung, namentlich für die Finanzpolitik. Soll der Schaden, den die Kursänderung mit sich bringt, gering gehalten werden, so ist danach zu streben, möglichst viel von dem, was jetzt getan werden mußte, in einem Konzept für die mittelfristige Entwicklung einzufangen. Dies entspricht auch dem Zweck der Doppelstrategie.

Sie soll nämlich auch in ihrem nachfrageorientierten Teil nicht in beliebigem Umfang ausgefallene private Nachfrage durch staatliche oder staatlich induzierte Nachfrage ersetzen; sie soll vielmehr gegenüber der Nachfrageexpansion, die sonst aus am Markt erzielten Einkommen resultiert, einen Vorlauf schaffen, der allmählich aufgeholt wird, nämlich in dem Maße, wie durch Beseitigung der Störungen bei den Angebotsbedingungen „fundierte" private Nachfrage zusätzlich entsteht. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß der große fiskalische Aufwand, den diese Politik erfordert, nicht vertan ist, der jetzt angetriebene Aufschwung also nicht wieder zum Stehen kommt, sobald die staatliche Stütze entfällt.

Im übrigen sollten alle Maßnahmen, die noch ergriffen werden, auf der Angebotsseite ansetzen und auf Dauer angelegt sein. Sie sollten daher

- zugleich kurzfristig und längerfristig gerechtfertigt sein,
- in der Begründung nicht von ihren unmittelbaren Beschäftigungswirkungen abhängen,
- fiskalisch möglichst effizient sein,
- die Beseitigung von Angebotsstörungen, die sich im privaten Bereich der Wirtschaft, namentlich aus dem Verteilungskampf der sozialen Gruppen ergeben, erleichtern oder jedenfalls nicht erschweren.

349. Jede Strategie für die kommenden Jahre muß sich vor allem daran messen lassen, wieviel Kraft sie zur Lösung der mittelfristigen Probleme aufbringt. Dabei wird sich möglicherweise weiterhin der Konflikt zwischen Tempo und Dauerhaftigkeit einer Problemlösung stellen. Die Bereitschaft zur Geduld hat sicherlich abgenommen. Das ist verständlich. Ebenso richtig ist aber auch, daß die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik zu Panik keinen Anlaß gibt. Vier Prozent Arbeitslose sind zu viel. Trotzdem können nicht alle guten Vorsätze, der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung eine solide Grundlage zu geben, unter der Not des Augenblicks bis auf weiteres vertagt werden — mit der Gefahr, daß Verzerrungen fortdauern oder neue entstehen, sei es im öffentlichen Bereich, sei es im privaten.

350. Eine Strategie für die kommenden Jahre muß der Versuchung widerstehen, die Beschäftigungswirkung einer Maßnahme für eine letztlich ausreichende Begründung zu nehmen, so als wenn die Ressourcen der Volkswirtschaft nicht mehr knapp sind, weil sie vorübergehend nicht voll genutzt werden. Jede Inanspruchnahme von Ressourcen verursacht Kosten, die von irgendwem getragen werden müssen — so sehr sich dies auch eine Zeitlang verdecken läßt, etwa dadurch, daß der Staat sie durch Kredite finanziert. Früher oder später wird die Last offenbar. Zumindest für dauerhaft erhöhte Staatsausgaben oder staatlich geförderte private Ausgaben gilt daher, daß der Nutzen und die Bereitschaft, dafür zu zahlen, auf der Höhe der Kosten sein muß, wenn sich aus ihnen nicht eine Dauerbelastung ergeben soll. Kurz: Die erwarteten Beschäftigungswirkungen geben keine brauchbare Führung bei der Entscheidung darüber, in welcher Richtung die Rückkehr zur Vollbeschäftigung gesucht werden soll. Die Führung muß nach wie vor von der Dringlichkeit der Bedürfnisse kommen, die es zu befriedigen gilt.

Dies ist gewiß eine Trivialität. Doch zu den Gefahren einer Krise wie der der vergangenen Jahre gehört nicht zuletzt eine, die bisher vermieden worden ist, nämlich die Gefahr, daß man aus ihr schließlich herausgeht mit einer dauerhaft erhöhten Staatstätigkeit, und zwar allein deshalb, weil das Zutrauen fehlte, Bedingungen zu schaffen, die wieder mehr private Wirtschaftstätigkeit rentabel gemacht hätten, so daß am Ende alle meinen, vor einem dauerhaften Nachfragemangel zu stehen. Anstieg des Kostenniveaus — Einbruch bei der Beschäftigung — dauerhaft erhöhte Staatsausgaben

als Ausweg aus einem angeblichen „Mangel an Arbeit", das wäre eine Abfolge der Dinge, die an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen vollkommen vorbeigehen könnte. Anders gewendet: Dauernde Prüfung der Dringlichkeit von Staatsaufgaben, strenges Abwägen von Kosten und Nutzen im öffentlichen Bereich — das bleibt der Auftrag, auch wenn ein vordergründiger Anschein schon wieder eine Kehrtwendung nahelegen mag.

Dasselbe sei für den privaten Bereich an einem Beispiel gezeigt. Es lehrt, zu welch unsinnigen Schlüssen man bei einer Betrachtung der bloß vordergründigen Beschäftigungswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen kommen kann. Gelegentlich werden Rechnungen aufgestellt, nach denen die Beschäftigungsverluste, die aus einem Verzicht auf den Bau und Betrieb von Kernkraftwerken resultieren, kompensiert, ja mehr als kompensiert werden könnten durch den Bau und Betrieb von Kohlekraftwerken. Der Bau und Betrieb von Kohlekraftwerken ist jedoch um vieles teurer als der von Kernkraftwerken, treibt also die Energiekosten der Volkswirtschaft in die Höhe. Und es ist das Kostenniveau der Volkswirtschaft, das die Menge der wirtschaftlich nutzbaren Beschäftigungsmöglichkeiten bestimmt. Man würde also bei den Abnehmern teurer Energie im Zweifel mehr an Beschäftigung verlieren, als man im Bereich der Energiewirtschaft und deren Vorlieferanten zunächst möglicherweise gewänne. Andernfalls könnte man allenthalben eine möglichst unwirtschaftliche Produktionsweise wählen; sie macht im Zweifel am meisten Arbeit. Das freilich hielte jeder für absurd. Es hilft nur die Flucht nach vorn, wenn es gilt, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten und zu schaffen: Kosten senken, wo immer es möglich erscheint und mehr produzieren von dem, was noch rentabel ist oder dadurch wird. (Dies ist selbstverständlich nur einer der vielen Aspekte, die die Energiepolitik zu berücksichtigen hat, aber es ist einer, der angesichts des Mißverständnisses hinsichtlich der Ursachen des Beschäftigungsproblems häufig falsch eingeschätzt wird; vgl. Anhang V.)

351. Jede Strategie für die kommenden Jahre muß in der Instrumentierung auf die beiden Grundtatsachen Rücksicht nehmen, daß öffentliches Geld knapp bleibt, und daß der Verteilungskampf zwischen den sozialen Gruppen die Aktionsmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik außerordentlich einengt. Als Maßnahmen, die beiden Tatsachen Rechnung tragen und zugleich Wirksamkeit versprechen, kommen vor allem solche in Betracht, die auf eine Änderung der Risikoverteilung in der Wirtschaft hinauslaufen.

Eine ganze Reihe der ungelösten Probleme, die zur Erklärung der anhaltenden Investitionsschwäche beitragen, lassen sich letztlich unter das Problem der größer und oft zu groß gewordenen Investitionsrisiken subsumieren. Eine marktwirtschaftliche Lösung erfordert, wenn die Investitionen wieder zunehmen sollen, für das höhere Risiko einen höheren Preis; genauer: Das erhöhte Verlustrisiko muß, damit die Scheu davor bei den Investoren überwunden wird, durch eine entsprechend größere Gewinnchance ausgeglichen werden. Fließt das Entgelt für die Übernahme des Risikos allein denen, die das Eigenkapital bereitstellen, zu, weil diese allein auch das Risiko tragen, so müssen die Gewinne in der Gesamtwirtschaft schneller steigen als die übrigen Einkommen, wenn wieder mehr investiert werden soll. Mit diesen Gewinnen geraten die Investoren allerdings in die Mühlen des Verteilungskampfes.

Ein den Verteilungskampf entlastender Weg bestünde darin, daß den Unternehmen ein Teil des Risikos abgenommen wird, so daß sie sich bei gleichen Investitionen auch mit einem geringeren Risikoentgelt, also mit geringeren Gewinnen zufrieden gäben. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, wäre die tarifvertragliche Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer bei gleichzeitiger Übernahme einer begrenzten Haftung (JG 75 Ziffern 370 ff.). Die Verwirklichung der Gewinnbeteiligung könnte zur Entschärfung des Verteilungskampfes beitragen, ohne auch nur einen Pfennig öffentliches Geld zu kosten. Wenn wir auch für dieses Jahr nicht darauf setzen, daß derartige Vereinbarungen in nennenswertem Umfang in Tarifverträge eingehen werden, so sollte doch nicht verkannt werden, daß dies eine Lösung für die Zukunft wäre, bei der der Staat ganz aus dem Spiel bliebe.

Auch der Staat kann sich mehr als bisher an Investitionsrisiken beteiligen, allerdings nur begrenzt, damit die Investoren Verluste noch in ausreichendem Maß als Sanktionen des Marktes empfinden. Entlastet der Staat das Investitionskalkül der privaten Unternehmen, so werden diese auch mehr investieren. Die Maßnahmen sind geeignet, das wirtschaftliche Wachstum zu fördern. Zudem drückt der Wettbewerb, wenn wieder mehr investiert wird, auf Preise und Gewinne. Die Maßnahmen entlasten auch den Verteilungskampf. Die Übernahme eines Teils der Investitionsrisiken durch den Staat kostet öffentliches Geld. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß dieses knapp ist, muß der Staat die Instrumente auswählen, die den gleichen Effekt bei geringstem Aufwand versprechen. Maßnahmen, bei denen er mit seinem Risikoanteil nur dann eintritt, wenn den einzelnen Unternehmen tatsächlich Verluste entstehen, sind — auch wenn die Einbuße des Staates in manchem Einzelfall hoch sein mag — billiger als solche, die bei gleichem Investitionsanreiz für jede Investition, ob erfolgreich oder nicht, einen finanziellen Beitrag erfordern. Für die erste Art von Maßnahmen ist der intertemporale steuerliche Verlustausgleich, für die zweite sind Investitionsprämien ein Beispiel (Ziffern 437 ff.).

Auch durch Änderungen der Struktur des Steuersystems bei insgesamt gleichbleibendem Steueraufkommen kann die Investitionstätigkeit günstig beeinflußt werden, ohne daß dabei die Einkommensverteilung notwendigerweise über Gebühr verschoben wird (Ziffern 439 f.), genauer: ohne daß die Einkommensverteilung ebenso stark verschoben werden müßte, wie wenn man das Problem allein über eine Korrektur bei den Reallöhnen zu lösen hätte.

Die Wahlmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik sind also zwar eingeengt; sie sind aber vorhanden und

müssen angesichts des enormen Bedarfs an zusätzlichen privaten Investitionen für die nächsten Jahre auch genutzt werden.

II. Zwei Alternativen zum Status quo

352. Die Wirtschaftspolitik kann nicht mit schnellen Erfolgen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit rechnen. Sie braucht weiterhin einen langen Atem. Wichtig ist, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen sich und der Öffentlichkeit Klarheit darüber verschaffen, auf welchem Weg die Rückkehr zu Vollbeschäftigung erreicht werden soll.

353. In der öffentlichen Diskussion besteht ein grundlegender Dissens darüber, mit welcher marktwirtschaftlichen Strategie die Beschäftigungsprobleme am besten zu lösen seien. Ein Weg ist, die Vollbeschäftigung durch mehr Wachstum möglich zu machen; ein anderer Weg wird darin gesehen, über eine dauerhafte Ausweitung der staatlichen Nachfrage und eine Beschränkung des Angebots an Arbeit die Vollbeschäftigung zu erreichen.

Hinter diesen beiden Alternativen stehen nicht nur unterschiedliche Auffassungen über die geeigneten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, sondern auch über die Ziele, die die Wirtschaftspolitik leiten sollen. Wir haben uns in diesem Gutachten ausführlich mit den Argumenten für den jeweiligen Standpunkt auseinandergesetzt. Um die Urteilsbildung in der Öffentlichkeit zu erleichtern, haben wir für beide Alternativen entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen formuliert, die wahrscheinlichen Wirkungen für das Jahr 1978 zu quantifizieren versucht und die Perspektiven gekennzeichnet, die sich daraus für die Jahre danach ergeben.

Vollbeschäftigung durch Wachstum (Alternative I)

354. Eine Wirtschaftspolitik, die Vollbeschäftigung auf dem Wege über mehr Wachstum zu erreichen sucht, geht davon aus, daß die Menschen nach wie vor den Wunsch haben, mehr Einkommen zu erzielen, um ihren Wohlstand zu mehren. Der Bedarf an mehr und besseren Gütern soll nicht zu einem Verteilungskampf führen, in dem der eine nur gewinnen kann, was der andere verliert, sondern dadurch befriedigt werden, daß mehr Güter für alle bereitgestellt werden. Hohes Wachstum entschärft auch den Streit darüber, in welchem Umfang der individuelle Bedarf zurückstehen soll, damit der Staat genügend Ressourcen erhält, um den Bedarf an öffentlichen Gütern zu decken.

355. Die Wirtschaftspolitik, die den Wunsch der Bürger nach mehr Einkommen respektiert, trifft eine Entscheidung zugunsten von Wirtschaftswachstum durch mehr private Investitionen, für einen Weg also, den die Bundesrepublik bis zum Beginn der siebziger Jahre mit Erfolg beschritten hat. Diese Wirtschaftspolitik beruht auf der Diagnose, daß es vor allem das fehlende Gleichgewicht von Risiken und Chancen von Investitionen ist, das seit längerem die Investitionsneigung belastet. Der Druck von den Kosten ist wesentlich höher als vor zehn Jahren, so daß nicht genügend Investitionsvorhaben rentabel sind; zugleich sehen die Unternehmen die Risiken als größer an, die ihnen der internationale Wettbewerb und der Strukturwandel auferlegen.

Wird das Gleichgewicht zwischen Risiken und Chancen der Investitionen wieder hergestellt, so werden von privater Seite genügend Auftriebskräfte frei, die ein dauerhaftes Wachstum gewährleisten — das ist das Vertrauen, das diesem wirtschaftspolitischen Kurs zugrundeliegt. Der Staat kann und soll die Nachfrage so lange anregen, wie das Vertrauen der Investoren auf mehr Absatz noch nicht trägt. Ist der Aufschwung in Gang gekommen, muß sich der Staat wieder zurückziehen, damit er der Entfaltung privater Investitionsnachfrage nicht im Weg steht.

356. Hauptkennzeichen dieser wirtschaftspolitischen Alternative zu unserer Status-quo-Prognose ist, daß die Festlegungen, mit denen die Wirtschaftspolitik in das Jahr 1978 hineingeht, auf der Angebotsseite fundiert werden. Nachdem der Staat seinen finanzpolitischen Spielraum weitgehend ausgeschöpft hat, richten sich die Erwartungen auf die Lohnpolitik. Ein deutliches Signal von zurückhaltenden Lohnerhöhungen in der nächsten Tarifrunde, das auch Vertrauen in die weitere lohnpolitische Zukunft begründet, ist der Ausgangspunkt. Die Chance, daß eine solche Lohnpolitik einen kräftigen Aufschwung ermöglicht, ist günstig, jedenfalls viel günstiger, als dies unmittelbar nach der Rezession von 1975 der Fall war. Die Kurzarbeit ist weitgehend abgebaut, die Auslastung der Kapazitäten erheblich über dem Rezessionsniveau, der Erneuerungsbedarf bei den Anlagen ist groß, der Prozeß der Inflationsentwöhnung ist fortgeschritten, die Zinsen sind gesunken, das Vertrauen in geordnete Staatsfinanzen ist gestiegen, investitionsfördernde Maßnahmen sind ergriffen worden. Der Staat hilft außerdem durch eine massive Initialzündung auf der Nachfrageseite mit. Hinzu kommen müßten weitere Maßnahmen der Wachstums- und Strukturpolitik.

357. Für 1978 unterscheidet sich diese wirtschaftspolitische Alternative von der Status-quo-Prognose durch folgende zentrale Annahmen:

- Die tariflichen Stundenverdienste werden 1978 nur um so viel erhöht, wie das Produktionsergebnis je Stunde steigen wird. Dies bedeutet Tariflohnsteigerungen von durchschnittlich 3 vH, einschließlich Nebenleistungen von 3 ½ vH.
- Der Staat fördert mit einem Teil der Mittel, die er als Folge des langsameren Anstiegs des Lohn- und Preisniveaus an anderer Stelle einspart und nicht zum Ausgleich des höheren Defizits der Rentenversicherung benötigt, im Rahmen der Wachstums- und Strukturpolitik über das bisher vorgesehene Maß hinaus Unternehmensneugründungen, Innovationen sowie Inve-

stitionen in kleinen und mittleren Unternehmen.

— Die Geldpolitik bleibt am Produktionspotential orientiert und stellt in gleichem Umfang Zentralbankgeld zur Verfügung, wie wir bei unserer Prognose angenommen haben.

Vollbeschäftigung durch mehr Staat und weniger Arbeit (Alternative II)

358. Den Weg zu Vollbeschäftigung über mehr Staat und weniger Arbeit suchen, heißt für viele, wenn auch nicht für alle, der Wirtschaftspolitik andere Ziele vorgeben. So halten nicht wenige die Versorgung der Bürger mit öffentlichen Gütern für so unbefriedigend, daß künftig ein größerer Teil des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials vom Staat beansprucht werden sollte. Auch wird die Auffassung vertreten, daß die Bürger auf ein an sich mögliches Einkommenswachstum verzichten sollten, weil sonst die Belastung der Menschen und ihrer Umwelt durch die Güterproduktion zu groß würde.

359. Stärker als durch die Zielvorstellungen unterscheidet sich diese von der ersten wirtschaftspolitischen Alternative durch die Problemsicht derer, die für sie votieren. Es herrscht Skepsis, ob die private Nachfrage dauerhaft ausreichen wird, den Unternehmen genügend Anreize zum Investieren zu geben. Es besteht die Sorge, daß infolge von Sättigungserscheinungen der Anstieg der Nachfrage nicht einmal groß genug ist, die Arbeitskräfte zu beschäftigen, die durch den technischen Fortschritt ihren Arbeitsplatz verlieren. Es mag der Zweifel daran hinzukommen, daß eine Korrektur der Einkommensverteilung durchsetzbar sei. Die Belastung des Kostenniveaus durch Lohnsteigerungen werden als weniger gravierend angesehen, weil man auf deren Kaufkrafteffekt hofft.

360. Eine Wirtschaftspolitik, die von solchen Vorstellungen geprägt ist, wird tarifvertragliche Arbeitszeitverkürzung und expansive Haushaltspolitik als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit einsetzen. Zunächst wird durch Tarifverträge die Wochen- und Jahresarbeitszeit deutlich verkürzt. In den folgenden Jahren mag auch die Altersgrenze herabgesetzt werden. Zur Stärkung der Massenkaufkraft werden in der Lohnpolitik Einkommenserhöhungen vereinbart, die noch über das hinausgehen, was in der Status-quo-Prognose angesetzt ist. Dem Staat wird die Aufgabe zugewiesen, durch eine expansive Ausgaben- und Personalpolitik den Arbeitsmarkt zu entlasten. Die Wirtschaftspolitik wird eine zunehmende Staatstätigkeit ansteuern, die durch Kredite zu finanzieren ist. Ein Anstieg des Kostenniveaus wird hingenommen, ebenso dadurch verursachte Preissteigerungen.

361. Gegenüber der Status-quo-Prognose ist diese Alternative im Kern durch folgende abweichende Annahmen gekennzeichnet:

— Die tariflichen Stundenverdienste steigen 1978 um 7 vH, zuzüglich von Nebenleistungen um 7½ vH. Darin ist ein Ausgleich für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und des Jahresurlaubs um 2 vH enthalten.

— Der Staat erhöht seine Ausgaben um 6 Mrd DM mehr als bisher geplant. Ein Teil davon wird verwendet, um 50 000 Personen mehr als derzeit vorgesehen im Staatsdienst zu beschäftigen.

— Die Bundesbank befriedigt den Zentralbankgeldbedarf, der zur Finanzierung des höheren Kostenanstiegs nötig ist.

Vollbeschäftigung durch Wachstum

362. Bringt es die Lohnpolitik im Jahre 1978 zuwege, das Lohnkostenniveau nicht steigen zu lassen, so verbessert sich nicht nur die Rentabilität der bestehenden Anlagen, sondern es werden auch mehr neue Investitionsobjekte rentabel als unter den lohnpolitischen Annahmen unserer Prognose. Die Investitionsnachfrage wird sich dann stärker beleben, weil viele Unternehmen die bislang aufgeschobene Erneuerung und Modernisierung ihrer Anlagen zügiger vornehmen werden. Es ist jedoch schwer abzuschätzen, wie schnell und in welchem Ausmaß die Investoren auch Investitionsvorhaben zur Kapazitätserweiterung in Angriff nehmen. Manche Unternehmen werden noch zögern, weil sie nicht darauf vertrauen, daß die Zurückhaltung in der Lohnpolitik von Dauer ist. Andere mögen noch das Risiko scheuen, im Vorgriff auf einen steigenden Absatz schon heute zu investieren. Die investitionsfördernden Maßnahmen helfen den Unternehmen, die Risikoschwelle zu überspringen. Zudem ist es bei zurückhaltender Lohnpolitik keineswegs so, daß die Investoren an Absatz einbüßen, was sie an Kosten sparen.

363. Gewiß, die niedrigeren Lohnsätze bedeuten — für sich genommen —, daß den Arbeitnehmern weniger Nettolöhne ausgezahlt werden. Änderte sich weiter nichts, wären es rund 6 Mrd DM weniger als unter den Annahmen der Prognose. Das gesamte verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, in dem auch die Sozialeinkommen, die Vermögenseinkommen und die Gewinnentnahmen der Selbständigen enthalten sind, erhöhte sich dann um knapp 1 vH weniger. Dieser Unterschied verringert sich, wenn die Unternehmen dank der Verminderung des Lohnkostendrucks auf geplante Entlassungen verzichten oder Arbeitskräfte einstellen. Er verschwindet sogar ganz, wenn man den Realwert der Einkommen betrachtet.

364. Bei nach wie vor scharfem Wettbewerb bedeuten niedrigere Lohnkosten auch niedrigere Preise. In der Industrie unterschreitet der Anstieg der Stundenlöhne sogar den Produktivitätsfortschritt, so daß dort die Lohnstückkosten sinken. Die Unternehmen werden ihre Preise senken müssen oder weniger anheben können. Der Spielraum für Preiserhöhungen wird jedenfalls enger werden. Größere Stabilität des Kostenniveaus wird die Aufwertung der D-Mark tendenziell verstärken. Importgüter

Tabelle 35

Zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1978

Status-quo-Prognose und Alternativen

Veränderung gegenüber 1977 in vH

	Status-quo-Prognose	Alternative I	Alternative II
Kennzeichen:			
Steigerung der tariflichen Stundenlöhne	+ 5	+ 3	+ 7
Verkürzung der Arbeitszeit	— ½	— ½	— 2
Steigerung der Staatsausgaben	+ 8	+ 8	+ 9½
Entstehung des Sozialprodukts			
Erwerbstätige	± 0	+ ½	+ ½
Arbeitszeit [1]	+ 0	+ ½	— 2
Produktivität	+ 3½	+ 3½	+ 4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970	+ 3½	+ 4½	+ 2½
Verwendung des Sozialprodukts			
In Preisen von 1970:			
Privater Verbrauch	+ 3	+ 3½ bis 4	+ 2
Staatsverbrauch	+ 3	+ 3½	+ 4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5	+ 7	+ 3
Ausrüstungen	+ 4	+ 7	+ 2
Bauten	+ 5½	+ 7	+ 4½
Ausfuhr	+ 5	+ 5	+ 5
Einfuhr	+ 5	+ 5½	+ 4½
Bruttosozialprodukt	+ 3½	+ 4½	+ 2½
Preisentwicklung			
Privater Verbrauch	+ 3½	+ 2½ bis 3	+ 4½
Bruttosozialprodukt	+ 3½	+ 2½	+ 4½
Verteilung des Volkseinkommens			
Bruttoeinkommen			
aus unselbständiger Arbeit	+ 7	+ 6	+ 7
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8	+ 10	+ 8
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	+ 7	+ 7	+ 7½
Nettoeinkommen			
aus unselbständiger Arbeit [2]	+ 7½	+ 6½	+ 7½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 13½	+ 16	+ 14
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [3]	+ 7	+ 6½	+ 7

[1] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
[2] Nettolohn- und -gehaltssumme.
[3] Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

verbilligen sich dadurch; für die Importeure bedeutet dies niedrigere Einstandskosten, und für die inländischen Produzenten, mit denen ausländische konkurrieren, schärferen Wettbewerb. Je mehr die Beruhigung des Preisklimas die Erwartung bestärkt, daß sich der abnehmende Trend in den Preissteigerungsraten fortsetzt, desto niedriger können auch die Zinsen sein, weil der Aufschlag für den Geldwertschwund abnimmt, den der Kapitalgeber fordert. Das mindert den Kostenanstieg zusätzlich. Alles in allem rechnen wir damit, daß die industriellen Erzeugerpreise im ganzen stabil bleiben.

Die Verbraucherpreise werden dagegen noch etwas steigen, weil der Handel und die Dienstleistungsunternehmen den verbleibenden Kostenanstieg nicht voll durch Produktivitätsfortschritte ausgleichen können und ihre Gewinnmargen durch Preisanhebungen aufrecht zu erhalten versuchen. Zudem verteuert sich die Lebenshaltung durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Zu der Annahme stabiler Erzeugerpreise paßt jedoch, daß die Verbraucherpreise Ende 1978 um nicht mehr als 2 vH höher sind als Ende 1977. Da diese Marke nicht sofort, sondern erst nach und nach im Laufe des Jahres erreicht wird, beläuft sich die Teuerungsrate im Durchschnitt des Jahres 1978 gegenüber dem des Jahres 1977 noch auf 2½ vH bis 3 vH, gegenüber 3½ vH in der Prognose (Tabelle 35).

Der Rückgang der Inflationsrate macht nicht nur das Minus bei den Arbeitnehmereinkommen kleiner, er wertet auch die übrigen Einkommen der privaten Haushalte auf. Der Realwert des verfügbaren Einkommens insgesamt fällt nicht kleiner als in unserer Prognose aus, auch dann schon, wenn man die Zunahme der Beschäftigung außer acht läßt. Der Realwert der Geldvermögen, die die Haushalte für den Kauf von Gütern verwenden können, ist ohnedies größer.

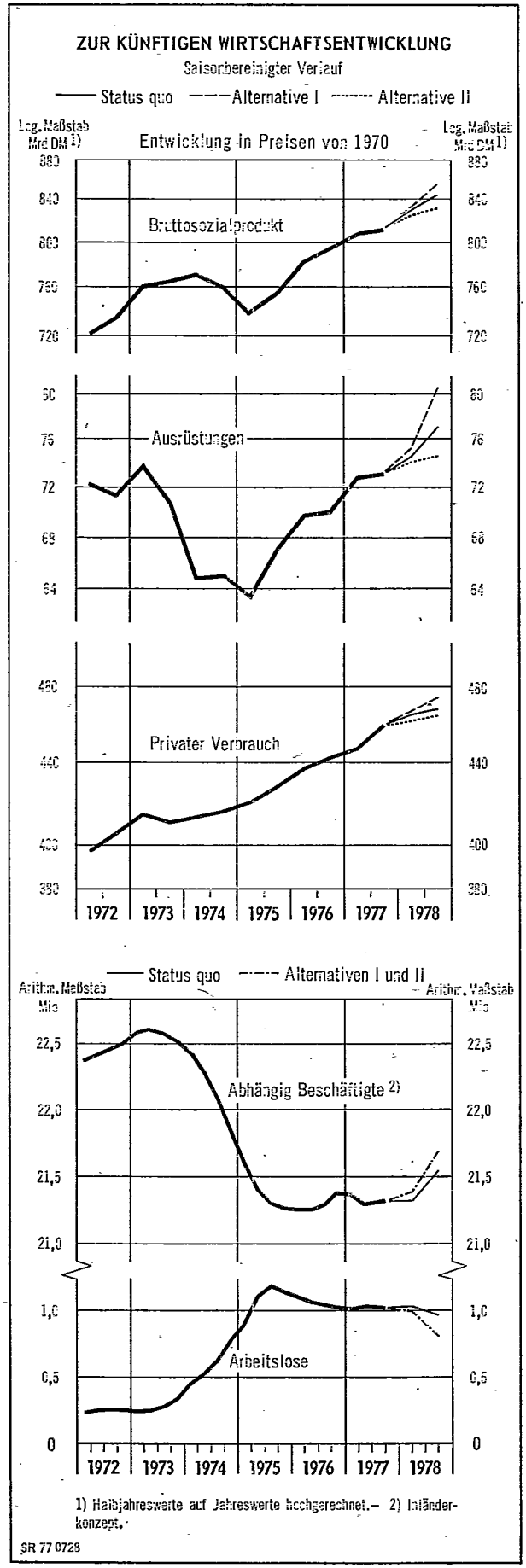
365. Es spricht viel dafür, daß sich aus dem Zusammenspiel von geringeren Lohnzuwächsen und niedrigeren Inflationsraten eine höhere Nachfrage der privaten Haushalte ergibt. Die Ausgabenquote, das Verhältnis von Konsumausgaben zum verfügbaren Einkommen, dürfte etwas höher als bei unserer Prognose sein. Zwar wird ein Teil der Haushalte, deren Einkommen nicht aus Löhnen und Gehältern rührt, darauf verzichten, die Einsparungen, die ihnen der Rückgang der Teuerungsrate bringt, auf den Kauf von mehr Gütern zu verwenden; für die Rentnerhaushalte, denen ihr Einkommen vielfach keinen großen Spielraum bei der Entscheidung über Verbrauch und Ersparnis läßt, ist dies jedoch im allgemeinen kaum zu erwarten, zumal die Rentenanpassung 1978 verschoben ist. Viele Arbeitnehmer, die für 1978 Ausgaben schon fest eingeplant haben, werden auch dann an ihren Kaufplänen festhalten, wenn die Lohnerhöhungen geringer ausfallen. Andere Arbeitnehmer, die ihre Einkommenserwartungen enttäuscht sehen, mögen darauf verzichten, sich zu Lasten ihrer künftigen Einkommen zu verschulden. Dem steht allerdings gegenüber, daß mit dem Rückgang der Inflationsraten auch die Zinsen sinken. Die Verschuldungsbereitschaft wird darüber hinaus gestärkt, wenn bei günstigem Konjunkturverlauf das Beschäftigungsrisiko abnimmt und sich die Arbeitnehmer sicherer fühlen, daß sie ihre Verpflichtungen aus ihren künftigen Einkommen bestreiten können. Davon profitiert nicht nur die Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern, sondern auch die nach Wohnbauten.

366. Werden die Löhne nicht über den Produktivitätsfortschritt hinaus erhöht, kommt es also selbst auf kurze Sicht nicht zu einem Ausfall an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Sowohl die reale Nachfrage der Investoren als auch die der Konsumenten fallen von Anfang an höher aus, als wir in unserer Prognose angenommen haben. Es bleibt jedoch nicht bei diesem einmaligen Impuls. Mehr Absatz wird auch jene Investoren, die erst das Signal einer nachhaltigen Belebung der Nachfrage abwarten wollen, veranlassen, die verbesserten Investitionsbedingungen zu nutzen. Mehr Absatz bedeutet aber auch mehr Produktion, mehr Beschäftigung und mehr Einkommen und damit einen erneuten Anstieg des privaten Verbrauchs. So treiben sich Investitionen und privater Verbrauch gegenseitig an, zumal die Unternehmen nicht nur für die laufende Nachfrage produzieren, sondern auch ihre Läger aufstocken werden, die sie aus Vorsicht bislang meist klein gehalten haben. Da dieser Prozeß der Selbstverstärkung erst im Verlauf des Jahres einsetzt, wird er in den Jahresdurchschnittszahlen nicht voll sichtbar. Der private Verbrauch dürfte um knapp 1 vH, die Ausrüstungsinvestitionen dürften um 3 vH höher als in unserer Prognose sein. Was wir bereits 1978 an konjunktureller Dynamik erwarten, läßt sich besser an dem Anstieg vom ersten zum zweiten Halbjahr ablesen: die Ausrüstungsinvestitionen werden doppelt so stark steigen wie in unserer Prognose (Schaubild 29).

367. Es sei betont, daß diese quantitativen Angaben nur die Richtung der von uns erwarteten Entwicklung angeben, und keine übertriebene Genauigkeit vortäuschen sollen. Gemessen an der Kraft früherer Aufschwünge sind unsere Erwartungen keineswegs hoch. Wir räumen jedoch ein, daß es möglicherweise länger dauert, bis sich der Wandel der mittelfristigen Investitionsbedingungen in den konkreten Investitionsentscheidungen niederschlägt.

Besonders groß sind die Schätzrisiken bei der Frage, wie die Aussichten auf mehr Wachstum und Stabilität die deutsche Wettbewerbsposition im Auslandsgeschäft berührt. Man könnte für möglich halten, daß ein übergroßer Vorschuß an Vertrauen seitens der ausländischen Kapitalanleger den Wechselkurs so stark in die Höhe treibt, daß der Druck des Wechselkurses auf das inländische Preisniveau größer wird, als es der Entlastung beim Kostenniveau entspricht. So wenig man eine solche Entwicklung, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft vorübergehend schwächen würde, ausschließen kann, so sehr sollte man auch auf die Faktoren achten, die dem entgegenwirken. Der Anstieg der Binnennachfrage vergrößert auch den Importbedarf. Der Überschuß der Leistungsbilanz verringert sich und eine höhere Nachfrage

Schaubild 29



nach Devisen absorbiert einen Teil des Devisenangebots. Wir gehen in unserer Rechnung davon aus, daß sich der Aufwertungsdruck, den wir schon in unserer Prognose unterstellt haben, nicht so verstärkt, daß die Stabilisierung des Kostenniveaus den Exporteuren überhaupt keinen Vorteil bringt. Allerdings werden diese vorerst eher versuchen, ihre stark geschrumpften Gewinnmargen wieder auszuweiten, als durch Preissenkungen ihren Anteil auf den Weltmärkten zu vergrößern. Wir erwarten daher keinen zusätzlichen Anstieg der Exporte, wohl aber indirekt eine Festigung der Investitionsneigung in den Exportindustrien.

368. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigt somit schwächer an, als die Binnennachfrage allein. Es kommt hinzu, daß ein Teil der Mehrnachfrage durch zusätzliche Importe gedeckt wird. Die inländische Produktion dürfte ihr Vorjahresniveau aber immer noch um 4½ vH übertreffen und damit um 1 vH größer sein als unter den Annahmen unserer Prognose. Auch hier unterzeichnet die Jahreszahl die tatsächliche Dynamik. Der Anstieg des realen Sozialprodukts vom ersten zum zweiten Halbjahr beträgt auf Jahresrate hochgerechnet 6 vH.

369. Einen Teil der Mehrproduktion können die Unternehmen ohne zusätzliche Arbeitskräfte erstellen, indem sie Produktivitätsreserven ausschöpfen. Andererseits nimmt bei nachlassendem Lohnkostendruck der Zwang zu Personalfreisetzungen ab, und die Unternehmen werden auch dann, wenn die Nachfrage zunächst noch zurückbleibt, eher bereit sein, ihre Belegschaft zu halten. Das mindert das Produktionsergebnis je Beschäftigten. Hinzu kommt, daß bei geringeren Löhnen auch weniger produktive Tätigkeiten rentabel sind. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt wird der Anstieg der Arbeitsproduktivität somit nur wenig höher sein, als wir es unter den Bedingungen der Prognose erwarten. Dennoch wird sich der Abbau der Arbeitslosigkeit nur allmählich vollziehen; erst in der zweiten Jahreshälfte wird die Millionengrenze deutlich unterschritten. Denn ein Teil der zusätzlichen Stellen wird von Arbeitskräften besetzt werden, die derzeit der stillen Reserve zuzurechnen sind.

370. Zusätzlicher Absatz und größere Gewinnmargen verbessern die Ertragslage der Unternehmen. Wir erwarten jedoch keineswegs eine Gewinnexplosion. Während die Lohnsumme trotz niedrigerer Lohnsätze infolge der Beschäftigungszunahme um 6 vH höher sein wird, steigen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 10 vH. Daß dieser Zuwachs nicht größer ist, beruht auf unserer Erwartung, daß der Wettbewerb die Unternehmen dazu zwingt, einen Teil der Kostenentlastung in den Preisen weiterzugeben.

Die Reallohnposition der Arbeitnehmer, an der wir die Veränderung der Einkommensverteilung ablesen, verringert sich um 1½ vH. Sie ist damit immer noch um annähernd 8 vH höher als Ende der sechziger Jahre.

371. Im ganzen ergibt sich gegenüber der Status-quo-Prognose folgende Bilanz der angenommenen Lohnzurückhaltung:

- Der einzelne Arbeitnehmer erhält im Jahre 1978 im Durchschnitt 1,5 vH weniger Nettolohn. Da der Anstieg der Verbraucherpreise um 0,8 vH niedriger ist, verringert sich der Ausfall an Kaufkraft auf 0,7 vH.
- Die übrigen Einkommen der privaten Haushalte, deren Anteil am verfügbaren Einkommen über 50 vH ausmacht, erhöhen sich der Kaufkraft nach um 0,8 vH.
- Die höhere Produktion bringt auch mehr Beschäftigung und mehr Lohneinkommen, verringert allerdings das Arbeitslosengeld. Insgesamt fällt das reale verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um 0,5 vH größer aus. Der private Verbrauch ist um 0,8 vH höher, weil die Ausgabenquote steigt.
- Die Lohnstückkosten ermäßigen sich um 2 vH; auch die Importkosten und die Zinsen sind niedriger.
- Die Preise steigen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 1 vH weniger.
- Die Ertragslage der Unternehmen verbessert sich nicht nur infolge der Ausweitung der Gewinnmargen, sondern auch durch die Erhöhung des Absatzes.
- Der Staat spart durch den geringeren Lohn- und Preisanstieg Mittel ein, die er an anderer Stelle ausgeben kann. Die Steuereinnahmen bleiben nahezu konstant: Mindereinnahmen bei der Lohnsteuer werden durch Mehreinnahmen bei den Gewinnsteuern und den Verbrauchsteuern wettgemacht.
- Das Defizit der Rentenversicherung erhöht sich; bei unveränderten Ausgaben kommt es infolge der geringeren Lohnsteigerungen zu Einnahmeausfällen.
- Der Ausgabenüberschuß der Bundesanstalt für Arbeit vermindert sich, da die Einsparungen bei der Arbeitslosenunterstützung die Beitragsausfälle überwiegen.

372. Für die Beurteilung des Weges „Vollbeschäftigung durch Wachstum" ist nicht nur bedeutsam, was das Jahr 1978 an zusätzlicher Produktion und zusätzlicher Beschäftigung bringt. Wichtiger ist, daß ein Pfad eingeschlagen wird, der mittelfristig zu Vollbeschäftigung zurückführen kann. Die wirtschaftliche Entwicklung vom ersten zum zweiten Halbjahr 1978 kann als Basis für die Gewinnung einer mittelfristigen Perspektive dienen, selbst wenn man berücksichtigt, daß die konjunkturellen Auftriebskräfte infolge der Anstoßeffekte des massiven finanzpolitischen Impulses überzeichnet sind. Zieht man die Zunahme von Sozialprodukt und Investitionen über das Jahr 1978 hinaus bis 1981 aus, so könnte das Sozialprodukt jährlich um 5 vH zunehmen. Die treibende Kraft wären dabei die privaten Investitionen; es bestünde die berechtigte Hoffnung, daß die bestehende Arbeitsplatzlücke auf mittlere Sicht geschlossen wird. Dadurch wäre gewährleistet, daß bei steigender Nachfrage nicht nur die vorhandenen Kapazitätsreserven genutzt werden, sondern daß auch das Wachstum des Produktionspotentials von gegenwärtig nicht einmal 3 vH auf 4 vH angehoben wird. Der Aufbau neuer Kapazitäten, bevor die vorhandenen ausgeschöpft sind, machte eine inflationsfreie Expansion der Nachfrage möglich.

Das Expansionstempo könnte etwas gebremst werden, wenn im Ausland die Wachstumsprobleme ungelöst bleiben, so daß die Bundesrepublik einen Vorlauf hätte. Die dadurch ausgelöste Tendenz zur Passivierung der Leistungsbilanz wäre hinzunehmen.

373. Möglich wird ein von den privaten Investitionen getragenes Wachstum nur, wenn der lohnpolitische Kurs, wie er 1978 eingeleitet werden soll, auch über das kommende Jahr hinaus beibehalten wird. Dies heißt: Die Lohnpolitik schätzt den vom Anstieg der Arbeitsproduktivität geschaffenen Verteilungsspielraum so lange vorsichtig ein, bis die Arbeitslosigkeit abgebaut ist. Möglich wird ein solches Wachstum darüber hinaus auch nur, wenn der Staat seine erneut gestiegenen Defizite schrittweise konsolidiert. Das sollte bei dem wieder stärkeren Wachstum des Produktionspotentials nicht übermäßig schwerfallen.

374. Gelingt es in den nächsten Jahren, bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion eine Zuwachsrate von jährlich 5 vH zu erreichen, wird auch ein hoher Beschäftigungsstand wieder möglich. Bei einem mittelfristigen Anstieg der Arbeitsproduktivität von 4 vH bis 4½ vH, wie er von Mitte der sechziger Jahre bis heute zu beobachten war, würde sich die Anzahl der Erwerbstätigen um etwa 200 000 je Jahr erhöhen; stellt man in Rechnung, daß sich der Produktivitätsanstieg in den letzen Jahren verlangsamt hat, könnte die Zunahme der Beschäftigung auch höher ausfallen. Auch unter der weniger günstigen Annahme wäre die Arbeitslosigkeit bis 1981 zu einem großen Teil abgebaut. Dabei ist berücksichtigt, daß bis dahin rund 400 000 Arbeitnehmer neu ins Berufsleben eintreten, aber auch, daß infolge des Anwerbestopps für ausländische Arbeitnehmer weniger Ausländer zuwandern als abwandern.

Vollbeschäftigung durch mehr Staat und weniger Arbeit

375. Bei der Analyse der kurzfristigen Wirkungen dieses Weges ist abzuwägen, ob die staatliche und private Nachfrage ausreicht, das zwar verminderte, aber auch teurere Arbeitsangebot besser zu beschäftigen.

Die Verteuerung des Faktors Arbeit wird mit hoher Wahrscheinlichkeit die Investitionsneigung auch dann lähmen, wenn es den Unternehmen gelingt, ihre Gewinnmargen durch Preiserhöhungen zu halten. Die Jahre 1969 bis 1974 haben die Unternehmen gelehrt, daß sie die Verlierer sind, wenn die Löhne die Preise und diese wiederum die Löhne

treiben, weil letztlich eine Stabilisierungskrise unvermeidlich wird, die bei dann hohen Löhnen und Zinsen die Preiserhöhungsspielräume beschneidet und die Gewinne drückt. Die Unternehmen werden daher nicht nur Erweiterungsinvestitionen unterlassen, sondern zum Teil auch weiter zögern, ausgediente Anlagen zu ersetzen. Stattdessen werden sie dazu neigen, Geldvermögen zu bilden und im Ausland zu investieren. Bei der Investitionstätigkeit werden Rationalisierungsmaßnahmen weiterhin im Vordergrund stehen, zumal man auf diese Weise versuchen wird, die Verkürzung der Arbeitszeit aufzufangen.

376. Die stärkere Anhebung der effektiven Stundenlöhne führt nicht zu einem entsprechenden Anstieg der Lohnsumme. Die Unternehmen werden nur einen Teil der Arbeitszeitverkürzung durch eine Vergrößerung der Belegschaft ausgleichen, selbst wenn man ihnen durch tarifliche und gesetzliche Regelungen den Ausweg zu mehr Überstunden verwehrt. Wir nehmen an, daß die Hälfte durch die Ausschöpfung von Produktivitätsreserven und die andere Hälfte durch eine Zunahme der Beschäftigung aufgefangen wird. Dies ist — verglichen mit den Ergebnissen von Unternehmensbefragungen zur personalpolitischen Reaktion auf Arbeitszeitverkürzungen — noch eine durchaus optimistische Annahme (Ziffer 263).

377. Dies für sich genommen führt dazu, daß das verfügbare Lohneinkommen der Arbeitnehmer, die zusätzlich Beschäftigten eingerechnet, nominal um 1 vH, und das verfügbare Einkommen insgesamt um ½ vH höher als unter den Bedingungen unserer Prognose ist. Seiner Kaufkraft nach ist es wegen des stärkeren Geldwertschwunds niedriger; für die Haushalte mit nominal unveränderten Sozialeinkommen und Einkommen aus Geldvermögen ergeben sich Realeinkommenseinbußen, den Arbeitnehmern nimmt der kräftigere Preisanstieg mehr als das, was sie durch höhere Löhne an Kaufkraft gewinnen. Zudem sinkt die Kaufkraft der Geldvermögensbestände.

378. Bei der Schätzung der Inflationsrate ist berücksichtigt, daß sich die Verteuerung der Arbeitsstunde nicht voll im Kostenniveau niederschlägt, weil sie zum Teil durch zusätzliche Rationalisierungsmaßnahmen aufgefangen wird. Andererseits können die Unternehmen Kostensteigerungen leichter überwälzen, weil die Bundesbank mehr Geld bereitstellt. In der Erwartung, daß ihnen der Staat durch Mehrausgaben Absatzeinbußen erspart, dürften die Unternehmen überdies dazu neigen, Preiserhöhungsspielräume stärker auszuschöpfen und so ihre Gewinnmargen zu verbessern. Wir erwarten, daß unter den Bedingungen dieser Alternative die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe im Durchschnitt des Jahres 1978 etwa 4½ vH betragen wird, die Erhöhung der Mehrwertsteuer wiederum eingeschlossen.

379. Die Ausgabeneigung der privaten Haushalte dürfte sich unter den Annahmen dieser Alternative wenig ändern. Der private Verbrauch wird somit durch die Verringerung des Realeinkommens gedämpft. Im Vergleich zu unserer Prognose sind damit die Unternehmen nicht nur mit einem höheren Kostenniveau belastet, sondern sie haben auch einen geringeren Absatz. Anders als in der ersten Alternative, aber auch anders als in der Prognose, werden sich privater Verbrauch und Investitionen nicht wechselseitig verstärken. Der gegenüber der Prognose erhöhte finanzpolitische Impuls bietet zwar eine Stütze, verliert aber an Wirkung, weil ein Teil der von ihm ausgelösten Nachfrage von steigenden Inflationsraten aufgezehrt wird. Das reale Sozialprodukt wird nur um 2½ vH höher als 1977 sein, der Anstieg verlangsamt sich überdies im Verlauf des Jahres.

380. Gleichwohl nimmt die Anzahl der Beschäftigten zu, weil der Effekt der Arbeitszeitverkürzung zunächst noch den Verlust an Nachfrage und Produktion übersteigt. Soweit die höhere Beschäftigung dadurch zustande kommt, daß die Unternehmen wegen der Arbeitszeitverkürzung auf Entlassungen verzichten, ist eine solche Entwicklung auch plausibel. Mit zusätzlichen Neueinstellungen werden sie sich angesichts der wachsenden Unsicherheit jedoch zurückhalten. Statt ihre Produktion zu steigern, werden viele ihre Auftragsbestände strecken und dort, wo die Nachfrage drängt, eher ihre Preise verstärkt erhöhen. Das Arbeitsplatzrisiko ist somit zwar etwas kleiner, die Einstellungschancen aber sind schlechter.

381. Wird dieser Weg über 1978 hinaus begangen, so ist zu befürchten, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr die Beschäftigungswirkungen einer schwachen Nachfrage auffängt. Es besteht die Gefahr, daß die Produktion eingeschränkt wird und der Ausfall von Verbrauchsnachfrage die ohnehin schon gedämpfte Investitionsneigung weiter schwächt. Die Expansion von Nachfrage und Produktion wird sich dann auch bei massiven Konjunkturprogrammen abschwächen, und ein Abgleiten in die Rezession ist nicht ausgeschlossen.

382. Dies heißt nicht, daß eine Wirtschaftspolitik von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, die sich auf ein mittelfristiges Wachstum des Sozialprodukts von 2½ vH beschränken will und die in dem Ausmaß die Arbeitszeit verkürzt, in dem der Anstieg der Arbeitsproduktivität über diese Zuwachsrate hinausgeht. Es ist auch mit einem solchen Weg vereinbar, daß der Staat seinen Anteil am Produktionspotential erhöht, um den Bürgern zumindest nicht weniger öffentliche Güter bereitstellen zu können, als es bei größerem Wachstum möglich wäre.

Eine Illusion ist es aber, daß auf diesem Weg die negativen Beschäftigungsfolgen dauerhaft überspielt werden können, die von einem überhöhten Kostenniveau ausgehen.

383. Denn: der Bedarf an Lohnzurückhaltung ist bei diesem Weg nicht kleiner als bei dem alternati-

ven, der die Vollbeschäftigung durch Wachstum zu erreichen sucht. Zwar werden weniger Investitionen und damit weniger Gewinnanreize benötigt, um das angestrebte — geringere — Wachstum möglich zu machen. Der damit gewonnene Spielraum kann jedoch nicht sowohl von der Lohnpolitik als auch zugleich vom Staat genutzt werden, der, indem er seine dauerhafte Verschuldung vergrößert, private Investoren verdrängt. Sich widersprechende Ansprüche durch mehr Inflation zu harmonisieren, das heißt die Löhne durch stärker steigende Preise zu entwerten, wäre, wie die Erfahrung gelehrt hat, nur scheinbar eine Hilfe und ist auch bei diesem Weg nicht gewollt.

384. Kommt es zu der notwendigen Lohnzurückhaltung, dann läßt sich auch durch den Verzicht auf Wachstum zugunsten von mehr Freizeit Vollbeschäftigung erreichen. Bei einem jährlichen Anstieg des Sozialprodukts um 2½ vH würde das Realeinkommen je Erwerbstätigen aber immer weiter hinter dem bei der ersten Alternative erzielbaren zurückbleiben. Auch eine bessere Versorgung der Bürger mit öffentlichen Gütern bliebe eine bloße Hoffnung. Der Staat nähme zwar einen größeren Anteil des Produktionspotentials für die Bereitstellung öffentlicher Güter in Anspruch, das Potential wäre aber wesentlich kleiner. Wenn die Verschuldung des Staates und mit dieser die Zinslast nicht Jahr für Jahr größer werden soll, müßte entweder bei der Versorgung mit öffentlichen Gütern weiter zurückgesteckt, oder es müßte die Abgabenquote weiter erhöht werden. Die Folge wäre im letzten Fall ein noch geringerer Anstieg der Nettoeinkommen. Hier hätten die Bürger zu wählen.

385. Eine Lohnpolitik und eine Wirtschaftspolitik, wie sie unserer Status-quo-Prognose zugrunde liegen, bewegen sich zwischen den beiden beschriebenen Alternativen. Die Finanzpolitik hat ihren Spielraum genutzt. Über Steuersenkungen für die privaten Haushalte und eine verstärkte Ausweitung der Staatsausgaben erhält die Nachfrage einen kräftigen Schub. Wachstumspolitische Maßnahmen haben nur ein geringes Gewicht. Die Lohnpolitik forciert den Kostendruck zwar nicht, sie verbessert aber auch nicht die Kosten-Erlös-Relationen. Für die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand ist damit wenig gewonnen. Am Jahresende 1978 werden Staat und Tarifvertragsparteien möglicherweise feststellen, daß für den Abbau der Arbeitslosigkeit ein weiteres Jahr vertan ist. Die Entscheidungen, die jetzt unterlassen werden, müssen dann nachgeholt werden. Bei dem hohen Defizit hat der Staat dann aber kaum ein weiteres Mal die Möglichkeit, durch eine kräftige Ausweitung des finanzpolitischen Impulses der Konjunktur einen weiteren Anstoß zu geben.

III. Wirtschaftspolitik für 1978 und danach

386. Die wichtigsten Probleme der einzelnen Bereiche der Wirtschaftspolitik sind eingehender zu erörtern, vor allem solche, aber nicht nur solche, die alsbald Entscheidungen verlangen. Dabei lassen wir uns in erster Linie von Fragen leiten, die eine Strategie der Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum aufwirft.

Lohnpolitik

387. In einer ganzen Reihe von Industrieländern ist in den vergangenen Jahren eine Korrektur an der Entwicklung der Reallöhne erreicht worden, teilweise sogar eine Senkung der Reallöhne. In der Bundesrepublik, wo wegen der im Durchschnitt hohen Produktivität Spitzenlöhne gezahlt werden, schien es eine Zeitlang, als ob die mäßige Korrektur der Einkommensverteilung, die 1976 stattfand und an die sich die Hoffnung knüpfte, eine aggressive Lohnpolitik werde sich vorläufig nicht wiederholen, auf der Kostenseite den Boden für eine kräftige Investitionskonjunktur bereitet hätte. Diese Vorstellung ist einer pessimistischeren Einschätzung der Situation gewichen.

388. Die Gewerkschaften können darauf verweisen — und tun es auch —, daß die Löhne 1977 etwa in dem Maße gestiegen sind, wie es den vorherrschenden Vorstellungen derer entsprach, die sich zu Beginn der Lohnrunde in Prognosen, Zielprojektionen und Ratschlägen zur künftigen Lohnentwicklung geäußert hatten. Wenn jetzt im Zusammenhang mit der konjunkturellen Stockung abermals eine Verschlechterung der Ertragslage in der Wirtschaft entstanden sei, so könne dies keineswegs der Lohnpolitik 1977 angelastet werden.

Dem kann man nicht viel entgegenhalten. Nur, dies hilft bei der nächsten Lohnrunde nicht weiter. Wenn die Reallöhne falsch sind, also nicht zu mehr Beschäftigung passen, so würde sich daran nicht deshalb etwas ändern, weil die vorherrschende Meinung anders gelautet hat. Daß die Löhne entsprechend der Zielprojektion der Bundesregierung steigen, ist für die Unternehmen ja kein Grund zum Investieren.

389. Es muß ein Weg gefunden werden, in der Lohnpolitik zu einer Kursänderung zu kommen. Die Diskussion um den „optimalen Lohn", der dem Kaufkraftargument und dem Kostenargument gleichermaßen Rechnung tragen soll, führt nicht weiter.

Die Einsicht, daß mittelfristig ein Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung besteht, ist im Grunde nicht gering, auch bei den Gewerkschaften nicht. Das Problem ist, die Einsicht in den Mittelfristig unbestreitbaren Zusammenhang auch in Entscheidungen für die nächste Zukunft umzusetzen. Die Scheu, dies zu tun, beruht offenbar nicht zuletzt auf der Furcht, im Verteilungskampf unnötig an Boden zu verlieren. Das Kaufkraftargument scheint eine analytische Stütze zu geben, das mittelfristig Notwendige immer wieder zu vertagen. Das führt jedoch in eine Sackgasse. Auf diese Weise kann man zu Löhnen, die zu Vollbeschäftigung passen, nicht kommen.

An anderer Stelle dieses Gutachtens haben wir ausführlich dargelegt, warum das Kaufkraftargument in die Irre leitet. Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum ist nur möglich, wenn der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung auch kurzfristig respektiert wird. Wir haben zu zeigen versucht, daß Lohnzurückhaltung ein Weg ist, auf dem man, ohne hinsichtlich der realen Kaufkraft Sorgen haben zu müssen, auf die günstigen Wirkungen setzen kann, die ein niedrigeres Kostenniveau auf die Menge der rentablen Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten haben wird. Selbst wenn sich diese günstigen Wirkungen, auf die Investitionen insbesondere, stärker verzögern sollten, als wir annehmen, bleibt dieses Urteil richtig. Strenger: Den Weg der Lohnzurückhaltung zu gehen, halten wir auch dann für angezeigt, wenn es 1978 noch nicht zu der stärkeren Entlastung am Arbeitsmarkt kommen sollte, die wir unter den Annahmen der Alternative I vorausgeschätzt haben.

390. Dem Sachverständigenrat ist oft dargelegt worden, daß Lohnpolitik nicht in erster Linie eine Frage des ökonomischen Kalküls, sondern eine Frage der Macht sei. Das mag so sein. Nur, es hat ja am Arbeitsmarkt keine Seite soviel Macht, daß sie Preis und Menge, Lohn und Beschäftigung zugleich festlegen könnte. Und auch der Staat kann sich die Verantwortung für das Problem der Menge, sprich der Beschäftigung, das aus einem falschen Lohn erwachsen muß, nicht zuschieben lassen. Er hat nicht die Mittel, es zu lösen.

Ebensowenig führt der Hinweis auf die Vermachtung der Märkte, auf die strukturelle Arbeitslosigkeit und auf den Einfluß der Auslandskonkurrenz an der Tatsache vorbei, daß hinsichtlich der dauerhaften Wirkungen auf den Beschäftigungsstand das Lohnniveau nun eben die einzige Größe ist, die zugleich große Bedeutung hat und kurzfristig verändert werden kann.

391. Eine starke Zurücknahme der Steigerungssätze in den Lohntarifverträgen läßt sich auch aus anderen Überlegungen heraus begründen und als vertretbar kennzeichnen.

Die lohnpolitische Vorwegnahme von Preissteigerungen, die für unvermeidlich gehalten werden, obwohl erst diese Vorwegnahme die Kostensteigerungen schafft, die dann durch Preissteigerungen eingeholt werden müssen, sollte aufhören. Die Inflationsbekämpfung ist weit genug gediehen, jetzt eine im strengen Sinne in bezug auf das Kostenniveau neutrale Lohnpolitik wieder zumutbar erscheinen zu lassen. Die Zeit der sich selbst treibenden Inflation, in der mehr oder weniger alle privaten Haushalte, Unternehmen und Staat, ihre Dispositionen, soweit sie in die Zukunft greifen, von der Erwartung eines weiteren Anstiegs der für sie relevanten Preise bestimmt sein lassen mußten, ist vorbei. Das Niveau der Erzeugerpreise der Industrie ist seit Monaten nicht mehr nennenswert gestiegen. Diese aber geben im Inflationstempo den Schritt an. An ihrer Führungsrolle ändert auch die Tatsache nichts, daß die Preise der übrigen Bereiche im Durchschnitt regelmäßig stärker steigen müssen, weil dort die Chancen des Produktivitätsfortschritts geringer sind. Nichts ist zwingend an der Vorstellung, die neue Tendenz müßte alsbald wieder von einer Tendenz ständiger Preissteigerungen abgelöst werden.

392. Wohlgemerkt: Auch wir erwarten nicht, daß das Preisniveau 1978 dasselbe sein kann wie 1977. Schon bei Jahresende 1977 wird es um etwa 1,2 vH höher liegen als im Jahresdurchschnitt 1977 (Überhang). Außerdem werden vermutlich auch im Verlauf des Jahres 1978 mehr Preise steigen als sinken, sei es, weil Kostensteigerungen der Vergangenheit verzögert auf die Preise durchwirken, sei es, weil die Nachfrage in wichtigen Bereichen bisher nicht ausgereicht hat, „normale" Gewinnmargen am Markt durchzusetzen, und dies nachgeholt werden wird, wenn die Nachfrage weiter zunimmt. Nicht zuletzt ist die Mehrwertsteuererhöhung zum Jahresanfang in Rechnung zu stellen. Nicht alle Anbieter von Waren und Diensten werden zwar in der Lage sein, sie in den Preisen zu überwälzen, doch für den Regelfall muß eine Preisanhebung zunächst als unvermeidlich angenommen werden.

Alles dies sind jedoch keine Preissteigerungen aus allgemeiner Übernachfrage oder inflationsbewußtem Parallelverhalten aller (Inflationsgewöhnung). Sie geben daher keinen Grund her, in den Löhnen einen Ausgleich zu verlangen. Vielmehr würde ein Ausgleich die Entzerrung der Preis- und Einkommensrelationen verhindern oder seinerseits einen neuen Preisschub bewirken. Darin kann kein Sinn liegen.

Dies gilt namentlich hinsichtlich der Frage des Lohnausgleichs für die Preiswirkungen der erhöhten Mehrwertsteuer. Einen Lohnausgleich verlangen heißt verlangen, die zusätzliche Mehrwertsteuer solle aus den Gewinnen der Unternehmen getragen werden. Das ist mit der Steuererhöhung nicht nur nicht gemeint, sondern sicherlich auch nicht ohne negative Rückwirkungen auf die Beschäftigung durchzusetzen.

Da neben der Mehrwertsteuererhöhung zugleich Steuerrechtsänderungen in Kraft treten, die den Arbeitnehmern eine sehr viel größere Entlastung bringen, als die Mehrwertsteuer sie zusätzlich belastet, dürfte sich ein Streit um die endgültige Verteilung der Traglast aus der erhöhten Mehrwertsteuer wohl auch vermeiden lassen.

Kurz: Das Preisniveau wird im Durchschnitt des Jahres 1978 zwar höher sein als im Durchschnitt des Jahres 1977. Doch der Anstieg enthält keine Komponenten mehr, die für die Lohnpolitik relevant sein sollten.

393. Man mag sogar fragen: Wenn Zurückhaltung in der Lohnpolitik beschäftigungspolitisch vorteilhaft ist, wenn ohnehin noch nicht alle Kostensteigerungen der Vergangenheit über Preis- oder Produktivitätssteigerungen verkraftet sind — warum die Löhne überhaupt erhöhen? In der Tat gibt es keinen von vornherein zwingenden Grund, dies zu tun. Darin, daß alle darauf eingestellt sind, jährlich

über neue Lohntarife zu verhandeln, läge er jedenfalls nicht schon. Zu einem Anstieg der Reallöhne könnte es auch bei einem Verzicht auf nominale Lohnsteigerungen kommen; dies wäre dann der Fall, wenn im Verlauf des Jahres das Preisniveau nicht nur nicht mehr stiege, sondern im Zusammenhang mit fortschreitender Produktivitätssteigerung sogar sänke. Dies ist kein Weg der realen Einkommenssteigerung, der sich von selbst verbietet, wenn es auch schwerfallen mag, sich von ihm kurzfristig viel zu versprechen. Aber sogar wenn eine solche reale Einkommenssteigerung der Arbeitnehmer im Verlauf des Jahres ganz ausbliebe oder jedenfalls so gering ausfiele, daß sich im Vergleich der Jahresdurchschnitte für das Reallohnniveau 1978 ein Minus ergäbe, könnte man dies nicht ohne weiteres unvertretbar nennen. Wie erwähnt, sind wichtige andere Länder, darunter die Vereinigten Staaten, den Weg der Reallohnsenkung gegangen, als es galt, ein im Übermaß gestiegenes Kostenniveau zu korrigieren. Und die Vereinigten Staaten sind das beste Beispiel dafür, daß eine rechtzeitige und nachhaltige Verbesserung der Ertragsmöglichkeiten der Unternehmen, die nicht erst von der Nachfrageseite, sondern schon von der Kostenseite her kommt, dem konjunkturellen Aufschwung und der Beschäftigung hilft. Vor allem: Will man das reale Kostenniveau korrigieren, so muß man den Versuch machen, die Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark, die anhalten dürfte, zu unterlaufen. Das heißt, man muß versuchen, mit der Lohnpolitik einen Abstand zwischen der Veränderung der Kosten und der Veränderung der Preise zu erreichen, obwohl die Preise unter dem Aufwertungsdruck stehen, der den Kurs der D-Mark hinauftreibt. Bei einem Verzicht auf Lohnerhöhungen könnte dies jedenfalls dann leichter gelingen, als bei weiter steigenden Löhnen, wenn in einem solchen Falle der Aufwertungsdruck nicht im gleichen Maß zunimmt, wie die Löhne und damit der Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus hinter dem zurückbleibt, was sich sonst ergäbe. Sicher ist das nicht. Immerhin: Die Veränderungen des Wechselkurses zeigen, daß dessen Zusammenhang mit den internationalen Differenzen in der Preisentwicklung enger ist, als der Zusammenhang mit internationalen Unterschieden im Kostenauftrieb (Ziffer 271).

394. Wenn wir trotzdem zögern, den Rat zu geben, die Tariflöhne vorläufig nicht zu erhöhen, so aus folgenden Gründen:

— Erstens: Daß verminderte Lohnkostensteigerungen verminderte Preissteigerungen erwarten lassen darf man unter den gegenwärtigen Marktbedingungen ohne große Einschränkungen behaupten. Doch zumindest kurzfristig kann man nicht im gleichen Maße erwarten, daß Lohnkostensenkungen (hier als Folge von Nominallohnkonstanz trotz Steigerung der Arbeitsproduktivität) Preissenkungen zur Folge haben. Vielfältige Trägheiten und Mängel des Wettbewerbs dürften den Anpassungsprozeß verzögern. Dies ist aus doppeltem Grunde nachteilig. Zum einen: Fällt die Minderpreissteigerung verglichen mit der Minderlohnsteigerung gering aus, so ist die Chance entsprechend gering, daß Lohnzurückhaltung durch den realen Kaufkrafteffekt der Minderpreissteigerung direkt den Absatz im Bereich des privaten Verbrauchs steigert, was ja nur dann der Fall ist, wenn der reale Kaufkrafteffekt zugunsten der Teile des verfügbaren Einkommens, die nicht Lohneinkommen sind, die Schlechterstellung der Bezieher von Lohneinkommen übersteigt. Zum anderen: Eine Ertragsverbesserung der Unternehmen, die besonders kräftig ausfällt, weil Mangel an Wettbewerb im Spiel ist, wird kaum für dauerhaft genommen werden. Entweder werden in der Lohnpolitik Nachholansprüche geltend gemacht, oder der Wettbewerb erzwingt doch noch Preissenkungen, wenn auch verzögert. Nur von dem Teil einer Ertragsverbesserung, den die Unternehmen für einigermaßen dauerhaft halten können, kann man aber einen rasch wirkenden Einfluß auf die Investitionsneigung erwarten.

— Zweitens: Daß verminderte Lohnsteigerungen über verminderte Preissteigerungen eine Aufwertung der Teile des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte bewirken, die nicht aus Löhnen und Gehältern stammen, so daß daraus zusätzliche Nachfrage nach Konsumgütern erwachsen kann, macht die Attraktivität dieses Weges aus. Doch ein Übermaß bringt auch Schwierigkeiten mit sich. Die Aufwertung dieser Einkommen erfordert Gegenbuchungen an anderer Stelle (Ziffer 302). Von Bedeutung sind diese Gegenbuchungen vor allem bei den Sozialversicherungen, deren Einnahmen von der Expansion der Lohn- und Gehaltseinkommen abhängen. Sie würden dauerhaft große Defizite haben, wenn die Lohnsteigerungen nominal dauerhaft geringer blieben, als sie es sonst wären. Der Staat kann solche Defizite zeitweise, aber nicht dauernd abdecken. Der Kraftakt einer weiteren Korrektur der Ansprüche der Rentner oder eine Erhöhung der Sozialabgaben würde dann schon sehr bald unausweichlich.

Man mag diese Gründe unterschiedlich werten. Der zweite etwa fällt nicht stark ins Gewicht, wenn ohnehin angestrebt ist, die Inflationsrate weiter zu senken, ein Verzicht auf Lohnerhöhungen im kommenden Jahr also nur dazu beitrüge, dieses Ziel schneller zu erreichen.

Aus den übrigen Überlegungen heraus, und weil wir eine neue mittelfristige Grundlinie der Lohnpolitik für noch wichtiger halten als eine Einmalkorrektur, empfehlen wir gleichwohl eine Lohnpause nicht. Das heißt nicht, wir hielten für ausreichend begründet, daß sie überwiegend schädlich sein müsse.

395. Unter den gegenwärtig absehbaren Bedingungen und mit besonderem Respekt vor der Tatsache, daß die Tendenz zur Höherbewertung der Mark größere Preiserhöhungsspielräume vorläufig nicht eröffnen wird, raten wir für 1978 zu Lohnabschlüssen, die im strengen Sinne kostenniveauneutral sind. Sie sollten eher noch darunter liegen. Das heißt, die Tarifvereinbarungen wären angemes-

sen, wenn sie im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt höchstens darauf hinausliefen, daß die Bruttoeinkommen je Beschäftigtenstunde — mit anderen Worten: die effektiven Stundenlöhne zuzüglich Lohnnebenkosten je Stunde — um soviel angehoben werden, wie voraussichtlich das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis je Erwerbstätigenstunde zunimmt. (Wegen des Lohnüberhangs am Jahresende 1977 wäre der Abstand zwischen dem Lohnniveau im Jahresdurchschnitt 1978 und dem Lohnniveau im Jahresdurchschnitt 1977 größer.) Der gesamtwirtschaftliche Produktivitätszuwachs wäre vorsichtig einzuschätzen; denn es sollen ja Beschäftigungsmöglichkeiten rentabel werden, die es heute noch nicht sind, und Beschäftigungsmöglichkeiten rentabel bleiben, die es bei stärkerer Lohnsteigerung nicht mehr wären.

Die Reallöhne würden weniger stark steigen als die Produktivität. Die Arbeitnehmer müßten — es sei noch einmal betont — gegen sich gelten lassen, daß auch bei im strengen Sinne produktivitätsorientierten Lohnerhöhungen das Preisniveau 1978 höher sein wird als 1977, sei es aus den Gründen, die unter Ziffer 392 erörtert worden sind, sei es, weil andere Komponenten des Kostenniveaus — Kapitalkosten, Importkosten — das Kostenniveau weiter nach oben treiben können. Einen Lohnausgleich für solchermaßen begründete Preissteigerungen durchsetzen wollen, hieße einer Verbesserung der Beschäftigungssituation lohnpolitisch entgegenarbeiten.

396. Eine im strengen Sinne kostenniveauneutrale Lohnpolitik ist angezeigt, auch wenn Preisniveaukonstanz noch fehlt, so lange Vollbeschäftigung nicht wieder erreicht ist und so lange die Geldpolitik alles dafür tut, daß eine Erhöhung des Preisniveaus auf das unter den Bedingungen einer solchen Lohnpolitik unvermeidliche Maß beschränkt bleibt. Zumindest für das Jahr 1978 ist sie ohne Einschränkung zumutbar; denn es gibt keinerlei Anzeichen für eine Übernachfrage, die einen zusätzlichen Preisschub bewirken würde.

Auch über 1978 hinaus kann man sich mehr Zutrauen zu der wiedergewonnenen Stabilität vorstellen. Eine Kursänderung der Lohnpolitik könnte besonders wirkungsvoll sein, wenn sie die Möglichkeit nutzte, Lohntarifverträge für mehr als ein Jahr abzuschließen. Bei mehrjährigen Verträgen müßten Vereinbarungen über Stufenerhöhungen während der Laufzeit dafür sorgen, daß die Lohnentwicklung nicht zu unstetig wird.

397. Die Ratio einer im strengen Sinne kostenniveauneutralen Lohnpolitik ist nicht, für höhere Gewinne zu sorgen. Ihre Ratio ist, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten rentabel werden zu lassen oder rentabel bleiben zu lassen. Dafür mögen in Teilbereichen höhere Gewinnmargen nötig sein, zumindest zeitweise. Um wieviel höhere, wissen wir nicht. Mit den Löhnen werden die Gewinne ja nicht fixiert. Über sie wird erst im Wettbewerb entschieden. Wir behaupten auch nicht, die zu Vollbeschäftigung passenden Reallöhne zu kennen. Sie müssen am Markt herausgefunden werden. Aber sie können am Markt eben nicht herausgefunden werden, wenn man Produktivitätssteigerung und Preisniveausteigerung als Mindestbestandteile einer Lohnsteigerung vorgibt und verteidigt. Hier hat sich in den vergangenen zehn Jahren eine neue, gesteigerte Form der Inflexibilität durchgesetzt, die überwunden werden muß. Es gehört zum Inflationsdenken, daß jede Veränderung des Preisniveaus für jedermann einen Anspruch auf Einkommensausgleich gewährt. Dadurch werden elementare Korrekturvorgänge erschwert. Den Prozeß der Einkommensbildung im wettbewerbsbestimmten Marktsystem einzubinden in Vorentscheidungen über die Aufteilung gesamtwirtschaftlicher Einkommensgrößen, etwa solcher, wie wir sie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen messen, ist unvereinbar mit dem Anspruch an das Marktsystem, für Vollbeschäftigung zu sorgen. Und doch wird mit dem verbreiteten Lohnquotendenken in der lohnpolitischen Diskussion genau dies immer wieder versucht. Wir bezweifeln, daß für den einzelnen Arbeitnehmer oder den einzelnen Unternehmer die Veränderung der Lohnquote und damit der Quote der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von besonderem Interesse ist. Für die Frage, ob in der Wirtschaft unangemessen hohe Gewinne erzielt werden, kann man an diesen Quoten jedenfalls nichts ablesen.

398. Es ist also mehr Offenheit nötig, im Wettbewerbsprozeß über die Märkte herauszufinden, welches Reallohnniveau zu Vollbeschäftigung paßt. Dies ist selbstverständlich auch mit Risiken verbunden. Es gibt keine Garantie dafür, daß der Wettbewerb zu jeder Zeit scharf genug ist, eine unerwünscht starke allgemeine Gewinnsteigerung zu verhindern. Aber zum einen ist dies gegenwärtig nicht die Sorge. Zum anderen gibt es für die Unternehmen ebensowenig eine Garantie, daß die Nachfrage ausreicht, auch nur normale Gewinne zu erzielen. Es geht also um ein Problem der Risikoteilung. Allerdings: Die Arbeitnehmer würden verteilungspolitisch gegen ihr eigenes Interesse handeln, wenn sie versuchten, konjunkturelle Risiken der gesamtwirtschaftlichen Einkommensschwankungen soweit als möglich den Unternehmen zuzuschieben. Sicherheit hat ihren Preis. Die durchschnittlichen Gewinne in der Volkswirtschaft müßten um so höher sein, je unsicherer sie wären. Wollen die Arbeitnehmer, daß die Wirtschaft mit niedrigen Gewinnen auskommt, so müssen sie selbst nach Möglichkeit dafür sorgen, daß diese weniger unsicher werden, etwa indem sie mehr von den Risiken auf sich nehmen; sie würden damit zugleich ihre Beschäftigungsrisiken vermindern.

Angst vor einer temporären Benachteiligung in der marktbestimmten Einkommensverteilung ist kein guter Ratgeber der Lohnpolitik, und zwar weder in beschäftigungspolitischer noch in verteilungspolitischer Hinsicht. Man kann ihr jedenfalls auf bessere Weise Rechnung tragen: Die Tarifpartner haben die Möglichkeit, einen Tausch Risikoübernahme gegen Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer ausdrücklich zu vereinbaren. Es sieht allerdings nicht danach aus, daß dieser Weg alsbald beschritten wird. So bleibt vorläufig nur die Möglichkeit einer wieder

größeren konjunkturellen Flexibilität der Lohnpolitik. Das Zutrauen hierzu muß größer werden.

399. Es trifft nicht zu, daß die Erfahrung des Jahres 1976 gezeigt hätte, Lohnzurückhaltung bringe für die Beschäftigung nur wenig. Zu stark war der vorausgegangene konjunkturelle Einbruch, zu stark der jahrelange Kostendruck, vermutlich zu gering die anschließende Verteilungskorrektur, zu zögernd die gleichzeitig nötige Zinssenkung, als daß man die anhaltende Investitionsschwäche unerklärlich finden dürfte, von den übrigen ungünstigen Rahmenbedingungen, die an anderer Stelle dieses Gutachtens ausführlich erörtert sind, ganz abgesehen. Gute Gewinnchancen reizen zum Investieren an. Da sollte hinsichtlich der Motivation der Unternehmer kein Zweifel sein.

400. Zurückhaltung bei den tariflichen Lohnsteigerungen im ganzen vergrößert auch den Spielraum für eine Änderung der Lohnrelationen. Die Tarifpolitik hat sich zwar als geeignet erwiesen, Änderungen von Lohnrelationen durchzusetzen, die unter Gesichtspunkten der sozialen Gerechtigkeit angestrebt wurden. Sie tut sich jedoch sehr schwer, Änderungen von Lohnrelationen auch dann tariflich vorzugeben, wenn sie bloßen Markttendenzen Rechnung tragen sollen. Selbst in der Bauwirtschaft, wo seit langem unter allen, die hier den Arbeitsmarkt analysieren, Einverständnis darüber besteht, daß die Facharbeiterlöhne wesentlich stärker angehoben werden müßten als die Löhne für einfache Arbeit, ist dies noch einmal in die Zukunft verschoben worden. Wir ziehen daraus den Schluß, daß eine allfällige Entzerrung bei den Lohnrelationen weitgehend durch eine marktbestimmte Lohndrift zustande kommen, sich also oberhalb der tariflich fixierten Mindestlöhne vollziehen muß; derart daß die Effektivlöhne unterschiedlich stark über die Tariflöhne hinaus steigen. Damit dies nicht zu einem unerwünscht starken Anstieg des Lohnniveaus im ganzen führt, müssen die Tariflohnsteigerungen entsprechend geringer ausfallen. Sie dürfen also nicht an die im Durchschnitt anzupeilende Effektivlohnsteigerung heranreichen. Später mag es dann leichter fallen, eine zunächst marktbestimmte Änderung der Lohnrelationen tariflich einzufangen, indem man für Bereiche, die von einer Lohndrift begünstigt wurden, außerhalb der Regelerhöhung kostenneutrale Vorweganhebungen vereinbart, wie es auch in der Vergangenheit gelegentlich geschehen ist.

Wir sehen durchaus, daß die Gewerkschaften eine solche Strategie nicht zu ihrem Programm erheben können. Das schließt jedoch nicht aus, tatsächlich gelegentlich mehr Raum für eine Entzerrung der Lohnrelationen durch ein Vorlaufen eines Teils der Effektivlöhne zu geben. Sich gegenwärtig bei linearen Lohnsteigerungen mehr an der Arbeitsmarktlage für einfache Arbeit zu orientieren und nicht an der Nachfrage nach den schon wieder knapper werdenden Fachkräften, hieße diesen Weg gehen.

Schwierigkeiten, marktgerechte Lohnrelationen zu verwirklichen, bestehen auch intersektoral. Die Tendenz zu nahezu einheitlichen Steigerungsraten über die Branchen hinweg ist deutlich. Manche Probleme des Strukturwandels würden gemildert, trügen die Lohntarifverträge der jeweiligen Situation in den einzelnen Branchen mehr Rechnung. Tatsächlich aber werden selbst in Branchen und Regionen, in denen sich ein Großteil der Unternehmen an der Grenze der Überlebensfähigkeit befindet, die Löhne ebenso erhöht wie in prosperierenden Bereichen, obwohl nichts Selbstverständliches ist an der Vorstellung, in solchen Fällen die Löhne überhaupt zu erhöhen. Durch eine auf Nivellierung abzielende Lohnpolitik wird in strukturschwachen Bereichen die Freisetzung von Arbeitskräften beschleunigt, ohne daß gegenwärtig in der übrigen Wirtschaft der Sog vorhanden wäre, die Freigesetzten aufzunehmen.

401. Der Bereich, in dem auf sehr direkte Weise ein Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung hergestellt werden könnte, ist der öffentliche Dienst. Eine besonders niedrige Steigerung der Verdienste würde es dem Staat erlauben, für dringliche Aufgaben, die der Konsolidierung der Staatsfinanzen wegen nicht genügend berücksichtigt worden sind, nunmehr zusätzliche Stellen zu schaffen.

Agrarpreispolitik

402. Wie die Lohnpolitik, so sollte auch die Agrarpreispolitik nicht mehr von vornherein davon ausgehen, daß sie für einen Inflationsausgleich, hier bei den Einkommen der Landwirte, zu sorgen habe. Einen unvermeidlichen Anstieg des Preisniveaus in diesem Sinne gibt es nicht mehr. Hinsichtlich der Landwirtschaft ist außerdem zu bedenken, daß die Lage auf vielen Agrarmärkten nach wie vor durch mittelfristige Überschußungleichgewichte gekennzeichnet ist (JG 76 Ziffern 454 ff.). Das heißt nicht, daß die Einkommen der Landwirte eingefroren werden sollen, es heißt nur, daß sich eine Einkommenssteigerung in der Landwirtschaft durch Produktivitätssteigerungen in den Betrieben und im übrigen durch unternehmerischen Erfolg am Markt ergeben müßte. Eine Absicherung der Einkommen durch höhere Marktordnungspreise für landwirtschaftliche Produkte ist also nicht angezeigt.

Einen Nachholbedarf für Preisanhebungen aufgrund eines Zurückbleibens der Marktordnungspreise hinter der allgemeinen Preisentwicklung sehen wir nicht. Für das Wirtschaftsjahr 1977/78 sind die Marktordnungspreise für die Bundesrepublik bereits um durchschnittlich 2 vH angehoben worden. Die Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel lagen zuletzt nur noch um etwa 1 vH über denen des Vorjahres, und von der Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise her ist im nächsten Jahr mit keinem nennenswerten Preisanstieg zu rechnen (Ziffer 234). Auch liegen die administrierten Preise für die Marktordnungsprodukte zusammengenommen nicht so weit unter den Marktpreisen, daß zur Vermeidung von marktpreisbedingten Einkommenseinbrüchen eine Annäherung der administrierten Preise an die Marktpreise erfor-

derlich schiene. Von der Einkommensentwicklung der Landwirte her — die wegen witterungsbedingter Ernteschwankungen nur über den Durchschnitt mehrerer Jahre gesehen werden sollte — erscheint es vertretbar, vorläufig keine Preisanhebungen vorzunehmen. Eine Agrarpolitik, die ihre Preisfestsetzungen und Einkommensbeschlüsse bei stark steigenden Löhnen an den Lohnzuwächsen ausgerichtet hat, kann in Zeiten geringerer Lohnzuwächse entsprechend zurückhaltend sein.

Anhebungen der Marktordnungspreise auf EG-Ebene kann die Bundesregierung im Interesse einer auf den mittelfristigen Marktausgleich orientierten Agrarpolitik Widerstand leisten. Angesichts der rückläufigen, aber im Vergleich zur Bundesrepublik noch immer hohen Inflationsraten in den Mitgliedsländern wird sie Anhebungen aber wohl nicht verhindern können. Eine Anhebung der Marktordnungspreise, gemessen in Europäischen Rechnungseinheiten, braucht jedoch nicht auf die Marktordnungspreise in D-Mark durchzuschlagen. Der Grenzausgleich kann und sollte weiter abgebaut werden.

Geldpolitik

403. Die Bundesbank sollte sich ohne jede Einschränkung veranlaßt sehen, bei der Politik einer möglichst stetigen, am Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials orientierten Expansion der Zentralbankgeldmenge auf der Basis eines vorangekündigten Mengenziels zu bleiben.

404. Der konjunkturelle Aufschwung ist nicht aus Mangel an Geld ins Stocken geraten. Wie erwähnt hatte die Bundesbank das Geldmengenziel für 1977 eher großzügig bemessen, indem sie es von vornherein darauf abstellte, daß selbst bei der angestrebten Verbesserung der konjunkturellen Situation die Nutzung des Geldangebots weiterhin unterdurchschnittlich bleiben würde.

Der Sachverständigenrat hatte zu einer niedrigeren Zielvorgabe geraten. Die tatsächliche Entwicklung scheint der Bundesbank recht zu geben. Ein solcher Schluß aus der konjunkturellen Situation kann aber auch voreilig sein. Die Gefahren von zuviel Geld heute liegen in zu hohen Preisen morgen. Was das Jahr 1977 angeht, so läßt sich kaum sagen, ob nicht die Nutzung des vorhandenen Geldes höher, die durchschnittliche Kassenhaltungsdauer bei den Unternehmen und privaten Haushalten also niedriger gewesen wäre, wenn die Bundesbank weniger Zentralbankgeld zur Verfügung gestellt hätte. So wie es war, sind wegen des schwachen konjunkturellen Aufschwungs noch einmal beträchtliche zusätzliche Finanzierungsreserven entstanden, die Ausnutzung des vorhandenen Geldes ist weiter gesunken. Solche Finanzierungsreserven wegen der möglichen Gefahr wieder steigender Preissteigerungsraten nicht zu groß werden zu lassen, entsprach dem Auftrag einer Politik, die Zentralbankgeldmenge trotz unbefriedigender Konjunkturlage nur allmählich wieder an den Stand heranzuführen, der zu dem Finanzierungsbedarf der Wirtschaft bei normaler Auslastung der Produktionskapazitäten paßt. Man mag geltend machen: Solange die Bundesbank die Glaubwürdigkeit ihrer Politik aufrechterhalten kann, sie werde bei dem Ziel einer weiter sinkenden Preissteigerungsrate konsequent bleiben, ist diese Gefahr zumindest vorläufig nicht sehr groß. Das mag zutreffen. In Anbetracht der schwachen konjunkturellen Auftriebskräfte ließe sich dann nicht viel dagegen einwenden, daß die Rückkehr zu einer normalen Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld beschleunigt worden ist. Sehen muß man aber auch: Bei einem etwa kräftig sich entfaltenden konjunkturellen Aufschwung ist die monetäre Expansion um so weniger beherrschbar, je größer die Finanzierungsreserven sind, die in einer ungewöhnlich hohen Kassenhaltung liegen. Die Frage ist, ob sich dann das Vertrauen halten läßt, ein Rückfall in die Inflation werde auf jeden Fall vermieden. Uns scheint, daß die Politik der Bundesbank inzwischen stark von der Hoffnung lebt, sie werde die Schwierigkeiten schon rechtzeitig meistern können, die sich früher oder später ergeben müssen, wenn man die Expansion der Geldmenge bei schwacher Konjunktur längere Zeit vor allem der Entwicklung der Nachfrage nach Geld überläßt, die von einer zunehmenden Neigung zur Kassenhaltung bestimmt ist.

405. Auf jeden Fall halten wir für unabweisbar, die Finanzierungsreserven, die in der derzeitigen Kassenhaltung liegen, bei der Zielvorgabe der Geldpolitik für die Expansion der Zentralbankgeldmenge im Jahre 1978 stärker zu berücksichtigen.

Das setzt allerdings eine Vorstellung darüber voraus, was als normale Kassenhaltung (und normale Struktur der Bankeinlagen) oder — was dasselbe besagt — als normale Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes angesehen werden kann. Denn nur dann kann man sich ein Urteil darüber bilden, inwieweit die Geldpolitik eine normale oder eine ungewöhnliche Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld als Ausgangsbasis vor sich hat.

406. Dabei muß man sich zunächst über die Aufgabenstellung einer am Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials orientierten Geldpolitik klar sein. Sie soll für diejenige Zentralbankgeldmenge sorgen, die zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential paßt und in Übereinstimmung mit dessen Wachstum weiter zunimmt, wobei Preisniveauänderungen nur insoweit zu berücksichtigen sind, als sie noch unvermeidlich erscheinen.

Wird diese Politik ständig betrieben, so sind konjunkturelle Schwankungen in den gesamtwirtschaftlichen Ausgaben, die eine Änderung des Auslastungsgrades des Produktionspotentials oder eine Änderung des Preisniveaus bewirken, die von dem für unvermeidlich gehaltenen Maß abweicht, notwendigerweise identisch mit Schwankungen in der Kassenhaltung beziehungsweise der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes — genauer: identisch mit Schwankungen im Verhältnis der Zentralbankgeldmenge zum Bruttosozialprodukt. Im Maße solcher Schwankungen entstehen Phasen der Entspannung und der Anspannung an den Geldmärkten, die

dämpfende Rückwirkungen auf den Konjunkturverlauf haben sollen.

Häufig wird das Problem anders gesehen. Es wird etwa verlangt, die Bundesbank solle Änderungen der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes im Konjunkturverlauf im vorhinein abzuschätzen versuchen und diese Änderungen bei der Geldmengensteuerung berücksichtigen, also die Expansion der Zentralbankgeldmenge beschleunigen, wenn erwartet wird, daß die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes sinkt, und die Expansion verlangsamen, wenn erwartet wird, daß sie steigt. Da Veränderungen der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes im Kern den Konjunkturverlauf zum Ausdruck bringen, handelte es sich bei einem solchen Programm jedoch nicht mehr um das Konzept einer am Wachstum des Produktionspotentials orientierten Geldpolitik, sondern um das einer antizyklischen Geldpolitik. Wie wir in unserem Jahresgutachten 1974 dargelegt haben, halten wir weder den Konjunkturverlauf noch das Ausmaß und den Zeitraum der Wirkungen einer solchen Geldpolitik für ausreichend vorhersehbar, um sie ratsam finden zu können. Auch die geldtheoretische Forschung, die dem Konzept der Geldmengensteuerung zugrunde liegt, hat kein Vertrauen auf die Möglichkeit einer antizyklischen Geldpolitik begründet. Daher sollte gelten: Die Geldpolitik sei stetig.

Die empirisch zu beobachtenden Veränderungen der Umlaufsgeschwindigkeit des Zentralbankgeldes geben hier immer wieder zu Mißverständnissen Anlaß. In der Tat sind sie nicht nur das monetäre Abbild einer schwankenden Ausgabeneigung, das heißt des Konjunkturverlaufs, sondern auch, sieht man von Trendfaktoren einmal ab, Ausdruck eines von der Geldpolitik bestimmten unstetigen Geldangebots. Fälschlicherweise wird hingegen oft gefolgert, in der Bewegung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes würden auch selbständige Verhaltensänderungen der Wirtschaft sichtbar, selbständig in dem Sinne, daß sie nicht bloß Reflex von Veränderungen in der gesamtwirtschaftlichen Ausgabeneigung — die den Konjunkturverlauf schaffen — sind. Daraus ergibt sich dann die Vorstellung, eine Geldpolitik, die solchen Verhaltensänderungen Rechnung trüge, sei keine antizyklische, sondern immer noch eine stetige Geldangebotspolitik. Nach unserer Auffassung sollte völlige Klarheit bestehen, daß Geldpolitik Geldangebotspolitik ist und daß Stetigkeit der Geldpolitik dementsprechend nur heißen kann, für eine stetige Entwicklung des Geldangebots zu sorgen. Der Geldpolitik die Berücksichtigung einer bestimmten Veränderung der Geldnachfrage ins Konzept zu schreiben und doch beim Begriff der Stetigkeit zu bleiben, hieße nur Verwirrung schaffen. Wer den Schwankungen der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes vom Geldangebot her entgegenwirken will, sollte klarstellen, daß er für eine antizyklische Geldpolitik plädiert.

407. Mit Schätzproblemen hat es allerdings auch eine stetige, am Wachstum des Produktionspotentials orientierte Geldpolitik zu tun, wenn auch mit ungleich geringeren. Ihr ist eine Schätzung des Wachstums des Produktionspotentials sowie eine von Jahr zu Jahr abnehmende Rate für den noch unvermeidlichen Anstieg des Preisniveaus vorzugeben. Beides sind Größen, die sich nur allmählich ändern.

Außerdem kann jedoch das Problem auftreten, von dem zuvor schon die Rede war: Die Ausgangsbasis für die künftige Expansion der Zentralbankgeldmenge ist nicht „normal". Dies war in den vergangenen Jahren so, und wie erwähnt war es wegen der Führungsrolle der Geldpolitik im Stabilisierungsprozeß auch so gewollt. Die Geldpolitik sollte nach der monetären Restriktion des Jahres 1973 nicht sofort eine Geldmenge entsprechend der weit entfernten Normalauslastung des Produktionspotentials bereitstellen. Das hat sie auch nicht getan. (In diesen Jahren war bei der Zielvorgabe für die Geldmengenpolitik ein Zuschlag für die angestrebte Zunahme im Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials nötig, zugleich aber ein Abschlag entsprechend den Reserven, die in der geringen Ausnutzung des schon vorhandenen Geldes lagen.) Inzwischen scheint jedoch eine Normalisierung erreicht.

408. Was als normale Relation zwischen Zentralbankgeldmenge und Produktionspotential anzusehen ist, läßt sich zwar nach wie vor empirisch nicht exakt bestimmen. Wir haben aber an anderer Stelle dieses Gutachtens dargelegt, wie man immerhin eine Vorstellung hierüber gewinnen kann (Ziffern 183 f.). Folgt man dieser Vorstellung, so ist die derzeit insgesamt zur Verfügung stehende Menge an Zentralbankgeld ausreichend für die Finanzierung eines Sozialprodukts, wie es bei normaler Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials produziert werden kann. Mit anderen Worten: Durch die monetäre Expansion an der Geldbasis in den vergangenen Jahren, die durchweg über den Zuwachs des nominalen Sozialprodukts hinausgegangen ist, sind so große Finanzierungsreserven entstanden, daß diese es erlauben müßten, in den kommenden Jahren eine Ausweitung der Produktion, die uns allmählich zur Normalauslastung des Produktionspotentials zurückbringt, auch dann zu finanzieren, wenn die weitere Expansion der Zentralbankgeldmenge vorläufig hinter dem angestrebten Zuwachs des Sozialprodukts zurückbleibt.

409. Wir raten dazu, von einer solchen Einschätzung der Situation auszugehen, also keine weiteren Finanzierungsreserven mehr aufzubauen, sondern die Wirtschaft die vorhandenen Reserven allmählich nutzen zu lassen. Dies würde heißen, es sei wiederholt, daß von nun an die Expansion der Zentralbankgeldmenge der des geschätzten Wachstums des Produktionspotentials zuzüglich einer weiter ermäßigten Rate für einen vorläufig noch unvermeidlichen Anstieg des Preisniveaus zu entsprechen hätte.

Das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials schätzen wir auf derzeit etwa 3 vH. Der Anstieg des Preisniveaus, gemessen am Preisindex für das Bruttosozialprodukt, wird selbst unter den günstigen Bedingungen, wie wir sie für eine erfolgversprechende Politik der Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum angenommen haben, noch knapp 2½ vH (im Vergleich der Jahresdurchschnitte) betragen.

Demnach hätte eine potentialorientierte Geldpolitik dafür zu sorgen, daß die Zentralbankgeldmenge im Jahresdurchschnitt 1978 um rund 5½ vH höher wäre als im Jahresdurchschnitt 1977. Wie erwähnt, räumen wir ein, daß Schätzunsicherheiten eine solche Herleitung belasten. Auch hier handelt es sich um eine Entscheidung, die der Zentralbankrat unter Unsicherheit zu treffen hätte. In Anbetracht der noch immer labilen konjunkturellen Lage wäre das Risiko, sich in kontraktiver Richtung zu irren, wohl besonders hoch zu bewerten. Aus diesem Grunde raten wir zu einer Zielvorgabe für die Expansion der Zentralbankgeldmenge in Höhe von 6 vH bis 7 vH.

410. Zu fragen bleibt, was dies für das Expansionstempo im Verlauf des Jahres 1978 bedeuten würde. Hierfür ist eine Annahme über den voraussichtlichen Jahresendstand 1977 erforderlich. Wir gehen davon aus, daß am Jahresende 1977 die bereinigte Zentralbankgeldmenge um 4 vH über dem Jahresdurchschnitt 1977 liegen wird. Unter dieser Bedingung würde die zuvor genannte Zielvorgabe für den Jahresdurchschnitt 1978 dann erreicht, wenn die Zentralbankgeldmenge im Jahresverlauf 1978 um etwa 5 vH anstiege.

Das mag wenig erscheinen angesichts des Tempos der monetären Expansion in den vergangenen Jahren. Doch das Einschwenken auf einen potentialorientierten Expansionspfad macht eine Tempoänderung nötig. Außerdem soll die Steigerungsrate des Preisniveaus weiter sinken.

411. Wenn wir auch an anderer Stelle dieses Gutachtens dargelegt haben, daß und warum ein Fortgang der Zinssenkungstendenz am Kapitalmarkt in das Bild passen würde, das wir von der Zukunft haben, so ist damit noch nicht gemeint, daß die Bundesbank ihre Zielvorgabe für die Geldmengensteuerung daran ausrichten soll. Gleichwohl würde gerade eine nicht nachgiebige Geldpolitik, die eine weiter sinkende Inflationsrate glaubwürdig machte, vermutlich diese Wirkung haben, jedenfalls auf Dauer. Nicht auszuschließen ist, daß es vorübergehend zu Irritationen kommt, wenn die Bundesbank ihre Beharrlichkeit zeigt.

412. Eine Geldpolitik, die auf Mengensteuerung angelegt ist, muß die Zinsen akzeptieren, die sich am Markt bilden. Dies ist indirekt auch dann der Fall, wenn die Bundesbank — wie sie es tut — Mengensteuerung nicht zuletzt in der Weise betreibt, daß sie die Konditionen, zu denen sie Zentralbankgeld abgibt, variiert, dies aber stets in Abhängigkeit von dem Mengenziel, das sie anstrebt.

413. Anders mag man den Einfluß der Bundesbank auf die Zinsstruktur sehen. Auch bei einer Geldmengensteuerung ist die Bundesbank im Prinzip frei in der Wahl der Instrumente, mit denen sie auf die monetäre Expansion einwirkt, und, je nachdem, an welchen Märkten sie interveniert, wird sie die Zinsstruktur unterschiedlich beeinflussen; denn die Märkte, auf denen Geld und Kredit unterschiedlicher Fristigkeit gehandelt werden, sind zwar untereinander verbunden, dieser Verbund ist jedoch nicht vollkommen.

Gegenwärtig gilt die Zinsstruktur als ungewöhnlich. Der Abstand zwischen den Zinsen für langfristige und denen für kurzfristige Kredite ist erheblich geschrumpft. Dies wird von den einen damit erklärt, daß die Bundesbank an einem Diskontsatz festhält, der als vergleichsweise hoch empfunden wird. Andere sehen in dem geringen Abstand einen Ausdruck des gewachsenen Vertrauens in eine stabile Kursentwicklung am Kapitalmarkt. Solches Vertrauen zieht anlagebereite Mittel weg von den kurzfristigen Märkten und hin zum Kapitalmarkt — auch Mittel, für die eine vorbehaltlose Daueranlage gar nicht gesucht wird, die aber zum höheren Zins am Kapitalmarkt drängen, wenn das Risiko von Kursrückschlägen als gering eingeschätzt wird.

Wer das derzeitige Angebot an Zentralbankgeld für ausreichend hält und außerdem sieht, daß die Bundesbank zusätzliches Zentralbankgeld ohnehin in erster Linie kurzfristig angeboten hat, wird die zweite Erklärung für überlegen halten.

Dies heißt jedoch nicht, daß man die Kombination der Instrumente, die die Bundesbank bei der Steuerung des kurzfristigen Notenbankkredits einsetzt, für die beste halten müßte. Hinwiederum: Die Zurückhaltung des Zentralbankrates bei der Frage einer Diskontsenkung ließe sich leichter kritisieren, wenn Diskontsatzänderungen der Signalcharakter genommen würde, den diese seit jeher haben. Mehr Flexibilität bei der Diskontsatzpolitik würde die Bundesbank aus der passiven Rolle etwas herausbringen, in der sie sich, was den Refinanzierungskredit angeht, bei ihrer Geldmengenpolitik befindet. Müßte die Bundesbank nicht fürchten, daß eine anschließende Diskontsatzerhöhung als Signal für eine Kursänderung mißverstanden wird, hätte sie den Diskontsatz längst einmal senken können, als es galt, die monetäre Expansion anzuregen. Stattdessen hat die Bundesbank mehr Geld auf Ersatzwegen bereitgestellt, bei denen eine Variation der Konditionen weniger spektakulär ist. Mag sein, daß diese Wege im Rahmen eines Konzepts der Mengensteuerung gleichwertig sind. Der Anschein spricht dafür. Daß eine bestimmte Form des Notenbankkredits — hier der Rediskontkredit — wegen ungünstiger Konditionen vom Markt zeitweise abgewählt wird, muß kein Schaden sein. Sicher ist das jedoch nicht. Denn nach wie vor ist der Diskontsatz ein Zins, dessen Änderung vieles andere unmittelbarer in Bewegung bringt, als andere Notenbankzinsen es tun. Allemal gilt allerdings, daß man die Frage einer Diskontsatzsenkung nicht isoliert von dem sehen darf, was die Geldpolitik im übrigen tut.

414. Wir haben in bezug auf einzelne aktuell etwa zu ergreifende Maßnahmen der Geldpolitik keinen Rat zu geben. Für die Gesamtheit der Maßnahmen der Bundesbank muß das Kriterium einer zielkonformen Expansion der Geldbasis maßgebend sein. Dies ist deren Hauptverantwortung, aus der sie

nicht entlassen werden kann, welche Instrumente in welcher Kombination sie auch anwenden mag.

415. Abermals werben wir allerdings für den Gedanken, die Möglichkeiten dafür zu vergrößern, daß die Geldpolitik im Rahmen der Mengensteuerung flexibler agieren kann. Je schwieriger es erscheint, die Refinanzierungspolitik in dieser Richtung weiterzuentwickeln, den Diskontsatz also hoch variabel zu machen, desto dringender wird es, die Voraussetzungen für eine aktive Offenmarktpolitik zu verbessern und, wo sie schon gegeben sind, die Märkte allmählich daran zu gewöhnen, daß die Bundesbank hier nicht nur ausnahmsweise, sondern regelmäßig im Geschäft ist. Flankierend müßte dann freilich der Spielraum der Banken, ihrerseits autonom zu agieren, indem sie nämlich auf Aktionen der Bundesbank gegebenenfalls mit einer entsprechend starken Variation ihres Refinanzierungsvolumens antworten,verengt werden, mit anderen Worten: die Rediskontkontingente müßten allmählich und für dauernd wesentlich eingeschränkt werden. Dies wäre anders bei dem Konzept für eine Offenmarktpolitik aus einem Guß, in das die Refinanzierungspolitik durch eine marktgerechte Variation des Diskontsatzes voll integriert wäre (JG 74 Ziffer 385).

Währungspolitik

416. Wie in den vergangenen Jahren muß man damit rechnen, daß sich die Tendenz einer Höherbewertung der D-Mark an den Devisenmärkten fortsetzt. Soweit diese Höherbewertung den verbliebenen internationalen Unterschieden im Inflationstempo entspricht, kann darin nichts Bedrohliches gesehen werden. Die Bedingungen für den internationalen Kapitalverkehr mögen es jedoch mit sich bringen, daß die Kursänderung wieder darüber hinausgeht. (Mit dem Gegenteil rechnen wir kaum.) Die Bundesbank hat sich solchen Tendenzen bisher nicht entgegengestemmt, sondern im Prinzip nur interveniert, wenn es um eine Glättung der Kursentwicklung ging, von den Interventionen zugunsten der Währungen des europäischen Währungsverbunds einmal abgesehen. Sie wird es auch künftig nicht anders halten können. Andernfalls müßte sie die Ziele ihrer Geldpolitik in Frage stellen. Das wäre ein zu hoher Preis.

417. Im übrigen muß man hoffen, daß die Gefahr, die in einer unerwünscht starken Aufwertung der Mark für die Ertragschancen eines großen Teils der Industrie liegt, auch von den Tarifvertragsparteien in der Lohnpolitik gesehen und berücksichtigt werden. Dabei muß man in einem starken Kapitalzustrom trotz aller Sorgen, die er wegen der Höherbewertung der D-Mark zunächst hervorruft, letztlich eine Chance der Volkswirtschaft sehen. Ein Land, das internationales Vertrauen genießt — ausweislich der Kapitalströme —, kann niedrigere Realzinsen haben und höhere Reallöhne als ohne dies. Solange das Vertrauen allerdings nur ein Vertrauensvorschuß ist — die Höherbewertung der Währung also der Verbesserung der Investitionsbedingungen vorausläuft — ist Zurückhaltung bei den Löhnen nötig, damit in der Bundesrepublik tatsächlich so viele Produktionsmöglichkeiten rentabel werden, wie dem Vertrauen des Auslands entsprechen. Andernfalls bewirkt der Zustrom an Kapital nur niedrige Realzinsen, erhöht die Arbeitslosigkeit jedoch noch.

Finanzpolitik

418. Wenn auch der entscheidende Durchbruch zur Lösung der mittelfristigen Beschäftigungsprobleme — wie ausführlich in dem Kapitel zu den Ursachen der Beschäftigungsprobleme dargelegt — von der Lohnpolitik kommen muß, kann der Staat doch wachstumspolitische und konjunkturpolitische Hilfestellung geben.

Die konjunkturellen Schwächetendenzen verlangten von der Finanzpolitik, daß diese ihr Augenmerk wieder stärker auf die kurzfristige Konjunkturstützung richtet, ohne aber ihre mittelfristige Orientierung aufzugeben. Solange die konjunkturelle Belebung kräftig war und man darauf setzen konnte, daß sie — unterstützt durch angebotsfördernde Maßnahmen — in einen sich selbst tragenden Aufschwung einmünden würde, stand die mittelfristige Aufgabe, zur Stabilisierung der Erwartungen die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, den konjunkturellen Erfordernissen nicht entgegen. Da die Gefahr drohte, daß sich die — aus ungelösten Problemen auf der Angebotsseite resultierende — konjunkturelle Nachfrageschwäche verselbständigt, muß die Finanzpolitik kurzfristig die schwachen Auftriebskräfte stützen und die Wachstumsimpulse stärken. Die Konsolidierung neu aufretender struktureller Defizite, als mittelfristige Aufgabe, sollte darüber jedoch nicht aufgegeben werden.

419. Eine Strategie der Vollbeschäftigung durch Wachstum fordert vom Staat, daß dieser den privaten Haushalten und Unternehmen auf mittlere Sicht ausreichend Raum und genügend Anreize für wirtschaftliche Aktivitäten läßt.

Gegen den Plan einer starken Ausweitung der öffentlichen Ausgaben zur Konjunkturstützung spricht daher, daß es schwierig zu sein scheint, kurzfristig geeignete, das heißt ohnehin vorgesehene, aus stabilitätspolitischen Gründen vorzuziehende Ausgabenprogramme zu verwirklichen. Außerdem vergeht viel Zeit, bis alle Genehmigungen eingeholt, alle Einsprüche erledigt und alle Kontrollen überstanden sind. Im Finanzplanungsrat ist die Befürchtung geäußert worden, daß eine größere Aufstockung der Ausgabenpläne nicht zu einer schnellen Steigerung der effektiven Nachfrage, sondern zu Ausgabenresten am Ende des nächsten Haushaltsjahres führen könnte. Der Versuch einer Initialzündung über die Ausgabenseite führt also nicht mit hinreichender Sicherheit dazu, daß die vorgesehenen Mittel kurzfristig auch voll in effektive Nachfrage umgesetzt werden; außerdem ist nicht auszuschließen, daß dies, soweit es später geschieht, zur Unzeit

kommt. Gegen den Plan einer konjunkturell motivierten Ausweitung der öffentlichen Ausgaben spricht auch, daß es dem Staat schwer fällt, ein einmal überhöhtes Niveau mittelfristig wieder abzubauen. Zumindest haben die Bürger Grund, dies zu befürchten. Denn die Erfahrung zeigt, daß für konjunkturell vorgezogene öffentliche Projekte neue Ausgaben nachrücken und daß die Finanzminister sowie die Kämmerer sich der neuen Anforderungen nicht mit dem Hinweis auf leere Kassen erwehren können, wenn die Einnahmen bei besserer Konjunktur wieder reichlicher fließen. Soll durch das Vorziehen von Projekten das Ausgabeniveau nicht dauerhaft angehoben werden, so muß bereits bei der Auswahl der Maßnahmen zur kurzfristigen Konjunkturstützung Vorsorge getroffen werden, daß die Haushalte mittelfristig wieder entlastet werden.

Eine Initialzündung von der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte her kommt den mittelfristigen Zielsetzungen entgegen, wenn sie durch das Vorziehen dauerhafter Steuerentlastungen bewirkt wird: Sie vergrößert den Anreiz für private Aktivitäten. Unsicher ist, in welchem Maße die privaten Haushalte und Unternehmen die Aufstockung der verfügbaren Mittel, die eine Steuerentlastung mit sich bringt, kurzfristig in effektive Nachfrage umsetzen. Der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte stehen Einkommensteuersenkungen insoweit nicht im Wege, als diese zum Ausgleich der im Steuersystem angelegten Progressionswirkungen ohnehin von Zeit zu Zeit anstehen. Auch geplante Veränderungen der Struktur des Steuersystems lassen sich konjunkturpolitisch ohne Verletzung des Konsolidierungszieles nutzen, indem Steuersenkungen sofort, kompensierende Steuererhöhungen dagegen erst zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft gesetzt werden.

420. Für die Finanzpolitik des Jahres 1978 sind bereits die Weichen gestellt. Bund, Länder und Gemeinden haben, wie den Berichten über die Sitzungen des Finanzplanungsrates zu entnehmen ist, beschlossen, daß die Haushalte der Gebietskörperschaften 1978 einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums und zur Besserung der Beschäftigungslage leisten müssen, ohne daß dabei, wie es im Finanzbericht 1978 heißt, neue Dauerbelastungen für die Haushalte der Gebietskörperschaften entstehen sollen.

Was in den Haushaltsplänen 1978 an expansiven Impulsen angelegt ist, und was an Konsolidierungsbedarf neu erwächst, läßt sich im einzelnen nur schwer abschätzen. Erste Haushaltsentwürfe liegen nur für den Bund und einige Länder vor; über die Haushaltspläne der Gemeinden haben wir für 1978 keine Informationen. Auch ist schwer abzusehen, welche Änderungen der Haushaltsentwürfe im Zuge der Haushaltsberatungen noch vorgenommen werden.

Wir sind in unserer Prognose davon ausgegangen, daß die Ausgaben der Gebietskörperschaften 1978 um etwa 8 vH auf 429 Mrd DM ansteigen werden; hierin sind die Ausgaben für die Abwicklung der Konjunkturprogramme von 1975, des Programms für Zukunftsinvestitionen und auch die Kindergelderhöhung zum 1. Januar 1978 eingerechnet, nicht jedoch die Zahlung der in früheren Jahren gestundeten Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherung.

Die zahlreichen Steuerrechtsänderungen bringen den privaten Haushalten und Unternehmen insgesamt gesehen kräftige Steuererleichterungen. Wir schätzen das Steueraufkommen im nächsten Jahr auf 310 Mrd DM, das sind nur etwa 3 vH mehr als 1977. Dabei sind die Steuerausfälle aufgrund der Investitionszulage in beiden Jahren nicht berücksichtigt. Die Schätzung der Steuereinnahmen ist in diesem Jahr allerdings mit besonderen Vorbehalten zu versehen. Die Auswirkungen der zahlreichen Steuerrechtsänderungen lassen sich quantitativ nur schwer abschätzen; hier treten die Probleme der unzureichenden Datengrundlage für die Steuerschätzung besonders deutlich zutage (Ziffer 152). Die Steuerquote, also die Steuereinnahmen bezogen auf das Bruttosozialprodukt, geht nach unserer Schätzung — nach dem starken, teilweise durch Sonderfaktoren bedingten Anstieg in diesem Jahr — 1978 wieder deutlich zurück, von 25¼ vH auf 24¼ vH.

Bei einer solchen Entwicklung der Steuerquote, einem zu erwartenden Wachstum des Produktionspotentials von etwa 3 vH und einem konjunkturneutralen Anstieg des Preisniveaus von 2½ vH, wären nach unserem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts Ausgaben der Gebietskörperschaften in einer Größenordnung von 406 Mrd DM konjunkturneutral zu nennen (Anhang VI). Die Differenz zu den von uns erwarteten Staatsausgaben, sie beträgt rund 23 Mrd DM, steht für den konjunkturellen Impuls, der von den Haushalten der Gebietskörperschaften voraussichtlich ausgehen wird (Tabellen 36 und 37). Im Vergleich zum Jahr 1977 würde das eine Änderung des expansiven Impulses von ebenfalls rund 23 Mrd DM bedeuten; beachtet man die Steuerausfälle aufgrund der Investitionszulage, dann würde dieser Betrag um 3½ Mrd DM geringer sein. Es ist allerdings zu bedenken, daß unser Rechenwerk den expansiven Impuls für 1977 wahrscheinlich unterzeichnet (Ziffer 163). Die Änderung des expansiven Impulses würde so gesehen entsprechend geringer ausfallen.

421. Das ist im Vergleich zu der Finanzpolitik der vergangenen Jahre eine dramatische Wende, und es will nicht ohne weiteres einleuchten, daß ein expansiver Impuls von dieser Größe eine sinnvolle Reaktion auf die forcierte Konsolidierung sein könnte. Die mittelfristige Orientierung der Finanzpolitik — so mag man einwenden — sei durch einen solchen Umschwung in Frage gestellt, und das bei den Privaten gerade zurückgewonnene Vertrauen werde damit aufs Spiel gesetzt.

Als Ansatzpunkt für die Würdigung der Größenordnung des expansiven Impulses, der 1978 wahrscheinlich von den öffentlichen Haushalten ausgehen wird, kann ein zeitlicher Vergleich dienen. Berücksichtigt man die unterschiedliche Größe des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, so ist der expansive Impuls außer im Rezessionsjahr 1975 und

Tabelle 36

Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1978 in konjunktureller Sicht [1])

	Einheit	1977	1978
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966 (3)	Mrd DM	370,5	390,8
Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966 (5)	Mrd DM	290,7	306,7
Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr (6)	Mrd DM	317,6	321,5
nachrichtlich:			
tatsächliche Steuereinnahmen ohne Verrechnung der Investitionszulage vom Dezember 1974 (6 a)	Mrd DM	301,7	310,0
Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (6 b)	Mrd DM	− 3,9	− 0,4
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (7)	Mrd DM	+26,9	−14,9
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (8)	Mrd DM	397,3	405,7
Tatsächliche Staatsausgaben (9)	Mrd DM	397,3	429,0
Konjunktureller Impuls (10)	Mrd DM	0,0	+23,3
nachrichtlich:			
konjunktureller Impuls des Haushalts unter Einrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	Mrd DM	+ 3,9	−23,7
Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen (11)	Mrd DM	− 0,3	+19,7
Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (12)	Mrd DM	−12,8	−23,3
Zum Vorjahresvergleich			
Steigerungsrate			
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	vH	+ *5,4*	+ *8,0*
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr	vH	+ *5,4*	− *2,1*
Bestimmungsfaktoren von (b)			
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1970	vH	+ *2,6*	+ *2,8*
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	+ *3,5*	+ *2,5*
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres	vH	+ *3,6*	− *3,4*
(f) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen im jeweiligen Vorjahr	vH	− *4,2*	+ *0,1*
Volkswirtschaftliche Steuerquote (13)	vH	*25,26*	*24,24*
Konjunkturneutrale Staatsquote (14)	vH	*30,73*	*29,74*
Beanspruchte Staatsquote (15)	vH	*30,73*	*31,45*
Konjunktureller Impuls bezogen auf das Produktionspotential (16)	vH	*0,00*	+*1,71*
Realisierte Staatsquote (17)	vH	*30,70*	*31,16*

[1]) Eigene Schätzung. Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und EG-Anteile. — Die in Klammern eingefügten Zahlen weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 23 hin. Methodische Erläuterungen siehe Anhang VI. — Differenzen in den Summen durch Rundung.

Tabelle 37

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1978

Mrd DM

	1977	1978
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos [1]		
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme	−17,3	−18,3
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen	−16,1	−14,5
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen	+ 0,2	+ 2,9
(d) Änderungen im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen"	+ 1,6	+ 4,1
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo [2] (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	−31,5	−25,8
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo	−31,5	−49,0
II a. nachrichtlich: tatsächlicher Finanzierungssaldo unter Einrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	−35,4	−49,4
I. ⁄ II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: −)	0,0	+23,3
I. ⁄ II a. nachrichtlich: konjunktureller Impuls unter Einrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	+ 3,9	+23,7

[1] Methodische Erläuterungen siehe Tabelle 22 und Anhang VI.
[2] Ohne konjunkturpolitische Sondersteuern und ohne Verrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974.

dem von exzessiver Haushaltsexpansion gekennzeichneten Jahr 1971 in keinem Jahr seit 1966 größer gewesen als 1978. Ein Vergleich mit 1975 ist auch in anderer Hinsicht aufschlußreich. Der expansive Impuls belief sich damals auf rund 37 Mrd DM. Im nachhinein hat sich allerdings gezeigt, daß das Preisniveau des Bruttosozialprodukts unerwartet stark angestiegen war und daß deshalb die realisierte Staatsquote unter der beanspruchten Staatsquote gelegen hat; der expansive Impuls verringerte sich, so gemessen, auf 30½ Mrd DM. Weiter läßt sich an den Nachzahlungen für 1975 ablesen, daß die Steuereinnahmen damals niedriger ausgewiesen worden sind als einer zeitlich genaueren Zurechnung entsprochen hätte. Der expansive Impuls jenes Jahres überzeichnet also, was er bei der Beschäftigung bewirkt hat, beträchtlich. Nimmt man hinzu, daß 1975 die konjunkturelle Lage viel schlechter war und daß die Erwartungen der Unternehmer und der Konsumenten 1978 zwar noch nicht gut, aber immerhin besser sein werden als damals, dann kann man für 1978 ohne Übertreibung von einem massiven Impuls sprechen. Wir sehen keinen Anlaß, daß die Gebietskörperschaften gedrängt werden, eine noch expansivere Ausgabenpolitik zu betreiben.

422. Nach den Konsolidierungserfolgen der vergangenen Jahre hätte auch erwogen werden können, die Ausgabenplanung nunmehr an dem Leitbild einer stetigen, mittelfristig orientierten Finanzpolitik auszurichten. Dafür hätte nicht nur gesprochen, daß eine effiziente Erfüllung der öffentlichen Aufgaben Kontinuität erfordert, sondern auch die Erfahrung, daß die Anpassung der Staatsausgaben an die konjunkturelle Entwicklung — abgesehen von Fällen tiefer Rezession — Schwierigkeiten macht (JG 74 Ziffern 397 ff.). Es gibt offenbar auch keine klare Planung dafür, wie das in den öffentlichen Haushalten neu entstehende strukturelle Defizit während der folgenden Jahre voll konsolidiert werden soll.

423. Der Staat hat mit seinen Steuerbeschlüssen und mit seiner Ausgabenplanung einen neuen Anlauf genommen, die Nachfrageschwäche zu überwinden und den Fortgang der konjunkturellen Erholung wieder in Gang zu bringen. Die Initialzündung kann den Mangel an Eigendynamik jedoch nicht überspielen, soweit dieser Mangel Reflex ungelöster Probleme auf der Angebotsseite ist. In der Hauptsache müssen die Anstrengungen darauf gerichtet bleiben, die Probleme an ihrem Ursprung anzugehen, das heißt vor

allem beim Kostenniveau und bei den Investitionsrisiken. Nur wenn es hier zu Fortschritten kommt, so daß die Initialzündung mehr als ein Strohfeuer bewirkt, ist der expansive Impuls auch in diesem Umfang gerechtfertigt. Überdies kann er desto eher als unbedenklich gelten, je mehr er von Maßnahmen ausgeht, die nicht nur auf eine bessere Auslastung des Produktionspotentials zielen, sondern auch dessen Wachstum fördern, so daß sie die spätere Konsolidierung gleichsam schon in sich tragen.

424. Was der Staat an Steuererleichterungen beschlossen hat, ist der Anzahl der Steuerrechtsänderungen und mehr noch den Entlastungswirkungen nach beachtlich. Den Handlungsspielraum, der sich infolge der hohen Steuereingänge aufgetan hatte, nutzte die Finanzpolitik für steuerliche Entlastungen im Rahmen der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer; nach groben Schätzungen führen die in diesem Jahr beschlossenen, die Steuerpflichtigen entlastenden Steuerrechtsänderungen im Jahre 1978 zu Steuermindereinahmen von nahezu 15 Mrd DM. Dem stehen Mehreinnahmen aufgrund der Erhöhung der Mehrwertsteuer gegenüber, die 1978 etwa 5 Mrd DM ausmachen dürften.

Angesichts der beträchtlichen Steuerentlastung könnte man der Ansicht sein, daß die Mehrwertsteuererhöhung überflüssig war. Eine solche Argumentation ließe indessen außer acht, daß sich im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Steuersystem die Steuerlast fortwährend von den Steuern auf den Verbrauch zu den wachstumshemmenden und inflationsempfindlichen Steuern auf das Einkommen verlagert, und daß dadurch der Anreiz gemindert wird, Einkommen zu erwirtschaften. Unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten ist die Mehrwertsteuererhöhung daher zu begrüßen, da sie es erlaubt hat, wachstumsfeindliche Steuern zu senken (Ziffer 439). Dies gilt besonders für die Verbesserung der degressiven Abschreibung.

425. Was die Steuerentlastungen für die privaten Haushalte anlangt, so wäre es besser gewesen, hätte anstelle der im Herbst beschlossenen Änderungen eine rechtzeitig vorbereitete, dauerhaft gemeinte Reform des Einkommensteuertarifs — wie der Art nach im Einkommensteuergesetz von 1975 vorgesehen — zum 1. Januar 1978 in Kraft gesetzt werden können. Die vielen Neuregelungen im Rahmen der Lohnsteuer und der Einkommensteuer bringen den privaten Haushalten im Jahr 1978 zwar spürbare Entlastungen. Der Eintritt in den Progressionstarif wird dadurch aber nicht wesentlich zurückgenommen. Ein Arbeitnehmer, der Anfang 1975 an der Schwelle des Progressionstarifs stand, das heißt ein zu versteuerndes Einkommen von 16 000 DM hatte, muß heute, wenn sich sein Einkommen seitdem nur nach Maßgabe des Preisanstiegs erhöht hat, etwa 18 160 DM versteuern. Diesem Mehreinkommen von 2 160 DM steht aber nur eine Zurücknahme der Besteuerung nach dem Progressionstarif durch die steuerlichen Maßnahmen um 1 110 DM gegenüber. Dabei sind die Erhöhung der Sonderausgaben-Höchstbeträge, des Weihnachtsfreibetrages und die Einführung eines Tariffreibetrages eingerechnet; außerdem wurde der Grundfreibetrag um 300 DM erhöht. Trotz der steuerlichen Entlastungen werden also im Jahre 1978 vom Progressionstarif niedrigere Realeinkommen erfaßt als 1975. Soll vermieden werden, daß der größte Teil der Arbeitnehmer seine Einkommenszuwächse mit mehr als 30 vH versteuern muß — für einen Arbeitnehmer, dessen Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenzen für die Sozialversicherung liegt, bedeutet dies eine Belastung der Einkommenszuwächse mit Steuern und Sozialabgaben von mehr als 47 vH —, dann kann die Reform des Einkommensteuertarifs nur als für kurze Zeit vertagt gelten.

426. Da die bereits beschlossenen Steuerentlastungen beträchtlich über das hinausgehen, was das insgesamt leicht progressiv angelegte Steuersystem auf längere Zeit an Spielraum für Steuererleichterungen geboten hätte, wird die Einführung eines neuen Progressionstarifs in näherer Zukunft zumindest aufkommensneutral sein müssen. Steuerentlastungen für einzelne Gruppen wären also im Rahmen der Tarifreform durch Steuerbelastungen anderer Gruppen von Einkommensbeziehern oder durch Erhöhungen bei anderen Steuern auszugleichen. Dies sollte aber kein Grund sein, die Vorbereitung einer solchen Tarifreform, die auch einen weitergehenden Abbau der progressiven Belastung inflationsbedingter Einkommenssteigerungen bringen sollte, zu verzögern. Denn aus konjunkturpolitischen Gründen Ruhe an der Steuerfront fordern, darf nicht heißen, die Umstrukturierung des Steuersystems aufschieben (Ziffern 438 ff.).

Sozialversicherung

427. Vielfach wird befürchtet, daß das System der sozialen Sicherung bei niedrigeren Lohnsteigerungsraten gefährdet ist. In der Tat haben die jüngsten konjunkturellen Schwächetendenzen bei der Rentenversicherung bereits neue Finanzierungsprobleme aufscheinen lassen. Die Bundesregierung hat daraufhin für 1978 eine vorzeitige Zahlung gestundeter Bundeszuschüsse in Höhe von 1,25 Mrd DM beschlossen und sich dafür entschieden, die Beitragspflicht der Bundesanstalt für Arbeit zur Rentenversicherung ihrer Leistungsempfänger vom 1. Januar 1979 auf den 1. Juli 1978 vorzuziehen; die Kosten in Höhe von 1,45 Mrd DM übernimmt der Bund.

428. Kurzfristig sind die Finanzierungsprobleme der Sozialversicherung über die Defizithaftung des Staates abgedeckt. Tun sich bei niedrigen Lohnsteigerungsraten Finanzierungslücken auf, dann werden diese durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt geschlossen. Davon sind wir auch für den Fall einer Politik der Vollbeschäftigung durch Wachstum ausgegangen. Zu höheren Staatsausgaben insgesamt muß das nicht führen, denn durch die niedrigeren Lohnabschlüsse spart der Staat — angenommen er weitet seinen Personalbestand nicht stärker als vorgesehen aus — bei den Personalausgaben und möglicherweise auch bei anderen Ausgaben mehr, als er der Sozialversicherung für das ausfallende Beitrags-

aufkommen zu zahlen hat. Gelingt es, über ein beschleunigtes Wachstum die Beschäftigungsprobleme zu lösen, so erhöhen die positiven Bechäftigungswirkungen die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung und mindern deren Finanzierungsprobleme. Bei der Rentenversicherung selbst würde dies freilich nur einen geringen Niederschlag finden, weil die Bundesanstalt für Arbeit ab 1. Juli 1978 für ihre Leistungsempfänger Beiträge an die Rentenversicherung zahlt; die eigentliche Entlastung im Zusammenhang mit zusätzlicher Beschäftigung schlägt sich bei den Beitragseinnahmen der Bundesanstalt für Arbeit nieder.

429. Fallen die Lohnsteigerungsraten dauerhaft niedriger aus, als in der Projektion der Bundesrerierung erwartet, dann dürften neue Beschlüsse zur Lösung der Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung nicht zu umgehen sein. Das Grundprinzip des Systems der sozialen Sicherung, die Anpassung der Renten an ein höheres Leistungniveau oder ein erhöhtes Preisniveau der Wirtschaft, braucht deswegen — entgegen manchmal geäußerter Befürchtung — jedoch nicht angetastet zu werden. Es ist der Idee nach unabhängig davon, wie hoch die aktuellen oder zukünftigen Zuwachsraten bei den Löhnen ausfallen. Die Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung, die sich rein rechnerisch bei dauerhaft niedrigeren Lohnsteigerungsraten ergeben, resultieren nicht aus der Anpassung der Renten an ein erhöhtes Leistungsniveau oder Preisniveau der Volkswirtschaft selbst, sondern aus der zeitlich verzögerten Anpassung der Renten an die Einkommensentwicklung. Diese zeitliche Verzögerung der Rentenanpassung bringt es mit sich, daß die Relation zwischen dem Altersruhegeld und dem Arbeitsentgelt abhängt von der Höhe der Lohnsteigerungsrate und damit, mittelfristig gesehen, auch von der Inflationsentwicklung. Je höher die Lohnsteigerungsrate, umso größer die Differenz zwischen dem aktuellen Lohn und dem Durchschnitt der Löhne der vorangegangenen Jahre, der der Rentenberechnung zugrunde gelegt wird, umso höher also die Differenz zwischen Arbeitsentgelt und Rente — und umgekehrt. Sollte beispielsweise das Lohnniveau in Zukunft statt jährlich um 7 vH nur um 5 vH ansteigen, dann würde das Altersruhegeld eines Rentners, der während seines Erwerbslebens jeweils das Durchschnittseinkommen verdient hat, bei 40 Versicherungsjahren auf Dauer gesehen nicht 45,2 vH des durchschnittlichen Bruttojahresentgeltes betragen, sondern auf 47,8 vH ansteigen.

Für die Rentenversicherung bedeutet dieser Anstieg des Verhältnisses zwischen Renten und Arbeitsentgelt eine finanzielle Belastung. Zwar würde von der gesamtwirtschaftlichen Bruttolohn- und Gehaltssumme bei niedrigeren Lohnsteigerungsraten ein höherer Anteil zur Finanzierung der Renten herangezogen, da die Beitragsbemessungsgrenze — die Grenze, bis zu der das Arbeitsentgelt eines Beschäftigten der Versicherungspflicht unterliegt — ebenso wie die Renten mit zeitlicher Verzögerung an die Lohnentwicklung angepaßt wird. Diese entlastende Wirkung ist aber weit geringer als die finanzielle Belastung infolge der Veränderung der Verteilungsposition zwischen Rentnern und Beschäftigten.

430. Wegen der zeitlich verzögerten Rentenanpassung hängt die Beurteilung der mittelfristigen Entwicklung der Rentenfinanzen in starkem Maße von der Einschätzung der mittelfristigen Lohnentwicklung ab. Dies hat in der Vergangenheit mehrfach dazu geführt, daß die finanziellen Perspektiven der Rentenversicherung aufgrund der Fortschreibung vorübergehender Tendenzen in der Lohn- und Preisentwicklung für die mittlere Frist falsch eingeschätzt wurden. So haben zur Zeit der inflatorischen Überhitzung rechnerische Finanzierungsspielräume zu Beschlüssen über Mehrleistungen verleitet, die sich später als finanzielle Überlastung des Rentensystems erwiesen. Die Bundesregierung hat nach ihren Angaben die Konsolidierung der Rentenfinanzen an einer erwarteten mittelfristigen Lohnsteigerungsrate von 7 vH ausgerichtet. Unterschreitet die Lohnsteigerungsrate diesen Wert nicht nur 1978, sondern auch in den Jahren danach, dann wird eine erneute Konsolidierungsaktion für die Rentenversicherung vorzunehmen sein, und dies wohl um so eher, je weiter die Lohnsteigerungsrate hinter der 7 vH-Marke zurückbleibt. Soll die Einkommensposition der Rentner im Vergleich zu den Aktiven dauerhaft verbessert werden, dann bedarf dies einer mittelfristigen Absicherung der Finanzierung, sei es durch eine dauerhafte Regelung über erhöhte Staatszuschüsse, sei es durch Beitragserhöhungen in der Rentenversicherung. Soll hingegen eine stärkere Belastung der Aktiven vermieden werden, müßte der Anstieg der Einkommensposition der Rentner im Vergleich zu dem der Aktiven aufgehalten werden.

431. Ein Weg, die Einkommensverteilung zwischen Rentnern und Aktiven von den Schwankungen der Lohn- und Preisentwicklung unabhängig zu machen, wäre die Aktualisierung der Rentenanpassung. Zu den Vorteilen und den Problemen einer solchen Aktualisierung sowie zu anderen Reformvorstellungen hat der Sozialbeirat in seinem letzten Gutachten ausführlich Stellung genommen.

Gemeindefinanzen

432. Ein Strukturproblem besonderer Art besteht — vor allem wegen der Gewerbesteuer — bei den Gemeindefinanzen. Die Gewerbesteuer ist in fast jeder Hinsicht eine schlechte Steuer. Unter stabilitätspolitischem Gesichtspunkt hat sie den gravierenden Makel, daß sie, wegen ihrer starken Konjunkturreagibilität die Gemeinden zu prozyklischem Ausgabenverhalten verleitet. Das schlägt sich insbesondere bei den kommunalen Investitionen nieder, die rund zwei Drittel der öffentlichen Sachinvestitionen ausmachen.

433. Diese prozyklische Wirkung wird durch das Erhebungs- und Veranlagungsverfahren der Gewerbesteuer noch verstärkt. Die Vorauszahlungen werden in den meisten Fällen nach der letzten Veranlagung bemessen. Bei schlechterem Geschäftsgang beantragen und erreichen die Unternehmen regelmäßig eine Herabsetzung der Vorauszahlungen; bei besserem Geschäftsgang passen die Finanzbehörden nur selten die Vorauszahlungen nach oben

an. Stellt sich dann, meist mehr als ein Jahr nach dem Veranlagungszeitraum, bei der Veranlagung heraus, daß die Steuerschuld höher ist als die Summe der Vorauszahlungen, werden nicht nur die entsprechenden Abschlußzahlungen, sondern auch höhere Vorauszahlungen fällig — diese auch im nachhinein für den inzwischen verstrichenen Zeitraum, für den noch keine Veranlagung vorgenommen worden ist. Zu den zyklischen Schwankungen kommt also ein gleichsam erratisches Moment hinzu. Soll wenigstens dies vermieden werden, empfiehlt es sich (selbstverständlich nicht nur bei der Gewerbesteuer, sondern auch bei den anderen Veranlagungsteuern), die Berechnung der Steuerschuld von den Pflichtigen selbst ausführen zu lassen, den Termin der Abschlußzahlung möglichst nahe an das Ende des Veranlagungszeitraums heranzuziehen und für die dabei zu wenig oder zu viel gezahlten Steuern eine marktgemäße Verzinsung einzuführen.

434. Die zyklischen Schwankungen im Aufkommen der Gewerbesteuer bleiben davon freilich unberührt. Sie lassen sich grundsätzlich nur beseitigen, wenn die Gewerbesteuer nach und nach abgeschafft wird und die Gemeinden an deren Stelle Einnahmen aus anderen Steuern erhalten, die kontinuierlicher fließen und das Steuerkraftgefälle vermindern (JG 76 Ziffern 353 ff.). Solange das nicht geschieht, könnte man auch daran denken, die Schwankungen im Steueraufkommen bei den Gemeinden durch entgegengerichtete Variation der Zuweisungen der Länder (und des Bundes) zu verringern (JG 68 Ziffer 335). Tatsächlich sind in der jüngsten Vergangenheit die Zuweisungen an die Gemeinden jedoch nicht antizyklisch, sondern eher prozyklisch verändert worden. Wenn es aber schon nicht zu leisten sein sollte, die Schwankungen im Steueraufkommen der Gemeinden mit Hilfe der Zuweisungen zu mindern, ist doch wenigstens sicherzustellen, daß die Einnahmenschwankungen bei den Gemeinden dadurch nicht noch verstärkt werden. Die Minimalforderung lautet daher, daß die „Ausgleichsmasse", die von den Ländern für Zuweisung an die Gemeinden bereitgestellt wird, stetig zunehmen sollte.

435. Schließlich muß künftig mehr als bisher im vorhinein beachtet werden, wie sich Steuerrechtsänderungen in den kommunalen Einnahmen niederschlagen. So sind die Gemeinden in der einen oder anderen Weise von den Steuerausfällen überrascht worden, die sich bei ihnen infolge der Einkommensteuerreform 1975, wegen der Entlastungen bei der Gewerbesteuer, durch die Ausdehnung der Grunderwerbsteuerbefreiung und nicht zuletzt infolge der Änderungen des Einkommensteuerrechts in diesem Jahr — unmittelbar über ihren Anteil am Aufkommen der Einkommensteuer, mittelbar über die Verringerung der Ausgleichsmasse bei den Ländern — eingestellt haben und noch einstellen werden. Für die Kommunen ergeben sich daraus häufig nicht nur Finanzierungsprobleme, sondern auch Schwierigkeiten bei der Vorausschätzung ihrer Einnahmen, was den öffentlichen Investitionen weder in der Summe noch in der zeitlichen Verteilung bekommt.

Wachstums- und Strukturpolitik

436. Um Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum zu erreichen, sind auf mittlere Frist Zuwächse der realen Bruttoanlageinvestitionen in beträchtlicher Größenordnung erforderlich (Ziffern 326 ff.). Die Hoffnung, daß dies möglich sein wird, richtet sich zwar in erster Linie, aber nicht allein an die Lohnpolitik. Auch der Staat hat im Rahmen einer Angebotspolitik Möglichkeiten, das Investieren attraktiver zu machen, und den Strukturwandel zu erleichtern. Nachdem in diesem Jahr zunächst die Vermögensteuer gesenkt wurde, später dann die Spielräume für die degressiven Abschreibungen erweitert, die Anreize für betriebliche Forschung und Entwicklung erhöht und mehr zinsgünstige Mittel für Existenzgründungen bereitgestellt wurden, steht die Förderung von Wachstum und Strukturwandel nicht mehr an oberster Stelle der wirtschaftspolitischen Tagesordnung. Durch eine weitere Diskussion über wachstumsfördernde Maßnahmen darf nicht der Eindruck erweckt werden, es könnte sich lohnen, Investitionsentscheidungen zu verschieben. Dies sollte aber nicht daran hindern, Investitionshemmnisse auf mittlere Frist weiter abzubauen.

437. Die Maßnahmen, die bislang ergriffen wurden, tragen nicht auf die bestmögliche Weise zur Lösung der anstehenden Angebotsprobleme bei. Die Gesichtspunkte der wachstumspolitischen Vorsorge wollte die Bundesregierung zunächst nur im Hinblick auf öffentliche Investitionen gelten lassen. Die Senkung der Vermögensteuer, die zur Förderung privater Investitionen vorgenommen worden ist, ist ein relativ teures und unsicheres Instrument. In den jüngsten steuer- und ausgabenpolitischen Entscheidungen ist die Angebotspolitik im Vergleich zur Nachfragepolitik nicht stark dosiert. Diese Festlegungen sind jedoch getroffen.

Mittelfristig müssen die Rahmenbedingungen für private Investitionen weiter verbessert werden. Die Fortsetzung der Reform des Steuersystems in wachstumsfreundlicher Richtung ist noch nicht weit gediehen. Kleine und mittlere Unternehmen sehen sich durch Abgaben, Auflagen und Mangel an Risikokapital besonders behindert. Die Neugründung eines Unternehmens erfordert eine hohe Bereitschaft, Risiko zu übernehmen; gerade daran scheint es zu mangeln. Auch wenn die Lohnpolitik wieder günstigere Ertragsaussichten eröffnet, müssen Investitionsrisiken erheblichen Umfangs eingegangen werden. Die Maßnahmen, die wir im Rahmen der Wachstumsstrategie diskutieren, laufen auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen hinaus, die das private Investitionskalkül entlastet und den Strukturwandel mehr als bisher fördert.

438. Unter mittelfristigen Gesichtspunkten besteht die wichtigste Aufgabe darin, die Reform des Steuersystems so voranzutreiben, daß die Abgabenlast weiter von investitionshemmenden zu investitionsfreundlichen Steuern hin verlagert wird, und solchen Staatsausgaben hohen Rang zuzuerkennen, die privaten Investitionen förderlich sind. Dabei sind drei

Prinzipien zu beachten. Erstens müßte sichergestellt sein, daß tatsächlich ein Mehr an Wachstumsförderung herauskommt. Die finanzpolitische Förderung von privaten Investitionen darf deshalb nicht auf Kosten von anderen wachstumsfreundlichen Staatsausgaben oder von bestehenden wachstumsfreundlichen steuerlichen Regelungen gehen. Zweitens sollten die Maßnahmen so weit wie möglich global wirken, damit nicht staatliche Instanzen darüber entscheiden, welche Art von Investitionen besonders dringlich ist. Drittens sollte dort, wo alternative Wege zum gleichen Ziel führen, möglichst der mit dem geringsten fiskalischen Aufwand gewählt werden. Ein Weg, der diesen drei Prinzipien am ehesten entspricht, ist — wie wir wiederholt dargelegt haben — die verstärkte Beteiligung des Staates an den Risiken privater Investitionen.

439. Konfrontiert man unser Steuersystem mit diesem Leitmotiv, dann zeigt sich, daß der Staat in sehr unterschiedlichem Maße am Risiko privater Investitionen beteiligt ist.

Von Risikobeteiligung des Staates im Rahmen des Steuersystems sprechen wir immer dann, wenn die Besteuerten die Möglichkeit haben, im Falle einer individuell verlustreichen wirtschaftlichen Aktion einen Steueranspruch zu kürzen, den der Staat aus Gründen einer erfolgreichen Aktion in derselben oder einer anderen Periode gegen sich hat. In einem allgemeinen Sinne heißt dies zugleich: Risikobeteiligung des Staates im Steuersystem liegt vor, soweit eine Steuer endgültig nur greift, wenn eine Folge von wirtschaftlichen Handlungen sich in der Weise als erfolgreich erweist, daß diese schließlich den Wert der konsumierbaren Güter der Volkswirtschaft erhöhen, bis dahin also gleichsam unter Vorbehalt besteuert werden.

Am geringsten ist die Risikobeteiligung bei ertragsunabhängigen Steuern, die den Einsatz von Produktionsfaktoren unabhängig von dessen wirtschaftlichem Erfolg belasten. Dazu zählen etwa die Gewerbekapitalsteuer und die Vermögensteuer, diese strenggenommen allerdings nur, soweit sie auf dem Kapitaleinsatz liegt. Dies ist infolge der speziellen Besteuerung des Kapitaleinsatzes bei den Kapitalgesellschaften der Fall, aber auch bei Personengesellschaften vor allem als Folge der Nichtneutralität der Vermögensteuer in bezug auf die Anlageart wegen unterschiedlicher Bewertungsvorschriften. Der Staat belastet mit diesen Steuern den Produktionsumweg, also die Investition, von Anfang an.

Auf den wirtschaftlichen Erfolg bezogen sind dagegen die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Hier fallen keine Steuern an, wenn keine Gewinne entstehen. Außerdem lassen die Steuergesetze regelmäßig einen Verlustausgleich zu. Zum einen können Verluste einzelner Unternehmensbereiche im gleichen Jahr mit Gewinnen anderer verrechnet werden, zum anderen können Verluste eines Jahres gegen Gewinne des vorangegangenen Jahres oder der fünf folgenden Jahre verrechnet werden. Die Einkommen- und Körperschaftsteuer wird aber unabhängig davon erhoben, ob die Einkommen und Erträge bei der Produktion und Verteilung von Gütern für den Konsum oder für die Investition erwirtschaftet werden.

Die Mehrwertsteuer hingegen läßt Investitionsgüter zunächst steuerfrei. Wegen des Vorabzugs der Steuer auf Investitionen belastet der Staat die Wertschöpfung im Zusammenhang mit der Erstellung der Investitionsgüter nur im Falle des Investitionserfolgs. Mit anderen Worten: Erst wenn und nur soweit die Abschreibungen erwirtschaftet sind, wird die Steuer erhoben. Der Produktionsumweg selbst bleibt steuerfrei. Belastet wird nur der Konsum. Die gleiche Wirkung wie die Mehrwertsteuer haben Verbrauchsteuern, soweit sie nicht auch auf den Faktoreinsatz erhoben werden.

440. Es wäre gewiß nicht ratsam, das Steuersystem nur durch die Brille der staatlichen Risikobeteiligung zu betrachten. Im Hinblick auf die Angebotsprobleme, die in den nächsten Jahren zu lösen sind, sollte dieser Gesichtspunkt bei der Umstrukturierung des Steuersystems jedoch großes Gewicht haben. In der Vergangenheit hat der Risikogesichtspunkt bei steuerpolitischen Entscheidungen nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Es käme darauf an, die Last der Abgaben von den ertragsunabhängigen mehr auf die ertragsabhängigen Steuern zu verlagern und innerhalb der ertragsabhängigen Steuern den Verlustausgleich zu verbessern oder auch eine Verschiebung von den ertragsabhängigen zu den verbrauchsabhängigen Steuern herbeizuführen.

441. Die Risikobeteiligung kann auch erhöht werden durch Regelungen innerhalb einzelner Steuern. Bei der Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer sind das — neben dem Verlustausgleich — die Abschreibungsvorschriften.

Über die steuerlichen Abschreibungsregelungen ist der Staat am Investitionsrisiko zunächst insoweit beteiligt, wie die steuerlich zulässigen Abschreibungen zu Beginn des Abschreibungszeitraums über den tatsächlichen Kapitalverzehr hinausgehen. Bei degressiver Abschreibung ist die Risikobeteiligung im allgemeinen größer als bei linearer. In Höhe dieser Risikobeteiligung bekommt der Staat in den ersten Jahren nach der Investition weniger Steuern und ist mit diesem Differenzbetrag an etwaigen Verlusten des Unternehmens, die später auftreten, stärker beteiligt als bei einer Abschreibungsregelung nach dem Wertverzehr. Sind nämlich die mit einer Investition erzielten Erträge aufgrund von Verlusten in den restlichen Jahren des Abschreibungszeitraums geringer als die ursprünglichen Investitionsausgaben, und macht das Unternehmen aus diesem Grunde im ganzen Verluste, so sind die Steuern, die das Unternehmen zu zahlen hat, bei beschleunigter Abschreibung geringer als bei einer Abschreibung, die sich von Anfang an mit dem Kapitalverzehr deckt. Darin liegt die Risikobeteiligung. Werden die Investitionsausgaben durch die Erlöse der gesamten Abschreibungsperiode gerade gedeckt, erhält der Staat in späteren Jahren das zurück, auf was er vorher verzichtet hat. Die über die tatsächliche Abnutzung hinausgehenden Beträge sind nur gestundet gewesen. Tritt später der genannte Verlustfall ein, wird der zurückgestellte Steueranspruch gleichsam niedergeschlagen. Erzielt das Unternehmen mit einer Investition Gewinne, dann erhält der Staat seinen Anteil an diesen Gewinnen wie ohne Risikobeteiligung durch Abschreibungen. Die Stundung ist allerdings zinsfrei.

442. *Aus einzelwirtschaftlicher Sicht und auf ein einzelnes Investitionsprojekt bezogen, ist eine Verbesserung der Abschreibungsregelung eine Steuerstundung, denn der Staat erhält den zunächst gestundeten Betrag später voll zurück, sofern der Investor nicht vor Ablauf des Abschreibungszeitraums Verluste macht. Nach der Einführung oder der Verbesserung von degressiven Abschreibungsmöglichkeiten kommt es zunächst zu Steuerausfällen, später fließen die Steuern wieder reichlicher. Nun investieren Unternehmen zumeist ständig, zudem wird in einer wachsenden Wirtschaft auch ständig mehr investiert. Bei wachsendem Investitionsvolumen werden die gesamten Steuereinnahmen des Staates aus Gewinnsteuern dauerhaft — wenn auch nicht beträchtlich — hinter dem zurückbleiben, was ohne eine Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten zu erwarten gewesen wäre. Die Steuerquote ist also etwas niedriger als sonst. Darin mag man eine Steuersenkung sehen. Im Gegensatz zu einer definitiven Steuersenkung aber, die auf einer Ermäßigung der Steuersätze (oder Veränderung der Steuerbemessungsgrundlage) beruht, ist der durch die verbesserten Abschreibungsregelungen erzielte Steuervorteil stets aufs neue an Investitionsentscheidungen geknüpft, ist eine neu gewährte Steuerstundung. Wird nicht immer wieder investiert, und das geschieht nicht notwendigerweise automatisch, sondern nur, wenn nach einem Investitionskalkül Investitionen lohnend erscheinen, entfällt der Steuervorteil nach einiger Zeit.*

Für das einzelwirtschaftliche Investitionskalkül schlägt bei verbesserten Abschreibungsregelungen der höhere Grad der staatlichen Beteiligung an den Risiken des einzelnen Investors auf jeden Fall zusätzlich zu Buche, und zwar ohne zusätzliche Steuerausfälle.

443. Im Streit über die Wirksamkeit von Maßnahmen der steuerlichen Investitionsförderung hat in jüngster Zeit die Alternative Abschreibungserleichterung oder Vermögensteuersenkung im Vordergrund gestanden. Beide Wege führen zu einer Verbesserung der Ertragserwartungen im Investitionskalkül, die Senkung der Vermögensteuer allerdings nur, soweit sie den Einsatz von Vermögen für Investitionen entlastet. Die Senkung ertragsunabhängiger Steuern hat jedoch gegenüber der Erweiterung der degressiven Abschreibung den Nachteil, daß bei der Einführung mit einem besonders großen Mitnehmereffekt zu rechnen ist; denn die Steuererleichterung bezieht sich auch auf bereits bestehendes Vermögen. Bei Abschreibungsregelungen ist der Kontakt zum Investitionskalkül dagegen viel enger.

444. Gegen eine Förderung der privaten Investitionen wird häufig vorgebracht, daß damit nur zu Rationalisierungsinvestitionen angeregt werde, die Arbeitsplätze vernichten. Es ist jedoch nicht richtig, in Rationalisierungsanstrengungen die Ursachen für gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsprobleme zu sehen (JG 76 Ziffer 289).

Unternehmen, die Rationalisierungsinvestitionen tätigen, sind bemüht, sich auch bei hohen und weiterhin steigenden Löhnen am inländischen Standort zu behaupten. Einem kräftigen Lohndruck können sie teilweise dadurch ausweichen, daß sie ihre Produktionsverfahren umstellen. Sie setzen Maschinen ein, die zwar teurer sind als die alten, benötigen für den gleichen Produktionsausstoß aber weniger Arbeitskräfte als vorher, das heißt, sie fertigen kapitalintensiver. Ein solcher Rationalisierungsvorgang sichert bedrohte Arbeitsplätze, weil effizientere Verfahren zum Zuge kommen. Darüber hinaus erhöht er die Beschäftigung an anderer Stelle. Denn die Maschine, die einen Arbeitsplatz einspart, muß in der Regel mit zusätzlichen Arbeitskräften produziert werden. In gesamtwirtschaftlicher Sicht mildert daher der Produktionsumweg, der über die Rationalisierungsinvestition eingeschlagen wird, den beschäftigungsdämpfenden Effekt, der von einem überhöhten Lohnniveau ausgeht.

Selbstverständlich sind Rationalisierungsinvestitionen als Ausdruck des ständigen Strebens nach Kostensenkung zu einem sehr wesentlichen Teil unabhängig von aktuellen Veränderungen im Verhältnis von Löhnen und Zinsen. Insoweit sind sie jedoch die Basis für eine weitere Steigerung der Realeinkommen, der real wirksamen Nachfrage und damit eine wichtige Antriebskraft für Erweiterungsinvestitionen. Anders gewendet: Räumt man Hemmnisse für das Investieren aus dem Weg, so braucht man wegen der Rationalisierungsinvestitionen nicht besorgt zu sein. Im Gegenteil.

445. Es kommt nicht nur darauf an, die Bedingungen für Investitionen zu verbessern, die von der Rentabilitätsschwelle nicht weit entfernt sind. Es geht auch darum, den Bereich der möglichen Investitionsprojekte zu erweitern, vor allem dann, wenn es Schwierigkeiten bereitet, den Strukturwandel reibungslos zu bewältigen. Durch Strukturwandel sind in den letzten Jahren in vielen Bereichen Arbeitsplätze weggefallen, ohne daß an anderer Stelle in ausreichendem Maße neue entstanden wären. Die Unternehmen scheinen das Risiko, durch die Entwicklung neuer Technologien und neuer Produkte Märkte zu erobern, sehr hoch einzuschätzen. Es müssen unter diesen Umständen nicht nur bereits existierende Wachstumsbereiche schneller expandieren, sondern durch Investitionen in Forschung und Entwicklung auch neue Wachstumsbereiche erschlossen werden. Und es sind die Bedingungen für Unternehmensneugründungen zu verbessern. Denn je mehr selbständige Entscheidungseinheiten es gibt, desto größer ist die Chance, daß genügend rentable Investitionsprojekte gefunden werden.

446. Das Programm der wachstumspolitischen Vorsorge, das der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten umrissen hat, umfaßte neben einer Verbesserung der degressiven Abschreibungsmöglichkeiten eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung und von Unternehmensneugründungen. Außerdem haben wir es für dringlich gehalten, den Arbeitsplatzwechsel für die Arbeitnehmer zu erleichtern und solche Regelungen abzubauen, die in vielen Bereichen der Wirtschaft die Dynamik behindern. Ungeachtet der Maßnahmen, die der Staat bereits ergriffen hat, halten wir weitere Schritte auf dem Gebiet der Wachstums- und Strukturpolitik für dringlich.

447. Kleinen und mittleren Unternehmen kommt bei der Bewältigung des Strukturwandels und der Lösung der mittelfristigen Beschäftigungsprobleme

eine große Bedeutung zu. Etwa zwei Drittel aller Arbeitnehmer sind dort beschäftigt. In diesen Unternehmen scheint ein erhebliches Potential für Neuerungen vorhanden zu sein; zugleich sind sie offenbar weniger als Großunternehmen in der Lage, das Neuerungsrisiko zu tragen. Die Unterlegenheit aufgrund verschiedener Ursachen schafft aber an sich noch keine Rechtfertigung für eine staatliche Unterstützung.

448. Unter wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten ist eine spezielle Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen nicht unumstritten. Die Wettbewerbsintensität kann auf Märkten mit einigen großen Anbietern stärker sein als bei vielen kleinen. Die Neigung und die Möglichkeit zur Koalitionsbildung ist bei wenigen großen aber wesentlich höher als bei vielen kleinen. Die Dynamik der marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung, die Vielfalt und Differenziertheit des Angebots an Waren und Dienstleistungen, aber auch an Arbeitsplätzen und Kapitalanlagemöglichkeiten ist nicht zuletzt Ergebnis der Aktivitäten einer Vielzahl eigenständiger Unternehmen. Die Konzentration bringt oftmals weniger Vorteile als vielfach angenommen. Jedenfalls ist in einigen Großunternehmen eine Tendenz zur Dezentralisierung zu beobachten; einzelnen Abteilungen werden mehr Vollmachten übertragen. Nicht gering geschätzt werden sollte auch das für den dynamischen Wettbewerbsprozeß bedeutsame innovatorische Potential in den mittleren und kleineren Unternehmen. Großunternehmen geben zwar — gemessen am Umsatz — mehr für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten aus, wie schnell aber Erfindungen und Patente in die Produktion umgesetzt werden, hängt von vielen Faktoren ab, nicht zuletzt von den Wettbewerbsbedingungen. Kleine und mittlere Unternehmen nutzen Erfindungen sehr schnell und treiben damit den dynamischen Wettbewerb voran.

449. Die Chancen, die ein forcierter Strukturwandel den kleinen und mittleren Unternehmen bietet, sind nicht gering. Nur in wenigen Bereichen ist der Großbetrieb von den möglichen Produktionsmethoden her dem kleineren eindeutig überlegen. Kleine und mittlere Unternehmen können in Marktnischen vorstoßen, ihr Produktionsprogramm auf hochwertige Spezialprodukte umstellen oder sich auch auf höherwertige, modeempfindliche Produkte spezialisieren. Beispiele findet man etwa in der elektronischen Industrie, in der Textilindustrie oder in der Schuhindustrie. Solche Umstellungsprozesse bringen für die kleineren Unternehmen aber in der Regel ein höheres Risiko mit sich. Je schmaler das Produktionsspektrum, je größer das Ausmaß an Spezialisierung, desto anfälliger reagiert das Unternehmen auf Preis- und Absatzschwankungen einzelner Märkte.

450. Die kleinen und mittleren Betriebe fühlen sich vielfach überfordert, dieses Risiko zu übernehmen. Auch ihre Möglichkeiten, den Staat am Risiko zu beteiligen, sind geringer als die der Großunternehmen. Während diese das Risiko auch horizontal verteilen können, weil sie Verluste in einem Produktionszweig gegen Gewinne aus einem anderen Zweig verrechnen können, haben Kleinunternehmen meist nur die Möglichkeit des zeitlichen Verlustausgleichs. Diese Unterschiede in der staatlichen Risikobeteiligung bei Kleinunternehmen und Großunternehmen könnten durch besondere Abschreibungserleichterungen für kleine Unternehmen ausgeglichen werden.

451. Erschwert wird die Anpassung der kleinen und mittleren Unternehmen an den Strukturwandel durch einen Mangel an Risikokapital. Zur Verbesserung der allgemeinen Finanzierungsmöglichkeiten wird ihnen eine Vielzahl von Fördermaßnahmen angeboten. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Lastenausgleichsbank stellen langfristige Investitionsdarlehen zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe von Finanzierungshilfen, die an bestimmte Verwendungen gebunden oder regional begrenzt sind, so etwa Darlehen aus dem ERP-Sondervermögen an kleine und mittlere Unternehmen in den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" oder Fördermaßnahmen von Bundesländern. Dem speziellen Ziel, die Risikokapitalbasis zu verbreitern, wird auf Bundesebene nur durch Rückbürgschaften für auf Landesebene organisierte Kreditgarantiegemeinschaften und durch Rückgarantien und ERP-Darlehen an Beteiligungsgemeinschaften Rechnung getragen. Diese Maßnahmen treten in ihrer quantitativen Bedeutung hinter den anderen Fördermaßnahmen zurück. Während im Jahre 1975 etwa 200 Mio DM Förderhilfen aus Haushaltsmitteln des Bundes, knapp 700 Mio DM Kredite aus ERP-Mitteln und etwa 1,4 Mrd DM Investitionsdarlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau an kleine und mittlere Unternehmen vergeben wurden, betrugen die von Kreditgarantiegemeinschaften übernommenen Rückbürgschaften des Bundes etwa 240 Mio DM, die Rückgarantien für Beteiligungsgemeinschaften weniger als 10 Mio DM.

Durch einen Ausbau der Gewährleistungen für kleine und mittlere Unternehmen könnte der Engpaß beim Risikokapital gemindert werden.

Finanzierungserleichterungen für diese Unternehmen fordern heißt aber nicht, sie mit Erhaltungssubventionen am Markt halten zu wollen. Unternehmen, die sich auf Dauer nicht aus eigener Kraft am Markt behaupten können, müssen ausscheiden.

452. Im Rahmen der projektbezogenen Forschungsförderung sind Klein- und Mittelbetriebe gegenüber Großunternehmen häufig benachteiligt, weil sie Schwierigkeiten haben, den Zugang zu den staatlichen Förderungsmitteln zu finden. Die indirekte Förderung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der privaten Unternehmen soll nach einem Gesetzentwurf der Bundesregierung vom September 1977 durch die Verdoppelung der Zulage für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen verbessert werden. Außerdem sollen immaterielle Wirtschaftsgüter, die der Forschung und Entwicklung dienen, in die Bemessungsgrundlage einbezogen und zur

Verbesserung der Breitenwirkung die Zweckbindungsvorschriften für Gebäude gelockert werden. Nach wie vor wären aber Klein- und Mittelbetriebe, die keine eigenständigen Forschungsabteilungen betreiben und ihre Anlagen aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht nur für Forschungs- und Entwicklungszwecke nutzen, sondern auch von anderen Unternehmensabteilungen mitbenutzen lassen, benachteiligt, ebenso wie personalintensive Entwicklungen. Wir verkennen nicht, daß ein Zuschuß auf den gesamten Aufwand für Forschungs- und Entwicklungsförderung erhebliche Abgrenzungsprobleme mit sich brächte; dies gilt wohl vor allem für den Personalaufwand. Wir sind aber der Ansicht, daß durch eine weitere Lockerung der Vorschriften über die Zweckbindung von Mitteln und über Fristen die Benachteiligung von Klein- und Mittelbetrieben weiter abgebaut werden könnte.

453. Strukturwandel läßt sich auch um so leichter bewältigen, je günstiger die Bedingungen für die Neugründung von Unternehmen sind. Der Wille zur Selbständigkeit hat allem Anschein nach erheblich nachgelassen. Im Laufe der siebziger Jahre sind immer weniger Betriebe neu errichtet worden (Ziffer 281). Gleichzeitig ist die Anzahl der Firmenzusammenbrüche sprunghaft gestiegen. Für einen dynamischen Wettbewerb ist es aber nicht nur wichtig, daß leistungsschwache Unternehmen ausscheiden, sondern auch daß neue Unternehmen nachwachsen, gegen bereits bestehende Unternehmen konkurrieren und weniger leistungsstarke aus dem Markt drängen.

454. Wegen der Bedeutung für die Mobilisierung unternehmerischer Qualitäten, für das Vorhandensein von Wahlmöglichkeiten zwischen selbständiger und unselbständiger Tätigkeit sowie für das Nachwachsen junger Unternehmen und für die Aufrechterhaltung eines dynamischen Wettbewerbs muß es Sorge bereiten, daß die Neugründungen von Betrieben ständig zurückgehen. Zwar fördert die öffentliche Hand seit langem Neugründungen von Unternehmen. Es scheint jedoch nicht ausgeschlossen, daß mit den Krediten, Zuschüssen und Bürgschaften, die der Staat direkt oder indirekt gewährt, den Erfordernissen jener, die ohne viel Kapital und ohne entsprechende Sicherheiten eine selbständige Existenz gründen wollen, nicht oder nicht ausreichend oder nicht auf die bestmögliche Weise Rechnung getragen wird.

Der Sachverständigenrat hat sich ein Bild davon zu verschaffen versucht, was Bund und Länder, die Lastenausgleichsbank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Gründung selbständiger Existenzen beitragen. Die Vielzahl der angebotenen Möglichkeiten verschiedenster Art, bei der Gründung einer selbständigen Existenz Hilfe zu erhalten, ist beeindruckend und beängstigend zugleich. So können Existenzgründungen aus vielen der zahlreichen schon erwähnten Förderprogramme für kleine und mittlere Unternehmen mitfinanziert werden. Von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zum Beispiel, die keine Programme eigens für Existenzgründungen hat, ist von 1975 bis 1977 (September) aus ihren Eigenmittel-Programmen sowie aus dem ERP-Regionalprogramm die Errichtung von über 1 000 Betrieben zur Existenzgründung mit Krediten über rund 150 Mio DM bei einem Investitionsvolumen von insgesamt fast 600 Mio DM mitfinanziert worden; hinzu kommen Kredite aus ERP-Mitteln in allerdings geringem Umfang an Kapitalbeteiligungsgesellschaften und an Kreditgarantiegemeinschaften, die ihrerseits bei Existenzgründungen Hilfestellung leisten. Neben den allgemeinen Förderprogrammen für kleine und mittlere Unternehmen gibt es spezielle Programme für die Gründung selbständiger Existenzen, allen voran das von der Lastenausgleichsbank verwaltete ERP-Existenzgründungsprogramm für Nachwuchskräfte der gewerblichen Wirtschaft. Von 1975 bis Mitte 1977 wurden im Rahmen dieses Programms rund 9 500 Kreditbewilligungen über reichlich 400 Mio DM erteilt, von denen allerdings nur 60 vH (1976) aller Fälle die Neugründung eines Betriebes betreffen; hinzu kommen Kredite aus eigenen Mitteln und Bürgschaften für Existenzgründungsdarlehen freier Berufe. In einigen Bundesländern gibt es spezielle Existenzgründungshilfen, so etwa öffentliche Darlehen in Baden-Württemberg und im Saarland, Zinszuschüsse in Hessen und in Rheinland-Pfalz, Investitionszuschüsse in Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus werden im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" in den regionalen Aktionsräumen — diese umfassen etwa zwei Drittel der Fläche des Bundesgebietes — Investitionszulagen und Investitionszuschüsse auch bei Unternehmensgründungen gewährt.

455. In den letzten Jahren sind die Mittel zur Förderung von Existenzgründungen beträchtlich aufgestockt worden. Noch 1975 waren für das ERP-Existenzgründungsprogramm weniger als 150 Mio DM vorgesehen. Nachdem diese Mittel bereits für das Jahr 1977 auf 265 Mio DM erhöht worden waren, hat die Bundesregierung im September für 1978 eine Aufstockung des Programms auf 500 Mio DM beschlossen.

Die speziellen Hilfen der öffentlichen Hand zur Existenzgründung werden nach wie vor nur von einem verhältnismäßig geringen Teil derer, die sich selbständig machen, in Anspruch genommen. Hierauf weisen insbesondere einzelne Untersuchungen aus dem Handwerkssektor hin. Dies mag daran liegen, daß die bisher noch nicht selbständigen Nachwuchskräfte mit Informationen über Förderungsmöglichkeiten weniger erreicht werden als die bereits Selbständigen. Zum Teil dürfte es aber auch darauf beruhen, daß der Erfolg nicht sicher genug erscheint, um dafür Anträge zu stellen, Auflagen zu erfüllen, Bescheinigungen beizubringen oder was sonst noch alles den im Umgang mit der öffentlichen Verwaltung wenig geübten Bürger schrecken mag. Eine weitere Aufstockung der Programme und eine Verbesserung der Informationen könnte hier den Anreiz verstärken.

Wir sind nach dem Studium einer Reihe von Möglichkeiten, die es gegenwärtig zur Förderung von Existenzgründungen gibt, zu dem Ergebnis gelangt, daß es nicht allein darum gehen kann, hier einfach

mehr Mittel zu fordern. Nötig ist wohl auch eine Bestandsaufnahme, wie und mit welchem Erfolg die vorhandenen Möglichkeiten genutzt wurden. Man kann den Eindruck gewinnen, daß jene, die geschickt die Bausteine der verschiedenen Förderungsmittel zusammenfügen, sowohl ausreichend Kredite erhalten als auch ein gut Teil des Risikos der Betriebsgründung auf den Staat verlagern können. Dies ist aber wohl nur für einen Teil der Interessenten und auch für diese nur nach gründlichen Recherchen möglich. Andere mögen zwar gute Projekte vorweisen, jedoch weder über die erforderlichen Sicherheiten für Kredite verfügen noch Zugang zu den Bürgschaften haben. Eine Bestandsaufnahme würde möglicherweise zeigen, daß auch eine Flurbereinigung nötig ist, um den Erfolg zu erhöhen. Es kann in der Marktwirtschaft auch bei Existenzgründungen nicht darum gehen, einfach mit Zinsverbilligungen und Zuschüssen Neugründungen von Betrieben zu erleichtern, die dann womöglich Subventionen auf Dauer erfordern. Was jemand, der neu anfängt, braucht, ist die Aufstockung begrenzter Eigenmittel durch eigenkapitalähnliche Kredite, die später aus Gewinnen abgelöst werden, sowie langfristiges Fremdkapital, das ihm für einige Jahre zu wirtschaften erlaubt, ohne ständig in Finanzierungsnöten zu sein. Ein solcher Start ist sicher vielen potentiellen Unternehmen mit ausreichender Qualifikation ohne Hilfe des Staates nicht möglich. Inwieweit die vorhandenen Förderungsmöglichkeiten die richtigen sind und ob sie bei verbesserter Transparenz, bei genügender Flexibilität der Kriterien und bei einer angemessenen Relation von Bürgschaften zu Krediten nicht sogar ausreichen würden, das unternehmerische Potential zu mobilisieren, ist nicht leicht abzuschätzen. Da Existenzgründungen einen hohen Rang unter den Zielen haben, sollten sie vorläufig jedoch nicht dadurch zurückgedrängt werden, daß man die Ausweitung bestehender Programme, bei denen große Nachfrage besteht, durch Festsetzen starrer Plafonds begrenzt.

456. Neue Betriebe haben es oft schwer, Fuß zu fassen. Das Insolvenzrisiko scheint in der Startphase eines Unternehmens besonders hoch zu sein. Daraus sollte man aber nicht schließen, daß es gesamtwirtschaftlich effizienter wäre, bereits bestehende Unternehmen zu subventionieren, statt teure, mit hohem Risiko behaftete Unternehmensneugründungen zu fördern. Kurzfristig mag dies so sein. Auf längere Frist behindern aber leistungsschwache, zum Überleben auf Subventionen angewiesene Unternehmen das wirtschaftliche Wachstum und den Strukturwandel. Eine funktionsfähige Marktwirtschaft ist darauf angewiesen, daß ein intensiver Wettbewerb über die Lebensfähigkeit von Unternehmen entscheidet und daß neue Unternehmen nachwachsen, die sich dem Wettbewerb stellen.

Dem erhöhten Risiko während der Anlaufphase eines Unternehmens wird bisher bei den Fördermaßnahmen relativ wenig Beachtung geschenkt. Bei den speziellen Existenzgründungsprogrammen sind meist nur zwei tilgungsfreie Jahre vorgesehen. Zur Finanzierung des Bedarfs an Folgeinvestitionen, der gerade bei Kleinunternehmen wegen zunächst nur zurückhaltender Investitionstätigkeit bei der Unternehmensgründung — im Jahre 1976 lag in mehr als der Hälfte der im Rahmen des ERP-Existenzgründungsprogramms geförderten Fälle die Darlehenssumme unter 30 000 DM — sehr schnell eintritt, sind die Unternehmen auf Kredite angewiesen, für die ihnen nicht selten die entsprechenden Sicherheiten fehlen.

457. Bei alledem geht es nicht darum, durch eine Vielfalt neuer Subventionstatbestände die Anstrengungen der Unternehmer noch stärker, als dies ohnehin schon der Fall ist, dahin zu lenken, ihren Vorteil vor allem aus der bestmöglichen Nutzung staatlicher Förderangebote zu erwarten — aus dem Erstreiten von Subventionen hier, dem Abwehren von Abgaben dort — statt aus dem Aufspüren und Nutzen von Marktchancen, der eigentlichen unternehmerischen Aufgabe also. Von daher ist Einfachheit, Überschaubarkeit, Einheitlichkeit neuer Regelungen wichtiger als der Versuch eines noch so sachgerechten Perfektionismus im Detail.

458. Der Staat kann die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand auch dadurch erleichtern, daß er Hemmnisse abbaut, die den Wettbewerb behindern und strukturellen Veränderungen im Wege stehen. Staatliche Auflagen und Kontrollvorschriften überfordern vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Administrative und rechtliche Unsicherheiten lasten auf dem Investitionskalkül. Reglementierungen, vor allem im Dienstleistungsbereich, erdrücken unternehmerische Impulse. Zugangsbeschränkungen, auch für die Berufsausbildung, verhindern in manchen Bereichen ein Angebot an Dienstleistungen, das der schon heute geltend gemachten Nachfrage gerecht würde. Privilegien für bestimmte Anbieter von Dienstleistungen, beispielsweise bei der Zuweisung von Flächen für Freizeitanlagen, behindern das Auftreten konkurrierender Anbieter selbst dort, wo dadurch zusätzliche Nachfrage aktiviert werden könnte und die Existenz der bisherigen Anbieter nicht gefährdet zu werden brauchte. Dienstleistungen, die vom Staat zu unter den Kosten liegenden Preisen angeboten werden, erschweren die Entwicklung eines privatwirtschaftlichen Angebots. Fähigkeit und Bereitschaft, für Dienstleistungen kostendeckende Preise zu zahlen, haben mit dem allgemeinen Wohlstand vermutlich stärker zugenommen, als sich jetzt am Markt niederschlagen kann.

Das Gewicht solcher die privaten Aktivitäten behindernden Regelungen ist im einzelnen nicht abzuschätzen. Mehr als der Einzelfall ist es aber auch die Summierung staatlicher Eingriffe, die eine Belastung für die private Wirtschaft im ganzen schafft. Alle diese Regelungen mögen zum Zeitpunkt ihrer Einführung wohlbegründet gewesen sein, doch ist zum einen fraglich, ob die damals angestrebten Ziele auch heute noch den gleichen Rang besitzen und zum anderen mag es Mittel geben, die das Wachstum und den Strukturwandel weniger stark hemmen.

Solche Fehlentwicklungen können sicher nicht von heute auf morgen korrigiert werden. Hier ist in jedem Fall auch mit massivem politischen Widerstand zu rechnen, so etwa wenn es darum geht, ein wohnungsbaufeindliches Mietrecht zu korrigieren, gesetzliche Regelungen über Ladenschlußzeiten zu liberalisieren oder wettbewerbsfeindliche Bestandteile in den Berufs- und Gebührenordnungen zu beseitigen. Trotz solcher Schwierigkeiten muß mit energischen Versuchen zum Abbau solcher Reglementierungen Ernst gemacht werden. Auch dies ist Beschäftigungspolitik. Auch hier geht es um die Rahmenbedingungen dafür, daß die Wirtschaft wieder zu mehr Eigendynamik zurückfindet.

Ausbildungspolitik

459. Soll durch kräftiges Wachstum wieder Vollbeschäftigung erreicht werden, muß auch die Bildungs- und Ausbildungspolitik helfen. Diese ist von zwei Seiten gefordert. Zum einen muß der Staat den zusätzlichen Anforderungen gerecht werden, die an sein Ausbildungsangebot in der Situation der Unterbeschäftigung gestellt werden. Zum anderen sind außergewöhnliche Anstrengungen nötig, wenn es in den nächsten Jahren gelingen soll, genügend Ausbildungsplätze für die geburtenstarken Jahrgänge zu schaffen. Im einzelnen geht es vor allem um folgende Probleme:

- Die gegenwärtige Beschäftigungslage erschwert die Aufgaben der Bildungs- und Ausbildungspolitik und weist dieser Probleme zur Lösung zu, die bei Vollbeschäftigung nicht existieren oder von der Wirtschaft allein bewältigt werden. Ein besonderes Problem am Arbeitsmarkt stellen die Arbeitskräfte ohne abgeschlossene Berufsausbildung dar.
- Das Angebot an Plätzen im Bildungs- und Ausbildungssystem droht hinter der Nachfrage zurückzubleiben, die von den geburtenstarken Jahrgängen in den nächsten Jahren ausgehen wird. Weil auf die geburtenstarken Jahrgänge bald wieder geburtenschwache Jahrgänge folgen, zögern Staat und private Wirtschaft, die Ausbildungskapazität aufzustocken.
- Viele junge Menschen erwerben eine Ausbildung, mit der ihre beruflichen Chancen in der privaten Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst nicht sehr groß sind. Angebotsstruktur des Ausbildungssystems und Nachfragestruktur von Wirtschaft und Staat fallen somit auseinander. Größere Diskrepanzen gibt es vor allem für einen Teil der Hochschulabsolventen.

460. Unter ökonomischen Gesichtspunkten, und dies sind selbstverständlich nicht die einzigen, ist Bildungs- und Ausbildungspolitik vornehmlich Wachstumspolitik. Eine hochentwickelte Volkswirtschaft verdankt ihren Wohlstand zu einem großen Teil der Qualifikation der Arbeitskräfte. Ihren Platz in der internationalen Arbeitsteilung muß die Bundesrepublik vor allem mit solchen Gütern behaupten, die von gut ausgebildeten Arbeitskräften hergestellt werden. Die beschäftigungspolitische Bedeutung der Bildungspolitik liegt darin, daß viele Produktionschancen erst genutzt werden können, wenn qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Je besser die Ausbildung der Arbeitskräfte ist, um so höher kann bei gegebenem Lohnniveau die Beschäftigung sein — oder bei Vollbeschäftigung das Lohnniveau. Das Ausbildungsniveau läßt sich jedoch nur langfristig verändern. Deshalb kann Ausbildungspolitik kein Ersatz für die Beschäftigungspolitik sein, die ja die Arbeitslosigkeit möglichst schnell bekämpfen soll.

461. Die Unterbeschäftigung stellt die Ausbildungspolitik dennoch vor besondere Aufgaben. Solange Arbeitskräfte knapp waren, war es für die Unternehmen lohnender als heute, im Hinblick auf künftigen Bedarf Arbeitskräfte anzulernen oder auszubilden. In der gegenwärtigen Beschäftigungslage muß der Staat viele dieser Lasten übernehmen. Sie kommen auf ihn zu in Form der Arbeitsmarktpolitik und der Berufsausbildungspolitik, die vor allem um ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen besorgt sein muß. Zudem wird geklagt, daß Facharbeiter knapp sind und daß Arbeitslose für die angebotenen offenen Stellen zu wenig qualifiziert sind. Gar keine oder eine unzureichende Berufsausbildung scheint eine der Ursachen für Arbeitslosigkeit zu sein.

462. Viele der Probleme, denen sich die Ausbilgungspolitik heute gegenübersieht, sind im Kern Probleme der Beschäftigungspolitik. Ausbildung kann die Chance eines einzelnen Arbeitnehmers erhöhen. Wenn die Chancen aller sich verbessern sollen, müssen andere Bedingungen hinzukommen. Die beste Entlastung für die Bildungspolitik wäre ein kräftiger Aufschwung. In dessen Verlauf würde das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen sicher rasch zunehmen. Auch würden sich die Chancen derer vermehren, denen es an beruflicher Qualifikation mangelt. Gegenwärtig stellen die Unternehmen hohe Anforderungen an die Arbeitskräfte, die sich bewerben. Man kann darin auch eine Form der Lohnsenkung sehen; denn für den gleichen Lohn wird eine höhere Qualifikation verlangt. Facharbeiter sind in zunehmendem Maße an Arbeitsplätzen tätig, die früher angelernten Arbeitskräften vorbehalten waren. Angelernte und ungelernte Arbeitskräfte sind um so mehr dem Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt.

463. Vordringliche Aufgabe der Ausbildungspolitik in den nächsten Jahren ist es zu verhindern, daß eine Lücke an Ausbildungsstellen und Studienplätzen entsteht. Seit Beginn der Rezession geht die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsplätze zurück. Möglicherweise hat die Ausbildungspolitik selbst dazu beigetragen, indem sie höhere Anforderungen an die Qualität der Ausbildung und die Entlohnung der Auszubildenden in einer Zeit durchgesetzt hat, in der die Unternehmen mit einer rückläufigen Konjunktur und steigenden Kosten rechnen mußten. Durch vereinte Anstrengungen des Staates und der privaten Wirtschaft ist es in jüngster Zeit gelungen, die Anzahl der Ausbildungsplätze wieder

zu vermehren. Die stärksten Anforderungen an das Ausbildungssystem werden aufgrund der demographischen Entwicklung erst in den nächsten Jahren erwartet. Angaben der Bundesregierung zufolge wird der Bedarf an Ausbildungsplätzen im dualen System 1981, dem Jahr der Spitzenbelastung, um 200 000 höher liegen als im Jahre 1975, als 1,3 Millionen Ausbildungsplätze vorhanden waren. Die Anzahl der Studienanfänger, die 1975 bei rund 170 000 lag, wird für 1983 auf rund 250 000 geschätzt. Was die betriebliche Ausbildung anlangt, so versucht die Bildungspolitik über den Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres, der Berufsfachschule, der überbetrieblichen Ausbildungsstätten und des dualen Systems der betrieblichen Ausbildung für den höheren Bedarf vorzusorgen. In einem wesentlichen Teil liegt es an der privaten Wirtschaft, genügend Ausbildungsplätze bereitzustellen. Für den Fall, daß das Angebot an Ausbildungsplätzen nicht ausreicht, um die Nachfrage zu decken, kann nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz eine Umlage zugunsten der ausbildenden Betriebe eingeführt werden.

464. Da auch unter günstigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen nur mit einem allmählichen Abbau der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist, erscheint die Unterstützung der betrieblichen Ausbildung, die der Staat eingeleitet hat, gerechtfertigt zu sein. Jugendliche, die aus Mangel an Ausbildungsplätzen auf eine Ausbildung verzichten müssen, holen diese später selten nach. Insoweit drohen auch dauerhafte volkswirtschaftliche Schäden, wenn es der Bildungspolitik nicht gelingt, die Anzahl der Ausbildungsplätze in dem erforderlichen Umfang zu steigern.

465. Die Bildungspolitik hat sich dafür entschieden, bei der Vermehrung der Ausbildungsplätze vor allem dem Gesichtspunkt der Berufsorientierung Rechnung zu tragen, etwa durch den erwähnten Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres, der Berufsfachschule und der überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Die kurzfristige Entlastung, die die einzelnen Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt gehabt hätten, standen in dieser Entscheidung nicht im Vordergrund. Wäre das zehnte Hauptschuljahr zur Pflicht gemacht worden, so hätte dies auch einen Entlastungseffekt auf dem Arbeitsmarkt gehabt, die Berufsaussichten der Jugendlichen auf längere Sicht möglicherweise aber weniger verbessert. Bei bildungspolitischen Entscheidungen, die unter längerfristigen Gesichtspunkten getroffen werden müssen, ist es grundsätzlich richtig, nicht die kurzfristige Arbeitsmarktlage maßgebend sein zu lassen.

Erfolgreiche berufliche Ausbildung ist freilich auch von der Qualität der allgemeinbildenden Schulen abhängig. Klagen, die darüber erhoben werden, sind deshalb ernst zu nehmen. Zuviel Mittel wären vertan und, wichtiger noch, zu wenig würde für die Ausbildung der Jugendlichen geschehen, wenn die allgemeinbildenden Schulen die Kenntnisse und die Fertigkeiten, die als Grundlage für eine erfolgreiche berufliche Ausbildung unabdingbar sind, nicht in hinreichendem Maße vermittelten.

466. Die Bildungspolitik hat in den letzten Jahren das Schwergewicht ihrer Anstrengungen vom Hochschulbereich auf die berufliche Ausbildung verlagert und so versucht, den ausbildungspolitischen, aber auch den beschäftigungspolitischen Erfordernissen besser Rechnung zu tragen. Der Bedarf des Staates an Hochschulabsolventen wird in Zukunft nicht mehr so schnell zunehmen wie bisher.

Und die Wirtschaftsstruktur ändert sich nicht so schnell in der Richtung, daß vom privaten Sektor jährlich so viele Arbeitsplätze für hochqualifizierte Tätigkeiten angeboten werden können, wie Absolventen die Hochschulen verlassen. Dennoch ist es angesichts der drohenden Engpässe im Ausbildungssystem wohl unausweichlich, daß die Hochschulen eine zunehmende Anzahl von Studienplätzen bereitstellen. An einer zeitweilig stärkeren Ausschöpfung des Ausbildungspotentials der Hochschulen führt anscheinend kein Weg vorbei, obwohl dies nicht der einzige Ausweg sein sollte.

467. Dabei sollte nicht in Frage gestellt werden, daß der Anteil der Absolventen der Fachhochschulen und Hochschulen an den Berufsanfängern größer werden wird. In Zukunft werden auch in der Breite größere Anforderungen an die Ausbildung gestellt als bisher. An Qualifikation mangelt es in einer hochentwickelten Wirtschaft immer. Es muß aber ein Anpassungsprozeß in Gang kommen, in dem die Erwartungen korrigiert werden, daß mit einer bestimmten Qualifikation auch ein bestimmtes Einkommen oder ein bestimmter beruflicher Status verbunden sei. Bei zu erwartenden drastischen Erhöhungen der Anzahl von Fachhochschul- und Hochschulabsolventen können diese nicht mit Selbstverständlichkeit damit rechnen, in der Einkommenspyramide auf Stufen zu gelangen, die traditionell mit dem erfolgreichen Abschluß der verschiedenen Studiengänge verbunden waren. Wie von allen Arbeitnehmern wird auch von Hochschulabsolventen berufliche Mobilität verlangt werden.

468. Der Staat hat trotz aller Anstrengungen die Kapazitäten an Studien- und Ausbildungsplätzen eher zögernd ausgebaut. Dies ist verständlich, denn in der Tat muß man sich fragen, warum zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden sollen, wenn absehbar ist, daß sie sich schon in einem Jahrzehnt als Überinvestition erweisen werden. Richtig ist sicher der Grundsatz, daß kurzfristig nur das getan werden soll, was auch längerfristig vernünftig ist. Dieses Prinzip sollte ein leitender Gedanke beim Ausbau des Bildungs- und Ausbildungssystems sein. Doch sollte bedacht werden: Der Bedarf an Bildung und deren Qualität ist nicht vorgegeben. Ein steigender Lebensstandard wird auch in Zukunft mehr Investitionen in Bildung und Ausbildung erfordern. Und bei steigendem Lebensstandard wachsen die Ansprüche der Bürger hinsichtlich der Qualität des Bildungssystems.

469. Zu beobachten ist, daß viele junge Menschen eine Ausbildung erworben haben, die ihnen wenig berufliche Chancen zu verheißen scheint. Die Be-

rufsstruktur der Ausgebildeten paßt offenbar nicht zur Bedarfsstruktur in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst. Eine stärkere Berufsorientierung der Ausbildung ist ein Schritt zur Lösung dieses Anpassungsproblems. Allerdings braucht dieser Prozeß Zeit. Im übrigen sollte man „bedarfsgerechte" Steuerung der Ausbildung vom Staat nicht erwarten. Es wird vielmehr darauf ankommen, daß den Jugendlichen im Verlauf der Ausbildung nicht nur eine spezifisch berufliche Qualifikation vermittelt, sondern bei ihnen auch die Bereitschaft zum Weiterlernen und für berufliche Veränderungen geweckt wird. Die Jugendlichen werden dadurch besser auf die Herausforderungen des Arbeitslebens vorbereitet.

470. Möglicherweise hat die Bildungspolitik in der Vergangenheit den Bedarf an praxisorientierten Berufen zu niedrig und den Bedarf an Hochschulabsolventen zu hoch eingeschätzt. Es sind sicher auch zu hohe Erwartungen geweckt worden, die jetzt korrigiert werden müssen. Jede Ausbildungsentscheidung ist mit einem Risiko verbunden, daß sie sich als falsch oder nur teilweise als richtig erweist. Wenn diese Entscheidungen frei getroffen werden sollen, kann es keine Garantie dafür geben, daß das Ausbildungssystem in Umfang und Struktur genau jene Berufe hervorbringt, für die zum Zeitpunkt des Berufsabschlusses gerade der richtige Bedarf vorhanden ist. Die Bildungspolitik kennt diesen Bedarf im einzelnen nicht.

IV. Eine andere Meinung

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Gerhard Scherhorn, stimmt zwar mit der Mehrheit in dem Urteil über die Untauglichkeit des Versuches überein, die Volkswirtschaft auf dem Wege über „mehr Staat und weniger Arbeit" zur Vollbeschäftigung zurückzuführen, ohne andere Ziele nachhaltig zu verletzen (Ziffer 384). Er teilt aber nicht die Hoffnung der Mehrheit des Sachverständigenrates, die Wirtschaftspolitik könnte bei weiterer Verbesserung der Angebotsbedingungen auf eine so kraftvolle Beschleunigung des Wirtschaftswachstums rechnen, daß in mittlerer Frist alle Arbeitsuchenden Beschäftigung fänden, auch wenn das Tempo der Arbeitszeitverkürzung nicht wieder zunähme (Ziffer 372). Den Gegebenheiten und Präferenzen scheint ihm am ehesten ein mittlerer Wachstumspfad zu entsprechen, auf dem bei einer nur sehr langsamen Erhöhung der Staatsquote und bei einer mäßig über den Trend der letzten Jahre hinausgehenden Verkürzung der Arbeitszeit eine Angebotspolitik verfolgt wird, die den veränderten Problemen, für deren Lösung wir Wachstum brauchen, in einer Weise gerecht wird, daß die Entwicklung der Nachfrage sich bei mittleren Zuwachsraten stabilisieren kann. Gemäß § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung legt er im folgenden Abschnitt seine abweichende Meinung dar.

471. Die Mehrheit des Sachverständigenrates führt die Beschäftigungsprobleme auf Fehlentwicklungen beim Angebot zurück. Nur zum kleinen Teil kann die Arbeitslosigkeit aus einer konjunkturellen Nachfrageschwäche erklärt werden, der die Wirtschaftspolitik mit nachfragestützenden Mitteln zu begegnen hätte. In der Hauptsache haben wir nicht deshalb zu wenig Beschäftigung, weil zu wenig Güter nachgefragt, sondern weil zu wenige produziert werden. Veränderte außenwirtschaftliche Bedingungen, ein aufgestauter Strukturwandel im Inland und eine Kumulation überzogener Ansprüche an das Produktionspotential haben auf die Investitionsbereitschaft Belastungen gehäuft, die sich nur nach und nach abtragen lassen. Das Risiko, mit zusätzlichen Arbeitskräften mehr und neue Produkte auf den Markt zu bringen, scheint zumindest in dieser Situation, vielleicht aber auch auf Dauer, größer als in früheren Jahren. Der Rückweg zur Vollbeschäftigung führt über die Entlastung von Risiko. An Nachfrage wird es nicht fehlen, wenn genügend attraktive Güter zu akzeptablen Preisen angeboten werden. Was bestärkt werden muß, ist die Erwartung, daß für den, der es durch Vorstrecken der Kosten riskiert, solche Güter zusätzlich anzubieten, den Unternehmer, ein hinreichender Gewinn verbleiben wird (Ziffern 273 ff.).

472. Diese Diagnose entspricht mit einer Einschränkung meinem eigenen Urteil. Nicht zu teilen vermag ich die Erwartung, die Verbesserung der Angebotsbedingungen allein könnte die Nachfrage in dem Maße beleben, das erforderlich wäre, wenn für alle jetzt und in den nächsten Jahren Arbeit Suchenden wieder Arbeitsplätze entstehen sollen. Wie die Mehrheit gehe ich davon aus, daß man Angebot und Nachfrage nicht als voneinander unabhängige Größen sehen darf. Sie haben ihren gemeinsamen Ursprung in der Bereitschaft der Menschen, für die Erhaltung und Mehrung ihres Wohlstandes zu arbeiten. Anders als die Mehrheit sehe ich aber deutliche Anzeichen für einen Wandel nicht nur in den objektiven Bedingungen der weiteren Wohlstandszunahme, sondern auch in den subjektiven Vorstellungen über Art und Ausmaß des erstrebten Wohlstandswachstums; anders als die Mehrheit bin ich der Meinung, daß die Wirtschaftspolitik mit der Berücksichtigung der geänderten Präferenzen nicht warten kann, bis diese sich Geltung verschafft haben. Ich will im folgenden zunächst eine Begründung für dieses abweichende Urteil geben (Ziffern 473 ff.) und dann darstellen, wieweit es zu abweichenden Konsequenzen führt (Ziffern 478 ff.).

473. Zwei miteinander zusammenhängende Voraussetzungen sind es, die gegeben sein müssen, wenn die Verbesserung der Angebotsbedingungen allein, ohne von einer über den Trend der letzten Jahre hinausgehenden Verkürzung der Arbeitszeit flankiert zu werden, wieder zu Vollbeschäftigung führen soll. Auf der einen Seite müßte richtig sein, daß der technische Fortschritt nicht weniger (bei zunehmendem Erwerbspersonenpotential sogar mehr) Arbeitsplätze neu schafft, als er vernichtet. Es gibt jedoch Gründe, dies zu bezweifeln (Ziffern 474 ff.). Auf der anderen Seite müßte richtig sein, daß die Bedürfnisse der Menschen und deren Bereitschaft, für ihre Befriedigung Berufsarbeit zu leisten, sich in den letzten Jahren nur wenig verändert haben und auch in den nächsten Jahren nur wenig verändern werden. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß sich in den Präferenzen eine Veränderung vollzieht (Ziffern 477 ff.).

Technischer Fortschritt und Nachfrageentwicklung

474. Unbestritten gilt als Kennzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung, daß die Landwirtschaft Arbeitskräfte freisetzt, weil der technische Fortschritt es ihr erlaubt, pro Arbeitskraft eine wachsende Menge von Gütern herzustellen, die Bevölkerung aber nicht so viele zusätzliche Lebensmittel benötigt, wie bei gleichbleibender Anzahl von Arbeitskräften hergestellt werden könnten. Dieser Freisetzungsprozeß kann bei anhaltendem technischen Fortschritt nur dann zu einem Ende kommen, wenn erstens nur noch hochproduktiv eingesetzte Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beschäftigt sind und zweitens die erforderlichen Einkommenssteigerungen dadurch erzielt werden, daß die Qualität der von diesen Arbeitskräften hergestellten Produkte sich in einer Weise erhöht, die von den Nachfragern honoriert wird. In nicht allzu naher Zukunft könnte eine Hinwendung zum ökologischen Landbau, auf sehr hohem technischen Niveau, diesen Ausweg eröffnen. Vorerst spricht alles dafür, daß der Freisetzungsprozeß sich fortsetzt.

475. Die Hoffnung, trotz technischen Fortschritts wieder Vollbeschäftigung zu erreichen, muß also darauf beruhen, daß sich in den übrigen Sektoren der Volkswirtschaft zusammen die Nachfrage anders entwickelt als in der Landwirtschaft. Im industriellen Sektor war das bis Mitte der sechziger Jahre der Fall: Die Nachfrage nach Industrieprodukten nahm schneller zu als die Menge der von einer Arbeitskraft im Durchschnitt herstellbaren Güter, die Produktivität der eingesetzten Arbeit; es konnten also zusätzliche Arbeitskräfte beschäftigt werden.

Seitdem hat sich das Verhältnis umgekehrt, die Zuwachsraten der Produktion liegen unter denen der Produktivität, und es wächst der Zweifel, ob die Nachfrage nach Industrieprodukten künftig wieder Zuwachsraten erreichen wird, die so weit über der Produktivitätszunahme liegen, daß ausreichend viele zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden können. Niemand kann behaupten, eine sichere Antwort auf diese Frage zu wissen. Aber das Gewicht der Gründe, die gegen eine positive Antwort sprechen, ist bedrückend.

Gewiß: Nicht wenige Haushalte haben die Güterausstattung, die derzeit als Standard gelten kann, noch nicht erreicht und liegen auch im Niveau ihrer laufenden Ausgaben unter dem der mittleren Schichten. Aber diese Haushalte sind nicht so zahlreich, ihr Nachholbedarf ist nicht so dynamisch, daß von ihnen eine beträchtliche Steigerung der Zuwachsraten des Gesamtkonsums erwartet werden könnte.

Gewiß: Die menschlichen Bedürfnisse sind unbegrenzt, und nichts spricht dafür, daß in Zukunft keine neuen Güter aus industrieller Produktion den Kreis der Bedarfe mehr erweitern könnten. Aber was wir an Wandlungen in der Struktur der Bedarfe beobachten, spricht eher für eine stärkere Expansion der Nachfrage nach Dienstleistungen und immateriellen Gütern als für hohe Zuwachsraten der Nachfrage nach industriell gefertigten Konsumgütern, auch wenn jene sicherlich in gewissem Maße auf diese angewiesen und zum Teil auch durch sie ersetzbar sind.

Gewiß: Der Bedarf der Welt an Gütern, deren Produktion hochqualifizierte Arbeitskräfte und hochentwickelte Produktionsverfahren erfordert, wird noch auf lange Sicht eher größer als geringer, und die Exportchancen der Bundesrepublik sind auch künftig nicht gering einzuschätzen. Aber im Gegensatz zu festen Paritäten erlaubt es das System flexibler Wechselkurse den Exporteuren und den mit Importgütern konkurrierenden Anbietern im Inland weit weniger, jene Vorteile in ihren Marktanteilen und Gewinnen zu realisieren, die sich aus einer vergleichsweise günstigen Kosten- und Preisentwicklung im Inland ergeben (Schaubild 27). Die Beschäftigungsmöglichkeiten im Export werden daher wohl nicht mehr so rasch zunehmen wie in der Vergangenheit. Auf der anderen Seite bewirkt die Industrialisierung der Entwicklungsländer eine Zunahme solcher Importgüter, die mit im Inland konkurrenzlosen Vorteilen angeboten werden können. Beides reduziert die Aussicht, daß künftig mit einer weiteren Vergrößerung des Außenbeitrags ein Nachfragemangel im Inland kompensiert werden könnte.

Gewiß: In gewissem Umfang kann eine geringe Zunahme der Nachfrage nach Konsumgütern in ihrer Wirkung auf die industrielle Produktion durch einen zunehmenden Bedarf an Investitionsgütern ausgeglichen werden (Ziffer 260). Denn die Menge an Sachkapital, die im Durchschnitt gebraucht wird, um eine Einheit des Sozialprodukts herzustellen, erhöht sich, und der Umfang der Investitionen, die für eine gegebene Kapazitätserhöhung erforderlich sind, wird mit der Zeit größer. Aber im Trend geschieht die Veränderung des Verhältnisses von Investition und Konsum sehr langsam. Eine sprunghafte Erhöhung der Investitionen, soll sie über ein oder zwei Boomjahre hinweg anhalten, hat daher zur Bedingung, daß auch die Zuwachsraten der Konsumnachfrage beträchtlich und nachhaltig steigen. Dies aber ist nach meiner Auffassung nicht zu erreichen (Ziffer 482).

Daß sich die Wachstumschancen der Industrie verringert haben, zeigt sich auch darin, daß der Preis sinkt, den die Gesellschaft für steigenden Wohlstand zu zahlen bereit ist — vor allem für denjenigen Teil des Wohlstands, der durch industrielle Produktion geschaffen wird. Vorschriften zum Schutz der Verbraucher und der Umwelt hemmen manche Initiative; behördliche Genehmigungsverfahren erschweren, verlängern, verunsichern manches Investitionsvorhaben; die Partizipation von Bürgerausschüssen an Planungs- und Entscheidungsprozessen macht diese schwerfälliger; die Aktivität von Bürgerinitiativen bringt Verzögerung und Unsicherheit auch noch in den Vollzug bereits gefällter Entscheidungen. Viel von der Verlangsamung des Wachstums, die auf solche Weise bewirkt wird, muß man auf bürokratische Ineffizienz zurückführen, der nicht das Wort geredet werden soll. Anderes aber ist gewollt oder in Kauf genom-

men, entspringt gesellschaftlichen Zielen der Demokratisierung, des Schutzes vor Willkür, der Erhaltung der Umwelt, ergibt sich aus der Abwehr nachteiliger Nebenfolgen eines Wohlstandswachstums, das nur noch insoweit begehrt ist, als diese Folgen sich vermeiden lassen.

Gewiß: Man muß solche Widerstände nicht gleich als Ausdruck einer gefestigten und widerspruchsfreien Kollektivmeinung nehmen, sondern kann sie auch als Stationen eines Willensbildungsprozesses verstehen, der nicht zuletzt die Funktion hat, den Beteiligten auch die Kosten des Verzichts auf Wachstumschancen vor Augen zu führen. Viele setzen darauf, daß Wachstumshemmnisse dieser Art abgebaut werden. Ich rate dazu, sie im Kern für dauerhaft zu halten.

Einen großen Teil dieser Entwicklungen sieht auch die Mehrheit des Sachverständigenrates nicht anders.

476. Beträchtliche Beschäftigungsmöglichkeiten kann man noch im Dienstleistungsbereich vermuten, auch wenn sie nur langsam erschlossen werden können. Das heißt natürlich nicht, daß der Dienstleistungssektor alle Arbeitskräfte aufnehmen könnte, die der technische Fortschritt woanders freisetzt oder die infolge größerer Geburtenjahrgänge oder steigender Erwerbsbeteiligung neu hinzukommen. Auch für Dienstleistungen gilt der Satz, daß Wohlstandssteigerung die Erhöhung der Arbeitsproduktivität voraussetzt.

Steigerung des Wohlstands bedeutet die Expansion von Märkten; im Unterschied zu industriell gefertigten Produkten, deren Expansion im allgemeinen durch eine Phase hoher Produktivitätsfortschritte und sinkender Preise erleichtert wird, kann man für die Ausbreitung von Dienstleistungen auf solche Erleichterung nicht rechnen, weil der Preis der Dienstleistungen entscheidend von den Einkommen derer bestimmt wird, die sie erbringen, und diese sich in ihren Einkommensforderungen nicht an den Produktivitätsfortschritten des eigenen Sektors orientieren, sondern an denen der Gesamtwirtschaft und damit letzten Endes an der industriellen Produktivitätsentwicklung.

Expansion aber bedeutet Erschließung zusätzlicher Nachfrage, und potentielle Nachfrager unterscheiden sich von den bereits aktivierten auf einem zum Teil schon erschlossenen Markt im allgemeinen durch niedrigere Einkommen oder durch geringere Bedürfnisintensität oder durch beides. Sie trotz steigender Preise zu gewinnen, ist im allgemeinen nur möglich, wenn die Preise wenigstens hinter der allgemeinen Einkommenssteigerung zurückbleiben. Um das zu bewirken, müssen die Kosten gesenkt werden; bei Dienstleistungen aber gibt es von vornherein kaum andere Möglichkeiten der Kostensenkung als das Einsparen von Arbeitskräften. Der Wettbewerb, der die Beschäftigungsreserven des Dienstleistungssektors erschließt, wird also auch dafür sorgen, daß dieser Bereich nur in begrenztem Ausmaß zusätzliche Arbeitskräfte aufnimmt.

Bedarfswandel und Freizeitpräferenz

477. Die Mehrheit des Sachverständigenrates setzt darauf, daß die Nachfrage, nach Dienstleistungen ebenso wie nach Industrieprodukten, solcher Steigerungsraten fähig ist, daß beide Sektoren zusammengenommen im Laufe der nächsten Jahre alle Arbeitsuchenden aufnehmen würden, wenn sich die Angebotsbedingungen hinreichend verbesserten (Ziffern 249 ff.). Ich spreche nicht gegen die Verbesserung der Angebotsbedingungen, auch nicht gegen die Erwartung, daß dadurch die Nachfrage belebt wird, halte aber für wahrscheinlich, daß die Belebung der Nachfrage nicht das für Vollbeschäftigung erforderliche Ausmaß haben wird. Das hat nichts mit Nachfragepessimismus zu tun (Ziffer 482), sondern mit der Erwartung, daß der Wunsch nach Freizeit sich in einer Weise entwickelt, die konsistent ist mit der Entwicklung der Konsumbedarfe, die wir heute beobachten.

Die Mehrheit sieht keine Anzeichen dafür, daß der Wunsch der Arbeitenden nach mehr Freizeit stärker wäre, als sich aus dem Trend der Arbeitszeitverkürzung in den letzten Jahren ergibt; sie nimmt an, daß eine weitere Verringerung der Arbeitszeit um etwa ½ vH im Durchschnitt der nächsten Jahre den Präferenzen entsprechen würde. Sie schließt eine andere Entwicklung der Präferenzen nicht aus, hält aber für gesichert, daß eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik diese nicht behindern würde, und hat aus diesem Grunde zur voraussichtlichen Entwicklung der Präferenzen nicht Stellung genommen.

Auf hohem Wohlstandsniveau nimmt nicht nur die Gütermenge weiter zu, die mit einem gegebenen Arbeitsvolumen zur Verfügung gestellt werden kann und folglich für Vollbeschäftigung nachgefragt werden müßte; es wächst auf der anderen Seite auch das Gewicht der Erfahrungen, die in den Präferenzen der Menschen den Wunsch nach Freizeit stärker werden lassen.

Die Zeit, in der ein Konsumgut hergestellt wird, läßt sich im Durchschnitt sehr viel weiter verringern als die Zeit, die für den Konsum eines Gutes erforderlich ist. Daß die Konsequenz aus dieser Erfahrung in der Verkürzung der Arbeitszeit liegt, wird dann plausibel, wenn man für richtig hält, daß die Bedürfnisse der Menschen auf befriedigendes Erleben gerichtet sind und daß befriedigendes Erleben in beruflicher Tätigkeit ebensowohl gefunden werden kann wie in den Tätigkeiten außerhalb des Berufs, für die wir die Konsumgüter brauchen, die das materielle Ergebnis der Berufstätigkeit bilden. Berufliche Tätigkeiten können daher bis zu einem gewissen Grade durch nichtberufliche ersetzt werden. Die Austauschbarkeit hat Grenzen, soweit der Einkommenserwerb an die berufliche Tätigkeit gebunden ist. Aber innerhalb dieser Grenzen hat sie Vorteile, die mit steigendem Wohlstand deutlicher zutage treten — dann nämlich, wenn die für den Konsum verfügbare Zeit bereits knapp geworden ist.

Ein Vorteil liegt beispielsweise darin, daß der Gewinn von Freizeit einen begrenzten Verzicht auf

Einkommen mehr als ausgleichen kann, weil man in der gewonnenen Zeit die Entscheidungen über die Ausgabe des verbleibenden Einkommens verbessern und auf diese Weise sein Realeinkommen wieder erhöhen kann. Dies wird noch dadurch begünstigt, daß der Realeinkommenszuwachs steuerfrei ist. Ein Vorteil ergibt sich beispielsweise auch dann, wenn die Befriedigungsqualität von Freizeittätigkeiten größer ist als die der beruflichen Tätigkeiten, auf die man verzichtet, und der Einkommensentgang dadurch ausgeglichen oder gemildert wird, daß die Freizeittätigkeit den Kauf einzelner Konsumgüter unnötig macht, sei es, weil man diese nun selbst herstellen kann, sei es, weil die Bedürfnisbefriedigung jetzt nicht mehr auf sie angewiesen ist.

Man darf von solchen Erfahrungen nicht erwarten, daß sie die Präferenzen des einzelnen Menschen verändern, wenn dessen Einkommen zunimmt. Die prägende Kraft der Einstellungen, die er in einer von noch geringem Wohlstand gekennzeichneten Lebensphase erworben hat, ist dafür im allgemeinen zu groß. Die Veränderung der Präferenzen, die wir empirisch beobachten, vollzieht sich denn auch im Wechsel der Generationen stärker als im Lebenslauf. Daß sie sich vollzieht, dafür gibt es genügend viele Anzeichen. Daß sie sich in der Ablehnung weiteren Einkommenszuwachses äußern könnte, kann niemand erwarten; auch nicht, daß sie gleichmäßig alle Bevölkerungsgruppen zugleich erfassen könnte. Aber erkennbar wird bei einem großen Teil der Bevölkerung die Bereitschaft schwächer, für höheren materiellen Lebensstandard Berufsarbeit zu leisten. Das hindert beispielsweise nicht, daß viele Frauen die Erwerbstätigkeit überhaupt erst aufnehmen wollen. Mit dem Beruf sind finanzielle Selbständigkeit und gesellschaftliche Bestätigung verbunden; beides wird außerhalb des Berufs wohl nicht in ausreichendem Maße erworben. Aber bei vielen derjenigen, die diese Vorteile bereits besitzen, führt der Zeitbedarf der Güter, die sie sich mit dem erworbenen Einkommen leisten können, der Tätigkeiten, die diese Güter ermöglichen, nicht zuletzt auch der Entscheidungen, die zum Erwerb der Güter gefällt werden müssen, zu dem Wunsch nach mehr Freizeit. Die weitere Entwicklung der Bedarfe weist in dieselbe Richtung, denn in den Vordergrund des Begehrens treten Güter, die die Qualität der Freizeit erhöhen, und Tätigkeiten, die eine Entfaltung der eigenen Fähigkeiten und eine Mitgestaltung der eigenen Lebensbedingungen ermöglichen.

Verkürzung der Arbeitszeit

478. Die Mehrheit des Sachverständigenrates setzt darauf, daß einer Nachfrageschwäche, die in erster Linie in der Zurückhaltung der Investoren besteht, mit kräftiger Steigerung der Arbeitseinkommen nicht abzuhelfen ist, weil auf diesem Wege die Kosten stärker erhöht werden als die Absatzerwartungen. Sie sieht die Rückkehr zur Vollbeschäftigung im Gegenteil durch zurückhaltende Steigerung der Arbeitnehmereinkommen gewährleistet. Denn halten sich die beschäftigten Arbeitnehmer, deren Einkommen besonders schnell gestiegen waren, in den kommenden Jahren mit ihren Lohnansprüchen zurück, so steigen die Kosten und damit auch die Preise weniger als sonst. Der Verzicht der Arbeitnehmer auf höheres Nominaleinkommen wird also mindestens zum Teil dadurch ausgeglichen, daß die Kaufkraft des verbleibenden Einkommens weniger sinkt. Bei den Beziehern von Renten-, Vermögens- und Gewinneinkommen, an deren Entwicklung sich vorerst nichts ändert, steigt das Realeinkommen sogar. In der Bundesrepublik bedeutet dies, daß etwa die Hälfte des verfügbaren Einkommens in seiner Kaufkraft deutlich aufgewertet wird. Die Menge der abgesetzten Güter wird dadurch steigen, die Menge der rentablen Produktionsmöglichkeiten sich erhöhen, zusätzliche Arbeitskräfte werden beschäftigt, zusätzliche Löhne gezahlt. Nachfrage und Beschäftigung steigen deshalb weiter, und die erhöhten Gewinne werden auf dem Wege zur Vollbeschäftigung durch den Wettbewerb auf das Maß reduziert, das für das weitere Wirtschaftswachstum erforderlich ist (Ziffern 298 ff.).

An diesem Modell ist nicht etwa auszusetzen, daß es den Arbeitnehmern Lohnzurückhaltung auferlegt. Zu solcher Zurückhaltung sind Arbeitnehmer durchaus in der Lage, und das auch freiwillig; wenn eine Erschwerung der Angebotsbedingungen, eine Verknappung des Risikokapitals, nicht zuletzt die Solidarität mit den Beschäftigungslosen es erfordert, gibt es keinen prinzipiellen Einwand dagegen, Lohnzurückhaltung von ihnen zu verlangen. Auch der Zweifel daran, daß die Gewinne wegkonkurriert werden, sobald sie funktionslos geworden sind, liefert für sich genommen keinen solchen Einwand; denn was der Wettbewerb übrigläßt, können sich bei veränderten Knappheitsrelationen auch die Arbeitnehmer selbst zurückholen oder die Wirtschaftspolitik kann dafür sorgen, daß partielle Übergewinne, etwa von Großunternehmen in einem Tarifbereich mit unterschiedlichen Unternehmensgrößen, mit Auflagen oder Abgaben belegt werden.

Was gegen das Modell spricht, ist die Befürchtung, daß es auf einer falschen Voraussetzung beruht: daß nicht nur hohes Risiko und geringe Rentabilität der Vollbeschäftigung im Wege stehen, sondern auch der arbeitsparende Effekt des technischen Fortschritts, der der Nachfrage bei Vollbeschäftigung Zuwachsraten in einer Höhe abverlangen würde, die den tatsächlichen Präferenzen nicht entspricht.

479. Aus der hier vorgetragenen Auffassung würde sich als wirtschaftspolitische Konsequenz zunächst ergeben, daß man von der Verbesserung der Angebotsbedingungen und von nachfragestützenden Maßnahmen nicht allein, sondern nur in Verbindung mit flankierender Arbeitszeitverkürzung die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand erwarten kann. Auch dann wird es mehrere Jahre erfordern, wieder Vollbeschäftigung zu erreichen: Der durch Verkürzung der Arbeitszeit entstehende Ausfall an Arbeitsleistung kann im ersten Jahr zu

einem größeren Teil durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität ausgeglichen werden als auf Dauer, so daß der beschäftigungserhöhende Effekt erst verzögert eintritt.

Die Aussicht auf verzögerte Wirkung mag es erst recht dringlich machen, daß mit der Arbeitszeitverkürzung 1978 begonnen wird — genauer: mit einer über den Trend der letzten Jahre (etwa ½ vH pro Jahr) um wenigstens 1 vH hinausgehenden Verkürzung der Arbeitszeit. Den wichtigsten Beitrag dazu muß die Lohnpolitik leisten. Das sicher gerechtfertigte Bestreben, durch Änderung der Arbeitszeitordnung das Maß der Überstunden zu reduzieren, findet seine Grenze in dem ebenfalls gerechtfertigten Wunsch, den Unternehmen genug Spielraum für die Anpassung an kurzzeitige Auftragsschwankungen zu lassen. Die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze wird leichter möglich sein, wenn dadurch die Finanzen der Rentenversicherung nicht zusätzlich belastet werden; tarifvertraglich vereinbarte Ausgleichsfonds könnten ein Mittel sein, diese Schwierigkeit zu umgehen.

Daß die Arbeitszeitverkürzung sich auf diese beiden Formen beschränken könnte, ist ganz unwahrscheinlich; viele Arbeitnehmer werden ihnen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder eine Verlängerung des Jahresurlaubs vorziehen. Wie die Verkürzung der Arbeitszeit im einzelnen auf ihre verschiedenen Formen aufzuteilen ist, das kann einzig und allein nach den Präferenzen der Beteiligten entschieden werden. Warnen muß man jedenfalls davor — hier stimme ich mit der Mehrheit des Sachverständigenrates wieder voll überein —, die Verkürzung der Arbeitszeit aus beschäftigungspolitischen Gründen zu diskutieren. Großenteils irreversible Entscheidungen wie diese dürfen nur im Einklang mit den Bedürfnissen der Beteiligten getroffen werden, die sich sonst auf andere, nicht gewollte und möglicherweise nachteilige Weise Geltung verschaffen.

Wenn der Einklang mit den Bedürfnissen besteht, dann ist es auch denkbar, daß die betroffenen Arbeitnehmer sich die Verkürzung ihrer Arbeitszeit auf die Einkommenserhöhung anrechnen lassen, die andernfalls vereinbart würde. Wie groß diese ist, läßt sich am ehesten in der einzelnen Tarifverhandlung abschätzen. Ich zweifle nicht daran, daß die Tarifvertragsparteien dabei der veränderten Beschäftigungslage Rechnung tragen werden.

Aufgaben und Aussichten angemessenen Wachstums

480. Die Mehrheit des Sachverständigenrates hält es für die vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik, für ein beschleunigtes Wachstum des Produktionspotentials zu sorgen (Ziffer 344). Denn erstens seien bei geringem Wachstum die Verteilungsprobleme schwerer zu lösen, und zweitens werde der Gesellschaft und den einzelnen durch Wachstum am ehesten die Chance gegeben, sich zwischen mehreren Lebensformen zu entscheiden, einschließlich solcher, die auf Wachstum nicht angewiesen sind.

Es ist nicht einfach, eine Gegenposition unmißverständlich darzulegen. Das Mißverständnis, das fast automatisch auftritt, erwächst aus dem Vorurteil, jedes Argument gegen eine Politik des verstärkten Wachstums laufe letzten Endes auf Bevormundung hinaus; auf Entzug von Chancen; auf Schaffung vollendeter Tatsachen, bevor noch die Präferenzen der Menschen sich Geltung verschafft haben. Dieses Vorurteil hält viele davon ab, sich der Diskussion über die Inhalte künftigen Wachstums zu stellen, weil sie schon die Fragestellung unangemessen finden. Es spricht aber vieles dafür, daß über die Inhalte künftigen Wachstums auch dann entschieden wird, wenn man diese Fragestellung ausdrücklich nicht zuläßt. Die Entscheidung, über die Nebenfolgen einzelner Technologien erst nachzudenken, wenn sie eingetreten sind, oder die Entscheidung, die Gestaltung der Städte und Landschaften den je einzelnen Bauherren und Architekten zu überlassen, beeinflußt die Chancen der freien Wahl zwischen alternativen Lebensformen anders, aber nicht weniger als die Entscheidung, die Einführung neuer Technologien an Auflagen über die Vermeidung bestimmter Nebenfolgen zu binden oder Regeln für die äußere Form von Bauwerken im Verhältnis zu ihrer jeweiligen Umgebung aufzustellen. Jede Entscheidung, die heute über das künftige Wachstum getroffen wird, schränkt spätere Wahlchancen ein. Eine Entscheidung für Wachstum schlechthin gibt es nicht; sie bestimmt stets zugleich auch über die Art des künftigen Wachstums mit.

Dies geschieht nur dann nicht unreflektiert, wenn der Entscheidung über die Bedingungen eines angemessenen Wirtschaftswachstums explizit formulierte, öffentlich diskutierte Vorstellungen darüber zugrunde liegen, welchen Weg die wirtschaftliche Entwicklung nehmen wird. Die Mehrheit des Sachverständigenrates hat sich zu solchen Vorstellungen nicht umfassend geäußert. Ich argumentiere daher im folgenden nicht gegen eine in diesem Gutachten vertretene Mehrheitsmeinung. Wenn ich mich dennoch zu diesem Thema äußere, so deshalb, weil man sich nach meiner Auffassung von einer Verkürzung der Arbeitszeit nur dann etwas für Wachstum und Beschäftigung versprechen kann, wenn dieses Vorgehen sich in eine wachstumspolitische Konzeption einfügt, wenn es aus dieser erwächst. Die Inhalte einer solchen Konzeption ergeben sich aus den Aufgaben, für deren Lösung man Wachstum erstrebt.

481. Die Entwicklung des technischen Fortschritts und der Nachfrage wird in Einklang gebracht, wenn das Angebot in seiner Zusammensetzung und seiner Qualität attraktiv genug ist, die Nachfrage so weit zu steigern, daß bei einer den Präferenzen der Arbeitenden entsprechenden Verkürzung der Arbeitszeit Vollbeschäftigung möglich wird. Wachstum bedeutet, daß die Gesellschaft einen Teil ihrer Probleme — nicht zuletzt solcher, die ihr bei der Produktion von Gütern erwachsen sind — durch Produktion von neuen Waren und Dienstleistungen lösbar macht. Die Entwicklung dieser Probleme entfernt sich in gewissem Sinne von den Be-

darfen, in denen man bisher den Anlaß zur Güterproduktion hauptsächlich zu sehen gewohnt ist, und verlagert den Schwerpunkt der Produktion von Waren zu Dienstleistungen, Informationen, Handlungs- und Organisationsmodellen, von nutzbaren Geräten zu den Möglichkeiten ihrer aktiven, schöpferischen, kenntnisreichen Nutzung.

Damit stimmt überein, daß die Entwicklung der Probleme seit einiger Zeit eine Tendenz zur Veränderung von Relationen zeigt, an deren Unverrückbarkeit man sich gewöhnt hatte. Bei zahlreichen naturgegebenen Ressourcen sind die Grenzen der Abbaubarkeit nähergerückt. Die Fähigkeit der Umwelt zur Absorption von Abfall- und Schadstoffen hat sich drastisch vermindert. Die Bereitschaft der Bevölkerung, eine Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse durch Streß, Gefährdung und Belästigung hinzunehmen, ist deutlich zurückgegangen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik hängt zusehends mehr von der Verfügbarkeit gut ausgebildeter Arbeitskräfte ab. Arbeitskräfte mit niedrigerem Qualifikationsniveau werden auch im Inland weniger verwendbar. Die Nachfrage nach industriell gefertigten Gütern, insbesondere der Massenproduktion, zeigt rückläufige Zuwachsraten. Die zuwachsenden Bedarfe sind auf Leistungen gerichtet, deren Produktion weit mehr Qualifikation, Initiative und dezentrale Organisation voraussetzt, als das bisherige Leitbild der industriellen Entwicklung vorsieht. In Unternehmen ebenso wie in öffentlichen Körperschaften beginnt sich abzuzeichnen, daß die Kapazität der zentralen Einheiten mit der Zunahme der gestellten Probleme und der zu verarbeitenden Informationen nicht Schritt hält. Damit hängt ein Mangel an geeigneter Rückkoppelung und eine als zu groß empfundene Distanz von Entscheidung und Betroffenheit zusammen. In der Bevölkerung hat sich das Verlangen nach Partizipation an wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen auch einzelner Unternehmen und Behörden verstärkt. Die Suche nach produktiven Möglichkeiten der Dezentralisierung zeigt sich auch in Bestrebungen, Formen „mittlerer Technologie" für Industrieländer zu entwickeln.

Im Zusammenfügen dieser Probleme formt sich ein Bild von den Aufgaben künftigen Wachstums, das mit Schlagworten wie „qualitatives Wachstum" nur sehr unvollkommen bezeichnet ist. Das Gemeinsame in der Vielfalt der Herausforderungen an die Phantasie und die Initiative aller Wirtschaftenden kann man vielleicht darin sehen, daß es mehr als bisher auf die Fähigkeit des einzelnen ankommen wird, Informationen zu verarbeiten, widerspruchsfreie Entscheidungen zu fällen, eigenverantwortlich zu handeln, an Führungs- und Kollektiventscheidungen beteiligt zu sein, und all dies mit einer nicht von Statusdünkel beeinträchtigten Bereitschaft, anderen zu dienen. Diese Fähigkeit entwikkelt sich nicht von selbst. Sie fördern heißt nicht nur den Menschen die Zeit geben, die zu ihrer Ausübung notwendig ist. Es heißt beispielsweise auch, daß für die Entwicklung institutioneller Möglichkeiten der Partizipation gesorgt wird und daß der zentralen Bedeutung von Bildung und Ausbildung unter den Bedingungen des Wachstums Rechnung getragen wird. Welches Verhalten in Beruf und Freizeit möglich ist, das wird auch bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen entschieden; was diese an Entfaltungsmöglichkeiten vorenthalten, das kann in der Freizeit nur sehr begrenzt kompensiert werden.

482. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit, die dem einzelnen mehr Zeit läßt für den Konsum, braucht man nach alledem eine weitere Verringerung der Konsumgüternachfrage dann nicht zu erwarten, wenn zugleich auch die Voraussetzungen dafür verbessert werden, daß die gewonnene Freizeit im Sinne der Präferenzen eingesetzt werden kann, die dem Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung zugrunde liegen. Denn dann ist nicht nur damit zu rechnen, daß mehr Beschäftigung gesamtwirtschaftlich einen Teil dessen ausgleicht, was den Beschäftigten an Mehreinkommen entgeht, sondern auch damit, daß die Ausgabeneigung der Haushalte eher zunehmen wird. Die Weiterentwicklung der Arbeits- und Umweltbedingungen, der Partizipationsmöglichkeiten und des Angebots an Waren und Dienstleistungen für Kommunikation, Bildung, Freizeitaktivität wird die Konsumneigung auch dann beflügeln, wenn ein Teil davon auf die Steigerung des Realeinkommens angerechnet werden muß.

Darin, daß die Sparquote in den vergangenen Jahrzehnten so stark zugenommen hat, ist sicherlich keine Trendentwicklung zu sehen, die sich gesetzmäßig fortsetzen muß, sondern viel eher das Ergebnis des Zusammenwirkens zeitgebundener Faktoren, unter denen eine nicht geringe Rolle spielt, daß die zuwachsenden, auf mehr konsumbezogene Dienstleistungen gerichteten Bedarfe kein attraktives Angebot fanden. Wird die Entwicklung dieses Angebots durch eine zielbewußte Wirtschaftspolitik gefördert, die ihr Hemmnisse aus dem Wege räumt und Perspektiven zeigt, so kann man erwarten, daß die Sparquote zurückgeht. Gestützt wird diese Erwartung durch die Beobachtung, daß in Ländern vergleichbaren Wohlstandsniveaus, in denen die Expansion des Dienstleistungsbereichs weniger behindert war, die Sparquote nicht gestiegen ist.

Man braucht daher nicht zu befürchten, daß sich die zurückhaltende Entwicklung der Konsumnachfrage fortsetzen wird, die wir über längere Frist beobachten. Im Trend sind die jährlichen Zuwachsraten des privaten Verbrauchs, zu konstanten Preisen gerechnet, in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten von mehr als 9 vH auf weniger als 3 vH gesunken. Daß sie in Zukunft wieder nennenswert steigt, darauf sollte man nicht setzen; weder die Bevölkerungsentwicklung (Ziffer 253) noch die Entwicklung der Bedarfe deuten darauf hin. Erreichbar scheint aber, daß sie im Trend nicht weiter absinkt, sondern sich bei 3 vH stabilisiert.

Quantitativ gesehen dürfte ein den heute sich abzeichnenden Präferenzen angemessenes Wachstum also keinesfalls gegen Null gehen. Berücksichtigt man, daß das Verhältnis von Investition und Konsum, wenn auch langsam, weiter zunehmen wird, so kann man einen Wachstumstrend erwarten, der

im jährlichen Zuwachs des Produktionspotentials über dem des Konsums liegt.

In Erwartungen über die künftige Entwicklung der Investitionen muß im übrigen berücksichtigt werden, daß die Verlagerung von Tätigkeiten aus dem Beruf in die Freizeit von einer Tendenz begleitet wird, die Investitionen in den privaten Haushalten zu verstärken; zahlreiche Sachgüter, die die produktive und konsumtive Betätigung im Haushalt oft erst ermöglichen, sind schon in das Sachvermögen der Haushalte eingegangen, weitere werden folgen, die absehbare Entwicklung beispielsweise auf dem Gebiet der Kommunikationstechnik verspricht manche Impulse. Gezählt werden diese Güter auch künftig als Konsumgüter, was ihrer Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung in schwindendem Maße gerecht wird.

483. Für angemessenes Wachstum sorgen heißt, einem Strukturwandel Hindernisse aus dem Wege räumen, der auf die Ziele hinführt, um derentwillen Wachstum erstrebt wird. Ein bedeutendes Hindernis ist der Mangel an Fähigkeit, sich die Zukunft vorzustellen und die in ihr liegenden Chancen zu erkennen. Hier liegt die Bedeutung eines auch inhaltlich bestimmten Leitbildes vom angemessenen Wachstum, das die durch Wachstum zu lösenden Probleme anschaulich macht. Der Wachstums- und Strukturpolitik erwächst dabei freilich eine heikle Aufgabe. Sie kann keine Garantie dafür übernehmen, daß eine von ihr favorisierte mögliche Entwicklung tatsächlich eintreten wird; das Risiko muß erkennbar beim einzelnen bleiben, der seine Handlungen auf diese Aussicht einrichtet. Auf der anderen Seite kann für den einzelnen eine große Hilfe darin liegen, daß ihm anschaulich demonstriert wird, welche Entwicklungstendenzen erkennbar und welche technischen und organisatorischen Möglichkeiten nutzbar sind. Auch die gezielte Förderung von Forschungsprojekten gehört zu den Mitteln, die Zukunft beherrschbarer zu machen, auch sie steht unter dem Vorbehalt, daß das Risiko, das in der Verwendung der Ergebnisse liegt, dem einzelnen nicht abgenommen wird. Wird dieser Vorbehalt gemacht, so können Forschungsförderung, Information und Demonstration für die Förderung des Wachstums eine Bedeutung haben, die der der Gewährung finanzieller Anreize (Ziffern 436 ff.) und des Abbaus institutioneller Hemmnisse (Ziffer 458) nicht nachsteht.

Die Probleme, die es mit Hilfe des Wachstums zu lösen gilt, werden nicht weniger lösbar, wenn ein Teil des „quantitativen" Wachstums von „qualitativem" Wachstum abgelöst wird, wenn an die Stelle eines Teils der Steigerung des Realeinkommens ein Zuwachs an Freizeit, eine Verbesserung der Arbeits- oder Umweltbedingungen, eine Vermehrung der staatlichen Leistungen tritt. Das gilt auch für die Probleme der Verteilung. Daß quantitativ weniger zu verteilen ist, muß diese Probleme nicht erschweren, fordert aber dazu heraus, der Verteilung qualitativer Wohlstandsfortschritte mehr Raum zu geben. Das ist sicher nicht einfach.

Schon daß die Kosten einer veränderten Verteilung der Arbeitszeit oder der Arbeitsbedingungen auf die Steigerung des Realeinkommens angerechnet werden müssen, wird nicht überall als von vornherein einleuchtend empfunden werden, zumal wenn die Höhe der entstehenden Kosten nicht eindeutig bestimmbar ist. Erst recht gilt das für die Anrechnung jener Wohlstandsfortschritte, die in öffentlichen statt privaten Gütern verkörpert sind, also entweder in zusätzlichen Leistungen des Staates, die über höhere Steuern finanziert werden, oder in zusätzlichen Leistungen von Unternehmen — etwa beim Vermeiden von Umweltschäden der Güterproduktion —, die in der Qualität der produzierten Güter keinen Ausdruck finden, aber zusätzliche Aufwendungen erfordern.

Die Voraussetzungen dafür, daß die Anrechnung akzeptiert wird, sind zwar noch wenig entwickelt. Aber man muß nicht warten, bis soziale Wohlstandsindikatoren etabliert sind, die zu diesen Voraussetzungen gezählt werden. Die Anrechnung vollzieht sich in der Hinnahme einer Minderung des Realeinkommenszuwachses, sei es daß Steuern, Gebühren, Beiträge oder Preise steigen, ohne daß sich das Nominaleinkommen um einen kompensierenden Zusatzbetrag erhöht, sei es daß die Kosten eines immateriellen Wohlstandsfortschritts die Steigerung des Nominaleinkommens unmittelbar verringern. In jedem Falle ist es die öffentliche Diskussion, die Annahme oder Abwehr begründet, nicht das Meßverfahren. Soziale Indikatoren können dazu beitragen, diese Diskussion zu versachlichen. Noch wichtiger ist die Verbesserung der institutionellen Regelungen, die Rückkopplung und Partizipation ermöglichen.

484. Vielleicht am stärksten gefährdet erscheinen die Chancen für Wachstum und Beschäftigung derzeit von dem Bestreben, Bildung und Ausbildung in Ausmaß und Qualität an Zielvorstellungen der Vergangenheit zu orientieren. Zu diesen Vorstellungen, die die Mehrheit des Sachverständigenrates ebensowenig teilt wie ich, gehört, daß ein nicht zu flacher Bodensatz an wenig qualifizierten Arbeitskräften nun einmal gebraucht werde und man daher keine Vorkehrungen dagegen treffen sollte, daß zahlreiche Jugendliche vorzeitig schulmüde werden und auch auf eine Berufsausbildung verzichten, um so früh wie möglich in das Erwerbsleben eintreten zu können. Zu diesen Vorstellungen gehört auch, daß die höhere Schulbildung und jedenfalls die Hochschulausbildung den Eintritt in höhere Einkommensstufen eröffnen soll und daher möglichst zu kontingentieren ist, damit die Rechnung auch für den durchschnittlichen einzelnen aufgeht.

Die Ungleichverteilung der Beschäftigungschancen unter den Jugendlichen aber kann nur dann ausgeglichen, die Wachstumschancen der Gesamtwirtschaft können nur dann gesichert werden, wenn Bildung und Ausbildung weder Einkommensansprüche noch Statusansprüche vermitteln, sondern Fähigkeit und Motivation zum lebenslangen Lernen, Vertrautheit mit dem Berufsleben und der sozialen und wirtschaftlichen Alltagswirklichkeit, Einübung

in die besonderen Kenntnisse, Fertigkeiten und Einstellungen der jeweils angestrebten Berufsrolle ebenso wie der Verbraucherrolle, und all dies im Eingehen auf die Fähigkeiten und Neigungen des einzelnen. Für die Hauptschule bedeutet das kleinere Klassen, bessere Pädagogik, mehr Schulpsychologen; für die weiterführenden Schulen erfordert es die Einbeziehung der beruflichen Praxis und den Verzicht auf eine falsche Verwissenschaftlichung des Unterrichts; für die Universität bedeutet es, daß jeder, der studieren will und die Fähigkeit dazu besitzt, auch einen Studienplatz bekommen muß — wenn nicht am gewünschten Ort, so doch im gewünschten Fach. Für die Berufsausbildung bedeutet es, daß die Anstrengungen fortgesetzt und noch verstärkt werden, so viele Lehrstellen und Berufsschulplätze bereitzustellen, daß kein Schulentlassener ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleiben muß.

Vielen wird diese Chance heute noch vorenthalten; Unzulänglichkeiten im Elternhaus und in der schulischen Betreuung setzen ihre Fähigkeit und Motivation herab, sich durch Lernen zu qualifizieren. Man sollte darin kein unabänderliches Schicksal sehen, auch wenn dies gängigen Vorurteilen entgegenkommt. Es sind vor allem die Vorurteile über die Rolle der Frau und über die Anlagebedingtheit von Lern- und Motivationsschwächen, die hier hemmend wirken. Doch zeichnet sich heute schon ab, daß sich das Verhältnis der Geschlechter weiter verändern und die Erwerbsbeteiligung der Frauen weiter erhöhen wird. Und ebenso haben wir allen Grund zu der Annahme, daß die Zahl der Lernbehinderten unter günstigeren Bedingungen kleiner wäre, als sie heute ist.

Der weitere Ausbau der Schulen, Berufsschulen und Hochschulen sollte auch nicht durch die vordergründige Befürchtung gehindert werden, die zusätzlich geschaffenen Kapazitäten könnten nach dem Abebben der großen Jahrgänge leerstehen. Auf den Hochschulbereich muß diese Aussicht ohnehin nicht zutreffen; der Anteil der Studienanfänger am jeweiligen Altersjahrgang wird auch dann weiter zunehmen, wenn infolge des Abbaus der Zugangsbeschränkungen mit dem Studienabschluß keine Status- und Einkommensgarantie mehr verbunden ist. Bei den Schulen und Berufsschulen ist zu bedenken, daß ein nach internationalen Maßstäben pädagogisch vertretbares Zahlenverhältnis von Schülern zu Lehrern vielfach auch dann noch nicht erreicht sein wird, wenn die großen Geburtenjahrgänge es nicht mehr in die Höhe treiben. Sicherlich wird diese Relation mancherorts auch unterschritten werden. Doch liefert das keine Rechtfertigung dafür, daß die Klassenstärke durch Einstellungsstopp für Lehrer vorbeugend schon zu einer Zeit erhöht wurde, in der sie jedenfalls noch bedeutend überhöht war. Die Erwartung sinkender Schülerzahlen konnte allenfalls dazu Anlaß sein, vorbeugend die Mobilität der Lehrer zu erhöhen, sei es, weil mancher von ihnen künftig für einen anderen Schultyp oder an einem anderen Ort dringender gebraucht wird, sei es, weil manchem darüber hinaus auch die Bereitschaft abverlangt werden muß, aus dem Schulbereich in den der Berufsfortbildung zu wechseln.

Im internationalen Vergleich ist die Bundesrepublik mit ihrer Berufsausbildungspolitik so erfolgreich, daß nichts weniger plausibel sein kann als die Vorstellung, man sollte die bisherige Linie nicht konsequent weiterverfolgen. In der Konsequenz aber liegt als nächster Schritt die Ergänzung des Bildungs- und Ausbildungssystems um Fortbildungsmöglichkeiten, die es jedem erlauben, seine Qualifikation für Beruf und Alltag von Zeit zu Zeit zu überprüfen und zu erweitern. Ansätze dazu sind vielfach erkennbar. Die Erfahrungen der im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik durchgeführten Fortbildungsmaßnahmen belegen, daß von der Fortbildung in der Regel berufliche Erfolge erwartet werden können. Aus den Erfahrungen der Volkshochschulen kann man lernen, daß es einen steigenden Bedarf an Fortbildung gibt, der vielfach schon stark genug ist, das Hindernis eines nicht unbeträchtlichen Preises zu überwinden, der in Gestalt von Zeit- und Geldaufwendungen gezahlt werden muß. Das Drängen vieler Hochschulabsolventen, ihnen aus dem Beruf heraus die Möglichkeit späteren Kontaktstudiums zu eröffnen, hat trotz mancher Entmutigung nicht nachgelassen. Fernkurse und Fernstudiengänge finden regen Zulauf. In der Entwicklung und im Zusammenwachsen solcher Ansätze könnte schrittweise ein System von Fortbildungseinrichtungen entstehen, das den Anforderungen der Zukunft gerecht wird. In einem solchen Fortbildungssystem könnte eines Tages ein großer Teil dessen aufgehen, was heute Arbeitslosigkeit heißt.

Anhang

		Seite
I.	Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	197
II.	Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	199
III.	Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates	200
IV.	Stellungnahme zur wirtschaftlichen Lage	201
V.	Stellungnahme zu Problemen der Energieversorgung	204
VI.	Methodische Erläuterungen	213
VII.	Statistischer Anhang	219

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bun-

desregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

. . .

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966).

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973"

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise"

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung" (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975"

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren" (am 24. November 1976).

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart — Mainz erschienen.

IV.

Stellungnahme des Sachverständigenrates zur wirtschaftlichen Lage

(Der Bundesregierung am 7. September 1977 übermittelt)

In der Öffentlichkeit ist eine bewegte Diskussion über die Notwendigkeit neuer Maßnahmen entstanden, die die Wirtschaftstätigkeit anregen sollen. Die Bundesregierung hat rasche Entscheidungen angekündigt. Der Sachverständigenrat möchte hiermit der Bundesregierung seine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage darlegen.

1. Wir haben Anfang Juli 1977 auf einer Sitzung im Rahmen der Konzertierten Aktion durch ein formelles Votum noch einmal das Gewicht und die Dringlichkeit eines wachstumspolitischen Programms bekräftigt, wie es in unserem letzten Jahresgutachten umrissen ist. Ein solches Programm hätte in der Konsequenz der Stabilisierungspolitik der vergangenen Jahre gelegen.

Es war zu diesem Zeitpunkt noch unsicher, ob die konjunkturellen Aussichten über eine verstärkte wachstumspolitische Initiative hinaus die schwerwiegende Entscheidung für eine deutliche Kursänderung der Wirtschaftspolitik erforderlich machten. Inzwischen haben zwei weitere Monate die ungünstige Tendenz der konjunkturellen Entwicklung bestätigt und die Gefahr entstehen lassen, daß neuer Vertrauensmangel, verstärkt noch durch eine aufgeregte öffentliche Diskussion, abermals wirtschaftliche Lethargie bewirkt.

Heute muß als unrealistisch gelten, für das Jahr 1977 noch einen gesamtwirtschaftlichen Produktionszuwachs von 4 vH zu erreichen. Die Aussichten für das kommende Jahr sind zwar noch unsicher. Da jedoch Anzeichen für eine bessere Herbstkonjunktur fehlen, kann man auf einen rechtzeitigen Wandel zum Positiven nicht mehr setzen. Ja, man muß sich auf die Möglichkeit zumindest einstellen, daß die vorläufig noch unbefriedigende Weltkonjunktur und der Mangel an Eigendynamik im Inland den Aufschwung vollends stocken und die Arbeitslosigkeit 1978 zunehmen lassen. Im Grunde wäre schon jede Produktionsentwicklung, die 1978 auf einen Jahreszuwachs beim realen Sozialprodukt von weniger als 5 vH hinausliefe, wegen der dann zu erwartenden Beschäftigungsentwicklung als ungenügend zu werten umrissen ist. Ein solches Programm hätte in der Entscheidung für eine wirtschaftspolitische Kursänderung zu treffen.

2. Wir nehmen an, daß insoweit zwischen der Lagebeurteilung der Bundesregierung und der unseren eine wesentliche Abweichung nicht besteht. Aus Anlaß der jetzt im einzelnen anstehenden Entscheidungen möchten wir gleichwohl noch einmal darlegen, wo wir den Kern der Probleme sehen und was nach unserer Auffassung im wesentlichen bloß deren Reflex ist. Denn die wirtschaftspolitischen Folgerungen hängen von dieser Analyse ab, und wir haben den Eindruck, daß die Bundesregierung schon im bisherigen Verlauf des Jahres aus der wirtschaftlichen Situation auch deshalb wesentlich andere wirtschaftspolitische Folgerungen gezogen hat als der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten, weil sie den Problemkern anders sieht als der Rat.

3. Es waren die ungelösten Probleme auf der Angebotsseite der Wirtschaft, die schon im Herbst des Jahres 1976 an einer schnellen Erholung zweifeln ließen — Probleme des Kostenniveaus und der Investitionsrisiken, Anpassungsschwierigkeiten im Strukturwandel und in der Inflationsentwöhnung. Der Sachverständigenrat hatte in seinem wachstumspolitischen Vorsorgeprogramm dafür geworben, daß auch der Staat dazu beiträgt, diese Angebotsprobleme zu lösen, indem er durch stärkere Beteiligung am Risiko von Investitionen und Innovationen und an den Kosten des Strukturwandels mehr Produktionsmöglichkeiten rentabel werden läßt. Damals war der Aufschwung noch so kräftig, daß eine mutige Politik der Angebotsförderung eine Selbstverstärkung der Auftriebskräfte versprach. Die Selbstverstärkung ist ausgeblieben, ein Aufschwung auf breiter Front hat sich nicht entwickelt.

Nur der Anschein sprach für eine andere Diagnose: Nachfrageschwäche als Problemkern. Nachdem die Ausgabeneigung der privaten Haushalte sich normalisiert und die Auslandsnachfrage kräftig zugenommen hatte, war der verbliebene Nachfragemangel nicht mehr als autonomer Störfaktor zu sehen, sondern im wesentlichen als Reflex der ungelösten Probleme auf der Angebotsseite zu deuten. Zumindest eine dauerhafte Lösung konnte und kann daher nur über eine Bewältigung dieser Probleme gefunden werden. Einzuräumen ist allerdings, daß sich auch eine aus ungelösten Problemen auf der Angebotsseite resultierende konjunkturelle Nachfrageschwäche als Konjunkturfaktor verselbständigen kann, wenn die erhoffte Lösung der Angebotsprobleme auf sich warten läßt. Dies erschwert dann wiederum die Wirkungsmöglichkeiten einer angebotsseitig orientierten Strategie, etwa auch einer Politik der Investitionsanreize.

4. Daß genau dies anscheinend inzwischen unsere Situation ist, macht es wohl erforderlich, sich nunmehr zu einer Politik zu entschließen, die auf der Angebotsseite und außerdem auf der Nachfrageseite ansetzt und die hohen fiskalischen Kosten in Kauf nimmt, die vor allem mit dem Versuch einer staat-

lichen Stützung der privaten Kaufkraft verbunden sind.

5. An dem sachlichen Vorrang der auf die Angebotsseite zielenden Maßnahmen, etwa zur Verbesserung der Investitionsbedingungen, änderte dies jedoch nichts. Denn viel Geld für eine staatliche Nachfragestimulierung könnte vertan sein, wenn nicht zugleich die Probleme gelöst werden, die den Ursprung der unbefriedigenden Lage bilden.

Das ist auch quantitativ zu sehen. Die wachstumspolitische Komponente des jetzt angekündigten Programms dürfte nicht wieder auf einen Merkposten beschränkt bleiben. Dies nicht zuletzt ist die Sorge, die uns zu diesem Votum veranlaßt.

6. Nach Auffassung des Sachverständigenrates sind deutliche Schritte in Richtung auf mehr Abschreibungsfreiheit der Unternehmen, wie sie von vielen anderen Industrieländern seit langem getan sind, der vordringlichste Punkt eines angebotsorientierten Programms. Sie bedeuten eine verstärkte Risikobeteiligung des Staates, der durch seine Steuerregelungen hoch an allen Gewinnen der Wirtschaft beteiligt ist. Darüber hinaus bringen sie lediglich eine zinslose Steuerstundung, kein Steuergeschenk. Risikobeteiligung des Staates in dieser Weise dürfte die billigste Form dauerhafter steuerlicher Investitionsförderung sein. Uns ist im Nachgang zu unserem letzten Jahresgutachten vorgehalten worden, daß eine Ausweitung der Höchstgrenze für degressive Abschreibungen um 5 Prozentpunkte, das heißt eine Rückkehr zu der Regelung, die bis 1960 gegolten hatte, kaum in größerem Umfang zusätzliche Investitionen hervorrufen werde. Das ist durchaus möglich. Über die Eignung von Abschreibungserleichterungen als wachstumspolitisches Instrument besagt der Einwand allerdings nichts. Natürlich muß die Verbesserung ins Gewicht fallen, wenn ein durchschlagender Investitionsanreiz gesetzt werden soll. Angesichts der Ziele und Gefahren, um die es geht, sollte es auch in der Bundesrepublik möglich sein, über den alten Regelsatz hinauszugehen.

Außerdem sollten auch die Chancen nicht ausgelassen werden, über eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung und eine wirksamere Unterstützung junger Unternehmen das Auffinden und Nutzen neuer Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu erleichtern.

7. Wir haben wahrgenommen, wie schwer es ist, wachstumsorientierte Maßnahmen gegen Widerstände durchzusetzen, die sich an vordergründigen Verteilungswirkungen entzünden und die auch jetzt wieder hinderlich sein mögen, wenn es darum geht, mehr als ein Mindestmaß an Wachstumspolitik in die Wege zu leiten. Für vordergründig halten wir die behaupteten Verteilungswirkungen aus doppeltem Grunde.

Zunächst bringen Abschreibungserleichterungen den Investoren zwar einen Einkommensvorteil. Aber dies ist nur die eine Seite. Wegen der Übertragung eines Teils der Investitionsrisiken auf den Staat, die in einer solchen Maßnahme liegt, kann das Marktentgelt für die privat verbliebenen Risiken entsprechend niedriger sein. Anders gewendet: Mit Abschreibungserleichterungen ist ein vollbeschäftigungskonformes Investitionsvolumen bei niedrigeren Gewinnen erreichbar als ohne sie. Übrig bleibt allenfalls der Zinsvorteil aus der Steuerstundung. Überdies: Welches wäre die Alternative zu staatlichen Hilfen bei der Lösung der Probleme auf der Angebotsseite? Verweigerte sich der Staat, so fiele diese Aufgabe in noch größerem Maße, ja wohl ausschließlich der Lohnpolitik zu. Doch dann müßte man wahrscheinlich unerträglich lange Wartezeiten in Kauf nehmen. So haben wir für unser Konzept nach Möglichkeiten gesucht, die Lohnpolitik zu entlasten, wo immer es ohne Verzerrung der Rollenverteilung unter frei handelnden Akteuren vertretbar erscheint.

8. Zur Nachfrageorientierung der anstehenden Entscheidungen sei vorausgeschickt: Es fällt sicherlich nicht leicht, überhaupt einer wirtschaftspolitischen Kursänderung das Wort zu reden, durch die der Staat, der mitten in der Rezession mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beginnen mußte, um das Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen wiederherzustellen, veranlaßt werden soll, dieses Vertrauen so bald schon wieder auf die Probe zu stellen und damit notwendigerweise zu strapazieren. Doch es ist wohl nötig.

9. Gleichwohl sollte das Leitbild einer stetigen, mittelfristig orientierten Finanzpolitik und das Ziel einer Bewahrung des für die öffentlichen Haushalte erreichten Konsolidierungserfolges nicht aus den Augen verloren werden.

10. Dem würde entsprechen, vor allem auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte das Kriterium der Stetigkeit im Vordergrund zu behalten. Eine vorübergehende zusätzliche Expansion der Staatsausgaben zur Aufblähung des Einkommenskreislaufs ist vermutlich beschäftigungspolitisch nicht besonders wirksam, jedenfalls nicht nachhaltig; sie ist zudem gar nicht einmal leicht zu realisieren. Eine dauerhafte massive Erhöhung der Staatsausgaben hingegen wäre fiskalisch und volkswirtschaftlich wohl die teuerste Variante der Beschäftigungspolitik und würde überdies die deutlichste Abkehr von der Politik der vergangenen Jahre bedeuten. Zum Programm sollten nur Ausgaben gehören, deren struktur- und wachstumspolitische Bedeutung sie als besonders dringlich erscheinen läßt.

11. Auch auf der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte würde die Einpassung des Programms in ein Konzept der mittelfristigen Orientierung verlangen, daß die Maßnahmen, obwohl sie aus Gründen der Wirksamkeit prinzipiell auf Dauer angelegt sein müssen, keine neue Konsolidierungsproblematik für die Zukunft schaffen. Dies wäre dann der Fall, wenn die Maßnahmen

— entweder die Konsolidierung des Haushaltsdefizits, das sie zunächst hervorrufen werden, gleichsam in sich tragen, indem sie ein höheres Wachstum des Produktionspotentials bewirken,

— oder kein größeres Defizit hervorrufen, als innerhalb weniger Jahre aus der Entwicklung des Aufkommens der progressiv wirkenden Steuern konsolidiert werden kann.

Der Spielraum der für solche Maßnahmen besteht, ist nicht gering. Er dürfte sogar größer sein, als dem Programmvolumen, das im Zusammenhang mit Vorentscheidungen öffentlich genannt worden ist, entspräche.

12. Was die diskutierten Varianten einer Steuersenkung anbelangt, so halten wir die Unterschiede von der konjunkturellen Wirksamkeit her für weniger gravierend als von der Verteilungsseite. Als entscheidend sollte daher wohl angesehen werden, daß die Möglichkeiten für Steuersenkungen um so vollständiger ausgeschöpft werden könnten — im Vorgriff gleichsam —, je näher die jetzt zu gewährenden Steuervorteile in ihrer Verteilung auf die Einkommensgruppen dem entsprechen, was mit der demnächst anstehenden Reform des Einkommensteuertarifs angestrebt wird.

13. Was die gesetzgebenden Körperschaften an Maßnahmen beschließen werden, sollte den gesamtwirtschaftlich möglichen Rahmen — wohlgemerkt nicht nur auf der Nachfrageseite — ausschöpfen, weil ein kräftiger Impuls nötig ist, aber auch weil vermieden werden müßte, daß unmittelbar nach der Verabschiedung mit auch nur einiger Aussicht auf Erfolg zusätzliche Maßnahmen gefordert werden können und so wieder neue Unsicherheit geschaffen wird. Denn Vertrauen auf Konsistenz und Konstanz der Wirtschaftspolitik ist eine notwendige Bedingung für deren Erfolg.

14. Eine wesentliche Komponente der Wirtschaftspolitik haben Regierung und Parlament nicht in der Hand: die lohnpolitischen Entscheidungen. Deutlich werden müßte deshalb, daß der Staat mit der Verabschiedung eines neuen Maßnahmenpakets den Tarifparteien die Einsicht abverlangt, daß die Maßnahmen nicht nur unwirksam werden, sondern wegen der dann dauerhaften fiskalischen Lasten sogar schädlich wirken, wenn sie nicht von einer Lohnpolitik begleitet werden, bei der ausreichend viele Arbeitsplätze wettbewerbsfähig sind. Dies gilt unbeschadet dessen, daß weiterhin versucht werden muß, durch zukunftsorientierte Strukturpolitik die Schwierigkeiten zu mildern, die bei dem erreichten Reallohnniveau der Annäherung an einen hohen Beschäftigungsstand entgegenstehen.

V.

Stellungnahme zu Problemen der Energieversorgung, die der Vorsitzende des Sachverständigenrates für die Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages am 17. und 19. Oktober 1977 in Bonn abgegeben hat

(Dem Ausschußvorsitzenden am 5. Oktober 1977 übermittelt)

A. Vorbemerkungen

1. Energiepolitische Entscheidungen müssen trotz unzureichender Information getroffen werden. Unsicher sind nicht nur die Schätzungen über die Risiken der Kernenergienutzung, die Aussagen über die Wahrscheinlichkeit einer plötzlichen internationalen Energiekrise durch Willkür anderer Staaten (wie 1973), unsicher sind auch unsere Kenntnisse über Vorgänge, die sich allmählich vollziehen und die uns der Art nach eigentlich vertraut sind, nämlich die Entwicklung des Energieangebots und der Energienachfrage, die Reaktion und der Einfluß der Energiepreise hierauf, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen rascher und starker Energiepreisänderungen. Wir sind nicht ohne Wissen hierüber, doch es gibt keine Gewißheit, und der Streit der Experten, die mit Schätzungen auf der Basis unterschiedlicher aber je für sich plausibler Annahmen aufwarten, wird andauern.

Allerdings hat sich die Öffentlichkeit von der Unsicherheit der Grundlagen für eine rationale Energiepolitik durchaus unterschiedlich beeindrucken lassen. Der „größte anzunehmende Unfall" in einem Kernkraftwerk sowie ganz allgemein die möglichen Gefahren einer atomaren Belastung von Umwelt und Gesellschaft haben die Vorstellungskraft der Menschen so stark angesprochen, so elementare Ängste mobilisiert, daß demgegenüber die überaus geringe Wahrscheinlichkeit eines katastrophalen Ereignisses kaum ins Gewicht zu fallen scheint.

Umgekehrt ist die Vorstellungskraft nur wenig zu fesseln gewesen durch die möglichen schlimmen Folgen wirtschaftlicher, sozialer, gesellschaftlicher Art, die aus einer Energieverknappung, die die Volkswirtschaft unvorbereitet trifft, erwachsen können. Zu komplex sind hier vermutlich die Wirkungszusammenhänge, zu wenig ereignishaft ist das Ergebnis, als daß sich eine breite Bewegung in der Bevölkerung dagegen richtete. Erst die anhaltende Arbeitslosigkeit hat die Gewichte etwas korrigiert. Weit verbreitet ist aber nach wie vor die Neigung, sich hier — anders als beim Kernenergierisiko — zu beruhigen nach dem Muster: „Die Experten wissen es auch nicht genau. Es wird schon nicht so schlimm kommen." Gewiß, die Urteile der Experten gehen auseinander. Es ist nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu sagen, daß es ohne Kernenergie keinen Ausweg gibt, namentlich nicht, wenn man die Möglichkeit einer verstärkten Nutzung der Kohle berücksichtigt. Aber es ist auch niemand da, der bestreitet, daß die Wahrscheinlichkeit einer schlimmen Energiekrise um etliche Zehnerpotenzen größer ist als die des „größten anzunehmenden Unfalls" in einem Kernkraftwerk. Daß dies so ist, ergibt selbstverständlich noch kein Urteil zugunsten der Kernenergie. Aber es darf auch nicht ohne weiteres „Unausweichlichkeit einer Energiekrise" verlangt werden, bevor man bereit ist, das Restrisiko der Kerntechnik in Kauf zu nehmen.

2. Energiepolitik ist nötig — weil die Möglichkeit schwerwiegender Fehler des Marktsystems in diesem Sektor wegen der gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen nicht einfach hingenommen werden kann. Dies gilt allgemein als unstreitig.

Andererseits: Energiepolitik erzeugt auch Marktversagen; so schafft sie sich teilweise selbst den Bedarf, für den sie tätig ist. Mit energiepolitischen Maßnahmen werden die Marktdaten in vielfältiger, oft durchgreifender Weise verändert. Die massive Förderung der Kerntechnik in den führenden Industrieländern bedeutete notwendigerweise zugleich eine Verschlechterung der Marktchancen anderer nicht geförderter Forschungslinien. Maßnahmen, die gegen die Marktkräfte Energiepreise niedrig halten, behindern marktbestimmtes Einsparen und neues Angebot. Es gibt viele Beispiele mehr.

In gewissem Umfange ist dieser Konflikt wohl unvermeidlich. Auch steht der Kurs der Energiepolitik nicht voll zur Disposition eines einzelnen Landes; wichtige energiepolitische Daten werden international gesetzt. Doch ein Irrtum wäre es — und die Versuchung hierzu ist groß —, würde man aus der unbestrittenen Tatsache, daß Energiepolitik nötig ist, schließen, der Staat habe hier eine umfassende Gestaltungsaufgabe — die Verantwortung für das richtige Gesamtangebot, den richtigen Beitrag jedes Energieträgers, die richtigen Energiepreise, den richtigen Verbrauch aller Sektoren usw. All dies richtig zu machen, fehlen dem Staat einfach die Informationen, und sie werden ihm auch künftig fehlen. Zumal für eine Energiepolitik, die auf quantitative Festlegungen abzielt, gibt es offensichtlich noch aus keinem Lande Erfolgsnachrichten.

3. Energiepolitik ist gegenwärtig vor allem motiviert

(1) durch die Gefahr einer weltweiten Energieverknappung schon im nächsten Jahrzehnt,

(2) durch die Gefahr der Wiederholung einer internationalen Energiekrise aufgrund der Willkür wichtiger Lieferländer,

(3) durch die Gefahr eines nationalen Energieengpasses für den Fall einer weiteren Behinderung des Angebots an Kernenergie.

Die erste Gefahr stellt die Aufgabe

— die Gesamtnachfrage nach Energie einzuschränken,

— zusätzliches Angebot an Energie aus Energieträgern hervorzulocken, die für absehbare Zeit in der Welt ausreichend zur Verfügung stehen.

Kein Land kann allerdings hoffen, allein aufgrund eigener Anstrengungen der Engpaßgefahr zu entgehen. Selbst wenn etwa die Bundesrepublik ihre Abhängigkeit von Energieeinfuhren um mehrere Prozentpunkte senken könnte, wäre sie doch von den Folgen einer weltweiten Verknappung in nur wenig verringertem Maße betroffen, zumal diese Folgen nicht auf den Energiesektor beschränkt blieben. Einer weltweiten Energiekrise muß durch koordinierte oder spontan gleichgerichtetete Aktionen aller wichtigen Länder vorgebeugt werden.

Die zweite Gefahr — eine von bestimmten Lieferländern willkürlich ausgelöste Energiekrise — stellt in der Hauptsache die gleichen Aufgaben wie die erste, legt jedoch darüber hinaus nahe, in gewissem Umfange bei der Energieeinfuhr vorbeugend verstärkt auf Länder mit weniger unsicherer Lieferbereitschaft umzuschalten und im übrigen durch Vorräte die Folgen einer als vorübergehend angesehenen Verknappung zu mildern. Insoweit sind die Möglichkeiten der nationalen Energiepolitik hier etwas größer.

Auch die dritte Gefahr — nationaler Energieengpaß — erfordert eigentlich kein anderes Konzept. Nur wenn man diese Gefahr für sich allein nimmt, die beiden anderen also vernachlässigt, kann man zu dem Schluß kommen, bei unzureichender Energieeinsparung und Energieträgersubstitution könne man gleichwohl auf mehr Kohle- oder Kernenergienutzung verzichten und statt dessen auf vermehrte Öl- und Erdgaseinfuhr setzen.

Konkret bedeutet das für die Bundesrepublik auf der Nachfrageseite möglichst breit angelegte Eindämmung, auf der Angebotsseite hinsichtlich der Stromversorgung für das nächste Jahrzehnt in erster Linie die Entscheidung zwischen einem weiteren Ausbau der Kernkraftwerkskapazität und der Kohlekraftwerkskapazität und hinsichtlich des gesamten Primärenergiebedarfs die Verminderung des Anteils des Erdöls — und längerfristig auch des Erdgases — zugunsten solcher Energieträger, die bei erträglicher Umweltbelastung eine dauerhafte Sicherheit der Versorgung bieten und die Importabhängigkeit von politisch labilen Gebieten vermindern.

4. Ins Instrumentelle gewendet: Die Aussage: „Wegen jener drei Gefahren sind energiepolitische Eingriffe nötig" ist marktwirtschaftlich gesehen identisch mit der Aussage: „Die gegenwärtigen oder die erwarteten Energiepreise sind zu niedrig." Denn in diesem Falle bleiben die vom Markt erzwungenen Anstrengungen, Energie zu sparen und zusätzliches Angebot zu mobilisieren, unzureichend. Daß es sich so verhält, dafür spricht, daß die gegenwärtigen Energiepreise eher noch durch eine Marktsituation mit Überkapazitäten bestimmt sind, die künftigen Marktbedingungen sich in ihnen also nicht ausreichend niederschlagen. Und die Bereitschaft, gleichwohl schon heute Dispositionen auf die Erwartung zu gründen, daß die Energiepreise in einigen Jahren wesentlich höher sein werden, ist beeinträchtigt

a) durch die Unsicherheit, ob die staatliche Energiepolitik hierzulande und anderswo starke Energiepreissteigerungen zulassen und nicht statt dessen Zuflucht bei einem vielfältigen Interventionismus suchen werde, sowie

b) durch die Unsicherheit der Schätzurteile über die Größe der Wahrscheinlichkeit einer baldigen Engpaßsituation.

Wer das Problem so sieht, muß im Prinzip eintreten für eine — vorläufig künstliche — allgemeine Verteuerung der Energie, wobei

— Anbieter von Energie aus Energieträgern, die künftig vermehrt genutzt werden können und vermehrt genutzt werden sollen, den Mehrerlös behielten, während

— Anbieter von Energie aus Energieträgern, die nicht vermehrt genutzt werden können oder nicht vermehrt genutzt werden sollen, den Mehrerlös an den Staat abzuführen hätten.

Der Weg wäre der einer Besteuerung von Energie, die von der zweiten Gruppe von Anbietern geliefert wird.

Diese Sonderbesteuerung eines großen Teils der Energie, die gegebenenfalls allmählich zu steigern wäre, könnte und müßte in dem Maße wieder abgebaut werden, wie sich die Marktpreise von selbst einem Niveau nähern, das unter Berücksichtigung der Kostensituation bei der Nutzung reichlich vorhandener Energieträger eine stetige Entwicklung erwarten läßt.

Die Ratio dieser Politik läge darin, rechtzeitig und **allmählich** eine Anpassung an künftige Marktbedingungen herbeizuführen. Die Marktwirtschaft hat sich immer wieder als flexibel erwiesen, selbst gegenüber einschneidenden Änderungen der Marktdaten, wenn sich diese Änderungen allmählich vollzogen und einigermaßen vorhersehbar waren. Die Volkswirtschaft auf weniger Energieverbrauch oder neue Energieträger umzustellen, ist möglich. Gefährlich ist, ihr zuzumuten, dies abrupt zu leisten.

5. Prinzipiell fragwürdig ist eine Energiepolitik des punktuellen Interventionismus. Soll Energie gespart werden, weil davon auszugehen ist, daß deren Knappheit im aktuellen Preis nicht voll zum Ausdruck kommt, so muß dafür gesorgt werden, daß

dort gespart wird, wo dies zu den geringsten Kosten möglich ist. Wo dies der Fall ist, darüber weiß der Staat kaum etwas. Er muß die Informationen der einzelnen Haushalte und Betriebe, deren Findigkeit und Interesse nutzen, dies herausfinden zu lassen. Dies aber leistet ein höherer Preis für alle. Den Rest besorgen die Leute selbst. Es ist überhaupt nicht zu sehen, welche Informationen etwa dafür sprechen, daß es besonders billig wäre, Energie gerade durch wärmedämmende Anlagen in Wohnbauten zu sparen und gerechtfertigt, solche Energieeinsparung durch mehrere Subventionsmilliarden zu fördern. Ähnliches gilt für die Zulage zu energiesparenden Investitionen von Unternehmen. Andere Möglichkeiten könnten ebenso günstig sein oder gar noch günstiger. Und: warum Energiesparen überhaupt subventionieren? Auf die Problemursache zielte eine Belastung des Verbrauchs. Das gleiche gilt für die Förderung von Anstrengungen zur Energieträgersubstitution. In beiden Fällen würde ein höherer Preis für Energie den richtigen Anreiz bieten, nämlich weniger zu verbrauchen und mehr Energie aus neuen Energieträgern anzubieten. Und weil ein höherer Preis in beiden Richtungen den gleichen Anreiz setzte, würde er zugleich eine kostengerechte Verteilung der Anstrengungen auf Einsparung einerseits und Energieträgersubstitution andererseits erwarten lassen.

6. Es mag in der gegenwärtigen Situation auf konjunkturelle Bedenken stoßen, jetzt eine allmähliche Anhebung der Energiepreise einzuleiten und gleichzeitig die Subventionen für Energieeinsparung abzuschaffen. Freilich kann man den Beginn der Preissteigerung noch ein wenig hinausschieben, hält man den dann nur aufgeschobenen Bedarf an Strukturwandel etwas später für leichter zu bewältigen, obwohl er so auf einen noch kleineren Zeitraum zusammengedrängt würde. Besser wäre es wohl, wenn man mit den notwendigen Preiskorrekturen alsbald begänne und die Subventionen für Energieeinsparung aus konjunkturellen Gründen für eine begrenzte Zeit beibehielte.

7. Es gibt nur einen gravierenden Einwand gegen eine energiepolitisch motivierte und etwa steuerlich bewirkte Verteuerung engpaßverdächtiger Primärenergieträger: Die Rückwirkungen auf den Außenhandel.

Eine steuerlich bewirkte Energieverteuerung wäre ja kein vollwertiger Ersatz für eine vom Markt, hier vom Weltmarkt, bestimmte Preiserhöhung. Letztere würde im Prinzip alle Nachfrager gleichmäßig treffen. Eine nationale Besteuerung der Energie hingegen belastete zwar auch importierte Energie, jedoch schon nicht mehr etwa Derivate des Mineralöls und allgemein nicht den Energiegehalt aller eingeführten Waren. Umgekehrt wären alle exportierten Waren nach Maßgabe der Energieintensität ihrer Herstellung kostenmäßig benachteiligt. Die durchschnittliche Kostenbelastung durch nationale Energieverteuerung wäre zwar über den Wechselkurs bzw. andere national bestimmte Komponenten des Kostenniveaus, namentlich die Löhne, auszugleichen, doch die differenzierende Wirkung der Belastungsunterschiede bliebe. Nur ein hochkompliziertes und jedenfalls kaum in Betracht zu ziehendes System steuerlicher Ausgleichsmaßnahmen für den internationalen Handel könnte diesen Effekt aufheben.

Nun kann man geltend machen, daß bei einer Energieverteuerung aus nationalem Interesse eine Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiv hergestellter Produkte (die ja eine Begünstigung energieextensiv hergestellter Produkte zur Folge hat) nicht beklagt werden dürfe, sondern im Grunde nur der Niederschlag dessen sei, was gewollt ist: Einsparung von Energie. Doch zumindest in den Fällen, in denen eine nationale Belastung des Verbrauchs bestimmter Energieträger teilweise durch die Einfuhr von Derivaten ersetzt wird, ist dies wohl kein durchschlagendes Argument.

Die beste Lösung des Problems läge in einem international konzertierten Vorgehen bei der zusätzlichen steuerlichen Belastung engpaßverdächtiger Energieträger.

Die zweitbeste Lösung hieße, eine nationale Besteuerung des Verbrauchs engpaßverdächtiger Energieträger so global wie möglich anzusetzen, jedoch bestimmte hochsensible Produktgruppen von der Steuerlast freizustellen.

8. Gegen eine steuerliche Belastung bestimmter Energieträger wird auch geltend gemacht, daß das OPEC-Kartell hierauf vermutlich mit zusätzlichen Preissteigerungen antworten würde. Das mag so sein. Die zuvor skizzierten Probleme würden dann zwar geringer, die Probleme der internationalen Einkommensverteilung und vor allem der Zahlungsbilanzen jedoch noch größer. Zu fragen ist allerdings, ob die Industrieländer einer solchen Kraftprobe auf die Dauer überhaupt ausweichen können. Kommt es zu der weithin erwarteten weltweiten Energieverknappung, so werden die Verbraucherländer versuchen müssen, das Zuteilungsproblem in bezug auf die rar gewordenen Energieträger teilweise zu internalisieren, d. h. steuerlich zu lösen. Das Zuteilungsproblem allein den Knappheitsrenten der OPEC-Staaten anheimzugeben, würde vermutlich völlig unlösbare Probleme der internationalen Einkommens- und Vermögensverteilung bzw. der Verschuldung aufwerfen.

9. Auch diese Perspektiven geben noch einmal Anlaß zu der Mahnung, das Energieproblem in der Bundesrepublik was die Kapazitätsplanung angeht, nicht allein unter dem provinziellen Blickwinkel deutscher Energiebilanzen zu sehen. Eine noch so spitz projektierte Energiebilanz für die Bundesrepublik der späten 80er Jahre wird ökonomisch völlig uninterpretierbar, wenn mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß es bis dahin noch einmal zu einer Ölpreisexplosion kommt.

Selbst eine Strategie, Kernkraftwerke unter dem Vorbehalt zu bauen, daß die Betriebsgenehmigung versagt wird, wenn die Sicherheitsprobleme bis dahin nicht befriedigend gelöst sind, erscheint sehr viel weniger riskant als eine Energiepolitik, die an die Hoffnung gefesselt wird, es werde zu schlimmen Engpässen schon nicht kommen.

B. Zu Einzelfragen

ad I, 1.

Wird ein energiepolitischer Zeithorizont bis zum Jahre 2000 für erforderlich gehalten?

Ja, aber nicht im Sinne staatlich zu planender Produktionskapazitäten, sondern im Sinne des Spielraumgebens für die Planung der Unternehmen der Energiewirtschaft oder der rechtzeitigen Stimulierung zur Einsparung und Substitution aus Vorsorge.

ad I, 2.

Sind in der Zukunft Verschiebungen in der Zielhierarchie zwischen Struktur-, Wachstums- und Energiepolitik denkbar und wünschenswert?

a) Von den Zielen der Wirtschaftspolitik her stehen diese drei Politikbereiche nicht nebeneinander.

Strukturpolitik ist entweder Wachstumspolitik oder Verteilungspolitik.

— Strukturpolitik als Wachstumspolitik zielt darauf ab, die Bedingungen zu verbessern, unter denen die Menschen — Einzelne, Gruppen, die Gesellschaft im ganzen — ihre Pläne verwirklichen können, das heißt Bedürfnisse befriedigen, die ihnen dringlich genug erscheinen, um dafür arbeiten zu wollen. So gesehen ist wirtschaftliches Wachstum — und das ist typisch für die Marktwirtschaft — von vornherein nicht allein quantitativ (Maximierung des Sozialprodukts), sondern auch qualitativ (Optimierung der Produktionsstruktur, der Arbeitsbedingungen und der Arbeitszeit) definiert. Zu den Bedürfnissen, um deren optimale Befriedigung es geht, gehören auch eigene oder fremde **künftige** Bedürfnisse.

— Strukturpolitik als Verteilungspolitik zielt darauf ab, die Marktbedingungen so zu verändern, daß das, was als verteilungsgerecht angesehen wird, zugleich als Marktergebnis erwartet werden kann.

Energiepolitik ist allemal und zu allererst Wachstumspolitik. Ihre Hauptaufgabe liegt darin, in einem wichtigen Teilbereich der Wirtschaft dafür zu sorgen, daß wahrscheinliche oder mögliche künftige Marktbedingungen in angemessener Weise schon heute ins Kalkül genommen werden.

b) Wachstumspolitik und Verteilungspolitik stehen in sehr vielen Fällen im Konflikt miteinander. Wohl in allen demokratisch organisierten Industriestaaten hat es Wachstumspolitik immer schwerer, ihre Ziele gegen egalitäre Tendenzen der Verteilungspolitik durchzusetzen. Das ist so, obwohl eine Wirtschaftspolitik, die das wirtschaftliche Wachstum vernachlässigt, vor allem anderen unsozial ist. Denn es sind die breiten Massen, für die wirtschaftlicher Erfolg in erster Linie in der Teilhabe am allgemeinen Einkommenswachstum besteht. Hingegen tritt für die Begabteren, die Vermögenden, die sonstwie Begünstigten diese Teilhabe am allgemeinen Einkommenswachstum eindeutig zurück gegenüber der Chance, im wettbewerbsbestimmten Leistungsstreben am Markt Erfolg zu haben; sie hätten vermutlich ungeschmälerte Lebenschancen auch in einer im ganzen stagnierenden Wirtschaft.

c) Wirtschaftliches Wachstum in quantitativem Sinne bekommt insoweit eine selbständige Bedeutung als die öffentlichen Aufgaben (einschließlich der sozialen Sicherung) stark wachsende finanzielle Mittel erfordern und diese nicht durch eine weitere Erhöhung der staatlichen Abgabenquote (einschließlich Sozialabgaben) beschafft werden können, ohne die Leistungsanreize und damit wiederum die Basis dessen zu gefährden, von dem die Abgaben erhoben werden sollen.

d) In einem ganz einfachen Sinne ist Wachstumspolitik zugleich Vollbeschäftigungspolitik. Sie ist es, indem sie auf der Seite der Produktionsmöglichkeiten dafür sorgt, daß alle, die es der Mühe wert finden, um eines fairen Ertrages willen zu arbeiten, die Möglichkeit dazu erhalten können. Für die nächsten Jahre steht dies sogar im Vordergrund aller Aufgaben der Wirtschaftspolitik. Denn die gegenwärtige Wirtschaftslage ist nicht nur unbefriedigend, weil vorhandene Produktionsmöglichkeiten unzureichend genutzt werden, sondern auch — und dies ist mittelfristig das größere Problem — weil in erheblichem Umfange zusätzliche Produktionsmöglichkeiten, Arbeitsplätze also, geschaffen werden müssen, wenn Vollbeschäftigung wieder möglich sein soll.

e) Energiepolitik hat es mit einer der Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums zu tun. Auf längere Sicht ist der Zusammenhang zwischen Energieversorgung und Wirtschaftswachstum zwar nicht derart, daß ein bestimmtes Produktions- und Konsumniveau ein bestimmtes Energieangebot voraussetzt. Hier gibt es sicherlich vielerlei Anpassungsmöglichkeiten, die bei entsprechenden Energiepreisen auch genutzt werden. Aber zweierlei muß man sehen. Erstens: Der Anpassungsprozeß braucht Zeit. Und zweitens: Steigende Marktpreise für Energie indizieren selbstverständlich, daß von der Energieseite ein negativer Einfluß auf das Produktions- und Einkommenswachstum ausgeht; mehr Ressourcen müssen für die Bereitstellung einer bestimmten Energiemenge aufgewendet werden, stehen also nicht für eine sonst mögliche zusätzliche Güterproduktion zur Verfügung.

f) Was leicht vernachlässigt wird: Eine Volkswirtschaft auf eine niedrigere Rate des wirtschaftlichen Wachstums umzustellen, ist nicht allein und vielleicht nicht einmal in erster Linie ein im engeren Sinne ökonomisches Problem. Auf dem Reißbrett, auf dem allein die ökonomischen Zusammenhänge des Marktsystems berücksichtigt werden, lassen sich verhältnismäßig leicht Mo-

dellabläufe entwerfen, nach denen über Arbeitszeitverkürzung, Dämpfung des allgemeinen Einkommenswachstums, Einschränkung staatlicher Leistungen, weniger Vermögensbildung im Ausland (geringere Leistungsbilanzüberschüsse) eine Einschränkung des Produktionswachstums durchaus möglich erscheint. Soll eine solche Umstellung allerdings ohne enorme Friktionen vor sich gehen, müßte die Bevölkerung in der Breite dafür gewonnen werden. Angesichts des heute noch vorherrschenden breiten Drucks der Ansprüche auf mehr Einkommen, mehr Staatsleistungen, mehr soziale Sicherheit läßt sich kaum konstatieren, daß ein solcher Wandel der Einstellung zur materiellen Wohlstandssteigerung schon voll im Gange wäre. Die Energieverteuerung aufgrund der Ölkrise 1973/74 hat im Gegenteil deutlich gemacht, und zwar in allen Industrieländern, wie schwer es ist, auch nur die volkswirtschaftlichen Einkommenswirkungen einer offensichtlich von außen kommenden Störung zu verkraften; überall wurden Ausgleichsansprüche geltend gemacht, die sich noch heute teilweise als Beschäftigungsprobleme, teilweise als Stabilitätsprobleme auswirken.

Eine Energiepolitik, die sich heute entschlösse, zur Vermeidung bestimmter Risiken der Volkswirtschaft die Nutzung der Kernkraft weitgehend zu verweigern und um dessentwillen nötigenfalls eine entsprechende Wachstumseinbuße in Kauf zu nehmen, müßte also setzen können auf die Bereitschaft und Fähigkeit der Politik im ganzen, die allgemeine Inflation der Ansprüche viel wirksamer als bisher einzudämmen.

Und ebendies sinnt ja den Wirtschaftspolitikern ein großer Teil derjenigen an, die eine energiepolitische Festlegung gegen die Kernenergie verlangen, und zwar offensichtlich nicht nur aufgrund von Risikoüberlegungen im Zusammenhang mit dem Kraftwerksbau. Sie halten aus allgemeinen Erwägungen eine Korrektur bei dem Ziel „materielle Wohlstandssteigerung" für angebracht und sehen wohl, daß vermutlich nur dies zusammen mit den bekannten Risikoüberlegungen ausreichen könnte, restriktive Festlegungen der Energiepolitik zu rechtfertigen. Ihre Koalition mit den verständlichen Ängsten angesichts einer noch nicht voll beherrschten Technik und mit den Interessen derer, die selbst auf sorgfältig ausgewählten Standorten Kernkraftwerksbauten — und auch Kohlekraftwerksbauten — ihr nachbarschaftsrechtliches Nein entgegensetzen, mag man beklagen. Durchbrechen läßt sich diese Koalition wohl nur, wenn klargemacht wird, daß es bei den anstehenden energiepolitischen Entscheidungen nur im Vordergrund allein um die Energiewirtschaft und deren Risiken geht, im Kern jedoch um weichenstellende Vorentscheidungen über die längerfristigen Zielsetzungen der Gesellschaft. Eine bewußte Beengung des Spielraums für das Wirtschaftswachstum würde den Politikern unausweichlich auferlegen, aus der Minderheit der Bevölkerung, die dies schon heute will, durch Überzeugungstätigkeit rechtzeitig eine Mehrheit zu machen.

ad I, 3.

Wie beeinflussen unterschiedlich strukturiertes wirtschaftliches Wachstum und sich ändernde Verbrauchergewohnheiten langfristig die Energienachfrage?

a) *Wie sind im Rahmen der denkbaren Maßnahmen zur Verbesserung der rationellen und sparsamen Energieverwendung die Einwirkungsmöglichkeiten über marktbedingte oder administrierte Preisänderungen, über staatliche Ge- und Verbote oder über finanzielle Anreize zu beurteilen?*

b) *Wie ist der Umfang der Zielkonflikte und Nebenwirkungen von Einsparmaßnahmen einzuschätzen?*

c) *Wie sind die Folgen staatlicher Einwirkungen über Ge- und Verbote zu beurteilen?*

d) *Wie können die Konsequenzen staatlicher Eingriffe in das Preis- und Tarifgefüge beurteilt werden?*

Marktbedingte oder richtig angesetzte administrierte Preisänderungen (etwa steuerliche) sind positiv zu beurteilen, vor allem wenn sie die Bedingungen, unter denen die Haushalte und Betriebe über ihren Energieverbrauch entscheiden, allgemein und nicht gezielt (etwa für bestimmte Verbrauchszwecke) verändern (Ziffer A, 5.).

Finanzielle Anreize haben den Nachteil, daß sie knappes öffentliches Geld kosten und daher für in die Breite gehende Maßnahmen nicht in Betracht kommen, sondern zu dem Unfug eines punktuellen Interventionismus verleiten, und daß sie sich, was die Definition der Bemessungsgrundlage angeht, meist nicht problemgerecht gestalten lassen (was ist *Energieeinsparung?*).

Am ungünstigsten sind Verbote und Gebote zu beurteilen. Hier sind die Kosten der Einsparung fast gar nicht zu kontrollieren. Ein willkürliches staatliches Urteil über die Dringlichkeit eines Bedarfs tritt an die Stelle eines ökonomischen Kalküls. Verbote und Gebote sollten grundsätzlich nur in Notstandssituationen in Erwägung gezogen werden.

Von Zielkonflikten braucht man dann nicht zu sprechen, wenn die Energiepolitik nur Marktverzerrungen beseitigt.

ad I, 4.

Ist für den Zeitraum nach 1985 die Größenordnung der Wirkung von Einspargesetzen und sonstiger staatlicher Maßnahmen zu quantifizieren?

Nein. Quantitative Ziele ließen sich nur im Wege des Trial and Error erreichen. Allerdings: Quantitative Ziele sollten die Energiepolitik auch gar nicht leiten, sondern das Prinzip einer allmählichen Annäherung an Energiepreise, zu denen auch künftig „ausreichendes" Angebot möglich und hinreichend wahrscheinlich ist. Ausreichend ist das Energieangebot, wenn bei stetiger Nachfrageexpansion ein plötzliches, steiles Ansteigen des Gleichgewichtspreises nicht vorkommt.

Im übrigen: In bezug auf eine krisenhafte Zuspitzung in der Weltenergiesituation ist Vorsorge durch allein nationale Einsparung nicht möglich.

ad I, 5.

Welche Hindernisse sehen Sie bei der wirtschaftlichen Durchsetzung neuer Technologien zur rationelleren Energieverwendung?

Auf längere Sicht vor allem die Behinderung ausreichend hoher Energiepreise.

ad II, 1.

Welche Folgewirkungen können sich aus energiepolitischen Beschlüssen der Bundesrepublik Deutschland für andere Länder ergeben? Welche Veränderungen im Verhalten der Lieferländer sind denkbar?

Siehe unter A, 8.

ad II, 2.

Welche außen-, handels- und marktpolitischen Veränderungen sind durch die voraussichtliche Entwicklung der Weltenergiemärkte zu erwarten? Welche Wirkungen ergeben sich auf die Bundesrepublik Deutschland? Wie ist die Lage der Entwicklungsländer in diesem Zusammenhang zu beurteilen, und welche Konsequenzen ergeben sich für den „Nord-Süd-Konflikt"?

Zu befürchten ist eine Tendenz zum Protektionismus und Dirigismus, ein verschärfter Verteilungskampf national und international, all dies vermutlich weiterhin eingekleidet in das Drängen auf eine neue Weltwirtschaftsordnung. Die Bundesrepublik wäre wegen ihrer Außenhandelsabhängigkeit besonders betroffen. Verständlich sind aber auch die Sorgen der Entwicklungsländer, die sie auf mehr Hilfe drängen lassen. Zwar nicht dem Betrage, wohl aber dem Anteil nach, zu dem die Öleinfuhrrechnung ihre Exporterlöse aufzehrt, wären sie von einer weiteren Energieverteuerung am härtesten betroffen. Sie können überdies selbst nur wenig zur Vorbeugung tun, sind fast ganz darauf angewiesen, daß die Industrieländer durch Energieeinsparung, durch Nutzung der Kernenergie oder die Mobilisierung anderer Möglichkeiten der Energieträgersubstitution dem drohenden Engpaß entgegenwirken.

Prinzipiell handelt es sich zwar um Anpassungsprobleme, da wohl allemal bei einem endlichen Preis Substitution und Einsparung ausreichend möglich sind; doch es ist das Prinzip der Allmählichkeit, das den Anpassungsprozeß regieren muß, wenn die Friktionen in erträglichen Grenzen gehalten werden sollen. Das gilt noch verstärkt für jene Entwicklungsländer, die ihren Lebensstandard wegen der Nähe zum Existenzminimum auch nicht vorübergehend senken können.

ad II, 3.

In welchem Umfang sollten die einzelnen Energieträger ihren Beitrag zur zukünftigen Energieversorgung leisten? Welche Folgerungen sind allgemein aus Umfang und Verteilung der fossilen Weltenergievorräte zu ziehen? Wie sind die Erdgasvorräte der Welt jetzt einzuschätzen, und welche Folgerungen ergeben sich aus der regionalen Verteilung der Welterdgasvorräte?

Die Energiepolitik sollte in der Regel nicht darauf abzielen, einzelnen Energieträgern feste Versorgungsbeiträge zuzuweisen. Informationen über das mögliche künftige Angebot bei einzelnen Energieträgern sind allerdings wichtig für Entscheidungen darüber, bei welchen Energieträgern rechtzeitig für eine Eindämmung des Verbrauchs, beispielsweise durch Steuern, gesorgt werden muß und bei welchen nicht. Wie in diesem Sinne die Situation bei den fossilen Energieträgern im einzelnen zu beurteilen ist, darüber hat der Sachverständigenrat kein eigenes Urteil.

ad III, 1.

Was spricht für die Annahme, daß mittel- und langfristig mit einer sogenannten Entkopplung (Veränderung des Energiekoeffizienten) zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Energiebedarf gerechnet werden kann?

Die Kopplung zwischen Wachstum des Sozialprodukts und Energieverbrauch war auch in der Vergangenheit nicht stramm. Die Abhängigkeit des Energieverbrauchs von Produktion und Einkommen ist überlagert von Struktureffekten und partiellen Sättigungstendenzen, von Einflüssen des technischen Fortschritts und von der Auswirkung von Energiepreisänderungen. Die quantitativen Schätzungen, die über die Einkommensabhängigkeit und die Preisabhängigkeit der Energienachfrage vorliegen, sind recht kontrovers. Energiepolitische Vorsorge würde verlangen, der Energiewirtschaft den Spielraum für eine Angebotsausweitung zu geben, bei dem sie auch unter ungünstigen Annahmen Angebotsengpässen rechtzeitig vorbeugen kann (freilich bei möglichst weitgehender Anlastung aller Kosten). Die Energiewirtschaft hat hier in der Vergangenheit die nötige Voraussicht bewiesen.

ad III, 2.

Welche Konsequenzen würde es haben, wenn die Investitionstätigkeit in der Energiewirtschaft, besonders im Bereich der Kernkraft- und Steinkohlekraftwerke, weiter verzögert würde?

Wegen der erwähnten Unsicherheit, vor allem hinsichtlich der Entwicklung der Energienachfrage, ist eine eindeutige Antwort nicht möglich. Nach den vorliegenden Schätzungen muß man aber wohl selbst unter günstigen Annahmen für die Mitte der 80er Jahre eine Energielücke für so wahrscheinlich halten, daß es leichtfertig wäre, sich hierauf nicht einzustellen. Da eine kurzfristige Anpassung der Nachfrage an ein unzureichendes Angebot die Elastizität des Marktsystems ohne Zweifel überfordern und unerträgliche Rückwirkungen auf Produktion, Beschäftigung und Geldwert haben würde, müßte die Volkswirtschaft schon bald durch eine kräftige Energieverteuerung auf diese Möglichkeit eingestellt werden — immer vorausgesetzt, eine Umstellung der Kraftwerksplanung auf mehr Ölkraftwerke stehe weiterhin nicht zur Diskussion.

Eine Umorientierung auf neue Energieträger würde ihre Wirkungen nicht mehr so rechtzeitig haben, daß

die (Zwischen-)Phase einer stark expandierenden Kohle- oder Kernenergienutzung unnötig würde. Dies gilt offensichtlich auch für die Welt im Ganzen.

ad III, 3.

Mit welchen Preisanstiegen bei Energie ist infolge weiterer Verknappung von Primärenergien zu rechnen, und welche Auswirkungen sind davon zu erwarten, u. a. auch auf die Zahlungsbilanzen?

Preisprognosen für den Fall einer Engpaßsituation halten wir wegen der kurzfristig sehr geringen Reagibilität der Energienachfrage in bezug auf Preisänderungen nicht für möglich. Eine Strategie der vorsorglichen, allmählichen — wenn möglich weltweiten — Energieverteuerung hätte zum Ziel, die längerfristig durchaus größere Anpassungsfähigkeit der Energienachfrage und des Angebots von Energie aus neuen Energieträgern zu nutzen. Auf die Dauer werden die Kosten der Nutzung solcher neuen Energieträger das Energiepreisniveau bestimmen. Wo es liegen wird und wie stabil es sein wird, kann nur allmählich herausgefunden werden, da das Tempo des technischen Fortschritts nicht prognostizierbar ist.

ad III, 4.

Inwieweit werden durch Belastungen des Energieverbrauchs mit Steuern und anderen öffentlichen Abgaben im nationalen und internationalen Bereich Wettbewerbsverzerrungen hervorgerufen und die unteren Einkommen stärker belastet?

Bei einer gewollten Verteuerung von Energie kann man, was den nationalen Bereich angeht, von Wettbewerbsverzerrungen nicht sprechen. Zur Frage der Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel sei auf die Ausführungen unter Ziffer A, 7. verwiesen.

Die Belastung unterer Einkommen durch eine Energieverteuerung läßt sich zwar insoweit schätzen, als sie aus dem offenen Energieverbrauch folgt. Haushaltsrechnungen sowie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe können hier helfen. Dies wäre jedoch ein völlig ungenügender Ansatz. Ein großer Teil des Energieverbrauchs läuft über den Verbrauch von Gütern und Diensten, für die in sehr unterschiedlichem Maße Energie bei der Produktion bzw. Bereitstellung eingesetzt werden mußte. Dies bei der Schätzung von Belastungswirkungen zu berücksichtigen, ist derzeit kaum möglich.

Fraglich ist aber schon, ob die Verteilungswirkungen energiepolitischer Maßnahmen bei der Entscheidung über sie überhaupt ins Gewicht fallen sollen. Die Neigung, fast jede wirtschaftspolitische Maßnahme mit Verteilungsforderungen zu befrachten, kann die Wirtschaftspolitik blockieren. Verteilungsprobleme sollten abgetrennt und dem dafür vorhandenen eigenen Maßnahmenbereich zugewiesen werden.

ad III, 5.

Wird das Kriterium des Nettonutzens bei der Einsparung von Energie ausreichend berücksichtigt? Gibt es einen Zielkonflikt zwischen Energieeinsparung und gewissen Umweltschutzmaßnahmen?

Umweltschutzpolitik und Energiepolitik sind getrennte Politikbereiche mit getrennten Zielen und getrennten Instrumenten. Daß sich ihre Maßnahmen in den Wirkungen überschneiden können, widerspricht dem nicht. Energiepolitik soll dafür sorgen, daß beim Energieverbrauch alle mit den volkswirtschaftlich richtigen Energiekosten rechnen. Umweltschutzpolitik soll dafür sorgen, daß bei der Gefährdung der Umwelt alle mit den richtigen volkswirtschaftlichen Kosten rechnen. Ist beides gewährleistet, so ist das Marktergebnis insoweit in Ordnung. Energieeinsparung heißt ja nicht, daß überall weniger Energie verbraucht werden muß. Wo ein Bedarf dringender geworden ist, muß er zu Lasten anderer befriedigt werden. Insoweit ist Umweltschutzpolitik, die in bestimmten Bereichen einen größeren Energieverbrauch bedingt, nicht im Konflikt mit der Energiepolitik, sondern im Konflikt mit dem Interesse an Energie für andere Zwecke.

ad III, 8.

Welche Kapazität an Kernkraftwerken muß bei einem wirtschaftlichen Wachstum von

a) 3,0 %, b) 3,5 %, c) 4,0 % und d) 4,5 %

bis 1990 ans Netz gehen unter Zugrundelegung eines alternativen Einsatzes von Kohlekraftwerken, der Ausschöpfung der vorhandenen Kapazitäten und unter Berücksichtigung der Reservehaltung? Sind damit die Substitutionsmöglichkeiten für Kohle ausgeschöpft; wenn nein: Wie stellen sich die preislichen Relationen dar?

Zu den hier im einzelnen gestellten Fragen hat der Sachverständigenrat keine Urteilsgrundlagen. Noch einmal sei jedoch unterstrichen, daß eine Mengenfixierung durch die Energiepolitik, zumal eine restriktive, sehr problematisch erscheint. Im übrigen: Ein wirtschaftliches Wachstum von 4,5 vH sollte nicht von vornherein als ein gerade noch in Betracht zu ziehender Extremwert angesehen werden. Für eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung und eine stetige Entwicklung bei Vollbeschäftigung ist jedenfalls bis weit in die 80er Jahre hinein ein kräftiges Wirtschaftswachstum nötig, will man nicht den Weg der Arbeitszeitverkürzung gehen. Denn der Produktivitätsfortschritt wird anhalten und die Anzahl der Erwerbspersonen wird trotz sinkender Zahlen für die Bevölkerung im ganzen noch längere Zeit zunehmen.

ad III, 14.

Sollte für die Beanspruchung von Umweltgütern stärker als bisher der Preis als Indikator und Lenkungsinstrument vorgesehen werden?

Ja, das gilt für Umweltgüter genauso wie für Energie.

ad IV, 2.

Welche Einflüsse gehen von der Energiepolitik anderer Länder, insbesondere der USA, auf die Bundesrepublik Deutschland aus?

Die Anstrengungen aller Länder, vor allem der USA, werden darüber entscheiden, wann der energiewirtschaftliche Engpaß, der sich für die Zukunft abzeichnet, gesprengt wird.

Davon abgesehen wird auch in der Zwischenzeit der energiepolitische Spielraum der Bundesrepublik von der Strategie der anderen mitbestimmt, namentlich von deren Energiepreispolitik. Denn wie erwähnt kann man nur bei einigermaßen gleichgerichteter Politik hoffen, die rechtzeitige, allmähliche Anpassung an Energiepreise, die der voraussichtlichen Energieknappheit in der Welt entsprechen, ohne Auswirkungen auf den Außenhandel zu bewältigen.

ad IV, 11.

Wird die Leistungsfähigkeit des Kapitalmarktes ausreichen, den Finanzbedarf mittel- und langfristig zu decken und zu welchen Bedingungen?

Ja. Andere Kapitalnachfrager werden verdrängt werden müssen. Die Finanzierungsbedingungen werden sich am Markt zeigen (und damit der Einfluß der ungünstiger gewordenen energiewirtschaftlichen Bedingungen auf das wirtschaftliche Wachstum). Vorläufig ist auch das internationale Kapitalangebot reichlich. Das kann sich jedoch ändern.

Wichtig ist allemal: Die Investitionsanstrengungen für die künftige Energieversorgung fallen der Volkswirtschaft am leichtesten, wenn man sie forciert in Jahren, in denen ohnehin das volkswirtschaftliche Leistungsvermögen nicht voll genutzt wird.

ad IV, 13.

Energiekosten werden wesentlich von den Maßnahmen zur Sicherung der Energie beeinflußt. Welche Auswirkungen ergeben sich durch Maßnahmen für eine erhöhte Versorgungssicherheit auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt?

Wie erwähnt lassen sich Auswirkungen auf den Außenhandel nur vermeiden, wenn auch die wichtigsten anderen Länder im ganzen (nicht notwendigerweise hinsichtlich jeder einzelnen Maßnahme) eine ähnliche Politik verfolgen.

Doch auch wenn es dazu nicht käme, sollte man nicht pessimistisch sein hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit **der** deutschen Industrie. Daß hier **im Durchschnitt** nichts Schlimmes passiert, dafür würde eine Anpassung der Wechselkurse oder eine Anpassung anderer binnenwirtschaftlich bestimmter Kosten sorgen (die Löhne würden weniger stark steigen können als sonst). Die Anpassungsprobleme einer nationalen Energieverteuerung ergäben sich aus der **unterschiedlichen** Belastung der einzelnen Güter mit Energiekosten (Ziffer A, 7.).

ad IV, 14.

Wie sind die Exportchancen der Hersteller energieerzeugender und sonstiger energietechnischer Anlagen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Situation der Energiewirtschaft einzuschätzen?

Ein ins Gewicht fallender Teil der deutschen Industrie hat sich hier mit einem staatlich geförderten Aufwand von vielen Milliarden auf Produktionsmöglichkeiten spezialisiert, die international zweifellos exzellente Wachstumschancen haben. Diese Chancen jetzt auszuschlagen, käme einer Art Berufswechsel gleich, und zwar fast unmittelbar nach Abschluß der Ausbildung. Der Berufswechsel eines Spezialisten aber ist allemal teuer. Die Siemens-Leute hätten nicht Kernkraftwerksbauer werden müssen. Aber sie sind es — unter staatlichem Patronat — nun einmal geworden. Und eine attraktive Ersatztätigkeit ist nicht leicht zu finden. Wachstumsbranchen sind in der deutschen Industrie rar geworden. Die Chancen der spezialisierten Hersteller sind freilich auch nicht gleich Null, wenn der inländische Markt entfällt; sie zu nutzen wird dadurch jedoch erheblich erschwert.

Brief des Vorsitzenden des Sachverständigenrates vom 22. Oktober 1977 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages, Herrn Dr. Rainer Barzel

Sehr geehrter Herr Dr. Barzel!

Die Stellungnahme, die ich anläßlich der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages zu Fragen der Energieversorgung abgegeben habe, hat anscheinend bei einer Reihe von Teilnehmern der Anhörung den Eindruck hervorgerufen, als halte der Sachverständigenrat eine staatlich bewirkte Erhöhung aller Energiepreise für nötig. Davon kann keine Rede sein.

Die Hauptaufgabe der Energiepolitik sehen wir darin, die Volkswirtschaft rechtzeitig auf eine wahrscheinlich unausweichliche Verknappung des Erdöls — und später auch des Erdgases — einzustellen. Dies geschieht am besten über eine allmähliche, nötigenfalls steuerlich forcierte Erhöhung der Preise für diese Energieträger, damit ein zu steiler Anstieg dieser Preise, etwa in den späten 80er Jahren, vermieden wird, der die kurzfristige Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaft überfordern müßte. Eine staatlich bewirkte Erhöhung der Preise für die engpaßverdächtigen Energieträger Erdöl — und später Erdgas — würde über den Markt im Prinzip zwar auch auf die Preise für Energie aus anderen Energieträgern ausstrahlen. Ob und inwieweit es hier, insbesondere also beim Strompreis, zu einem solchen indirekt bewirkten Anstieg kommt, hängt jedoch davon ab, zu welchen Kosten das Angebot an Strom aus diesen anderen Energieträgern ausgeweitet werden kann. Auf absehbare Zeit läßt sich offensichtlich Kernenergie am billigsten produzieren. Ein rechtzeitiger Abbau der Hindernisse für eine Ausweitung des Angebots an Energie aus Kernkraftwerken würde es also erlauben, beim Strompreis selbst dann ohne eine gesamtwirtschaftlich ins Gewicht fallende Erhöhung auszukommen, wenn die Energiepolitik sich entschlösse, eine Verteuerung von Erdöl und Erdgas teilweise steuerlich zu bewirken.

Ein aufmerksamer Leser der von mir schriftlich übermittelten Stellungnahme mag diesen Nachtrag überflüssig finden. Wegen der Tragweite, die ein falscher Eindruck namentlich hinsichtlich der Strompreise für das Verständnis der Position des Sachverständigenrates haben müßte, liegt mir jedoch sehr an dieser Klarstellung und ich bitte Sie, diese auch den übrigen Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft zu übermitteln.

Mit verbindlicher Empfehlung

Prof. Dr. Olaf Sievert

VI.
Methodische Erläuterungen

Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:

t	Zeitindex (Jahre)
K_t	jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	empirisch gemessene Kapitalproduktivität
$\hat{k}_t$	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zur realen Bruttowertschöpfung sowie den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt des jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögens und der trendmäßigen Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in zwei Schritten. Zunächst werden trendmäßige Kapitalproduktivitäten mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird die Kapitalproduktivität, die in die Potentialberechnung eingeht, dadurch ermittelt, daß der Trend parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im jeweiligen Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_0 + \log \hat{k}_t,$$
$$\text{wobei } a_0 = \max [\log k_t - \log \hat{k}_t] \text{ ist.}$$

Als Stützbereich für die Ermittlung der Trendwerte der Jahre 1960 bis 1970 wird die Periode von 1960 bis 1974 verwendet; für die Trendwerte der Jahre 1971, 1972 und 1973 werden die Stützbereiche 1961 bis 1970, 1962 bis 1971 und 1963 bis 1972 genommen.

5. Nach dieser Berechnungsmethode wäre die Entwicklung der trendmäßigen Kapitalproduktivität für die Jahre von 1974 bis 1977 aus der empirischen Kapitalproduktivität der Jahre 1964 bis 1973, 1965 bis 1974, 1966 bis 1975 und 1967 bis 1976 zu ermitteln. Der Trend würde jedoch in diesem Falle wesentlich steiler abfallen als in den Vorjahren, da die empirische Kapitalproduktivität 1974 und 1975 sehr niedrig war. Wenn sicher wäre, daß darin verstärkte Rationalisierungsanstrengungen zum Ausdruck kommen, wäre das Ergebnis einer im Trend niedrigeren Kapitalproduktivität gerechtfertigt. Es ist aber wahrscheinlich, daß der Grund für den verstärkten Rückgang überwiegend in der niedrigen Kapazitätsauslastung während der Rezession liegt. Würde k_t^* mit der durch die Stärke des konjunkturellen Einbruchs beeinflußten Rate fortgeschrieben, könnte — wie die Erfahrung nach 1967 zeigt — in absehbarer Zeit eine Niveaukorrektur nach oben notwendig werden, wenn im Zuge des Aufschwungs die empirisch gemessene Kapitalproduktivität deutlich ansteigt. Wir legen daher unserer Potentialberechnung vorerst weiter eine Abnahmerate der trendmäßigen Kapitalproduktivität von 1,0 vH zugrunde, wie sie für die Jahre 1963 bis 1972 typisch war.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:
   — Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen

1977 um (4) vH und 1978 um (4½) vH zunehmen.

— Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

7. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 97¼ vH zugrunde gelegt.

Zur Berechnung der Reallohnposition der Arbeitnehmer

1. Die Reallohnposition stellt eine Maßzahl dar, an der wir Änderungen der Verteilungsposition der Arbeitnehmer messen. An den Veränderungen der Reallohnposition läßt sich ablesen, ob Veränderungen des gesamtwirtschaftlichen realen Durchschnittslohnes im Hinblick auf das Kostenniveau neutral gewirkt haben. Kostenniveauneutral nennen wir einen Anstieg des durchschnittlichen Reallohnes dann, wenn dieser nicht größer ist, als der Prozentsatz, um den sich in der Gesamtwirtschaft das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen ändert (JG 64 Ziffer 248). Aufgrund der Schwierigkeiten, die bestehen, die Produktivitätsentwicklung im Staatssektor zu messen, bleibt dieser in der Berechnung der Reallohnposition außer acht.

2. Das durchschnittliche reale Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer wird berechnet, indem man die Summe aller in der Volkswirtschaft erzielten Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, das ist die Summe aller Bruttolöhne und -gehälter zuzüglich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber, um den Anstieg der Verbraucherpreise bereinigt. Dabei bleiben Preissteigerungen außer Ansatz, die auf die Erhöhung von Verbrauchsteuern zurückzuführen sind. Bei der Bemessung dessen, was an zusätzlichem Sozialprodukt pro Kopf der Erwerbstätigen mehr zu verteilen ist, werden Veränderungen des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel (Terms of Trade) berücksichtigt. Wenn sich beispielsweise die Terms of Trade für das Inland verschlechtern, also die Einfuhrpreise in Relation zu den Ausfuhrpreisen steigen, dann müßten die Reallöhne um das Ausmaß des Einkommenseffekts der Verschlechterung der Tauschrelation hinter dem Fortschritt der gesamtwirtschaftlichen Produktivität zurück bleiben. Erhöhungen der Beiträge zur Sozialversicherung, die die Unternehmen zugunsten der Arbeitnehmer leisten, würden ebenso den Spielraum für auszahlbare Lohnsteigerungen schmälern. Dasselbe gilt auch für eine dauerhafte Erhöhung der Kapitalkosten, die nicht durch eine entsprechende Zinssenkung aufgefangen werden kann. Streng genommen müssen bei der Ermittlung des Verteilungsspielraumes auch Wandlungen in der Beschäftigtenstruktur berücksichtigt werden. Diese können dann eintreten, wenn Beschäftigte innerhalb oder zwischen Wirtschaftszweigen oder wenn sie innerhalb oder zwischen den Lohnleistungsgruppen wechseln, oder wenn sie zwischen Regionen wandern. Diese Effekte, die wir zusammenfassend als die Lohnsummeneffekte des Wandels der Beschäftigtenstruktur bezeichnet haben, dürften im allgemeinen, so haben unsere Schätzungen ergeben, gering zu veranschlagen sein (JG 65 Ziffer 99 und JG 66 Ziffer 335). Einer verläßlichen quantitativen Messung des Effektes, der von Veränderungen der Kapitalkosten auf den Verteilungsspielraum ausgeht, steht bisher noch ein Mangel an hinreichend detaillierten empirischen Angaben entgegen (Ziffer 134). Bei der von uns errechneten Reallohnposition bleiben daher Veränderungen der Kapitalkosten außer Ansatz; das gleiche gilt für den Lohnsummeneffekt des Wandels der Beschäftigtenstruktur.

3. Die Reallohnposition ist in unserer Rechnung danach definiert als

$$(1)\quad RLP_t = \frac{\frac{BLGS_t^{oSt} + AGB_t^{oSt}}{A_t^{oSt}} \cdot \frac{1}{P_t^{PV}}}{\frac{BIP_t^{r,oSt}}{E_t^{oSt}} \cdot \frac{GNI_t^r}{BIP_t^r}}$$

Die verwendeten Symbole bedeuten:

BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Sozialbeiträge der Arbeitgeber
A	Anzahl der abhängig Beschäftigten
E	Anzahl der Erwerbstätigen
P^{PV}	Preisindex für den privaten Verbrauch (von Verbrauchsteueränderungen bereinigt)
BIP^r	Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen
GNI^r	Gross National Income in konstanten Preisen
oSt	Gesamtwirtschaft ohne Staat
t	jeweiliges Beobachtungsjahr

Das Gross National Income in konstanten Preisen entspricht dem Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen abzüglich des Außenbeitrags in konstanten Preisen und zuzüglich des Außenbeitrags bewertet mit Importpreisen des Basisjahres (JG 66 Anhang VI, Ziffer 5).

4. Für die prozentuale Veränderung der Reallohnposition, wie wir sie in Tabelle 14 ausweisen, gilt

$$(2)\quad W_{RLP} = \frac{1 + W_{BLGS}^{oSt}}{(1 + W_A^{oSt}) \cdot (1 + W_{P^{PV}})} \Big/ \frac{1 + W_{BIP^{r,oSt}}}{1 + W_E^{oSt}} \cdot \frac{1 + W_{GNI^r}}{1 + W_{BIP^r}} \cdot \frac{1 + \frac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}}{1 + \frac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}} - 1$$

Dabei bedeutet W die prozentuale Veränderungsrate (1 vH = 0,01) der jeweiligen, durch das Suffix bezeichneten Größe gegenüber dem vorangegangenen Beobachtungsjahr.

Der Zähler des Bruches auf der rechten Seite der Gleichung (2) kennzeichnet den Zuwachs beim ausgezahlten Reallohn der Arbeitnehmer, der Nenner die Veränderung des Verteilungsspielraums. Im einzelnen ist

$\frac{1 + W^{oSt}_{BLGS}}{(1 + W^{oSt}_{A}) \cdot (1 + W_{PV})} - 1$ die Zuwachsrate der realen Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer

$\frac{1 + W_{BIP^{oSt}}}{1 + W_{E^{oSt}}} - 1$ der Produktivitätseffekt

$\frac{1 + W_{GNF}}{1 + W_{BIP}} - 1$ der Terms-of-Trade-Effekt

$\frac{1 + \frac{AGB^{oSt}_{t-1}}{BLGS^{oSt}_{t-1}}}{1 + \frac{AGB^{oSt}_{t}}{BLGS^{oSt}_{t}}} - 1$ der Lohnkosteneffekt der Sozialbeiträge der Arbeitgeber

Zur Berechnung der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die Zentralbankgeldmenge ist in der von uns verwendeten Abgrenzung definiert als

   (1) $Z_t = BG_t + MR_t + \ddot{U}R_t$

   Die Symbole haben folgende Bedeutung:

Z	Zentralbankgeldmenge
BG	Bargeldumlauf
MR	Mindestreserven
ÜR	Überschußreserven
t	Zeitindex

   Die Bereinigung der Mindestreserven um den Effekt von Reservesatzänderungen erfolgt mit Hilfe eines Korrekturpostens

   (2) $MR^b_t = MR_t + K_t$

   Dabei bedeuten:

MR^b	Bereinigte Mindestreserven
K	Korrekturposten

   Es ist

   (3) $K_t = \sum_{\tau=t_o}^{t} \Delta K_\tau$

   mit

   (4) $\Delta K_\tau = -(r_\tau - r_{\tau-1})\, E_{\tau-1}$

   Dabei bedeuten

r	Reservesatz
E	Reservepflichtige Bankeinlagen
τ	Zeitindex für die Kumulation des Korrekturpostens
t_o	Zeitpunkt, zu welchem die Kumulation des Korrekturpostens begonnen wird

   Die bereinigte Zentralbankgeldmenge Z^b ergibt sich dann als

   (5) $Z^b_t = BG_t + (MR_t + K_t) + \ddot{U}R_t$

2. Gelten für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze, so ist r ein durchschnittlicher Reservesatz (Reserve-Soll in vH der reservepflichtigen Einlagen), welcher nicht nur auf mindestreservepolitische Maßnahmen, sondern auch auf vom Publikum und von den Banken bewirkte Verschiebungen in der Einlagenstruktur reagiert. Da die Zentralbankgeldmenge nur um die reinen Effekte mindestreservepolitischer Maßnahmen bereinigt werden soll, muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Für die Mindestreserven gilt

   (6) $MR_t = \sum_{i=1}^{n} r_{it}\, E_{it}$

   Dabei ist

   i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

   Die Bereinigung erfolgt getrennt für jede Einlageart nach den Formeln (2) bis (4). Die nach einzelnen Einlagearten bereinigte Zentralbankgeldmenge ist dann

   (7) $Z^b_t = BG_t + \sum_{i=1}^{n} (r_{it}E_{it} + K_{it}) + \ddot{U}R_t$

   Nach Ausdruck (7) wird die Zentralbankgeldmenge nur um den reinen Effekt mindestreservepolitisch bewirkter Reservesatzänderungen bereinigt, denn für den Korrekturposten gilt

   (8) $\Delta K_\tau = \sum_{i=1}^{n} -(r_{i\tau} - r_{i\tau-1})\, E_{i\tau-1}$

   Dieser Ausdruck ist nur dann ungleich Null, wenn die Bundesbank wenigstens einen der Reservesätze zwischen zwei Zeitpunkten ändert.

3. Die „Zentralbankgeldmenge bei konstanten Reservesätzen", wie sie die Bundesbank berechnet, ist zu jedem Zeitpunkt t wie folgt definiert:

   $Z^{KR}_t = BG_t + \sum_{i=1}^{n} r^o_i\, E^I_{it}$

Dabei ist

E_{it}^{l} Reservepflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Inländern

r_i^o Reservesatz für die Einlageart i in der Basisperiode.

Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts

1. Nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts messen wir konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem wir das tatsächliche Haushaltsvolumen mit einem konjunkturneutralen vergleichen. Ein Haushaltsvolumen ist nach diesem Konzept dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials für seine Aufgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabililtätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner steuerlichen Einnahmeregelungen die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.

2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Steuereinnahmen (JG 74 Ziffern 400 ff.).

3. Gerechnet wird der konjunkturelle Impuls als Abweichung der finanzwirtschaftlichen Quoten (Staatsquote, volkswirtschaftliche Steuerquote und — davon abhängig — konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote) von ihren mittelfristigen Bezugsgrößen. Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das konjunkturneutral wäre auf der Basis einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der Staatsquote des Basisjahres und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau. Das konjunkturneutrale Preisniveau haben wir definiert als den mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t inflationierten Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres t − 1. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine marktwirtschaftliche Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann. Dieses Haushaltsvolumen ist zu bereinigen um das, was der Staat durch seine Steuerpolitik am Spielraum für seine Ausgabentätigkeit verändert hat, ermittelt als Produkt aus der Abweichung der Steuerquote des Jahres t von der des Basisjahres und dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralem Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahre t. Das so ermittelte konjunkturneutrale Haushaltsvolumen wird mit den tatsächlichen Ausgaben der Gebietskörperschaften verglichen, die Differenz ist der konjunkturelle Impuls.

4. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

P_t^r Produktionspotential in Preisen von 1970 im Jahr t

p_t „konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus (Preisindex des Bruttosozialproduktes) im Jahr t (in vH)

P_t^n Produktionspotential, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialproduktes im Vorjahr (t − 1) und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus (p_t) im Jahr t

P_t^i Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Deflator des Bruttosozialproduktes) im Jahr t

l_v Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

G_t^i tatsächliche Staatsausgaben im Jahr t

g_o Anteil der Staatsausgaben am Produktionspotential (Staatsquote) im Basisjahr (in vH)

G_t^n Staatsausgaben im Jahr t bei gleichem Staatsanteil am Produktionspotential wie im Basisjahr: $\frac{(g_o \cdot P_t^r)}{100}$

Y_t^i Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr t

Y_t^v Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials (P_t^r) im Jahr t

Y_t^n Bruttosozialprodukt bei „konjunkturneutralem" Preisniveau im Jahr t

t_o volkswirtschaftliche Steuerquote (Anteil der tatsächlichen Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt) im Basisjahr (in vH)

t_t volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

T_t^v Vollbeschäftigungssteuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr

T_t^n Vollbeschäftigungssteuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr: $\frac{(t_o \cdot Y_t^v)}{100}$

H_t^n konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

n_t konjunkturneutrale Staatsquote im Jahr t (in vH)

b_t beanspruchte Staatsquote im Jahr t (in vH)

i_t realisierte Staatsquote im Jahr t (in vH)

S_o sonstige Einnahmen im Basisjahr

S_t sonstige Einnahmen im Jahr t

K_o^n potentialorientierte Kreditaufnahme im Basisjahr

K_t^n potentialorientierte Kreditaufnahme im Jahr t

F_o^i tatsächlicher Finanzierungssaldo im Basisjahr

5. Definitionen

$$Y_t^v = \frac{l_v \cdot P_t^n}{100}$$

$$Y_t^n = Y_t^i \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

$$T_t^v = \frac{t_t \cdot Y_t^v}{100}$$

$$T_t^n = \frac{t_o \cdot Y_t^v}{100}$$

$$H_t^n = \frac{g_o \cdot P_t^n}{100} + \frac{(t_t - t_o)\, Y_t^v}{100}$$

Die Differenz der Steuerquoten des laufenden Jahres (t_t) und des Basisjahres (t_o) — als Maß für Veränderungen in den Entzugseffekten des Steuersystems — gewichten wir seit 1974, anders als bei den Rechnungen in früheren Gutachten, nicht mehr mit dem Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen (Y_t^i), sondern mit dem Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^r). Hierdurch sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen besser als bisher bei der Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen in den Steuerquoten vermögen wir allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau zu erfassen (siehe JG 70 Ziffer 341).

Konjunktureller Impuls:

$H_t^n > G_t^i$: kontraktiv

$H_t^n = G_t^i$: konjunkturneutral

$H_t^n < G_t^i$: expansiv

konjunkturneutrale Staatsquote: $n_t = \frac{H_t^n}{P_t^n} \cdot 100$

beanspruchte Staatsquote: $b_t = \frac{G_t^i}{P_t^n} \cdot 100$

realisierte Staatsquote: $i_t = \frac{G_t^i}{P_t^i} \cdot 100$

potentialorientierte Kreditaufnahme im Basisjahr:

$$K_o^n = F_o^i + \frac{t_o}{100} \cdot (y_o^n - y_o^v)$$

6. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left(\frac{H_{t+1}^n}{G_t^i} - 1\right) \cdot 100 = \left[\frac{\left(\frac{H_{t_t}^n}{G_t^i} \cdot \frac{P_t^i}{P_t^n}\right) \cdot \left(\frac{P_{t+1}^r}{P_t^r}\right) \cdot (100 + p_{t+1})}{100} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} - 1\right] \cdot 100 =$$

$$= \left[\frac{\left(\frac{P_{t+1}^r}{P_t^r}\right) \cdot \frac{(100 + p_{t+1})}{100}}{\frac{i_t}{n_t}} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} - 1\right] \cdot 100$$

Zwischen den Werten der konjunkturneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 23 und den Werten in den Zeilen (c), (d), (e) und (f) besteht folgender Zusammenhang:

$$b = \left[\frac{\frac{[100 + (c)]}{100} \cdot \frac{[100 + (d)]}{100}}{\frac{100 - (f)}{100}} + \frac{(e)}{100} - 1\right] \cdot 100$$

Die Größe (f) ist eine Zusammenfassung der in Tabelle 18 des Jahresgutachtens 1971 ausgewiesenen Größen (f) und (g).

7. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos
   (a) potentialorientierte Kreditaufnahme:

$$K_t^n = K_0^n \cdot \frac{P_t^n}{P_0^n}$$

   Diese Größe tritt an die Stelle der früher ausgewiesenen „konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme" zuzüglich der auslastungs- und inflationsbedingten Änderung im Deckungsbeitrag dieser Größe (früher zusammen mit (d)).
   (b) auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen:
   [1])

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^n - Y_t^r)$$

   (c) inflationsbedingte Steuermehreinnahmen:
   [1])

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^i - Y_t^n)$$

   (d) Änderung im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen":

$$\left(S_t - S_0 \frac{P_t^n}{P_0^i}\right)$$

   Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich als Summe der Komponenten (a) bis (d).

---

[1]) Die auslastungsbedingten und die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen werden mit der jeweiligen Steuerquote und nicht — wie bis 1975 — mit der Steuerquote des Basisjahres errechnet. Diese Änderung wurde dadurch erforderlich, daß der konjunkturneutrale Ausgabenspielraum, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, nicht mehr wie früher aufgrund der tatsächlichen Steuereinnahmen errechnet wird, sondern aufgrund der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen.

VII.

Statistischer Anhang *)

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland	Seite	220
Tabellenteil	Seite	223
Internationale Tabellen	Tabellen	1* bis 11*
Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland	Tabellen	12* bis 58*

) Bei den in den Tabellen 14 bis 22* nachgewiesenen Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen konnten aufgrund der in diesem Jahr vom Statistischen Bundesamt vorgenommenen Revision nur Angaben ab 1960 gebracht werden (vgl. hierzu auch die Erläuterungen S. 220 ff.).

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Vorbemerkung

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland werden in mehrjährigen Abständen einer umfassenden Revision unterworfen. Eine solche Revision wurde auch 1977 durchgeführt. Die in diesem Jahr dargestellten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind die für den Zeitraum 1960 bis 1976 revidierten Daten. Die Revision hatte zum Ziel, die Ergebnisse aus Statistiken, die nur in mehrjährigen Abständen durchgeführt werden und in den laufenden Berechnungen nicht berücksichtigt werden konnten, erstmalig in die Berechnung einzuarbeiten. Auch die Konzepte und Definitionen sind im Zuge dieser Revision zum Teil geändert worden, um neuen Anforderungen Rechnung tragen zu können. Die Berechnungen in konstanten Preisen wurden vom Basisjahr 1962 auf das Basisjahr 1970 umgestellt.

2. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die Wohnungsvermietung einschl. der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschl. Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschl. der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche — sowie überwiegend von privaten Haushalten finanzierte — und im Erziehungswesen tätige Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw.

3. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Das Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto" als auch „netto" (d. h. nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Sektoren bzw. Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen (Wert der Güter, die inländische Wirtschaftsunternehmen von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben) ab, erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Durch Addition der Bruttowertschöpfung der Unternehmensbereiche erhält man zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung der Unternehmen insgesamt; sie umfaßt u. a. die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und die abzugsfähige Mehrwertsteuer auf Investitionen (gekürzt um Investitionsteuer), schließt jedoch die Einfuhrabgaben aus. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung der Unternehmen insgesamt die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und die abzugsfähige Vorsteuer auf Investitionen (vermindert um Investitionsteuer) ab, erhält man die Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors. Addiert man hierzu die Bruttowertschöpfung des Staates, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, ergibt sich die gesamte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Um das Bruttoinlandsprodukt zu erhalten, müssen zur Bruttowertschöpfung die Einfuhrabgaben, die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften (übrige Welt) auf eingeführte Güter erhoben werden, hinzugefügt werden. Dieser Schritt läßt sich nur für alle Sektoren zusammen vollziehen, da die Einfuhrabgaben alle Sektoren betreffen und vereinfachende Hilfskonstruktionen nicht anwendbar sind.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Ver-

mögenseinkommen ab, die an die übrige Welt geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem letzten Verbrauch (Privater und Staatsverbrauch), den Bruttoinvestitionen und dem Außenbeitrag. Der Außenbeitrag ergibt sich nach Abzug der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt) von der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.** Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern und Einfuhrabgaben) und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

Bruttowertschöpfung
\+ Einfuhrabgaben

= Bruttoinlandsprodukt
− Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

= Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
− Abschreibungen

= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
− Indirekte Steuern
\+ Subventionen

= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

4. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen des Staates und die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschl. als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

5. Verwendung des Sozialprodukts

Auf der Verwendungsseite des Sozialprodukts werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Bruttoinvestitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie z. B. der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden

Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und dauerhafter Güter, die in den Privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, sonstige gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1970) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfaßt werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

6. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1970) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1970. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1970; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabellenteil

Tabelle 1*

Bevölkerung und Erwerbstätige [1]) in den EG-Ländern

1 000

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	Gesamtbevölkerung									
1960	172 232	55 433	9 119	45 684	50 198	315	11 483	4 581	52 559	2 832
1961	173 983	56 175	9 166	46 163	50 523	319	11 637	4 617	52 954	2 818
1962	176 020	56 837	9 218	46 998	50 843	323	11 801	4 647	53 414	2 830
1963	177 976	57 389	9 283	47 816	51 198	326	11 964	4 684	53 691	2 850
1964	179 703	57 971	9 367	48 310	51 600	330	12 125	4 720	54 033	2 864
1965	181 438	58 619	9 448	48 758	51 987	333	12 293	4 758	54 377	2 876
1966	182 942	59 148	9 508	49 164	52 332	335	12 455	4 797	54 653	2 884
1967	183 990	59 286	9 557	49 548	52 667	335	12 597	4 839	54 933	2 900
1968	185 053	59 500	9 590	49 914	52 987	337	12 726	4 867	55 157	2 913
1969	186 523	60 067	9 613	50 315	53 317	339	12 873	4 891	55 372	2 929
1970	188 090	60 651	9 638	50 768	53 661	340	13 032	4 929	55 522	2 950
1971	189 750	61 284	9 673	51 249	54 005	345	13 194	4 963	55 712	2 978
1972	191 173	61 669	9 711	51 703	54 412	348	13 330	4 992	55 882	3 014
1973	256 645	61 976	9 742	52 130	54 913	353	13 438	5 022	56 021	3 051
1974	257 822	62 054	9 772	52 492	55 413	357	13 543	5 045	56 056	3 089
1975	258 451	61 832	9 801	52 743	55 827	358	13 660	5 060	56 043	3 127
	Erwerbstätige									
1960	74 086	26 080	3 481	19 581	20 630	132	4 182	2 054	24 313	1 055
1961	74 588	26 442	3 510	19 594	20 667	132	4 243	2 084	24 598	1 053
1962	74 638	26 533	3 566	19 628	20 450	133	4 328	2 116	24 770	1 060
1963	74 666	26 596	3 592	19 820	20 139	132	4 387	2 142	24 800	1 066
1964	74 952	26 618	3 641	20 031	20 066	133	4 464	2 186	25 083	1 071
1965	74 836	26 768	3 648	20 105	19 680	133	4 502	2 226	25 320	1 069
1966	74 661	26 686	3 665	20 262	19 377	134	4 537	2 264	25 479	1 066
1967	74 038	25 817	3 654	20 317	19 596	131	4 523	2 312	25 106	1 060
1968	74 073	25 839	3 650	20 303	19 585	131	4 565	2 320	24 927	1 063
1969	75 043	26 239	3 711	20 644	19 676	132	4 641	2 342	24 970	1 066
1970	75 782	26 571	3 691	20 943	19 745	135	4 696	2 374	24 840	1 053
1971	76 004	26 639	3 729	21 058	19 715	139	4 724	2 382	24 485	1 055
1972	75 808	26 581	3 725	21 210	19 466	143	4 683	2 390	24 460	1 047
1973	104 849	26 648	3 774	21 495	19 604	146	4 685	2 407	25 037	1 053
1974	104 920	26 153	3 828	21 655	19 869	150	4 681	2 394	25 129	1 061
1975	103 437	25 292	3 776	21 329	19 823	150	4 639	2 350	25 036	1 042

[1]) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).
[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer [1]) und Arbeitslose [2]) in den EG-Ländern

1 000

Jahr	EG insgesamt [3])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	Beschäftigte Arbeitnehmer									
1960	52 228	20 090	2 565	13 926	12 257	94	3 296	1 580	22 547	650
1961	53 329	20 581	2 609	14 086	12 588	96	3 369	1 613	22 839	650
1962	54 257	20 875	2 674	14 261	12 885	97	3 465	1 647	23 024	659
1963	55 147	21 113	2 724	14 583	13 093	98	3 536	1 668	23 067	669
1964	55 872	21 349	2 799	14 913	13 088	100	3 623	1 710	23 363	680
1965	56 119	21 638	2 828	15 095	12 780	102	3 676	1 741	23 614	702
1966	56 351	21 650	2 854	15 353	12 669	104	3 722	1 754	23 785	702
1967	56 012	20 921	2 845	15 508	12 918	103	3 718	1 803	23 335	705
1968	56 443	21 054	2 845	15 590	13 076	104	3 775	1 839	23 149	715
1969	57 955	21 635	2 911	16 051	13 388	106	3 865	1 856	23 100	726
1970	59 119	22 149	2 985	16 470	13 472	110	3 933	1 902	22 938	725
1971	59 805	22 328	3 048	16 708	13 635	114	3 972	1 909	22 576	737
1972	60 163	22 361	3 063	16 980	13 698	119	3 942	1 950	22 561	733
1973	86 801	22 500	3 123	17 376	13 918	123	3 958	1 969	23 090	745
1974	87 108	22 090	3 186	17 638	14 177	127	3 965	1 964	23 204	758
1975	85 936	21 362	3 138	17 409	14 190	128	3 938	1 920	23 111	741
	Arbeitslose									
1960	1 381	271	114	.	.	.	30	31	377	31
1961	1 113	181	89	.	.	.	22	24	347	27
1962	983	155	71	.	.	.	23	22	467	27
1963	914	186	59	.	.	.	25	32	558	30
1964	904	169	50	.	.	.	22	19	404	29
1965	1 085	147	55	.	.	.	27	16	347	29
1966	1 167	161	61	.	.	.	37	18	361	32
1967	1 498	459	85	.	.	.	79	22	559	36
1968	1 436	323	103	.	.	.	72	39	586	37
1969	1 195	179	85	.	.	.	53	31	581	36
1970	1 137	149	71	.	.	.	46	24	612	42
1971	1 802	185	71	446	1 038	.	62	30	792	42
1972	1 981	246	87	492	1 048	.	108	30	876	48
1973	2 557	273	92	394	1 005	.	110	20	619	44
1974	3 025	582	105	498	997	.	135	45	615	48
1975	4 549	1 074	177	840	1 107	.	195	103	978	75
1976	5 167	1 060	229	934	1 183	.	211	107	1 359	84

[1]) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort); Quelle: SAEG.
[2]) Quelle: International Labour Office und EG (für Frankreich und Italien); Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.
[3]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Tabelle 3*

Bruttoinlandsprodukt in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1960	188,5	71,3	11,1	59,9	34,6	0,5	11,0	5,9	71,4	1,8
1961	210,7	81,9	11,8	65,8	38,6	0,5	12,1	6,6	76,2	1,9
1962	232,6	89,4	12,7	73,5	43,4	0,5	13,1	7,4	79,7	2,1
1963	255,3	95,2	13,6	81,9	49,7	0,6	14,3	7,9	84,8	2,2
1964	281,9	104,4	15,3	90,4	54,3	0,6	16,8	9,0	92,6	2,5
1965	305,5	114,3	16,6	96,8	58,4	0,7	18,7	10,1	99,3	2,7
1966	328,9	121,7	17,8	105,1	63,2	0,7	20,4	11,1	105,8	2,8
1967	347,7	122,8	19,1	113,1	69,6	0,7	22,4	12,0	109,6	3,0
1968	378,3	133,7	20,4	123,5	75,1	0,8	24,8	12,3	103,5	3,0
1969	421,2	151,9	22,7	134,9	82,7	0,9	28,1	14,1	110,7	3,5
1970	477,0	185,5	25,2	140,9	92,7	1,1	31,6	15,6	121,7	3,9
1971	528,7	206,2	27,7	157,1	100,9	1,1	35,8	17,1	135,9	4,5
1972	596,2	235,7	31,6	176,6	109,4	1,2	41,7	19,2	143,6	5,1
1973	841,8	275,4	35,9	200,5	112,7	1,5	48,4	21,8	140,4	5,2
1974	922,6	305,8	42,0	212,6	122,1	1,7	55,8	24,3	152,8	5,4
1975	1 017,7	319,9	46,2	253,3	130,2	1,7	61,2	26,9	172,5	5,9
	in Preisen und Wechselkursen von 1970									
1960	286,8	116,6	15,6	81,0	54,1	0,8	.	9,7	92,6	.
1961	304,4	122,8	16,4	86,4	58,5	0,8	.	10,3	95,6	.
1962	320,5	128,0	17,2	92,0	62,1	0,8	.	10,9	96,5	.
1963	334,0	132,3	18,0	96,3	65,6	0,8	21,0	11,0	100,3	.
1964	353,2	141,0	19,2	102,0	67,3	0,9	22,8	12,0	106,2	.
1965	369,2	148,7	19,9	106,3	69,4	0,9	24,0	12,6	108,4	.
1966	385,5	152,8	20,6	113,1	73,4	0,9	24,7	12,9	110,5	.
1967	396,3	152,3	21,4	117,2	78,6	0,9	26,0	13,5	113,4	.
1968	419,5	162,4	22,3	122,5	83,6	1,0	27,7	14,0	117,4	.
1969	449,3	175,1	23,7	131,6	88,3	1,0	29,6	15,2	118,9	.
1970	477,0	185,5	25,2	140,9	92,7	1,1	31,6	15,6	121,7	3,9
1971	494,2	191,3	26,2	148,4	94,1	1,1	33,0	16,1	124,8	4,1
1972	515,2	198,0	27,7	156,9	97,1	1,1	34,3	16,8	128,0	4,3
1973	700,7	207,5	29,4	165,1	103,7	1,2	36,4	17,3	135,6	4,5
1974	712,6	208,6	30,5	169,8	107,3	1,3	37,2	17,4	136,0	4,5
1975	698,4	203,8	29,9	167,6	103,3	1,2	36,8	17,3	134,2	4,4

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 4*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den EG-Ländern [1])

Eur

Jahr	EG-insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1960	2 544	2 736	3 201	3 057	1 678	3 875	2 633	2 875	2 935	1 685
1961	2 825	3 097	3 376	3 358	1 867	3 791	2 851	3 144	3 096	1 817
1962	3 117	3 369	3 554	3 744	2 122	4 019	3 035	3 489	3 219	1 952
1963	3 419	3 581	3 793	4 133	2 467	4 259	3 249	3 669	3 420	2 087
1964	3 760	3 924	4 189	4 515	2 706	4 875	3 757	4 109	3 691	2 364
1965	4 082	4 269	4 551	4 813	2 970	5 054	4 160	4 533	3 922	2 520
1966	4 406	4 560	4 868	5 187	3 263	5 237	4 495	4 892	4 153	2 668
1967	4 697	4 756	5 230	5 568	3 553	5 399	4 947	5 199	4 365	2 873
1968	5 107	5 174	5 602	6 082	3 836	5 936	5 435	5 310	4 151	2 825
1969	5 613	5 791	6 112	6 534	4 203	6 849	6 054	6 012	4 434	3 255
1970	6 295	6 981	6 638	6 728	4 695	7 857	6 740	6 560	4 899	3 703
1971	6 956	7 739	7 417	7 459	5 116	7 779	7 588	7 188	5 551	4 230
1972	7 865	8 867	8 482	8 328	5 621	8 611	8 894	8 032	5 872	4 838
1973	8 029	10 336	9 510	9 327	5 748	10 246	10 329	9 054	5 609	4 957
1974	8 793	11 694	10 984	9 816	6 143	11 684	11 914	10 152	6 082	5 055
1975	9 839	12 647	12 237	11 878	6 568	11 078	13 194	11 438	6 889	5 642
	in Preisen und Wechselkursen von 1970									
1960	3 871	4 461	4 485	4 138	2 622	5 843	.	4 731	3 808	.
1961	4 081	4 644	4 669	4 409	2 831	6 033	.	4 961	3 888	.
1962	4 294	4 823	4 835	4 689	3 038	6 111	.	5 163	3 895	.
1963	4 473	4 973	5 009	4 860	3 256	6 283	4 784	5 132	4 045	.
1964	4 713	5 296	5 286	5 094	3 354	6 686	5 105	5 495	4 233	.
1965	4 933	5 555	5 464	5 285	3 528	6 786	5 329	5 642	4 280	.
1966	5 164	5 727	5 610	5 583	3 790	6 881	5 438	5 700	4 337	.
1967	5 352	5 898	5 846	5 766	4 010	7 020	5 746	5 818	4 518	.
1968	5 663	6 287	6 097	6 036	4 266	7 325	6 076	6 019	4 708	.
1969	5 988	6 672	6 395	6 375	4 487	7 879	6 381	6 474	4 763	.
1970	6 295	6 981	6 838	6 728	4 695	7 857	6 740	6 560	4 899	3 703
1971	6 502	7 182	7 037	7 045	4 775	7 840	6 993	6 777	5 096	3 847
1972	6 796	7 450	7 424	7 398	4 988	7 967	7 331	7 047	5 233	4 074
1973	6 683	7 788	7 788	7 681	5 291	8 357	7 760	7 202	5 417	4 229
1974	6 792	7 976	7 979	7 842	5 400	8 421	7 956	7 260	5 411	4 203
1975	6 752	8 056	7 915	7 859	5 210	7 757	7 939	7 342	5 360	4 266

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 5*

Verfügbares Nettovolkseinkommen [1]) und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den EG-Ländern [2])

Mrd Eur in jeweiligen Wechselkursen

Jahr	EG insgesamt [3])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	Verfügbares Nettovolkseinkommen [1])									
1960	170,5	64,5	10,1	53,4	32,0	0,4	10,1	5,4	65,8	1,8
1961	190,2	73,5	10,8	58,7	35,7	0,4	11,1	6,0	70,2	1,9
1962	209,7	79,7	11,5	65,9	40,2	0,5	12,0	6,8	73,6	2,0
1963	230,1	84,6	12,4	73,6	46,0	0,5	13,1	7,2	78,3	2,2
1964	253,9	92,6	13,9	81,4	50,1	0,6	15,4	8,2	85,4	2,5
1965	274,3	100,8	15,1	86,6	54,0	0,6	17,2	9,2	91,7	2,6
1966	295,1	107,1	16,2	93,8	58,6	0,6	18,7	10,1	97,2	2,7
1967	311,5	107,5	17,4	101,0	64,5	0,6	20,5	11,0	100,5	2,9
1968	338,8	117,3	18,6	109,8	69,7	0,6	22,7	11,2	94,7	2,9
1969	377,3	133,4	20,6	120,0	76,7	0,7	25,8	12,9	101,3	3,3
1970	425,1	162,0	22,8	125,1	85,3	0,9	29,0	14,2	111,3	3,7
1971	470,1	179,3	25,0	139,3	92,9	0,9	32,7	15,5	123,8	4,2
1972	529,7	204,5	28,7	156,6	100,8	1,0	38,0	17,4	130,3	4,8
1973	750,4	239,3	32,7	177,2	103,1	1,3	44,5	19,9	127,5	5,0
1974	816,1	264,3	38,3	186,8	109,9	1,5	50,7	21,8	137,4	5,2
1975	895,2	275,1	42,0	221,9	116,8	1,5	54,6	23,9	153,6	5,8
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit									
1960	85,3	33,6	5,1	26,6	14,5	0,2	5,2	2,8	42,6	0,8
1961	96,8	39,4	5,4	29,7	16,1	0,2	6,0	3,2	46,1	0,9
1962	109,2	44,0	5,9	33,6	18,8	0,3	6,6	3,6	48,6	1,0
1963	122,6	47,3	6,5	38,3	22,8	0,3	7,4	3,8	51,1	1,1
1964	136,4	51,8	7,3	42,6	25,6	0,3	8,8	4,4	55,4	1,2
1965	148,6	57,2	8,1	45,9	27,0	0,4	10,0	5,1	59,8	1,3
1966	160,7	61,6	8,9	49,6	28,9	0,4	11,3	5,6	64,0	1,4
1967	169,4	61,7	9,5	53,6	31,9	0,4	12,3	6,1	65,4	1,5
1968	184,9	66,3	10,1	59,7	34,8	0,4	13,5	6,3	61,1	1,5
1969	207,1	76,0	11,2	65,5	38,3	0,4	15,7	7,2	65,4	1,7
1970	241,0	96,3	12,6	68,8	44,8	0,5	18,0	8,2	73,2	2,0
1971	274,0	109,3	14,3	77,8	51,3	0,6	20,6	9,2	80,6	2,3
1972	310,7	125,5	16,9	87,3	56,6	0,7	23,7	10,2	86,2	2,6
1973	457,5	150,0	19,5	100,5	59,5	0,8	27,8	11,8	84,9	2,7
1974	519,7	170,1	23,2	109,8	66,6	1,0	33,3	14,0	98,6	3,0
1975	586,6	178,0	26,5	134,6	75,4	1,2	37,6	...	114,5	3,3

[1]) Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.
[2]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).
[3]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 6*

Privater Verbrauch in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1960	116,7	43,2	7,7	36,3	22,8	0,3	6,4	3,9	47,1	1,4
1961	129,7	49,1	8,0	40,1	25,0	0,3	7,2	4,3	49,6	1,5
1962	143,6	53,7	8,4	45,2	28,1	0,3	7,9	4,8	52,6	1,6
1963	158,4	57,3	9,1	50,3	32,7	0,3	8,8	5,1	55,8	1,7
1964	172,4	61,7	9,7	55,3	35,4	0,4	9,9	5,8	59,5	1,9
1965	187,0	67,9	10,6	59,1	38,0	0,4	11,0	6,3	63,2	2,0
1966	202,6	73,3	11,3	63,9	41,8	0,4	11,9	7,0	67,0	2,1
1967	215,9	75,5	11,9	69,1	46,0	0,4	12,9	7,6	69,1	2,2
1968	232,2	80,0	12,9	75,8	48,9	0,5	14,0	7,7	65,0	2,2
1969	255,6	89,5	14,0	82,3	53,4	0,5	16,0	8,8	69,3	2,5
1970	284,9	106,6	15,0	84,6	60,3	0,6	18,0	9,4	75,4	2,8
1971	317,0	119,1	16,5	95,0	65,6	0,6	20,2	10,1	83,8	3,1
1972	358,1	137,1	18,8	106,6	71,6	0,7	23,3	10,8	90,2	3,4
1973	504,8	158,8	21,4	120,1	73,6	0,8	26,8	12,3	87,5	3,4
1974	560,0	177,9	24,8	129,7	81,3	0,9	31,1	13,7	96,8	3,8
1975	630,8	194,9	28,0	157,9	88,3	1,0	35,3	15,6	105,8	4,0
	in Preisen und Wechselkursen von 1970									
1960	171,0	67,6	10,4	48,8	33,7	0,4	.	6,1	59,9	.
1961	181,3	71,2	10,6	52,3	36,1	0,4	.	6,6	61,2	.
1962	192,1	74,6	11,0	56,3	38,4	0,4	.	6,9	62,5	.
1963	202,3	77,3	11,5	59,4	41,6	0,4	12,1	6,9	65,1	.
1964	211,9	80,9	11,8	63,2	42,8	0,5	12,8	7,5	67,1	.
1965	222,3	85,7	12,3	65,8	44,3	0,5	13,7	7,8	67,9	.
1966	232,8	89,2	12,6	69,1	47,4	0,5	14,1	8,1	69,2	.
1967	241,8	90,4	12,9	72,7	50,7	0,5	14,7	8,4	70,8	.
1968	252,1	93,7	13,6	75,7	53,0	0,5	15,6	8,5	72,8	.
1969	268,7	100,4	14,4	80,6	56,2	0,5	16,7	9,3	73,4	.
1970	284,9	106,6	15,0	84,6	60,3	0,6	18,0	9,4	75,4	2,8
1971	298,8	112,0	15,7	89,9	62,0	0,6	18,6	9,6	77,3	2,8
1972	312,2	116,3	16,6	95,1	64,2	0,6	19,4	9,9	81,8	3,0
1973	425,0	119,3	17,9	100,1	67,9	0,6	20,1	10,4	85,6	3,1
1974	430,2	120,0	18,3	102,7	69,6	0,7	20,6	10,1	85,1	3,1
1975	435,6	122,7	18,5	106,1	68,4	0,7	21,1	10,6	84,5	3,1

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 7*

Staatsverbrauch in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1960	22,3	7,3	1,4	7,9	4,2	0,0	1,5	0,7	11,8	0,2
1961	25,2	8,7	1,4	8,7	4,6	0,0	1,7	0,9	12,7	0,2
1962	28,9	10,2	1,6	9,8	5,4	0,1	1,9	1,0	13,6	0,3
1963	33,1	11,4	1,8	11,0	6,6	0,1	2,2	1,1	14,4	0,3
1964	35,8	11,7	1,9	12,1	7,5	0,1	2,6	1,3	15,3	0,3
1965	39,5	13,1	2,1	12,8	8,5	0,1	2,9	1,5	16,8	0,4
1966	42,4	14,1	2,3	13,7	9,0	0,1	3,2	1,8	18,2	0,4
1967	45,2	14,8	2,6	14,7	9,5	0,1	3,6	2,0	19,8	0,4
1968	49,0	15,2	2,8	16,8	10,2	0,1	3,9	2,2	18,4	0,4
1969	54,1	17,4	3,1	18,0	11,0	0,1	4,5	2,4	19,2	0,5
1970	60,9	21,6	3,4	18,9	11,7	0,1	5,2	3,1	21,5	0,6
1971	71,2	25,8	3,9	21,1	14,2	0,1	6,0	3,7	24,6	0,7
1972	80,6	29,7	4,6	23,2	15,9	0,1	6,9	4,1	26,7	0,8
1973	122,5	35,6	5,2	26,4	15,8	0,2	7,9	4,6	26,0	0,9
1974	141,8	42,6	6,2	28,8	16,9	0,2	9,6	5,6	30,9	1,0
1975	166,4	46,9	7,8	36,6	17,6	0,2	11,0	6,6	38,3	1,2
	in Preisen und Wechselkursen von 1970									
1960	41,1	14,1	2,0	13,1	8,1	0,1	.	1,6	17,5	.
1961	43,4	15,2	2,0	13,8	8,5	0,1	.	1,7	18,1	.
1962	46,3	17,0	2,2	14,2	8,8	0,1	.	1,9	18,7	.
1963	48,8	18,2	2,5	14,5	9,2	0,1	4,2	1,9	19,0	.
1964	49,8	18,2	2,6	15,0	9,7	0,1	4,3	2,1	19,3	.
1965	51,8	19,1	2,7	15,4	10,1	0,1	4,4	2,1	19,8	.
1966	52,8	19,2	2,8	15,8	10,5	0,1	4,5	2,3	20,4	.
1967	54,5	19,7	3,0	16,3	10,8	0,1	4,6	2,4	21,6	.
1968	56,1	19,6	3,1	17,4	11,3	0,1	4,7	2,6	21,6	.
1969	58,4	20,5	3,3	18,1	11,6	0,1	4,9	2,8	21,2	.
1970	60,9	21,6	3,4	18,9	11,7	0,1	5,2	3,1	21,5	0,6
1971	64,2	23,3	3,6	19,6	12,4	0,1	5,3	3,3	22,2	0,6
1972	66,7	24,3	3,8	20,1	13,0	0,1	5,4	3,4	23,1	0,7
1973	96,9	25,2	4,0	20,8	13,3	0,1	5,5	3,3	24,1	0,7
1974	99,7	26,3	4,1	21,3	13,6	0,1	5,5	3,4	24,7	0,8
1975	104,2	28,2	4,3	21,9	13,7	0,1	5,7	3,5	25,9	0,8

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 8*

Bruttoanlageinvestitionen in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1960	42,4	17,3	2,2	12,5	7,7	0,1	2,6	1,1	11,7	0,3
1961	49,7	20,8	2,4	14,5	8,8	0,1	3,0	1,4	13,2	0,3
1962	55,5	23,4	2,7	15,9	10,1	0,1	3,2	1,5	13,5	0,4
1963	61,0	24,8	2,8	18,1	11,7	0,2	3,4	1,6	14,2	0,4
1964	68,7	28,4	3,4	20,6	11,9	0,2	4,3	2,0	16,9	0,5
1965	72,9	30,6	3,7	22,6	11,1	0,2	4,7	2,2	18,2	0,6
1966	77,9	31,6	4,1	25,0	11,7	0,2	5,3	2,4	19,4	0,6
1967	79,4	28,6	4,4	27,0	13,4	0,2	5,9	2,7	20,7	0,6
1968	86,3	31,2	4,4	28,8	15,2	0,2	6,6	2,6	19,7	0,6
1969	97,8	37,1	4,8	31,5	17,3	0,2	6,9	3,1	20,6	0,8
1970	116,3	49,5	5,7	33,0	19,7	0,3	8,1	3,4	22,7	0,9
1971	128,8	55,6	6,1	37,1	20,5	0,3	9,2	3,7	25,3	1,1
1972	142,5	62,1	6,8	41,8	21,6	0,3	9,9	4,2	26,8	1,2
1973	193,7	68,7	7,7	48,1	23,5	0,4	11,1	5,0	27,8	1,3
1974	210,3	69,5	9,6	52,5	28,1	0,5	12,3	5,4	31,1	1,3
1975	220,4	68,7	10,3	59,4	27,6	0,5	13,0	5,3	34,3	1,3
	in Preisen und Wechselkursen von 1970									
1960	63,7	28,9	3,2	15,0	12,2	0,2	.	1,7	13,9	.
1961	70,8	31,7	3,6	17,3	13,6	0,2	.	1,9	15,3	.
1962	75,3	33,5	3,9	18,4	14,9	0,2	.	2,1	15,3	.
1963	78,8	34,3	3,9	19,7	16,1	0,2	4,6	2,0	15,5	.
1964	85,3	38,3	4,4	21,6	15,1	0,3	5,5	2,5	18,1	.
1965	87,6	40,1	4,6	23,0	13,9	0,2	5,8	2,6	19,0	.
1966	91,4	40,5	4,9	24,9	14,4	0,2	6,3	2,7	19,4	.
1967	91,6	37,2	5,1	26,2	16,1	0,2	6,8	2,9	21,1	.
1968	98,4	40,0	5,0	27,7	17,9	0,2	7,5	2,9	22,0	.
1969	107,0	44,6	5,3	30,3	19,2	0,2	7,4	3,3	22,1	.
1970	116,3	49,5	5,7	33,0	19,7	0,3	8,1	3,4	22,7	0,9
1971	120,4	51,7	5,6	35,3	19,1	0,3	8,4	3,5	23,3	1,0
1972	124,6	53,2	5,8	37,8	19,3	0,3	8,1	3,8	23,8	1,0
1973	159,8	53,5	6,3	40,3	20,9	0,3	8,6	4,0	24,8	1,1
1974	155,7	49,1	6,7	40,8	21,7	0,3	8,2	3,6	24,2	1,0
1975	147,7	46,9	6,5	39,1	18,9	0,3	7,9	3,3	23,9	0,9

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 9*

Außenhandel der EG-Länder [1])

Mrd Eur in jeweiligen Preisen und Wechselkursen

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen									
1960	35,3	12,9	4,2	7,9	4,5	0,4	5,3	1,9	14,5	0,5
1961	38,1	14,1	4,6	8,3	5,1	0,4	5,6	1,9	15,2	0,5
1962	40,6	14,9	5,1	8,6	5,7	0,4	5,9	2,1	15,5	0,5
1963	44,4	16,2	5,6	9,5	6,3	0,4	6,4	2,3	16,4	0,6
1964	50,1	18,1	6,4	10,5	7,3	0,5	7,3	2,6	17,3	0,7
1965	55,9	19,9	6,9	11,8	8,7	0,5	8,1	2,9	18,5	0,7
1966	61,8	22,4	7,7	12,9	9,7	0,5	8,6	3,1	19,8	0,9
1967	66,5	24,1	8,1	14,0	10,6	0,5	9,2	3,2	20,0	1,0
1968	75,1	27,3	9,1	15,4	12,3	0,6	10,3	3,3	21,2	1,0
1969	87,9	31,6	11,0	18,2	14,2	0,7	12,2	3,8	23,5	1,1
1970	103,1	37,4	12,8	21,6	16,0	0,9	14,4	4,2	26,8	1,3
1971	114,9	41,0	13,7	25,1	17,8	0,9	16,4	4,8	30,1	1,4
1972	131,1	46,7	15,9	28,7	20,1	1,0	18,9	5,3	29,8	1,6
1973	198,1	58,0	19,6	34,5	20,9	1,2	23,1	6,4	32,4	1,8
1974	259,3	77,9	25,4	43,7	28,1	1,6	31,0	8,1	41,1	2,2
1975	264,8	76,0	24,3	47,7	30,5	1,3	31,5	8,6	42,4	2,5
	Einfuhr von Waren und Dienstleistungen									
1960	33,3	11,4	4,2	7,0	5,2	0,4	5,2	1,9	15,4	0,6
1961	36,2	12,4	4,7	7,4	5,8	0,4	5,7	2,0	15,3	0,7
1962	40,1	13,9	5,1	8,1	6,6	0,4	6,0	2,3	15,5	0,7
1963	45,2	14,7	5,7	9,3	8,2	0,5	6,7	2,3	16,3	0,8
1964	50,1	16,6	6,5	10,8	8,0	0,5	7,8	2,8	18,4	1,0
1965	54,7	19,7	6,9	11,1	8,2	0,5	8,3	3,0	18,7	1,1
1966	60,2	20,5	7,8	12,9	9,5	0,5	9,0	3,2	19,5	1,1
1967	62,4	20,0	7,9	13,7	10,8	0,5	9,4	3,4	20,9	1,2
1968	69,7	22,8	8,9	15,5	11,5	0,6	10,3	3,5	21,9	1,3
1969	84,1	27,8	10,6	19,0	13,9	0,6	12,1	4,1	23,0	1,5
1970	98,9	33,6	12,1	21,0	16,7	0,8	14,8	4,7	25,7	1,7
1971	108,6	36,9	12,9	23,5	18,0	0,8	16,4	5,1	28,0	1,8
1972	121,8	41,2	14,6	26,9	20,6	0,9	17,6	5,2	30,0	1,9
1973	192,1	48,4	18,6	33,2	24,8	1,1	21,4	6,9	35,5	2,3
1974	261,9	62,8	24,9	46,5	35,7	1,5	29,3	8,9	49,3	3,1
1975	255,4	65,3	23,9	45,5	32,2	1,5	29,2	8,9	46,1	2,9

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun; einschließlich der entsprechenden innergemeinschaftlichen Transaktionen.

Quelle: SAEG

Tabelle 10*

Industrielle Produktion in den EG-Ländern

1970 = 100

Zeitraum	EG insgesamt [1])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
1960	57	61	61	56	50	79	50	.	76	52
1961	61	64	65	59	56	81	51	.	76	57
1962	64	66	69	63	61	78	54	.	77	60
1963	69	69	74	71	67	79	57	.	80	63
1964	73	74	79	75	67	86	63	.	86	68
1965	76	78	81	76	70	87	66	.	89	71
1966	79	79	82	81	79	83	70	.	90	74
1967	80	77	84	83	86	83	73	.	90	81
1968	86	84	88	85	91	88	82	.	96	90
1969	94	94	97	95	94	100	91	.	99	97
1970	100	100	100	100	100	100	100	.	100	100
1971	103	102	103	106	100	99	106	.	100	104
1972	108	106	109	112	104	103	111	.	102	109
1973	115	113	116	120	115	115	119	.	111	119
1974	115	111	120	123	119	119	123	.	108	123
1975	107	104	108	114	109	93	117	.	103	115
1976	115	111	119	124	122	99	125	.	104	127
1972 1. Vj.	105	100	107	114	104	97	110	.	99	99
2. Vj.	112	111	113	116	108	108	112	.	103	111
3. Vj.	98	100	100	96	92	101	101	.	96	109
4. Vj.	117	115	118	123	113	106	121	.	111	116
1973 1. Vj.	113	108	116	122	106	113	119	.	115	112
2. Vj.	119	119	119	124	120	119	119	.	111	125
3. Vj.	106	106	107	104	108	112	109	.	103	119
4. Vj.	122	119	122	130	124	117	130	.	115	123
1974 1. Vj.	117	109	125	129	124	123	127	.	108	120
2. Vj.	122	119	128	130	130	126	125	.	109	130
3. Vj.	105	103	110	107	109	117	114	.	102	120
4. Vj.	117	112	121	126	115	111	130	.	112	122
1975 1. Vj.	109	101	115	117	111	102	121	.	110	109
2. Vj.	110	107	111	118	113	97	116	.	102	120
3. Vj.	96	95	97	96	96	81	102	.	94	114
4. Vj.	114	111	112	125	115	93	130	.	106	119
1976 1. Vj.	114	106	117	127	118	97	126	.	107	117
2. Vj.	119	117	126	128	128	109	124	.	104	131
3. Vj.	105	104	107	107	109	93	113	.	97	127
4. Vj.	122	117	124	132	132	96	136	.	110	133
1977 1. Vj.	120	112	122	134	130	101	130	.	112	126
2. Vj.	121	120	125	131	128	108	127	.	104	139

[1]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Acht; zusammengewogen mit den Anteilen an der Industrieproduktion der EG im Jahre 1970.

Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

Tabelle 11*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1970 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
	Verbraucherpreise [1]										
1960	78	74	.	67	68	.	76	76	.	67	72
1961	80	75	.	69	69	.	77	77	.	69	73
1962	82	76	73	72	73	.	78	78	.	72	76
1963	84	78	76	74	78	.	79	79	69	74	79
1964	86	81	79	76	83	.	80	81	72	77	82
1965	89	84	81	80	86	.	81	83	77	80	84
1966	92	88	83	83	88	.	84	86	81	86	88
1967	93	90	85	85	92	.	86	89	84	89	92
1968	95	93	89	89	93	.	90	93	88	91	94
1969	97	96	95	94	95	96	94	97	93	93	97
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105	104	106	109	105	108	104	103	106	107	107
1972	111	110	112	117	111	116	108	108	111	114	114
1973	119	118	120	128	123	126	114	116	124	121	124
1974	127	133	137	148	146	138	127	129	154	134	136
1975	135	150	153	184	171	152	139	142	172	147	145
1976	141	163	168	215	200	165	147	153	188	162	147
1977 1. Hj.	146	172	178	243	229	174	154	162	202	175	149
	Erzeuger- bzw. Großhandelspreise [1]										
1960	88[a]	82	76	73[a]	77	.	86	.	88	.	83
1961	89[a]	82	78	75[a]	78	.	86	84	89	.	83
1962	90[a]	83	78	77[a]	80	82	86	85	87	.	86
1963	90[a]	85	80	78[a]	84	84	86	86	89	81	90
1964	91[a]	89	83	80[a]	87	88	86	87	89	86	91
1965	94[a]	90	84	82[a]	88	91	88	88	90	87	91
1966	95[a]	92	86	85[a]	90	95	90	90	92	89	93
1967	94[a]	91	85	86[a]	89	96	91	92	94	89	93
1968	94[a]	91	84	90[a]	90	98	93	94	94	90[a]	93
1969	95[a]	95	93	93[a]	93	96[a]	97	98	97	94[a]	96
1970	100[a]	100	100	100[a]	100	100[a]	100	100	100	100[a]	100
1971	104[a]	99[a]	102	109[a]	103	105[a]	103	102	99	103[a]	102
1972	107[a]	104[a]	107	115[a]	108	110[a]	108	107	100	107[a]	106
1973	114[a]	116[a]	123	123[a]	127[a]	117[a]	122	119	116	120[a]	117
1974	129[a]	136[a]	158	152[a]	179[a]	129[a]	145	141	152	148[a]	136
1975	136[a]	137[a]	149	189[a]	194[a]	138[a]	158	157	157	160[a]	133
1976	141[a]	147[a]	160	220[a]	238[a]	147[a]	166	165	165	174[a]	132
1977 1. Hj.	144[a]	153[a]	169	254[a]	273[a]	...	174	...	169	185[a]	134

[1] Nationale Quellen.
[a] Ohne Mehrwertsteuer.

noch Tabelle 11*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1970 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
	Durchschnittswerte der Ausfuhr [2]										
1967	95	92	85	84	93	95	90	93	91	89	94
1968	95	91	84	91	92	94	92	95	91	89	95
1969	97	96	91	94	96	96	95	97	95	92	96
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103	97	106	106	105	102	103	100	100	105	104
1972	103	99	107	111	109	103	106	103	99	109	109
1973	107	108	118	126	127	110	124	118	107	120	112
1974	123	136	148	161	180	141	158	156	148	153	127
1975	132	140	155	198	204	148	176	173	150	177	130
1976	134	147	170	240	246	157	183	177	147	190	130
1977 1. Hj.	136	...	...	278	...	...	191	...	157	...	135
	Durchschnittswerte der Einfuhr [2]										
1967	100	93	88	83	96	93	90	94	96	90	92
1968	98	93	85	93	96	91	91	96	95	91	92
1969	100	96	90	96	97	93	93	98	95	93	94
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	99	102	104	105	106	104	105	102	102	106	101
1972	97	101	104	109	109	103	113	104	94	107	103
1973	103	109	112	138	139	111	133	112	106	121	110
1974	129	143	165	210	241	150	200	138	188	165	132
1975	129	147	171	236	256	157	216	160	205	173	126
1976	133	158	189	289	320	167	223	161	207	186	120
1977 1. Hj.	135	...	...	332	...	...	238	...	208	...	132
	Bruttostundenverdienste in der Industrie [3]										
1969	87	92	91	91	82	90	95	92	85	88	94
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	111	111	111	113	114	112	106	109	114	108	110
1972	121	126	124	128	125	126	113	118	132	124	119
1973	134	147	141	145	156	143	121	128	163	134	130
1974	147	178	169	169	191	169	131	145	205	149	144
1975	159	210	198	220	241	192	143	168	229	171	155
1976	169	235	227	264	292	208	154	191	258	202	157
1977 1. Hj.	177	...	245	273	356	216	164	208	230	210	161
	Anteil am Warenhandel [4] der Bundesrepublik Deutschland in vH										
1972—1976	X	8,4	12,4	4,2	8,5	11,8	7,5	1,0	1,7	2,9	4,0

[2] Quelle: IMF; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.
[3] Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle. — Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Großbritannien, Schweiz: Tarifliche Stundenlöhne. — Japan: Bruttomonatsverdienste.
[4] Einfuhr + Ausfuhr.

Tabelle 12*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote [1]	Erwerbstätige			Offene Stellen	Arbeitslose	Arbeitslosenquote [3]
				insgesamt	darunter Abhängige				
					zusammen	darunter Ausländer [2]			
	1 000		vH	1 000					vH
1950	46 908	21 577	46,0	19 997	13 674	.	116	1 580	10,4
1951	47 413	21 952	46,3	20 520	14 286	.	116	1 432	9,1
1952	47 728	22 289	46,7	20 910	14 754	.	115	1 379	8,5
1953	48 172	22 684	47,1	21 425	15 344	.	123	1 259	7,6
1954	48 710	23 216	47,7	21 995	15 968	73	137	1 221	7,1
1955 [4]	49 203	23 758	48,3	22 830	16 840	80	200	928	5,2
1956	49 797	24 196	48,6	23 435	17 483	99	219	761	4,2
1957	50 434	24 602	48,8	23 940	17 992	108	217	662	3,5
1958	51 056	24 807	48,6	24 124	18 188	127	216	683	3,6
1959	51 634	24 857	48,1	24 381	18 508	167	280	476	2,5
1960	52 183	25 027	48,0	24 792	19 005	.	449	235	1,2
1960	55 433	26 518	47,8	26 247	20 257	279	465	271	1,3
1961	56 175	26 772	47,7	26 591	20 730	507	552	181	0,9
1962	56 837	26 845	47,2	26 690	21 032	629	574	155	0,7
1963	57 389	26 930	46,9	26 744	21 261	773	555	186	0,9
1964	57 971	26 922	46,4	26 753	21 484	902	609	169	0,8
1965	58 619	27 034	46,1	26 887	21 757	1 119	649	147	0,7
1966	59 148	26 962	45,6	26 801	21 765	1 244	540	161	0,7
1967	59 286	26 409	44,5	25 950	21 054	1 014	302	459	2,1
1968	59 500	26 291	44,2	25 968	21 183	1 019	488	323	1,5
1969	60 067	26 535	44,2	26 356	21 752	1 366	747	179	0,8
1970	60 651	26 817	44,2	26 668	22 246	1 807	795	149	0,7
1971	61 284	26 910	43,9	26 725	22 414	2 128	648	185	0,8
1972	61 669	26 901	43,6	26 655	22 435	2 285	546	246	1,1
1973	61 976	26 985	43,5	26 712	22 564	2 425 a)	572	273	1,2
1974	62 054	26 797	43,2	26 215	22 152	2 323 a)	315	582	2,6
1975	61 829	26 397	42,7	25 323	21 386	2 061	236	1 074	4,8
1976	61 351	26 148	42,6	25 088	21 288	1 925	235	1 060	4,7
1971 1. Hj.	61 141	26 847	43,9	26 646	22 316	2 055	680	201	0,9
2. Hj.	61 427	26 972	43,9	26 803	22 512	2 202	616	169	0,7
1972 1. Hj.	61 575	26 823	43,6	26 542	22 292	2 227	525	280	1,2
2. Hj.	61 763	26 981	43,7	26 768	22 578	2 342	567	213	0,9
1973 1. Hj.	61 881	26 917	43,5	26 636	22 482	.	591	280	1,2
2. Hj.	62 071	27 055	43,6	26 788	22 646	.	553	267	1,2
1974 1. Hj.	62 074	26 880	43,3	26 339	22 250	.	342	541	2,4
2. Hj.	62 034	26 715	43,1	26 091	22 054	.	290	624	2,8
1975 1. Hj.	61 915	26 448	42,7	25 359	21 395	2 101	247	1 089	4,8
2. Hj.	61 742	26 347	42,7	25 287	21 377	2 021	225	1 060	4,7
1976 1. Hj.	61 579	26 148	42,5	24 980	21 147	1 937	232	1 168	5,2
2. Hj.	61 484	26 149	42,5	25 196	21 429	1 914	239	953	4,3
1977 1. Hj.	61 418	26 010	42,3	24 919	21 218	...	231	1 091	4,9

[1] Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2] Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.
[3] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + Arbeitslose).
[4] Ohne Saarland und Berlin.
a) Eigene Schätzung.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 13*

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Anteil in vH

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche		Land- und Forstwirtschaft [1]		Produzierendes Gewerbe [2]		Handel und Verkehr [3] [4]		Übrige Bereiche [4] [5]	
			Erwerbstätige							
	Selbständige [6]	Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige	insgesamt	darunter Abhängige
1950 [7]	31,6	68,4	24,8	5,0	42,6	37,3	16,0	11,6	16,6	14,5
1951	30,4	69,6	23,4	4,5	43,3	38,2	16,8	12,5	16,5	14,4
1952	29,4	70,6	22,2	4,2	43,8	38,7	17,5	13,2	16,6	14,5
1953	28,4	71,6	21,0	3,9	44,5	39,6	18,1	13,8	16,5	14,3
1954	27,4	72,6	19,8	3,6	45,6	40,9	18,1	13,9	16,4	14,3
1955	26,2	73,8	18,6	3,2	46,7	42,2	18,5	14,3	16,2	14,1
1956	25,4	74,6	17,7	3,0	47,5	43,1	18,7	14,5	16,2	14,0
1957	24,8	75,2	17,0	2,8	47,4	43,0	19,3	15,1	16,4	14,2
1958	24,6	75,4	16,3	2,6	47,5	43,2	19,4	15,1	16,7	14,5
1959	24,0	76,0	15,5	2,4	47,7	43,4	19,6	15,2	17,2	15,0
1960	23,0	76,9	14,4	2,2	48,2	43,9	19,9	15,7	17,5	15,2
1960	22,8	77,2	13,6	1,9	47,6	43,9	17,5	13,1	21,2	18,3
1961	22,0	78,0	13,0	1,7	48,2	44,6	17,4	13,2	21,4	18,5
1962	21,2	78,8	12,4	1,6	48,4	44,8	17,3	13,4	21,9	19,1
1963	20,5	79,5	11,8	1,5	48,4	44,9	17,6	13,7	22,2	19,4
1964	19,7	80,3	11,2	1,5	48,4	45,0	17,6	13,9	22,7	20,0
1965	19,1	80,9	10,7	1,4	48,9	45,4	17,6	14,0	22,9	20,2
1966	18,8	81,2	10,4	1,3	48,6	45,2	17,7	14,0	23,3	20,6
1967	18,9	81,1	10,2	1,2	47,3	44,0	18,0	14,3	24,5	21,6
1968	18,4	81,6	9,7	1,2	47,6	44,5	17,8	14,3	24,8	21,7
1969	17,5	82,5	9,1	1,1	48,5	45,5	17,6	14,2	24,8	21,7
1970	16,6	83,4	8,5	1,1	48,8	45,8	17,5	14,2	25,2	22,3
1971	16,1	83,9	8,0	1,1	48,6	45,7	17,7	14,4	25,7	22,7
1972	15,8	84,2	7,6	1,0	48,1	45,1	18,0	14,7	26,3	23,3
1973	15,5	84,5	7,3	1,0	48,0	45,1	18,0	14,8	26,6	23,6
1974	15,5	84,5	7,2	0,9	47,3	44,4	18,0	14,7	27,6	24,5
1975	15,5	84,5	7,2	1,0	45,9	43,0	18,1	14,8	28,9	25,7
1976	15,0	85,0	6,8	1,0	45,4	42,6	17,9	14,8	29,8	26,7

[1] Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.
[2] Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.
[3] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4] Ab 1960 (Bundesgebiet) geänderte Abgrenzung durch Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (1961).
[5] Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen und Wohnungsvermietung, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, ohne Angabe des Wirtschaftsbereiches.
[6] Einschließlich mithelfende Familienangehörige.
[7] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 14*

Bruttowertschöpfung zusammen

a) Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung [1]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Staat	Private Haushalte [4]
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen									
1960	297,10	17,39	161,26	15,70	121,74	23,82	55,16	41,40	21,93	4,51
1961	325,60	17,01	177,88	15,75	134,87	27,26	59,53	46,28	25,07	4,76
1962	353,64	18,63	192,14	16,29	144,68	31,17	65,81	50,50	27,42	4,85
1963	374,42	19,38	200,50	16,86	150,26	33,38	69,97	55,23	30,43	5,25
1964	412,14	19,36	223,68	17,77	166,99	38,92	75,92	61,45	33,23	5,55
1965	450,41	19,98	244,03	18,34	184,33	41,36	81,53	69,34	37,79	5,97
1966	479,66	20,92	255,33	18,98	192,47	43,88	87,10	77,34	42,17	6,44
1967	485,45	20,46	252,25	18,83	192,63	40,79	87,73	83,53	44,71	6,92
1968	521,85	22,50	278,31	21,01	215,02	42,28	89,88	91,54	47,74	7,31
1969	582,60	23,57	314,44	21,97	245,09	47,38	97,54	104,88	54,04	8,07
1970	660,15	23,07	360,71	25,26	277,30	58,15	108,70	118,32	63,48	9,06
1971	735,18	24,46	393,34	27,08	297,82	68,44	120,95	136,77	75,74	10,65
1972	804,72	26,81	422,91	29,76	315,87	77,28	132,83	155,71	85,04	11,81
1973	895,09	29,07	467,01	33,25	351,62	82,14	143,74	177,00	98,82	13,52
1974	960,22	27,03	495,07	37,90	377,92	79,25	150,22	198,27	114,55	15,13
1975 [5]	1002,03	30,23	494,34	43,07	376,14	75,13	160,03	219,11	124,56	16,67
1976 [5]	1090,45	32,02	544,62	47,71	417,60	79,31	172,74	237,42	131,98	18,01
1968 1. Hj.	242,14	5,67	130,87	10,23	101,84	18,80	42,15	44,71	22,80	3,49
2. Hj.	279,71	16,83	147,44	10,78	113,18	23,48	47,73	46,83	24,94	3,82
1969 1. Hj.	267,77	5,97	146,22	10,69	115,47	20,06	45,44	50,96	25,15	3,77
2. Hj.	314,83	17,60	168,22	11,28	129,62	27,32	52,10	53,92	28,89	4,30
1970 1. Hj.	306,78	6,63	169,70	12,43	133,05	24,22	50,57	56,89	30,23	4,27
2. Hj.	353,37	16,44	191,01	12,83	144,25	33,93	58,13	61,43	33,25	4,79
1971 1. Hj.	344,81	6,48	188,26	13,21	145,25	29,80	56,33	65,99	35,77	5,02
2. Hj.	390,37	17,98	205,08	13,87	152,57	38,64	64,62	70,78	39,97	5,63
1972 1. Hj.	378,47	7,19	202,27	14,70	152,90	34,67	62,08	76,17	40,08	5,55
2. Hj.	426,25	19,62	220,64	15,06	162,97	42,61	70,75	79,54	44,96	6,26
1973 1. Hj.	423,61	6,77	225,83	16,35	171,50	37,98	69,27	86,21	45,67	6,24
2. Hj.	471,48	22,30	241,18	16,90	180,12	44,16	74,47	90,79	53,15	7,28
1974 1. Hj.	454,70	7,59	238,87	18,03	184,21	36,63	71,21	96,80	52,82	6,96
2. Hj.	505,52	19,44	256,20	19,87	193,71	42,62	79,01	101,47	61,73	8,17
1975 1. Hj.	471,77	6,29	238,79	20,96	184,00	33,83	75,41	106,36	57,97	7,72
2. Hj.	530,26	23,94	255,55	22,11	192,14	41,30	84,62	112,75	66,59	8,95
1976 1. Hj. [5]	514,22	7,55	263,34	23,66	204,89	34,79	81,65	115,27	61,07	8,32
2. Hj.	576,23	24,47	281,28	24,05	212,71	44,52	91,09	122,15	70,91	9,69
1977 1. Hj.	548,83	6,98	282,70	...	...	...	85,80	124,02	74,13	

[1] Bereinigt um die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und um den Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen (1968 bis 1973 gekürzt um die Investitionsteuer).
[2] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

Tabelle 14*

gefaßter Wirtschaftsbereiche

DM

Bruttowertschöpfung [1]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Staat	Private Haushalte [4]	Zeitraum	
in Preisen von 1970											
420,75	21,22	217,02	18,42	158,09	40,51	68,06	75,32	41,09	9,14	1960	
442,08	19,29	230,59	18,60	169,03	42,96	72,00	79,60	43,64	8,89	1961	
460,79	20,74	240,19	19,12	176,54	44,53	75,34	82,46	46,22	8,41	1962	
474,83	21,46	246,22	19,72	180,89	45,61	77,70	85,77	48,22	8,55	1963	
505,75	20,86	268,75	20,73	196,59	51,43	82,40	90,20	49,70	8,56	1964	
533,46	19,72	286,26	20,59	212,19	53,48	87,40	95,24	52,15	8,52	1965	
547,19	20,70	291,55	21,17	215,27	55,11	89,08	98,62	54,83	8,54	1966	
546,60	22,61	284,15	20,86	210,72	52,57	88,85	102,42	56,42	8,84	1967	
580,23	24,10	307,88	21,87	233,50	52,51	94,14	106,37	58,12	8,87	1968	
624,53	22,53	339,72	23,08	261,91	54,73	102,66	112,73	59,88	8,97	1969	
660,15	23,07	360,71	25,26	277,30	58,15	108,70	118,32	63,48	9,06	1970	
680,73	23,79	369,69	25,84	281,29	62,56	111,19	124,22	66,27	9,19	1971	
704,45	23,24	382,30	26,97	288,84	66,49	113,85	131,80	69,47	9,35	1972	
739,41	25,79	403,04	29,32	307,07	66,65	117,36	137,41	72,76	9,46	1973	
744,12	26,06	399,95	30,71	308,12	61,12	116,83	141,66	76,07	9,56	1974	
722,79	24,78	375,59	29,30	289,40	56,89	113,56	146,83	78,38	9,79	1975	[5]
762,09	24,39	404,34	31,09	314,60	58,65	119,90	152,65	79,45	9,96	1976	[5]
271,59	6,41	144,68	10,69	110,56	23,43	44,22	52,45	28,91	4,40	1968	1. Hj.
308,64	17,69	163,20	11,18	122,94	29,08	49,92	53,92	29,21	4,47		2. Hj.
292,75	6,08	160,20	11,35	125,07	23,78	47,95	55,33	29,66	4,45	1969	1. Hj.
331,78	16,45	179,52	11,73	136,84	30,95	54,71	57,40	30,22	4,52		2. Hj.
312,69	6,30	172,34	12,61	135,01	24,72	51,66	58,17	31,49	4,49	1970	1. Hj.
347,46	16,77	188,37	12,65	142,29	33,43	57,04	60,15	31,99	4,57		2. Hj.
325,21	6,54	179,03	12,97	138,34	27,72	52,99	60,97	32,87	4,56	1971	1. Hj.
355,52	17,25	190,66	12,87	142,95	34,84	58,20	63,25	33,40	4,63		2. Hj.
335,94	6,21	184,38	13,47	140,97	29,94	54,21	64,85	34,46	4,64	1972	1. Hj.
368,51	17,03	197,92	13,50	147,87	36,55	59,64	66,95	35,01	4,71		2. Hj.
355,69	6,91	196,47	14,65	150,95	30,87	56,74	67,91	35,13	4,69	1973	1. Hj.
383,72	18,88	206,57	14,67	156,12	35,78	60,62	69,50	36,63	4,77		2. Hj.
362,39	7,23	198,47	15,28	154,38	28,81	57,20	70,02	37,79	4,73	1974	1. Hj.
381,73	18,83	201,48	15,43	153,74	32,31	59,63	71,64	38,28	4,83		2. Hj.
345,19	5,82	181,32	14,93	140,47	25,92	54,46	72,52	38,97	4,85	1975	1. Hj.
377,60	18,96	194,27	14,37	148,93	30,97	59,10	74,31	39,41	4,94		2. Hj.
364,94	5,67	195,98	15,75	154,07	26,16	57,37	75,55	39,51	4,92	1976	1. Hj. [5]
397,15	18,72	208,36	15,34	160,53	32,49	62,53	77,10	39,94	5,04		2. Hj.
376,55	5,74	203,39	...	...	...	59,27	78,14	45,00		1977	1. Hj.

[3] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.
[4] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[5] Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 14*

Bruttowertschöpfung zusammen

b) Anteil

Zeitraum	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Staat	Private Haushalte [4]
		insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen								
1960	4,9	50,3	4,3	36,6	9,4	15,8	17,4	9,5	2,1
1961	4,2	50,8	4,1	37,2	9,5	15,9	17,5	9,6	2,0
1962	4,4	50,7	4,0	37,3	9,4	15,9	17,4	9,8	1,8
1963	4,4	50,5	4,0	37,1	9,3	15,9	17,6	9,9	1,8
1964	4,0	51,6	4,0	37,8	9,9	15,8	17,3	9,5	1,6
1965	3,6	52,1	3,7	38,6	9,7	15,9	17,3	9,5	1,6
1966	3,7	51,8	3,8	38,2	9,8	15,8	17,5	9,7	1,5
1967	4,0	50,4	3,7	37,4	9,3	15,8	18,2	10,0	1,6
1968	4,0	51,4	3,6	39,0	8,8	15,7	17,7	9,7	1,5
1969	3,5	52,5	3,6	40,5	8,5	15,9	17,4	9,3	1,4
1970	3,4	52,8	3,7	40,6	8,5	15,9	17,3	9,3	1,3
1971	3,4	52,5	3,7	39,9	8,9	15,8	17,6	9,4	1,3
1972	3,2	52,4	3,7	39,6	9,1	15,6	18,1	9,5	1,3
1973	3,4	52,6	3,8	40,1	8,7	15,3	17,9	9,5	1,2
1974	3,4	51,9	4,0	40,0	7,9	15,2	18,4	9,9	1,2
1975 [5]	3,3	50,2	3,9	38,6	7,6	15,2	19,6	10,5	1,3
1976 [5]	3,1	51,1	3,9	39,8	7,4	15,2	19,3	10,0	1,3
1968 1. Hj.	2,3	51,5	3,8	39,3	8,3	15,7	18,7	10,3	1,6
2. Hj.	5,6	51,3	3,5	38,6	9,1	15,7	16,9	9,2	1,4
1969 1. Hj.	2,0	52,8	3,7	41,2	7,8	15,8	18,2	9,8	1,5
2. Hj.	4,8	52,4	3,4	39,9	9,0	16,0	16,7	8,8	1,3
1970 1. Hj.	1,9	53,1	3,9	41,6	7,6	15,9	17,9	9,7	1,4
2. Hj.	4,7	52,5	3,5	39,6	9,3	15,9	16,8	8,9	1,3
1971 1. Hj.	1,9	53,1	3,8	41,1	8,2	15,7	18,1	9,8	1,4
2. Hj.	4,7	51,9	3,5	38,9	9,5	15,8	17,2	9,1	1,3
1972 1. Hj.	1,8	52,9	3,9	40,4	8,6	15,5	18,6	9,9	1,3
2. Hj.	4,5	51,9	3,5	38,8	9,6	15,6	17,6	9,2	1,2
1973 1. Hj.	1,9	53,3	4,0	40,9	8,4	15,4	18,4	9,8	1,3
2. Hj.	4,8	52,0	3,7	39,3	9,0	15,3	17,5	9,2	1,2
1974 1. Hj.	1,9	52,9	4,1	41,1	7,7	15,2	18,7	10,1	1,3
2. Hj.	4,8	51,0	3,9	39,0	8,2	15,1	18,2	9,7	1,2
1975 1. Hj.	1,6	50,7	4,2	39,2	7,2	15,2	20,3	10,9	1,4
2. Hj.	4,8	49,7	3,7	38,1	7,9	15,1	19,0	10,1	1,3
1976 1. Hj. [5]	1,5	51,7	4,2	40,7	6,9	15,1	19,9	10,4	1,3
2. Hj.	4,5	50,6	3,7	39,0	7,9	15,2	18,7	9,7	1,2
1977 1. Hj.	1,2	49,3	...	...	...	15,0	21,6	12,9	

[1] Bezogen auf die Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche (siehe Fußnote 1 auf Seite 238).
[2] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

noch Tabelle 14*

gefaßter Wirtschaftsbereiche

in vH [1])

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [2])	Dienstleistungsunternehmen [3])	Staat	Private Haushalte [4])	Zeitraum
in Preisen von 1970									
5,8	53,5	5,2	40,4	7,9	18,3	13,7	7,3	1,5	1960
5,1	53,8	4,8	40,8	8,2	18,0	14,0	7,6	1,4	1961
5,2	53,5	4,5	40,3	8,7	18,3	14,1	7,6	1,3	1962
5,1	52,7	4,4	39,5	8,8	18,4	14,5	8,0	1,4	1963
4,6	53,4	4,2	39,8	9,3	18,1	14,7	7,9	1,3	1964
4,4	53,2	4,0	40,2	9,0	17,8	15,1	8,2	1,3	1965
4,3	52,2	3,9	39,3	9,0	17,8	15,8	8,6	1,3	1966
4,1	50,9	3,8	38,9	8,2	17,7	16,9	9,0	1,4	1967
4,2	51,8	3,9	40,0	7,9	16,7	17,0	8,9	1,4	1968
3,9	52,2	3,6	40,7	7,9	16,2	17,4	9,0	1,3	1969
3,4	52,8	3,7	40,6	8,5	15,9	17,3	9,3	1,3	1970
3,2	51,6	3,6	39,1	9,0	15,9	18,0	9,9	1,4	1971
3,2	50,6	3,6	37,8	9,3	15,9	18,6	10,2	1,4	1972
3,1	50,3	3,6	37,8	8,8	15,5	19,0	10,6	1,5	1973
2,7	49,5	3,8	37,8	7,9	15,0	19,8	11,5	1,5	1974
2,9	47,3	4,1	36,0	7,2	15,3	21,0	11,9	1,6	1975 [5])
2,8	47,9	4,2	36,7	7,0	15,2	20,9	11,6	1,6	1976 [5])
2,3	52,4	4,1	40,8	7,5	16,9	17,9	9,1	1,4	1968 1. Hj.
5,9	51,3	3,7	39,4	8,2	16,6	16,3	8,7	1,3	2. Hj.
2,2	52,7	3,9	41,6	7,2	16,4	18,4	9,1	1,4	1969 1. Hj.
5,4	51,7	3,5	39,8	8,4	16,0	16,6	8,9	1,3	2. Hj.
2,1	53,3	3,9	41,8	7,6	15,9	17,9	9,5	1,3	1970 1. Hj.
4,5	52,3	3,5	39,5	9,3	15,9	16,8	9,1	1,3	2. Hj.
1,8	52,6	3,7	40,6	8,3	15,7	18,4	10,0	1,4	1971 1. Hj.
4,4	50,8	3,4	37,8	9,6	16,0	17,5	9,9	1,4	2. Hj.
1,8	51,4	3,7	38,9	8,8	15,8	19,4	10,2	1,4	1972 1. Hj.
4,4	49,9	3,4	36,9	9,6	16,0	18,0	10,2	1,4	2. Hj.
1,5	51,3	3,7	39,0	8,6	15,7	19,6	10,4	1,4	1973 1. Hj.
4,6	49,3	3,5	36,8	9,0	15,2	18,6	10,9	1,5	2. Hj.
1,6	50,4	3,8	38,8	7,7	15,0	20,4	11,1	1,5	1974 1. Hj.
3,7	48,7	3,8	36,8	8,1	15,0	19,3	11,7	1,6	2. Hj.
1,3	48,5	4,3	37,4	6,9	15,3	21,6	11,8	1,6	1975 1. Hj.
4,3	46,3	4,0	34,8	7,5	15,3	20,4	12,1	1,6	2. Hj.
1,4	49,0	4,4	38,1	6,5	15,2	21,5	11,4	1,5	1976 1. Hj. [5])
4,1	46,9	4,0	35,5	7,4	15,2	20,4	11,8	1,6	2. Hj.
1,5	51,9	...	...	...	15,1	20,0	11,5		1977 1. Hj. [5])

[3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 15*

Bruttowertschöpfung, Brutto

Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung	Einfuhrabgaben [1]	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern [2]	Subventionen
	in jeweiligen Preisen								
1960	297,10	5,70	302,80	+0,20	303,00	23,63	279,37	41,78	2,50
1961	325,60	6,20	331,80	−0,40	331,40	27,12	304,28	46,19	2,65
1962	353,64	7,24	360,88	−0,38	360,50	31,23	329,27	50,06	2,87
1963	374,42	8,05	382,47	−0,37	382,10	34,99	347,11	52,79	3,61
1964	412,14	8,14	420,28	−0,68	419,60	38,96	380,64	57,48	4,14
1965	450,41	8,86	459,27	−1,07	458,20	43,31	414,89	62,19	5,86
1966	479,66	8,68	488,34	−0,94	487,40	47,77	439,63	65,50	5,82
1967	485,45	9,01	494,46	−0,76	493,70	50,52	443,18	67,99	5,66
1968	521,85	13,05	534,90	+0,30	535,20	53,38	481,82	69,63	7,71
1969	582,60	14,35	596,95	+0,75	597,70	58,12	539,58	84,60	7,85
1970	660,15	18,60	678,75	+0,25	679,00	68,35	610,65	87,24	9,70
1971	735,18	19,70	754,88	+1,12	756,00	78,45	677,55	96,44	9,96
1972	804,72	21,27	825,99	+1,21	827,20	86,33	740,87	107,63	12.25
1973	895,09	23,51	918,60	+1,50	920,10	95,74	824,36	118,48	15,04
1974	960,22	26,91	987,13	−0,23	986,90	107,26	879,64	122,26	14,90
1975 [3]	1 002,03	27,99	1 030,02	+1,08	1 031,10	117,03	914,07	126,76	15,17
1976 [3]	1 090,45	32,35	1 122,80	+2,10	1 124,90	125,68	999,22	138,31	16,43
1968 1. Hj.	242,14	5,92	248,06	+0,24	248,30	26,25	222,05	32,48	2,93
2. Hj.	279,71	7,13	286,84	+0,06	286,90	27,13	259,77	37,15	4,78
1969 1. Hj.	267,77	6,78	274,55	+0,35	274,90	28,08	246,82	37,93	3,29
2. Hj.	314,83	7,57	322,40	+0,40	322,80	30,04	292,76	46,67	4,56
1970 1. Hj.	306,78	9,13	315,91	−0,11	315,80	33,10	282,70	40,94	4,44
2. Hj.	353,37	9,47	362,84	+0,36	363,20	35,25	327,95	46,30	5,26
1971 1. Hj.	344,81	9,77	354,58	+1,32	355,90	38,24	317,66	46,12	4,30
2. Hj.	390,37	9,93	400,30	−0,20	400,10	40,21	359,89	50,32	5,66
1972 1. Hj.	378,47	10,31	388,78	+0,82	389,60	42,16	347,44	51,14	5,00
2. Hj.	426,25	10,96	437,21	+0,39	437,60	44,17	393,43	56,49	7,25
1973 1. Hj.	423,61	11,47	435,08	+0,42	435,50	46,71	388,79	56,64	5,70
2. Hj.	471,48	12,04	483,52	+1,08	484,60	49,03	435,57	61,84	9,34
1974 1. Hj.	454,70	12,93	467,63	−0,23	467,40	52,23	415,17	59,07	6,96
2. Hj.	505,52	13,98	519,50	+0	519,50	55,03	464,47	63,19	7,94
1975 1. Hj.	471,77	13,73	485,50	−0,40	485,10	57,57	427,53	60,37	7,54
2. Hj.	530,26	14,26	544,52	+1,48	546,00	59,46	486,54	66,39	7,63
1976 1. Hj. [3]	514,22	15,79	530,01	+0,99	531,00	61,71	469,29	65,87	7,88
2. Hj. [3]	576,23	16,56	592,79	+1,11	593,90	63,97	529,93	72,44	8,55
1977 1. Hj.	548,83	16,99	565,82	−0,22	565,60	66,40	499,20	62,35	

[1] Die Einfuhrabgaben umfassen alle Abgaben, die vom Staat oder Institutionen der EG auf eingeführte Güter erhoben werden. Hierzu gehören Einfuhrzölle, Einfuhrumsatzsteuer (vor 1968 Umsatzausgleichsteuer), Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Tabelle 15*

inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)	Bruttowertschöpfung	Einfuhrabgaben [1])	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum	
in Preisen von 1970									
240,09	420,75	7,99	428,74	−0,76	429,50	33,11	396,39	1960	
260,74	442,08	8,50	450,58	−0,18	450,40	36,30	414,10	1961	
282,08	460,79	9,67	470,46	−0,16	470,30	39,74	430,56	1962	
297,93	474,83	9,67	484,50	−0,20	484,30	43,21	441,09	1963	
327,30	505,75	11,26	517,01	−0,61	516,40	46,76	469,64	1964	
353,56	533,46	12,66	546,12	−1,12	545,00	50,51	494,49	1965	
379,95	547,19	12,56	559,75	−0,95	558,80	54,22	504,58	1966	
380,85	546,60	12,24	558,84	−0,74	558,10	57,50	500,60	1967	
419,90	580,23	13,74	593,97	+0,43	594,40	60,52	533,88	1968	
462,83	624,53	15,93	640,46	+0,84	641,30	64,01	577,29	1969	
533,11	660,15	18,60	678,75	+0,25	679,00	68,35	610,65	1970	
591,07	680,73	19,95	700,68	+1,02	701,70	73,26	628,44	1971	
645,49	704,45	21,83	726,28	+1,02	727,30	78,27	649,03	1972	
720,92	739,41	22,43	761,84	+1,16	763,00	83,18	679,82	1973	
772,28	744,12	21,83	765,95	−0,25	765,70	87,40	678,30	1974	
802,48	722,79	23,36	746,15	+0,65	746,80	90,86	655,94	1975	3)
877,34	762,09	25,67	787,76	+1,34	789,10	94,26	694,84	1976	3)
192,50	271,59	6,10	277,69	−0,31	278,00	29,86	248,14	1968	1. Hj.
227,40	308,64	7,64	316,28	+0,12	316,40	30,66	285,74		2. Hj.
212,18	292,75	7,46	300,21	+0,39	300,60	31,52	269,08	1969	1. Hj.
250,65	331,78	8,47	340,25	+0,45	340,70	32,49	308,21		2. Hj.
246,20	312,69	9,10	321,79	−0,09	321,70	33,60	288,10	1970	1. Hj.
286,91	347,46	9,50	356,96	+0,34	357,30	34,75	322,55		2. Hj.
275,84	325,21	9,76	334,97	+1,23	336,20	36,01	300,19	1971	1. Hj.
315,23	355,52	10,19	365,71	−0,21	365,50	37,25	328,25		2. Hj.
301,30	335,94	10,76	346,70	+0,70	347,40	38,51	308,89	1972	1. Hj.
344,19	368,51	11,07	379,58	+0,32	379,90	39,76	340,14		2. Hj.
337,85	355,69	11,40	367,09	−0,31	367,40	41,02	326,38	1973	1. Hj.
383,07	383,72	11,03	394,75	+0,85	395,60	42,16	353,44		2. Hj.
363,06	362,39	10,53	372,92	−0,22	372,70	43,22	329,48	1974	1. Hj.
409,22	381,73	11,30	393,03	−0,03	393,00	44,18	348,82		2. Hj.
374,70	345,19	11,56	356,75	−0,35	356,40	45,03	311,37	1975	1. Hj.
427,78	377,60	11,80	389,40	+1,00	390,40	45,83	344,57		2. Hj.
411,30	364,94	12,62	377,56	+0,64	378,20	46,73	331,47	1976	1. Hj.
466,04	397,15	13,05	410,20	+0,70	410,90	47,53	363,37		2. Hj.
436,85	376,55	13,15	389,70	−0,20	389,50	48,46	341,04	1977	1. Hj.

[2]) Produktionssteuern und Einfuhrabgaben.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 16*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volks-einkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haus-halte [3]	der Unter-nehmen mit eigener Rechts-persön-lichkeit = unver-teilte Gewinne	des Staates [4]
		brutto [1]	netto [2]	brutto	netto			
1960	240,09	144,90	104,68	95,19	75,07	78,23	14,95	2,01
1961	260,74	163,44	117,18	97,30	74,66	81,74	13,13	2,43
1962	282,08	180,84	129,12	101,24	76,48	85,44	13,45	2,35
1963	297,93	193,98	137,95	103,95	78,03	87,12	14,30	2,53
1964	327,30	212,08	151,06	115,22	87,49	97,68	14,98	2,56
1965	358,56	235,15	168,21	123,41	96,10	105,52	15,38	2,51
1966	379,95	253,20	178,11	126,75	98,48	108,84	15,70	2,21
1967	380,85	253,07	177,26	127,78	99,04	111,78	14,51	1,49
1968	419,90	271,91	186,86	147,99	116,82	126,98	19,05	1,96
1969	462,83	305,92	206,14	156,91	121,82	133,60	21,33	1,98
1970	533,11	361,32	236,57	171,79	139,75	155,23	14,53	2,03
1971	591,07	408,30	261,56	182,77	147,95	168,73	12,32	1,72
1972	645,49	448,79	285,34	196,70	159,62	173,61	23,01	0,08
1973	720,92	509,47	310,67	211,45	164,78	182,75	28,25	0,45
1974	772,28	560,63	334,76	211,65	165,06	186,67	26,45	−1,47
1975 [5]	802,48	583,83	346,76	218,65	174,58	194,95	28,25	−4,55
1976 [5]	877,34	625,08	359,84	252,26	198,50	...	...	−7,61
1968 1. Hj.	192,50	129,15	90,02	63,35	48,12	.	.	0,63
2. Hj.	227,40	142,76	96,84	84,64	68,70	.	.	1,33
1969 1. Hj.	212,18	143,64	98,64	68,54	51,73	.	.	0,87
2. Hj.	250,65	162,28	107,50	88,37	70,09	.	.	1,11
1970 1. Hj.	246,20	170,07	113,71	76,13	60,74	.	.	0,68
2. Hj.	286,91	191,25	122,86	95,66	79,01	.	.	1,35
1971 1. Hj.	275,84	195,16	126,39	80,68	63,48	.	.	0,79
2. Hj.	315,23	213,14	135,17	102,09	84,47	.	.	0,93
1972 1. Hj.	301,30	214,06	139,53	87,24	70,52	.	.	−0,27
2. Hj.	344,19	234,73	145,81	109,46	89,10	.	.	0,35
1973 1. Hj.	337,85	242,48	150,33	95,37	73,93	.	.	0,10
2. Hj.	383,07	266,99	160,34	116,08	90,85	.	.	0,45
1974 1. Hj.	363,06	268,27	164,14	94,79	71,57	.	.	−0,52
2. Hj.	409,22	292,36	170,62	116,86	93,49	.	.	−0,95
1975 1. Hj. [5]	374,70	280,84	171,43	93,86	73,40	.	.	−1,95
2. Hj. [5]	427,78	302,99	175,33	124,79	101,18	.	.	−2,60
1976 1. Hj. [5]	411,30	297,81	175,58	113,49	88,91	.	.	−3,27
2. Hj. [5]	466,04	327,27	184,26	138,77	109,59	.	.	−4,34
1977 1. Hj. [5]	436,85	320,27	186,00	116,58	85,08	.	.	−5,91

[1] Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[2] Nettolohn- und -gehaltssumme (= Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer).
[3] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4] Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.
[5] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 17*

Volkseinkommen und Produktivität

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- / Netto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen [1]				Bruttoinlandsprodukt [2] je Erwerbstätigen [3] (Produktivität)		Lohnkosten je Produkteinheit [4]
	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	
1960	4 331	49,3	6 148	44,6	5 168	48,6	16 439	64,4	68,4
1961	4 642	52,8	6 775	49,2	5 653	53,2	17 041	66,7	72,7
1962	4 963	56,5	7 395	53,7	6 139	57,7	17 730	69,4	76,3
1963	5 191	59,1	7 850	57,0	6 488	61,0	18 217	71,3	78,8
1964	5 646	64,2	8 556	62,1	7 031	66,1	19 423	76,0	79,9
1965	6 117	69,6	9 336	67,8	7 731	72,7	20 401	79,9	83,3
1966	6 424	73,1	10 014	72,7	8 183	77,0	20 975	82,1	87,2
1967	6 424	73,1	10 349	75,1	8 419	79,2	21 646	84,7	87,3
1968	7 057	80,3	10 988	79,8	8 821	83,0	22 987	90,0	87,8
1969	7 705	87,7	12 003	87,1	9 477	89,1	24 408	95,5	90,6
1970	8 790	100	13 773	100	10 634	100	25 546	100	100
1971	9 545	109,7	15 392	111,8	11 669	109,7	26 303	103,0	108,9
1972	10 467	119,1	16 770	121,8	12 719	119,6	27 324	107,0	115,2
1973	11 632	132,3	18 782	136,4	13 768	129,5	28 589	111,9	124,2
1974	12 445	141,6	20 928	151,9	15 112	142,1	29 285	114,6	135,9
1975 [5]	12 979	147,7	22 426	162,8	16 214	152,5	29 532	115,6	145,4
1976 [5]	14 259	162,2	23 985	174,1	16 903	159,0	31 469	123,2	146,7
1968 1. Hj.	3 242	73,8	5 269	76,5	4 302	80,9	10 841	84,9	89,5
2. Hj.	3 814	86,8	5 713	83,0	4 517	85,0	12 136	95,0	86,3
1969 1. Hj.	3 543	80,6	5 686	82,6	4 582	86,2	11 521	90,2	91,1
2. Hj.	4 160	94,7	6 311	91,6	4 891	92,0	12 878	100,8	90,2
1970 1. Hj.	4 067	92,5	6 521	94,7	5 160	97,0	12 189	95,4	99,6
2. Hj.	4 712	107,2	7 245	105,2	5 471	102,9	13 350	104,5	100,4
1971 1. Hj.	4 512	102,7	7 379	107,1	5 664	106,5	12 613	98,7	109,0
2. Hj.	5 132	116,8	8 010	116,3	6 004	112,9	13 687	107,2	108,8
1972 1. Hj.	4 893	111,3	8 052	116,9	6 259	117,7	13 101	102,6	115,3
2. Hj.	5 573	126,8	8 714	126,5	6 458	121,5	14 218	111,3	115,0
1973 1. Hj.	5 460	124,2	8 966	130,2	6 687	125,8	13 816	108,2	122,8
2. Hj.	6 171	140,4	9 813	142,5	7 080	133,2	14 771	115,6	125,5
1974 1. Hj.	5 849	133,1	9 964	144,7	7 377	138,7	14 191	111,1	133,6
2. Hj.	6 597	150,1	10 969	159,3	7 736	145,5	15 098	118,2	138,1
1975 1. Hj. [5]	6 052	137,7	10 778	156,5	8 013	150,7	14 100	110,4	146,4
2. Hj. [5]	6 928	157,6	11 648	169,1	8 202	154,3	15 434	120,8	144,4
1976 1. Hj. [5]	6 679	152,0	11 491	166,9	8 303	156,2	15 148	118,6	146,2
2. Hj. [5]	7 580	172,5	12 488	181,3	8 599	161,7	16 315	127,7	147,2
1977 1. Hj. [5]	7 113	161,8	12 320	178,9	8 766	164,9	15 671	122,7	151,3

[1] Inländerkonzept (nach dem Wohnort).
[2] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970.
[3] Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).
[4] Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;
berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.
[5] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 18*

Verwendung des

a) Mrd

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
				insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen									
1960	303,00	171,84	40,75	73,58	27,14	46,44	+ 8,90	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	46,08	83,46	31,32	52,14	+ 6,40	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	53,13	92,88	34,98	57,90	+ 5,40	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,69	97,71	35,64	62,07	+ 2,30	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,50	111,70	39,21	72,49	+ 6,00	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	70,15	119,90	43,35	76,55	+ 10,20	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	76,05	124,17	43,98	80,19	+ 4,70	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,65	114,18	41,07	73,11	− 1,10	106,41	89,07	+ 17,34
1968	535,20	300,76	83,67	120,12	43,45	76,67	+ 10,90	120,06	100,31	+ 19,75
1969	597,70	330,83	94,29	139,59	54,60	84,99	+ 15,40	137,08	119,49	+ 17,59
1970	679,00	367,55	108,11	173,69	68,43	105,26	+ 15,40	152,69	138,44	+ 14,25
1971	756,00	407,83	129,24	199,60	76,37	123,23	+ 3,80	168,32	152,79	+ 15,53
1972	827,20	447,75	144,03	214,34	76,75	137,59	+ 2,60	183,33	164,85	+ 18,48
1973	920,10	491,68	166,70	225,44	79,76	145,68	+ 7,20	214,72	185,64	+ 29,08
1974	986,90	527,55	194,02	216,39	76,47	139,92	+ 5,50	276,19	232,75	+ 43,44
1975 [3]	1 031,10	574,55	216,00	214,54	82,32	132,22	− 3,40	272,09	242,68	+ 29,41
1976 [3]	1 124,90	621,94	228,59	232,87	91,42	141,45	+ 13,40	310,41	282,31	+ 28,10
1967 1. Hj.	234,10	134,33	37,44	53,24	19,32	33,92	+ 0,30	51,30	42,51	+ 8,79
2. Hj.	259,60	148,30	43,21	60,94	21,75	39,19	− 1,40	55,11	46,56	+ 8,55
1968 1. Hj.	248,30	140,90	38,26	53,47	19,36	34,11	+ 7,00	55,59	46,92	+ 8,67
2. Hj.	286,90	159,86	45,41	66,65	24,09	42,56	+ 3,90	64,47	53,39	+ 11,08
1969 1. Hj.	274,90	154,81	43,16	60,92	24,37	36,55	+ 8,50	64,72	57,21	+ 7,51
2. Hj.	322,80	176,02	51,13	78,67	30,23	48,44	+ 6,90	72,36	62,28	+ 10,08
1970 1. Hj.	315,80	171,20	49,45	75,74	31,50	44,24	+ 13,50	72,15	66,24	+ 5,91
2. Hj.	363,20	196,35	58,66	97,95	36,93	61,02	+ 1,90	80,54	72,20	+ 8,34
1971 1. Hj.	355,90	191,66	60,26	91,91	37,48	54,43	+ 3,90	82,20	74,03	+ 8,17
2. Hj.	400,10	216,17	68,98	107,69	38,89	68,80	− 0,10	86,12	78,76	+ 7,36
1972 1. Hj.	389,60	210,70	67,34	99,66	37,09	62,57	+ 4,00	86,76	78,86	+ 7,90
2. Hj.	437,60	237,05	76,69	114,68	39,66	75,02	− 1,40	96,57	85,99	+ 10,58
1973 1. Hj.	435,50	234,97	76,15	107,58	38,84	68,74	+ 3,70	101,68	88,58	+ 13,10
2. Hj.	484,60	256,71	90,55	117,86	40,92	76,94	+ 3,50	113,04	97,06	+ 15,98
1974 1. Hj.	467,40	250,30	87,71	102,66	35,85	66,81	+ 5,60	132,38	111,25	+ 21,13
2. Hj.	519,50	277,25	106,31	113,73	40,62	73,11	− 0,10	143,81	121,50	+ 22,31
1975 1. Hj. [3]	485,10	271,99	98,75	98,55	37,61	60,94	− 0,20	131,76	115,75	+ 16,01
2. Hj. [3]	546,00	302,56	117,25	115,99	44,71	71,28	− 3,20	140,33	126,93	+ 13,40
1976 1. Hj. [3]	531,00	296,52	105,88	106,57	42,88	63,69	+ 7,50	148,78	134,25	+ 14,53
2. Hj. [3]	593,90	325,42	122,71	126,30	48,54	77,76	+ 5,90	161,63	148,06	+ 13,57
1977 1. Hj. [3]	565,60	315,92	110,82	115,74	46,43	69,31	+ 9,60	159,19	145,67	+ 13,52

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr.
[2] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 18*

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Ausrüstungen	Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum	
in Preisen von 1970											
429,50	226,37	69,53	109,24	34,06	75,18	÷ 9,50	72,29	57,43	+14,86	1960	
450,40	239,93	74,03	117,00	38,14	78,86	÷ 7,30	74,92	62,78	+12,14	1961	
470,30	252,99	81,75	122,34	41,18	81,16	÷ 5,50	77,34	69,62	+ 7,72	1962	
484,30	260,37	87,23	123,85	41,37	82,48	+ 2,40	83,21	72,76	+10,45	1963	
516,40	273,34	88,22	137,80	44,66	93,14	÷ 6,40	89,98	79,34	+10,64	1964	
545,00	292,11	92,71	144,47	48,10	96,37	+10,50	95,84	90,63	÷ 5,21	1965	
558,80	300,62	94,91	146,24	47,54	98,70	÷ 4,60	105,71	93,28	+12,43	1966	
558,10	303,63	98,30	136,31	44,03	92,28	— 1,60	113,41	91,95	+21,46	1967	
594,40	317,39	98,37	141,80	47,25	94,55	+11,50	128,44	103,10	+25,34	1968	
641,30	342,41	103,37	156,73	58,12	98,61	+16,20	142,41	119,82	+22,59	1969	
679,00	367,55	108,11	173,69	68,43	105,26	+15,40	152,69	138,44	+14,25	1970	
701,70	386,80	114,95	184,87	72,44	112,43	÷ 3,90	161,96	150,78	+11,18	1971	
727,30	402,24	120,27	191,30	71,75	119,55	÷ 2,40	172,26	161,17	+11,09	1972	
763,00	412,48	126,85	191,67	72,30	119,37	÷ 6,10	191,99	166,09	+25,90	1973	
765,70	413,79	132,31	172,61	64,90	107,71	+ 4,40	214,73	172,14	+42,59	1974	
746,80	423,93	138,25	165,37	65,13	100,24	— 2,60	199,96	178,11	+21,85	1975	[3]
789,10	439,36	141,58	173,72	69,79	103,93	÷ 9,40	222,09	197,05	+25,04	1976	[3]
264,90	144,56	46,50	62,94	20,61	42,33	—	54,90	44,00	+10,90	1967	1. Hj.
293,20	159,07	51,80	73,37	23,42	49,95	÷ 1,60	58,51	47,95	+10,56		2. Hj.
278,00	149,63	46,35	63,46	21,06	42,40	÷ 7,10	59,59	48,13	+11,46	1968	1. Hj.
316,40	167,76	52,02	78,34	26,19	52,15	+ 4,40	68,85	54,97	+13,88		2. Hj.
300,60	161,38	49,22	70,08	26,28	43,80	÷ 9,20	67,87	57,15	+10,72	1969	1. Hj.
340,70	181,03	54,15	86,65	31,84	54,81	÷ 7,00	74,54	62,67	+11,87		2. Hj.
321,70	172,78	51,01	77,08	31,93	45,15	+14,00	73,01	66,18	÷ 6,83	1970	1. Hj.
357,30	194,77	57,10	96,61	36,50	60,11	÷ 1,40	79,68	72,26	+ 7,42		2. Hj.
336,20	184,01	55,34	86,09	35,68	50,41	+ 3,80	79,42	72,64	÷ 6,96	1971	1. Hj.
365,50	202,79	59,61	98,78	36,76	62,02	÷ 0,10	82,54	78,32	÷ 4,22		2. Hj.
347,40	192,14	58,32	89,78	34,82	54,96	÷ 3,40	81,94	78,18	÷ 3,76	1972	1. Hj.
379,90	210,10	61,95	101,52	36,93	64,59	— 1,00	90,32	82,99	÷ 7,33		2. Hj.
367,40	200,60	60,90	92,52	35,55	56,97	+ 2,70	93,02	82,34	+10,68	1973	1. Hj.
395,60	211,88	65,95	99,15	36,75	62,40	+ 3,40	98,97	83,75	+15,22		2. Hj.
372,70	199,71	63,10	82,97	31,01	51,96	— 3,80	105,90	82,78	+23,12	1974	1. Hj.
393,00	214,08	69,21	89,64	33,89	55,75	÷ 0,60	108,83	89,36	+19,47		2. Hj.
356,40	203,71	65,95	76,44	30,05	46,39	— 0,20	97,15	86,65	+10,50	1975	1. Hj.
390,40	220,22	72,30	88,93	35,08	53,85	— 2,40	102,81	91,46	+11,35		2. Hj.
378,20	211,60	68,65	80,35	32,98	47,37	+ 5,30	107,09	94,79	+12,30	1976	1. Hj.
410,90	227,76	72,93	93,37	36,81	56,56	+ 4,10	115,00	102,26	+12,74		2. Hj.
389,50	216,98	68,68	84,05	34,41	49,64	÷ 6,70	112,36	99,27	+13,09	1977	1. Hj.

[3] Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 18*

Verwendung des

b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
			insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen								
1960	56,7	13,4	24,3	9,0	15,3	+2,9	20,0	17,4	+2,6
1961	56,8	13,9	25,2	9,5	15,7	+1,9	19,1	16,9	+2,2
1962	56,8	14,7	25,8	9,7	16,1	+1,5	18,4	17,2	+1,2
1963	56,7	15,6	25,6	9,3	16,2	+0,6	18,9	17,4	+1,5
1964	55,6	14,9	26,6	9,3	17,3	+1,4	19,0	17,6	+1,4
1965	56,2	15,3	26,2	9,5	16,7	−2,2	19,0	19,0	−0,1
1966	56,4	15,6	25,5	9,0	16,5	+1,0	20,2	18,7	+1,5
1967	57,2	16,3	23,1	8,3	14,8	−0,2	21,6	18,0	+3,5
1968	56,2	15,6	22,4	8,1	14,3	+2,0	22,4	18,7	+3,7
1969	55,4	15,8	23,4	9,1	14,2	+2,6	22,9	20,0	+2,9
1970	54,1	15,9	25,6	10,1	15,5	−2,3	22,5	20,4	+2,1
1971	53,9	17,1	26,4	10,1	16,3	+0,5	22,3	20,2	+2,1
1972	54,1	17,4	25,9	9,3	16,6	+0,3	22,2	19,9	+2,2
1973	53,4	18,1	24,5	8,7	15,8	+0,8	23,3	20,2	+3,2
1974	53,5	19,7	21,9	7,7	14,2	+0,6	28,0	23,6	+4,4
1975 [3]	55,7	20,9	20,8	8,0	12,8	−0,3	26,4	23,5	+2,9
1976 [3]	55,3	20,3	20,7	8,1	12,6	+1,2	27,6	25,1	+2,5
1967 1. Hj.	57,4	16,0	22,7	8,3	14,5	+0,1	21,9	18,2	+3,8
2. Hj.	57,1	16,6	23,5	8,4	15,1	−0,5	21,2	17,9	+3,3
1968 1. Hj.	56,7	15,4	21,5	7,8	13,7	+2,8	22,4	18,9	+3,5
2. Hj.	55,7	15,8	23,2	8,4	14,8	+1,4	22,5	18,6	+3,9
1969 1. Hj.	56,3	15,7	22,2	8,9	13,3	+3,1	23,5	20,8	+2,7
2. Hj.	54,5	15,8	24,4	9,4	15,0	+2,1	22,4	19,3	+3,1
1970 1. Hj.	54,2	15,7	24,0	10,0	14,0	+4,3	22,8	21,0	+1,9
2. Hj.	54,1	16,2	27,0	10,2	16,8	+0,5	22,2	19,9	+2,3
1971 1. Hj.	53,9	16,9	25,8	10,5	15,3	+1,1	23,1	20,8	+2,3
2. Hj.	54,0	17,2	26,9	9,7	17,2	−0,0	21,5	19,7	+1,8
1972 1. Hj.	54,1	17,3	25,6	9,5	16,1	+1,0	22,3	20,2	+2,0
2. Hj.	54,2	17,5	26,2	9,1	17,1	−0,3	22,1	19,7	+2,4
1973 1. Hj.	54,0	17,5	24,7	8,9	15,8	+0,8	23,3	20,3	+3,0
2. Hj.	53,0	18,7	24,3	8,4	15,9	+0,7	23,3	20,0	+3,3
1974 1. Hj.	53,6	18,8	22,0	7,7	14,3	+1,2	28,3	23,8	+4,5
2. Hj.	53,4	20,5	21,9	7,8	14,1	−0,0	27,7	23,4	+4,3
1975 1. Hj.	56,1	20,4	20,3	7,8	12,6	−0,0	27,2	23,9	+3,3
2. Hj.	55,4	21,5	21,2	8,2	13,1	−0,6	25,7	23,2	+2,5
1976 1. Hj. [3]	55,8	19,9	20,1	8,1	12,0	+1,4	28,0	25,3	−2,7
2. Hj. [3]	54,8	20,7	21,3	8,2	13,1	+1,0	27,2	24,9	+2,3
1977 1. Hj. [3]	55,9	19,6	20,5	8,2	12,3	+1,7	28,1	25,8	+2,4

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr.
[2] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

noch Tabelle 18*

Sozialprodukts

in vH

Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum	
				in Preisen von 1970						
52,7	16,2	25,4	7,9	17,5	+2,2	16,8	13,4	+3,5	1960	
53,3	16,4	26,0	8,5	17,5	+1,6	16,6	13,9	+2,7	1961	
53,8	17,4	26,0	8,8	17,3	−1,2	16,4	14,8	+1,6	1962	
53,8	18,0	25,6	8,5	17,0	+0,5	17,2	15,0	+2,2	1963	
52,9	17,1	26,7	8,6	18,0	+1,2	17,4	15,4	+2,1	1964	
53,6	17,0	26,5	8,8	17,7	+1,9	17,6	16,6	+1,0	1965	
53,8	17,0	26,2	8,5	17,7	+0,8	18,9	16,7	−2,2	1966	
54,4	17,6	24,4	7,9	16,5	−0,3	20,3	16,5	+3,8	1967	
53,4	16,5	23,9	7,9	15,9	+1,9	21,6	17,3	+4,3	1968	
53,4	16,1	24,4	9,1	15,4	+2,5	22,2	18,7	+3,5	1969	
54,1	15,9	25,6	10,1	15,5	+2,3	22,5	20,4	+2,1	1970	
55,1	16,4	26,3	10,3	16,0	+0,6	23,1	21,5	+1,6	1971	
55,3	16,5	26,3	9,9	16,4	+0,3	23,7	22,2	+1,5	1972	
54,1	16,6	25,1	9,5	15,6	+0,8	25,2	21,8	+3,4	1973	
54,0	17,3	22,5	8,5	14,1	+0,6	28,0	22,5	+5,6	1974	
56,8	18,5	22,1	8,7	13,4	−0,3	26,8	23,8	+2,9	1975	[3]
55,7	17,9	22,0	8,8	13,2	+1,2	28,1	25,0	+3,2	1976	[3]
54,6	17,6	23,8	7,8	16,0	—	20,7	16,6	+4,1	1967	1. Hj.
54,3	17,7	25,0	8,0	17,0	−0,5	20,0	16,4	+3,6		2. Hj.
53,8	16,7	22,8	7,6	15,3	+2,6	21,4	17,3	+4,1	1968	1. Hj.
53,0	16,4	24,8	8,3	16,5	+1,4	21,8	17,4	+4,4		2. Hj.
53,7	16,4	23,3	8,7	14,6	+3,1	22,6	19,0	+3,6	1969	1. Hj.
53,1	15,9	25,4	9,3	16,1	+2,1	21,9	18,4	+3,5		2. Hj.
53,7	15,9	24,0	9,9	14,0	+4,4	22,7	20,6	+2,1	1970	1. Hj.
54,5	16,0	27,0	10,2	16,8	+0,4	22,3	20,2	+2,1		2. Hj.
54,7	16,5	25,6	10,6	15,0	+1,1	23,6	21,6	+2,1	1971	1. Hj.
55,5	16,3	27,0	10,1	17,0	−0,0	22,6	21,4	+1,2		2. Hj.
55,3	16,8	25,8	10,0	15,8	−1,0	23,6	22,5	+1,1	1972	1. Hj.
55,3	16,3	26,7	9,7	17,0	−0,3	23,8	21,8	+1,9		2. Hj.
54,6	16,6	25,2	9,7	15,5	+0,7	25,3	22,4	+2,9	1973	1. Hj.
53,6	16,7	25,1	9,3	15,8	+0,9	25,0	21,2	+3,8		2. Hj.
53,6	16,9	22,3	8,3	13,9	+1,0	28,4	22,2	+6,2	1974	1. Hj.
54,5	17,6	22,8	8,6	14,2	+0,2	27,7	22,7	+5,0		2. Hj.
57,2	18,5	21,4	8,4	13,0	−0,1	27,3	24,3	+2,9	1975	1. Hj.
56,4	18,5	22,8	9,0	13,8	−0,6	26,3	23,4	+2,9		2. Hj.
55,9	18,2	21,2	8,7	12,5	+1,4	28,3	25,1	+3,3	1976	1. Hj.
55,4	17,7	22,7	9,0	13,8	−1,0	28,0	24,9	+3,1		2. Hj.
55,7	17,6	21,6	8,8	12,7	+1,7	28,8	25,5	+3,4	1977	1. Hj.

[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 19*

Investitionen

Mrd DM

Zeitraum	Insgesamt	Ausrüstungen			Bauten				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen [1]	Staat	zusammen	Unternehmen [1] zusammen	Unternehmen [1] darunter Wohnbauten [2]	Staat	
	in jeweiligen Preisen								
1960	82,48	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 8,90
1961	89,86	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,40
1962	98,28	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,40
1963	100,01	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,30
1964	117,70	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,00
1965	130,10	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+10,20
1966	128,87	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 4,70
1967	113,08	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	− 1,10
1968	131,02	43,45	41,94	1,51	76,67	57,43	37,33	19,24	+10,90
1969	154,99	54,60	52,88	1,72	84,99	62,84	38,68	22,15	+15,40
1970	189,09	68,43	66,24	2,19	105,26	76,79	44,86	28,47	+15,40
1971	203,40	76,37	73,70	2,67	123,23	92,55	55,05	30,68	− 3,80
1972	216,94	76,75	73,86	2,89	137,59	106,68	66,89	30,91	− 2,60
1973	232,64	79,76	76,49	3,27	145,68	113,80	72,61	31,88	+ 7,20
1974	221,89	76,47	72,61	3,86	139,92	103,10	64,47	36,82	+ 5,50
1975 [3]	211,14	82,32	78,57	3,75	132,22	95,65	59,19	36,57	− 3,40
1976 [3]	246,27	91,42	87,85	3,57	141,45	105,20	65,31	36,25	+13,40
1967 1. Hj.	53,54	19,32	18,72	0,60	33,92	26,01	16,73	7,91	+ 0,30
2. Hj.	59,54	21,75	20,78	0,97	39,19	29,80	19,52	9,39	− 1,40
1968 1. Hj.	60,47	19,36	18,74	0,62	34,11	25,77	16,84	8,34	− 7,00
2. Hj.	70,55	24,09	23,20	0,89	42,56	31,66	20,49	10,90	+ 3,90
1969 1. Hj.	69,42	24,37	23,67	0,70	36,55	27,27	16,68	9,28	+ 8,50
2. Hj.	85,57	30,23	29,21	1,02	48,44	35,57	22,00	12,87	− 6,90
1970 1. Hj.	89,24	31,50	30,61	0,89	44,24	32,61	18,66	11,63	+13,50
2. Hj.	99,85	36,93	35,63	1,30	61,02	44,18	26,20	16,84	+ 1,90
1971 1. Hj.	95,81	37,48	36,36	1,12	54,43	40,79	23,53	13,64	+ 3,90
2. Hj.	107,59	38,89	37,34	1,55	68,80	51,76	31,52	17,04	− 0,10
1972 1. Hj.	103,66	37,09	35,85	1,24	62,57	48,62	29,92	13,95	+ 4,00
2. Hj.	113,28	39,66	38,01	1,65	75,02	58,06	36,97	16,96	− 1,40
1973 1. Hj.	111,28	38,84	37,50	1,34	68,74	54,31	34,49	14,43	− 3,70
2. Hj.	121,36	40,92	38,99	1,93	76,94	59,49	38,12	17,45	+ 3,50
1974 1. Hj.	108,26	35,85	34,38	1,47	66,81	49,98	30,87	16,83	+ 5,60
2. Hj.	113,63	40,62	38,23	2,39	73,11	53,12	33,60	19,99	− 0,10
1975 1. Hj. [3]	98,35	37,61	36,12	1,49	60,94	44,19	27,00	16,75	− 0,20
2. Hj. [3]	112,79	44,71	42,45	2,26	71,28	51,46	32,19	19,82	− 3,20
1976 1. Hj. [3]	114,07	42,88	41,47	1,41	63,69	47,52	28,72	16,17	− 7,50
2. Hj. [3]	132,20	48,54	46,38	2,16	77,76	57,68	36,59	20,08	+ 5,90
1977 1. Hj. [3]	125,34	46,43	...	...	69,31	...	...	...	+ 9,60

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2] Nur neue Bauten.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 19*

Investitionen

Mrd DM

Insgesamt	Ausrüstungen			Bauten				Vorratsveränderung	Zeitraum	
	zusammen	Unternehmen [1]	Staat	zusammen	Unternehmen [1] zusammen	Unternehmen [1] darunter Wohnbauten [2]	Staat			
				in Preisen von 1970						
118,74	34,06	32,98	1,08	75,18	62,14	37,61	13,04	+ 9,50	1960	
124,30	38,14	36,91	1,23	78,86	64,38	38,65	14,48	+ 7,30	1961	
127,84	41,18	39,73	1,45	81,16	64,31	39,09	16,85	+ 5,50	1962	
126,25	41,37	39,73	1,64	82,48	63,12	38,79	19,36	+ 2,40	1963	
144,20	44,66	42,95	1,71	93,14	69,44	43,17	23,70	+ 6,40	1964	
154,97	48,10	46,21	1,89	96,37	72,56	44,84	23,81	+10,50	1965	
150,84	47,54	45,71	1,83	98,70	74,64	46,50	24,06	+ 4,60	1966	
134,71	44,03	42,27	1,76	92,28	70,34	46,39	21,94	− 1,60	1967	
153,30	47,25	45,62	1,63	94,55	70,98	46,14	23,57	+11,50	1968	
172,93	58,12	56,32	1,80	98,61	72,96	44,98	25,65	+16,20	1969	
189,09	68,43	66,24	2,19	105,26	76,79	44,86	28,47	+15,40	1970	
188,77	72,44	69,90	2,54	112,43	84,28	49,69	28,15	+ 3,90	1971	
193,70	71,75	69,06	2,69	119,55	92,06	56,68	27,49	+ 2,40	1972	
197,77	72,30	69,36	2,94	119,37	92,28	57,41	27,09	+ 6,10	1973	
177,01	64,90	61,63	3,27	107,71	78,61	47,75	29,10	+ 4,40	1974	
162,77	65,13	62,14	2,99	100,24	71,85	42,78	28,39	− 2,60	1975	[3]
183,12	69,79	67,05	2,74	103,93	76,48	45,66	27,45	+ 9,40	1976	[3]
62,94	20,61	19,94	0,67	42,33	32,44	21,22	9,89	—	1967 1. Hj.	
71,77	23,42	22,33	1,09	49,95	37,90	25,17	12,05	− 1,60	2. Hj.	
70,56	21,06	20,39	0,67	42,40	32,10	21,00	10,30	+ 7,10	1968 1. Hj.	
82,74	26,19	25,23	0,96	52,15	38,88	25,14	13,27	+ 4,40	2. Hj.	
79,28	26,28	25,54	0,74	43,80	32,73	20,04	11,07	+ 9,20	1969 1. Hj.	
93,65	31,84	30,78	1,06	54,81	40,23	24,94	14,58	+ 7,00	2. Hj.	
91,08	31,93	31,03	0,90	45,15	33,30	19,08	11,85	+14,00	1970 1. Hj.	
98,01	36,50	35,21	1,29	60,11	43,49	25,78	16,62	+ 1,40	2. Hj.	
89,89	35,68	34,61	1,07	50,41	37,76	21,64	12,65	+ 3,80	1971 1. Hj.	
98,88	36,76	35,29	1,47	62,02	46,52	28,05	15,50	− 0,10	2. Hj.	
93,18	34,82	33,66	1,16	54,96	42,47	25,69	12,49	+ 3,40	1972 1. Hj.	
100,52	36,93	35,40	1,53	64,59	49,59	30,99	15,00	+ 1,00	2. Hj.	
95,22	35,55	34,33	1,22	56,97	44,61	27,64	12,36	+ 2,70	1973 1. Hj.	
102,55	36,75	35,03	1,72	62,40	47,67	29,77	14,73	+ 3,40	2. Hj.	
86,77	31,01	29,73	1,28	51,96	38,51	23,20	13,45	+ 3,80	1974 1. Hj.	
90,24	33,89	31,90	1,99	55,75	40,10	24,55	15,65	+ 0,60	2. Hj.	
76,24	30,05	28,85	1,20	46,39	33,35	19,63	13,04	− 0,20	1975 1. Hj.	[3]
86,53	35,08	33,29	1,79	53,85	38,50	23,15	15,35	− 2,40	2. Hj.	[3]
85,65	32,98	31,88	1,10	47,37	35,01	20,33	12,36	+ 5,30	1976 1. Hj.	[3]
97,47	36,81	35,17	1,64	56,56	41,47	25,33	15,09	− 4,10	2. Hj.	[3]
90,75	34,41	...	...	49,64	...	...	...	+ 6,70	1977 1. Hj.	[3]

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2] Nur neue Bauten.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20*

Einkommen und Ersparnis

Mrd

Zeitraum	Erwerbs- und Vermögenseinkommen			Anteil der privaten Haushalte am Volkseinkommen [2] [3]	Empfangene [4]	Geleistete [5]	Verfügbares Einkommen insgesamt [2]
	insgesamt [2]	Einkommen aus			laufende Übertragungen		
		unselbständiger Arbeit	Unternehmertätigkeit und Vermögen [2]				
1960	224,00	144,90	79,10	223,13	42,89	58,73	207,29
1961	246,21	163,44	82,77	245,18	46,95	68,04	224,09
1962	267,40	180,84	86,55	266,28	51,61	76,44	241,45
1963	282,28	193,98	88,30	281,10	55,08	83,12	253,06
1964	311,04	212,08	98,96	309,76	60,73	90,58	279,91
1965	342,10	235,15	106,95	340,67	85,05	99,00	309,72
1966	363,75	253,20	110,55	362,04	74,51	110,26	326,29
1967	366,65	253,07	113,58	364,85	81,81	111,95	334,71
1968	400,94	271,91	129,03	398,89	86,43	123,03	362,29
1969	442,14	305,92	136,22	439,25	93,77	141,67	391,62
1970	520,22	361,32	158,90	516,55	103,05	171,87	447,73
1971	581,30	408,30	173,00	577,03	115,54	200,93	491,64
1972	627,18	448,79	178,39	622,40	131,31	225,11	528,60
1973	698,95	509,47	189,48	692,22	146,52	270,52	568,22
1974	754,94	560,63	194,31	747,30	166,52	301,81	612,01
1975 [6]	786,13	583,83	202,30	778,78	201,78	312,83	667,71
1976 [6]	...	625,08	...	...	216,03	349,42	...
1968 1. Hj.	177,73	129,15	48,58	176,74	43,08	57,85	161,97
2. Hj.	204,55	142,76	61,79	203,49	43,35	65,18	181,66
1969 1. Hj.	200,11	143,64	56,47	198,94	46,16	65,22	179,88
2. Hj.	232,35	162,28	70,07	230,90	47,61	76,45	202,06
1970 1. Hj.	228,56	170,07	58,49	226,83	51,23	78,74	199,32
2. Hj.	270,94	191,25	76,69	269,00	51,82	93,13	227,69
1971 1. Hj.	261,06	195,16	65,90	259,02	56,79	95,14	220,67
2. Hj.	300,92	213,14	87,78	298,69	58,75	105,79	251,65
1972 1. Hj.	290,19	214,06	76,13	287,94	63,74	103,68	248,09
2. Hj.	334,22	234,73	99,49	331,69	67,57	121,43	277,83
1973 1. Hj.	330,79	242,48	88,31	327,72	70,88	126,27	272,33
2. Hj.	373,23	266,99	106,24	369,57	75,64	144,25	300,96
1974 1. Hj.	356,46	268,27	88,19	352,69	81,07	141,42	292,34
2. Hj.	408,10	292,36	115,74	404,23	85,45	160,39	329,29
1975 1. Hj.	376,79	280,84	95,95	373,12	98,58	145,38	326,32
2. Hj.	423,47	302,99	120,48	419,79	103,18	167,45	355,52
1976 1. Hj. [6]	404,54	297,81	106,73	400,71	106,41	162,66	344,46
2. Hj. [6]	462,33	327,27	135,06	458,18	109,62	186,76	381,04
1977 1. Hj. [6]	435,82	320,27	115,55	431,48	114,93	179,16	367,25

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2] Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[3] Erwerbs- und Vermögenseinkommen nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4] Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, sonstige laufende Übertragungen.

Tabelle 20*

der privaten Haushalte [1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne [6])	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne [6])	Sparquote [7]) (vH)	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo	Zeitraum
171,84	35,45	19,42	16,03	*8,5*	3,01	3,02	16,02	1960
188,33	35,76	17,28	18,48	*8,9*	4,12	3,72	18,88	1961
204,79	36,66	17,49	19,17	*8,6*	4,52	4,51	19,18	1962
216,79	36,27	12,68	23,59	*9,8*	4,12	4,90	22,81	1963
233,50	46,41	16,80	29,61	*11,3*	4,57	5,86	28,32	1964
257,62	52,10	16,35	35,75	*12,2*	5,22	6,61	34,36	1965
275,06	51,23	14,99	36,24	*11,6*	5,25	7,41	34,08	1966
282,63	52,08	16,08	36,00	*11,3*	5,36	8,95	32,41	1967
300,76	61,53	18,66	42,87	*12,5*	5,74	10,24	38,37	1968
330,83	60,79	9,68	51,11	*13,4*	5,85	11,03	45,93	1969
367,55	80,18	20,72	59,46	*13,9*	8,24	12,71	54,99	1970
407,83	83,81	19,32	64,49	*13,7*	11,10	15,07	60,52	1971
447,75	80,85	2,77	78,08	*14,8*	12,57	19,09	71,56	1972
491,68	76,54	− 5,07	81,61	*14,2*	12,66	20,26	74,01	1973
527,55	84,46	− 9,62	94,08	*15,1*	15,96	23,73	86,31	1974
574,55	93,16	14,13	107,29	*15,7*	17,86	25,43	99,72	1975 [8])
621,94	...	...	103,56	*14,3*	18,27	29,03	92,80	1976 [8])
140,90	.	.	21,07	*13,0*	2,64	4,81	18,90	1968 1. Hj.
159,86	.	.	21,80	*12,0*	3,10	5,43	19,47	2. Hj.
154,81	.	.	25,07	*13,9*	2,64	5,11	22,60	1969 1. Hj.
176,02	.	.	26,04	*12,9*	3,21	5,92	23,33	2. Hj.
171,20	.	.	28,12	*14,1*	3,47	5,92	25,67	1970 1. Hj.
196,35	.	.	31,34	*13,8*	4,77	6,79	29,32	2. Hj.
191,66	.	.	29,01	*13,1*	4,76	7,08	26,69	1971 1. Hj.
216,17	.	.	35,48	*14,1*	6,34	7,99	33,83	2. Hj.
210,70	.	.	37,30	*15,0*	5,84	8,50	34,64	1972 1. Hj.
237,05	.	.	40,78	*14,7*	6,73	10,59	36,92	2. Hj.
234,97	.	.	37,36	*13,7*	5,90	9,40	33,86	1973 1. Hj.
256,71	.	.	44,25	*14,7*	6,76	10,86	40,15	2. Hj.
250,30	.	.	42,04	*14,4*	7,34	11,18	38,20	1974 1. Hj.
277,25	.	.	52,04	*15,8*	8,62	12,55	48,11	2. Hj.
271,99	.	.	54,33	*16,6*	8,24	11,80	50,77	1975 1. Hj.
302,56	.	.	52,96	*14,9*	9,62	13,63	48,95	2. Hj.
296,52	.	.	47,94	*13,9*	8,44	13,84	42,54	1976 1. Hj. [8])
325,42	.	.	55,62	*14,6*	9,83	15,19	50,26	2. Hj.
315,92	.	.	51,33	*14,0*	9,38	14,56	46,15	1977 1. Hj.

[5]) Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, sonstige laufende Übertragungen.
[6]) Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[7]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).
[8]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 21*

Käufe der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszwecken [1])

Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel [2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten u. ä. [3])	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä. [4])
	in jeweiligen Preisen									
1960	170,57	63,29	19,68	16,90	5,20	22,05	15,60	8,38	12,24	7,23
1961	186,22	67,90	21,05	19,08	5,62	24,04	18,11	9,00	13,36	8,06
1962	201,87	72,57	22,49	20,22	6,97	26,05	20,76	9,91	14,22	8,68
1963	214,06	75,62	23,41	22,33	8,55	26,86	22,80	10,16	14,90	9,43
1964	230,69	80,69	25,13	24,61	7,99	29,28	25,47	11,00	16,15	10,37
1965	253,88	87,27	28,12	27,09	8,36	31,94	29,28	12,20	18,00	11,62
1966	271,14	91,79	29,66	30,57	8,88	33,71	31,78	13,03	19,05	12,67
1967	279,07	93,86	29,95	33,87	9,32	33,78	31,70	13,27	19,94	13,38
1968	296,95	96,47	31,08	37,77	10,81	35,32	35,75	14,11	21,31	14,33
1969	325,87	102,55	34,13	41,62	11,87	39,26	42,04	15,17	23,39	15,84
1970	360,53	110,26	38,32	44,97	13,19	44,21	49,19	16,48	26,45	17,46
1971	399,12	119,07	42,40	49,40	13,92	50,42	55,68	18,63	29,22	20,38
1972	437,74	128,50	46,98	54,50	15,55	56,10	60,39	20,41	32,29	23,02
1973	478,62	139,26	49,83	60,31	19,41	60,57	64,64	22,77	35,98	25,85
1974	513,70	146,98	53,14	65,84	22,25	64,15	67,61	25,49	39,65	28,59
1975 [5])	559,24	156,07	57,43	72,09	24,97	67,32	78,86	28,54	42,46	31,50
1976 [5])	606,00	168,48	59,55	77,47	28,17	71,24	90,33	31,10	44,98	34,68
	in Preisen von 1970									
1960	223,53	76,68	23,87	31,16	6,89	27,19	19,07	12,42	17,02	9,23
1961	236,06	80,87	24,98	32,31	7,26	28,44	21,71	12,97	17,53	9,99
1962	248,23	84,09	25,92	33,48	8,82	29,33	24,60	13,66	17,74	10,59
1963	256,12	85,78	26,37	34,69	10,49	29,60	26,27	13,61	18,13	11,18
1964	269,32	89,66	27,92	36,03	9,53	31,90	28,87	14,33	19,05	12,03
1965	287,38	94,02	30,53	37,45	9,76	34,09	32,88	15,11	20,57	12,97
1966	295,90	95,86	31,45	38,95	10,26	35,23	34,30	15,03	21,11	13,71
1967	299,57	97,64	31,30	40,42	10,54	35,33	33,38	14,97	21,69	14,30
1968	313,53	101,01	32,58	41,99	11,40	36,87	36,92	15,22	22,74	14,80
1969	337,62	105,23	35,45	43,49	12,44	40,73	43,57	15,96	24,71	16,04
1970	360,53	110,26	38,32	44,97	13,19	44,21	49,19	16,48	26,45	17,46
1971	378,62	114,90	40,06	46,58	13,28	48,11	51,67	17,44	27,88	18,70
1972	393,59	117,36	41,90	48,52	14,27	51,59	52,33	17,95	29,68	19,99
1973	400,95	118,08	41,14	50,74	15,23	53,33	51,90	18,67	31,26	20,60
1974	403,81	119,71	41,15	52,89	15,48	53,18	49,26	19,53	32,06	20,55
1975 [5])	414,28	120,80	42,19	54,61	15,74	52,72	54,91	20,34	32,05	20,92
1976 [5])	429,38	124,31	42,46	56,03	16,62	53,95	60,32	21,15	32,90	21,64

[1]) Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnisses (1963) für den Privaten Verbrauch.
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3]) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.
[4]) Einschließlich Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 22*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft [1]) und zur übrigen Welt

Staat insgesamt (einschließlich Sozialversicherung)

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt [1])	Verkäufe von Verwaltungsleistungen [2])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten [4])
				laufende Übertragungen [3])	Vermögensübertragungen	
1960	114,40	4,72	4,20	101,15	1,39	+ 2,94
1961	129,04	5,14	4,64	114,49	1,09	+ 3,68
1962	141,54	5,74	4,76	125,96	1,31	+ 3,77
1963	153,74	6,23	5,19	134,23	1,23	− 6,86
1964	167,62	6,97	5,47	145,99	1,60	− 7,59
1965	180,67	7,73	5,75	156,53	1,70	− 8,96
1966	193,05	8,65	6,34	168,84	1,64	+ 7,58
1967	205,79	9,36	6,69	172,88	1,74	+15,12
1968	218,66	10,14	7,36	186,68	1,85	+12,63
1969	243,65	11,08	7,84	220,61	2,00	− 2,12
1970	278,77	12,32	8,63	245,63	2,47	− 9,72
1971	322,53	14,79	9,15	279,75	2,72	+16,12
1972	359,04	17,39	8,56	311,45	4,04	+17,60
1973	422,11	20,66	10,67	368,09	4,31	+18,36
1974	463,34	24,42	10,50	399,21	4,68	+24,53
1975 [9])	520,32	28,23	9,58	412,51	5,55	+64,45
1976 [9])	557,50	32,61	9,93	464,23	7,31	+43,42

Jahr	Ausgaben insgesamt [1])	Käufe für		Entgelte für die beim Staat Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen [3])
		laufende Produktionszwecke [5])	Investitionszwecke [6])			laufende Übertragungen [7])	Vermögensübertragungen	
1960	114,40	23,45	9,86	20,76	2,19	41,04	4,68	+12,42
1961	129,04	26,08	11,56	23,78	2,21	45,14	7,05	+13,22
1962	141,54	31,34	14,44	25,97	2,41	49,35	8,99	+ 9,04
1963	153,74	35,41	17,24	28,81	2,66	52,70	6,35	+10,57
1964	167,62	36,10	21,08	31,43	2,91	58,02	7,36	+10,72
1965	180,67	39,90	21,11	35,79	3,24	66,39	7,86	+ 6,38
1966	193,05	42,29	21,51	39,95	4,13	71,03	7,38	+ 6,76
1967	205,79	45,05	19,19	42,37	5,20	77,91	7,88	+ 8,19
1968	218,66	45,77	21,12	45,19	5,40	85,08	7,98	+ 8,12
1969	243,65	50,96	24,33	51,20	5,86	91,78	10,64	+ 8,88
1970	278,77	56,66	31,24	60,14	6,60	99,79	12,43	+11,91
1971	322,53	67,95	34,00	71,89	7,43	110,90	15,39	+14,97
1972	359,04	75,80	34,51	80,76	8,48	128,49	17,42	+13,58
1973	422,11	87,89	35,97	94,03	10,22	145,75	18,96	+29,29
1974	463,34	103,39	41,44	109,16	11,97	164,18	21,99	+11,21
1975 [9])	520,32	119,78	40,99	118,64	14,13	199,74	22,88	+ 4,16
1976 [9])	557,50	128,86	40,58	125,54	17,54	214,91	28,48	+ 1,59

Fußnoten siehe Seite 256 und 257.

noch Tabelle 22*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft [1]) und zur übrigen Welt

Gebietskörperschaften

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt [1])	Verkäufe von Verwaltungsleistungen [2])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene: laufende Übertragungen [3])	Empfangene: Vermögensübertragungen	Veränderung der Verbindlichkeiten [4])
1960	85,45	4,71	2,89	73,18	1,39	+ 3,28
1961	99,12	5,13	3,16	83,82	1,09	+ 5,92
1962	106,22	5,72	3,23	91,97	1,31	+ 3,99
1963	115,93	6,21	3,29	97,71	1,23	+ 7,49
1964	127,42	6,95	3,40	106,87	1,60	+ 8,60
1965	136,74	7,71	3,48	113,36	1,70	+10,49
1966	143,89	8,64	3,65	120,97	1,64	+ 8,99
1967	155,62	9,36	3,80	123,89	1,74	+16,83
1968	161,48	10,14	4,51	132,50	1,85	+12,48
1969	177,98	11,03	5,10	157,92	2,00	+ 1,93
1970	202,04	12,27	5,46	171,29	2,47	+10,55
1971	235,94	14,76	5,60	194,73	2,72	+18,13
1972	259,76	17,34	4,60	213,82	3,08	+20,92
1973	304,32	20,61	4,90	252,30	3,30	+23,21
1974	330,49	24,40	5,13	271,22	3,50	+26,24
1975 [9])	375,81	28,23	4,54	272,69	3,61	+66,74
1976 [9])	389,08	32,59	5,40	306,29	4,75	+40,05

Jahr	Ausgaben insgesamt [1])	Käufe für: laufende Produktionszwecke [5])	Käufe für: Investitionszwecke [6])	Entgelte für die beim Staat Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete: laufende Übertragungen [7])	Geleistete: Vermögensübertragungen	Veränderung der Forderungen [8])
1960	79,45	16,22	9,67	19,50	2,19	17,39	4,67	+ 9,81
1961	90,41	18,03	11,45	22,38	2,21	18,98	7,01	+10,35
1962	98,99	22,31	14,26	24,46	2,41	20,63	8,95	+ 5,97
1963	108,19	25,48	17,06	27,17	2,66	21,59	6,33	+ 7,90
1964	118,83	25,19	20,92	29,66	2,91	24,95	7,32	+ 7,88
1965	127,61	27,21	20,95	33,83	3,24	30,50	7,81	+ 4,07
1966	133,80	27,26	21,30	37,80	4,13	31,30	7,32	+ 4,69
1967	144,58	28,80	18,95	40,11	5,20	32,89	7,81	+10,82
1968	150,27	27,80	20,94	42,83	5,40	37,04	7,92	+ 8,34
1969	166,43	30,84	24,14	48,57	5,86	39,31	10,59	+ 7,12
1970	190,25	33,59	31,07	57,04	6,60	44,03	12,39	+ 5,53
1971	223,22	39,48	33,75	68,29	7,43	49,41	15,34	+ 9,52
1972	244,11	42,30	34,23	76,65	8,48	57,91	17,35	+ 7,19
1973	286,47	47,72	35,58	89,14	10,22	65,30	18,83	+19,68
1974	310,34	54,58	40,80	103,39	11,97	69,92	21,79	+ 7,89
1975 [9])	348,44	62,21	40,45	112,16	14,13	87,86	22,66	+ 8,97
1976 [9])	360,74	66,41	40,14	118,59	17,54	92,61	27,79	− 2,34

[1]) Ohne Einnahmen von bzw. Ausgaben an andere Körperschaften des Staatssektors, jedoch einschließlich der Verkäufe bzw. Käufe von Gesundheitsleistungen an die bzw. von der Sozialversicherung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern.

[2]) Einschließlich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land.

[3]) Steuern, Sozialbeiträge, Schadenversicherungsleistungen, Strafen, Verwaltungsgebühren der privaten Haushalte, Erstattungen von Sozialleistungen, Beiträge des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds u. ä.

[4]) Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank; einschließlich statistischer Differenz. Ohne Kreditaufnahme von anderen Körperschaften des Staatssektors; Tilgungsausgaben sind abgezogen.

noch Tabelle 22*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft [1]) und zur übrigen Welt

Sozialversicherung

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt [1])	Verkäufe von Verwaltungsleistungen [2])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten [4])
				laufende Übertragungen [3])	Vermögensübertragungen	
1960	28,95	0,01	1,31	27,97	—	−0,34
1961	29,92	0,01	1,48	30,67	—	−2,24
1962	35,32	0,02	1,53	33,99	—	−0,22
1963	37,81	0,02	1,90	36,52	—	−0,63
1964	40,20	0,02	2,07	39,12	—	−1,01
1965	43,93	0,02	2,27	43,17	—	−1,53
1966	49,16	0,01	2,69	47,87	—	−1,41
1967	50,17	0,00	2,89	48,99	—	−1,71
1968	57,18	0,00	2,85	54,18	—	+0,15
1969	65,67	0,05	2,74	62,69	—	+0,19
1970	76,73	0,05	3,17	74,34	—	−0,83
1971	86,59	0,03	3,55	85,02	—	−2,01
1972	99,28	0,05	3,96	97,63	0,96	−3,32
1973	117,79	0,07	5,77	115,79	1,01	−4,85
1974	132,85	0,02	5,37	127,99	1,18	−1,71
1975 [9])	144,53	0,02	5,04	139,82	1,94	−2,29
1976 [9])	168,42	0,02	4,53	157,94	2,56	+3,37

Jahr	Ausgaben insgesamt [1])	Käufe für		Entgelte für die beim Staat Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen [8])
		laufende Produktionszwecke [5])	Investitionszwecke [6])			laufende Übertragungen [7])	Vermögensübertragungen	
1960	34,95	7,23	0,19	1,26	—	23,65	0,01	+2,61
1961	38,63	8,05	0,11	1,40	—	26,16	0,04	+2,87
1962	42,55	9,03	0,18	1,51	—	28,72	0,04	+3,07
1963	45,55	9,93	0,18	1,64	—	31,11	0,02	+2,67
1964	48,79	10,91	0,16	1,77	—	33,07	0,04	+2,84
1965	53,06	12,69	0,16	1,96	—	35,89	0,05	+2,31
1966	59,25	15,03	0,21	2,15	—	39,73	0,06	+2,07
1967	61,21	16,25	0,24	2,26	—	45,02	0,07	−2,63
1968	68,39	17,97	0,18	2,36	—	48,04	0,06	−0,22
1969	77,22	20,12	0,19	2,63	—	52,47	0,05	+1,76
1970	88,52	23,07	0,17	3,10	—	55,76	0,04	+6,38
1971	99,31	28,47	0,25	3,60	—	61,49	0,05	+5,45
1972	114,93	33,50	0,28	4,11	—	70,58	0,07	+6,39
1973	135,64	40,17	0,39	4,89	—	80,45	0,13	+9,61
1974	153,00	48,81	0,64	5,77	—	94,26	0,20	+3,32
1975 [9])	171,88	57,57	0,54	6,48	—	111,88	0,22	−4,81
1976 [9])	196,76	62,45	0,44	6,95	—	122,30	0,69	+3,93

[5]) Einschließlich Käufe für Investitionen in eigener Regie, Vorratsveränderung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern.
[6]) Einschließlich Käufe von gebrauchten Anlagen und Land; ohne selbsterstellte Anlagen.
[7]) Subventionen, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, Zuschüsse an die Bundesbahn u. ä. zur Deckung außergewöhnlicher Pensionslasten, Beiträge an die Europäischen Gemeinschaften und andere internationalen Organisationen, Zahlungen an die Stationierungsstreitkräfte, unentgeltliche Ausfuhren im Rahmen der Entwicklungshilfe, vertragliche Zahlungen an die DDR u. a. m.
[8]) Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank. — [9]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23*

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung, Finanzierungssalden [1])

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland [5])	Finanzielle Sektoren zusammen [2]) [6])	Sektoren insgesamt [2])
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften [3])	Sozialversicherung [4])	zusammen [2])			
		insgesamt [2])	ohne Wohnungswirtschaft	Wohnungswirtschaft						
	I. Ersparnis und Vermögensübertragungen									
1970	51,78	37,57	32,53	5,04	22,28	6,86	118,49	— 2,42	5,53	121,60
1971	57,48	30,92	23,11	7,81	21,08	7,65	117,13	— 0,73	7,03	123,43
1972	67,81	30,55	25,46	5,09	15,98	8,60	122,94	— 2,27	7,59	128,26
1973	69,90	26,29	25,27	1,02	26,30	14,26	136,75	— 9,75	8,09	135,09
1974	87,01	18,25	1,75	16,50	16,77	5,43	127,46	—25,15	12,32	114,63
1975 [7])	100,02	16,42	3,99	12,43	—22,49	— 2,66	91,29	— 9,73	12,55	94,11
1976 [7])	92,77	29,77	16,89	12,88	— 8,95	0,48	114,07	— 7,90	14,42	120,59
1975 1. Hj. [7])	50,66	6,16	0,45	5,71	—11,12	— 1,66	44,04	— 6,94	3,68	40,78
2. Hj. [7])	49,36	10,26	3,54	6,72	—11,37	— 1,00	47,25	— 2,79	8,87	53,33
1976 1. Hj. [7])	42,53	19,57	15,41	4,16	— 8,29	— 0,25	53,56	— 4,69	3,49	52,36
2. Hj. [7])	50,24	10,20	1,48	8,72	— 0,66	0,73	60,51	— 3,21	10,93	68,23
1977 1. Hj. [7])	46,05	14,94	13,30	1,64	3,35	— 4,03	60,31	— 4,02	2,65	58,94
	II. Sachvermögensbildung (Netto-Investitionen)									
1970	—	93,49	67,66	25,83	25,56	0,28	119,33	—	2,28	121,60
1971	—	93,85	62,22	31,63	26,78	0,27	120,90	—	2,53	123,43
1972	—	99,44	59,36	40,08	25,72	0,30	125,46	—	2,80	128,26
1973	—	104,55	62,06	42,49	26,66	0,61	131,82	—	3,27	135,09
1974	—	75,82	33,25	42,57	34,87	0,58	111,27	—	3,36	114,63
1975 [7])	—	56,48	20,60	35,88	34,05	0,53	91,06	—	3,05	94,11
1976 [7])	—	83,83	43,48	40,35	33,33	0,45	117,61	—	2,98	120,59
1975 1. Hj. [7])	—	24,45	8,93	15,52	15,08	0,34	39,87	—	0,91	40,78
2. Hj. [7])	—	32,03	11,67	20,36	18,97	0,19	51,19	—	2,14	53,33
1976 1. Hj. [7])	—	36,75	20,27	16,48	14,31	0,24	51,30	—	1,06	52,36
2. Hj. [7])	—	47,09	23,22	23,87	19,02	0,21	66,32	—	1,91	68,23
1977 1. Hj. [7])	—	43,24	24,92	18,32	14,49	0,24	57,97	—	0,96	58,94
	III. Geldvermögensbildung (Veränderung der Forderungen)									
1970	55,15	23,29	24,09	— 0,56	5,53	6,56	90,35	33,92	102,16	226,42
1971	63,32	29,76	30,00	0,11	9,53	7,46	108,06	22,24	113,27	243,57
1972	76,06	34,52	34,79	0,28	7,19	8,38	124,15	19,48	136,86	280,49
1973	73,79	22,89	22,66	0,75	19,67	13,52	125,97	27,93	130,62	284,51
1974	86,47	31,65	32,40	— 0,36	7,34	4,87	128,78	17,02	115,68	261,49
1975 [7])	104,36	32,18	32,50	— 0,14	12,41	— 0,68	141,69	28,77	168,55	339,02
1976 [7])	101,73	42,13	41,80	0,55	— 0,47	— 0,01	148,47	35,93	157,63	342,02
1975 1. Hj. [7])	51,46	7,39	7,78	— 0,30	0,04	0,52	54,73	9,70	54,81	119,24
2. Hj. [7])	52,90	24,79	24,73	0,16	12,37	— 1,19	86,97	19,07	113,74	219,77
1976 1. Hj. [7])	46,88	16,89	16,75	0,25	— 5,93	— 0,48	60,81	13,77	58,11	132,69
2. Hj. [7])	54,85	25,24	25,05	0,30	5,46	0,47	87,66	22,16	99,52	209,33
1977 1. Hj. [7])	49,71	5,99	5,96	0,16	— 0,91	— 4,26	51,44	5,55	46,20	103,19

noch Tabelle 23*

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung, Finanzierungssalden [1]

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland [5]	Finanzielle Sektoren zusammen [2] [6]	Sektoren insgesamt [2]
	private Haushalte	Unternehmen insgesamt [2]	Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften [3]	Sozialversicherung [4]	zusammen [2]			
	IV. Kreditaufnahme (Veränderung der Verpflichtungen)									
1970	3,37	79,20	59,22	20,23	8,81	— 0,02	91,18	36,34	98,90	226,42
1971	5,84	92,69	69,11	23,93	15,23	0,08	111,82	22,97	108,77	243,57
1972	8,25	103,41	68,69	35,27	16,93	0,08	126,67	21,75	132,07	280,49
1973	3,89	101,15	59,45	42,22	20,03	— 0,13	121,03	37,68	125,80	284,51
1974	— 0,54	89,22	63,90	25,71	25,44	0,02	112,59	42,17	106,72	261,49
1975 [7]	4,34	72,24	49,11	23,31	68,95	2,51	141,46	38,50	159,05	339,02
1976 [7]	8,96	96,20	68,40	28,02	41,81	— 0,04	152,01	43,83	146,18	342,02
1975 1. Hj. [7]	0,80	25,68	16,26	9,51	26,24	2,52	50,56	16,64	52,04	119,24
2. Hj. [7]	3,54	46,56	32,86	13,80	42,71	— 0,00	90,90	21,86	107,01	219,77
1976 1. Hj. [7]	4,35	34,07	21,60	12,57	16,67	0,01	58,54	18,46	55,68	132,69
2. Hj. [7]	4,61	62,13	46,79	15,45	25,14	— 0,05	93,47	25,37	90,50	209,33
1977 1. Hj. [7]	3,66	34,29	17,59	16,84	10,23	0,01	49,10	9,57	44,52	103,19
	V. Finanzierungssaldo [8] (= I ./. II oder III ./. IV)									
1970	51,78	—55,92	—35,13	—20,79	— 3,28	6,58	— 0,84	— 2,42	3,26	—
1971	57,48	—62,93	—39,11	—23,82	— 5,70	7,38	— 3,77	— 0,73	4,50	—
1972	67,81	—68,89	—33,90	—34,99	— 9,74	8,30	— 2,52	— 2,27	4,79	—
1973	69,90	—78,26	—36,79	—41,47	— 0,36	13,65	4,94	— 9,75	4,82	—
1974	87,01	—57,57	—31,50	—26,07	—18,10	4,85	16,19	—25,15	8,96	—
1975 [7]	100,02	—40,06	—16,61	—23,45	—56,54	— 3,19	0,23	— 9,73	9,50	—
1976 [7]	92,77	—54,06	—26,59	—27,47	—42,28	0,03	— 3,54	— 7,90	11,44	—
1975 1. Hj. [7]	50,66	—18,29	— 8,48	— 9,81	—26,20	— 2,00	4,17	— 6,94	2,77	—
2. Hj. [7]	49,36	—21,77	— 8,13	—13,64	—30,34	— 1,19	— 3,94	— 2,79	6,73	—
1976 1. Hj. [7]	42,53	—17,18	— 4,86	—12,32	—22,60	— 0,49	2,26	— 4,69	2,43	—
2. Hj. [7]	50,24	—36,89	—21,74	—15,15	—19,68	0,52	— 5,81	— 3,21	9,02	—
1977 1. Hj. [7]	46,05	—28,31	—11,63	—16,68	—11,14	— 4,27	2,33	— 4,02	1,69	—

[1] Ab 1974 Neuberechnung auf der Basis der revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes.
[2] Bei der Summenbildung wurden intersektorale Ströme nicht mitaddiert.
[3] Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.
[4] Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen.
[5] Einschließlich DDR.
[6] Banken, Bausparkassen, Versicherungen.
[7] Vorläufige Ergebnisse.
[8] Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) oder Nettoveränderungen der Forderungen bzw. Verpflichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 24*

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften

Mio DM

Zeitraum	Einnahmen			Ausgaben					Finanzierungssaldo [6]	Kredite [7] (netto)
	insgesamt [1]	darunter: Steuern [2]	darunter: Zuweisungen [3]	insgesamt [1]	darunter: Personalausgaben [4]	darunter: laufende Zuschüsse [5]	darunter: Sachinvestitionen zusammen	darunter: Sachinvestitionen darunter Baumaßnahmen		
				Insgesamt [8]						
1966	138 118	112 708	.	146 722	41 075	.	23 117	18 982	− 8 604	.
1967	142 379	114 976	.	155 944	43 649	.	22 642	18 366	−13 565	.
1968	151 811	122 019	.	159 190	46 364	.	23 137	18 694	− 7 379	.
1969	177 191	145 588	.	174 723	52 918	42 971	26 415	21 262	+ 2 469	+ 2 459
1970	188 305	153 850	.	196 330	61 484	46 694	32 315	25 797	− 7 982	+ 6 302
1971	209 819	171 412	.	225 182	73 457	50 827	37 617	30 395	−15 704	+13 711
1972	237 114	195 442	.	251 271	81 974	59 224	39 243	31 929	−14 155	+16 291
1973	268 656	222 747	.	277 665	94 014	64 156	41 427	32 981	− 8 797	+11 391
1974	285 651	237 120	.	314 093	107 238	71 899	45 719	35 897	−28 288	+22 155
1975 [9]	288 607	236 588	.	354 008	116 362	67 285	46 194	36 210	−65 363	+53 628
1976	320 803	261 648	.	386 613	122 848	69 618	44 126	34 893	−47 613	+46 894
1976 1. Vj.	72 232	57 655	.	89 536	30 999	19 623	7 732	5 882	−17 491	+21 923
2. Vj.	73 194	59 116	.	85 566	29 215	16 191	9 583	7 721	−12 810	+ 4 699
3. Vj.	79 181	64 782	.	86 763	29 049	16 822	10 803	8 759	− 7 119	+15 605
4. Vj.	96 442	80 095	.	106 658	33 585	16 982	16 008	12 530	− 9 884	+ 4 668
1977 1. Vj.	80 376	65 293	.	92 356	32 301	20 610	7 616	5 590	−12 182	+ 9 839
2. Vj.	80 894	67 217	.	89 105	31 592	16 439	9 186	7 211	− 8 529	+ 3 467
				Bund [10] [11]						
1966	65 887	62 253	234	67 961	9 735	23 468	3 487	2 925	− 2 060	+ 1 844
1967	67 148	63 118	224	75 979	10 428	25 718	4 159	3 306	− 8 823	+ 7 754
1968	70 612	66 193	231	75 276	10 915	25 737	3 860	3 138	− 4 664	+ 5 950
1969	83 084	78 587	241	81 380	12 905	30 492	4 457	3 682	+ 1 704	− 517
1970	87 725	83 693	289	86 704	14 614	32 413	4 950	3 895	+ 959	+ 501
1971	96 768	92 226	251	97 534	17 118	34 758	5 899	4 563	− 1 076	+ 1 061
1972	105 792	101 706	302	111 172	19 060	40 354	6 156	4 872	− 5 373	+ 4 496
1973	118 877	114 958	303	121 178	21 385	43 073	5 915	4 658	− 2 119	+ 2 204
1974 [9]	122 839	119 424	163	133 303	24 031	46 897	7 101	5 624	−10 337	+ 9 475
1975 [9] [12]	123 226	120 015	198	158 232	25 447	37 444	7 806	5 854	−34 984	+29 925
1976 [9]	135 905	131 784	223	164 471	26 249	37 684	7 004	5 449	−28 535	+25 782
1976 1. Vj.	30 448	29 441	34	41 837	7 046	11 109	684	518	−11 370	+16 992
2. Vj.	31 135	29 817	51	37 699	6 247	8 686	1 344	1 076	− 6 557	− 160
3. Vj.	33 297	32 520	50	38 681	6 157	9 313	1 701	1 338	− 5 460	+ 9 741
4. Vj.	41 025	40 006	88	46 254	6 799	8 576	3 275	2 517	− 5 147	− 791
1977 1. Vj.	33 703	32 495	32	42 935	7 264	11 438	710	516	− 9 274	+ 8 225
2. Vj.	34 014	33 309	67	38 860	6 695	8 608	1 476	1 203	− 4 711	+ 2 369

[1] Netto, d. h. bis einschließlich 1976: Einnahmen und Ausgaben abzüglich Zahlungen von Verwaltungen; ab 1977: abzüglich Zahlungen vom gesamten öffentlichen Bereich.

[2] Einschließlich Lastenausgleichsabgaben; ohne eigene Einnahmen der EG; ab 1974: nach der Vierteljahresstatistik einschließlich der steuerähnlichen Abgaben.

[3] Ab 1975: einschließlich Zahlungen von Zweckverbänden und Sozialversicherungsträgern.

[4] Bis 1974: einschließlich, ab 1975: ohne Kindergeldzahlungen an Angehörige des öffentlichen Dienstes.

[5] Ab 1975: einschließlich Kindergeldzahlungen an Angehörige des öffentlichen Dienstes und ohne Zahlungen an Zweckverbände und Sozialversicherungsträger.

noch Tabelle 24*

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften

Mio DM

Zeitraum	Einnahmen			Ausgaben					Finanzierungssaldo [6]	Kredite [7] (netto)
	insgesamt [1]	darunter: Steuern [2]	darunter: Zuweisungen [3]	insgesamt [1]	darunter: Personalausgaben [4]	darunter: laufende Zuschüsse [5]	darunter: Sachinvestitionen zusammen	darunter: Sachinvestitionen darunter Baumaßnahmen		
Länder										
1966	43 593	36 260	9 243	47 351	21 01)	5 463	4 660	3 566	− 3 758	+ 2 622
1967	46 062	37 595	9 397	48 502	22 31 5	5 625	4 523	3 375	− 3 441	+ 3 884
1968	48 925	40 923	10 811	50 058	23 861	6 680	4 531	3 421	− 1 134	+ 2 269
1969	57 177	48 348	10 801	55 500	26 88)	6 129	4 940	3 759	+ 1 677	− 339
1970	61 879	51 978	9 572	64 759	31 64)	7 277	6 397	4 930	− 2 956	+ 1 969
1971	68 905	58 563	10 727	74 442	38 07 5	7 925	6 958	5 274	− 5 569	+ 4 666
1972	80 669	69 226	13 018	82 108	42 38)	9 310	6 727	5 059	− 1 445	+ 3 454
1973	91 710	79 217	14 936	93 630	48 94)	10 756	7 369	5 297	− 1 956	+ 2 579
1974	100 062	86 791	16 611	108 928	55 762	12 026	8 261	6 122	− 8 846	+ 7 713
1975 [9]	99 603	84 982	18 418	119 309	60 953	14 392	8 242	6 249	−19 706	+16 964
1976	110 715	94 340	19 127	126 017	64 757	14 789	7 841	5 882	−15 280	+15 448
1976 1. Vj.	24 797	21 223	4 547	28 730	16 301	4 018	1 087	796	− 4 150	+ 3 511
2. Vj.	24 850	20 969	4 603	29 392	15 418	3 505	1 672	1 248	− 4 994	+ 3 850
3. Vj.	27 605	23 729	4 632	29 460	15 187	3 306	1 877	1 520	− 1 322	+ 4 500
4. Vj.	33 462	28 419	5 346	38 435	17 852	3 960	3 206	2 319	− 4 813	+ 3 588
1977 1. Vj.	28 391	24 604	5 459	29 984	17 252	4 511	1 159	811	− 1 733	+ 961
2. Vj.	28 323	24 297	4 997	31 015	16 893	3 612	1 651	1 275	− 3 114	+ 813
Gemeinden/Gemeindeverbände										
1966	25 536	12 662	12 262	28 899	10 321	4 172	14 813	12 334	− 3 363	+ 3 317
1967	26 813	12 697	12 770	28 346	10 906	4 333	13 593	11 318	− 1 532	+ 2 497
1968	28 496	13 324	13 322	30 204	11 587	4 353	14 358	11 748	− 1 708	+ 2 401
1969	33 747	17 159	14 144	33 993	13 132	4 729	16 440	13 242	− 246	+ 2 705
1970	35 299	16 597	15 671	40 954	15 221	5 385	20 203	16 207	− 5 652	+ 3 452
1971	40 925	19 183	18 067	49 871	18 264	6 495	24 202	20 000	− 8 946	+ 7 733
1972	47 726	23 130	20 729	54 625	20 534	8 100	25 770	21 409	− 6 897	+ 7 986
1973	55 043	27 275	24 595	59 935	23 689	8 975	27 497	22 381	− 4 942	+ 6 962
1974	59 544	29 606	26 939	69 136	27 446	11 346	30 357	24 151	− 9 592	+ 5 394
1975 [9]	62 291	30 350	29 951	73 201	29 962	13 769	30 146	24 106	−10 910	+ 6 802
1976	70 927	34 204	32 328	74 797	31 842	15 440	29 281	23 562	− 3 755	+ 5 577
1976 1. Vj.	16 352	6 712	7 780	18 057	7 652	3 942	5 960	4 569	− 1 695	+ 1 258
2. Vj.	16 574	8 053	7 976	17 671	7 550	3 569	6 569	5 397	− 1 089	+ 1 307
3. Vj.	17 258	8 252	8 246	17 819	7 705	3 771	7 226	5 901	− 564	+ 1 374
4. Vj.	20 990	11 187	8 326	21 159	8 935	4 159	9 527	7 695	− 98	+ 1 638
1977 1. Vj.	17 322	7 793	8 066	18 503	7 785	4 100	5 747	4 263	− 1 202	+ 827
2. Vj.	17 583	9 135	8 587	18 731	8 005	3 789	6 059	4 733	− 1 180	+ 679

[6]) Einschließlich Saldo der Zu- und Absetzungen sowie der Verrechnungen.
[7]) Am Kreditmarkt.
[8]) Bund, Ötfa, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände.
[9]) Aus der Vierteljahresstatistik; Beträge der Länder einschließlich der Auslaufperiode; Abweichungen, die sich bei der Zusammenfassung der Vierteljahre gegenüber den Ergebnissen des Rechnungsjahres ergeben, sind auf nachträgliche Umsetzungen der Berichtsstellen zurückzuführen.
[10]) Ohne Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen; ab 1974: einschließlich Ötfa.
[11]) Einschließlich Umsatzsteuereinnahmen, die als Ergänzungszuweisungen des Bundes an Länder gezahlt werden.
[12]) Einschließlich 1 901 Mio DM Sonderprogramm des Bundes vom September und Dezember 1974 sowie vom August 1975.

Tabelle 25*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	darunter						
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz [1] insgesamt	Steuern vom Umsatz [1] Umsatz-(Mehrwert-)steuer	Steuern vom Umsatz [1] Einfuhrumsatzsteuer	Mineralölsteuer
1950 [2]	18 802	1 807	2 087	1 449	4 987	.	.	73
1951 [2]	25 183	2 797	2 303	2 273	7 148	.	.	463
1952 [2]	31 215	3 658	3 925	2 780	8 736	.	.	590
1953 [2]	34 320	3 740	4 870	2 990	9 104	.	.	734
1954 [2]	35 894	3 875	4 588	3 071	9 766	.	.	781
1955 [2]	39 736	4 402	4 352	3 111	11 337	.	.	1 136
1956 [2]	44 530	5 402	4 728	3 637	12 437	.	.	1 415
1957 [2]	47 935	5 289	5 879	4 506	12 882	.	.	1 642
1958 [2]	50 188	5 932	5 473	5 190	13 506	.	.	1 665
1959 [2]	56 644	5 855	7 323	5 118	14 943	.	.	2 145
1960	66 627	8 102	8 963	6 510	16 917	.	.	2 664
1961	76 705	10 453	10 817	7 473	18 670	.	.	3 325
1962	84 480	12 315	12 218	7 790	20 036	.	.	3 699
1963	89 735	13 844	13 451	7 688	20 922	.	.	4 139
1964	98 061	16 092	14 101	8 018	22 845	.	.	6 071
1965	104 460	16 738	14 798	8 170	25 103	.	.	7 428
1966	111 154	19 055	16 075	7 687	25 989	.	.	8 016
1967	113 350	19 558	15 782	7 061	25 628	.	.	9 423
1968	120 378	22 080	16 272	8 553	25 779	18 786	6 994	9 875
1969	146 928	27 057	16 989	10 895	37 141	26 816	10 324	10 601
1970	152 328	35 086	16 001	8 716	38 125	26 791	11 334	11 512
1971	170 811	42 803	18 340	7 167	42 897	30 869	12 028	12 417
1972	195 510	49 770	23 140	8 495	46 981	34 153	12 828	14 227
1973	223 489	61 255	26 452	10 887	49 486	34 922	14 563	16 589
1974	238 179	71 960	26 793	10 403	51 170	32 852	18 317	16 052
1975	241 097	71 191	28 001	10 054	54 082	35 721	18 361	17 121
1976	266 580	80 609	30 860	11 840	58 459	36 559	21 900	18 121
1976 1. Vj.	58 661	17 636	7 496	2 431	15 346	10 292	5 054	3 048
2. Vj.	60 439	16 855	6 339	2 060	14 259	8 672	5 587	4 395
3. Vj.	66 244	20 589	7 683	3 064	13 745	8 283	5 462	4 610
4. Vj.	81 236	25 529	9 343	4 286	15 109	9 313	5 796	6 068
1977 1. Vj.	66 642	20 014	8 793	3 557	16 210	10 546	5 664	3 196
2. Vj.	68 625	19 690	7 752	3 640	14 950	9 044	5 906	4 646
3. Vj.	...	23 136	8 808	4 383	15 022	9 253	5 768	5 001

[1] Ohne stillgelegte Investitionsteuer (August 1973 bis Dezember 1974).
[2] Ohne Saarland.

Tabelle 26*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte [1])

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Insgesamt [2])	nach Kreditnehmern			nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund	Länder	Gemeinden	Anleihen [3])	Bankkredite	Darlehen von Nichtbanken: Sozialversicherungen [4])	Darlehen von Nichtbanken: Sonstige
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	16 726	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	17 894	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 943	17 868	15 523	4 670	2 022	3 660	2 019	1 371
1956	41 892	17 614	15 741	5 610	1 726	4 340	2 239	1 623
1957	43 614	19 723	13 963	7 010	1 780	5 410	2 433	1 835
1958	46 122	20 077	14 708	8 370	2 303	7 575	2 483	1 883
1959	49 084	20 986	14 920	9 630	3 058	9 450	2 472	1 998
1960	52 182	22 572	14 695	11 169	3 528	10 600	2 667	2 604
1961	56 564	25 941	13 903	12 805	4 810	11 693	4 687	2 811
1962	59 984	27 256	13 402	15 068	5 700	13 227	4 880	3 235
1963	66 687	30 136	13 329	17 686	7 712	15 582	5 066	4 399
1964	73 107	31 338	14 291	21 264	8 974	19 656	5 657	5 121
1965	82 981	33 017	17 401	25 844	11 195	24 749	6 591	6 339
1966	92 291	35 581	20 328	29 465	12 092	29 519	7 245	7 868
1967	107 175	43 468	24 188	31 986	14 230	34 114	8 387	8 690
1968	115 870	47 192	26 339	34 186	16 074	42 536	6 957	9 221
1969	116 141	45 360	25 771	36 663	16 266	50 051	6 101	9 884
1970	125 890	47 323	27 786	40 295	17 491	59 523	5 725	11 104
1971	140 399	48 764	33 037	47 927	20 249	70 665	6 511	12 592
1972	156 063 a) b)	55 299 b)	36 963 a)	55 984	24 971	81 874 a)	7 374	14 667
1973	163 348 c)	61 356	39 462	55 494 c)	27 377	87 946	7 522	12 824
1974	187 288	72 138	47 323	61 280	30 938	102 946	8 694	14 951
1975	250 820	108 502	67 001	68 841	40 679	144 806	9 718	16 078
1976	291 068	128 449	81 805	74 248	52 101	175 523	4 678	17 663
1976 Mär	262 964	116 195	69 735	70 400	43 920	154 416	9 557	16 536
Jun	268 205	116 803	73 495	71 500	45 015	159 415	6 383	16 952
Sep	283 514	126 103	78 299	72 800	47 875	171 530	6 242	17 349
Dez	291 068	128 449	81 805	74 248	52 101	175 523	4 678	17 663
1977 Mär	297 538	133 336	83 013	74 700	54 788	179 421	4 532	18 120
Jun	301 216	135 822	84 140	75 300	57 850	179 873	3 885	18 259

[1]) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.
[2]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung Offa, Länder, Gemeinden.
[3]) Ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke, einschließlich Bundesschatzbriefe.
[4]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe.
a) Darunter 500 Mio DM statistisch bedingte Zunahme.
b) Nach Einbeziehung der „Auftragsfinanzierung Offa" und der „Krankenhausfinanzierung" in den Bundeshaushalt.
c) Nach Ausschaltung der Verschuldung der kommunalen Eigenbetriebe.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 27*

Konsolidierte Bilanz des

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Bankkredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland [3]			
			durch Kreditinstitute [2]					Kreditinstitute	
	insgesamt	durch Deutsche Bundesbank	zusammen	an inländische Unternehmen und Privatpersonen	an inländische öffentliche Haushalte	insgesamt	Deutsche Bundesbank	zusammen	darunter mittel- und langfristig
1963	+26,81	+0,98	+25,83	+22,37	+3,45	+3,30	+2,71	+0,59	+1,25
1964	+30,19	−1,03	+31,22	+25,14	+6,09	+1,67	+0,43	+1,24	+1,32
1965	+34,17	−0,43	+34,61	+27,54	+7,06	+0,47	−1,31	+1,79	+1,24
1966	+28,20	+0,29	+27,91	+21,56	+6,36	+3,62	+1,90	−1,72	+1,14
1967	+32,89	+0,67	+32,22	+18,33	+13,89	+6,28	−0,17	+6,45	+1,62
1968	+40,02	−2,05	+42,06	+30,90	+11,17	+10,93	+6,57	+4,36	+6,76
1969	+53,48	+0,67	+52,81	+51,22	+1,59	−2,45	−10,28	+7,83	+12,00
1970	+50,53	−0,24	+50,77	+43,81	+6,97	+14,23	+21,60	−7,36	−0,29
1971	+69,05	−0,63	+69,68	+59,52	+10,16	+11,52	+15,91	−4,40	−3,28
1972	+86,41	−2,07	+88,48	+78,22	+10,26	+8,66	+15,49	−6,83	−6,39
1973	+67,55	+2,37	+65,18	+54,59	+10,59	+23,48	+26,49	−3,01	−7,71
1974	+59,77	−1,48	+61,25	+41,18	+20,07	+13,19	−1,90	+15,09	+5,54
1975	+85,51	+6,62	+78,89	+30,87	+48,02	+16,84	−2,22	+19,06	+15,90
1976	+91,21	−5,10	+96,31	+65,76	+30,55	+8,27	+8,74	−0,48	+6,84
1973 1. Vj.	+15,04	−0,63	+15,67	+12,71	+2,96	+12,73	+19,93	−7,19	−1,51
2. Vj.	+18,03	+0,44	+17,59	+16,58	+1,01	+6,14	+2,73	+3,41	−2,38
3. Vj.	+13,86	—	+13,86	+12,49	+1,36	+4,73	+8,27	−3,55	−2,67
4. Vj.	+20,62	+2,55	+18,07	+12,81	+5,26	−0,12	−4,45	+4,33	−1,16
1974 1. Vj.	+6,03	−1,31	+7,34	+5,74	+1,60	−0,17	−0,53	+0,36	−0,09
2. Vj.	+17,15	−1,23	+18,38	+13,59	+4,80	+5,58	+3,43	+2,16	+0,56
3. Vj.	+14,75	−0,04	+14,79	+9,38	+5,41	−1,03	−6,43	+5,40	+1,94
4. Vj.	+21,84	+1,11	+20,73	+12,47	+8,26	+8,82	+1,64	+7,18	+3,13
1975 1. Vj.	+4,36	+0,74	+3,62	−1,69	+5,31	+8,67	+4,99	+3,67	+2,84
2. Vj.	+14,72	−2,13	+16,85	+6,60	+10,25	+4,94	−3,95	+8,90	+4,89
3. Vj.	+21,93	+5,19	+16,74	+3,92	+12,81	+2,75	−2,69	+5,44	+4,73
4. Vj.	+44,50	+2,82	+41,68	+22,03	+19,65	+0,48	−0,58	+1,05	+3,45
1976 1. Vj.	+9,65	−1,61	+11,26	+3,70	+7,56	+5,83	+9,78	−3,95	+2,47
2. Vj.	+25,20	−0,30	+25,50	+20,33	+5,17	+1,27	−3,58	+4,85	+1,59
3. Vj.	+23,93	−1,38	+25,31	+15,35	+9,96	+0,64	+3,46	−2,83	+0,83
4. Vj.	+32,42	−1,81	+34,23	+26,37	+7,86	+0,53	−0,92	+1,45	+1,94
1977 1. Vj.	+7,21	−2,26	+9,47	+4,28	+5,20	+3,92	+0,64	+3,27	+0,98
2. Vj.	+23,51	−0,21	+23,30	+21,55	+1,75	+1,03	−1,41	+2,43	+4,89
3. Vj.	+20,17	−0,29	+20,46	+14,47	+5,99	−2,12	−0,06	−2,06	+1,98

[1] Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.
[2] Einschließlich Wertpapiere.
[3] Einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.
[4] Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren.

Tabelle 27*

Bankensystems (Geldvolumenrechnung) [1]

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen [4]				IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte [8]	V. Sonstige Einflüsse [9] (einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot)	VI. Geld- und Quasigeldbestände (M2) (Saldo: I + II − III − IV − V)				Zeitraum
	darunter						Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld)			
insgesamt [5]	Termingelder mit Befristung von 4 Jahren und darüber	Spareinlagen [6]	Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) [7]			insgesamt	zusammen	darunter unter 3 Monate	Bargeldumlauf [10] und Sichteinlagen (Geldvolumen = M 1)	
+ 22,85	+ 4,77	+11,55	+ 4,99	− 0,61	+ 1,90	+ 5,96	+ 1,56	+ 0,47	+ 4,41	1963
+ 25,63	+ 4,63	+12,53	+ 6,60	− 0,85	+ 0,66	+ 6,43	+ 1,03	+ 0,66	+ 5,40	1964
+ 27,82	+ 3,74	+16,26	+ 6,00	− 1,11	+ 1,83	+ 6,10	+ 0,53	− 0,07	+ 5,57	1965
+ 24,36	+ 3,22	+16,27	+ 3,28	− 0,53	+ 1,49	+ 6,50	+ 5,40	− 0,58	+ 1,09	1966
+ 23,79	+ 2,55	+17,65	+ 1,80	+ 0,29	+ 0,91	−14,19	+ 5,88	+ 3,22	+ 8,31	1967
+ 30,73	+ 1,49	+22,02	+ 4,65	+ 1,19	+ 0,88	+18,15	+12,62	+ 1,69	+ 5,53	1968
+ 34,62	+ 5,52	+21,59	+ 4,90	+ 0,44	+ 1,42	+14,55	+ 8,59	+ 5,24	+ 5,96	1969
+ 35,36	+ 4,26	+20,51	+ 7,90	+ 4,09	+ 8,91	+16,41	+ 7,72	+13,61	+ 8,69	1970
+ 46,40	+ 7,07	+28,48	+ 8,15	+ 4,20	+ 5,00	+24,97	+11,72	+ 8,91	+13,24	1971
+ 60,64	+ 8,68	+34,25	+13,49	− 3,85	+ 4,78	+33,51	+15,96	+ 6,58	+17,55	1972
+ 47,70	+10,22	+19,57	+14,35	+ 4,22	+ 7,17	+31,94	+29,37	+22,78	+ 2,57	1973
+ 55,96	+ 7,95	+34,85	+10,09	+ 0,44	+ 2,88	+13,68	− 1,82	+ 7,30	+15,50	1974
+100,16	+ 9,41	+73,63	+12,93	+ 1,41	+ 1,17	− 0,40	−21,79	−17,24	+21,40	1975
+ 81,20	+11,45	+44,73	+19,28	−10,22	+ 9,57	+18,92	+12,04	+ 2,71	+ 6,88	1976
+ 12,19	+ 2,52	+ 3,68	+ 4,76	+ 5,47	+11,18	− 1,06	+ 4,92	− 8,48	− 5,98	1973 1. Vj.
+ 8,06	+ 2,19	− 0,93	+ 5,47	+ 0,05	+ 5,70	+10,36	+10,40	+17,48	− 0,04	2. Vj.
+ 5,26	+ 2,68	− 1,23	+ 3,37	+ 4,01	+ 4,07	+ 5,25	+ 9,53	+ 4,07	− 4,28	3. Vj.
+ 22,19	+ 2,83	+18,05	+ 0,76	− 5,30	−13,77	+17,39	+ 4,52	+ 9,71	+12,87	4. Vj.
+ 7,07	+ 2,52	+ 2,59	+ 1,24	+ 3,56	+ 5,34	−10,12	− 0,11	+ 7,71	−10,01	1974 1. Vj.
+ 9,30	+ 1,61	+ 3,58	+ 3,17	− 0,33	+ 7,29	+ 6,48	+ 1,43	− 8,23	+ 7,90	2. Vj.
+ 9,54	+ 2,07	+ 3,75	+ 3,10	+ 3,65	+ 4,76	− 4,23	− 4,91	− 1,19	+ 0,67	3. Vj.
+ 30,04	+ 1,75	+24,93	+ 2,59	− 6,43	−14,51	+21,56	+ 4,62	+ 9,02	+16,94	4. Vj.
+ 23,70	+ 2,83	+14,70	+ 4,92	+ 1,18	+ 7,63	−19,47	−10,36	−14,50	− 9,11	1975 1. Vj.
+ 25,42	+ 1,85	+19,46	+ 2,43	− 2,34	+ 1,87	− 5,29	−16,58	− 9,45	+11,29	2. Vj.
+ 17,05	+ 2,18	+11,78	+ 2,75	+ 4,71	+ 3,69	− 0,76	− 4,52	− 2,19	+ 3,75	3. Vj.
+ 33,99	+ 2,55	+27,69	+ 2,83	− 2,13	−12,02	+25,13	+ 9,67	+ 8,90	+15,46	4. Vj.
+ 23,46	+ 3,28	+10,00	+ 8,19	+ 2,88	+ 7,89	−18,75	− 5,65	−10,33	−13,10	1976 1. Vj.
+ 13,70	+ 1,73	+ 5,33	+ 4,76	− 6,65	+ 5,44	+13,99	+ 0,63	+ 0,34	+13,36	2. Vj.
+ 13,92	+ 3,03	+ 4,92	+ 4,90	+ 6,22	+ 2,87	+ 1,57	+ 4,83	+ 2,92	− 3,27	3. Vj.
+ 30,13	+ 3,42	+24,48	+ 1,43	−12,66	− 6,63	−22,11	+12,23	+ 9,78	+ 9,89	4. Vj.
+ 17,88	+ 3,49	+ 7,32	+ 5,71	+ 6,41	+ 1,95	−15,11	− 7,98	− 6,13	− 7,13	1977 1. Vj.
+ 10,00	+ 2,99	+ 4,49	+ 1,08	− 3,28	+ 8,15	+ 9,67	− 1,03	− 3,98	+10,70	2. Vj.
+ 9,45	+ 3,43	+ 3,55	+ 1,42	+ 0,48	+ 2,54	+ 5,59	+ 3,01	+ 1,36	+ 2,58	3. Vj.

[5]) Einschließlich Kapital und Rücklagen; ohne Gegenwert der Stabilitätsanleihe des Bundes.
[6]) Einschließlich Sparbriefe.
[7]) Bereinigt um den Saldo der Auslandstransaktionen.
[8]) Einschließlich Gegenwert der Stabilitätsanleihe des Bundes.
[9]) Saldo der übrigen Positionen der konsolidierten Bilanz des Bankensystems.
[10]) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 28*

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd DM

Ende des Zeitraumes	Geldvolumen			Termingelder [3]		Kredite der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen			
	insgesamt	Bargeldumlauf [1]	Sichteinlagen [2]	insgesamt	darunter 1 Monat bis unter 3 Monate	insgesamt [4]	kurzfristig [5]	mittel- und langfristig	Wertpapiere
1955 } [6]	31,48	14,04	17,44	11,20	2,01	63,27	.	.	.
1956 } [6]	33,89	14,88	19,01	13,56	2,78	71,23	.	.	.
1957 } [6]	37,81	16,46	21,35	17,13	3,27	78,31	.	.	.
1958 } [6]	42,58	17,94	24,64	17,94	3,19	85,92	.	.	.
1959	47,61	19,34	28,26	19,97	3,31	101,16	.	.	.
1960	51,08	20,83	30,25	21,62	3,61	116,25	.	.	.
1961	58,71	23,20	35,52	23,47	3,94	135,76	.	.	.
1962	63,28	24,25	39,03	25,19	4,10	154,83	.	.	.
1963	67,77	25,51	42,26	26,75	4,57	173,92	.	.	.
1964	73,05	27,89	45,16	27,78	5,23	231,81	60,67	163,74	7,40
1965	78,53	29,65	48,87	28,40	5,16	259,27	67,31	183,91	8,05
1966	79,62	30,88	48,74	33,77	4,58	280,74	72,32	200,35	8,08
1967	87,92	31,51	56,41	39,65	7,80	298,88	74,29	216,18	8,42
1968	93,47	32,59	60,88	48,86	9,58	334,55	81,00	242,80	10,75
1969	99,43	34,69	64,74	57,45	14,82	385,95	101,56	272,35	12,03
1970	108,22	36,89	71,33	65,16	28,43	430,54	113,62	304,10	12,83
1971	121,52	40,29	81,23	77,07	37,34	490,57	131,73	345,43	13,41
1972	139,30	45,77	93,53	93,03	43,92	569,33	155,94	399,66	13,73
1973	141,97	47,51	94,46	122,36	66,74	627,22	165,64	447,00	14,58
1974	158,43	51,52	106,91	121,17	74,30	672,12	179,67	477,82	14,64
1975	179,90	56,48	123,42	99,42	58,60	703,19	171,20	518,98	13,00
1976	186,85	60,57	126,28	111,33	59,84	769,17	182,83	570,01	16,33
1973 1. Vj.	133,35	44,67	88,68	97,96	35,45	585,12	154,95	416,13	14,05
2. Vj.	133,36	46,23	87,13	108,37	52,94	601,82	159,62	428,44	13,76
3. Vj.	129,10	45,81	83,29	117,82	57,02	614,39	163,08	437,51	13,79
4. Vj.	141,97	47,51	94,46	123,36	66,74	627,22	165,64	447,00	14,58
1974 1. Vj.	132,87	46,22	86,65	122,89	74,79	637,02	169,07	453,90	14,06
2. Vj.	140,80	48,39	92,40	121,43	66,58	650,21	176,74	459,43	14,05
3. Vj.	141,48	49,43	92,05	116,53	65,39	659,62	177,85	467,80	13,97
4. Vj.	158,43	51,52	106,91	121,17	74,30	672,12	179,67	477,82	14,64
1975 1. Vj.	149,34	51,14	98,20	110,81	59,81	670,47	174,97	481,18	14,31
2. Vj.	160,64	52,90	107,74	94,25	50,37	677,12	173,42	488,88	14,82
3. Vj.	164,43	53,59	110,83	89,75	48,20	681,14	166,60	500,71	13,84
4. Vj.	179,90	56,48	123,42	99,42	58,60	703,19	171,20	518,98	13,00
1976 1. Vj.	166,80	54,41	112,39	93,77	46,77	706,91	165,64	526,59	14,69
2. Vj.	180,17	56,96	123,22	94,41	47,12	727,29	174,22	538,43	14,65
3. Vj.	176,92	58,04	118,88	99,09	50,05	742,69	176,59	550,99	15,11
4. Vj.	186,85	60,57	126,28	111,33	59,84	769,17	182,83	570,01	16,33
1977 1. Vj.	179,74	59,35	120,39	103,35	53,71	773,51	180,38	576,81	16,31
2. Vj.	190,48	61,91	128,58	102,33	49,74	794,98	187,07	590,67	17,24
3. Vj.	193,08	64,75	128,33	105,35	51,10	809,56	185,34	606,32	17,89

[1] Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.
[2] Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[3] Mit einer Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).
[4] Einschließlich Bundesbahn und Bundespost. Ausnahme: Zentralbankeinlagen der Bundespost.
[5] Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.
[6] Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 29*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe [1])

a) Insgesamt (1970 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)
	Wertindex				Volumenindex			
1962	53,3	56,7	47,0	62,4	57,7	58,6	53,1	66,8
1963	55,9	58,6	50,4	64,7	60,4	61,0	56,8	68,3
1964	64,1	67,8	58,0	72,5	68,2	69,6	64,4	75,1
1965	68,2	69,5	62,8	78,7	71,0	69,6	68,0	80,2
1966	68,1	72,0	61,5	77,6	69,7	71,5	65,1	77,5
1967	67,7	72,1	61,1	76,5	70,4	73,8	65,2	77,2
1968	78,0	80,8	72,7	86,1	85,4	87,8	81,3	91,4
1969	95,4	94,7	95,7	96,0	101,2	99,6	102,9	99,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	102,4	101,0	99,7	110,9	98,2	99,3	93,6	107,0
1972	110,5	110,0	106,8	120,0	103,3	107,1	97,4	111,3
1973	128,2	128,9	128,6	125,5	114,9	120,1	113,2	110,2
1974	138,9	153,4	133,4	128,2	109,0	115,8	107,8	100,4
1975	135,9	135,2	139,9	127,4	103,4	104,3	105,0	98,1
1976	154,7	153,6	159,2	145,7	113,3	114,2	114,3	108,7
1971 1. Vj.	101,2	96,7	102,9	104,6	97,8	95,4	97,6	102,2
2. Vj.	104,8	104,0	101,4	114,1	100,5	101,7	95,4	110,6
3. Vj.	99,8	102,2	97,3	101,7	95,2	99,9	91,0	97,7
4. Vj.	103,8	101,4	97,3	123,0	99,1	100,1	90,6	117,6
1972 1. Vj.	105,5	103,4	102,6	115,6	99,7	102,2	94,1	108,9
2. Vj.	110,2	111,9	104,7	120,6	103,2	108,8	95,4	112,6
3. Vj.	104,7	107,1	101,0	109,3	97,5	103,6	91,9	101,0
4. Vj.	121,7	117,6	118,9	134,6	112,9	113,7	108,2	122,7
1973 1. Vj.	132,3	125,6	136,8	132,4	121,1	121,0	122,0	119,0
2. Vj.	131,5	128,7	134,0	129,7	118,3	121,0	118,0	114,7
3. Vj.	120,8	127,5	120,7	109,6	107,8	118,1	105,8	95,7
4. Vj.	128,1	134,0	123,1	130,2	112,4	120,3	107,2	111,5
1974 1. Vj.	143,5	153,7	141,1	132,1	117,7	123,5	118,1	107,1
2. Vj.	144,0	163,8	134,5	133,7	112,7	122,6	109,0	105,1
3. Vj.	134,8	157,3	128,1	113,5	103,3	115,0	102,0	87,1
4. Vj.	133,5	138,9	129,7	133,4	102,2	102,0	102,2	102,3
1975 1. Vj.	132,1	133,5	136,1	119,9	100,1	100,3	103,4	91,8
2. Vj.	142,9	135,4	153,0	130,6	108,3	103,7	114,6	100,6
3. Vj.	128,6	131,2	133,3	112,9	97,8	102,1	99,4	87,1
4. Vj.	140,2	140,9	137,2	146,4	107,4	111,1	102,5	112,9
1976 1. Vj.	151,4	155,9	150,2	146,7	112,8	118,6	109,4	111,3
2. Vj.	151,2	160,0	145,9	149,3	110,7	118,5	104,7	111,9
3. Vj.	157,4	148,8	174,7	130,4	114,2	108,9	124,8	96,4
4. Vj.	158,8	149,8	166,0	156,5	115,4	110,9	118,3	115,1
1977 1. Vj.	157,9	150,7	167,4	147,4	114,2	113,7	117,0	107,4
2. Vj.	153,9	152,5	156,1	150,8	110,6	115,1	107,8	109,5
3. Vj. [2])	146,0	142,2	153,6	134,3	104,9	107,3	105,9	97,4

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer; vor 1970 Gliederung nach Hauptgruppen der Verarbeitenden Industrie.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 29*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe [1])

b) Inland (1970 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)
	Wertindex				Volumenindex			
1962	57,5	61,2	50,4	65,5	61,4	62,5	55,8	70,3
1963	58,9	61,6	52,4	67,2	62,6	63,2	57,8	71,0
1964	67,8	72,5	60,1	75,3	71,3	73,7	65,8	78,2
1965	72,0	73,2	65,8	81,9	73,8	72,3	70,0	83,3
1966	69,7	73,8	61,3	79,7	70,3	72,3	63,8	79,6
1967	67,2	71,5	58,4	77,7	69,0	72,2	61,6	78,3
1968	77,0	80,4	69,1	86,9	84,3	87,1	77,7	92,5
1969	94,5	95,3	93,3	95,8	100,8	100,9	101,2	100,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	102,0	100,3	98,6	110,6	97,5	97,7	92,5	106,7
1972	109,0	107,4	104,5	119,5	101,5	103,0	95,3	110,7
1973	120,3	122,9	117,0	122,3	107,8	113,5	103,4	107,2
1974	124,6	138,3	113,9	124,2	98,1	106,0	92,4	97,0
1975	127,9	126,4	130,7	124,3	97,6	97,4	98,6	95,4
1976	139,5	141,7	138,2	138,8	102,4	104,7	100,1	103,3
1971 1. Vj.	99,0	93,3	100,7	104,0	95,5	91,6	95,3	101,5
2. Vj.	104,2	103,4	99,8	113,6	99,8	100,4	93,7	110,0
3. Vj.	100,3	103,6	96,8	102,0	95,5	100,3	90,5	97,8
4. Vj.	104,4	101,0	97,1	123,0	99,4	98,5	90,4	117,3
1972 1. Vj.	104,3	100,0	101,5	115,5	98,1	97,5	93,1	108,6
2. Vj.	110,1	110,9	103,9	120,2	102,6	106,2	94,7	112,0
3. Vj.	104,5	105,9	100,8	109,2	96,8	100,7	91,7	100,8
4. Vj.	117,2	113,0	111,9	133,2	108,4	107,6	101,9	121,4
1973 1. Vj.	126,5	120,9	128,5	130,1	115,6	115,1	115,0	116,8
2. Vj.	125,7	125,0	125,9	125,9	112,9	116,2	111,1	111,1
3. Vj.	111,9	122,4	105,7	107,9	99,8	112,2	92,9	93,9
4. Vj.	117,2	123,2	108,0	125,5	102,9	110,4	94,5	107,1
1974 1. Vj.	129,3	137,5	124,1	126,5	106,4	111,9	104,1	102,3
2. Vj.	129,5	147,3	115,2	129,4	101,7	111,9	93,6	101,6
3. Vj.	119,3	140,6	107,1	110,5	91,9	104,9	85,5	84,5
4. Vj.	120,4	127,7	109,2	130,5	92,5	95,3	86,5	99,7
1975 1. Vj.	123,4	123,4	126,3	117,4	93,7	93,1	96,1	89,6
2. Vj.	138,9	127,5	153,3	127,9	105,4	97,4	115,2	98,3
3. Vj.	119,6	123,7	120,8	110,6	91,4	96,0	90,9	85,2
4. Vj.	129,7	131,1	122,3	141,3	99,8	103,2	92,4	108,7
1976 1. Vj.	140,3	141,6	139,3	140,2	105,0	107,2	102,5	106,1
2. Vj.	138,6	146,9	130,5	141,7	101,6	108,2	94,4	105,9
3. Vj.	134,3	139,1	135,5	124,9	97,6	101,3	97,5	92,1
4. Vj.	145,0	139,4	147,6	148,6	105,4	102,1	105,9	109,0
1977 1. Vj.	144,0	134,8	153,2	140,4	104,2	100,5	108,0	102,0
2. Vj.	139,3	137,9	138,4	143,1	100,1	102,7	96,2	103,6
3. Vj. [2])	134,5	129,9	140,7	129,4	96,6	96,7	97,7	93,6

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1958 ohne Umsatzsteuer; vor 1970 Gliederung nach Hauptgruppen der Verarbeitenden Industrie.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 29*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe [1])

c) Ausland (1970 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)
	Wertindex				Volumenindex			
1962	40,0	41,8	39,4	38,3	45,8	45,4	46,9	40,3
1963	46,8	48,5	46,2	45,6	53,6	53,9	54,5	47,7
1964	52,8	52,0	53,1	50,8	59,0	55,5	61,7	52,3
1965	56,3	57,2	56,1	54,6	61,9	60,8	63,4	55,7
1966	63,0	65,8	62,1	61,0	68,1	69,7	68,4	61,4
1967	69,4	74,4	67,5	66,9	75,4	80,5	74,2	68,2
1968	81,2	82,3	81,0	79,4	89,1	90,7	89,5	82,5
1969	98,9	92,8	101,8	97,9	103,3	95,7	107,6	98,8
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103,5	103,5	102,0	112,5	100,0	105,3	96,0	109,8
1972	115,2	118,7	112,3	123,8	109,6	122,4	102,5	116,3
1973	153,7	149,6	156,2	149,5	138,2	142,9	136,7	134,0
1974	184 7	204,7	179,5	158,7	143,7	147,6	144,5	127,6
1975	162,2	165,2	162,3	151,6	122,3	127,4	120,4	119,1
1976	204,5	194,2	210,2	198,5	148,4	147,4	148,3	151,1
1971 1. Vj.	108,3	108,2	108,1	109,3	105,2	109,2	103,0	107,4
2. Vj.	106,6	105,9	105,1	117,8	102,9	106,6	99,2	115,2
3. Vj.	97,9	97,4	97,9	99,2	94,1	98,7	91,5	96,4
4. Vj.	101,2	102,6	97,0	123,7	97,8	106,5	90,3	120,1
1972 1. Vj.	109,3	115,1	105,5	116,3	104,9	120,1	96,9	111,3
2. Vj.	110,6	114,7	106,5	123,8	105,4	118,9	97,3	117,4
3. Vj.	105,2	111,4	101,4	110,0	99,9	114,7	92,5	103,0
4. Vj.	136,0	133,4	135,7	145,1	128,0	136,1	123,3	133,5
1973 1. Vj.	152,0	141,3	157,1	150,2	139,7	141,5	139,3	136,1
2. Vj.	150,8	141,4	153,7	159,3	136,4	137,7	134,6	143,5
3. Vj.	149,8	144,9	156,2	122,4	134,3	138,6	136,1	110,1
4. Vj.	162,4	171,0	157,8	166,1	142,4	153,7	136,6	146,5
1974 1. Vj.	188,9	208,8	181,9	175,1	153,9	161,6	151,7	145,4
2. Vj.	189,7	219,2	179,8	166,5	147,7	157,5	145,4	133,6
3. Vj.	184,6	213,8	178,5	137,1	139,9	147,1	141,7	108,0
4. Vj.	175,5	176,9	177,8	156,2	133,4	124,3	139,0	123,3
1975 1. Vj.	161,0	167,8	161,3	138,8	121,4	124,8	121,7	109,0
2. Vj.	155,7	162,3	153,2	151,7	117,7	125,1	114,0	119,6
3. Vj.	157,6	156,8	162,2	130,0	118,6	122,8	119,3	101,8
4. Vj.	174,4	174,1	172,7	185,9	131,5	137,2	126,6	146,0
1976 1. Vj.	187,6	204,8	178,1	197,2	137,6	157,5	126,7	152,1
2. Vj.	191,8	204,9	183,3	207,3	139,0	154,4	129,2	158,6
3. Vj.	235,1	181,9	269,5	172,5	169,7	135,7	190,2	130,5
4. Vj.	203,5	185,4	209,6	217,0	147,5	142,1	147,1	163,0
1977 1. Vj.	203,3	206,2	202,3	201,4	146,2	161,6	138,9	150,2
2. Vj.	200,0	204,0	196,6	210,0	143,0	160,8	133,6	155,6
3 Vj. [2])	182,9	185,9	183,4	171,9	130,8	147,6	124,2	127,1

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer; vor 1970 Gliederung nach Hauptgruppen der Verarbeitenden Industrie.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 30*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe [1])

Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Verarbeitendes Gewerbe			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		
	Insgesamt [2])	Inland [2])	Ausland	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland
1971	93,7	91,9	100,4	71,5	68,7	82,4
1972	92,3	90,2	100,2	76,5	69,4	104,4
1973	116,1	110,7	136,0	130,7	121,9	176,8
1974	129,4	112,8	189,5	170,3	142,9	312,8
1975	117,1	105,3	159,4	109,2	100,0	156,9
1976	126,7	113,0	175,1	117,6	108,4	165,5
1970 1. Vj.	102,4	102,5	102,1	113,4	113,6	112,8
2. Vj.	104,9	105,5	103,0	109,5	109,3	110,2
3. Vj.	96,6	96,1	98,3	96,7	96,0	97,0
4. Vj.	96,0	96,0	96,6	80,4	80,6	80,1
1971 1. Vj.	93,1	91,6	98,4	79,2	77,1	87,6
2. Vj.	98,4	96,6	104,6	74,5	70,4	90,6
3. Vj.	91,6	89,1	100,9	69,3	66,1	81,9
4. Vj.	91,8	90,2	97,7	63,0	61,4	69,4
1972 1. Vj.	89,4	87,0	98,1	70,2	66,4	85,2
2. Vj.	95,3	94,2	99,3	77,9	72,6	98,7
3. Vj.	89,0	86,7	97,4	78,1	70,0	110,2
4. Vj.	95,6	92,7	105,9	79,7	68,6	123,3
1973 1. Vj.	108,6	105,7	119,6	116,6	110,8	146,9
2. Vj.	121,9	118,9	132,2	133,9	128,3	163,1
3. Vj.	116,9	110,8	139,6	136,2	127,7	180,1
4. Vj.	117,1	107,4	152,5	136,3	120,8	216,9
1974 1. Vj.	125,5	110,6	179,4	165,0	140,1	294,8
2. Vj.	138,2	122,7	194,5	187,3	160,1	328,9
3. Vj.	131,1	112,1	199,9	182,6	149,3	356,0
4. Vj.	122,9	105,7	184,4	146,3	122,2	271,4
1975 1. Vj.	111,4	95,9	167,0	120,5	106,9	190,9
2. Vj.	118,1	106,2	160,5	109,6	101,3	152,7
3. Vj.	118,0	108,3	152,9	104,8	97,2	144,7
4. Vj.	120,9	110,7	157,3	102,0	94,7	139,8
1976 1. Vj.	124,6	113,0	166,1	116,8	111,0	146,7
2. Vj.	132,6	120,6	175,3	127,3	117,0	181,3
3. Vj.	126,0	110,7	179,4	123,1	111,7	182,3
4. Vj.	123,8	107,7	179,7	103,2	93,9	151,8
1977 1. Vj.	122,2	104,6	183,5	106,0	92,1	178,1
2. Vj.	130,5	112,7	192,2	112,7	97,4	191,1
3. Vj. [3])	121,2	103,2	183,9	107,2	94,1	175,2

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.
[2]) Ohne Umsatzsteuer.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 30*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe [1])

Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe			Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		
	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland	zusammen [2])	Inland [2])	Ausland
1971	97,9	95,6	103,9	108,2	107,3	115,6
1972	88,8	87,1	93,7	117,3	115,5	132,6
1973	103,5	98,0	117,3	125,0	119,4	172,0
1974	110,7	93,7	150,6	115,4	107,9	178,3
1975	126,5	111,5	161,4	106,2	100,7	152,2
1976	131,2	112,5	173,8	129,3	120,1	205,4
1970 1. Vj.	100,3	100,9	98,8	95,3	94,6	101,1
2. Vj.	101,2	101,5	100,4	108,6	109,1	104,7
3. Vj.	99,7	99,5	100,4	89,4	89,6	87,6
4. Vj.	98,8	98,1	100,4	106,6	106,6	106,7
1971 1. Vj.	100,2	99,8	101,5	91,8	90,7	100,9
2. Vj.	100,6	98,3	106,5	119,0	118,6	121,6
3. Vj.	97,4	94,2	105,9	102,5	101,7	108,6
4. Vj.	93,2	90,0	101,8	119,4	118,0	131,3
1972 1. Vj.	92,5	90,3	98,5	102,9	100,5	122,4
2. Vj.	88,8	87,2	93,6	129,6	127,6	136,8
3. Vj.	85,4	84,1	89,5	108,6	107,2	120,9
4. Vj.	88,3	86,7	93,2	129,3	126,7	150,4
1973 1. Vj.	99,9	97,6	106,0	117,9	113,9	151,3
2. Vj.	105,7	102,0	115,2	142,5	138,2	178,5
3. Vj.	104,4	97,0	122,4	119,2	113,6	165,9
4. Vj.	104,2	95,3	125,5	120,4	111,9	192,2
1974 1. Vj.	109,7	97,2	139,7	106,1	96,1	190,7
2. Vj.	111,7	95,6	149,8	131,0	123,1	196,9
3. Vj.	110,2	91,4	154,3	107,0	100,7	160,3
4. Vj.	111,1	90,8	158,6	117,3	111,6	165,4
1975 1. Vj.	115,4	94,3	164,3	89,1	83,9	132,2
2. Vj.	123,4	106,2	163,4	117,6	112,7	158,6
3. Vj.	135,0	125,2	157,9	96,7	91,6	138,8
4. Vj.	132,1	120,1	159,9	121,5	114,5	179,0
1976 1. Vj.	135,3	120,0	170,9	110,4	102,4	176,9
2. Vj.	130,4	114,9	166,5	145,4	136,2	220,9
3. Vj.	129,5	108,8	176,0	121,7	112,8	195,2
4. Vj.	129,6	106,4	181,6	139,5	128,8	228,7
1977 1. Vj.	135,8	114,3	183,4	113,2	103,1	196,8
2. Vj.	136,4	113,1	188,3	142,2	132,9	218,6
3. Vj. [3])	132,7	108,3	187,4	113,9	106,0	179,5

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.
[2]) Ohne Umsatzsteuer.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 31*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1950 [2])	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951 [2])	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952 [2])	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953 [2])	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954 [2])	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955 [2])	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956 [2])	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957 [2])	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958 [2])	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959 [2])	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	518 410	11 656	506 753	154 859	198 801	87 067	66 026
1971	551 544	12 092	539 451	157 739	215 938	94 663	71 111
1972	583 961	12 196	571 765	165 282	228 170	102 789	75 524
1973	653 936	13 373	640 563	193 556	253 027	110 265	83 715
1974	735 902	18 512	717 389	241 730	270 151	116 969	88 539
1975	719 795	17 654	702 141	215 823	279 667	113 868	92 783
1976	804 209	19 363	784 846	242 470	315 585	125 208	101 583
1974 1. Vj.	175 790	4 377	171 413	57 155	63 720	29 315	21 223
2. Vj.	185 620	4 344	181 276	62 613	67 700	28 759	22 204
3. Vj.	183 165	4 646	178 518	62 618	65 246	28 782	21 872
4. Vj.	191 327	5 144	186 182	59 344	73 485	30 113	23 240
1975 1. Vj.	171 842	4 977	166 864	53 869	62 413	28 365	22 217
2. Vj.	178 068	4 259	173 809	53 880	69 771	27 137	23 021
3. Vj.	175 235	3 786	171 450	52 855	67 491	27 842	23 262
4. Vj.	194 650	4 632	190 017	55 220	79 991	30 524	24 282
1976 1. Vj.	189 541	4 469	185 072	57 474	72 473	31 042	24 083
2. Vj.	199 451	4 612	194 839	61 555	78 212	29 836	25 236
3. Vj.	197 739	4 887	192 851	61 738	74 645	30 932	25 536
4. Vj.	217 479	5 394	212 085	61 703	90 255	33 399	26 729
1977 1. Vj.	225 489	5 499	219 990	69 482	87 307	35 301	27 901
2. Vj.	230 504	5 313	225 191	71 159	90 953	33 285	29 794

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach hauptbeteiligten Hauptgruppen; bis 1969 Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, ab 1970 mit 20 und mehr Beschäftigten.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 31*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1953 [2])	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954 [2])	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955 [2])	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956 [2])	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957 [2])	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958 [2])	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959 [2])	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	90 779	64 413	52 382
1966	312 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	416 978	9 266	407 711	124 821	140 953	77 748	64 189
1971	442 223	9 529	432 694	126 536	152 664	84 428	69 066
1972	465 298	9 684	455 613	131 601	159 102	91 707	73 203
1973	511 627	10 541	501 086	151 272	172 073	97 043	80 698
1974	556 039	14 150	541 888	179 007	177 139	101 451	84 291
1975	548 226	13 466	534 759	164 115	182 642	99 630	88 372
1976	606 479	15 345	591 134	184 557	202 450	107 621	96 506
1974 1. Vj.	132 886	3 398	129 489	42 425	41 519	25 254	20 291
2. Vj.	140 116	3 299	136 817	46 519	44 359	24 794	21 145
3. Vj.	138 875	3 492	135 381	46 242	43 348	24 977	20 814
4. Vj.	144 163	3 961	140 200	43 820	47 913	26 426	22 041
1975 1. Vj.	130 607	3 733	126 873	40 117	40 761	24 814	21 181
2. Vj.	135 144	3 234	131 909	41 047	45 128	23 757	21 977
3. Vj.	134 950	2 928	132 024	40 799	44 750	24 340	22 135
4. Vj.	147 526	3 572	143 953	42 154	52 002	26 719	23 078
1976 1. Vj.	143 769	3 622	140 147	43 203	47 327	26 764	22 853
2. Vj.	150 608	3 630	146 978	46 972	50 471	25 556	23 979
3. Vj.	149 539	3 780	145 758	47 342	47 620	25 517	24 279
4. Vj.	162 564	4 312	158 252	47 040	57 032	28 785	25 396
1977 1. Vj.	170 880	4 705	166 175	53 587	56 164	30 251	26 173
2. Vj.	174 154	4 352	169 802	54 763	58 669	28 512	27 858

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach hauptbeteiligten Hauptgruppen; bis 1969 Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, ab 1970 mit 20 und mehr Beschäftigten.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 31*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1953 [2])	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954 [2])	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955 [2])	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 [2])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957 [2])	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958 [2])	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959 [2])	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	101 432	2 390	99 042	30 038	57 848	9 319	1 837
1971	109 321	2 563	106 757	31 203	63 274	10 235	2 045
1972	118 663	2 512	116 152	33 681	69 068	11 082	2 321
1973	142 309	2 832	139 477	42 284	80 954	13 222	3 017
1974	179 863	4 362	175 501	62 723	93 012	15 518	4 248
1975	171 569	4 188	167 382	51 708	97 025	14 238	4 411
1976	197 730	4 018	193 712	57 913	113 135	17 587	5 077
1974 1. Vj.	42 904	979	41 924	14 730	22 201	4 061	932
2. Vj.	45 504	1 045	44 459	16 094	23 341	3 965	1 059
3. Vj.	44 290	1 154	43 137	16 376	21 898	3 805	1 058
4. Vj.	47 164	1 183	45 982	15 524	25 572	3 687	1 199
1975 1. Vj.	41 235	1 244	39 991	13 752	21 652	3 551	1 036
2. Vj.	42 924	1 025	41 900	12 833	24 643	3 380	1 044
3. Vj.	40 285	858	39 426	12 056	22 741	3 502	1 127
4. Vj.	47 124	1 060	46 064	13 066	27 989	3 805	1 204
1976 1. Vj.	45 772	847	44 925	14 271	25 146	4 278	1 230
2. Vj.	48 843	982	47 861	14 583	27 741	4 280	1 257
3. Vj.	48 200	1 107	47 093	14 396	27 025	4 415	1 257
4. Vj.	54 915	1 082	53 833	14 663	33 223	4 614	1 333
1977 1. Vj.	54 608	793	53 815	15 895	31 143	5 050	1 728
2. Vj.	56 351	961	55 390	16 396	32 284	4 773	1 936

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach hauptbeteiligten Hauptgruppen; bis 1969 Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, ab 1970 mit 20 und mehr Beschäftigten.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 32*

Index der Produktion für das Produzierende Gewerbe [1])

1970 = 100

Zeitraum	Index der Nettoproduktion [2])								Index der Bruttoproduktion [4])	
		Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
				Verarbeitendes Gewerbe						
	Insgesamt [3])	zusammen	Bergbau	zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter [5])	Verbrauchsgüter [5])
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	101,6	101,1	99,5	101,1	100,5	99,1	104,0	104,7	100,9	102,4
1972	106,2	104,9	95,7	105,2	105,7	101,9	110,6	106,9	104,7	106,8
1973	112,8	111,8	94,4	112,3	116,0	109,9	113,5	110,6	108,7	110,7
1974	110,5	109,6	93,7	110,1	115,4	106,5	108,5	112,1	107,3	102,9
1975	103,6	102,8	89,0	103,3	101,1	101,9	103,0	112,8	103,5	100,1
1976	110,7	110,1	86,6	110,9	111,5	109,0	110,2	116,7	105,8	109,6
1973 1. Vj.	108,1	108,2	101,6	108,4	110,9	106,4	113,2	102,1	103,3	114,2
2. Vj.	119,1	117,6	92,6	118,4	121,5	116,8	120,0	114,2	114,3	117,7
3. Vj.	106,0	103,9	87,0	104,4	114,0	97,7	103,0	107,0	97,9	96,7
4. Vj.	118,6	118,0	96,3	118,7	118,0	119,5	118,8	117,6	120,4	115,1
1974 1. Vj.	109,2	109,2	98,6	109,5	114,9	106,8	109,8	105,9	103,3	106,8
2. Vj.	119,1	118,1	92,4	119,0	124,9	116,1	117,4	117,2	115,3	111,0
3. Vj.	102,6	101,2	86,6	101,7	113,2	94,5	96,9	106,6	96,5	89,8
4. Vj.	111,7	110,5	97,4	110,9	109,0	109,9	111,4	117,6	115,4	105,3
1975 1. Vj.	101,4	101,2	96,6	101,3	99,9	98,7	103,9	109,4	97,9	100,1
2. Vj.	106,8	106,1	89,7	106,6	103,5	107,7	104,1	113,9	108,2	102,3
3. Vj.	95,3	94,2	80,1	94,6	95,9	90,8	92,6	107,4	93,9	88,0
4. Vj.	111,1	110,1	89,9	110,7	105,2	111,4	112,1	119,0	114,6	110,7
1976 1. Vj.	105,8	106,0	89,7	106,5	106,3	105,4	107,9	108,5	100,1	110,2
2. Vj.	116,8	116,1	83,9	117,1	118,6	116,3	114,3	120,2	112,9	113,5
3. Vj.	103,5	102,2	80,8	102,9	109,7	96,2	100,5	113,0	93,9	97,2
4. Vj.	117,1	116,7	91,8	117,5	111,6	119,1	118,7	123,3	117,0	118,2
1977 1. Vj.	111,5	112,2	91,7	112,8	111,5	113,7	114,3	110,7	102,9	121,0
2. Vj.	119,9	119,3	77,9	120,6	118,8	122,3	119,4	120,9	114,4	121,4
3. Vj. [6])	103,8	102,6	77,6	103,4	107,2	100,1	98,8	112,4	97,7	100,6

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[2]) Vor 1969 Gliederung nach Hauptgruppen der Industrie.
[3]) Einschließlich Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).
[4]) Die Zuteilung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[5]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 33*

Beschäftigte im Bergbau und

in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950 [2]	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 384	6 296	310	259	8 075	6 037
1971	8 320	6 170	306	254	8 014	5 916
1972	8 129	5 964	282	233	7 847	5 731
1973	8 159	5 954	261	214	7 899	5 741
1974	7 943	5 738	252	206	7 691	5 531
1975	7 430	5 289	254	208	7 176	5 082
1976	7 250	5 171	246	200	7 004	4 971
1975 1. Vj.	7 579	5 410	254	208	7 326	5 203
2. Vj.	7 454	5 308	254	208	7 200	5 100
3. Vj.	7 385	5 255	255	208	7 131	5 046
4. Vj.	7 300	5 184	253	206	7 047	4 978
1976 1. Vj.	7 207	5 123	248	202	6 959	4 921
2. Vj.	7 223	5 148	246	201	6 976	4 947
3. Vj.	7 284	5 208	246	200	7 038	5 008
4. Vj.	7 287	5 206	244	199	7 043	5 008
1977 1. Vj.	7 254	5 427	242	196	7 012	5 230
2. Vj.	7 237	5 150	239	194	6 998	4 955

[1] Gliederung nach hauptbeteiligten Hauptgruppen; bis 1969 Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, ab 1970 mit 20 und mehr Beschäftigten.
[2] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 33*

im Verarbeitenden Gewerbe [1])

1 000

arbeitendes Gewerbe									
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		Zeitraum	
		produzierendes Gewerbe							
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter		
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	226	1950	[2])
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951	
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952	
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953	
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954	
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955	
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956	
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957	
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958	
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959	
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960	
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961	
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962	
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963	
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964	
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965	
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966	
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967	
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968	
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969	
1 793	1 309	3 857	2 823	1 922	1 553	503	352	1970	
1 767	1 273	3 855	2 780	1 889	1 514	503	349	1971	
1 724	1 228	3 762	2 675	1 866	1 486	495	342	1972	
1 730	1 228	3 836	2 720	1 839	1 455	494	338	1973	
1 700	1 196	3 799	2 670	1 713	1 340	479	325	1974	
1 608	1 111	3 543	2 446	1 574	1 220	451	305	1975	
1 564	1 081	3 468	2 398	1 534	1 196	438	297	1976	
1 633	1 132	3 627	2 513	1 612	1 252	454	306	1975	1. Vj.
1 617	1 120	3 554	2 454	1 581	1 225	448	301		2. Vj.
1 601	1 107	3 514	2 422	1 561	1 208	455	309		3. Vj.
1 579	1 087	3 478	2 394	1 542	1 193	448	304		4. Vj.
1 549	1 066	3 446	2 374	1 529	1 187	435	294	1976	1. Vj.
1 562	1 080	3 451	2 384	1 530	1 192	433	292		2. Vj.
1 575	1 092	3 482	2 412	1 538	1 201	443	303		3. Vj.
1 570	1 085	3 493	2 421	1 539	1 202	440	300		4. Vj.
1 545	1 059	3 499	2 689	1 530	1 191	438	291	1977	1. Vj.
1 549	1 064	3 486	2 413	1 524	1 187	439	292		2. Vj.

[1]) Gliederung nach hauptbeteiligten Hauptgruppen; bis 1969 Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, ab 1970 mit 20 und mehr Beschäftigten.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 34*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1950 [2])	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951 [2])	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952 [2])	10 501	1 203	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953 [2])	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954 [2])	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955 [2])	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956 [2])	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957 [2])	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958 [2])	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959 [2])	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	11 906	441	11 465	2 557	5 382	2 811	715
1971	11 395	423	10 973	2 416	5 136	2 717	704
1972	10 898	372	10 526	2 320	4 870	2 655	681
1973	10 839	346	10 492	2 315	4 947	2 560	670
1974	10 162	340	9 821	2 196	4 679	2 311	635
1975	9 077	335	8 742	1 918	4 161	2 069	594
1976	9 151	318	8 833	1 933	4 222	2 095	582
1975 1. Vj.	2 294	86	2 207	485	1 049	527	146
2. Vj.	2 286	84	2 202	486	1 054	517	145
3. Vj.	2 195	82	2 112	468	999	495	150
4. Vj.	2 300	82	2 220	479	1 059	529	153
1976 1. Vj.	2 287	82	2 205	477	1 054	531	143
2. Vj.	2 280	77	2 203	484	1 057	521	141
3. Vj.	2 220	79	2 141	479	1 011	504	148
4. Vj.	2 365	81	2 284	493	1 099	540	151
1977 1. Vj.	2 307	80	2 227	473	1 085	530	138
2. Vj.	2 237	70	2 167	468	1 050	512	137

[1]) Gliederung nach hauptbeteiligten Hauptgruppen; bis 1969 Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, ab 1970 mit 20 und mehr Beschäftigten.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 35*

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
1970	100	100	100	100	100	100	100
1971	104,9	105,8	104,9	105,4	103,0	106,8	106,4
1972	112,0	108,6	112,1	114,4	109,8	114,5	111,1
1973	119,3	114,5	119,6	124,6	116,0	120,9	116,5
1974	123,3	115,1	123,7	129,1	117,8	126,6	123,6
1975	127,1	108,5	128,0	126,4	124,5	133,4	132,1
1976	137,7	116,7	138,4	138,8	133,3	146,2	140,3
1972 1. Vj.	106,9	107,5	106,9	108,2	105,4	110,6	105,8
2. Vj.	111,9	107,1	112,1	114,5	110,2	112,9	111,3
3. Vj.	111,9	105,7	112,3	116,6	107,1	114,3	110,0
4. Vj.	116,9	115,4	117,1	116,5	116,1	120,6	116,3
1973 1. Vj.	115,3	117,2	115,3	119,3	113,0	118,8	110,6
2. Vj.	119,6	112,6	119,9	126,2	116,2	120,9	117,1
3. Vj.	119,2	110,6	119,4	126,9	112,7	120,5	117,0
4. Vj.	122,9	118,5	123,2	124,3	121,9	124,8	120,7
1974 1. Vj.	120,0	117,8	120,3	126,4	115,0	124,5	117,6
2. Vj.	124,7	115,8	125,1	133,2	118,4	127,6	123,0
3. Vj.	124,3	110,8	124,8	133,1	116,5	125,3	124,4
4. Vj.	124,5	117,0	124,7	122,7	121,9	129,4	128,6
1975 1. Vj.	121,5	113,1	121,7	121,8	116,9	129,1	125,3
2. Vj.	126,3	107,8	127,0	125,2	124,7	130,7	130,7
3. Vj.	126,4	102,2	127,4	127,3	121,7	132,7	131,9
4. Vj.	134,2	111,8	135,1	131,0	133,3	141,4	139,3
1976 1. Vj.	132,8	117,8	133,3	133,8	129,3	141,4	132,9
2. Vj.	139,0	114,0	139,6	142,9	134,6	145,0	140,3
3. Vj.	137,1	112,5	137,8	142,3	128,4	144,9	140,5
4. Vj.	142,0	122,2	142,6	136,0	140,5	153,4	146,7
1977 1. Vj.	140,5	122,3	141,1	141,4	137,0	151,8	143,6
2. Vj.	145,5	114,3	146,1	147,2	141,9	153,8	149,2

[1]) Vor 1976 Gliederung nach Hauptgruppen der Industrie.

Tabelle 36*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten [1]								Öffentliche Aufträge für Tiefbauten
	umbauter Raum [2]				veranschlagte reine Baukosten [3]				
	insgesamt	Wohnbauten	Nichtwohnbauten		insgesamt	Wohnbauten	Nichtwohnbauten		
			Unternehmen, freie Berufe, private Haushalte	Gebietskörperschaften [4]			Unternehmen, freie Berufe, private Haushalte	Gebietskörperschaften [4]	
	1 000 cbm				Mio DM				1970=100
1950 [5]	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.	.
1952	230 108	135 652	94 456		9 693	6 216	3 478		.
1953	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510		.
1954	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313		.
1955	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425		.
1956	304 198	180 298	123 900		16 129	10 061	6 060		.
1957	286 391	174 078	88 877	23 436	16 404	10 459	3 877	2 068	.
1958	311 254	193 297	89 514	28 443	19 208	12 386	4 209	2 612	.
1959	343 689	210 904	103 353	29 432	22 136	14 321	4 940	2 875	.
1960	392 427	234 427	124 073	33 927	27 491	17 253	6 624	3 614	.
1961	422 657	248 592	135 029	39 046	31 685	19 851	7 527	4 307	.
1962	427 301	253 459	133 795	40 047	34 675	22 176	7 445	5 055	57,5
1963	383 726	229 774	113 144	40 808	34 189	21 836	6 768	5 586	60,4
1964	429 635	246 181	136 895	46 559	40 738	25 397	8 676	6 665	63,0
1965	441 163	259 257	134 819	47 087	44 879	28 534	9 140	7 205	70,7
1966	421 309	245 143	135 531	40 635	44 680	28 555	9 617	6 508	65,1
1967	378 533	219 319	119 593	39 621	41 483	26 062	8 898	6 523	70,4
1968	400 265	226 408	131 122	42 736	43 187	27 031	9 351	6 805	85,9
1969	470 178	242 236	183 995	43 947	49 521	29 541	12 992	6 988	102,3
1970	497 264	266 573	182 286	48 405	59 058	35 529	14 874	8 655	100
1971	542 783	313 124	178 438	50 815	73 588	47 011	16 620	9 957	88,0
1972	567 237	343 057	176 569	47 611	87 234	57 221	19 421	10 592	107,9
1973	520 450	303 315	171 785	45 350	85 939	55 732	19 362	10 846	111,0
1974	388 207	209 250	122 615	56 342	72 217	41 964	15 128	15 125	125,8
1975	384 504	190 694	139 608	54 201	74 271	40 482	18 371	15 418	127,5
1976	374 090	210 227	127 063	36 800	72 857	46 338	16 172	10 347	125,6
1976 1. Vj.	90 941	50 117	30 492	10 332	18 001	10 960	4 386	2 655	90,2
2. Vj.	101 189	59 724	32 819	8 646	19 606	13 196	4 110	2 300	117,8
3. Vj.	96 963	54 646	32 566	9 751	18 944	12 087	4 013	2 844	153,8
4. Vj.	83 052	45 245	29 135	8 672	16 164	10 041	3 606	2 517	140,5
1977 1. Vj.	71 840	41 683	23 494	6 663	14 482	9 391	3 047	2 044	82,7
2. Vj.	92 062	54 123	30 629	7 310	18 175	12 288	3 756	2 131	143,1
3. Vj.	96 781	56 827	32 467	7 488	19 479	12 995	4 245	2 239	165,7

[1] Die Vierteljahreszahlen umfassen, da die Meldungen der Baugenehmigungsbehörden teilweise nicht termingerecht eingehen, nicht immer alle Baugenehmigungen des Berichtsvierteljahres.
[2] Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[3] Alle Baumaßnahmen.
[4] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[5] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 37*

Auftragseingang und Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1971 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				Auftraggeber: private [1]	Auftraggeber: öffentliche [2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau [2]
				Auftragseingang					
1972	104,9	109,6	121,4	100,7	99,9	97,1	98,1	96,5	100,7
1973	100,7	101,6	99,0	100,1	110,1	99,2	102,6	97,3	100,3
1974	90,1	86,0	75,1	79,7	121,4	97,0	104,7	92,4	99,8
1975	96,2	90,9	78,5	93,2	114,3	105,1	107,8	103,4	111,8
1976	90,3	87,4	83,2	87,8	95,4	95,2	106,2	88,7	95,3
1974 1. Vj.	75,6	78,9	71,8	79,9	92,8	70,1	64,7	73,2	71,3
2. Vj.	103,2	96,6	93,5	89,8	115,7	114,1	125,3	107,5	121,6
3. Vj.	98,6	87,7	73,2	75,9	141,6	116,6	136,5	104,7	112,0
4. Vj.	82,8	80,4	61,7	73,1	135,3	86,9	92,0	83,9	93,9
1975 1. Vj.	78,3	76,9	64,2	84,2	91,7	80,6	68,8	87,7	92,2
2. Vj.	110,4	100,2	86,3	101,1	129,3	127,5	132,3	124,6	130,7
3. Vj.	103,1	97,5	82,2	105,6	116,3	112,3	134,7	99,0	107,7
4. Vj.	93,1	89,1	81,4	81,8	119,8	99,8	95,5	102,3	116,6
1976 1. Vj.	80,0	82,8	84,1	77,4	89,7	75,2	64,1	81,8	87,4
2. Vj.	99,0	96,6	92,1	102,9	94,5	103,0	119,5	93,2	98,7
3. Vj.	96,2	86,4	83,7	85,4	94,0	112,6	142,4	94,9	104,7
4. Vj.	86,0	83,6	72,8	85,6	103,5	90,1	98,9	84,9	90,4
1977 1. Vj.	82,0	82,3	89,3	81,6	68,3	81,4	78,9	82,9	79,7
2. Vj. [3]	113,5	103,8	113,7	93,2	101,9	130,4	162,3	111,5	119,0
				Auftragsbestand					
1972	105,0	110,8	126,4	101,1	93,8	93,8	98,8	91,0	88,1
1973	104,7	107,6	115,2	103,3	98,6	99,3	108,0	94,5	92,6
1974	89,9	83,8	70,3	85,7	107,2	101,8	119,2	92,0	96,7
1975	88,9	83,3	64,9	92,0	106,8	99,6	110,0	93,8	100,7
1976	89,5	84,3	76,0	92,1	89,5	99,6	101,0	98,8	105,8
1974 Mär	90,1	86,7	79,3	83,6	104,9	96,7	109,5	89,6	89,9
Jun	92,9	86,6	72,7	89,9	108,8	105,1	123,4	94,8	100,1
Sep	91,7	83,3	66,9	89,9	105,7	108,2	131,6	95,1	100,7
Dez	84,9	78,7	62,1	79,3	109,5	97,0	112,2	88,5	96,0
1975 Mär	86,3	80,1	57,3	88,9	111,7	98,4	110,9	91,5	98,0
Jun	93,1	86,2	66,8	96,2	109,6	106,5	119,6	99,1	103,2
Sep	89,0	84,3	66,8	95,4	103,0	98,1	111,7	90,5	97,3
Dez	87,0	82,7	68,8	87,6	102,9	95,2	97,6	93,9	104,1
1976 Mär	94,2	88,2	74,7	95,8	103,6	106,0	100,8	108,9	117,9
Jun	94,7	89,6	84,7	97,1	88,9	104,6	105,5	104,1	108,7
Sep	88,6	83,5	76,2	91,4	86,7	98,5	104,6	95,1	102,2
Dez	80,3	75,7	68,2	84,1	78,9	89,2	92,9	87,2	94,3
1977 Mär	81,7	75,5	68,3	86,1	74,9	94,5	101,8	90,5	96,0
Jun [3]	84,4	75,3	71,1	81,6	74,7	102,9	119,5	93,2	101,0

[1] Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2] Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, sonstige öffentliche Auftraggeber.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 38*

Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe [1])

Zeitraum	Umsatz [2]) insgesamt	Wohnungsbau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	öffentlicher und Verkehrsbau	Beschäftigte [3])	Geleistete Arbeitsstunden [4])	Nettoproduktionsindex [5])
	Mio DM				1 000	Mio	1970 = 100
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959 [6])	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	44 329	16 414	8 921	18 994	1 467	2 475	82,9
1968	28 417	10 391	6 317	11 709	1 487	2 472	86,7
1969	42 751	15 069	9 816	17 866	1 505	2 440	94,8
1970	55 229	18 232	13 441	23 556	1 529	2 526	100
1971	67 034	23 196	17 428	26 410	1 544	2 554	103,0
1972	74 040	28 094	18 165	27 782	1 533	2 524	110,3
1973	77 339	29 912	19 401	28 026	1 508	2 352	111,6
1974	75 356	27 209	18 013	30 134	1 352	2 070	104,1
1975	72 248	24 218	17 120	30 909	1 211	1 830	92,4
1976	75 089	25 705	18 863	30 522	1 192	1 783	95,2
1976 1. Vj.	13 581	4 576	3 587	5 418	1 136	342	75,7
2. Vj.	16 572	5 841	4 378	6 354	1 205	491	109,3
3. Vj.	18 745	6 281	4 855	7 610	1 225	487	99,5
4. Vj.	26 190	9 007	6 043	11 141	1 202	463	97,1
1977 1. Vj.	12 974	4 856	3 485	4 633	1 099	362	79,6
2. Vj.	16 904	6 373	4 610	5 922	1 133	456	110,5

[1]) Nur Betriebe des Hoch-, Tief- und Spezialbaus, des Stukkateur- und Gipsergewerbes sowie der Zimmerei und Dachdeckerei.
[2]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.
[3]) Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen.
[4]) Von Inhabern, Angestellten und Arbeitern (einschließlich Auszubildende) auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden.
[5]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[6]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 39*

Einzelhandelsumsatz

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt [1]	darunter Einzelhandel mit								
		Waren verschiedener Art	Nahrungs- und Genußmitteln	Textilwaren und Schuhen	Hausrat und Wohnbedarf	elektrotechnischen und optischen Erzeugnissen, Uhren	Papierwaren und Druckerzeugnissen	pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen	Kohle und Mineralölerzeugnissen	Fahrzeugen, Maschinen, Büroeinrichtungen
	in jeweiligen Preisen									
1964	66,6	56,0	70,1	70,6	64,9	66,7	64,4	60,9	72,4	66,7
1965	73,3	65,1	76,0	77,4	70,8	73,8	71,8	67,4	74,7	73,9
1966	77,2	70,9	80,0	80,2	75,8	77,2	77,5	73,6	75,8	74,5
1967	78,1	73,4	82,3	78,8	75,8	75,7	81,6	79,0	77,2	70,3
1968	81,5	80,2	86,1	80,6	77,7	78,6	85,2	85,1	83,8	68,5
1969	89,8	87,2	92,5	89,7	87,4	87,5	93,8	93,6	88,1	84,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	110,4	113,4	109,7	111,2	114,9	111,9	110,8	110,3	105,2	106,0
1972	121,0	126,4	120,0	122,7	130,0	126,1	119,9	119,6	107,0	110,9
1973	129,9	137,8	130,1	127,4	138,2	134,5	129,3	130,2	148,9	110,2
1974	136,9	151,5	137,0	134,1	144,5	148,0	141,4	142,3	160,7	103,5
1975	149,2	165,6	147,1	144,6	150,9	156,3	154,5	154,4	165,4	129,4
1976	159,7	172,9	158,9	149,2	157,5	163,0	162,3	162,8	191,2	148,5
1976 1. Vj.	144,5	151,8	145,4	126,5	136,4	133,1	144,2	154,3	209,2	143,8
2. Vj.	155,6	157,8	158,9	144,2	145,7	134,0	135,4	162,6	173,1	167,4
3. Vj.	150,8	158,8	157,3	132,8	147,1	146,8	161,0	157,9	193,8	133,2
4. Vj.	188,1	222,8	174,5	193,6	201,5	238,1	208,8	176,0	188,3	149,4
1977 1. Vj.	152,8	158,3	152,4	137,0	147,3	138,5	151,3	160,0	181,1	164,4
2. Vj.	165,2	165,8	169,5	148,4	159,9	145,1	146,8	167,9	179,9	181,5
3. Vj. [2]	163,3	169,2	169,4	147,7	172,6	157,3	177,3	163,2	184,1	150,2
	in Preisen von 1970									
1964	73,0	59,9	75,5	78,1	71,7	68,8	80,5	72,1	90,4	73,9
1965	78,8	68,7	79,8	83,9	76,2	75,7	85,5	78,6	91,0	80,9
1966	81,4	73,8	82,5	84,9	80,1	78,8	88,7	81,6	91,3	80,3
1967	82,0	76,3	84,7	82,7	79,9	78,2	89,6	86,4	90,7	75,5
1968	85,6	83,8	89,6	84,6	82,1	81,1	92,2	91,0	94,6	72,7
1969	93,0	90,2	94,2	93,2	91,6	89,5	98,8	98,3	97,4	89,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	108,0	105,3	104,8	108,5	108,2	103,4	105,4	97,3	100,2
1972	109,8	115,2	109,7	109,4	118,0	118,7	109,2	109,1	93,4	100,6
1973	110,8	118,2	111,6	105,9	119,1	118,4	112,2	113,6	115,1	95,8
1974	108,4	120,2	110,8	103,7	114,3	119,7	112,2	116,7	105,8	83,4
1975	111,3	123,9	111,9	106,3	112,8	120,6	114,2	120,0	98,2	97,2
1976	114,8	126,1	115,3	106,0	114,3	124,0	114,2	123,7	107,4	107,8
1976 1. Vj.	105,1	111,7	107,0	91,1	100,3	101,6	103,2	117,6	117,3	106,3
2. Vj.	111,6	115,4	113,8	103,0	106,2	101,8	95,9	123,7	98,7	121,2
3. Vj.	108,4	115,9	114,2	94,4	106,6	111,5	113,1	119,9	109,2	96,0
4. Vj.	134,2	161,2	126,5	135,7	144,7	180,8	144,9	133,3	103,9	107,3
1977 1. Vj.	107,0	113,2	106,9	94,8	104,5	104,6	103,5	119,1	99,5	117,5
2. Vj.	114,2	117,3	116,4	101,5	112,2	109,0	99,5	124,2	100,9	127,3
3. Vj. [2]	112,9	118,3	117,6	100,3	120,3	117,8	119,4	120,4	102,4	104,8

[1] Einschließlich Einzelhandel mit sonstigen Waren.
[2] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 40*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Devisenbilanz [1]	Leistungsbilanz				Übertragungsbilanz [4]
		insgesamt	Waren- und Dienstleistungsverkehr			
			zusammen	Handelsbilanz [2]	Dienstleistungsbilanz [3]	
1950	− 564	− 427	− 2 492	− 3 012	+ 520	+ 2 065
1951	+ 2 038	+ 2 301	+ 772	− 149	+ 921	+ 1 529
1952	+ 2 900	+ 2 478	+ 2 318	+ 706	+ 1 612	+ 160
1953	+ 3 646	+ 3 873	+ 4 324	+ 2 516	+ 1 808	− 451
1954	+ 2 971	+ 3 669	+ 4 143	+ 2 698	+ 1 445	− 474
1955	+ 1 851	+ 2 235	+ 3 069	+ 1 245	+ 1 824	− 834
1956	+ 5 010	+ 4 459	+ 5 680	+ 2 897	+ 2 783	− 1 221
1957	+ 5 122	+ 5 901	+ 7 783	+ 4 083	+ 3 700	− 1 882
1958	+ 3 444	+ 5 998	+ 7 998	+ 4 954	+ 3 044	− 2 000
1959	− 1 692	+ 4 152	+ 7 431	+ 5 361	+ 2 070	− 3 279
1960	+ 8 019	+ 4 783	+ 8 271	+ 5 223	+ 3 048	− 3 488
1961	− 2 297	+ 3 193	+ 7 623	+ 6 615	+ 1 008	− 4 430
1962	− 877	− 1 580	+ 3 630	+ 3 477	+ 153	− 5 210
1963	+ 2 740	+ 991	+ 6 086	+ 6 032	+ 54	− 5 095
1964	+ 435	+ 524	+ 5 835	+ 6 081	− 246	− 5 311
1965	− 1 283	− 6 223	+ 154	+ 1 203	− 1 049	− 6 377
1966	+ 1 952	+ 488	+ 6 783	+ 7 958	− 1 175	− 6 295
1967	− 140	+10 006	+16 428	+16 862	− 434	− 6 422
1968	+ 7 009	+11 856	+19 168	+18 372	+ 796	− 7 312
1969	−14 361	+ 7 498	+16 248	+15 584	+ 664	− 8 750
1970	+22 650	+ 3 183	+12 942	+15 670	− 2 728	− 9 759
1971	+10 989	+ 3 082	+14 578	+15 892	− 1 314	−11 497
1972	+15 194	+ 2 474	+16 483	+20 278	− 3 795	−14 009
1973	+16 149	+11 496	+27 338	+32 979	− 5 641	−15 842
1974	− 9 137	+25 130	+41 483	+50 846	− 9 363	−16 353
1975	+ 3 260	+ 9 378	+26 867	+37 276	−10 409	−17 489
1976	+ 1 301	+ 8 455	+26 240	+34 469	− 8 229	−17 785
1976 1. Vj.	+ 9 781	+ 3 460	+ 7 381	+ 8 626	− 1 245	− 3 921
2. Vj.	− 3 581	+ 2 067	+ 6 632	+ 7 600	− 968	− 4 565
3. Vj.	+ 3 464	− 1 320	+ 3 405	+ 8 453	− 5 048	− 4 725
4. Vj.	− 8 362	+ 4 248	+ 8 822	+ 9 790	− 968	− 4 574
1977 1. Vj.	+ 596	+ 1 982	+ 5 824	+ 8 912	− 3 088	− 3 843
2. Vj.	− 1 408	+ 3 417	+ 7 899	+ 9 450	− 1 551	− 4 482
3. Vj.	− 68	− 4 981	+ 304	+ 7 947	− 7 643	− 5 285

[1] Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).
[2] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[3] Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten; jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen.
[4] Eigene Leistungen: —.

Tabelle 40*

bilanz

DM

Kapitalbilanz [5]			Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen [6]	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank [7]	Zeitraum
Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr				
+ 637	+ 488	+ 149	+ 210	— 774	—	1950
— 543	— 79	— 464	+ 1 758	+ 280	—	1951
+ 6	— 357	+ 363	+ 2 484	+ 416	—	1952
— 698	— 378	— 320	+ 3 175	+ 471	—	1953
— 106	— 438	+ 332	+ 3 563	— 592	—	1954
— 640	— 271	— 369	+ 1 595	+ 256	—	1955
— 162	— 365	+ 203	+ 4 297	+ 713	—	1956
— 2 655	— 390	— 2 265	+ 3 246	+ 1 876	—	1957
— 2 329	— 1 437	— 892	+ 3 669	— 225	—	1958
— 6 398	— 3 629	— 2 769	— 2 246	+ 554	—	1959
+ 1 272	— 81	+ 1 353	+ 6 055	+ 1 964	—	1960
— 5 009	— 4 053	— 956	— 1 816	+ 994	— 1 475	1961
— 597	— 183	— 414	— 2 177	+ 1 300	—	1962
+ 620	+ 1 806	— 1 186	+ 1 611	+ 1 129	—	1963
— 1 325	— 894	— 431	— 801	+ 1 236	—	1964
+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	— 4 081	+ 2 798	—	1965
— 599	— 342	— 257	— 111	+ 2 063	—	1966
—11 848	— 2 930	— 8 918	— 1 842	+ 1 702	—	1967
— 6 125	—11 201	+ 5 076	+ 5 731	+ 1 278	—	1968
—18 679	—23 040	+ 4 361	—11 181	+ 919	— 4 099	1969
+15 113	— 934	+16 047	+18 296	+ 3 616	+ 738	1970
+10 616	+ 6 293	+ 4 323	+13 697	+ 2 661	— 5 369	1971
+12 015	+15 551	— 3 536	+14 489	+ 1 201	— 496	1972
+13 227	+12 950	+ 277	+24 723	+ 1 705	—10 279	1973
—24 835	— 5 782	—19 053	+ 294	— 2 200	— 7 231	1974
—12 194	—16 831	+ 4 637	— 2 816	+ 597	+ 5 480	1975
+ 766	— 317	+ 1 083	+ 9 221	— 431	— 7 489	1976
+ 6 683	— 855	+ 7 538	+10 143	— 362	—	1976 1. Vj.
— 5 832	— 38	— 5 793	— 3 765	+ 184	—	2. Vj.
+ 4 903	+ 2 628	+ 2 275	+ 3 583	— 119	—	3. Vj.
— 4 988	— 2 052	— 2 936	— 739	— 134	— 7 489	4. Vj.
— 3 558	— 1 441	— 2 117	— 1 577	+ 2 173	—	1977 1. Vj.
— 5 313	— 6 700	+ 1 387	— 1 896	+ 488	—	2. Vj.
+ 5 482	— 3 054	+ 8 536	+ 501	— 569	—	3. Vj.

[5] Kapitalexport: —.
[6] Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).
[7] Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Auslandsposition der Bundesbank auf Grund von Paritätsänderungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 41*

Kapitalverkehr

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalver							
		privat [1]						
	insgesamt [2] (netto)	zusammen [2] (netto)	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: −)			ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
			zusammen [2]	Direktinvestitionen [3] und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen [4][5], Portfolioinvestitionen	zusammen [2]	Direktinvestitionen [3] und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen [4][5], Portfolioinvestitionen [6]
1960	− 81	+ 1 230	− 1 494	− 733	− 783	+ 2 724	+ 807	+ 2 033
1961	− 4 053	+ 1 035	− 1 268	−1 002	− 268	+ 2 303	+1 178	+ 1 253
1962	− 183	+ 1 107	− 1 740	−1 335	− 374	+ 2 847	+1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	+ 3 253	− 1 663	−1 033	− 633	+ 4 916	+1 931	+ 3 009
1964	− 894	+ 421	− 2 377	−1 372	− 1 022	+ 2 798	+2 444	+ 367
1965	+ 1 137	+ 2 428	− 2 199	−1 448	− 741	+ 4 627	+3 557	+ 1 087
1966	− 342	+ 2 189	− 2 815	−1 616	− 1 187	+ 5 004	+3 953	+ 1 064
1967	− 2 930	− 1 440	− 3 663	−1 502	− 2 150	+ 2 223	+3 285	− 1 010
1968	−11 201	− 9 872	−12 223	−2 185	−10 020	+ 2 351	+2 087	+ 323
1969	−23 040	−21 203	−22 706	−3 142	−19 541	+ 1 503	+1 989	− 465
1970	− 934	+ 1 454	− 8 648	−3 580	− 5 048	+10 102	+2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	+ 8 458	− 4 027	−4 230	+ 219	+12 485	+3 827	+ 8 666
1972	+15 551	+17 029	+ 315	−5 760	+ 6 115	+16 714	+6 054	+10 703
1973	+12 950	+15 153	− 710	−5 186	+ 4 470	+15 863	+5 465	+10 411
1974	− 5 782	− 4 905	− 9 484	−5 482	− 3 918	+ 4 578	+6 709	− 2 123
1975	−16 831	−17 993	−21 875	−5 353	−16 434	+ 3 882	+3 051	+ 834
1976	− 317	− 2 726	−17 556	−6 576	−10 880	+14 830	+3 798	+11 040
1974 1. Vj.	− 197	+ 13	− 1 985	−1 288	− 671	+ 1 998	+1 459	+ 541
2. Vj.	− 484	− 161	− 1 874	−1 185	− 671	+ 1 713	+1 664	+ 48
3. Vj.	− 2 120	− 2 100	− 2 390	−1 468	− 903	+ 289	+1 516	− 1 225
4. Vj.	− 2 982	− 2 657	− 3 235	−1 540	− 1 671	+ 578	+2 070	− 1 487
1975 1. Vj.	− 3 311	− 2 936	− 4 212	−1 504	− 2 686	+ 1 276	+1 141	+ 135
2. Vj.	− 5 301	− 5 116	− 5 205	−1 212	− 3 987	+ 88	+ 886	− 796
3. Vj.	− 5 483	− 5 546	− 5 612	−1 174	− 4 411	+ 66	+ 644	− 577
4. Vj.	− 2 735	− 4 394	− 6 846	−1 462	− 5 351	+ 2 451	+ 380	+ 2 071
1976 1. Vj.	− 855	− 1 326	− 5 477	−1 723	− 3 718	+ 4 151	+1 483	+ 2 668
2. Vj.	− 38	− 941	− 3 744	−1 654	− 2 065	+ 2 803	+ 641	+ 2 163
3. Vj.	+ 2 628	+ 757	− 3 446	−1 806	− 1 612	+ 4 202	+ 801	+ 3 403
4. Vj.	− 2 052	− 1 215	− 4 890	−1 394	− 3 485	+ 3 674	+ 873	+ 2 805
1977 1. Vj.	− 1 441	− 1 679	− 3 609	−1 751	− 1 840	+ 1 931	+ 602	+ 1 329
2. Vj.	− 6 700	− 6 418	− 8 143	−1 210	− 6 874	+ 1 725	+ 890	+ 836
3. Vj.	− 3 054	− 2 802	− 5 312	−1 872	− 3 414	+ 2 510	+ 596	+ 1 916

[1] Für die Aufgliederung in „Privat" und „Öffentlich" ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die beteiligte inländische Stelle angehört.
[2] Einschließlich „sonstige Nettokapitalanlagen".
[3] Soweit erkennbar. Einschließlich geschätzter reinvestierter Gewinne (enthalten in „Sonstige Kapitalanteile").

Tabelle 41*

mit dem Ausland

DM

kehr	Kurzfristiger Kapitalverkehr (Kapitalexport: —)					Zeitraum
öffentlich [1]	privat [1]				öffentlich [1]	
insgesamt (netto)	insgesamt	zusammen	Kredit-institute	Wirtschafts-unternehmen und Private	insgesamt	
−1 311	+ 1 353	+ 2 359	+2 369	− 10	−1 006	1960
−5 088	− 956	− 735	− 380	− 355	− 221	1961
−1 290	− 414	− 254	− 259	+ 5	− 160	1962
−1 447	− 1 186	− 1 177	+ 684	−1 861	− 9	1963
−1 315	− 431	+ 610	+ 85	+ 525	−1 041	1964
−1 291	+ 1 005	− 47	− 478	+ 431	+1 052	1965
−2 531	− 257	− 594	− 574	− 20	+ 337	1966
−1 490	− 8 918	− 8 557	−4 823	−3 734	− 361	1967
−1 329	+ 5 076	+ 3 891	+2 455	+1 436	+1 185	1968
−1 837	+ 4 361	+ 4 390	+4 325	+ 65	− 29	1969
−2 388	+16 047	+16 344	+7 927	+8 417	− 297	1970
−2 166	+ 4 323	+ 3 181	+1 174	+2 007	+1 142	1971
−1 478	− 3 536	− 4 012	− 420	−3 592	+ 476	1972
−2 203	+ 277	+ 26	−5 149	+5 175	+ 251	1973
− 877	−19 053	−19 022	−9 733	−9 289	− 31	1974
+1 162	+ 4 637	+ 3 948	−2 261	+6 209	+ 688	1975
+2 408	+ 1 083	+ 1 601	+6 731	−5 130	− 517	1976
− 209	− 9 646	−10 066	− 523	−9 543	+ 420	1974 1. Vj.
− 323	− 1 836	− 2 512	−1 553	− 959	+ 676	2. Vj.
− 20	− 5 200	− 4 845	−3 580	−1 265	− 355	3. Vj.
− 325	− 2 371	− 1 599	−4 077	+2 478	− 772	4. Vj.
− 375	+ 1 836	+ 1 769	− 763	+2 531	+ 68	1975 1. Vj.
− 185	− 2 140	− 2 953	−4 113	+1 161	+ 813	2. Vj.
+ 63	+ 6 642	+ 6 410	− 348	+6 758	+ 232	3. Vj.
+1 659	− 1 702	− 1 277	+2 964	−4 241	− 425	4. Vj.
+ 471	+ 7 538	+ 7 392	+5 761	+1 631	+ 146	1976 1. Vj.
+ 903	− 5 793	− 6 094	−3 192	−2 902	+ 301	2. Vj.
+1 871	+ 2 275	+ 2 456	+3 549	−1 093	− 181	3. Vj.
− 837	− 2 936	− 2 153	+ 613	−2 766	− 784	4. Vj.
+ 237	− 2 117	− 2 213	−2 170	− 43	+ 96	1977 1. Vj.
− 282	+ 1 387	+ 1 096	+2 639	−1 543	+ 291	2. Vj.
− 252	+ 8 536	+ 8 266	+3 723	+4 543	+ 270	3. Vj.

[4]) Nur Kredite und Darlehen, für die bei Vertragsabschluß eine Laufzeit von mehr als zwölf Monaten vereinbart wurde.
[5]) Ohne Direktinvestitionen.
[6]) Einschließlich der Transaktionen in deutschen Auslandsbonds.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 42*

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen [1]		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade [2]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1970 = 100		
1950	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952	16 909	16 203	20 198	13 620	83,7	119,0	70,3
1953	18 526	16 010	22 337	14 933	82,9	107,2	77,3
1954	22 035	19 337	26 725	18 750	83,5	103,1	80,0
1955 [3]	25 717	24 472	30 986	23 346	83,0	104,8	79,2
1956	30 861	27 964	35 820	25 908	86,2	107,9	79,9
1957	35 968	31 697	40 706	28 798	88,4	110,1	80,3
1958	36 998	31 133	42 603	31 341	86,8	99,3	87,4
1959	41 184	35 823	47 147	37 082	87,4	96,6	90,5
1960	47 946	42 723	53 895	43 155	89,0	99,0	89,9
1961	50 978	44 363	57 063	46 185	89,3	96,1	92,9
1962	52 975	49 498	58 874	52 158	90,0	94,9	94,8
1963	58 310	52 277	63 972	55 381	91,1	94,4	96,5
1964	64 920	58 839	70 659	62 060	91,9	94,8	96,9
1965	71 651	70 448	76 301	71 936	93,9	97,9	95,9
1966	80 628	72 670	84 308	72 304	95,6	100,5	95,1
1967	87 045	70 183	91 465	70 289	95,2	99,8	95,4
1968	99 551	81 179	104 873	82 749	94,9	98,1	96,7
1969	113 557	97 972	116 634	97 971	97,4	100,0	97,4
1970	125 276	109 606	125 276	109 606	100	100	100
1971	136 011	120 119	132 642	121 278	102,5	99,0	103,5
1972	149 023	128 744	144 343	133 471	103,2	96,5	106,9
1973	178 396	145 417	166 995	141 646	106,8	102,7	104,0
1974	230 578	179 733	187 789	139 636	122,8	128,7	95,4
1975	221 589	184 313	168 273	143 283	131,7	128,6	102,4
1976	256 642	222 173	191 156	166 959	134,3	133,1	100,9
1976 1. Vj.	60 588	51 962	45 795	39 390	132,3	131,9	100,3
2. Vj.	62 922	55 321	47 295	41 887	133,0	132,1	100,7
3. Vj.	63 736	55 283	46 846	40 656	136,1	136,0	100,1
4. Vj.	69 396	59 606	51 220	45 026	135,5	132,4	102,3
1977 1. Vj.	66 597	57 685	48 850	42 925	136,3	134,4	101,4
2. Vj.	67 960	58 511	50 007	43 288	135,9	135,2	100,5
3. Vj.	65 315	57 369	48 053	42 575	135,9	134,7	100,9

[1] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1970.
[2] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[3] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 43*

Ausfuhr und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik [1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [2])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse der				Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3])
			Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-			
			industrien						
					Ausfuhr				
1964	64 920	2 551	17 082	35 576	6 872	1 212	682	17 942	9 989
1965	71 651	2 464	19 272	38 883	7 618	1 504	779	19 863	10 185
1966	80 628	2 361	22 138	43 853	8 589	1 556	783	22 907	10 801
1967	87 045	2 282	24 813	46 434	9 248	1 974	874	24 714	11 039
1968	99 551	2 536	27 840	53 525	10 736	2 385	989	28 338	13 504
1969	113 557	2 416	31 040	61 620	12 753	2 792	1 257	32 531	14 312
1970	125 276	2 839	33 813	67 867	13 993	3 069	1 664	31 746	17 252
1971	136 011	3 008	35 248	75 479	15 581	3 975	1 505	34 877	19 388
1972	149 023	2 964	37 392	82 775	17 261	4 449	1 959	40 165	20 898
1973	178 396	3 308	47 340	96 121	20 705	6 145	2 491	45 527	24 428
1974	230 578	5 243	73 902	113 460	24 350	8 406	2 290	53 706	26 120
1975	221 589	4 903	60 894	118 115	22 774	8 553	2 402	58 526	26 198
1976	256 642	4 660	67 094	139 511	28 635	9 250	2 956	67 940	32 754
1976 1. Vj.	60 588	1 019	16 061	32 597	6 763	2 316	787	15 863	7 723
2. Vj.	62 922	1 189	16 931	34 148	6 876	2 067	677	16 543	7 848
3. Vj.	63 736	1 252	16 882	33 994	7 311	2 294	751	16 855	7 906
4. Vj.	69 396	1 200	17 221	38 773	7 685	2 573	741	18 679	9 278
1977 1. Vj.	66 597	940	17 048	36 194	7 715	2 754	801	17 221	9 078
2. Vj.	67 960	1 108	17 485	36 921	7 411	2 927	700	17 357	8 699
3. Vj.	65 315	1 135	16 255	35 356	7 482	2 900	742	17 145	8 515
					Einfuhr				
1964	58 839	6 205	16 518	8 453	7 251	5 023	12 275	3 671	4 271
1965	70 448	6 602	18 905	11 089	9 118	6 245	13 932	4 820	5 892
1966	72 670	6 891	19 343	12 284	9 891	6 603	14 186	5 168	6 992
1967	70 183	7 432	19 406	12 047	8 461	6 328	13 134	5 333	6 433
1968	81 179	8 832	24 503	14 090	10 613	7 015	13 281	5 809	7 879
1969	97 972	9 424	30 346	18 526	13 293	7 968	14 788	7 614	10 250
1970	109 606	10 166	32 824	24 556	14 744	9 034	14 953	9 873	14 576
1971	120 119	11 502	32 244	28 075	17 821	10 169	15 627	11 304	18 602
1972	128 744	11 396	33 756	30 013	21 556	11 481	16 637	11 655	21 349
1973	145 417	13 894	40 911	31 855	23 561	12 951	18 508	11 236	24 940
1974	179 733	29 942	52 985	33 114	25 773	13 335	19 638	11 413	27 772
1975	184 313	27 227	49 183	39 643	28 002	14 106	20 052	13 789	32 521
1976	222 173	32 410	60 456	48 775	32 916	16 368	23 687	16 891	37 906
1976 1. Vj.	51 962	7 402	13 972	11 117	8 139	3 744	5 519	3 670	9 459
2. Vj.	55 321	7 618	15 568	12 466	7 783	3 974	6 014	4 193	9 230
3. Vj.	55 283	8 640	15 527	11 523	8 265	4 093	5 614	4 070	9 534
4. Vj.	59 606	8 750	15 389	13 670	8 730	4 556	6 540	4 957	9 684
1977 1. Vj.	57 685	8 258	15 076	12 840	9 355	4 045	6 613	4 203	9 946
2. Vj.	58 511	7 842	15 782	13 742	8 368	4 176	7 028	4 688	9 496
3. Vj.	57 369	8 002	15 212	13 145	9 286	4 282	5 844	4 733	10 574

[1]) Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik, ab 1970 nach dem revidierten Stand von 1970.
[2]) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert; ab 1970 geänderter Warenkorb.

Tabelle 44*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	376	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1976 1. Vj.	60 588	2 932	57 311	1 331	4 357	51 624	10 759	40 865
2. Vj.	62 922	2 538	60 044	1 436	4 856	53 753	11 457	42 296
3. Vj.	63 736	2 842	60 548	1 438	4 816	54 295	11 443	42 852
4. Vj.	69 396	3 101	65 871	1 487	4 660	59 724	11 979	47 746
1977 1. Vj.	66 597	3 337	62 843	1 337	4 359	57 148	11 651	45 497
2. Vj.	67 960	3 400	64 169	1 458	4 798	57 913	11 902	46 011
3. Vj.	65 315	3 456	61 483	1 331	4 305	55 847	11 185	44 662

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 45*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951 [2]	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952 [2]	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953 [2]	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954 [2]	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955 [2]	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956 [2]	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957 [2]	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958 [2]	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959 [2]	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 639	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1976 1. Vj.	51 962	8 175	43 170	8 109	8 402	26 660	7 237	19 423
2. Vj.	55 321	8 965	45 568	8 680	8 731	28 157	8 035	20 072
3. Vj.	55 283	8 776	45 854	9 683	8 831	27 339	7 828	19 511
4. Vj.	59 606	10 121	48 683	9 626	8 725	30 332	8 273	22 059
1977 1. Vj.	57 685	9 479	47 532	9 128	8 281	30 123	8 590	21 533
2. Vj.	58 511	10 159	47 588	8 715	9 034	29 838	8 426	21 412
3. Vj.	57 369	9 313	47 360	8 834	8 675	29 850	7 892	21 958

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 46*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EG-Länder [2]	EFTA-Länder [2] [3]	Übrige europäische Länder [4]	Staatshandelsländer [5]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [6]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder [7]
1950 [8]	8 362	3 102	2 213	703	361	714	433	1 244
1951 [8]	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 611	992	3 027
1952 [8]	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 609	1 048	3 415
1953 [8]	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 028	1 249	3 928
1954 [8]	22 035	6 432	6 381	1 439	435	2 167	1 237	5 048
1955 [8]	25 717	7 409	7 419	1 829	643	2 723	1 625	5 511
1956 [8]	30 861	9 095	8 656	1 930	1 120	3 446	2 089	6 383
1957 [8]	35 968	10 502	9 803	1 954	1 263	4 332	2 521	7 873
1958 [8]	36 998	10 102	10 162	2 145	1 889	4 603	2 699	7 895
1959 [8]	41 184	11 463	11 107	2 477	1 915	5 914	3 835	8 072
1960	47 946	14 148	13 436	2 873	2 304	6 111	3 767	8 930
1961	50 978	16 180	14 422	3 178	2 124	5 875	3 497	9 051
1962	52 975	18 012	14 712	3 367	2 177	6 334	3 858	8 208
1963	58 310	21 754	15 795	3 518	1 839	6 862	4 195	8 356
1964	64 920	23 630	17 686	3 998	2 350	7 873	4 785	9 160
1965	71 651	25 220	19 342	4 779	2 740	9 070	5 741	10 267
1966	80 628	29 281	20 303	5 494	3 381	10 744	7 178	11 173
1967	87 045	32 007	20 623	5 922	4 421	12 191	7 859	11 626
1968	99 551	37 368	22 587	6 154	4 556	15 759	10 835	12 856
1969	113 557	45 177	25 602	7 201	5 145	16 201	10 633	13 973
1970	125 276	50 259	28 344	8 364	5 448	17 747	11 437	14 857
1971	136 011	54 530	30 428	8 988	5 865	19 578	13 140	16 308
1972	149 023	59 441	34 333	10 045	7 686	20 222	13 798	16 977
1973	178 396	84 066	28 062	11 392	10 836	23 174	15 089	20 509
1974	230 578	103 516	34 380	15 513	15 903	28 454	17 343	32 088
1975	221 589	96 542	32 093	15 880	17 425	22 515	13 146	36 442
1976	256 642	117 311	38 547	16 305	17 432	24 435	14 413	41 835
1976 1. Vj.	60 588	28 640	8 619	3 746	4 414	5 842	3 434	9 164
2. Vj.	62 922	29 265	9 394	3 974	4 227	5 962	3 522	9 931
3. Vj.	63 736	28 332	9 628	4 024	4 368	6 098	3 542	11 053
4. Vj.	69 396	31 074	10 906	4 561	4 423	6 534	3 915	11 686
1977 1. Vj.	66 597	31 291	10 234	3 940	4 071	6 229	3 744	10 624
2. Vj.	67 960	30 897	9 933	4 434	3 825	7 074	4 547	11 593
3. Vj.	65 315	28 330	10 043	3 967	4 087	7 165	4 722	11 502

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab 1973 neuer Gebietsstand.
[3] Ab März 1970 einschließlich Island.
[4] Ohne Staatshandelsländer.
[5] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[6] Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[7] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[8] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 47*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EG-Länder [2]	EFTA-Länder [2] [3]	Übrige europäische Länder [4]	Staatshandelsländer [5]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [6]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder [7]
1950 [8]	11 374	3 031	2 390	537	352	2 372	1 811	2 677
1951	14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 636	2 722	4 019
1952	16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 667	2 507	4 076
1953	16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 931	1 658	4 259
1954	19 337	4 724	3 903	1 212	512	3 444	2 237	5 521
1955	24 472	6 317	4 687	1 418	733	4 683	3 209	6 610
1956	27 964	6 590	5 550	1 519	1 121	5 798	3 997	7 347
1957	31 697	7 404	6 019	1 584	1 235	7 789	5 671	7 633
1958	31 133	7 969	6 487	1 597	1 451	6 191	4 219	7 407
1959	35 823	10 334	7 420	1 771	1 687	6 421	4 595	8 152
1960	42 723	12 708	8 392	1 989	2 037	8 034	5 977	9 461
1961	44 363	13 778	8 592	2 249	2 074	8 241	6 100	9 335
1962	49 498	15 966	9 396	2 277	2 191	9 379	7 033	10 202
1963	52 277	17 342	9 646	2 285	2 185	10 206	7 941	10 533
1964	58 839	20 393	10 686	2 612	2 442	10 609	8 066	12 012
1965	70 448	26 648	12 133	2 905	2 943	12 296	9 196	13 425
1966	72 670	27 774	11 955	2 993	3 163	12 576	9 177	14 110
1967	70 183	27 636	10 993	2 694	3 023	12 055	8 556	13 694
1968	81 179	33 453	12 666	3 186	3 414	12 790	8 850	15 579
1969	97 972	42 431	15 222	4 139	3 976	15 115	10 253	16 992
1970	109 606	48 437	16 634	4 422	4 397	17 934	12 066	17 681
1971	120 119	56 017	16 987	4 707	4 769	18 363	12 420	19 149
1972	128 744	62 598	17 669	5 837	5 325	17 569	10 765	19 633
1973	145 417	75 539	12 748	6 657	6 619	19 801	12 223	23 937
1974	179 733	86 147	15 058	7 170	8 409	22 590	13 972	40 188
1975	184 313	91 246	15 981	7 491	8 661	23 864	14 226	36 835
1976	222 173	107 079	19 856	9 267	10 977	29 289	17 556	45 443
1976 1. Vj.	51 962	25 443	4 521	2 138	2 471	6 863	4 440	10 480
2. Vj.	55 321	27 567	5 071	2 119	2 696	7 049	4 180	10 754
3. Vj.	55 283	26 216	4 836	2 343	2 845	7 021	3 898	11 934
4. Vj.	59 606	27 853	5 428	2 667	2 964	8 356	5 038	12 277
1977 1. Vj.	57 685	27 610	5 223	2 529	2 498	7 219	4 305	12 562
2. Vj.	58 511	28 558	5 098	2 324	2 638	7 925	4 589	11 908
3. Vj.	57 369	27 382	6 146	2 318	2 814	7 284	3 855	11 862

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab 1973 neuer Gebietsstand.
[3] Ab März 1970 einschließlich Island.
[4] Ohne Staatshandelsländer.
[5] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[6] Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[7] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[8] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 48*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1970 = 100

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Einfuhr [1]	Letzte Verwendung	Ausfuhr [1]	Letzte inländische Verwendung					
					insgesamt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Bruttoanlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1960	70,5	91,9	73,1	83,9	71,2	75,9	58,6	67,4	79,7	61,8
1961	73,6	89,3	75,5	84,4	74,0	78,5	62,2	71,3	82,1	66,1
1962	76,7	89,0	78,2	85,7	77,0	80,9	65,0	75,9	84,9	71,3
1963	78,9	91,3	80,5	86,6	79,5	83,3	68,4	78,9	86,1	75,3
1964	81,3	93,2	82,8	88,8	81,8	85,4	70,8	81,1	87,8	77,8
1965	84,1	95,8	85,8	91,0	84,8	88,2	75,7	83,0	90,1	79,4
1966	87,2	97,6	88,7	93,1	87,8	91,5	80,1	84,9	92,5	81,2
1967	88,5	96,9	89,7	93,8	88,8	93,1	82,0	83,8	93,3	79,2
1968	90,0	97,3	91,1	93,5	90,6	94,8	85,1	84,7	92,0	81,1
1969	93,2	99,7	94,2	96,3	93,8	96,6	91,2	89,1	93,9	86,2
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	107,7	101,3	106,6	103,9	107,2	105,4	112,4	108,0	105,4	109,6
1972	113,7	102,3	111,7	106,4	112,9	111,3	119,8	112,0	107,0	115,1
1973	120,6	111,8	119,0	111,8	120,9	119,2	131,4	117,6	110,3	122,0
1974	128,9	135,2	130,0	128,6	130,5	127,5	146,6	125,4	117,8	129,9
1975 [2]	138,1	136,3	137,7	136,1	138,2	135,5	156,2	129,7	126,4	131,9
1976 [2]	142,6	143,3	142,7	139,8	143,5	141,6	161,5	134,0	131,0	136,1
1967 1. Hj.	88,4	96,6	89,5	93,4	88,7	92,9	80,5	84,6	93,7	80,1
2. Hj.	88,5	97,1	89,7	94,2	88,8	93,2	83,4	83,1	92,9	78,5
1968 1. Hj.	89,3	97,5	90,5	93,3	89,9	94,2	82,5	84,3	91,9	80,4
2. Hj.	90,7	97,1	91,6	93,6	91,2	95,3	87,3	85,1	92,0	81,6
1969 1. Hj.	91,5	100,1	92,8	95,4	92,2	95,9	87,7	86,9	92,7	83,4
2. Hj.	94,7	99,4	95,5	97,1	95,1	97,2	94,4	90,8	94,9	88,4
1970 1. Hj.	98,2	100,1	98,5	98,8	98,4	99,1	96,9	98,3	98,7	98,0
2. Hj.	101,7	99,9	101,4	101,1	101,4	100,8	102,7	101,4	101,2	101,5
1971 1. Hj.	105,9	102,2	105,2	103,5	105,6	104,2	108,9	106,8	105,0	108,0
2. Hj.	109,5	100,6	107,9	104,3	108,7	106,6	115,7	109,0	105,8	110,9
1972 1. Hj.	112,1	100,9	110,1	105,9	111,1	109,7	115,5	111,0	106,5	113,8
2. Hj.	115,2	103,6	113,1	106,9	114,6	112,8	123,8	113,0	107,4	116,1
1973 1. Hj.	118,5	107,6	116,5	109,3	118,4	117,1	125,0	116,3	109,3	120,7
2. Hj.	122,5	115,9	121,3	114,2	123,2	121,2	137,3	118,9	111,3	123,3
1974 1. Hj.	125,4	134,4	127,0	125,0	127,7	125,3	139,0	123,7	115,6	128,6
2. Hj.	132,2	136,0	132,9	132,1	133,1	129,5	153,6	126,9	119,9	131,1
1975 1. Hj.	136,1	133,6	135,6	135,6	135,6	133,5	149,7	128,9	125,2	131,4
2. Hj.	139,9	138,8	139,7	136,5	140,5	137,4	162,2	130,4	127,5	132,4
1976 1. Hj. [2]	140,4	141,6	140,6	138,9	141,2	140,1	154,2	132,6	130,0	134,5
2. Hj.	144,5	144,8	144,6	140,5	145,8	142,9	168,3	135,3	131,9	137,5
1977 1. Hj.	145,2	146,7	145,5	141,7	146,7	145,6	161,4	137,7	134,9	139,6

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr.
[2] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 49*

Index der Grundstoffpreise [1])

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse, Erzeugnisse der Energiewirtschaft, Wasser	Grundstoffe des Verarbeitenden Gewerbes							Grundstoffe des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes
			zusammen	darunter						
				Steine und Erden	Eisen, Stahl, NE-Metalle und -Metallhalbzeug	chemische Erzeugnisse	bearbeitetes Holz	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	Textilien	
1964	93,1	91,8	93,1	94,3	84,8	103,3	93,5	95,3	102,5	98,6
1965	95,3	92,6	95,4	95,4	89,7	103,6	95,8	97,2	101,7	102,7
1966	96,5	92,8	97,0	96,2	93,4	102,0	95,0	96,6	101,1	104,1
1967	93,8	94,8	93,1	95,2	87,2	100,9	89,6	95,5	97,7	98,4
1968	93,8	95,1	93,2	93,2	89,1	99,6	87,9	94,2	98,6	94,8
1969	96,0	93,4	96,4	93,6	95,2	99,6	94,0	95,7	99,5	99,3
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	101,5	109,0	99,3	109,6	94,8	100,7	101,3	100,9	99,9	99,3
1972	102,9	110,1	100,5	114,4	94,0	100,0	100,8	96,5	105,5	103,8
1973	113,9	120,0	111,6	118,3	106,5	105,4	120,0	100,1	126,0	116,4
1974	142,3	177,7	132,9	128,5	131,2	137,7	138,2	135,3	137,7	126,6
1975	141,8	195,9	126,6	134,0	118,2	136,8	123,6	152,3	124,8	126,2
1976	149,5	209,0	133,1	136,9	125,6	137,4	133,7	146,2	140,0	128,1
1972 1. Vj.	101,4	108,9	99,2	112,5	93,1	99,9	99,9	96,8	102,7	100,2
2. Vj.	102,3	109,3	100,0	114,7	93,5	99,8	100,2	96,2	104,0	102,7
3. Vj.	103,2	110,3	100,8	115,2	94,4	99,8	100,6	96,2	105,6	104,7
4. Vj.	104,7	111,7	102,0	115,3	94,6	100,7	102,7	97,0	109,5	107,7
1973 1. Vj.	108,2	113,9	106,0	116,5	99,6	101,7	107,7	98,7	116,4	111,4
2. Vj.	111,3	115,3	109,6	118,2	104,3	102,1	117,3	99,3	123,1	115,2
3. Vj.	114,5	118,2	112,8	119,1	107,3	106,3	125,3	99,7	128,4	118,4
4. Vj.	121,5	132,6	118,2	119,4	114,6	111,6	129,7	102,8	136,0	120,6
1974 1. Vj.	137,3	166,9	129,2	123,4	129,0	128,7	137,8	114,3	141,9	126,4
2. Vj.	143,7	174,6	136,2	128,5	138,7	137,5	142,0	127,5	140,1	124,4
3. Vj.	144,2	182,2	134,2	131,2	130,0	142,5	139,8	147,1	137,1	126,0
4. Vj.	144,1	187,3	132,1	131,0	127,0	142,1	133,0	152,0	131,8	129,6
1975 1. Vj.	142,8	192,9	129,1	132,4	122,8	139,1	127,1	156,5	125,4	124,4
2. Vj.	141,0	192,2	126,8	134,4	118,2	137,8	123,3	154,3	124,1	124,3
3. Vj.	141,2	195,0	125,8	134,8	117,2	135,9	121,7	150,1	123,9	127,5
4. Vj.	142,3	203,4	124,6	134,3	114,3	134,4	122,4	148,3	125,8	128,6
1976 1. Vj.	146,4	209,5	128,3	134,9	119,6	135,7	126,4	145,9	132,2	129,6
2. Vj.	149,6	209,6	133,4	136,1	127,7	136,9	132,8	146,1	137,8	126,5
3. Vj.	151,7	209,5	136,2	137,9	130,0	139,0	136,3	146,4	144,4	127,5
4. Vj.	150,2	207,3	134,5	138,6	125,3	138,1	139,1	146,4	145,6	128,8
1977 1. Vj.	150,9	211,2	134,2	140,4	123,6	138,5	142,9	145,9	144,5	130,7
2. Vj.	150,9	209,5	134,1	143,4	122,4	139,4	145,4	144,4	143,1	134,0
3. Vj.	148,9	207,4	132,2	144,4	120,3	137,0	144,5	141,6	139,0	132,6

[1]) Grundstoffe industrieller Herkunft aus inländischer und ausländischer Produktion; ohne Umsatzsteuer; umbasiert von Originalbasis 1962 = 100.

Tabelle 50*

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz) [1])

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie					Investitionsgüter [2])	Verbrauchsgüter [2])
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-		
					industrien					
1962	89,9	81,3	95,2	89,8	95,0	85,1	87,8	92,1	81,3	90,2
1963	90,3	82,7	95,1	90,2	94,3	85,4	89,3	93,1	82,1	91,2
1964	91,3	82,4	95,9	91,2	95,0	86,5	91,0	93,9	83,6	92,0
1965	93,5	85,8	98,5	93,4	97,0	89,0	93,1	95,2	86,1	94,2
1966	95,1	85,6	99,7	95,1	98,1	90,7	95,5	97,3	88,3	96,3
1967	94,3	85,5	100,7	94,1	95,6	89,8	94,9	98,1	88,1	96,8
1968	93,6	85,6	101,0	93,3	94,4	89,8	94,6	96,9	88,2	95,9
1969	95,3	88,2	99,7	95,2	95,8	92,7	96,4	97,8	91,7	95,8
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	104,3	110,7	103,3	104,2	102,5	106,2	103,8	103,6	107,9	104,7
1972	107,0	117,0	110,3	106,6	102,5	109,1	107,5	107,7	111,9	108,4
1973	114,1	123,1	115,1	113,9	111,5	113,7	115,5	116,7	117,0	116,7
1974	129,4	158,0	124,3	129,1	137,7	124,3	129,0	123,4	127,6	130,4
1975	135,5	197,2	148,3	133,3	136,4	133,4	132,5	128,1	138,6	137,6
1976	140,8	210,9	158,5	138,0	141,9	138,0	136,7	132,6	144,6	142,5
1972 1. Vj.	105,8	115,7	108,8	105,3	101,2	108,6	106,0	105,3	111,2	106,9
2. Vj.	106,6	113,7	110,0	106,2	102,6	109,1	107,0	105,7	111,8	108,1
3. Vj.	107,2	118,6	110,5	106,8	102,6	109,3	107,9	107,7	112,2	108,7
4. Vj.	108,5	119,8	111,6	108,0	103,7	109,3	109,1	112,2	112,3	109,9
1973 1. Vj.	111,1	121,4	114,1	110,7	106,4	111,7	112,3	114,5	115,0	113,0
2. Vj.	113,1	119,7	114,6	112,9	109,3	113,5	114,7	116,3	116,9	114,9
3. Vj.	115,1	123,6	115,1	114,9	112,6	114,4	116,7	117,7	117,7	117,7
4. Vj.	117,2	127,8	116,6	117,0	117,8	115,1	118,3	118,0	118,5	121,0
1974 1. Vj.	124,5	134,5	118,4	124,7	132,5	119,9	124,3	121,1	122,9	127,5
2. Vj.	128,8	146,4	121,2	128,9	138,7	124,1	128,0	122,1	127,0	128,8
3. Vj.	131,3	171,0	125,0	130,9	139,7	126,1	131,4	123,6	129,4	131,8
4. Vj.	133,0	180,2	132,5	132,0	139,8	127,3	132,5	126,6	131,3	133,5
1975 1. Vj.	134,6	196,3	139,1	133,0	138,3	131,4	132,8	126,6	136,5	134,9
2. Vj.	135,4	195,1	147,8	133,2	136,3	133,7	132,5	127,2	138,8	136,6
3. Vj.	135,7	197,9	151,2	133,3	135,6	134,1	132,2	128,8	139,4	138,7
4. Vj.	136,1	199,2	155,2	133,5	135,2	134,2	132,6	129,7	139,7	140,0
1976 1. Vj.	138,3	209,4	157,3	135,4	138,5	135,7	134,2	130,6	142,0	140,8
2. Vj.	140,5	210,2	158,3	137,9	142,3	138,0	136,0	131,4	144,7	142,6
3. Vj.	142,0	211,1	158,4	139,4	144,0	138,8	137,9	133,8	145,6	143,5
4. Vj.	142,2	213,0	159,9	139,4	142,6	139,2	138,7	134,8	146,1	143,0
1977 1. Vj.	143,7	213,1	160,4	141,1	141,6	141,7	140,1	140,0	148,6	144,3
2. Vj.	144,8	211,5	161,1	142,2	141,3	143,7	141,0	142,4	150,8	145,2
3. Vj.	144,7	212,1	161,4	142,1	140,5	143,8	141,3	142,6	151,2	145,5

[1]) Ohne Umsatzsteuer.
[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 51*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise [1])

1970 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden [2])	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischt genutzte Gebäude	Bürogebäude	Betriebsgebäude: gewerbliche	Betriebsgebäude: landwirtschaftliche			
1960 [3])	57,7	58,4	58,5	58,5	58,7	77,7	.	.
1961 [3])	62,1	62,5	62,5	62,2	62,7	81,6	.	.
1962 [3])	67,2	67,5	67,5	66,9	67,6	87,1	.	48,2
1963 [3])	70,7	70,9	70,9	69,9	71,1	90,4	.	55,0
1964 [3])	74,0	74,1	73,9	72,7	74,1	89,6	.	60,1
1965 [3])	77,1	77,2	76,7	75,5	76,8	84,9	.	71,2
1966	79,6	79,8	79,2	77,5	79,3	83,9	.	76,8
1967	77,9	77,8	77,3	73,8	77,5	80,0	.	83,6
1968	81,2	81,1	80,4	77,7	80,7	83,6	85,3	92,3
1969	85,9	85,9	85,4	84,5	85,3	87,3	89,2	97,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	110,3	110,1	110,1	110,8	110,5	107,9	110,7	109,2
1972	117,8	117,0	117,2	116,2	118,1	109,3	117,7	130,9
1973	126,4	125,4	125,5	123,2	126,3	112,8	126,1	132,6
1974	135,6	134,0	134,0	130,5	134,9	123,6	136,3	131,2
1975	138,9	137,1	136,8	134,1	137,9	126,5	144,8	143,4
1976	143,7	141,6	141,5	139,5	143,3	128,3	150,2	158,8
1972 Feb	114,6	114,1	114,1	113,6	114,7	108,1	115,0	128,0
Mai	118,0	117,2	117,4	116,6	118,5	109,6	117,7	126,2
Aug	118,9	118,1	118,3	117,2	119,2	109,7	118,7	130,0
Nov	119,6	118,7	118,8	117,4	119,9	109,9	119,3	136,3
1973 Feb	122,0	121,3	121,2	119,2	121,5	110,1	121,5	132,4
Mai	127,3	126,3	126,5	124,4	127,4	113,7	126,5	138,4
Aug	128,3	127,1	127,3	124,9	128,3	113,9	127,8	122,0
Nov	128,1	126,8	126,9	124,1	127,9	113,3	126,5	124,3
1974 Feb	130,9	129,5	129,5	125,7	130,4	119,9	132,3	123,3
Mai	136,7	135,0	135,1	132,2	136,1	124,5	139,1	127,4
Aug	137,6	135,8	135,9	132,1	136,8	125,2	140,7	127,0
Nov	137,3	135,7	135,6	132,1	136,4	124,7	141,1	136,6
1975 Feb	137,3	135,6	135,4	132,0	136,1	125,2	142,3	128,7
Mai	139,3	137,5	137,2	134,4	138,4	127,3	145,2	140,0
Aug	139,4	137,6	137,3	134,9	138,5	126,9	145,9	140,4
Nov	139,4	137,5	137,2	135,2	138,5	126,6	145,8	152,8
1976 Feb	140,2	138,4	138,1	136,2	139,3	126,8	146,7	147,6
Mai	143,7	141,6	141,5	138,8	143,3	128,7	150,3	152,7
Aug	145,0	142,9	142,8	141,4	144,7	128,9	151,5	158,1
Nov	145,7	143,6	143,5	141,5	145,7	128,8	152,3	166,7
1977 Feb	146,9	144,7	144,5	142,8	147,2	128,8	153,6	160,1
Mai	150,9	148,3	148,4	146,7	152,1	131,2	157,4	...
Aug	152,2	149,5	149,7	148,2	153,5	132,5	159,1	...

[1]) Einschließlich Umsatzsteuer.
[2]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.
[3]) Ohne Berlin.

Tabelle 52*

Index der Ausfuhrpreise

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft [1]	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen [1]	Rohstoffe [1]	Halbwaren [1]	Fertigwaren [1]	Investitionsgüter [2]	Verbrauchsgüter [2]
1962	88,2	88,3	88,1	98,2	88,1	87,8	81,9	88,1
1963	88,3	96,7	88,1	99,1	87,0	87,8	82,8	88,6
1964	90,4	97,4	90,1	103,0	90,4	89,7	84,6	90,1
1965	92,4	98,1	92,2	102,8	92,7	91,9	87,3	92,3
1966	94,4	100,5	94,1	102,9	95,2	93,8	89,8	95,5
1967	94,3	98,9	94,1	99,3	95,2	93,9	90,8	96,9
1968	93,3	96,9	93,2	97,7	94,6	92,9	90,3	96,5
1969	97,0	98,8	97,0	98,6	97,1	96,9	95,1	98,2
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103,4	102,5	103,4	107,3	99,8	103,6	106,8	104,7
1972	105,5	107,4	105,5	112,7	96,3	106,1	111,3	108,0
1973	112,3	119,5	112,1	118,3	113,0	111,8	116,8	113,8
1974	131,4	132,1	131,4	138,4	167,4	127,8	127,1	128,2
1975	136,5	132,2	136,6	158,1	156,8	134,1	138,1	135,8
1976	141,7	136,5	141,9	169,4	162,6	139,2	145,7	142,9
1972 1. Vj.	104,5	103,2	104,5	110,3	95,5	105,2	110,4	106,8
2. Vj.	105,1	105,1	105,1	110,5	95,2	105,8	111,2	107,5
3. Vj.	105,8	108,3	105,7	112,5	96,4	106,4	111,6	108,4
4. Vj.	106,8	112,8	106,6	117,6	98,0	107,0	112,2	109,4
1973 1. Vj.	109,6	116,4	109,4	119,2	103,7	109,6	115,1	111,8
2. Vj.	111,6	119,3	111,3	116,8	109,3	111,3	116,6	113,3
3. Vj.	112,6	119,9	112,3	117,5	113,4	112,0	117,4	113,6
4. Vj.	115,5	122,6	115,3	119,7	125,5	114,2	118,2	116,3
1974 1. Vj.	125,6	132,6	125,4	125,6	160,5	122,1	122,7	124,9
2. Vj.	130,7	125,3	130,9	133,9	169,9	127,2	126,3	127,7
3. Vj.	134,1	131,2	134,2	144,3	171,4	130,4	128,6	129,1
4. Vj.	135,1	139,0	135,0	149,8	167,7	131,5	130,8	130,9
1975 1. Vj.	135,9	130,6	136,1	155,7	161,2	133,2	135,5	133,7
2. Vj.	136,2	128,8	136,5	157,5	156,6	134,0	137,6	134,6
3. Vj.	136,5	133,5	136,6	158,0	154,2	134,4	138,8	136,5
4. Vj.	137,2	135,8	137,3	161,1	155,3	134,9	140,2	138,5
1976 1. Vj.	140,1	135,4	140,3	167,0	160,2	137,7	144,0	141,1
2. Vj.	141,9	136,0	142,1	169,1	164,1	139,2	145,7	142,9
3. Vj.	142,8	137,8	143,0	171,0	165,5	140,2	146,3	144,0
4. Vj.	141,9	136,8	142,1	170,6	160,6	139,5	146,7	143,7
1977 1. Vj.	143,3	141,2	143,3	170,2	159,5	141,0	149,9	146,0
2. Vj.	144,1	145,1	144,1	168,7	158,2	142,0	151,5	146,7
3. Vj.	143,8	141,2	143,9	166,4	155,2	142,2	151,9	146,8

[1] Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[2] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 53*

Index der Einfuhrpreise

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft [1]	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen [1]	Rohstoffe [1]	Halbwaren [1]	Fertigwaren [1]	Investitionsgüter [2]	Verbrauchsgüter [2]
1962	94,6	94,4	94,5	104,7	84,5	95,8	94,1	97,7
1963	96,4	98,6	95,3	105,2	85,1	96,9	96,4	99,8
1964	98,1	100,0	97,2	106,2	88,2	98,4	97,9	96,4
1965	100,6	104,6	98,6	105,6	92,2	99,4	99,7	94,8
1966	102,3	104,6	101,1	107,3	96,2	101,5	102,6	96,8
1967	100,1	101,1	99,6	104,4	94,7	100,6	101,3	99,6
1968	99,4	97,4	99,9	104,7	96,5	99,6	102,0	101,3
1969	101,0	100,6	101,1	102,8	100,1	101,0	102,3	100,3
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	100,4	98,4	100,9	109,5	93,9	100,8	102,2	103,7
1972	99,8	101,1	99,5	106,4	89,6	100,9	102,0	104,3
1973	112,6	121,7	110,4	125,0	114,5	104,7	102,4	119,7
1974	144,8	132,6	147,8	234,4	161,1	118,0	108,0	137,3
1975	142,3	124,7	146,7	227,1	147,4	123,0	118,6	142,3
1976	151,8	136,8	155,5	248,3	157,0	127,9	125,2	149,6
1972 1. Vj.	98,5	99,3	98,3	105,2	87,8	99,9	101,4	102,7
2. Vj.	98,8	98,9	98,8	105,5	88,1	100,6	101,5	103,1
3. Vj.	99,2	98,4	99,4	105,0	89,5	101,2	102,2	104,3
4. Vj.	102,7	107,7	101,5	109,7	93,0	101,9	102,9	107,1
1973 1. Vj.	108,2	118,0	105,8	116,0	100,7	104,6	104,1	112,6
2. Vj.	111,2	125,1	107,7	116,8	108,0	105,0	103,1	115,8
3. Vj.	110,6	120,0	108,2	118,6	112,0	103,8	100,4	116,0
4. Vj.	120,6	123,8	119,9	148,5	137,2	105,5	102,1	134,3
1974 1. Vj.	144,1	137,0	145,9	236,6	164,3	113,1	105,1	140,3
2. Vj.	144,0	128,4	147,9	233,1	166,0	116,9	105,7	135,0
3. Vj.	145,2	129,1	149,2	235,1	160,3	120,3	109,4	136,6
4. Vj.	145,6	135,9	148,1	232,8	153,6	121,5	111,6	137,1
1975 1. Vj.	141,1	127,0	144,6	222,0	143,5	122,4	114,9	135,8
2. Vj.	139,2	120,7	143,8	217,9	143,6	122,2	117,4	138,7
3. Vj.	142,5	124,5	147,0	225,3	150,1	123,1	120,0	145,1
4. Vj.	146,4	126,7	151,3	243,2	152,2	124,2	122,0	149,5
1976 1. Vj.	149,5	133,2	153,6	248,3	152,9	126,2	124,2	148,4
2. Vj.	152,0	135,4	156,2	249,6	159,5	127,8	125,1	149,6
3. Vj.	153,8	138,1	157,6	251,6	161,9	129,1	125,8	150,8
4. Vj.	151,8	140,7	154,5	243,7	154,5	128,6	125,7	149,6
1977 1. Vj.	156,8	155,9	157,1	252,7	158,1	128,9	125,7	152,4
2. Vj.	157,2	159,2	156,7	250,8	157,3	129,1	125,7	153,3
3. Vj.	152,1	142,3	154,5	245,3	151,7	129,0	125,8	152,9

[1] Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[2] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 54*

Preisindex für die Lebenshaltung

Alte Systematik

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [1])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Ernährung	Gesamtlebenshaltung ohne Ernährung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung [2])	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	64,5	65,7	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,2	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	70,1	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	68,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954 [3])	69,9	68,2	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	42,1	59,6	72,7
1955 [3])	71,0	69,1	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	43,2	60,9	73,1
1956 [3])	72,8	70,7	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	44,0	62,5	72,4
1957 [3])	74,4	72,3	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958 [3])	75,9	73,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959 [3])	76,7	74,2	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960 [4])	77,8	75,7	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961 [4])	79,6	78,1	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	80,1	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	82,3	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	84,2	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	86,5	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	90,1	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	92,4	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	96,6	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	105,4	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,9	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,1	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	126,6	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	134,4	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9
1976	140,2	140,0	140,5	125,8	143,3	163,4	128,9	141,3	134,6	142,0	147,0
1976 1. Vj.	138,5	138,3	138,9	123,9	141,0	162,9	128,6	139,5	133,2	139,9	144,6
2. Vj.	140,5	139,7	142,6	124,6	143,1	162,9	129,0	140,6	134,3	140,9	147,4
3. Vj.	140,5	140,5	140,5	126,0	144,1	163,6	128,3	141,4	135,0	142,8	148,2
4. Vj.	141,2	141,7	140,0	128,6	144,9	164,3	129,5	143,5	135,8	144,3	147,9
1977 1. Vj.	143,8	144,1	142,9	137,1	146,4	165,7	131,7	145,4	137,2	145,6	148,9
2. Vj.	145,5	145,7	145,0	140,0	147,6	164,6	132,6	147,1	138,4	146,6	151,8
3. Vj.	145,7	146,7	143,2	142,7	148,6	164,8	132,3	148,2	139,2	147,7	152,5

[1]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[2]) Bis einschließlich 1967 bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 55*

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Systematik

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [1])

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel [2])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel [2])	Nahrungs- und Genußmittel [2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete [3])	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1962	81,9	78,9	86,4	85,0	60,7	83,3	89,4	84,1	75,7	82,0	78,4
1963	84,4	81,4	88,9	86,9	64,1	85,5	91,1	87,9	77,9	83,2	81,0
1964	86,4	83,4	90,7	88,6	68,0	86,8	92,4	88,9	80,0	84,8	83,7
1965	89,3	86,0	94,2	91,0	71,9	88,4	94,9	89,8	82,7	87,1	86,1
1966	92,4	89,5	96,8	93,9	78,6	89,6	96,8	93,5	87,2	89,5	88,9
1967	93,8	91,8	96,8	95,3	83,9	90,4	96,8	96,1	89,1	91,5	92,4
1968	95,0	94,6	95,7	95,1	89,5	96,9	96,4	98,0	94,8	94,3	96,3
1969	96,9	96,5	97,6	96,1	96,2	97,1	96,6	97,3	96,2	95,3	98,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	105,8	103,8	106,1	105,8	103,4	104,6	106,3	105,6	104,7	110,6
1972	110,7	111,3	109,7	112,5	112,0	107,3	108,6	112,9	111,0	108,5	115,8
1973	118,2	118,6	117,7	120,9	119,4	120,4	112,6	120,6	117,5	114,3	122,3
1974	126,3	127,9	123,5	129,9	126,1	137,5	120,8	132,6	126,1	124,3	128,8
1975	134,0	136,3	130,0	136,4	135,7	154,7	127,9	141,1	134,1	132,2	133,2
1976	140,2	142,2	136,6	141,0	143,2	164,3	131,5	148,2	139,3	137,0	137,7
1973 1.Vj.	115,6	115,7	115,4	117,6	117,0	113,4	112,0	117,1	115,0	112,2	118,6
2.Vj.	117,7	117,3	118,3	120,0	118,6	114,7	112,5	119,4	116,8	113,7	119,1
3.Vj.	118,8	119,3	117,9	121,7	120,1	119,4	111,9	122,5	118,3	114,9	124,9
4.Vj.	120,9	121,9	119,3	124,3	121,7	133,8	114,1	123,2	119,8	116,3	126,2
1974 1.Vj.	123,7	124,7	121,8	126,4	124,1	137,9	117,6	126,8	121,9	120,4	127,3
2.Vj.	125,8	126,8	123,9	129,0	125,6	132,9	119,8	132,2	124,8	123,3	128,2
3.Vj.	126,9	128,9	123,4	130,6	126,8	137,3	120,9	135,5	127,6	125,5	129,4
4.Vj.	128,7	130,9	124,9	133,4	128,0	141,8	124,9	135,8	130,0	128,0	130,4
1975 1.Vj.	131,2	133,6	127,1	134,9	130,9	148,3	127,4	138,6	132,2	130,2	131,3
2.Vj.	133,7	135,7	130,5	135,9	135,5	150,9	127,9	140,8	133,7	131,6	132,0
3.Vj.	134,8	137,1	130,9	136,6	137,6	157,1	127,3	141,8	134,7	132,8	134,2
4.Vj.	136,1	138,8	131,4	138,0	138,8	162,5	129,0	143,3	135,9	134,1	135,5
1976 1.Vj.	138,5	140,5	135,0	139,3	140,9	163,8	131,2	145,4	137,6	135,5	136,0
2.Vj.	140,5	142,0	137,8	140,3	143,0	163,8	131,6	148,7	139,0	136,7	136,4
3.Vj.	140,5	142,7	136,6	141,1	144,0	164,4	131,0	149,5	139,9	137,4	138,6
4.Vj.	141,2	143,7	137,0	143,3	144,8	165,2	132,3	149,2	140,8	138,4	139,7
1977 1.Vj.	143,8	145,2	141,3	145,1	146,3	166,5	134,6	149,3	142,6	139,5	142,6
2.Vj.	145,5	146,6	143,7	146,8	147,5	165,5	135,6	151,9	144,1	140,3	145,0
3.Vj.	145,7	147,3	143,1	147,9	148,4	165,7	135,5	152,7	145,0	140,9	145,9

[1]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3]) Bis einschließlich 1967 bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.

Tabelle 56*

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Systematik

Alle privaten Haushalte

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel [1]	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel [1]	Nahrungs- und Genußmittel [1]	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1962	81,6	79,1	86,0	86,5	61,9	82,4	88,9	84,1	71,0	78,1	84,2
1963	84,0	81,5	88,4	88,4	65,3	85,0	90,6	86,9	73,2	80,3	85,9
1964	85,9	83,5	90,3	89,6	69,0	86,5	91,5	87,8	75,9	83,2	87,3
1965	88,7	85,9	93,6	91,6	72,9	88,2	93,2	88,5	79,7	86,1	89,3
1966	91,9	89,3	96,4	94,0	78,7	89,3	95,2	92,1	84,8	89,0	91,6
1967	93,4	91,9	96,4	95,2	84,0	90,5	95,2	95,0	87,7	92,0	93,8
1968	94,9	94,6	95,5	95,2	90,1	95,8	95,5	97,7	92,5	94,4	96,5
1969	96,7	96,2	97,7	96,2	95,8	95,7	96,0	97,1	94,7	95,4	98,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,3	106,0	103,8	105,9	106,1	105,4	105,3	106,7	106,9	104,5	107,3
1972	111,1	111,7	109,7	112,3	112,5	110,1	109,7	114,0	113,8	108,1	111,9
1973	118,8	119,2	118,0	120,7	119,2	128,2	114,3	122,6	121,6	113,7	117,8
1974	127,1	128,9	123,6	129,7	125,1	149,8	123,1	134,9	131,8	123,4	124,4
1975	134,7	137,0	130,1	136,3	133,2	165,5	131,0	143,4	141,3	130,8	129,4
1976	140,8	142,8	136,8	140,9	140,0	176,4	135,5	150,1	148,1	135,8	133,6
1973 1.Vj.	116,0	116,2	115,6	117,3	117,0	118,1	113,5	119,0	118,6	111,7	114,7
2.Vj.	118,2	117,9	119,0	119,9	118,6	119,8	114,1	121,4	120,8	113,1	115,6
3.Vj.	119,3	119,9	118,3	121,5	119,8	126,7	113,6	124,5	122,7	114,2	119,8
4.Vj.	121,7	122,9	119,0	124,1	121,2	148,3	116,2	125,3	124,4	115,7	121,0
1974 1.Vj.	124,6	125,9	121,8	126,3	123,2	153,2	119,8	129,1	127,2	119,8	122,4
2.Vj.	126,6	127,8	124,2	128,9	124,6	144,4	122,1	134,5	130,5	122,5	123,5
3.Vj.	127,8	129,9	123,6	130,5	125,8	148,6	123,3	138,0	133,5	124,4	125,3
4.Vj.	129,5	131,9	124,7	133,3	126,8	153,2	127,2	137,9	135,9	126,8	126,5
1975 1.Vj.	132,0	134,4	127,1	134,9	129,4	158,2	129,9	140,8	138,4	128,9	127,7
2.Vj.	134,5	136,2	131,0	135,8	132,9	160,1	130,9	143,1	140,7	130,2	128,3
3.Vj.	135,5	137,7	131,1	136,5	134,6	168,1	130,5	144,2	142,2	131,4	130,3
4.Vj.	136,7	139,5	131,1	137,9	135,8	175,4	132,6	145,4	143,9	132,9	131,4
1976 1.Vj.	139,0	141,2	134,7	139,2	137,8	176,3	134,9	147,4	145,8	134,3	132,1
2.Vj.	141,1	142,5	138,1	140,3	139,8	176,6	135,4	150,5	147,7	135,5	132,5
3.Vj.	141,2	143,3	137,0	141,0	140,7	176,5	135,1	151,5	148,9	136,2	134,4
4.Vj.	141,9	144,3	137,2	143,1	141,6	177,2	136,6	151,0	150,0	137,2	135,4
1977 1.Vj.	144,6	145,9	141,8	144,9	143,1	179,1	138,9	151,2	152,0	138,3	137,6
2.Vj.	146,5	147,2	145,2	146,7	144,2	177,4	140,0	153,7	153,8	138,9	139,2
3.Vj.	146,9	148,0	144,5	147,8	145,3	177,6	140,2	154,5	155,1	139,6	140,5

[1] Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 57*

Preisindex für die Lebenshaltung

Alte Systematik, Zusatzdarstellung

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [1]	Wohnungsnutzung [2]	Dienstleistungen [3]	Sonstige Waren [4]	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [1]	Wohnungsnutzung [2]	Dienstleistungen [3]	Sonstige Waren [4]
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [5]				
1962	81,6	86,9	62,2	71,1	90,0	81,9	87,0	61,0	73,2	88,7
1963	84,0	89,6	65,6	74,7	91,2	84,4	89,9	64,4	76,8	89,9
1964	85,9	91,7	69,3	77,6	92,0	86,4	91,9	68,3	79,5	90,9
1965	88,7	95,6	73,2	80,7	93,2	89,3	96,1	72,2	82,2	92,6
1966	91,9	98,1	79,0	85,9	95,0	92,4	98,3	79,0	86,7	94,7
1967	93,4	97,2	84,2	88,9	96,0	93,8	97,5	84,1	89,2	96,0
1968	94,9	95,0	90,3	93,6	96,8	95,0	95,2	89,8	93,9	96,9
1969	96,7	98,1	95,8	95,6	96,8	96,9	97,9	96,2	95,7	97,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,3	104,0	106,0	107,6	104,6	105,1	104,2	105,7	108,1	104,4
1972	111,1	110,2	112,4	115,0	109,3	110,7	110,1	111,8	115,3	109,2
1973	118,8	119,0	118,9	123,1	116,8	118,2	118,3	119,0	123,3	116,2
1974	127,1	125,4	124,8	132,5	126,2	126,3	125,1	125,6	132,7	124,9
1975	134,7	133,1	132,7	141,1	133,1	134,0	132,7	135,0	140,7	132,1
1976	140,8	140,7	139,5	147,9	138,1	140,2	140,3	142,3	147,3	137,0
1973 1. Vj.	116,0	116,2	116,8	120,1	113,8	115,6	115,6	116,7	120,1	113,6
2. Vj.	118,2	120,7	118,4	121,8	115,4	117,7	119,3	118,3	121,9	115,2
3. Vj.	119,3	119,1	119,6	124,5	117,2	118,8	118,4	119,7	124,9	116,7
4. Vj.	121,7	119,9	120,9	126,1	120,7	120,9	120,1	121,3	126,3	119,4
1974 1. Vj.	124,6	123,7	122,9	128,8	123,6	123,7	123,5	123,6	129,1	121,9
2. Vj.	126,6	126,6	124,3	131,2	125,1	125,8	125,9	125,2	131,4	124,0
3. Vj.	127,8	125,1	125,5	134,2	126,9	126,9	124,7	126,3	134,2	125,8
4. Vj.	129,5	126,3	126,5	135,8	129,2	128,7	126,4	127,5	135,8	128,1
1975 1. Vj.	132,0	129,7	129,0	138,1	131,2	131,2	129,5	130,3	138,0	130,2
2. Vj.	134,5	134,9	132,5	140,2	132,2	133,7	133,8	134,9	139,7	131,4
3. Vj.	135,5	134,2	134,1	142,2	133,5	134,8	133,6	136,8	141,7	132,6
4. Vj.	136,7	133,7	135,4	143,9	135,4	136,1	134,0	138,0	143,3	134,2
1976 1. Vj.	139,0	138,8	137,3	145,6	136,7	138,5	138,8	140,1	145,2	135,5
2. Vj.	141,1	143,4	139,3	147,0	137,8	140,5	142,6	142,2	146,4	136,7
3. Vj.	141,2	140,8	140,2	148,8	138,4	140,5	140,1	143,2	148,2	137,2
4. Vj.	141,9	139,8	141,1	150,0	139,6	141,2	139,6	143,9	149,4	138,6
1977 1. Vj.	144,6	143,4	142,5	152,1	142,4	143,8	142,5	145,4	151,5	141,3
2. Vj.	146,5	146,7	143,6	154,1	143,9	145,5	144,6	146,5	153,8	142,9
3. Vj.	146,9	144,2	144,7	155,9	144,7	145,7	142,6	147,5	155,5	143,7

[1] Ohne Gaststättenleistungen.
[2] Einschließlich Garagennutzung. Für 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte: Bis einschließlich 1967 bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.
[3] Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
[4] Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne Nahrungsmittel.
[5] Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

Tabelle 58*

Löhne und Gehälter

1970 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen	Brutto-			Tarifliche					
		stunden-	wochen-	monats-	Stunden-		Wochen-		Monatsgehälter	
		verdienste			löhne					
		Industrie [1]		Industrie [1] und Handel [2]	Produzierendes Gewerbe [1]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe [1]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe [1]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	44,6	44,3	45,3	48,7	48,6	48,7	53,0	52,8	54,4	55,4
1961	49,2	48,8	49,9	52,9	52,5	52,6	57,1	56,9	59,0	59,7
1962	53,7	54,4	55,0	57,4	58,0	57,9	61,9	61,7	64,0	64,2
1963	57,0	58,5	58,7	61,2	61,8	61,7	65,4	65,2	67,4	67,9
1964	62,1	63,4	63,4	65,2	66,0	65,8	68,6	68,4	70,6	71,0
1965	67,8	69,6	69,8	70,6	71,0	70,9	73,4	73,2	75,4	75,7
1966	72,7	74,2	73,8	75,7	76,0	76,1	78,2	78,2	80,1	80,3
1967	75,1	76,6	73,4	78,7	79,6	79,4	80,6	80,5	82,2	82,8
1968	79,8	80,0	78,4	82,4	83,0	82,7	83,7	83,6	84,9	85,5
1969	87,1	87,1	86,9	88,9	88,4	88,3	89,0	88,9	90,4	90,7
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	111,8	111,0	108,8	110,2	113,0	113,7	112,8	113,2	111,7	111,3
1972	121,8	120,9	117,4	119,9	122,8	124,5	122,5	123,6	120,9	121,0
1973	136,4	133,5	129,7	132,1	134,5	136,9	134,0	135,7	132,4	132,9
1974	151,9	147,1	140,0	145,7	150,4	153,2	149,7	151,4	147,5	148,1
1975	162,8 [a]	158,7	146,3	157,5	163,9	167,2	162,9	164,6	160,4	160,4
1976	174,1 [a]	168,8	158,6	167,6	173,2	176,5	172,1	173,6	169,5	168,9
1974 Jan	144,7	138,7	131,1	137,7	144,5	147,2	143,9	145,7	142,5	142,5
Apr		146,4	139,8	145,1	148,1	151,0	147,5	149,5	146,4	147,5
Jul	159,3	151,6	145,2	149,5	153,8	156,4	153,0	154,7	150,1	150,7
Okt		151,8	143,9	150,3	155,0	158,2	154,2	155,8	151,1	151,5
1975 Jan	156,5 [a]	153,5	138,8	152,0	160,4	163,6	159,4	161,1	157,1	156,9
Apr		158,0	145,9	157,4	162,4	165,9	161,4	163,4	159,7	160,3
Jul	169,1 [a]	161,5	150,5	160,1	166,2	169,4	165,2	166,9	162,2	162,0
Okt [3]		161,6	150,0	160,5	166,5	169,8	165,5	167,1	162,6	162,3
1976 Jan	166,9 [a]	163,3	148,8	162,0	169,3	172,1	168,3	169,3	165,6	163,9
Apr		167,5	157,0	166,5	172,0	175,5	171,0	172,7	169,1	169,1
Jul	181,3 [a]	171,6	163,1	170,5	175,5	178,9	174,4	176,0	171,5	171,7
Okt		172,7	165,5	171,4	175,9	179,3	174,8	176,0	171,9	171,3
1977 Jan	178,9 [a]	175,0	161,4	173,1	181,3	183,8	180,2	180,9	177,7	174,5
Apr		179,6	169,6	178,3	183,9	187,5	182,8	184,5	180,9	180,2
Jul		184,1	174,5	182,1	188,4	191,7	187,3	188,6	183,5	182,3

[1] Einschließlich Hoch- und Tiefbau.
[2] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[3] Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen: Halbjahre.
a) Vorläufige Ergebnisse.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Abschreibungserleichterungen 441 ff.

Agrarpreispolitik 402

Aktienmarkt 190

Angebotsprobleme 266 ff.

Arbeitskräfte 99

Arbeitslosigkeit 100 ff.
— Dauer der Arbeitslosigkeit 111 f.
— Fluktuation 111 ff.
— in den wichtigsten Industrieländern 18 ff., 212
— Jugendarbeitslosigkeit 117 f.
— konjunkturelle 103 ff.
— stille Reserve 101
— strukturelle 103 ff.
— von Ausländern 99, 130
— von Frauen 120 f.
— von Minderqualifizierten 114, 116
— voraussehbare Entwicklung 231 f.

Arbeitsmarkt
— Arbeitsmarktpolitik 122 ff.

Arbeitsproduktivität
— s. Produktivität

Arbeitszeit 94, 344 f., 477 ff.

Arbeitszeitverkürzung 261 ff., 478 ff.

Ausbildungspolitik 459 ff.

Ausfuhr 76

Ausfuhrpreise 83

Auslandsnachfrage 61 ff., 221 ff.

Auslastungsgrad des Produktionspotentials
— s. Produktionspotential

Bauwirtschaft
— Nachfrage 71 ff.
— Produktion 93

Belgien 36, 209

Beschäftigung 67 f., 97

Beschäftigungspolitik 20 ff.

Bildungspolitik 459 ff.

Binnennachfrage 61 ff.

Bruttosozialprodukt
— s. Produktion, Gesamtwirtschaft

Dänemark 35, 209

Einfuhr 76

Einfuhrpreise 80

Einkommen
— aus unselbständiger Arbeit 67, 132, 135
— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 67, 136
— der privaten Haushalte 137 f.
— Umverteilung 131 ff., 139 ff., 235

Entwicklungsländer 13 ff.

Erwerbspersonenpotential 99, 332

Europäische Gemeinschaft
— Geldpolitik 31
— Gemeinschaftshaushalt 48 ff.
— konjunkturelle Entwicklung 10, 210
— wirtschaftspolitische Konvergenz 45 ff.

Existenzgründungshilfen 281 ff., 447 ff.

Forschung und Entwicklung 279 f., 446 ff.

Frankreich 34, 207

Geldbasis 173 ff., 409, Anhang VI
— Bestimmungsgründe 176 ff.
— Expansion 176
— Steuerung 174, 177 ff.

Geldpolitik 172 ff., 403 ff., 412 ff.
— mengenorientierte 175 ff., 404 ff.
— und Zinsen 312 f., 412 ff.

Geldwert 345 ff.

Gewinne
— Gewinnmargen 83 f., 235, 303

Großbritannien 32, 206

Industrieproduktion
— in den wichtigsten Industrieländern 1, 5, 8, 10

Investitionen
— Erweiterungsinvestitionen 71
— Investitionshemmnisse 282
— Investitionsneigung 63 ff.
— Rationalisierungsinvestitionen 444
— und Vollbeschäftigung 333 f.
— und Wachstum 326 ff., 436 ff.
— und Zinsniveau 309 ff.
— voraussehbare Entwicklung 217 ff., 224 ff.

Investitionsförderung 437 ff.

Italien 33, 208

Japan 6 f., 205

Kapazitätsauslastung der Industrie 92, 246

Kapitalintensität 330

Kapitalmarkt 189 ff., 316

Kapitalverkehr 191 f.

Kassenhaltung
— s. Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes

Kaufkrafttheorie 292 ff.

Konjunkturelle Entwicklung
— in der Bundesrepublik 53 ff.
— in der Welt 1 ff., 193 ff., 247
— voraussehbare 193 ff., 213 ff.

Konjunkturverbund 270

Kreditvergabe der Banken 185 ff.
— Konsumentenkredite 66

Löhne
— Effektivverdienste 79
— in den wichtigsten Industrieländern 24
— Lohndrift 79
— Lohnstückkosten 82
— Reallöhne 288 ff., 393 ff.
— Tariflöhne 78
— und Beschäftigung 288 ff., 297 ff.
— voraussichtliche Entwicklung 215, 218

Lohnpolitik 132 f., 362 ff., 387 ff.

Lohnquote 135

Mindestreservepolitik 177

Mobilitätsförderung 331 ff.

Monetäre Politik
— s. Geldpolitik

Nachfrageschwäche
— dauerhaft 249 ff., 474 ff.
— konjunkturell 244 ff.

Niederlande 36, 209

Offene Stellen 98

Offenmarktpolitik 178, 316

Öffentliche Finanzen 142 ff., 418 ff.
— Ausgaben 144 ff., 420 ff.
— Einkommensteuer 154 f.
— Finanzierungssaldo 159
— Finanzpolitik 418 ff.
— Gemeindefinanzen 150, 158, 432 ff.
— Gewerbesteuer 432 ff.
— in der EG 32 ff.
— Investitionen 145 ff.
— konjunkturelle Wirkungen 160 ff., 163, 420 ff.
— konjunkturneutrales Haushaltsvolumen 161, Anhang VI
— Konsolidierung 142, 166, 319 ff., 418 ff.
— Personalausgaben 146
— Rezessionsbekämpfung 166, 318 ff.
— Steuereinnahmen 151 ff., 421 ff.
— Steuerpolitik 156 f., 437 ff.
— Steuerquote 143, 420
— Steuerreform 425 f., 432 ff., 437 ff.

— Steuerschätzung 152
— Struktur der öffentlichen Ausgaben 144 ff.
— voraussehbare Entwicklung 216

Österreich 22, 209

OPEC-Länder 12

Preisentwicklung
— Einfuhrpreise 80
— in den wichtigsten Industrieländern 23 f., 211
— Investitionsgüter 74
— landwirtschaftliche Produkte 83
— Nahrungsmittel 83
— Rohstoffe 14, 23
— Verbraucherpreise 85 f.
— voraussichtliche Entwicklung 233 f.

Produktion
— Gesamtwirtschaft 87 f., 230
— Industrie 90 ff.

Produktionspotential 87 ff., Anhang VI
— Auslastung 87
— Industrie 90
— Wachstum 88

Produktivität 82, 94 ff.
— und Nachfrage 254 ff.

Programm für Zukunftsinvestitionen 148

Protektionismus 37 ff.

Reallohnposition 133 f., 290, Anhang VI

Realzins 307 ff.

Refinanzierungspolitik 177, 179 ff.

Rentenversicherung 167 ff., 427 ff.

Risikobeteiligung des Staates 437 ff., 450

Risikokapital 451

Schweden 21, 209

Sozialversicherung 167 ff., 427 ff.
— Arbeitslosenversicherung 107, 427 f.
— Krankenversicherung 170
— Rentenversicherung 168 f., 427 ff.

Sparquote 66

Staatshandelsländer 16

Staatsverschuldung 161

Strategien 352 ff.

Strukturpolitik 283 ff., 446 ff.

Strukturwandel 273 ff., 449 ff.

Technischer Fortschritt 258 ff., 474 ff.

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes 182 ff., 406 f.

Verbrauchskonjunktur 64 ff., 219 f.

Vereinigte Staaten 4 ff., 204

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 89, 164

Vorsorge, wachstumspolitische 437 ff., 446 ff.

Wachstumspolitik 436 ff.

Wachstumsziel 480 ff.

Währungspolitik 416 f.

Wechselkursentwicklung 192
— Dollar 28
— im Floating-Block 46
— in der EG 26
— reale Bewertung 192, 271 ff.
— und Löhne 305 f.

Welthandel 11

Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland 268 ff.

Wirtschaftspolitische Ziele 340 ff., 480 ff.

Zahlungsbilanz 192
— der wichtigsten Industrieländer 27 ff.

Zentralbankgeldmenge
— s. Geldbasis

Zinsen 81, 186 f., 307 ff.

Zinsstruktur 186 f., 413